Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DRITTE REIHE

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Dritte Reihe Die Weimarer Republik

Im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

herausgegeben von

Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias und Rudolf Morsey

BAND 1

Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933



DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933

bearbeitet von Martin Schumacher



DROSTE VERLAG · DÜSSELDORF

Inhalt

$\mathbf{S}_{\mathbf{c}}$	eite				
Einleitung					
1. Joh. Victor Bredt — ein konservativer Politiker	3				
2. Herkunft, wissenschaftliche und politische Entwicklung bis zum Kriegsausbruch	6				
3. Freikonservative Politik im Kaiserreich 1914—1918	14				
4. Bürgerlich-konservative Politik in der Weimarer Republik	27				
5. Zur Edition	50				
Anlage					
Schriftenverzeichnis Joh. Victor Bredt					
A. Verzeichnis der selbständigen Schriften, Aufsätze und Artikel	57				
B. Bredt als Herausgeber und Mitherausgeber	68				
C. Sachregister der Reden und Anträge im preußischen Abgeordnetenhaus 1912—1918	69				
D. Sachregister der Reden und Anträge im preußischen Landtag 1921—1924	71				
E. Sachregister der Reden und Anträge im Reichstag 1924—1932	71				
F. Sachregister der Reden im Haushaltsausschuß des Reichstags	78				
Verzeichnis der Archivalien	79				
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	80				
Verzeichnis der Zeitungen und Zeitschriften	87				
Verzeichnis der Abkürzungen					
Verzeichnis der Dokumente	89				

Erster Teil

Erinnerungen

Erstes Kapitel: Krieg und Kriegspolitik (1914—1919)				
Mobilmachung — An der Front — Zivilverwaltung in Russisch Polen — 2. Garde-Regiment z. F. — Mecklenburgische Verfassungsfrage — Reise nach Budapest und Wien — Vaterländischer Unterricht — Freikonservatives Programm — Hauptquartier Oberost — Angliederung von Kurland und Litauen — Preußische Wahlrechtsfrage — Verfassungsentwürfe für Kurland und Litauen — Zusammenbruch und Revolution — Gründung der Deutschnationalen Volkspartei — Entwurf einer Reichsverfassung — Wahl zur Nationalversammlung				
Zweites Kapitel: Nachkriegszeit (1919—1921)				
Neuordnung der evangelischen Kirche — Kapp-Putsch — Bruch mit der Deutschnationalen Volkspartei — Kommunallandtag — Marburg — Anfänge der Wirtschaftspartei — Landtagswahl in Preußen				
Drittes Kapitel: Wirtschaftspartei (1921—1929)				
Programm — Im preußischen Landtag — Reichstagswahlen 1924 — Wahl des Reichspräsidenten — Zusammenfassung des deutschen Mittelstandes — Berliner Gesellschaft — Zur Verständigungspolitik von Stresemann — Reichsschulgesetz und preußisches Konkordat — Finanzpolitik — Reparationen — Young-Plan				
Viertes Kapitel: Wissenschaft (1921—1929)				
Kirchenrecht — Reichsverfassung — Aufwertung — Loebell-Ausschuß — Preußische Jahrbücher — Fürstenabfindung — Parlamentarischer Untersuchungsausschuß — Belgische Neutralität und der Schlieffensche Feldzugsplan				
Fünftes Kapitel: Reichsjustizminister (20. 3.—5. 12. 1930) 21				
Bruch der Großen Koalition — Kabinett Brüning — Im Ministerium — Problematik des Kabinetts Brüning — Finanz- und Steuerpolitik — "Begnadigung der Fememörder" — Auflösung des Reichstages und Neuwahlen — Reichswehrprozeß — Unsichere Haltung der Wirtschaftspartei — Wirtschaftspolitik — Rücktritt				
Sechstes Kapitel: Ausklang (1930—1933)				
Marburg — "Führerstreit" — Gegen Sturz von Brüning — Zerfall der Wirtschaftspartei — Sturz Brünings — Kabinett v. Papen — Wahlen — Letzte Zeit im Reichstag — Reichstagsbrand — Rückblick				

Zweiter Teil

Dokumente

Abschnitt I:	Berichte von Bredt an Staatsminister Bossart (25. 11. 1916—Mai 1917)
Abschnitt II:	Die mecklenburgische Verfassungsfrage (1917—1918) 313
Abschnitt III:	Zur preußischen Wahlrechtsfrage (1917—1918) 333
Abschnitt IV:	Die Wirtschaftspartei — Reichspartei des deutschen Mittelstandes (1921—1930)
Abschnitt V:	Ein vergeblicher Sammlungsversuch der bürgerlichen Mitte (1930—1932)
Abschnitt VI:	Zerfall und Auflösung der Wirtschaftspartei (1932—1933) . 383
Register	





Joh. Victor Bredt um 1930



Jagniquet nafnant ninn Austyns = Ditjung im Brigstag nan Jung fulmbung

føyt ganniffan d'arm and rennine Minty wir rebangaban.

> Gezeichnet während einer Ausschuß-Sitzung im Reichstag von [Botho-Wendt] Graf [zu] Eulenburg (1883—1945), MdR (DNVP) 1924—1930. Erst zerrissen, dann auf meinen Wunsch mir übergeben.



1. Joh. Victor Bredt - ein konservativer Politiker

"Es sind mir von der linken Seite über meine Abstimmung zum Wahlrecht mehrfach freundliche Worte gesagt worden. Ich möchte aber als ehrlicher Mann nach links hin sagen: bitte, setzen Sie auf mich nicht allzu große Hoffnungen; ich habe nicht die entfernteste Absicht, nach links hinüberzugehen, ich denke nicht daran!"

In der 143. Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 6. Mai 1918 umriß so der freikonservative Abgeordnete Joh. Victor Bredt seine Haltung zur Wahlrechtsfrage¹); wenige Tage zuvor hatte er gegen seine Fraktion für die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen gestimmt. Diese stolzen und kompromißlosen Worte bieten einen einzigartigen Schlüssel für das Selbstverständnis dieses konservativen Politikers und Gelehrten, mit dessen Namen sich nur für wenige noch eine konkrete Vorstellung verbinden wird.

Das Aufbegehren gegen die Disziplin der Fraktion in der preußischen Wahlrechtsfrage, die Mitarbeit als Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Ursachen des inneren Zusammenbruchs Deutschlands im Jahre 1918 und vor allem die kurze Tätigkeit als Reichsjustizminister im Kabinett Brüning gaben Bredt über den engeren Horizont der Wissenschaft und der Parteipolitik Publizität. Nach den Erinnerungsbüchern des Demokraten Eugen Schiffer und des Sozialdemokraten Gustav Radbruch kann nun aus dem Nachlaß die Autobiographie eines weiteren Justizministers der Weimarer Republik vorgelegt werden, die sicher stilistisch besser geworden wäre, wenn sie noch von Bredt hätte veröffentlicht werden können. In der Fülle der oft mehr verschleiernden denn enthüllenden Memoirenliteratur²) verdient dennoch dieser vorwiegend nüchterne Lebensbericht Beachtung. Die Erinnerung selbst der Zeitgenossen an diesen neben Rudolf Breitscheid und Siegfried von Kardorff "an Körperlänge hervorragendsten Abgeordneten"3) des deutschen Reichstages ist so gut wie erloschen, das Bild dieser "ungewöhnlich profilierten Persönlichkeit"4) nach Jahrzehnten verblaßt. In Verbindung mit der Wirtschaftspartei, jener im unsicheren Parteiengefüge der Republikals "Splitterpartei", "Interessentenhaufen" und "Zünglein an der Waage" angefeindeten Parteigruppierung, wird Bredt

¹⁾ Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 9 Sp. 9755; siehe ergänzend S. 132 ff.

²⁾ Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Weimarer Republik im Spiegel der Memoiren-Literatur. In: Pol. Literatur 9 (1953) S. 339—350; Karl Dietrich Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft. In: VfZ 3 (1955) S. 1—19, S. 5; und die Rezensionen der Lebenserinnerungen Heinrich Köhlers von Rudolf Morsey (NPL 1965 S. 305—307) u. von Peter Haungs, in: ZfP 15 (1968) S. 383 ff.

³) Gestalten rings um Hindenburg. Führende Köpfe der Republik und der Berliner Gesellschaft von heute. 2., verb. Aufl. Dresden 1929 S. 105 f.

⁴⁾ Bundesminister a. D. Ernst Lemmer in einem Brief vom 11. 4. 1968 an den Bearbeiter. Diese Charakterisierung ergänzen eindrucksvoll vier im Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt/ Main überlieferte Aufnahmen: Staat und Kirche (2. 6. 1930, Archiv-Nr. C 633); Über den Artikel 48 der Reichsverfassung (17. 7. 1930, Archiv-Nr. C 640); Grüße der Reichsregierung, Begrüßungsabend des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes anläßlich der 400-Jahrfeier der Augsburger Konfession (24. 6. 1930, Archiv-Nr. C 638); Rede in der 58. Sitzung der V. Wahlperiode des Reichstags (24. 2. 1932, Archiv-Nr. C 781).

gelegentlich in der Literatur erwähnt. Erich Dombrowski zeichnete 1924, als Bredt in den Reichstag einzog, in der Weltbühne ein wenig vorteilhaftes Porträt: "gebildet, klug, gerissen. Eine energische Persönlichkeit, die durchaus weiß, was sie will."⁵) Ähnlich urteilte später Theodor Heuss; der Parlamentarier Bredt habe sich in der Wirtschaftspartei eine "Führerposition" geschaffen, "die ihn, bei sozusagen arithmetischer Notlage, sogar vorübergehend zu einem Kabinettsmitglied machte".⁶)

Bredt zählt nicht zur Generation der "Vernunftrepublikaner", der 1860 bis 1865 Geborenen (Meinecke, Naumann, Preuß, Troeltsch, Weber), und nicht zur Generation der revolutionär-konservativen "Frontsoldaten". Als Wissenschaftler und Politiker steht Bredt dazwischen, beiden Generationen verbunden und nicht weniger von der Ambivalenz als "Herzensmonarchist" und "Vernunftrepublikaner" geprägt.") War Bredt einer jener "Restaurationsmänner", wie Ernst Troeltsch sie in den Spektator-Briefen nennt?" Die Frage ist nicht mit einem eindeutigen Ja oder Nein zu beantworten. Die Bereitschaft Bredts, in der Republik politisch konstruktiv mitzuarbeiten, entsprang keinem republikanischem Engagement, sondern der nüchternen Einsicht in die Erfolglosigkeit jeder gewaltsamen restaurativen Aktivität. Der merkwürdig resignierende Titel "Abendrot", den Bredt für seine Lebenserinnerungen wählte, ist ebenso bezeichnend für das Selbstverständnis dieses Mannes wie als Hinweis aufschlußreich für die Deutung der Weimarer Republik als "eine langwierig abklingende Spätform der wilhelminischen Epoche".")

Bereits fünf Jahre nach der Revolution und der Kompromißstimmung des Winters 1918/19 stellten die alten Kräfte der Rechten die stärkste Parteigruppierung der Republik. Dieser (paradoxe)¹⁰) Erfolg verdeckt aber nicht, daß die Chance vertan war für eine wahrhaft konservative Politik nach dem Sturz der Monarchie, den — und darauf hat gerade *Bredt* immer wieder hingewiesen¹¹)—

⁵⁾ Johannes Fischart (d. i. Dombrowski), Neue Politikerköpfe XII. Die Weltbühne 27 v. 3. 7. 1924 die Angaben Dombrowskis sind in Einzelheiten nicht immer zuverlässig. Zur Person vgl. jetzt auch Klaus Goebel, Johann Victor Bredt. In: Wuppertaler Biographien. 8. Folge. Beiträge zur Geschichte und Heimatgeschichte des Wuppertals Bd. 16 (1969) S. 23—36.

⁶⁾ Erinnerungen 1905-1933. Tübingen 1963 S. 383.

⁷⁾ Walter Bußmann, Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Weimarer Republik. In: HZ 190 (1960) S. 55—77.

⁸⁾ Ernst Troeltsch, Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22. Mit einem Geleitwort von Friedrich Meinecke. Zusammengestellt und herausgegeben von H. Baron. Tübingen 1924 S. 48; vgl. Klaus W. Wippermann, Die Hochschulpolitik in der Weimarer Republik. Die politische Stellung der Hochschullehrer zum Staat. In: Politische Studien 184 (1969) S. 143—158; Hans Peter Bleuel, Deutschlands Bekenner. Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur. Bern/München/Wien 1968.

⁹) Karl Dietrich Bracher, Probleme der Wahlentwicklung in der Weimarer Republik. In: Spiegel der Geschichte. Festgabe für Max Braubach. Hrs. v. Konrad Repgen und Stephan Skalweit. Münster 1964 S. 858—886, S. 865.

¹⁰) Georg Quabbe, Tar a Ri. Variationen über ein konservatives Thema. Berlin 1927 S. 9. Vgl. allgemein Fritz Hartung, Zur Geschichte der Weimarer Republik. In: HZ 181 (1956) S. 581—591.

¹¹⁾ WUA 8 S. 368 ff.

allein die intransigente deutsch-konservative Politik zu verantworten hatte. Die These Klemens von Klemperers¹²), daß die Weimarer Republik nicht genügend konservativ war, wird nach dieser Edition dahingehend modifiziert werden müssen, daß die Republik nach den Ereignissen von 1918 und der inneren Entwicklung Preußens bis zum Herbst 1918 gar nicht mehr konservativ sein konnte. In der Verbindung der restaurativen und jakobinischen Kräfte weist das Ende von Weimar zurück auf das Dilemma der Revolution von 1918.¹³)

In der Republik galt nicht mehr das konservative Prinzip, alles zu verändern, damit das Bestehende bleibe wie es ist. Erst in der letzten Phase der Republik erkannte Bredt deutlicher die Chancen, die dieser Staat seinen Bürgern bot. Aber wieder stand Bredt auf der Seite derer, die halbherzig und widerwillig diese Chance nützten. Zwei Tage nach der Ermordung Walther Rathenaus im Sommer 1922 hatte Bredt die Reichsverfassung als den "Rahmen, innerhalb dessen alle politischen Gegensätze zum Austrag kommen können", bezeichnet und den Schutz dieser Verfassung auch im Landtag ausdrücklich bejaht.14) 1929 entschieden aber die 22 Stimmen der Wirtschaftspartei - der Abg. Beier fehlte - in Verbindung mit den Nein-Stimmen der DNVP, NSDAP, KPD und kleinerer Splittergruppen über die Ablehnung eines Gesetzentwurfs zur Verlängerung des Gesetzes zum Schutz der Republik, Im Plenum erläuterte Bredt am 27. Juni 1929 diese nur taktisch motivierte Ablehnung als eine Reaktion der Partei auf die überhastete Verabschiedung des Heimstättengesetzes, zu dem die Wirtschaftspartei nicht einmal habe Stellung nehmen können. 15) Dieses wenig rühmliche Verhalten der Partei wirkte wie ein Schock im Lager der Großen Koalition. 16) Die Trotz-Entscheidung der Wirtschaftspartei enthüllt den schmalen und abgründigen Pfad einer zwischen vernunftrepublikanischer Mitarbeit und taktischer Opposition schwankenden (und eine fragwürdige Mitte suchenden) konservativen Politik, die Bredt als Maxime für sein politisches Tun beanspruchte, die aber im Rahmen einer vorwiegend taktisch votierenden Splitterpartei den radikalen Kräften der Rechten und Linken unbeabsichtigt Vorschub leistete. Die Lebenserinnerungen und die Dokumente im Anhang geben daher nicht nur Zeugnis für ein bewegtes politisches Leben, sondern zugleich für jene Schicht des mittleren, realen Interessen verbundenen Bürgertums, das die Republik nicht gewollt oder nur halbherzig unterstützt hat, am Ende aber in der parteipolitischen Zersplitterung und der Not der Wirtschaftskrise zum Schicksal der bürgerlichen Republik wurde.

¹²) Konservative Bewegungen. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. München/Wien o. J. S. 19, 242.

¹³) Siehe S. 273.

¹⁴) Sitzungsberichte Bd. 8 Sp. 11342 ff. (26. 6. 1922); Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922—1930. Tübingen 1963.

¹⁵⁾ Sten. Berichte Bd. 425 S. 3082, 3112 f.; B. erwähnt diese Abstimmung in den Erinnerungen nicht.

¹⁶⁾ Nachlaß Marx I S. 511.

2. Herkunft, wissenschaftliche und politische Entwicklung bis zum Kriegsausbruch

"Ich bin unter Meinesgleichen das geworden, was meine Vorfahren unter den Bergischen Kaufleuten waren: ein Mann, der mitzählt, aber auch nicht mehr."

Joh. Victor Bredt, (ungedruckte) Lebenserinnerungen S. 3.

In einem um 1830 erbauten Bergischen Schieferbau, der "Comptoir" und Wohnhaus unter einem Dach vereinte, wurde Joh. Victor Bredt am 2. März 1879 in Barmen, Mühlenweg Nr. 45, geboren und am 8. Mai reformiert getauft. Der Vater, Victor Richard Bredt (1849—1881), Kaufmann in Barmen, Stadtverordneter und Presbyter, stand politisch den Freikonservativen nahe, die er auch publizistisch unterstützte.¹) Der Großvater, Victor Bredt (1820—1887), Rohseidenhändler und Bankier, hatte 1849 auf den Barrikaden "mit den Barmer Royalisten seine Vaterstadt gegen die Elberfelder Demokraten verteidigt".²) In diesen konservativen und kirchlichen Traditionen wuchs Bredt heran, der nach dem frühen Tod des Vaters von der Mutter, Henriette Bredt geb. Koll (1850—1929) erzogen wurde. Am Gymnasium zu Barmen legte Bredt am 26. Februar 1897 das Abitur ab und arbeitete dann für ein Jahr als Volontär beim Barmer Bankverein. Im gleichen Jahr veröffentlichte er die erste lokalhistorische Untersuchung, Frucht einer auch später noch regen Mitarbeit im Bergischen Geschichtsverein.

Da Bredt weder als Erbe in ein Geschäft eintreten konnte noch über genügend Kapital für einen selbständigen kaufmännischen Beruf verfügte, begann er im Sommer 1898 in Tübingen das Studium der Jurisprudenz und der National-ökonomie. Bredt schloß sich keiner Verbindung an; die Einführungsvorlesung in die Rechtswissenschaft von Hugo von Meyer beeindruckte ihn wenig. Bedeutender für die spätere Entwicklung wurden die Vorlesungen des Staatsrechtlers Ferdinand von Martitz und des Nationalökonomen Friedrich Julius von Neumann; eine Kollegnachschrift "Socialismus und Communismus" ist noch im Nachlaß überliefert. So wurde bereits im ersten Semester sein Interesse für das historische Staatsrecht geweckt. Zum Wintersemester immatrikulierte sich Bredt in Göttingen; hier begann das wirkliche Studium der Rechtswissenschaft, das er in der Rentner- und Universitätsstadt Bonn fortsetzte. Die Kollegs bei Cosack, Crome, Krüger, Landsberg, Seuffart und Zitelmann und das Repetitorium des Landrichters Kaufmann wurden nun unter dem Gesichtspunkt eines raschen Studienabschlusses besucht. Am 13. Juni 1901 legte Bredt das erste Staatsexamen u. a.

¹⁾ Bredt, Familie Bredt (1936) S. 207 ff.

²⁾ Bredt, (Ungedruckte) Lebens-Erinnerungen S. 11 (im Folgenden zitiert: Lebenserinnerungen); neben den Lebenserinnerungen und den Unterlagen des Nachlasses konnten für diesen biographischen Teil der Einleitung die Personalakte Bredts aus der preußischen Staatsverwaltung im Hessischen Staatsarchiv Marburg (165 I/2033), Akten der Rektoratsverwaltung der Philipps-Universität Marburg und die Akten der preußischen Hochschulverwaltung aus dem Deutschen Zentralarchiv II, Merseburg, ausgewertet werden; vgl. auch Bredt, Familie Bredt (1936) S. 204 ff.

bei Philipp Zorn ab; wenige Tage später wurde er als Referendar an das Amtsgericht Königswinter berufen.

Als eine "große Torheit" bereute es *Bredt* später, noch im gleichen Sommer in Leipzig mit einer juristischen Dissertation "Gefahrtragung beim Werkvertrag" mit "rite" nur des Titels wegen promoviert zu haben. Nach der Versetzung an das Landgericht in Koblenz wurde er am 18. Juli 1903 zum Regierungsreferendar ernannt: "Das Gericht war die Linie, die Regierung die Garde."3)

Da im Studiengang eine finanzwissenschaftliche Vorlesung fehlte, mußte sich Bredt 1903 bei Eberhard Gothein in Bonn einer Nachprüfung unterziehen; Gothein regte dann auch die Dissertation über die Barmer Lohnindustrie an, mit der Bredt in Heidelberg am 20. Dezember 1904 "magna cum laude" zum Dr. phil. promovierte.⁴) Im Frühjahr 1904 war Bredt für ein halbes Jahr an das Landratsamt Ahrweiler versetzt worden; dort lernte er das ländliche (Raiffeisen-) Genossenschaftswesen kennen; Vorsitzender der Landwirtschaftskammer war der spätere Oberpräsident der Rheinprovinz und preußische Landwirtschaftsminister Clemens Freiherr von Schorlemer-Lieser (1856—1922), "einer der reichsten Weingutsbesitzer der Gegend durch seine Frau, geborene Puricelli":

"Als Abgeordneter hatte ich später oft mit ihm zu tun, und es entwickelte sich in jenen Jahren ein sehr freundschaftliches Verhältnis zwischen uns. Ich sah ihn noch kurz vor seinem Tode in Berlin, als er sehr niedergedrückt war durch die Ereignisse von 1918."5)

Seit dem 1. Dezember arbeitete Bredt wieder in Koblenz in der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, die Florens Christian Rang (1864—1924) leitete. Nach einer juristischen Ausbildung war Rang Theologe und Pfarrer in Wolfskirch bei Lissa geworden; dieses Amt legte er später nieder und trat als Assessor wieder in den Staatsdienst ein; auch im Krieg, als Rang eine führende Stellung in der Raiffeisen-Genossenschaft innehatte, blieb Bredt mit ihm in freundschaftlicher Verbindung. Von Rang stammt der polemische Titel der gegen Preuß gerichteten Broschüre zur Reichsverfassung (1919).6)

Zum Studium der Industrie, der Bau- und Wohnungspolitik reiste Bredt im April und Mai 1905 in Begleitung eines Freundes, Regierungsreferendar Hans v. Hövel, nach England; einen Bericht publizierte Bredt unter dem Titel "Eng-

³⁾ Lebenserinnerungen S. 67.

⁴) Das erste Kapitel der Gesamtuntersuchung erschien auch separat 1905 in Berlin unter dem Titel "Die Lohnindustrie gekennzeichnet in einer Darstellung der Wuppertaler Lohnbleicherei"; diese Arbeit ist dem Andenken des Vaters gewidmet, und das Vorwort schließt: "Ich weiß jetzt, warum ich Grund habe, stolz darauf zu sein, ein Barmer zu heißen."

⁵⁾ Lebenserinnerungen S. 74. — Aus dieser Zeit (August 1904) stammt ein im Nachlaß nur handschriftlich überliefertes "politisches Glaubensbekenntnis" (3 S.), in dem sich Bredt politisch den Konservativen und wirtschaftspolitisch "von Fall zu Fall" dem rechten Flügel der Nationalliberalen zuzählt.

⁶⁾ Rang war einer der wenigen Duz-Freunde Bredts; im Nachlaß Bredt ist u. a. eine Denkschrift des Verbandsdirektors Rang "über einen dem deutschvölkischen Interesse dienenden Aufbau des ländlichen Genossenschaftswesens in Kurland und Litauen" überliefert, die Rang Bredt mit Durchschlägen an Fürst Isenburg und Goßler am 20. 10. 1917 zuschickte; zur Person vgl. das biographische Nachwort von Bernhard Rang: F. Chr. Rang, Shakespeare der Christ. Eine Deutung der Sonette. Heidelberg 1954 (Veröff. d. Deut. Akademie für Sprache und Dichtung Darmstadt) S. 201 ff.

2 Einleitung

lische Arbeiterwohnungen" 1905 in der Zeitschrift des Bergischen Vereins für Gemeinwohl; die Erfahrungen der Reise wirken auch noch in der "National-ökonomie des Bodens" (1908) nach.⁷) Am 16. Juli (bis zum 16. Dezember 1905) wurde Bredt an die Regierung Potsdam versetzt: In Berlin genoß er die Gastfreundschaft der befreundeten jüdischen Familien Reichenheim und Liebermann⁸) und des Vetters Peter Conze⁹), der gerade als Ministerialdirektor ins Reichskolonialamt berufen worden war.

Das Thema der (zweiten) schriftlichen Arbeit für die zweite Staatsprüfung, "Über staatliche und communale Besteuerung des Wertzuwachses in Preußen", behandelte Bredt entgegen den Ansichten der Bodenreformer (und der Regierung): der Wertzuwachs sei "kein künstliches Produkt einer monopolistischen Spekulation", sondern "eine natürliche Erscheinung, die auf volkswirtschaftlichen Gesetzen beruhe"; die Besteuerung dürfe daher allein im Rahmen der Einkommensteuer erfolgen:

"Ich wandte mich gegen den Gedanken, hier eine Gewinnbeteiligung der Allgemeinheit zu konstruieren, weil man damit die Axt legte an die Wurzeln der bürgerlichen Gesellschafts- und Eigentumsordnung."¹⁰)

Die Arbeit, 1907 selbständig publiziert, entfachte eine heftige Diskussion, da Bredt mit einem Schlage als ein ernstzunehmender Gegner der Bodenreformer um Adolf Damaschke (1865—1935)¹¹) anerkannt wurde. Nach dem Examen, das sich bis in den Herbst 1906 hinauszögerte, prüfte Bredt die Möglichkeit, sich in Bonn bei Hermann Schumacher mit einer Arbeit über die Polenfrage im Ruhrgebiet zu habilitieren.¹²) Die Arbeit, die 1909, Eberhard Gothein gewidmet, erschien, wurde aber nur wenig beachtet. Von der Habilitation hatte Bredt zunächst wieder Abstand genommen; im Herbst 1907 kehrte er auf Fürsprache von Conze in die preußische Verwaltung zurück, nachdem er vergeblich versucht hatte, im Kommunaldienst als Beigeordneter eine Stellung zu finden.

Am 23. September 1907 trat *Bredt* den unbesoldeten Dienst am Landratsamt in Marburg an; monatlich erhielt er von dem Landrat und konservativen Landtagsabgeordneten Max von Negelein (1852—1911) 200,— Mark. Im März des kommenden Jahres übernahm *Bredt* das erste Ehrenamt in Marburg als stellv. Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts. Im gleichen Jahr organisierte er die Wiederwahl v. Negeleins in das Abgeordnetenhaus, ohne zu ahnen, "daß ich mir den Apparat aufgezogen hatte, mit dem ich später meine eigene Wahl betreiben würde".¹³)

⁷⁾ Bredt, Nationalökonomie (1908) S. 94 ff.

⁸⁾ Siehe S. 147.

^{9) (1860—1939).}

¹⁰) Lebenserinnerungen S. 81.

¹¹) Zur Person vgl. Th. Heuss, in: NDB 3 (1957) S. 497 f. — Über das Thema hatte B. auch mit Damaschke gesprochen, "zahllose Broschüren und Bücher gelesen, war mit in die bodenreformerischen Versammlungen und Tees gegangen und hatte mich ganz in die Lehre von Herrn Damaschke begeben"; nach drei Wochen trennte sich B. von Damaschke, der ihm "nur ein Wegbereiter des Sozialismus" schien; Lebenserinnerungen S. 82.

¹²⁾ Am 30. 5. 1908 schrieb B. an Schumacher: "Diese Dozentenqualität ist mein Weg ins Ministerium." Nachlaß Bredt.

¹³) Lebenserinnerungen S. 103.

Habilitation 2

Den Plan einer Habilitation hatte Bredt nicht aufgegeben; als Troeltsch die Arbeit "Nationalökonomie des Bodens" (1908) als Habilitationsschrift ablehnte, wandte sich Bredt an Gothein, der die Arbeit zur Polenfrage im Ruhrgebiet akzeptierte; weniger "erbaut" zeigte sich Alfred Weber. Nach einem Probevortrag über die "Theorie der Grundrente" am 19. Dezember 1908, anschließendem Kolloquium, dem Druck der Arbeit und einer Probevorlesung am 17. Juli 1909 über die "Geldteuerung des Jahres 1907" erhielt Bredt in Heidelberg die venia legendi für Politische Oekonomie. Um aber weiter in Marburg bleiben zu können, ließ er sich in Heidelberg zunächst beurlauben¹⁴); seit Beginn des Jahres 1909 bezog Bredt, der am 25. Oktober für eine kurze Zeit kommissarischer Landrat des Kreises Kirchhain bei Marburg wurde, eine jährliche Vergütung von 1800 Mark, die sich ab Januar 1910 auf 2200 Mark erhöhte.

Ein Zufallsgespräch mit Ernst Heymann (1870—1946) entschied im Sommer 1909 über die akademische Zukunft des jungen Privatdozenten. 15) Heymann bat Bredt, "ihm die Konzepte für das Communale Bauverbot zu schicken, da er die Arbeit unter Umständen in seine Sammlung aufnehmen könne".16) Eine Woche später empfahl Heymann eine Habilitation für öffentliches Recht in Marburg, da als Gegengewicht zu dem liberalen Walther Schücking¹⁷) ein politisch rechtsstehender Mann berufen werden solle. Als Habilitationsschrift regte er an, die Studie über die "Zonenenteignung" (1909) nach der juristischen Seite hin umzuarbeiten; auch Schücking begrüßte diese Lösung und erstattete für die Fakultät das Gutachten im Sinne der Annahme. Das Kolloquium war nur mehr "Formsache", und so hielt Bredt am 19. November 1909 in Marburg seine Antrittsvorlesung über "Verwaltung und Ästhetik nach dem Gesetze vom 15. Juli 1907". Noch im gleichen Semester begann er mit einer Vorlesung über die "Grundzüge des Steuer- und Finanzrechts" die Lehrtätigkeit in Marburg, die er bis 1940 fortsetzte, nur durch den Krieg, Krankheit oder politische Geschäfte zeitweise unterbrochen oder eingeschränkt.

Als 1909 der Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Böhme die Geschäftsführung des Deutschen Bauernbundes übernahm, erregte dies in seinem Wahlkreis Marburg-Frankenberg den Unwillen der Wähler. In dieser Situation gelang es Bredt, seine Kandidatur, unterstützt durch den Landrat, den Kreisausschuß, die Konservativen und den Bund der Landwirte, für eine mögliche Neuwahl ins Gespräch zu bringen. Im Sommer 1910 nahm Bredt Kontakt mit dem freikonservativen Parteiführer Octavio Freiherr von Zedlitz in Berlin auf; voller Stolz

¹⁴) Noch immer erstrebte Bredt eine Verbindung von Wissenschaft und Staatsdienst; durch Vermittlung von Rang, Schorlemer und Conze prüfte B. die Möglichkeit einer Dozentur in Bonn in Verbindung mit einer Anstellung an der Regierung Köln oder Düsseldorf; daher ließ sich B. zunächst auch im badischen Heidelberg beurlauben. Siehe dazu die Briefe von Conze und Rang vom 6. u. 9. 1. 1909 im Nachlaß Bredt.

¹⁵⁾ Der Teilnachlaß von E. Heymann, 1904—1914 Ordinarius in Marburg für deutsche Rechtsgeschichte, deutsches Privat-, Handels- und bürgerliches Recht, Kirchen-, See- und Wechselrecht, im Archiv der Deutschen Akademie der Wissenschaften (Berlin-Ost) bietet keinen Aufschluß über die Beziehungen zu Bredt; zur Person vgl. Gundlach S. 141 f.

¹⁶⁾ Lebenserinnerungen S. 107; die Arbeit erschien 1909 als ein Heft der von Heymann hrs. Arbeiten zum Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftsrecht.

¹⁷) Siehe S. 248.

spricht er nun von "meiner Partei".¹8) Die Kandidatur unterstützte auch der Kasseler Regierungspräsident *Graf Bernstorff*, der als Landrat von Kyritz für die Freikonservativen im preußischen Abgeordnetenhaus gesessen hatte. Da *Böhme* aber sein Mandat nicht niederlegte, zerschlugen sich diese Pläne.

Am 18. November 1910 wurde *Bredt* als außerordentlicher Professor in Marburg bestallt und schied aus der allgemeinen Staatsverwaltung aus. ¹⁹) Als Kandidat der Allgemeinen Marburger Beamtenvereinigung in der 1. Klasse und des Gewerbevereins, des Gastwirtevereins und der Vereinigten Innungen in der 2. und 3. Klasse wurde er bei einer Ergänzungswahl am 8. Dezember des gleichen Jahres in die Stadtverordnetenversammlung gewählt: "Es war, als ob damals die Wirtschaftspartei ihre Schatten vorausgeworfen hätte."²⁰) Für mehr als zwei Jahrzehnte bestimmten nun die Verflechtungen wissenschaftlicher und parlamentarischer Tätigkeit den Lebensweg. Bereits am 21. Februar 1913 wurde *Bredt* zum stellv. Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Im Frühjahr 1911 unternahm Bredt eine längere Reise durch die Universitätsstädte des amerikanischen Ostens; durch Vermittlung des deutschen Botschafters, Graf Bernstorff, lernte er den amerikanischen Präsidenten Taft kennen. Während der Abwesenheit Bredts verunglückte am 16. März Landrat von Negelein tödlich. Gegen den Widerstand der Konservativen und des Bundes der Landwirte wurde Bredt von einem Komitee unabhängiger konservativer Persönlichkeiten unter der Führung des Generals der Infanterie a. D. v. Bartenwerffer, des Mediziners v. Behring, des Generals v. Pentz und des Geheimrats Schüler aufgestellt. Auch die Nationalliberalen unter dem Vorsitz von E. Heymann erklärten sich offen für Bredt, so daß am 19. Juni 1911 sämtliche Ersatzwahlen der Wahlmänner zu seinen Gunsten ausfielen. Bei der Hauptwahl am 28. Juni erhielt Bredt 146, der konservative Kandidat Lauer 18 und der freisinnige Schücking 16 Stimmen.

Unmittelbar nach der Wahl reiste Bredt nach Berlin, traf dort aber nach Sessionsschluß des Abgeordnetenhauses nur den ehemaligen Barmer Oberbürgermeister und jetzigen Finanzminister Lentze, der ihm riet, sich für die Beratung des Einkommensteuergesetzes vorzubereiten. In Verbindung damit erwuchs die 1912 publizierte, aber wenig beachtete Schrift "Die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit".

Für die 1912 anstehenden Reichstagswahlen gaben die Deutschkonservativen und der Bund der Landwirte die Wahl frei, förderten aber tatsächlich die Kandidatur des deutschsozialen Schneidermeisters und Landwirtes Johann Heinrich Rupp (1874—1948) aus Niederwalgern. Die Linke einigte sich auf Hellmut von Gerlach (1866—1935), den Herausgeber der Welt am Montag. ²¹) Die Haltung des Zentrums war zunächst offen, aber wahlentscheidend, da der Kreis Kirchhain zur größeren Hälfte katholisch war. In 88 Versammlungen kämpfte Bredt für seine Wahl. Die unabhängige Kandidatur des früheren antisemitischen Abgeordneten und Agitators Otto Boeckel (1859—1923) schien eine günstige Zersplitterung

¹⁸⁾ Lebenserinnerungen S. 115.

¹⁹) Akten der Rektoratsverwaltung (siehe Anm. 2) Bl. 3—4. 1912 lehnte B. eine Berufung an die Kölner Handels-Hochschule ab; Nachlaß Bredt.

²⁰) Lebenserinnerungen S. 118.

²¹) H. v. Gerlach, Erinnerungen eines Junkers. Berlin o. J. S. 58 ff.

der deutschsozialen Stimmen anzudeuten, so daß Bredt insgeheim Boeckel finanziell unterstützte: "Das waren damals die Schachzüge der Wahlpolitik."²²) Bei der Wahl am 12. Januar 1912 erhielten Gerlach 6151, Rupp 5925, Bredt 3546, Boeckel 2686 Stimmen. Die Kandidatur Bredts war schon vorher an der ablehnenden Haltung des Zentrums gescheitert, einen freikonservativen (wenn auch kirchlich gesinnten) Mann zu wählen, dessen Partei "in der Schulfrage einen durchaus liberalen Standpunkt"²³) vertreten habe. In der folgenden Stichwahl sprach sich Bredt für Rupp aus, der gegen v. Gerlach die Wahl gewann.

Zur Eröffnung des Abgeordnetenhauses am 15. Januar und zur Feier des Kaiser-Geburtstages am 27. Januar reiste Bredt nach Berlin; in der Fraktion sprach er zum erstenmal "frisch von der Leber weg" am 4. Februar und am folgenden Tag im Plenum zur Steuervorlage. Für "zwei volle Winter" übernahm er das Amt eines Berichterstatters der Steuerkommission. Sein Eifer erlahmte erst, als ihm Lentze vertraulich mitteilte, daß die Vorlage gegen den Widerstand der Konservativen zu nichts führen werde: "Er knüpfte daran den wohlmeinenden Rat, ich solle mir nicht zu viel Arbeit machen."²⁴) In der Steuerkommission lernte Bredt den Unterstaatssekretär Michaelis²⁵) kennen; noch immer fühlte sich Bredt als "Regierungsbeamter", der sich Mühe gab, "die Regierungs-Vorlage durchbringen zu helfen".²⁶)

Größeres Aufsehen erregte die Stellungnahme Bredts am 27. März gegen den Plan einer Stiftungsuniversität in Frankfurt am Main; als Marburger Universitätsprofessor protestierte er "mit allem Feuer" gegen diese Konkurrenz.²⁷) Daneben engagierte er sich in einigen Auseinandersetzungen um Eingemeindungen und im Streit in der Marburger Theologischen Fakultät.²⁸) Die Verhandlungen über den Etat der Kleineisenbahnen nahm auch Bredt zum willkommenen Anlaß, sich mit Forderungen nach Kleineisenbahnen im Wahlkreis "beliebt zu machen".²⁹)

Im Herbst reiste Bredt in den preußischen Osten, um den kulturellen und wirtschaftlichen Hintergrund der Freikonservativen Partei näher kennenzulernen. Zuerst traf er in Lissa den Landrat Siegfried von Kardorff: "Wir fuhren durch seinen Kreis und besahen Rittergüter und Bauerndörfer."30) Gemeinsam besuchten sie den Fürsten Hatzfeld auf Schloß Trachenberg. Von Breslau (Dr. Wagner) machte Bredt einen Abstecher nach Oels, "wo mir mein Fraktionskollege Mertin das Schloß zeigte und mich im übrigen sehr gut bewirtete". Die Reise führte nun durch "Rußland"; Krakau machte einen "gewaltigen Eindruck":

²²) Lebenserinnerungen S. 130.

²³⁾ Ebd.

²⁴) Ebd. S. 135; Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1912 Bd. 1 Sp. 344 ff. Die Bildung der XI. Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungssteuergesetzes wurde am 6. Februar beschlossen; vgl. ebd. Sp. 482, 708 f.

²⁵) Siehe S. 123.

²⁶) Lebenserinnerungen S. 135.

²⁷) Ebd. S. 136; Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1912 Bd. 3 Sp. 3738 ff.

²⁸) Siehe S. 69.

²⁹) Lebenserinnerungen S. 137; siehe S. 69.

³⁰⁾ Vgl. auch für das Folgende Lebenserinnerungen S. 138 ff.

"An den Königsgräbern erfaßte mich zum ersten Male der Geist der polnischen Tradition [...]. Von da an hatte ich einen gewissen Begriff davon, was Polen war, und später habe ich wahrlich noch genug davon gesehen und gehört."

Über Tschenstochau, Warschau und Bialystok gelangte Bredt nach Lyck, Königsberg, Danzig (Meyer-Rottmannsdorf) und Marienburg (Krüger). In der Nähe von Elbing besuchte er das Rittergut Spittelhof, das dem konservativen Abgeordneten Baerecke gehörte. Das Rittergut Cadinen im Privateigentum des Kaisers und die Schichauwerft zählten ebenfalls zum Programm. Die "Grenze zwischen Deutschtum und Polentum" erkannte Bredt in Posen, wo er den Vorsitzenden der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen, Gramsch, aufsuchte.

Am 22. Oktober war *Bredt* wieder zur Eröffnung des Landtages in Berlin. Bis zur Auflösung des Landtages am 7. Mai 1913 ergriff er mehrfach das Wort.³¹) In Marburg war die folgende Wahl nur eine "Formsache", da der Bund der Landwirte nun die Kandidatur *Bredts* unterstützte. Gegen den sozialdemokratischen Kandidaten *Diehl*, der bei der Wahlmännerwahl am 16. Mai 1913 6 (gegen 206) Stimmen erhielt, erzielte *Bredt* in der Hauptwahl am 3. Juli bei schwacher Wahlbeteiligung einen glatten Erfolg mit 186 gegen 3 Stimmen.

Als Ungedienter trat *Bredt* im Sommer 1913 in das Kaiserliche Freiwillige Automobil-Corps ein, um "bei einem Kriegsfall sofort ohne lange Ausbildung an den Feind zu kommen".³²) Vom 18. bis 20. September nahm er dann am Kaisermanöver in der Gegend von Weimar und Apolda beim Generalkommando des XI. Armeekorps unter dem Kommandierenden General v. Scheffer-Boyadel teil: "Es waren überwältigende Eindrücke für mich, der ich zum ersten Male mitten in militärisches Treiben hinein kam."

Im Herbst des gleichen Jahres schlichtete *Bredt* in Marburg den langdauernden Streik der Bauarbeiter in Hessen-Nassau zur Zufriedenheit der Arbeitgeber und Gewerkschaften. Verhandlungspartner war u. a. der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete *Hüttmann* aus Frankfurt. Bald darauf wurde *Bredt* zum Vorsitzenden des Marburger Gewerbegerichts berufen.

Am 8. Januar 1914 trat der Landtag wieder zusammen; nur zögernd übernahm Bredt nach den Erfahrungen in der Steuerkommission die Aufgabe des Berichterstatters der Kommission für das Kommunalabgabengesetz.³³) Die Vorlage scheiterte schließlich nicht nur an den Konservativen, sondern auch am Widerstand des freikonservativen Parteiführers v. Zedlitz, der ebenfalls Mitglied der Kommission wurde.

In den Osterferien 1914 reiste *Bredt* über England nach Algier. In London wurde er von dem deutschen Botschafter *Lichnowsky* zum Essen eingeladen:

"Da fragte ich, wie denn nun eigentlich unser Verhältnis zu England sich entwickele, und was die Engländer im Falle eines Krieges tun würden. Der Fürst antwortete ungefähr folgendes: "Unser Verhältnis zu England wird immer besser. Das Mißtrauen ist offensichtlich im Schwinden begriffen, aber es ist noch da. England sieht mit Besorgnis

³¹⁾ Siehe S. 69.

³²⁾ Lebenserinnerungen S. 143; zu seiner großen Enttäuschung war Bredt für den Militärdienst untauglich gemustert worden.

³³⁾ Siehe S. 69.

das Anwachsen der deutschen Macht. Es will daher auch keinen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, denn es kann niemals dulden, daß Frankreich noch einmal zu Boden geworfen wird. Wenn es zu einem solchen Kriege kommt, werden die Engländer bestimmt auf der Gegenseite mitmachen, und das würde uns sehr gefährlich werden. Unsere Politik kann daher nur darauf hinauslaufen, einen Krieg mit Frankreich unter allen Umständen zu vermeiden, bis sich unser Verhältnis zu England grundlegend gewandelt hat. Wie lange das noch dauern wird, weiß ich nicht; ich habe aber die besten Hoffnungen. Es wird begreiflich erscheinen, daß ich als junger Abgeordneter sehr genau zuhörte, was mir ein fürstlicher Botschafter über solche Dinge sagte. Als daher später dem Fürsten unsinnige Vorwürfe gemacht wurden, er habe bei Kriegsausbruch falsch über unser Verhältnis zu England berichtet und habe sich in England einwickeln lassen, da ging ich in Berlin zu ihm hin und erbot mich als Zeugen dafür, daß er ganz richtig die Lage beurteilt habe. Damals kam ich noch zu keiner weiteren Aktion, aber später trat ich im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß und in den Preußischen Jahrbüchern sehr entschieden für ihn ein, als die letzte Hetze seinen Tod beschleunigte."34)

Wenige Monate später rückte *Bredt* ins Feld. Der allzu lange als ein reinigendes Gewitter erwartete "Waffengang" war plötzlich hereingebrochen und zertrümmerte am Ende das kaiserliche Deutschland, dem sich der junge freikonservative Abgeordnete durch Leistung und Gesinnung verbunden fühlte.

³⁴) Lebenserinnerungen S. 148; siehe auch S. 131.

3. Freikonservative Politik im Kaiserreich 1914-1918

"Meine Herren, wir wollen den Konservativismus der heutigen Zeit anpassen; dies ist der Sinn unserer Partei, und in dem Sinne möchten wir auch gern das Herrscherhaus zu einem konservativen Faktor des 20. Jahrhunderts umgewandelt wissen."

Joh. Victor Bredt bei der Etatberatung am 16. Februar 1917 im preußischen Abgeordnetenhaus.

Die Freikonservative Partei

Eine Minderheit konservativer Abgeordneter trennte sich 1866 bei der Indemnitätsvorlage im preußischen Abgeordnetenhaus von der Konservativen Partei.1) Diese Freie Konservative Vereinigung, die sich in Preußen bald Freikonservative Partei und im Reich Deutsche Reichspartei nannte, unterstützte unbedingt die Politik Bismarcks, oft als Mittler zwischen den Nationalliberalen und der Regierung. Unter den Parteiführern Wilhelm von Kardorff²), Carl Ferdinand Freiherr von Stumm3) und später Octavio von Zedlitz gewann die "Bismarck-Partei sans phrase" auch über ihre zahlenmäßig geringe Stärke Einfluß, besonders im auswärtigen Dienst ("Botschafter-Partei"). Dennoch blieb diese national-konservative Gruppierung eine "Partei der Offiziere ohne Soldaten"4), in der anfänglich die Vertreter des rheinischen und schlesischen Hochadels und der Industrie dominierten. Der Anteil des katholischen Elements ging nach der Gründung des Zentrums deutlich zurück, zumal die Partei stets eine konsequente Opposition gegen die Sozialdemokraten und — in kulturpolitischen Fragen gegen das Zentrum verfocht. Als "Mittelpartei", die mit einflußreichen Presseorganen (Die Post, Das neue Deutschland) weit über die Partei hinaus publizistisch wirkte, nützte sie im preußischen Abgeordnetenhaus ihre Stellung als "Zünglein an der Waage".5)

Nach Herkunft und Überzeugung gehörte Bredt dieser Partei bis zum Zusammenbruch 1918 und dem ruhmlosen Untergang der Partei in der preußischen Wahlrechtsfrage an. Bei den Reichstagswahlen wurde die Freikonservative Partei vor 1918 in Elberfeld und Barmen, der Heimat Bredts, 1893 und 1912 in den Stichwahlen nur knapp von den Sozialdemokraten geschlagen; 1907 erzielte sie dort im zweiten Wahlgang sogar mit 53,3 % der Stimmen das Mandat. Im Wahlkreis Marburg-Frankenberg konnte die Partei nur 1877 und 1878 das Mandat gewinnen;

¹) Bergsträsser, Geschichte S. 124 f.; Neumann S. 21; Schüddekopf, Innenpolitik S. 59 ff. — Die Dissertation von Frederick Aandahl jr. (The Free-Conservative Party in Germany 1866—1918. Princeton 1955) konnte nicht beschafft werden. Bürgerliche Parteien II S. 561 ff.

²⁾ Siegfried von Kardorff, Wilhelm v. Kardorff. Ein nationaler Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1828—1907. Berlin 1936.

³⁾ Fritz Hellwig, Carl Ferdinand von Stumm-Halberg, 1836—1901. Heidelberg/Saarbrücken 1936.

⁴⁾ Kurt Viebig, Die Entstehung und Entwickelung der Freikonservativen und der Reichspartei insonderlich die Stellung zur Kultur, Kreisordnung und Schutzzollfrage. (Diss. Greifswald) Weimar 1920 S. 27 f.

⁵) Ebd. S. 35.

bei den folgenden Wahlen beteiligte sie sich 1890 und wieder 1912 (mit *Bredt*) ohne Erfolg.⁶) Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus war der Wahlkreis Marburg seit 1879 ohne Unterbrechung eine Domäne der Konservativen.⁷) Der Widerstand der Deutschkonservativen und des Bundes der Landwirte gegen die Nachwahl des freikonservativen *Bredt* wird in dieser Perspektive verständlicher.

Die Immobiliarkreditkommission

Im Winter 1913/14 wurde Bredt das schriftliche Referat "Welche Umstände verteuern das städtische Bauland?" für die auf Antrag des Reichstages vom 27. Juni 1913 gebildete Immobiliarkreditkommission übertragen.8) Die Arbeit der Kommission führte zu keinen greifbaren Ergebnissen; Bredt publizierte sein (General von Plüskow "in Erinnerung an den Tag der Eroberung von Namur" gewidmetes) Referat 1915 selbständig im Carl Heymanns Verlag. Gegenüber Damaschke betonte Bredt den Nutzwert eines Grundstückes, der vom Willen des Eigentümers unabhängig sei, aber den Schlüssel zum Wertproblem biete.9) Mit der Teilnahme in der Kommission fiel eine Arbeit zusammen, die nicht nur den Interessenhintergrund des jungen freikonservativen Abgeordneten aufhellt, sondern in gewisser Weise den weiteren politischen Weg Bredts bis in die Weimarer Zeit hinein vorzeichnete. Als Sachverständiger und Referent arbeitete Bredt im Schutzverband für Deutschen Grundbesitz, einem Zusammenschluß großer Interessenkreise. 10)

In diesem teilweise illustren Kreis des Hochadels und des Großbürgertums erkannte Bredt die Einflußmöglichkeit eines mächtigen Verbandes, eine Erkenntnis, die er nach dem Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei und Erfahrungen auf lokaler Ebene zu einem politischen Arrangement mit der bisher nur wenig bekannten Wirtschaftspartei nützte. Hier gründet die von Bredt wiederholt betonte Kontinuität¹²) von der alten (freikonservativen) Reichspartei zur neuen Reichspartei (des deutschen Mittelstandes).

⁶⁾ Siehe oben S. 10 f; für die Zahlen vgl. den von Alfred Milatz bearbeiteten Wahlatlas, der in Kürze von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien herausgegeben wird.

⁷⁾ H[ermann]. Kalkoff, Graphische Darstellungen der Parteien in den Parlamenten des Deutschen Reichs. Nr. 2: Das preußische Abgeordnetenhaus 1866—1913. Berlin o. J.

⁸⁾ Nachlaß Bredt.

⁹⁾ Bredt, Umstände (1915) S. 59 f.

¹⁰⁾ Verbandsmäßiger Zusammenschluß des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer, des Bundes der Landwirte, der Hypothekenbanken und fürstlicher Verwaltungen; Vorsitzender des Schutzbundes war Fürst Salm-Horstmar, Geschäftsführender Direktor Richard van der Borght. "Von weiteren Mitgliedern nenne ich: Geheimrat Thinius, Geheimrat Schwarz, Dr. Lüder (Bankdirektoren), Kommerzienrat Haberland, Graf Mirbach-Sorquitten, Graf Bethusy-Huc, Graf Spee, Freiherr Jaspar von Maltzahn, Geheimrat Kapp (dem damals noch keiner einen Putsch zutraute!), mein Parteifreund Otto Arendt, Justizrat Baumert, Schümichen, Humar (vom Zentralverband der Hausbesitzer), Justizrat Loewenfeld (der später den Kaiser in seinen Prozessen vertrat)", Erinnerungen S. 150.

¹¹⁾ Siehe S. 161 ff.

¹²) Siehe dazu auch den Ausspruch von Breitscheid S. 181.

Militarismus und Kriegspolitik

Ein Vierteljahr nach der schweren Verwundung auf dem Vormarsch in Ostpreußen erschienen in der Deutschen Juristen-Zeitung die "Juristischen KriegsErinnerungen" Bredts, unter dem zugkräftigen Titel "Militarismus und Völkerrecht" in der Oberhessischen Zeitung und dem Berliner Lokal-Anzeiger nachgedruckt. Der Schlußsatz¹³) des Aufsatzes hebt sich deutlich ab von jener
gemäßigten und nüchternen Einschätzung, die Bredt nach der Tätigkeit in der
Zivilverwaltung in Polen und den Unterredungen mit Tisza und Czernin im
Frühjahr 1917 kennzeichnet und ihn vor den irrealen Kriegszielforderungen
seiner akademischen Kollegen bewahrte.¹⁴)

Über die Ursachen des Krieges äußerte sich Bredt am 16. Januar 1916 im Abgeordnetenhaus in einer Auseinandersetzung mit Hermann Pachnicke:

"Aber ohne die Entwicklung dieser Industrie wären wir vermutlich in den gegenwärtigen Krieg gar nicht hineingekommen."

Nur der nationalliberale Abgeordnete Walter *Lohmann* bemerkte die hintergründige Zweideutigkeit dieser Aussage.¹⁵) *Bredt* war aber überzeugt, daß Deutschland sich in einem Verteidigungskrieg befinde, hineingezogen durch die eigene ungeschickte Politik und die Eifersucht Englands auf die Erfolge der deutschen Industrie.

Der Friede konnte nur von militärischen Erfolgen abhängen, allein von militärischen Erfolgen erzwungen werden. So handelte *Bredt* auch in der Zivilverwaltung; die Verwaltung schien ihm nicht Selbstzweck, sondern integraler Teil der deutschen Kriegswirtschaft. 16) Nicht aus "Erbarmen" oder "Nächstenliebe" führte er nur ungern den Befehl aus, "100 jüdische Handarbeiter" in Tschenstochau auszuheben und als Industriearbeiter nach Oberschlesien zu schicken.

"sondern weil ich es für eine wahnsinnige Dummheit gehalten habe. Wir haben uns dadurch zweifellos gründlich unbeliebt und verhaßt gemacht bei den Polen."¹⁷)

Scharf wandte er sich gegen das an der Front verpönte "Annexionsgerede", ohne damit für einen Verzichtfrieden eintreten zu wollen. Andererseits hielt er den Sozialdemokraten warnend vor, daß einmal der Tag kommen werde, "wo dieses so sehr gepriesene allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht" der Linken schlecht bekommen werde.¹⁸)

^{13) &}quot;Und wenn man unsere grauen Jungen draußen sieht, muß man stolz auf sie werden, daß man sagt: der deutsche Militarismus ist doch wertvoller als das ganze Völkerrecht."

¹⁴⁾ Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges. Göttingen 1969.

¹⁵) Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17 Bd. 1 Sp. 148 f.; siehe S. 107 f.

¹⁶⁾ WUA 8 S. 313.

¹⁷) Sitzungsberichte Bd. 10 Sp. 13 595 (29. 11. 1922); am 12. Oktober 1916 berichtete B. an den Verwaltungschef beim Generalgouvernement in Warschau, daß über 25 000 männliche Personen "durch die Tätigkeit des hiesigen Arbeitsamtes" nach Deutschland vermittelt wurden, davon fast 2000 jüdische Arbeiter. Nachlaß Bredt; siehe auch S. 108: "von den Arbeiterdeportationen nach dem Muster von Belgien" blieb Polen aber verschont.

¹⁸) Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17 Bd. 3 Sp. 3588 f. (16. 2. 1917).

Bredt erkannte im Laufe des Krieges zu genau die innere Schwäche und Brüchigkeit des Systems, um sich im Hinblick auf polnische Gebietserweiterungen Illusionen hinzugeben. 19) Er betrachtete die polnische Frage vom Standpunkt des preußischen Staatsorganismus, in den sich die polnische Minderheit einfügen müsse. 20) Daher nahm er die Proklamation des Königreichs Polen zum Anlaß, um aus der Zivilverwaltung auszuscheiden, mußte eine solche Maßnahme doch nur die polnische Irredenta stärken. In einer deutsch-polnischen Annäherung sah Bredt noch 1918 eine ernste Gefahr für das Deutschtum des Ostens; daher lehnte er auch den Vorschlag ab, Danzig zum Freihafen des neuen Königreiches Polen zu machen. 21)

Die deutsche Okkupationsverwaltung weckte "den Trieb zur Selbständigkeit bei den Polen"²²); wenige Tage nach der Revolution stellte *Bredt* diese "einfache Tatsache in Rechnung" und suchte nach einer Möglichkeit, unter den veränderten Umständen "auf irgendeine Weise zusammenzuleben"; er erhoffte nun eine wirtschaftliche Kooperation, da Rußland weder Industriewaren liefern noch landwirtschaftliche Erzeugnisse abnehmen werde. Bereits im Herbst 1917 hatte *Bredt* für die Zukunft eine enge finanzielle Anlehnung Polens an die Mittelmächte in beiderseitigem Interesse für wünschenswert erachtet²³):

"Es muß nur mit realem Wirklichkeitssinn gearbeitet werden und nicht mit dem vielgerühmten deutschen Idealismus."

Mit diesem realen Wirklichkeitssinn schätzte er auch die Mitteleuropapläne Friedrich Naumanns ein.²⁴) Auf einer gemeinsamen Tagung des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes in Berlin sprach Bredt am 19. März 1917 im Herrenhaus über eine "Zollunion" als Vorstufe eines Wirtschaftsbündnisses mit Österreich.²⁵) In Budapest präzisierte er knapp zwei Monate später seine Gedanken in einem Referat über die "Deutsche Zoll- und Eisenbahnpolitik ehedem und heute".²⁶) Allein die "Erneuerung des Gedankens des Zollvereins" werde den wirtschaftlichen Aufschwung der Mittelmächte und den Sieg auf dem Schlachtfelde herbeiführen; das Vorbild des Zollvereins beeinflußte auch die Bredtschen Vorschläge für die Staatsverträge mit Kurland und Litauen.²⁷) Zugleich erkannte Bredt aber in Budapest und Wien den kommenden militärischen und politischen Zusammenbruch:

"Daß der Krieg verloren war, schien mir sicher; nicht wegen der Lage an der deutschen Front, sondern wegen der inneren Lage in Österreich-Ungarn und Bulgarien. Es mußte

¹⁹) WUA 8 S. 312 ff. "Die Frage von Polen". — Vgl. für den Hintergrund Geiss, a.a.O.; H.-U. Wehler, Die Polenpolitik im deutschen Kaiserreich 1871—1918. In: Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Festschrift für Theodor Schieder. München/Wien 1968 S. 297—316.

²⁰) Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17 Bd. 3 Sp. 3587.

²¹) Danzig-Riga (1918).

²²) Polnische Erinnerungen (1918).

²³) Bredt, Kriegseindrücke (1917) S. 874.

²⁴) Siehe S. 118.

²⁵) Wirtschaftszeitung der Zentralmächte Nr. 12 v. 23. 3. 1917 S. 270; siehe S. 118.

²⁶) Ebd. Nr. 20 v. 18. 5. 1917 S. 455 f.; siehe S. 118.

²⁷) Siehe S. 136 ff.

jetzt alles darauf ankommen, wenigstens Erschütterungen im Innern zu vermeiden, um heil über militärische Rückschläge hinwegzukommen."28)

Diese Erkenntnis weckte noch einmal die Kräfte einer freikonservativen Erneuerung.²⁹)

Die mecklenburgische Verfassungsfrage

Bis zur Novemberrevolution war die Verfassung der beiden mecklenburgischen Großherzogtümer "eine mitteleuropäische Sehenswürdigkeit von beträchtlichem Museumswert"30), wurden doch die Stände noch immer nach der alten landständischen Ordnung von 1755 bestellt. Zweimal im Jahr tagte der Landtag gemeinsam für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz abwechselnd in den kleinen Landstädtchen Malchin und Sternberg.³¹) Nach der Aussetzung der bürgerlich-demokratischen Verfassung (1849/50) stellten die mecklenburgischen Verfassungsverhältnisse eine "historische Fehlentwicklung"32) dar, auf deren Problematik von liberaler Seite im Reichstag ohne Erfolg hingewiesen wurde.33) Die letzten gemäßigten Reformversuche der beiden mecklenburgischen Regierungen (1908/13) waren am Widerstand der Stände und vornehmlich der Ritterschaft gescheitert. Die Stände zeigten zwar eine gewisse Konzessionsbereitschaft, suchten aber zugleich ihre alten Privilegien nur wenig modifiziert - Hinzuziehung weiterer Kreise bei der Bewilligung des Etats, aber Beibehaltung der ständischen Vertretung und Ablehnung des allgemeinen Wahlrechts - zu wahren.34) Allmählich erkannte man aber auch in altkonservativen Kreisen, daß eine wirksamere Beteiligung des Volkes an der einheimischen Gesetzgebung gefunden werden müsse. Das (unlösbare) Problem der Reform bestand darin, daß das geltende Verfassungsrecht nur unter Zustimmung der Stände, der Ritterschaft und der Landschaft, geändert werden konnte.35)

3

²⁸⁾ Bredt, Parteien im Weltkriege (1929) S. 585; siehe ergänzend S. 119, 310 f.

²⁹) Siehe oben S. 21.

³⁰⁾ Hermann Heller, Die politischen Ideenkreise der Gegenwart. Breslau 1926 S. 62. — Zum Vergleich P. Sincerus, Von der glücklichen Mecklenburgischen Verfassung. Berlin 1898; vgl. besonders die Darstellung Bredts im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß: WUA 8 S. 329 ff.

³¹) Georg Graf von Schwerin, Zettemin. Leben und Wirken auf dem geliebten Lande. Aumühle bei Hamburg 1959 S. 78 ff.

³²⁾ Hugo Cordshagen. Das Archiv der mecklenburgischen Landstände. Seine Bedeutung als Quelle für die Geschichte Mecklenburgs. In: Archivmitteilungen (Berlin-Ost) XVIII (1968) 1 S. 23—26; S. 26.

³³⁾ Seit 1871 hatte der Reichstag wiederholt fast einstimmig einen entsprechenden Antrag des mecklenburgischen (nationalliberalen) Abgeordneten Otto Büsing angenommen.

³⁴⁾ Bericht des preußischen Gesandten in Mecklenburg und den Hansestädten, Bassewitz, an Bethmann Hollweg v. 18. 4. 1910. Pol. Archiv, I. A. A. f (Mecklenburg) 21 Bd. 2.

³⁵⁾ Gegner einer Repräsentativverfassung waren auch jene "bürgerlichen Herren aus Hamburg und Berlin, die sich in Mecklenburg angekauft haben und dadurch Mitglieder der Ritterschaft geworden sind". Gesandtschaftsbericht v. 2. 12. 1909, Pol. Archiv, I. A. A. f (Mecklenburg) 21 Bd. 2. — A. Steinmann, Konservativ oder ständisch? Ein offenes Wort zur mecklenburgischen Verfassungsfrage. Wismar 1911; Karl Freiherr von Stengel, Rechtsgutachten zur Mecklenburgischen Verfassungsfrage. Schwerin 1911.

In diesem kritischen Stadium der Verfassungsfrage lernte Bredt auf einer Nordlandreise im Sommer 1911 den Strelitzer Staatsminister Heinrich Bossart kennen, der im Januar 1908 den Vorsitz des Geheimen Staatsministeriums und der Großherzoglichen Landesregierung übernommen hatte. Bossart galt als reformfreudig und regte Bredt zu einer staatsrechtlichen Studie an, die eine Anpassung der mecklenburgischen Ständeverfassung an das Reichsrecht forderte, ohne eine Lösung durch die Kompetenz-Kompetenz des Reiches gemäß Art. 78 der Reichsverfassung auszuschließen. Dennoch hoffte Bredt auf eine "sich friedlich und in gedeihlichem Zusammenwirken aller berufenen Faktoren" vollziehende Wandlung des Ständestaates, die auch zu den Zielen des Schweriner Staatsministers Adolf Langfeld, einem Anhänger der Verfassungsreform in irgendeiner Form, gehörte. 38)

Je länger der Krieg dauerte, um so weniger erfüllte sich die Hoffnung Bossarts, daß die Kriegsereignisse in der Innenpolitik "reinigend und befreiend" wirkten.39) Die Gegensätze brachen nach kurzer Zeit mit aller Schärfe erneut auf. Die Dokumente im Anhang⁴⁰) belegen die Entwicklung der mecklenburgischen Verfassungsfrage im letzten Jahr vor der Revolution. Bredt, Bossart und Ludwig Graf Schwerin-Mildenitz freundschaftlich verbunden, entwarf im Oktober 1917 eine vorläufige Verfassung auf berufsständischer Grundlage, die Langfeld jedoch bereits über "das praktisch unbedingt Notwendige" hinausging, während Bredt und Graf Schwerin-Mildenitz noch an eine "für Preußen nachahmenswerte Verfassung" dachten.41) Der Entwurf spiegelt vor allem die Ansichten des Grafen Schwerin-Mildenitz, der noch 1913 jede Reform abgelehnt hatte; besonders Bossart mißtraute daher im Anfang der Beratungen dem politisch unbeständigen Grafen, zählte ihn dennoch später zu den "wenigen Gescheiten"42); so entsprach der vorläufige Entwurf Bredts nur wenig dem "Geist der Zeit".43) Der vermittelnde Einfluß Bredts in den mecklenburgischen Verfassungsberatungen, die kaum mehr an die Öffentlichkeit drangen⁴⁴), erhellt zugleich die Rolle Bredts in der preußischen Wahlrechtsfrage.

Der Tod des letzten Strelitzer Großherzogs Adolph Friedrich VI. am 23. Februar 1918 und die sich anschließenden Streitigkeiten um die Erbfolge vereitelten vollends jede zukunftsweisende Reform, zumal die Stände ihren Widerstand nicht aufgaben. Am 4. November 1918 machten Bossart und Langfeld mit der

³⁶) Pol. Archiv, I. A. A. f (Mecklenburg) 21 Bd. 3. — Bredt, Mecklenburgische Ständeverfassung (1914); die Arbeit ist E. Heymann "als Abschiedsgruß bei seinem Weggang von Marburg" nach Berlin gewidmet.

³⁷⁾ Bredt, a.a.O. S. 69.

³⁸⁾ Langfeld an Bredt v. 27. 3. 1914, Nachlaß Bredt; Pol. Archiv, I. A. A. f (Mecklenburg) 21 Bd. 3, Bericht des preuß. Gesandten in Mecklenburg und den Hansestädten v. 6. 2. 1914.

³⁹⁾ Bossart an Bredt v. 8. 10. 1914, Nachlaß Bredt.

⁴⁰⁾ Siehe S. 315 ff.

⁴¹) Siehe S. 326, 331.

⁴²⁾ Siehe S. 329; vgl. Otto Vitense, Geschichte von Mecklenburg. Gotha 1920 S. 548.

⁴³) Siehe S. 315.

⁴⁴⁾ Vitense, a.a.O. S. 574.

⁴⁵⁾ Victor Naumann, Profile. 30 Porträt-Skizzen aus den Jahren des Weltkrieges nach persönlichen Begegnungen. München und Leipzig 1925 S. 199.

Ankündigung einer neuen Verfassung einen letzten Versuch, gossen nun aber nur mehr Öl ins Feuer. 46) Die Revolution und der Thronverzicht des Großherzogs vom 14. November⁴⁷) machten jede Neuordnung, die auf dem Vorhandenen aufzubauen suchte, unmöglich, obgleich der Großherzog am 8. November die "Einführung einer auf den Grundsätzen des parlamentarischen Systems beruhenden Landesversammlung" angeordnet hatte und am folgenden Tag im Einvernehmen mit den Arbeiter- und Soldatenräten eine neue Regierung einsetzte. 48) Als erstes von allen deutschen Ländern gab sich Mecklenburg-Strelitz am 29. Januar 1919 eine neue Verfassung. 49) Die Revolution ging über alle gemäßigt fortschrittliche staatsrechtliche Konstruktionen hinweg, die auf friedlichem Wege eine Anpassung an die Neuzeit ermöglichen sollten. Aber auch ohne die Ereignisse der Revolution muß bezweifelt werden, ob der Bredtsche Entwurf oder eine Fortentwicklung die Gefahr hätten bannen können, daß die "neue Zeit" sich über den Widerstand der Stände hinweggesetzt hätte. 50) Wie beharrlich aber einmal historisch Gewachsenes sein Eigenleben bewahrt, beweist über den November 1918 die anachronistische Selbständigkeit der beiden mecklenburgischen Länder bis 1933.⁵¹)

Die preußische Wahlrechtsfrage

Die Entscheidung der vier freikonservativen Abgeordneten Arendt, Bredt, v. Kardorff und Wagner, am 2. Mai 1918 gegen die Fraktion und für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen zu stimmen, änderte nichts mehr an der Ablehnung jeder entscheidenden Reform durch die Mehrheit des Hauses. Auch 1918 waren die Konservativen⁵²) und in ihrem Gefolge eine starke Minderheit des Zentrums und der Nationalliberalen nicht bereit, durch die Wahlrechtsänderung "sich selbst das Todesurteil zu sprechen"⁵³).

Die Entscheidung am 2. Mai 1918 war der Höhepunkt im politischen Leben⁵⁴)

⁴⁶) Vitense, a.a.O. S. 583.

⁴⁷) Regierungs-Blatt für das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin Nr. 199 v. 16. 11. 1918 S. 318.

⁴⁸) Ebd. Nr. 194 v. 9. 11. 1918 S. 313 und Nr. 195 v. 12. 11. 1918 S. 314.

⁴⁹) Brückner, Die mecklenburgische Verfassungsfrage seit 1913. In: Jahrbuch d. öff. Rechts der Gegenwart IX (1920) S. 218—225; M. Wenzel, Die neuen mecklenburgischen Verfassungen Ebd. X (1921) S. 321—365.

⁵⁰⁾ Bredt, Mecklenburgische Verfassungsfrage (1918) S. 28. Durch Verordnung vom 3. Dezember 1918 wurden die Stände offiziell als Körperschaften des öffentlichen Rechts in Mecklenburg-Schwerin aufgehoben, ihre Eigenschaft als Privatkörperschaft blieb davon unbenommen; Regierungs-Blatt für Mecklenburg-Schwerin Nr. 215 v. 5. 12. 1918 S. 339. Die altständische Verfassung erfreute sich auch nach 1918 in deutschnationalen Kreisen Mecklenburgs großer Sympathien, vgl. dazu Wolfgang Scharenberg (Die Sünden der mecklenburgischen Ritterschaft. Eine geschichtliche Darstellung. o. O. 1926 S. 7) und die Erinnerungen Langfelds (a.a.O. S. 395 ff.).

⁵¹) Kittel S. 54; Hamann S. 169 ff.

⁵²⁾ Andreas Dorpalen, The German Conservatives and the Parliamentarization of Imperial Germany. In: Journal of Central European Affairs 11 (1951) S. 184—199; Patemann, passim.

⁵³⁾ WUA 8 S. 180, vgl. ebd. S. 180—197 die Darstellung Bredts im Rahmen der Innenpolitik des Reiches während des Weltkrieges.

⁵⁴) Siehe S. 135.

Joh. Victor Bredts; der Weg dazu war keineswegs geradlinig. 1913 sprach sich Bredt in einem Brief an E. Heymann gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts an Preußen aus. 55) Und auch im Frühjahr 1918 wußte Bredt, daß das gleiche Wahlrecht besonders in den östlichen Provinzen eine "sehr gefährliche Waffe" für den Bestand des preußischen Staates bedeutete; so betonte er am 6. Mai im Plenum seine "großen Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht"; besonders das Stimmrecht der jugendlichen Personen und vor allem der Frauen müsse entschieden abgelehnt werden. Auch der Reform des Gemeindewahlrechts widersetzte sich Bredt. 56) Die Reform sollte nur das freiwillig gewähren, was nicht länger verhindert werden konnte, damit "wenigstens das Mögliche geschehe, um ohne Gefährdung des ganzen Staates über die äußere Katastrophe hinwegzukommen". 57)

Bereits im Sommer 1917 hatte sich Bredt mit zwei Aufsätzen in der von Adolf Grabowsky (1880—1969) redigierten Halbmonatsschrift Das neue Deutschland, einem Forum konservativer Erneuerungsbestrebungen, engagiert. Bredt war überzeugt, daß eine radikale Verfassungsreform nur noch durch "schnelle und rechtzeitige Zugeständnisse"59) vermieden werden könne. Der Aufsatz "Freikonservatives Programm"60) vom 1. September 1917 spiegelt bereits die eigentümliche Dialektik der Haltung im Mai 1918. Die "unabwendbare Änderung" des Wahlrechts müsse von der Regierung und den rechten Parteien ausgehen, nur dann hätte eine Neuerung im konservativen Sinne eine Chance. Durch die ablehnende Haltung verliere die Rechte jeden Einfluß auf das Neue. Aber die zaghafte Hoffnung auf einen fortschrittlichen Konservativismus konnten die Freikonservativen 1917/18 nicht mehr erfüllen. In den Wahlrechtsdebatten schloß sich die Partei den Deutschkonservativen an.

Die Charakterisierung des alten und kranken Parteiführers v. Zedlitz als "Hexenmeister" wird stark gefärbt von der Absicht Bredts, ihn als typischen Vertreter der "verknöcherten alten Herren" in der Fraktion hinzustellen, der in der Wahlrechtsfrage durch eine geheime Zusage nach links und vorsichtiges Abwarten doch noch einen Kompromiß zu erzielen hoffe. Zedlitz wählte bewußt diese Taktik, die der Vorwärts am 23. 11. 1917 als "mitfahren, um bremsen zu können" ironisierte, während Bredt mit deutlicher Spitze gegen Zedlitz am 21. November in der Berliner Tageszeitung Die Post eine klare Entscheidung der Partei und vor allem des "Kutschers" Zedlitz forderte.⁶¹) Der Artikel fand ein lebhaftes Echo; mit Recht wies aber das Berliner Tageblatt vom 23. November darauf hin, daß Bredt sich auf die Kritik beschränke, ohne "positive Vorschläge zur Stellungnahme der Partei gegenüber der Wahlreform und den anderen wichtigen innerpolitischen Fragen" zu machen. So ist es zu erklären, daß dieser Artikel gerade

⁵⁵⁾ Brief v. 22. 3. 1913 im Nachlaß Bredt.

⁵⁶) Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 9 Sp. 9751 ff.

⁵⁷) Siehe S. 135, 341.

⁵⁸) Mende S. 97 ff., S. 115; siehe auch S. 122.

⁵⁹) Siehe S. 122.

⁶⁰⁾ Siehe S. 336 ff.

⁶¹⁾ Siehe S. 124; der genannte Artikel des Vorwärts "Die Freikonservativen und die Wahlreform" und die im folgenden zitierten Zeitungsartikel befinden sich im Nachlaß Bredt.

auch in den Blättern der Rechten nicht nur gegen den Zauderer Zedlitz, sondern gegen jede Reform gedeutet wurde, daß Bredt "dadurch selbst als schwankend erschien".⁶²) Ohne Zweifel war dieser Artikel aber konzipiert als ein Aufruf, "Überlebtes und nicht mehr haltbar Gewordenes" fallen zu lassen; das beweist auch ein Kommentar der den Nationalliberalen nahestehenden Berliner Neuesten Nachrichten vom 22. November, den Bredt mit Blaustift angestrichen hat:

"Bei der in Preußen bevorstehenden politischen Neuordnung müßte der freikonservativen Partei gegenüber dem radikalen, auf allzu schnellen Umsturz bedachten Drängen der Linken die Aufgabe zufallen, führend bei einer Reform mitzuwirken, die einer neuen Zeit das Notwendige gewährte und dabei die Grundlagen des historischen Preußen möglichst unerschüttert ließ."

Der Zedlitzsche Widerspruch auf den Artikel von Bredt, am folgenden Tag unter dem Titel "Die freikonservative Partei" in der Post veröffentlicht, bestätigte nur die "den Grundregeln politischer Klugheit" entsprechende Haltung des Parteiführers, sich nach dem Wahlerlaß vom 11. Juli 1917 nicht auf einen Weg festzulegen, "von dem man nicht weiß, ob er statt zum Ziel zu einer (andernfalls abzuwendenden) vielleicht selbst noch über das Maß des Wahlerlasses vom 11. Juli hinausgehenden Demokratisierung Preußens führen würde".

Darauf antwortete Bredt am 29. November in der Post; unter dem Titel "Freikonservative Aufgaben" forderte er, daß die Partei das Pluralwahlrecht als Initiativantrag einbringe. Bei der Aussprache über den Etat für 1917 hatte Kardorff parallel zu Friedberg bereits von freikonservativer Seite diesen Vorschlag dem Plenum unterbreitet, der weithin als "ein Bekenntnis des fortschrittlichen Konservativismus" beachtet worden war.63) Inzwischen hatten aber die kaiserliche Osterbotschaft (1917) und der Erlaß vom 11. Juli das innenpolitische Klima völlig verändert. Dennoch begrüßten die Berliner Neuesten Nachrichten vom 29. November den Artikel als "eine positive Lösung der Wahlrechtsfrage". In der Fraktion, die am 2. Dezember über den "Fall Bredt" verhandelte, hatte Bredt Gelegenheit, "seine Auffassung geltend zu machen", wie Zedlitz bereits am 29. November in der Post andeutete. Aber Bredts Vorschläge fanden in der Fraktion keinen Beifall. So bekannten sich im Frühjahr 1918 nur vier freikonservative Abgeordnete für das gleiche Wahlrecht, die im Herzen Gegner dieses Wahlrechts waren und blieben.64) Die Rechte lehnte es ab, "an dem kommenden Neuen" mitzuwirken:

"Daß die konservativen Parteien zuviel verneint und zu wenig positiv geleistet haben, müssen sie heute bitter büßen."⁶⁵)

Ob eine flexiblere und reformwilligere konservative Politik im Frühjahr oder noch im Herbst 1918 den späteren "Umsturz" verhindert hätte, bleibt ungewiß. Entscheidend für die späteren Ereignisse war nicht allein die ungelöste Wahlrechtsfrage, sondern die Art, wie dieses Problem behandelt wurde. 66) Der Ausgang

⁶²) Siehe S. 125; *Patemann* (S. 117) charakterisiert *Bredt* als Wortführer einer starken innerparteilichen Opposition nicht zutreffend.

⁶³⁾ Bergstraeßer S. 107; Mende S. 107.

⁶⁴⁾ Patemann S. 154; siehe S. 135, Anm. 194.

⁶⁵⁾ Bredt, Zur politischen Lage (1918).

⁶⁶⁾ WUA 8 S. 192.

des Krieges war spätestens 1918 für die preußische Wahlrechtsfrage ohne Bedeutung; nach einer Niederlage ließen sich kaum die schweren Erschütterungen vermeiden, die Hertling am 30. April 1918 im Abgeordnetenhaus angedeutet hatte. 67) Ein siegreiches Volksheer hätte noch weniger freiwillig auf die Wahlrechtsreform verzichtet! Als sich die Landtagsfraktionen der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums am 15. Oktober 1918 für die Einführung des gleichen Wahlrechts in einstimmigen Beschlüssen aussprachen, war es endgültig zu spät. Durch Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 wurde in Preußen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht eingeführt.68) Der vergebliche Kampf der "Rebellen" gegen die Disziplin der Fraktion und gegen die etablierten Kräfte der Beharrung ist nicht nur ein Zeugnis für den persönlichen Mut dieser Abgeordneten, sondern zugleich Zeugnis für den Geist jungkonservativer Erneuerung des Kreises um Adolf Grabowsky. Bei größerer Resonanz hätten jene Ideen, rechtzeitig aufgegriffen, "viel zu einer besseren Entwicklung der deutschen Politik beigetragen".69) Im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß blickte daher Bredt "nur mit Trauer auf jene Kämpfe", in denen sich das Schicksal der bestehenden Staatsform entschieden hatte, noch ehe die Revolution widerstandslos den Sturz der Monarchie vollzog.⁷⁰)

Die Frage von Kurland und Litauen

Von Ende November 1917 bis zum November 1918 arbeitete Bredt als juristischer Sachverständiger im Stabe Oberost. 71) Am 7. November 1917 begrüßte es Freiherr von Gayl, wenn sich Bredt "dauernd für die Vorarbeiten am Aufbau Litauens und Kurlands zur Verfügung" stellen wolle. 72) Die Verbindung hatte Oberst v. Brandenstein hergestellt, der als Oberquartiermeister Ost zeitweise die Militärverwaltung für das Gebiet Oberost ausübte. Bei der Ausarbeitung der Verfassungen und Staatsverträge war Bredt streng an "Richtlinien" gebunden, mit dem Ziel, eine "Personalunion" zwischen Preußen und dem Herzogtum Kurland und dem Großfürstentum Litauen staatsrechtlich zu verankern. Die litauische Angelegenheit war — nach der Ansicht v. Gayls — "außerordentlich verfahren", da die Vertreter des litauischen Volkes glaubten,

"den Reichskanzler und das Auswärtige Amt vollständig in der Tasche zu haben und auf die Oberste Heeresleitung pfeifen zu können. Es ist jetzt ein mühsames Geschäft, ihnen das Gegenteil klarzumachen. Immerhin ist der gewisse Gegensatz, der zwischen Kanzler und OHL in der ganzen Sache hervorgerufen ist, außerordentlich bedauerlich".⁷³)

Damit spielt v. Gayl offenbar auf die Erklärung des Reichskanzlers vom 29. November 1917 und die Erklärungen der deutschen Friedensdelegation in Brest-Litowsk an, dem Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland

⁶⁷⁾ Siehe S. 133.

⁶⁸⁾ Quellen 6/I S. 37 f.

⁶⁹⁾ Prof. Adolf Grabowsky an den Verfasser am 27. 9. 1963.

⁷⁰) WUA 8 S. 195, 183.

⁷¹) WUA 1 S. 394; ebd. 8 S. 329 ff. "Die Frage von Kurland und Litauen" (S. 331).

⁷²⁾ Nachlaß Bredt

⁷³⁾ v. Gayl (Hauptquartier Ost) v. 7. 12. 1917 an Bredt, Nachlaß Bredt.

Rechnung zu tragen. In dem vorwiegend katholischen Litauen, dessen einheimische Führungsschicht sich nach Selbständigkeit auf demokratischer Grundlage sehnte, war die Resonanz größer als in Kurland, wo eine rein deutsche Oberschicht den Grund besaß und auch in den Städten dominierte. Am 30. Dezember 1917 schickte der baltische Edelmann Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven Bredt ein Gutachten des Staatsrechtlers Heinrich Triepel "über die künftige Verfassung des Ostlandes", das durch "Angliederung" in irgendeiner Form die Rechte der deutschen Oberschicht zu konservieren suchte, und bemerkte dazu:

"Ich füge hinzu, daß es nach Ansicht der Maßgebenden unter meinen Landsleuten am erwünschtesten für uns Balten wäre, in dieser oder jener Form unmittelbar an Preußen angegliedert zu werden. Da das augenscheinlich ist, wäre uns eine Union mit Preußen oder dem Reich das liebste. Unter keinen Umständen wollen wir einen ganz selbständigen Staat mit eigenem Fürsten. Auch würden wir es für notwendig halten, daß zunächst keine konstituierende Verfassung in Kraft tritt, wir vielmehr durch ein Militärgouvernement regiert werden. Sollte auch das sich verbieten, so dürfte jedenfalls nur eine ständische, bzw. berufsständische Vertretung in Frage kommen, bei der dem deutschen Element das Übergewicht gesichert wäre. Im entgegengesetzten Falle kann die geplante Staatengründung nur zum Schaden Deutschlands ausschlagen, da dann die revolutionären und demokratischen Elemente sofort die Oberhand gewinnen würden und von einer Eindeutschung des Gebietes nicht mehr die Rede sein könnte."

Auch der Reichstag dürfe "bei der jetzigen innerpolitischen Konjunktur" möglichst wenig "Einfluß auf die Politik im Neulande gewinnen"; ähnliche politische Vorstellungen prägen auch die vor dem Fall Rigas am 3. September 1917 niedergeschriebenen "Bemerkungen für Friedensbedingungen im Osten", die wahrscheinlich von Gayl stammen und Bredt am 7. Dezember mit weiteren Unterlagen zugesandt wurden.⁷⁶)

Die Aufgabe Bredts war es nun, zunächst im Stabe Oberost und seit dem 1. August 1918 im Reichsamt des Innern, die "Angliederung" von Kurland und Litauen staatsrechtlich zu fixieren, d. h. beide Staaten sollten nach innen als selbständige Staaten, nach außen aber als untrennbare Bestandteile des Deutschen Reiches erscheinen.⁷⁷)

Neben der politischen Angliederung durch die Staatsverfassung sollten als weitere Klammern Konventionen für den Handel, die Wirtschaft und das Bankwesen ausgearbeitet werden. Bei den "Vorarbeiten für die Durchführung des direkten Steuersystems in diesem hoffentlich bald deutschen Lande" suchte Ende 1917 auch *Tiesler* die Unterstützung *Bredts*, der als Sachverständiger für das preußische Steuerrecht galt.⁷⁸)

⁷⁴) WUA 8 S. 331 ff.

⁷⁵⁾ Brief v. 30. 12. 1917 aus Kowno; das Gutachten ist wahrscheinlich als Durchschlag im Nachlaß Bredt überliefert: Denkschrift vom Juli 1917 über "Politische Zukunftsfragen Kurlands und Litauens" (Oberbefehlshaber Ost, Oberquartiermeister Abt. V Nr. 83 geh.).

⁷⁶⁾ Nachlaß Bredt.

⁷⁷) WUA 8 S. 338; "Erfinder" der neuen Annexionsformel "Angliederung" war Goβler; vgl. Karl-Heinz Janßen, Alfred von Goßler und die deutsche Verwaltung im Baltikum 1915/18. In: HZ 207 (1968) S. 42—54, 48.

⁷⁸) Tiesler (Hauptquartier) v. 21. 12. 1917 an Bredt; am 20. 1. 1918 bedankte sich T. für die "hier freudig begrüßten Ausführungen über das politische Steuerprogramm dieses [Ost-] Landes"; Nachlaß Bredt.

Der von Bredt entworfene Staatsvertrag zielte nicht auf ein bloßes "Bündnis", "weil hier die Möglichkeit der Kündigung nicht ausgeschlossen werden kann, selbst wenn es formell ausgesprochen werden sollte"; stattdessen befürwortete er eine "Angliederung", die weniger als eine Annexion, aber mehr als ein Bündnis sei:

"Es sollen vielmehr Staatengebilde entstehen, welche sich zwar im Innern selbst regieren, welche aber nach außen in einem unlöslichen Zusammenhang mit dem Deutschen Reich stehen, und zwar in einem Zusammenhange, der den Vorrang des Deutschen Reiches unverkennbar hervortreten läßt, wie es ja auch in dem Worte Angliederung bereits zum Ausdruck kommt."⁷⁹)

Wirtschaftlich sollte die Angliederung durch ein Deutschland, Kurland und Litauen umschließendes einheitliches Zollgebiet ohne Zwischenzölle und mit gemeinsamer Zollgrenze — nach dem Vorbild des Luxemburger Zollvertrages von 1842 — erreicht werden, worauf Bredt besonders in der Besprechung im Reichsamt des Innern am 14. Mai 1918 hinwies. (Bie Bredt später als "ein Säuseln in annexionistischem Sinne" apostrophierte, wurden in mehreren Verhandlungen völlig umgestaltet, so "daß von Kurland und Litauen kaum noch etwas übrig blieb". (Bie Bis zum Zusammenbruch blieben alle "Fragen in der Schwebe". (Bie Besetzung des litauischen Thrones — Bredt hielt im Bündnisentwurf sowohl eine preußische als auch sächsische Lösung für möglich — wurde durch die Ansprüche verschiedener Dynastien zu einem erheblichen Problem der "Machtverteilung innerhalb des Reiches". (Bie) Das Urteil Bredts im Gutachten des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses deutet den vielschichtigen politischen Hintergrund dieses Angliederungsversuches an:

"Es war der erste große Versuch mit einem Begriffe, der erst im Kriege aufgekommen war, und der dazu dienen sollte, eine tatsächliche Annexion in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen. Wie er sich in Bezug auf Belgien ausgewirkt hätte, wenn er sich bei Kurland und Litauen als anwendbar erwiesen hätte — die Frage mag man sich einmal vorlegen."84)

^{79) &}quot;Erläuterungen zu dem Entwurf eines Bündnisvertrages zwischen dem Deutschen Reiche, dem Herzogtum Kurland, dem Großfürstentum Litauen" im Nachlaß Bredt. Den Vertragsentwurf kannten Lilli Lewerenz (Die deutsche Politik im Baltikum 1914—1918. Diss. Hamburg 1958), Fritz Fischer (a.a.O.) und Werner Basler (a.a.O.) wohl nur aus den Verhandlungen im Reichsamt des Innern (siehe S. 138). Erst Gerd Linde (a.a.O. S. 573—580) entdeckte in den Generalakten des preuß. Justizministeriums im Bundesarchiv Koblenz (P 135/7709) den Bredtschen Entwurf; die Akte befindet sich jetzt im Geh. Staatsarchiv Berlin-Dahlem: Rep. 84 A Nr. 7709. Der Entwurf ist ebenfalls im Politischen Archiv (Wk 20 d Nr. 1 Bd. 20 Bl. 56—66) enthalten; Bündnisvertrag und Erläuterungen befinden sich auch in den Akten der Reichskanzlei, freundl. Mitteilung des Deutschen Zentralarchivs I (Potsdam) v. 16. 5. 1968 an den Verfasser.

⁸⁰) Siehe S. 138; Fischer S. 813 f.; Basler S. 405.

⁸¹⁾ WUA 1 S. 395.

⁸²⁾ WUA 8 S. 346; 342: "In dem Meere von Bedenken und Wünschen ist das Ganze versunken und am 9. November wurden die Akten stillschweigend geschlossen."

⁸³⁾ Ebd. S. 345.

⁸⁴⁾ Ebd. S. 346.

Obgleich Bredt im Herbst 1918 nicht mehr einsah, wie man sich "noch ernsthaft mit solchen Fragen befassen konnte", und er auch "den Krieg bestimmt für verloren" hielt, gab er doch sein "Bestes für die Aufgabe, die ich hatte". 85)

⁸⁵⁾ Siehe S. 139; nach Werner Basler (a.a.O. S. 254) war Bredt "auch an der Abfassung der Verträge von Brest-Litowsk maßgeblich beteiligt"; dieser aus den Akten nicht belegte Hinweis wird jedoch weder durch den Nachlaß noch die Untersuchung von Winfried Baumgart (Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wien u. München 1966) bestätigt; General Hoffmann kannte Bredt seit einem Besuch in Brest-Litowsk, siehe S. 120 Anm. 116. Wahrscheinlich interpretiert Basler eine Erklärung Bredts vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß am 1. April 1925 falsch; vgl. WUA 1 S. 394 f.

4. Bürgerlich-konservative Politik in der Weimarer Republik

"Wäre im Reiche und in Preußen früher nachgegeben worden, hätte man hier und dort rechtzeitig das parlamentarische Regiment freiwillig eingeführt, dann wäre die militärische Niederlage nicht einseitig der Monarchie zur Last gelegt worden, sondern wäre auf sehr viel breiterer Basis hingenommen worden. Das Kaisertum auf parlamentarischer Basis konnte sehr wohl erhalten werden, so wie *Ebert* es sich vorstellte, dazu gehörte aber ein rechtzeitiges freiwilliges Einlenken. Am 9. November war alles schon zu spät."

Joh. Victor *Bredt*, Die Parteien im Weltkriege. In: Was wir vom Weltkrieg nicht wissen (1929) S. 592.

Deutschnationale Volkspartei

Am 24. November 1918 zählt Bredt zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes der neuen Deutschnationalen Volkspartei, die nach der Revolution ihre grundsätzliche Zusammenarbeit mit allen Parteien bekundete.¹) Wie sehr der konservative Gedanke in den letzten vier Jahren korrumpiert worden war, deutet schon der Name der neuen Partei an, in der nach den schwierigen Gründungsverhandlungen nur ein begrenzter Kompromiß zwischen restaurativen und stärker fortschrittlich gesinnten Kräften gelang; so kennzeichnet eine gewisse "Buntscheckigkeit" (v. Zedlitz, der den Aufruf nicht unterschrieb) dieses Sammelbecken von Konservativen, Freikonservativen, Deutsch-Völkischen, Christlich-Sozialen und Reformern.²)

Auch Bredt betonte, daß sich die Partei unbedingt zu den kommenden Wahlen profilieren müsse; gewiß sei aber, daß sie "ganz entschieden auf das soziale Programm kommen" werde.³) Persönlich enttäuschende Erfahrungen mit der Parteibürokratie, in der schon bald die alldeutschen und agrarischen Kreise überwogen, und die zweideutige Haltung der Partei während des Kapp-Putsches im Frühjahr 1920 bewogen Bredt schließlich, mit der Partei zu brechen. Diese Distanzierung deckt sich mit dem Verhalten führender, ehedem um die Zeitschrift Das neue Deutschland gruppierter Jungkonservativer (Kardorff, Hellpach, Röder).⁴)

Publizistisch beteiligte sich Bredt 1918/19 an der Diskussion um den staatsrechtlichen Neubeginn. Sein "Entwurf einer Reichsverfassung" (1919) und vor allem das von Rang reißerisch betitelte Sammelwerk "Das Werk des Herrn Preuß" (1919) zerstörten die langjährige Freundschaft mit Hugo Preuß. Der "Gegenentwurf" Bredts, der im Schutzverband für Deutschen Grundbesitz beraten wurde, bot besonders im Art. 66, der eine unbeschränkte und für die einzelnen Rechtsgebiete nicht in besonderer Weise zu begründende Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung forderte, eine Alternativformel, der auch Preuß zuneigte, für die

¹) Liebe S. 107; Mende S. 122 f.; Lewis Hertzmann, DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic 1918—1933. Lincoln 1963. Bürgerliche Parteien I S. 715 ff.

²) Mende S. 121.

³⁾ Bredt, Deutschnationale Volkspartei (1918).

⁴⁾ Siehe S. 158; vgl. Mende S. 122.

aber keine Mehrheit in der Nationalversammlung zu finden war, obgleich "alle logischen Gründe für die Bredtsche Formel" sprachen.⁵) Bei den Verfassungsberatungen zeichnete sich zum erstenmal eine mögliche Zusammenarbeit mit dem "neuen Regime" ab, die Bredt aber brüsk zurückwies, um "nach aller Möglichkeit Opposition zu machen".⁶) Noch ohne sicheren politischen Standort verweigerte der Konservative, der eben die Reform des Bestehenden gefordert hatte, die Mitarbeit am Aufbau der jungen Republik.

Wirtschaftspartei: Politische Partei, Standesvertretung oder "Interessentenhaufen"?

Die Wirtschaftspartei ist seit ihrer Gründung am 12. September 1920 im Schillertheater in Berlin-Charlottenburg als Außenseiter und unechtes Parteigebilde angefeindet worden. An dieser Einschätzung änderten auch die beträchtlichen Wahlerfolge⁷) wenig. Die Geschichte der Wirtschaftspartei, die sich seit dem Kölner Parteitag (1925) auf Antrag Bredts Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) e. V. nannte, ist bisher noch nicht geschrieben.⁸) Zur Ergänzung und Erhellung der Erinnerungen soll hier skizzenhaft die Entwicklung und Struktur der Partei nachgezeichnet werden.

Aus der Fülle der zeitgenössischen Publizistik zum Thema mittelständischer Politik sei vor allem auf die drei Bände des von Georg Schreiber bearbeiteten und herausgegebenen Politischen Jahrbuchs (1925—1928) hingewiesen.⁹) Der Erfolg der Wirtschaftspartei wurde vor allem dem Zersplitterungseffekt des Verhältniswahlrechts zugeschrieben.¹⁰) Die Wirtschaftspartei, die im Reichstag erst 1928 die Fraktionsgemeinschaft (Wirtschaftliche Vereinigung) mit dem

⁵⁾ Wilhelm Ziegler, Die Deutsche Nationalversammlung 1919/1920 und ihr Verfassungswerk. Berlin 1932 S. 115 u. ö.; Bredt, Entwurf (1919) S. 12; ders., Reichsverfassung (1924) S. 132 ff.

⁶⁾ Siehe S. 147; für die scharfe Kritik Bredts vgl. den Beitrag "Das Staatsrecht" (1919).

⁷⁾ Siehe die Tabelle auf S. 32; bis zu den Wahlen 1929/30 flutete der Wirtschaftspartei ein ständig steigender Wählerstrom zu. Nur eine im öffentlichen Leben der Republik einflußreiche Frau, Katharina von Oheimb, bekannte sich eine Zeitlang zur Wirtschaftspartei; Kardorff-Oheimb S. 159; vgl. auch Gabriele Bremme, Die politische Rolle der Frau in Deutschland. Eine Untersuchung über den Einfluß der Frauen bei Wahlen und ihre Teilnahme in Partei und Parlament. Göttingen 1956.

⁸⁾ Zusammenfassend orientieren über die Wirtschaftspartei bisher nur eine Staatsexamensarbeit von Adolf Vogt (Münster 1963) und ein Miszelle von W. Fritsch: Die Rolle der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) in der Weimarer Republik. Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ges. Reihe 14 (1965) S. 307—309; Heinrich A. Winkler (Berlin) bereitet eine "Arbeit über Politik und Ideologie des gewerblichen Mittelstandes in der Weimarer Republik" vor, vgl. Winkler, Archivalien zur Geschichte der Deutschen Mittelstandsbewegung im Deutschen Zentralarchiv Potsdam und Merseburg. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz 7 (1968) S. 48—53. Hermann Lebovics (Social Conservatism and the Middle Classes in Germany 1914—1933. Princeton 1969) geht auf die Problematik der Wirtschaftspartei, die er zu den unbedeutenden "minority parties" (S. 37) rechnet, gar nicht ein. Für Bremen (1927—1933) vgl. die ungedruckte Zulassungsarbeit von Bärbel Krämer (Bremen 1966). Vgl. jetzt besonders Bürgerliche Parteien II S. 541 ff.

⁹) So besonders das Verzeichnis zur Bücherkunde der Wirtschaftlichen Vereinigung von G. Schreiber (Politisches Jahrbuch 1927/28 S. 784 f.).

¹⁰⁾ F. A. Hermens, Demokratie oder Anarchie? Untersuchung über die Verhältniswahl. Wissenschaftliche Schriften des Instituts zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten in Frankfurt/Main Bd. 8. Frankfurt 1951 S. 170 f.; Bracher, Auflösung S. 55, 94.

Görlitzer Richtlinien 4

Bayerischen Bauernbund und den Deutsch-Hannoveranern auflösen konnte, wurde meist als einflußloses Gebilde nur am Rande erwähnt.¹¹) Erst neuerdings wird der Aufschwung der Partei im Zusammenhang mit den ungelösten wirtschaftspolitischen Fragen (Aufwertung, Krise der kleinen Gewerbetreibenden und Handwerker usw.) gesehen. Der stetige Rückgang der Demokratischen Partei, der die Wirtschaftspartei mit radikaleren Parolen im städtischen Mittelstand erfolgreich entgegentrat, verstärkte noch die Zersplitterung der bürgerlichen rechten Mitte, da zugleich das ursprüngliche Wählerreservoir der Deutschnationalen durch die Bildung von Interessenparteien (Landvolk, Volksrechtpartei, Wirtschaftspartei) zusammenschrumpfte.¹²)

Die Wirtschaftspartei versprach nach Art. IV ihrer Görlitzer Richtlinien (1926), gestützt auf den Art. 164 der Reichsverfassung, politisch die Interessen des "gesamten geistig und praktisch arbeitenden Mittelstand[es]" zu vertreten, da der Buchstabe der Reichsverfassung allein den bedrohten Mittelstand nicht schütze.¹³) So suchte die Partei als eine "ausgesprochene Klassenpartei"¹⁴) zwischen den beiden Blöcken des klassenkämpferischen Proletariats und des persönlichkeitsfeindlichen Kapitalismus (Art. II der Görlitzer Richtlinien) ihren Standort. Ob die Wirtschaftspartei nur ein künstliches Gebilde oder "Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte" war, darf nicht allein nach dem überwiegend negativen Echo der bürgerlichen Parteien beurteilt werden.¹⁵)

- Emil Eichhorn, Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen. Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane. Halle 1925 S. 27 ("Verlegenheitsfirma"); Neumann S. 66 f.; S. William Halperin, Germany Tried Democracy. A Political History of The Reich from 1918 to 1933. New York 1946, passim; Friedrich Stampfer, Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik. Hamburg 3. Aufl. 1953 (1. Aufl. 1947) S. 512; Milatz S. 101 f.; Tormin, Geschichte S. 161.
- ¹²) Rudolf Küstermeier, Die Mittelschichten und ihr politischer Weg. Potsdam 1933 (Die sozialistische Aktion H. 4. Schriftenreihe der Neuen Blätter für den Sozialismus) S. 38 f.; Rudolf Heberle, From Democracy to Nazism. A Regional Case Study on Political Parties in Germany. Baton Rouge 1945 S. 5; Rudolf Vierhaus, Die politische Mitte in der Weimarer Republik. In: GWU 15 (1964) S. 133—149.
- ¹³) Bundesarchiv, ZSg I 176/1: Die Satzungen und Görlitzer Richtlinien der Reichspartei des deutschen Mittelstandes e. V.; Bredt, Geist der Deutschen Reichsverfassung (1924) S. 368 f.; dazu vgl. man auch die Wahlaufrufe der Partei in den Reichstagshandbüchern 1924—1932 und die beiden von Otto Colosser verfaßten Wahlhandbücher "Wahrheiten" (1928) und "Unsere Arbeit und unsere Gegner" (1930).
- ¹⁴) Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens. Neudruck der 2. Auflage (1925). Hrs. u. mit einem Nachwort versehen v. Werner Conze. Stuttgart o. J. S. 18 f. Für die Mittelschichten als Träger einer Ideologie mit antisozialistischem Charakter vgl. Karl V. Thalheim, Das soziale Schicksal der Mittelschichten. In: Ärztliche Mitteilungen (Leipzig) 33 (1932) Nr. 34 S. 675—679.
- 15) Otto Heinrich von der Gablentz, Politische Parteien als Ausdruck gesellschaftlicher Kräfte. Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik. Berlin 1952; aus der Fülle der zeitgenössischen Kampfschriften gegen die Wirtschaftspartei vgl. z. B. Die Wirtschaftspartei. Flugschriften der Deutschen Volkspartei 48 (1924); Die Deutsche Wirtschaftspartei. Materialien zur Demokratischen Politik Nr. 132. Berlin 1927; H. Dahl, Die Wirtschaftspartei. Rüstzeug Nr. 3. Bearbeitet u. hrs. v. M. Weiß. Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle. Berlin 1928; Die Wirtschaftspartei. Die politische Arbeit der Wirtschaftspartei im Deutschen Reichstage. Dargestellt an Hand der amtlichen Drucksachen und der Ausschußberichte. Eine lehrreiche Schrift für den gewerblichen Mittelstand. Flugschriften der Deutschen Zentrumspartei. Berlin 1928.

Auf dem Görlitzer Parteitag 1926 gab sich die Partei ein Programm, das weitgehend Bredt formuliert hatte, der auch als der geistige Führer der Partei anerkannt wurde. 16) Die Satzung der Partei, in der Fassung vom 29. Januar 1929, weist die Wirtschaftspartei als eine Mitgliederpartei aus, deren Grundelement die Ortsgruppe bildete: das vertikale Gliederungsschema (Ortsgruppe, Wahlkreisversammlung, Landesausschüsse, Parteivorstand, Reichsausschuß, Parteitag) wurde aber entscheidend durchbrochen durch die Einrichtung von Fachabteilungen für Handwerk und Kleinindustrie, Handel und Gewerbe, Landwirtschaft, Haus- und Grundbesitz, Freie Berufe, Beamte, Angestellte, Gehilfen und Arbeiter, Frauen und Jugend (§ 12 der Satzung). Dieses ständische Element, das organisierten Interessen bereits in den Ortsgruppen und erst recht in den Ausschüssen auf Landes- und Reichsebene dominierenden Einfluß gewährte, entsprach dem offiziellen Selbstverständnis der Partei.¹⁷) Neben Bredt, der als intimer Kenner der Organisation des deutschen Haus- und Grundbesitzes 1920 zur damals noch unbedeutenden Wirtschaftspartei stieß, und Hermann Drewitz (1887-1955)18), dem dynamischen Gründer und volkstümlichen Führer der "Bewegung", der sich auf die mittelständischen Organisationen des Berliner Handwerks stützen konnte, lassen sich alle parlamentarischen Vertreter der Partei im Reich, in den Ländern und vor allem in den Kommunen bestimmten Verbandsinteressen zuordnen. Diese Verbandsfärbung¹⁹) kann hier nur angedeutet werden, zumal sie im Reichstag nach der Auflösung der Wirtschaftlichen Vereinigung als Fraktionsgemeinschaft weniger augenfällig war.20) Das Bild der Partei wurde so vor allem durch im Verbandsleben profilierte Persönlichkeiten (Borrmann, Jörissen, Ladendorff, Lucke) geprägt. Die Verbandspresse (Deutsche Hausbesitzer-Zeitung, Das Grundeigentum, Edeka-Rundschau), die von Alfred Schmidt-Hoepke²¹) redigierte

¹⁶) Saß S. 27—30; Otto Schrag, Die Homogenität der Parteienzusammenstellungen im Reich und in den Ländern (Phil. Diss. Heidelberg). Bruchsal i. B. 1933 S. 338 f., 361 f.; Wilhelm Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, München 1952 S. 131 f.; Bergsträsser, Geschichte S. 260 f.; siehe oben Anm. 13.

^{17) &}quot;Abkehr von den entarteten Formen des Parlamentarismus" aus Art. I der "Görlitzer Richtlinien", vgl. C. Sagert, Der Mittelstand (1930) S. 35 ff.

¹⁸) Der Bäckermeister H. Drewitz war bis zum Führerstreit (siehe S. 270 f.) 1. Vorsitzender der Partei, die er seit 1921 im preuß. Landtag und 1924 (Dezember) bis 1932 (Juli) im Reichstag vertrat. Der politische Nachlaß und das Parteiarchiv wurden wahrscheinlich nach dem Tode von Drewitz vernichtet. Für seine Stellung innerhalb der Partei vgl. H. Drewitz, Die politische Standesbewegung des deutschen Mittelstandes vor und nach dem Kriege. In: Jahrbuch (1929) S. 13 ff., Neumann S. 67 und das Drewitz gewidmete Heft 37 der Neuen Bäcker-Zeitung (Berlin) v. 14. 9. 1957.

¹⁹⁾ Bock S. 58 ff.; Carl Böhret, Aktionen gegen die "kalte Sozialisierung" 1926—1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik. Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 3. Berlin 1966 S. 22 ff.; allgemein Theodor Eschenburg, Herrschaft der Verbände? Stuttgart 1955; dazu kritisch Peter Bernholz, Einige Bemerkungen zur Theorie des Einflusses der Verbände auf die politische Willensbildung in der Demokratie. In: Kyklos XXII (1969) S. 276—287.

²⁰) Heinz Markmann, Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen in deutschen Parlamenten. Parteien — Fraktionen — Regierungen Bd. 5. Meisenheim a. Glan 1955 S. 42, 58, 73.

²¹) 1928—1932 für die Wirtschaftspartei im preuß. Landtag; für den schwerindustriellen Hintergrund der Deutschen Bergwerks-Zeitung vgl. Richard Lewinsohn (Morus), Das Geld in der Politik. Berlin 1931 S. 198 f.

Deutsche Bergwerks-Zeitung, die parteioffizielle Deutsche Mittelstands-Zeitung (1923—32) und das Nachfolgeorgan Die neue Front (1932—33) und verschiedene Lokalzeitungen dienten als publizistische Plattform.

In der formalen Struktur einer politischen Partei²²) suchte die Wirtschaftspartei durch berufsständische Auffächerung die widerstrebenden Sonderinteressen dennoch zu integrieren. Wie wenig das gelang, beweisen einige kritische Rückblicke Bredts²³) und vor allem das Verhalten der Partei beim Rücktritt Bredts als Reichsjustizminister und vor dem Sturz Brünings, als die zunehmende Härte der Wirtschaftskrise und die demagogischere Agitation der Nationalsozialisten zur Aufsplitterung der Partei führten.

Aus den ungelösten wirtschaftlichen Problemen des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes²⁴) gewann die Wirtschaftspartei stets neue Munition für den tagespolitischen Kampf; so protestierten die Partei oder ihr nahestehende Gruppen immer wieder in Umzügen und Kundgebungen gegen Zwangswirtschaft, "steuerliche Willkür" und die Konkurrenz der Warenhäuser. Besonders das Berliner Kartell des selbständigen Mittelstandes (H. Drewitz) schürte diese Agitation. Obgleich die Wirtschaftspartei nach dem Görlitzer Programm den "gesunden Mittelstand" in seiner Gesamtheit zu repräsentieren vorgab, verfocht sie tatsächlich nur die Interessen des alten Mittelstandes, der Hausbesitzer, selbständigen Handwerker, Händler und Gastwirte. Nur diesen fiel im kapitalistischen System noch die Rolle des Mittelstandes zu, während der neue Mittelstand der Angestellten und Beamten ein anderes Klassenbewußtsein entwickelte. Diesen Unterschied machte auch die Reichsverfassung, die in Art. 165 Angestellte und Arbeiter gesondert behandelte. ²⁵)

In der Mitte und gegen Ende der Weimarer Republik versuchten Bredt und E. Horneffer, die soziologische Basis der Partei zu erweitern. Auf dem Kölner Parteitag 1925 setzte sich Bredt dafür ein, unter Wahrung der wirtschaftlichen Interessen die "nationale Kulturpolitik"²⁶) und den "großdeutschen" Gedanken stärker herauszustellen, damit die Partei aus dem Ghetto einer rein "wirtschaftlichen Vertretung des gewerblichen Mittelstandes" auch in die gebildeten Schichten des Bürgertums vorstoße. Die Namensänderung sollte dies nach außen anzeigen.²⁷)

²²) Otto Koellreutter, Die politischen Parteien im modernen Staate. Breslau 1926; Paul Steinborn, Die "Partei gegen den Mittelstand": Berliner Tageblatt Nr. 7 v. 5. 1. 1927; Maurice Duverger, Die politischen Parteien. Hrs. u. übersetzt von Siegfried Landshut. Tübingen 1959.

²³) Siehe S. 287.

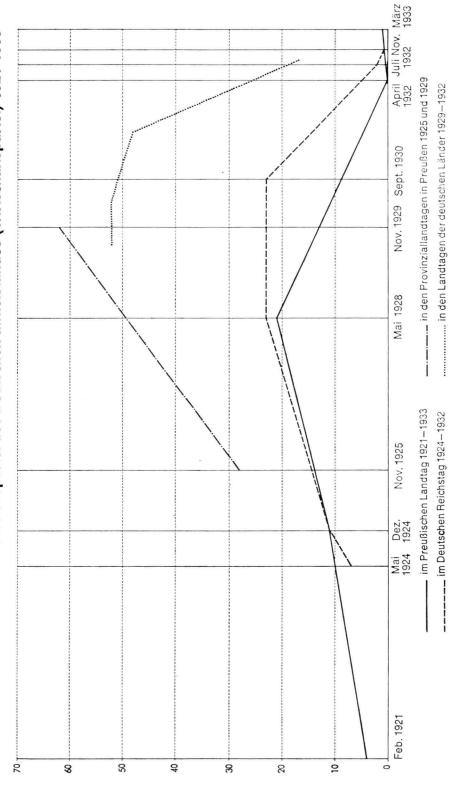
²⁴) L. D. Pesl, Mittelstandsfragen. In: Grundriß der Sozialökonomik IX 1 (Tübingen) 1926 S. 70 bis 119; Emil Lederer u. Jakob Marschak, Der neue Mittelstand. Ebd. S. 120—141.

²⁵) DZA I Potsdam, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung: Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, März 1925 bis März 1927; Theodor Brauer, Mittelstandspolitik. In: Grundriß (s. Anm. 24) IX 2 (1927) S. 368—410; Emil Grünberg, Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine ökonomische und soziologische Untersuchung. Leipzig 1932 S. 186 ff.; Fritz Marbach, Theorie des Mittelstandes. Bern 1942; Hansjürgen Daheim, Die Vorstellungen vom Mittelstand. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 12 (1960) S. 237—277.

²⁶) Siehe ergänzend S. 170.

²⁷) Schulthess 1925 S. 147 f.; siehe S. 181.

Übersicht über die Mandate der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) 1921-1933



Die entscheidende ideologische Frage für Bredt — und die Partei — war nicht die Staatsform (Monarchie oder Republik), sondern die Frage nach dem Charakter des Staates, der als Rechtsstaat im Sinne von Kant und W. v. Humboldt dem modernen Wohlfahrts- und Versorgungsstaat entgegengesetzt wurde. 28) Die populäre Agitation der Partei nützte diesen Gegensatz an der trivialsten Stelle: bei den Steuern; allein dadurch ließen sich spezifisch mittelständische "Massen" bewegen. Auch E. Horneffer betonte die "ideelle Bedeutung des Mittelstandes für das Staats- und Volksleben" und verteidigte die Partei gegen den Vorwurf, nur ein "Interessentenhaufen" zu sein. 29)

Aber die ideologische Überhöhung des Mittelstandsbegriffs und seine mittelalterliche Allegorisierung durch Walther Wilhelm und Willy Schlüter im Standesdom
erwies sich in der Krise als Leerformel.30) Vielmehr offenbarte sich nun die
verhängnisvolle Verkettung der ungelösten Mittelstandsfrage mit dem Problem
des Nationalsozialismus, dem die Parteiführer der Wirtschaftspartei hilflos
gegenüberstanden. In den Preußenwahlen 1932 wurde die Partei aufgerieben,
die vermeintliche Einheitsfront des Besitzmittelstandes zerbrach in einem
"Hexensabbat der mikroskopischen Einzelinteressen"31). In der erbitterten
Klassenkampfatmosphäre der letzten Jahre der Weimarer Republik32) wurden
jene Kräfte des Besitzbürgertums, für die sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts
der Begriff Mittelstand eingebürgert hatte, im Kampf gegen rechts und links
vernichtet. Die Wähler der Wirtschaftspartei, der alte Mittelstand, und weite
Kreise der Intelligenz33) erlagen dem Sog des Nationalsozialismus, Petzold und
Bredt suchten im letzten Augenblick Anschluß an das Zentrum und die Bayerische
Volkspartei.34)

²⁸⁾ Bredt, Mittelstand (1927) S. 8 f.; ders., Etatrecht (1927) S. 6; ders., Das politische Parlament und die berufsständischen Vertretungen (1929) S. 299. "Als den eigentlichen Inhalt unseres Parteigedankens bezeichnete ich den Individualismus im Rahmen der Privatwirtschaft. Unser Ziel konnte nur sein, gegen die Verwirklichung des Sozialismus anzukämpfen und die Lebenssphäre des deutschen Mittelstandes zu erhalten. Daraus ergab sich alles weitere im einzelnen. Ich stellte unseren ganzen Parteigedanken ab auf die Kantsche Lehre vom Rechtsstaate, den ich dem modernen Wohlfahrtsstaate gegenüberstellte. Und als maßgebendes Buch bezeichnete ich Wilhelm von Humboldt: 'Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen"." Lebenserinnerungen (1. Fassung) S. 309 f.

²⁹) Horneffer, Die Krisis der Wirtschaftspartei. (Als Manuskript für die Partei gedruckt.) Schriftenfolge der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) im Wahlkreis Leipzig Heft 2. Leipzig o. J. [1931].

³⁰⁾ Wilhelm Schlüter, Die Mission des Mittelstandes. 99 Thesen für das schaffende Volk. Hrs. v. Eugen Fabricius. Dresden 1925; H[ans]. Klett, Der Untergang des Mittelstandes. Der Zerfall der Wirtschaftspartei. Berlin 1931; Ernst August Roloff, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930—1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich. Hannover 1961.

³¹⁾ Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage. Soziologische Gegenwartsfragen Heft 1. Stuttgart 1932 S. 121; Heberle, a.a.O. S. 81, 84, 112; dazu vgl. man die spöttische Einschätzung der Partei als "Interessentenhaufen" durch Hitler im Gespräch 1934; Werner Freiherr von Rheinbaben, Viermal Deutschland. Aus dem Erleben eines Seemanns, Diplomaten, Politikers 1895—1954. Berlin 1954 S. 328.

³²⁾ Conze, Krise S. 52, 57.

³³⁾ Jenö Kurucz, Struktur und Funktion der Intelligenz der Weimarer Republik. Sozialforschung und Sozialordnung Bd. 3. Spich 1967 S. 110 ff.

³⁴⁾ Siehe S. 177, 396 ff.

Zur Finanzierung der Wirtschaftspartei

Über die Finanzlage der Wirtschaftspartei geben die Erinnerungen Bredts und die Dokumente im zweiten Teil nur punktuell, vor allem für die Finanzmisere der letzten Wahlkämpfe Aufschluß. 35) Sicher ist, daß die Parteizentrale nicht allein von den 10 Pf. leben konnte, die laut Satzung (1929) je Monat und Mitglied an die Reichsgeschäftsstelle abgeführt werden mußten, wenn die Partei in ihrer besten Zeit auch ca. 30000-50000 Mitglieder zählte.36) Als sicher darf angenommen werden, daß parteinahe Unternehmungen (Mittelstandsbanken, Mittelstandsversicherungen, Mittelstands-Zeitung) Zuschüsse gaben, zumal sich die Finanzlage der Partei nach dem Bankenkrach 1931 entscheidend verschlechterte. Auch die Hintergründe des Führerstreits um Drewitz und die verschiedenen Prozesse, in die er in dieser Zeit verwickelt war, deuten bestimmte Finanzmanipulationen zugunsten der Partei (oder nahestehender Organisationen) an. 37) Nach der Aussage des Berliner Stadtverordneten Oskar Köhler im Prozeß Colosser gegen Drewitz 1931 erhielt die Partei bei den Wahlen "Mittel für den Wahlfonds von bestimmten Stellen, die der Partei nahestehen, aber im Interesse ihrer Zusammensetzung und wirtschaftlichen Stellung nicht genannt werden wollen".38) Danach standen Drewitz z. B. bei der Stadtverordnetenwahl 1929 in Berlin ca. 20000 M. zur Verfügung. Nur schwer wird festzustellen sein, welche Summen im einzelnen aus den Wahlfonds der Verbände, besonders der Hausbesitzerverbände, der Partei im Wahlkampf zugeflossen sind, um "wirkliche Vertreter der Hausbesitzerinteressen in den Reichs- und Landtag zu schicken".39) Der Preußische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine unter dem Verbandsvorsitzenden Carl Ladendorff finanzierte weitgehend den ersten Wahlkampf der Partei 1921 in Preußen; als Geldgeber bleibt im Hintergrund der Bauunternehmer Georg Haberland, der für die Partei in Ostpreußen ergebnislos kandidierte. 40) Dennoch waren die Zuwendungen an die Partei oft nur gering, so daß ihre Finanzlage prekär blieb. 1927 hatte sich die Situation nach dem Bericht des Schatzmeisters Müller zwar gegenüber dem Vorjahr verbessert, ließ "aber doch noch zu wünschen übrig".41) Die Höhe der den einzelnen Wahlkreisen im Wahlkampf zur Verfügung stehenden Mittel differierte je nach der Selbstbeteiligung des Kandidaten und dem verbandsmäßigen Hintergrund. Von den 10000 M., die der Wahlkreis Düsseldorf Ost 1930 erhielt, schüttete er 6000 M. an die Ortsgruppen bar aus. Aus eigenen Mitteln überwies Bredt dazu noch 3000 M. nach der Wahl und Annahme des Mandats im Wahlkreis. 42) Als Ergebnis wird fest-

³⁵) Siehe S. 281 f., 400.

³⁶) Erwin Dannenberg (Berlin) v. 16. 12. 1968 an den Verfasser.

³⁷) Siehe S. 273 f. und die Prozeßakten der Generalstaatsanwaltschaft im Landesarchiv Berlin, Rep. 58 Nr. 524 u. 1685.

³⁸⁾ Landesarchiv Berlin, Rep. 58 Nr. 506 Bl. 59.

³⁹) Geh. Staatsarchiv Berlin, Zeitgeschichtliche Sammlung XII/IV/220.

⁴⁰) Nachlaß Bredt; R. Lewinsohn, a.a.O. S. 89. Lewinsohn erwähnt (S. 85) unter den Geldgebern der Partei besonders die Alkoholindustrie, das Sprit- und Brauereikapital.

⁴¹⁾ Der Mittelstand (Köln) Nr. 37 v. 17. 9. 1927.

⁴²⁾ Nachlaß Bredt; für die durchschnittlichen Wahlkosten je Mandat der übrigen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie vgl. Lewinsohn, a.a.O. S. 72.

zuhalten sein, daß nicht so sehr die Partei, sondern die Kandidaten über Wahlfonds von interessierten Verbänden oder auch der Industrie (Sachsenberg) verfügten, die sie in ihren Wahlkreisen gezielt einsetzen konnten. Diese finanzielle Unterstützung ist bei der "Verbandsfärbung" der Fraktion in Reich und in den Ländern besonders zu berücksichtigen.

Die Wirtschaftspartei — eine christliche und nationale Partei?

Die Wirtschaftspartei beanspruchte, eine christliche Partei zu sein. 43) In der Diskussion um die Neuordnung der evangelischen Kirche nach 1918, bei der Behandlung des Reichsschulgesetzes und bei den Verhandlungen über den Abschluß des preußischen Konkordats⁴⁴) profilierte Bredt die Partei auf diesem kulturpolitischen Sektor, so daß der Eindruck einer evangelischen Partei entstehen konnte. Auch überwiegt der protestantische Anteil der Mandatsträger im Reich und in Preußen 1921-1933: von den 55 Abgeordneten bekannten sich 36 als protestantisch, 13 als katholisch, 1 als freireligiös (Holzamer), bei fünf Abgeordneten fehlt die Angabe. Dennoch errang die Partei in den rheinischen und westfälischen Wahlkreisen beträchtliche Erfolge; im Westen warben für die Partei nicht nur Bredt, der aus Barmen stammte und in den verbundenen Wahlkreisen Düsseldorf Ost und West kandidierte, sondern auch der bekannte katholische Verbandsführer und Publizist Dr. Jörissen und der Hauptschriftleiter Dr. Schmidt-Hoepke. In der Frage des Reichsschulgesetzes exponierte Bredt bewußt den Katholiken Dr. Jörissen. Ob die Partei tatsächlich ein Drittel katholische Wähler hatte⁴⁵), ist nicht nachzuweisen. Insgesamt bestätigt aber die Untersuchung von Johannes Schauff46) die "relativ starke Neigung der Katholiken zur Wirtschaftspartei" in Preußen (Aachen, Köln, Koblenz und Düsseldorf) und in den katholischen Gegenden Bayerns. Offenbar wurde die Wirtschaftspartei in Bayern zu einem Sammelbecken kleinbürgerlicher, völkischer Katholiken, während die katholischen Wähler der Wirtschaftspartei in Preußen gegen die Linkstendenz des Zentrums protestierten. Das würde ebenfalls die Anfälligkeit ihrer Wähler für den Nationalsozialismus erklären. Daneben dürfen die berufsständischen Ordnungsvorstellungen, die im katholischen Denken der Zeit eine Rolle spielten, für die Annäherung der Katholiken an die Wirtschaftspartei nicht übersehen werden.47)

Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Vereinigung im Reichstag vor 1918 war die

⁴³) "Auf dem Gebiet der Kulturpolitik trat ich entschieden ein für die christliche Kultur und Kirche auf konfessioneller Grundlage. Ich erklärte allenthalben, wir seien eine christliche Partei, aber eine paritätische, für Evangelische und Katholische." Lebenserinnerungen (1. Fassung) S. 310; vgl. Art. VII ("Kirche und Schule") der Görlitzer Richtlinien.

⁴⁴) Durch die Befürwortung des Konkordats suchte die Partei in katholische Wählerschichten vorzustoßen; siehe S. 189. Vgl. jetzt D. Golombek, Die politische Vorgeschichte des Preußenkonkordats. Mainz 1970.

⁴⁵⁾ Siehe S. 170; vgl. Bredt, Konkordat (1929) S. 228.

⁴⁶⁾ Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Köln 1928 S. 118, 125 f.

⁴⁷ Josef van der Velden (Hrs.), Die berufständische Ordnung. Idee und politische Möglichkeiten. Schriften des Volksvereins für das katholische Deutschland. Köln 1932; Wolfgang Hock, Antikapitalismus. Der ideologische Kampf gegen die freie Wirtschaft im Zeichen der großen Krise. Veröff. d. Instituts f. Bankwirtschaft u. Bankrecht a. d. Universität Köln. Wirtschaftswissenschaftliche Reihe Bd. IX. Frankfurt/Main 1960 S. 27. — Nachlaß Marx I S. 504.

Wirtschaftspartei ihrem Programm nach niemals antisemitisch eingestellt. Bredt weist darauf ausdrücklich hin; durch die Freundschaft mit der jüdischen Familie Ferdinand Reichenheim sei er "niemals ein grundsätzlicher Antisemit" geworden. 48) So waren offensichtlich wirtschaftliche und nicht antisemitische Motive für die Abwanderung des Mittelstandes bei den Reichstagswahlen 1928 von der Demokratischen Partei zur Wirtschaftspartei bestimmend.⁴⁹) Auch der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens knüpfte 1928 Verbindung zur Wirtschaftspartei, die dann bis zu den Wahlen 1932 in der C.V.-Zeitung um die Stimmen jüdischer Wähler warb. Die Annäherung wurde dadurch erleichtert, daß die Wirtschaftspartei "in manchen Gegenden jüdische Wirtschaftsinteressen" (Hausbesitz) vertrat; die finanzielle Unterstützung durch den Centralverein fällt aber nicht ins Gewicht. 50) Im April 1930 begrüßte die C.V.-Zeitung die Stellungnahme Bredts gegen das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm; gleichzeitig bekräftigte der Reichstagsabgeordnete Siegfried die unveränderte, durch das Görlitzer Programm festgelegte nicht-antisemitische Haltung der Partei.⁵¹) Nicht weniger eindringlich betonte Bredt den nationalen Charakter der Wirtschaftspartei, die im Rheinland durch Prozesse gegen den Provinziallandtagsabgeordneten Dr. Joseph Christ. Limbourg, Gutsbesitzer in Bitburg, in Verbindung zu separatistischen Bestrebungen geriet.⁵²) Die Görlitzer Richtlinien forderten den "nationalen Zusammenschluß des gesamten deutschen Mittelstandes in Europa" (Art. IV); so finde sich in Elsaß-Lothringen, in Österreich, in der Tschechoslowakei und in Polen ein deutscher Mittelstand, den zu einen Aufgabe der Partei sei.53) Diese Versuche, die mehr in der Ideologie der Partei denn in der Wirklichkeit Nahrung fanden, wie die Antwort des Sudetendeutschen Lodgman-Auen an Bredt 1925 zeigt⁵⁴), kamen über bescheidene Anfänge nicht hinaus. Die mittelständischen (Gewerbe-) Parteien in Österreich, der Tschechoslowakei und in Bulgarien standen nur in lockerer Verbindung mit der Wirtschaftspartei. Dieser Sammlungsversuch des mitteleuropäischen Mittelstandes ist daher kaum ein Zeugnis für die aggressiven Planungen des deutschen Imperialismus gegenüber der Tschechoslowakei, sondern ein Beweis für die politischen Wunschvorstellungen mittelständischer Politiker.55)

⁴⁸) Lebenserinnerungen S. 24. "Es mußte auch stark betont werden, wir seien nicht etwa eine rein antisemitische Partei wie jene frühere Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages. Auch Juden und Dissidenten konnten Mitglieder bei uns sein, wenn sie nur den christlichen Charakter der Partei nicht angriffen. Es wurde nur vermieden, Juden irgendwie in der Partei hervortreten zu lassen." Lebenserinnerungen (1. Fassung) S. 310.

⁴⁹) Bruce B. Frye, The German Democratic Party 1918—1930. The Western Political Quarterly 16 (1963) S. 167—179, 178; Werner E. Mosse, Der Niedergang der Republik. In: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Hrs. v. W. E. Mosse u. Mitwirkung v. Arnold Paucker. Tübingen 1965 S. 28.

⁵⁰⁾ Arnold Paucker, Der j\u00fcdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburger Beitr\u00e4ge zur Zeitgeschichte Bd. 4. Hamburg 2. Aufl. 1969 S. 92.

⁵¹) C. V.-Zeitung Nr. 14 v. 4. 4. 1930.

⁵²) Bundesarchiv, Nachlaß Jarres 59: Limbourg/Braun. Separatismus 1926—28.

⁵³⁾ Bredt, Mittelstand und Kultur (1927) S. 9.

⁵⁴⁾ Siehe S. 354 ff.

⁵⁵⁾ Vgl. am Rande Gerhard Fuchs, Aggressive Planungen des deutschen Imperialismus gegenüber der Tschechoslowakei in der Zeit der Weimarer Republik. In: ZfG XVI (1968) S. 1309—1317.

Opposition oder Koalition?

Das Versagen der Deutschnationalen Volkspartei als bürgerlicher Mittelpartei begründete nicht zuletzt den Erfolg der Wirtschaftspartei, die alle Formen des gewaltsamen Umsturzes verwarf und bekannte,

"innerhalb der verfassungsmäßigen Staatsform mitzuhelfen, das deutsche Vaterland zu einem gut regierten, nach außen und innen starken, wirtschaftlichen, blühenden Gemeinwesen zu machen" (Görlitzer Richtlinien Art. IX).

Entsprechend ihrem teilweise antiparlamentarischen Selbstverständnis wandte sie sich aber gegen die "Überspannung des Gedankens von der Volkssouveränität" und forderte eine "Regierung aus eigenem Recht", Fachminister unabhängig von parlamentarischen Mehrheiten.⁵⁶)

Seit ihrem Einzug in den Reichstag suchte vor allem Bredt, die Partei nicht auf einen bloßen Obstruktionskurs festzulegen. ⁵⁷) Offenbar scheiterte eine Mitarbeit im zweiten Kabinett Marx an bestimmten "sachlichen Forderungen" der Partei. ⁵⁸) Bei diesen Verhandlungen handelte es sich wahrscheinlich um einen Alleingang Bredts — ohne Zustimmung der Gesamtfraktion; denn nach den Neuwahlen wurde auf einer Fraktionssitzung am 30. Dezember 1924 über eine einheitliche Auffassung innerhalb der Fraktion zur Regierungsbeteiligung verhandelt. ⁵⁹) Nach der Wahl bekundete Bredt den Anspruch der Partei, nicht mehr als Splitterpartei abgewertet, sondern als gleichberechtigte Partei geachtet zu werden. ⁶⁰) Die Partei (Drewitz, Lucke) wurde zwar von Luther zu Besprechungen über Etatfragen am 27. Januar 1925 gehört ⁶¹), galt im übrigen aber als ein Anhängsel der Rechten, unterstützte sie doch kritiklos den deutschnationalvolksparteilichen Kurs der Regierung Luther — zum Mißfallen Bredts. ⁶²) So

⁵⁶) O. Schrag, a.a.O. S. 339; Bredt, Staat und Persönlichkeit (1926) S. 49; ders., Regierungsbildung (1926) S. 252.

^{57) &}quot;Die Partei konnte ihrer ganzen Anlage nach nur als Rechtspartei auftreten, sie konnte sich aber dennoch nicht grundsätzlich festlegen. Hätten wir sofort erklärt, wir gehörten grundsätzlich zur Opposition von rechts, so wären wir nur eine Gefolgstruppe der Deutschnationalen geworden und hättten keine eigene Bewegungsfreiheit gehabt. Eine Anlehnung nach links kam nicht in Frage, wir mußten aber ein Zusammengehen mit den Parteien der Mitte, insbesondere dem Zentrum möglich erhalten. So allein konnten wir zu einer selbständigen Bedeutung in der Politik gelangen, und so habe ich die Partei auch geführt." Lebenserinnerungen (1. Fassung) S. 310; siehe auch S. 345 f.

⁵⁸) Bredt, Warum Neuwahlen? (1924) S. 14 ff.; siehe auch S. 178.

⁵⁹⁾ Bundesarchiv, ZSg 103/953. Unmittelbar nach den Neuwahlen hatte Reichskanzler Marx Bredt mitgeteilt: "Es ist mir leider trotz verschiedener Bemühungen nicht gelungen, ein Mitglied Ihrer Partei hier in Berlin ausfindig zu machen. Ich beabsichtige, alle Parteien zur Aussprache über die angesichts der politischen Lage notwendigen Schritte in die Reichskanzlei zu bitten. So muß ich auf diesem Wege an Sie die Bitte richten, doch gütigst dafür Sorge tragen zu wollen, daß Ihre Fraktion am Mittwoch oder Donnerstag hier zusammentritt, um die aus Anlaß der Neubildung der Regierung erforderlichen Beschlüsse zu beraten. Ich würde Ihnen recht dankbar sein, wenn der Zusammentritt der Fraktion möglichst bald erfolgen könnte." Nachlaß Bredt (14. 12. 1924).

⁶⁰⁾ Zwei Parteien (1925) S. 57 ff.

⁶¹⁾ Bundesarchiv, R 43 I/1017 Bl. 217.

⁶²⁾ Berliner Tageblatt Nr. 397 v. 22. 8. 1925; siehe S. 178.

bemühte sich die Partei, nicht als "Oppositionspartei" abgestempelt zu werden; doch die Opposition von Fall zu Fall wirkte nach außen als Zickzackkurs.⁶³)

Vor der Neubildung des vierten Kabinetts Marx empfing der Reichspräsident Bredt in Vertretung von Drewitz; Hindenburg befürwortete "eine Regierung auf der Grundlage einer bürgerlichen Mehrheit (mit den Deutschnationalen)" und erwartete dazu die Unterstützung und Mitarbeit der Wirtschaftlichen Vereinigung; Bredt sagte dies zu. Wenige Tage später aber teilte Fehr der Reichskanzlei mit, daß nur der Vorstand der Fraktion (Fehr, Drewitz, Alpers) "bindende Verhandlungen" führen könne. 64)

Nach der Wahl 1928 scheiterte eine Teilnahme der Wirtschaftspartei an der Großen Koalition an unerfüllbaren Bedingungen der Partei und der ablehnenden Haltung Hermann Müllers, der zunächst den Versuch gemacht habe, "die Wirtschaftspartei zur Regierungsbildung heranzuziehen":

"Dadurch wurde die Wirtschaftspartei erneut in die Oppositionsstellung gedrängt, die sie nicht gesucht hatte."⁶⁵)

Diese Deutung von *Drewitz* trägt starke propagandistische Züge. Tatsächlich hätte der Eintritt in eine sozialdemokratisch geführte Regierung dem Programm und der Taktik der Wirtschaftspartei völlig widersprochen. Zwei Jahre später nützte die Partei die Chance und beteiligte sich an der Regierung *Brüning*. Für neun Monate stellte sie aus ihren Reihen einen Reichsminister und "zog" ihn zurück, als nach den Septemberwahlen 1930 eine Umbildung des Kabinetts unter Einschluß der Nationalsozialisten scheiterte. Fast sechs Jahre nach ihrem Einzug in den Reichstag war der "Splitterpartei" im letzten Augenblick der Sprung in die Exekutive geglückt.

Der Reichstagsabgeordnete Joh. Victor Bredt

Bredt hatte nur geringen Einfluß auf die Organisation der Partei; den Parteivorsitz übernahm er 1931 auf dem Höhepunkt der "Führerkrise", als für die Partei alles auf dem Spiele stand. 66) Bredt war der Parlamentarier der Wirtschaftspartei, der auch in den anderen Parteien geachtet wurde. Welchen Einfluß er auf die Politik der Partei und die allgemeine politische Entwicklung zu gewinnen suchte, belegen die Erinnerungen und Dokumente dieser Edition.

Während Bredt bei den Verhandlungen des Loebell-Ausschusses⁶⁷) noch weitgehend im Hintergrund blieb, trat er bei den Debatten um die Stresemannsche Vertragspolitik stark in den Vordergrund. Der Loebell-Ausschuß war "eine Art Gesellschaft des bürgerlichen Rechts" ohne eigentlichen juristischen Charakter; finanziert wurde der Ausschuß von einigen Großbanken und vor allem dem

⁶³⁾ Der Mittelstand (Köln) v. 30. 1. 1926; Markmann, a.a.O. S. 42.

⁶⁴) Hubatsch S. 257 f.; Bundesarchiv, R 43 I/2685 Bl. 7, handschriftliche Notiz am Rande: "Also Bredt nicht!" — Vgl. auch Nachlaß Marx I S. 437, 458.

⁶⁵⁾ Jahrbuch (1929) S. 31; DMZ, Beilage zu Nr. 3 v. 3. 3. 1929. Die Beteiligung an einer sozialdemokratisch geführten Regierung hätte einen radikalen Kurswechsel der Partei bedeutet.

⁶⁶) Siehe S. 270 f.

⁶⁷) Siehe S. 178 f.; Bürgerliche Parteien II S. 508.

Loebell-Ausschuß 4

Berliner Kommerzienrat Dr. Rabbethge. Der Ausschuß machte 40000 M. Unterschuß, der sich noch durch den späteren Kampf gegen den Volksentscheid für die Fürstenenteignung 1926 erhöhte. Nach dem Tode von Loebell machte die Deutsche Kredit- und Handelsgesellschaft A.G., die das Darlehen formell an den Deutschen-Spiegel gewährt hatte, ihre Forderungen geltend und verklagte schließlich Haeuber, der vergeblich versuchte, die alten Schulden aus den Überschüssen der 2. Hindenburg-Wahl zu tilgen. 68) Wahrscheinlich schwenkte auch der Deutschen-Spiegel später unter der Last dieser Hypothek weiter nach rechts. Finanziell und politisch erwies sich somit die Wahl Hindenburgs als ein Fiasko: denn die Hoffnungen Loebells⁶⁹), daß die Wahl eine "erste Etappe zum Wiederaufbau unseres Staates" im "Gegensatz zu der parteipolitischen Kandidatur des Volksblocks" darstelle, erfüllte sich ebensowenig wie die Überzeugung Bredts, daß für die innere Entwicklung der Republik der "Schlüssel zur ganzen Lage" beim Reichspräsidenten liege. 70) Erst in der Auflösungsphase der Republik lag dieser "Schlüssel" in der Hand eines altersschwachen Präsidenten, der unfähig zu eigenem Entschluß sich den Einflüsterungen unverantwortlicher Ratgeber beugte. Ob im Laufe der Verhandlungen des Loebell-Ausschusses tatsächlich Bredt (und Drewitz) am 4. April den entscheidenden Ausschlag für die Kandidatur Hindenburgs gegeben haben, ist unter diesem Gesichtspunkt unerheblich.71) Die Wirtschaftspartei, die Jarres nur zurückhaltend unterstützt hatte, begrüßte die Entscheidung des "Kurfürstenkollegiums".72) Unter der Hand suchte Colosser mit Billigung Bredts? — den demokratischen Parteiführer Erich Koch-Weser auf, um eine Kandidatur Geβlers, gestützt auf die Mittelparteien, vorzuschlagen; Fehrenbach (aber auch Stresemann) lehnte eine solche Kandidatur ab. 73)

Das Verhältnis des Parlamentariers Bredt zu Stresemann war seit der ablehnenden Haltung zu den Locarnoverträgen belastet; am 17. November 1925 erklärte die Wirtschaftspartei, sie stimme "trotz Professor Bredt, dafür".⁷⁴) Nach Vorträgen von Bredt und Drewitz faßte am 24. November der Reichsausschuß die einstimmige Erklärung:

"Die Wirtschaftspartei ist unbedingt Anhängerin des europäischen Friedens und der Völkerversöhnung, sowohl nach Osten wie nach dem Westen. Sie erachtet aber den sofortigen Eintritt in den Völkerbund als zur Zeit verfrüht und die Zusagen und Rückwirkungen des Vertrages von Locarno als unzureichend und ungewiß. Sie erblickt in ihrem Antrag⁷⁵), den Beitritt in den Völkerbund hinauszuschieben und erst die Wirkungen des Vertrages von Locarno abzuwarten, den richtigen Weg, um zu einer wirklichen Befriedigung zu kommen. Sollte dieser Antrag der Wirtschaftspartei abgelehnt werden, so fordert der Reichsausschuß als die höchste Parteiinstanz [!] die

⁶⁸⁾ Bundesarchiv, R 45 II/14, Brief E. Haeubers v. 29. 5. 1933 an Oberleutnant Brückner.

⁶⁹⁾ Bundesarchiv, R 45 II/14.

⁷⁰) Bredt, Zwei Parteien (1925) S. 60.

⁷¹) Siehe S. 180. Für den Hintergrund dieser Entscheidung vgl. Thimme S. 113.

⁷²⁾ Bundesarchiv, R 45 II/11 Bl. 219; Thimme S. 130.

⁷⁸) Nach einer vom Reichsblock [!] hrs. Broschüre: Auf zur Reichspräsidentenwahl. Material für Reden, Aufsätze und Flugblätter (1925) S. 22; Turner S. 196 ff.; siehe auch S. 347 ff.

⁷⁴⁾ Hubatsch S. 218.

⁷⁵) Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 50 v. 12. 12. 1925.

Abgeordneten auf, unbedingt gegen den Gesetzentwurf der Reichsregierung zu stimmen."⁷⁶)

Nach der Zustimmung zum Dawes-Plan und den Locarnoverträgen folgte die Partei nun den Bedenken Bredts, der den Völkerbund als ein Instrument der englischen Politik ansah, und stimmte im Plenum des Reichstages geschlossen gegen den Beitritt.77) Im Auswärtigen Ausschuß erklärte später Bredt, dennoch loyal "im Interesse der deutschen Sache" mitarbeiten zu wollen; in einem offenen Brief an Stresemann verteidigte Bredt Ende 1926 diese Politik. 78) Eine vorsichtige Kritik Bredts am Haushalt des Auswärtigen Amtes und einer "gewissen Largesse" der Repräsentation im Ausland am 26. Januar 1927 im Haushaltsausschuß verschlechterte noch das Verhältnis zu Stresemann⁷⁹); aber Bredt war nie ein grundsätzlicher Gegner Stresemanns. Er beurteilte die als notwendig erkannte Verständigungspolitik "ohne große Illusionen"; trotz der Sicherheitsgarantie Deutschlands habe Frankreich "die einzig logische Folgerung der Rheinlandräumung nicht gezogen", und auch der Erfolg der Abrüstungskonferenz in Genf sei niederdrückend. Größere Hoffnungen setzte Bredt auf die Weltwirtschaftskonferenz in Genf, da hier alle Staaten "von der selben Sorgenlast gedrückt" würden:

"Allerdings wäre es vielleicht wichtiger, mit einer europäischen Wirtschaftskonferenz zu beginnen. Es kommt heute vor allem darauf an, daß Europa sich zusammenfindet und konsolidiert gegenüber dem Großkapitalismus Amerikas, der gleichmäßig auf allen Staaten Europas lastet. Soll eine Weltorganisation zustande kommen, wieder unter dieser Vorherrschaft, dann haben wir alle zusammen wenig Gutes zu erwarten. Nur ein wirtschaftlich geeintes Europa kann gegenüber Amerika sein Gewicht mit Erfolg in die Waagschale legen."

Bredt betonte aber, daß die wichtigste Voraussetzung dafür, die Anbahnung der Verständigung mit Frankreich, nicht erreicht werden könne, solange an der Gegenüberstellung von "Siegern" und "Besiegten" festgehalten werde.⁸⁰)

Im Haushaltsausschuß beanstandete Bredt 1927 und 1928 die Ausweitung des Wehretats, die nicht der allgemeinen Finanzlage des Reiches entspreche; der Reichshaushalt treibe so einem "Fiasko" entgegen, wenn nicht in letzter Stunde eine überparteiliche Kontrollinstanz für den Haushalt geschaffen werde:

"Der bestimmte Vorschlag, der hier gemacht werden soll, ist folgender: Außerordentliche Ausgaben über den Voranschlag hinaus bedürfen der positiven Zustimmung des Reichspräsidenten, der hier vorher den Reichsfinanz-

⁷⁶⁾ DMZ Nr. 12 v. 29. 11. 1925, Beilage: Rede Bredts vor dem Parteiausschuß.

⁷⁷) Siehe S. 186; siehe ergänzend zum Locarno-Komplex S. 61, 72.

⁷⁸) Der Mittelstand (Köln) Nr. 42 v. 23. 10. 1926.

⁷⁹⁾ HHA 207. Sitzung S. 10; siehe auch S. 185 f. Im Nachlaß Bredt sind nur drei wenig aufschlußreiche Briefe Stresemanns überliefert. Am 29. 7. 1924 dankte Stresemann für das "Einverständnis zu einer einmaligen Erhöhung des Geheimfonds des Auswärtigen Amts um 2 Millionen Mark", das Bredt in einer Besprechung für seine Partei erklärt hatte. Gleichzeitig bat Stresemann, der Zahlung in zwei gleichen Jahreshälften zuzustimmen. Einer Einladung nach Genf konnte Bredt aus familiären Gründen nicht folgen, vgl. die Briefe Stresemanns vom 24. 8. und 6. 9. 1926 an Bredt.

⁸⁰⁾ Bredt, Deutschland und die Weltwirtschaftskonferenz (1927) S. 51.

minister und den Reichskanzler zu hören hat. Hiermit würde jene Stelle geschaffen, die wir heute brauchen, um unsere Ausgaben in den rechten Grenzen zu halten und an unsere Finanzwirtschaft den nötigen Regulator zu bringen."⁸¹)

Im Haushaltsausschuß regte Bredt 1930 an, entsprechend einer alten Forderung der Fraktion die "unabhängige Stellung" des Reichsbankpräsidenten als Kontrollinstanz zu nützen.⁸²) Auch die Stellungnahme der Partei gegen den Young-Plan wird von finanzpolitischen Bedenken Bredts, denen sich der Reichsausschuß am 7./8. August 1929 in Berlin anschließt, getragen; als "untaugliches Mittel" lehnte der Reichsausschuß zugleich das Volksbegehren gegen den Young-Plan ab.⁸³) Allen Versuchen, die Reparationsschulden unter Preisgabe des Transferschutzes zu kommerzialisieren, setzte Bredt in den Preußischen Jahrbüchern "ein entscheidendes Nein" entgegen.⁸⁴) Am 11. März 1930 stimmte die Wirtschaftspartei geschlossen auf Grund des Einflusses von Bredt gegen den Young-Plan.

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß

Unter den Untersuchungsausschüssen des Reichstages nimmt der aus dem 15. Ausschuß der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung hervorgegangene Untersuchungsausschuß über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918 eine einzigartige Stellung ein. Das Gutachten Bredts über den deutschen Reichstag im Weltkrieg, im Auftrage des 4. Unterausschusses erarbeitet (1926), und die Studie über die belgische Neutralität (1929) machten, auch durch die erbitterte Kontroverse mit Michaelis in den Preußischen Jahrbüchern, den Abgeordneten und Sachverständigen Bredt weit über den Rahmen des Untersuchungsausschusses bekannt. ⁸⁵) Den Kern der "staatsrechtlichen Ausführungen" hatte Bredt schon im "Geist der deutschen Reichsverfassung" (1924) angedeutet; aber erst das Gutachten sicherte ihm auf diesem Gebiet "eine gewisse autoritative Stellung". ⁸⁶) Damit die Arbeit nicht wie ein "Meteor" verglühe, bemühte sich Bredt in Verbindung mit Hans Delbrück um eine breitere publizistische Erörterung der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses:

"Wir müssen die ganze Anschauung, als habe ein kleiner Kreis von böswilligen Menschen einen momentanen unmotivierten Zusammenbruch herbeigeführt, ersetzen durch die Erkenntnis der großen Zusammenhänge. Das erfordert aber eine nachhaltige Arbeit, damit allmählich die ganze Literatur damit durchsetzt wird."⁸⁷)

⁸¹⁾ Bredt, Etatrecht (1927) S. 42 f.; dazu merkt B. an: "Ein Einspruchsrecht des Reichspräsidenten wäre nicht ausreichend, denn bei seiner Ausübung wäre er gebunden an die Gegenzeichnung des Finanzministers, der seinerseits wieder abhängig ist vom Vertrauen des Parlaments." (Ebd. S. 43 f.). Als Finanzminister empfiehlt B. in erster Linie den "Fachminister", vgl. auch Bredt, Revision der Reichsverfassung (1929); HHA III. Wahlperiode 216. Sitzung S. 5; ähnlich 318. Sitzung am 10. 2. 1928 S. 14 f.; siehe S. 190.

⁸²⁾ HHA 121. Sitzung v. 19. 2. 1930 S. 6.

⁸³⁾ DMZ Nr. 38 v. 15. 9. 1929.

⁸⁴⁾ Parker Gilbert und Wir (1929) S. 135; vgl. dazu auch den Aufsatz "Volksbegehren" in den Preuβischen Jahrbüchern (1930).

⁸⁵⁾ Siehe S. 208 ff.

⁸⁶⁾ Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Nachlaß Delbrück: Bredt v. 16. 6. 1926 an H. Delbrück.

⁸⁷⁾ Ebd., Bredt v. 19. 6. 1926 an H. Delbrück.

Das Gutachten wurde von den Linksparteien als eine "glänzende Rechtfertigung" ihrer Kriegspolitik beurteilt; Bredt habe damit erstmals "eine große Bresche" in die "Lügenmauer" getrieben, "die einen großen Teil des deutschen Volkes noch immer von der geschichtlichen Wahrheit trennt".88) Arthur Rosenberg und Philipp Scheidemann beriefen sich immer wieder auf das Bredtsche Gutachten, und die prägnante Schlußfolgerung, jene negative Tatsache, daß nur durch die Schwäche des Reichstages, der als "Gegengewicht der vollziehenden Gewalt" nicht mehr zählte, die Oberste Heeresleitung ihre "schrankenlose Macht" gewinnen konnte, wurde auch von bürgerlichen Historikern nicht bestritten.89)

Die Ergebnisse des Gutachtens müssen auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß für *Bredt* die Revolution ein "Unheil"90) war; die Schärfe seiner Kritik an den konservativen und bürgerlichen Parteien wurzelt in der alten freikonservativen Überzeugung, daß eine rechte "Heimatpolitik" die "Umsturzbewegung" möglicherweise vermieden hätte.

Mit resignierender Skepsis beurteilte Bredt in den Erinnerungen den bleibenden Wert, den die kommende Generation den Arbeiten für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß zumessen werde. Tatsächlich wurde dieses Gutachten erst zehn Jahre nach dem Zusammenbruch von 1945 von Erich Matthias für die historische Forschung wiederentdeckt. ⁹¹) Weniger beachtet wurde die Untersuchung über die Frage der belgischen Neutralität. Bredt charakterisiert den deutschen Einmarsch in Belgien 1914 als entschuldbar und zugleich rechtswidrig; darauf komme es allein an, wenn man nicht alles verschleppen wolle:

"Es soll doch eine völkerrechtlich vollständige Beurteilung sein und nicht die Wiedergabe eines Sentiments."92)

Reichsminister der Justiz im Kabinett Brüning

Der Eintritt in die Regierung kam für *Bredt* überraschend; noch im letzten Augenblick hatte Rudolf *Breitscheid* vor dem "entsetzlichen Eindruck", den der Eintritt des parlamentarischen Führers der Wirtschaftspartei in das Kabinett hinterlassen würde, gewarnt.⁹³) Dennoch gelang es *Drewitz* in den kurzen Koali-

⁸⁸⁾ WUA 7/I S. 86 (Dr. Moses).

⁸⁹⁾ Rosenberg, Entstehung, passim; Scheidemann II, passim; am 23. 12. 1926 schrieb der Generalsekretär des Untersuchungsausschusses, Eugen Fischer, an H. Delbrück: "Ich möchte nicht sagen, daß Bredts Thesen unerschüttert geblieben sind. Ich finde eigentlich von seinen eigenen Entdeckungen alles widerlegt — und übriggeblieben nur die Tatsache des überragenden Einflusses der O.H.L. und des nicht vorhandenen großen Formats oder Genius bei Kühlmann." Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Nachlaß Delbrück. Vgl. kritisch Quellen 2 S. XI f.

⁹⁰⁾ WUA 8 S. 183.

⁹¹) Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten 1914—1945. Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung. Forschungsberichte und Untersuchungen zur Zeitgeschichte Bd. 11. Hrs. v. Werner Markert. Tübingen 1954.

⁹²) Bundesarchiv, Nachlaß Schwertfeger: Bredt v. 4. 12. 1929 an Schwertfeger; siehe ergänzend S. 216 ff. und den Artikel Bredts "Der Einmarsch in Belgien" (1932).

⁹³) Rudolf Morsey, Neue Quellen zur Vorgeschichte der Reichskanzlerschaft Brünings. In: Staat, Wirtschaft und Politik (1967) S. 227; die Aufzeichnungen Bredts sprechen eindeutig gegen ein "Doppelspiel" Brünings beim Sturz des Kabinetts Hermann Müller; vgl. dazu

Im Kabinett Brüning 4.

tionsverhandlungen die Forderung der Partei durchzusetzen, die Umsatzsteuer für Betriebe mit einem bestimmten Jahresumsatz (Warenhäuser, Konsumgenossenschaften) drastisch zu erhöhen: "Es war der einzige sichtbare Erfolg unserer Partei in der Zeit ihres Bestehens."94)

Die erste April-Ausgabe der Deutschen Mittelstands-Zeitung feierte die Mitarbeit in der bürgerlichen Regierung Brüning als einen "Wendepunkt in der Geschichte und Entwicklung der Partei"; für die Interessen der Wirtschaft und des gewerblichen Mittelstandes werde die Partei in der Regierung mit "allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln" einstehen. Bereits am 15. April empfing der neue Reichsjustizminister, den die Verbandspresse des Haus- und Grundbesitzes gebührend gefeiert hatte, die Vertreter des Reichskartells des deutschen Mittelstandes zu einem Gespräch über unlauteren Wettbewerb, Miet- und Pachtfragen, das Zugabewesen und das Lebensmittelgesetz. Bredt sicherte dabei zu, daß die Politik "nicht vom grünen Tisch, sondern nur im engsten Einvernehmen mit der Wirtschaft gemacht" werden solle. 95)

Von vornherein mußte der wirtschaftsparteiliche Minister Bredt mit dem Widerstand der deutschen Mietervereinigungen rechnen. Noch in der Nacht vom 2. zum 3. April protestierte der Vorstand des Bundes deutscher Mietervereine e.V. (Dresden) gegen den einseitigen Hausbesitzervertreter. (Dresden) Auch der radikale Montag Morgen nahm sofort gegen Bredt als Interessenvertreter und ultrakonservativen Politiker Stellung; in der bürgerlichen Presse wurde die Mitarbeit der Wirtschaftspartei in der Regierung Brüning wohlwollend vermerkt. (97)

Das Kabinett Brüning dokumentiert den allmählichen Wandel vom Parteienstaat zur Präsidentschaftsrepublik. Schon am 4. April begrüßte es Bredt in einer Ministerbesprechung, wenn der Reichspräsident bei einer Krise "das Reichskabinett nach Annahme des Mißtrauensvotums im Reichstag und sodann erfolgter Auflösung in seinen Ämtern bestätige". ⁹⁸) Indirekt forderte Bredt damit, den Reichstag in seinem Recht zu beschneiden, die Regierung durch ein Mißtrauensvotum nach Art. 53 der Weimarer Verfassung stürzen zu können. Auch

Wilhelm Keil, Erlebnisse eines Sozialdemokraten Bd. 2. Stuttgart 1948 S. 383 ff., dagegen Treviranus S. 113; Conze, Krise S. 81 und polemisch (ohne neue Quellen) gegen *Morsey* Klaus Mannach, Der Sturz der großen Koalition im März 1930. In: ZfG XVI (1968) S.565 bis 586

⁹⁴) Siehe S. 257; sarkastisch notierte dazu Morus (d. i. Richard Lewinsohn) in der Weltbühne Nr. 16 v. 15. 4. 1930 (Langnam-Politik S. 590): "Die Wirtschaftsparteiler haben dafür, daß sie Herrn Bredt ins Justizministerium delegiert und ihre wackern Krakehlerstimmen in der Garderobe abgegeben haben, eine Sondersteuer zugunsten der Quetschenbetriebe durchgedrückt, die den Warenhäusern und Konsumgenossenschaften zehn Prozent ihres Verdienstes vorwegnimmt." Vgl. auch ders., Das Fest der Handwerker. König Drewitz. Ebd. (1930/II) S. 102—104.

⁹⁵⁾ DHZ Nr. 14 v. 3. 4. 1930 S. 229; Deutsches Wohnungs-Archiv 1930 Sp. 192; Das Grundeigentum (Berlin) Nr. 14 v. 6. 4. 1930 S. 353 f.; DMZ Nr. 16, 3. April-Ausgabe 1930; Fleischer Verbands-Zeitung Nr. 90 v. 16. 4. 1930; ebd. Nr. 135 v. 12. 6. 1930.

⁹⁶⁾ Das Grundeigentum Nr. 16 v. 20. 4. 1930 S. 430 f.

⁹⁷) Bundesarchiv, ZSg 103/935 Bl. 43; Zeitungsausschnitte im Nachlaß Bredt. Ein Mandat im Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Boden-Credit-Anstalt legte Bredt für die Dauer der Ministerzeit nieder; Nachlaß Bredt.

⁹⁸⁾ Bundesarchiv, R 43 I/1498; Brecht, Vorspiel S. 53; Conze, Krise S. 47; Nachlaß Bredt.

Einleitung

die Wirtschaftspartei sprach sich bei den Etatverhandlungen im Juni 1930 dafür aus, den Reichstag unter Auflösungsdruck zu setzen, was *Brüning* am 14. Juni jedoch noch ablehnte.

Nach der Auflösung des Reichstages am 18. Juli und den Neuwahlen am 14. September mußte die Wirtschaftspartei erstmals Stimmenverluste bei einer Reichstagswahl seit 1924 hinnehmen. Dennoch hatte die Partei dem Ansturm der Nationalsozialisten standgehalten. Auf einer Reichsausschußsitzung am 26. September forderte die Partei einen radikalen Bruch "mit der sozialistischen Wirtschafts-, Finanz- und Kulturpolitik" im Innern und nach Außen eine Änderung "mit dem Ziel auf Revision des Young-Plans und Versailler Vertrages"; zugleich machte die Partei ihr weiteres Verbleiben in der Regierung oder einer neu zu bildenden Regierung von noch näher zu konkretisierenden Forderungen "im Interesse der Wiedergesundung von Wirtschaft und Volk" abhängig.99) Damit brachte die Partei, in der die divergierenden Interessen im Reichsausschuß kaum noch zusammengehalten werden konnten, den Rücktritt ihres Ministers ins Gespräch. Die Erweiterung des Kabinetts Brüning nach rechts entsprach grundsätzlich wohl auch der Überzeugung Bredts, der deshalb vor allem die intransigente Haltung der Deutschnationalen unter der Führung Hugenbergs anprangerte. Als es (auch Brüning100)) nicht gelang, die Nationalsozialisten in die Regierungsverantwortung zu zwingen, "zog" die Partei nach einem unentschlossenen und die innere Situation der Partei bezeichnenden Hin und Her Bredt am 25. November aus dem Kabinett zurück. 101) Als Fachminister in der Regierung zu bleiben, konnte sich Bredt nicht entschließen, um nicht nach außen als "Kleber" zu erscheinen. 102) Nur dem persönlichen Einsatz Bredts, in der Fraktion und im Reichstag, ist es zu verdanken, daß die Partei bis zum Sommer 1932 dennoch Brüning tolerierte und in entscheidenden Situationen unterstützte. Der Rücktritt zerbrach nicht die freundschaftliche Verbindung zu Brüning, dessen

⁹⁹) Siehe Dok. Nr. 48 S. 361 f.; ergänzend S. 252 f. Dazu erklärte am 25. 11. 1930 der Abg. Köster (WP) im Haushaltsausschuß: "Die Wirtschaftspartei fordere deshalb Ablehnung der Schankverzehrsteuer und habe beschlossen, der Regierung Brüning die Gefolgschaft zu versagen, da sie zu der Überzeugung gelangt sei, daß diese Regierung die furchtbare Notzeit nur zu überwinden glaube durch Vernichtung der letzten selbständigen mittelständischen Existenzen." HHA 10 v. 25. 11. 1930 S. 113. Vgl. auch Bürgerliche Parteien II S. 551.

Eine begrenzte Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten im Herbst 1930 wurde auch von Brüning, dem ehemaligen sozialdemokratischen preuß. Innenminister Grzesinski, Schiele, Treviranus und Graf Westarp befürwortet; später lehnte Brüning einen grundsätzlichen Kurswechsel nach rechts unter Drohung des Rücktritts ab. Vgl. Josef Becker, Brüning, Prälat Kaas und das Problem einer Regierungsbeteiligung der NSDAP 1930—1932. In: HZ 196 (1963) S. 74—111, 78 ff.; Ende der Parteien S. 298.

¹⁰¹⁾ Mit Recht nennt Werner Conze diese "Abberufung" aus dem Präsidialkabinett einen gefährlichen Mißbrauch des parlamentarischen Systems; vgl. Conze, Brünings Politik unter dem Druck der großen Krise. In: HZ 199 (1964) S. 529—550, 536. Siehe auch S. 261 f. und für die Spannungen Bredt-Fraktion siehe S. 264. Der vertrauliche (rechtsstehende) "Veltenbrief" vom 25.11. 1930 deutete "die Kündigung der Gefolgschaft durch die Wirtschaftspartei" und den "Rücktritt von Prof. Bredt" als Indiz dafür, daß der "Kanzler noch mehr in die Richtung eines rigorosen Entschlusses" bei der Reform der Finanz-, Wirtschafts- und Innenpolitik dränge. Müller/Stockfisch S. 1575.

¹⁰²) Siehe S. 262.

Autorität *Bredt* anerkannte und der er sich auch (widerstrebend) in der durch das Verbot der SA und SS ausgelösten Krise um *Groener* beugte, da er einen Bruch als "Felonie" empfunden hätte.¹⁰³)

Daß auch Bredt die illusionäre Hoffnung hegte, Hitler nach den Septemberwahlen durch eine Regierungsbeteiligung zu "zähmen", deutet sein vorsichtiges Taktieren im Ulmer Reichswehrprozeß an. Im Gegensatz zu Severing und Wirth versuchte Bredt, Hitler zum Legalitätseid zu zwingen, ohne daß ihm das "Problem von Ideologie und Realität im Nationalsozialismus" bewußt gewesen wäre, worauf Peter Bucher neuerdings hingewiesen hat; die Rolle Bredts wird bei Bucher aus den Briefen von Oberreichsanwalt Werner an den Justizminister nur wenig deutlich. 104) Die Erinnerungen Bredts und die Dokumente der vorliegenden Edition offenbaren nicht nur hintergründig den Annäherungsversuch der Wirtschaftspartei an die Nationalsozialisten 105), sondern auch das Dilemma des Kanzlers Brüning nach den Septemberwahlen, die Regierung zusammenzuhalten oder zu erweitern. Ebenso wie beim Prozeß in Leipzig nahm Bredt im Fall Thüringen wieder gegen Wirth - eine vermittelnde Position ein, die einer Öffnung nach rechts nicht grundsätzlich widersprach. 106) Bis zuletzt suchte Brüning den Rücktritt Bredts und den Absprung der Wirtschaftspartei in das Lager der Opposition zu verhindern. Noch am Nachmittag des 3. Dezember sollte der Bankier Jakob Goldschmidt (Darmstädter und Nationalbank) auf Wunsch Brünings mit Drewitz verhandeln und "unter dem Drucke etwa drohender wirtschaftlicher Schwierigkeiten" die Partei zur Räson bringen. 107) Aber die Flucht der Wirtschaftspartei aus der Verantwortung war auch unter diesem Druck nicht mehr aufzuhalten. Damit verschlechterte sich die parlamentarisch schwache Basis des Kabinetts Brüning weiter. Die Verbände des Haus- und Grundbesitzes, die im April den Eintritt Bredts in die "Hindenburg-Regierung" begrüßt hatten, be-

¹⁰³⁾ Siehe S. 272, 278; das Verhältnis Brüning—Bredt wurde wohl auch durch das Fronterlebnis im Ersten Weltkrieg geprägt; vgl. dazu allgemein Theodor Eschenburg, Die Rolle der Persönlichkeit in der Krise der Weimarer Republik — Hindenburg, Brüning, Groener, Schleicher. In: VfZ 9 (1969) S. 1—29; am 31. 5. 1932 erklärte die Wirtschaftspartei (Drewitz, Mollath) gegenüber Hindenburg sich "grundsätzlich mit der Umbildung der Regierung nach rechts einverstanden; sie betonten, daß hierbei natürlich die Verfassung voll gewahrt werden müßte. Sie legten großen Wert auf Beschleunigung und gaben ihrer Sorge vor den Neuwahlen Ausdruck. Diese müsse man möglichst bis ins Frühjahr hinausschieben." Hubatsch S. 322.

¹⁰⁴) Bucher, passim; die Briefe wurden von B. teilweise irrtümlich auf das Jahr 1931 datiert; siehe S. 250 ff., 358 f.

¹⁰⁵) Severing S. 257. Bredt scheint an diesen Verhandlungen aktiv nicht teilgenommen zu haben.

Bundesarchiv, R 53 I/1447; Ministerbesprechung v. 30. 10. 1930. Diese Politik honorierten die Nationalsozialisten jedoch nicht; so veröffentlichte die im Ullstein-Verlag erscheinende Berliner Tageszeitung Tempo Nr. 240 v. 14. 10. 1930 nach den Unruhen in der Innenstadt vom Vortag ein Bild von Bredt mit der provozierenden Unterschrift: "Jawohl, Herr Minister, das taten die Nazis! Reichsjustizminister Dr. Bredt sieht sich die zerstörten Schaufenster der Leipziger Straße an". Am gleichen Tag brachte die Zeitung (Morgenausgabe) ein Foto mit der Unterzeile: "Blick auf den Sitzungssaal des Reichstags, den der Abgeordnete Herold eröffnet. Auf den Bänken der Nationalsozialisten sitzen die Abgeordneten ausnahmslos in den in Preußen verbotenen Braunhemden mit der Hakenkreuz-Armbinde". Zeitungsausschnitte im Nachlaß Bredt.

¹⁰⁷⁾ Ebd. R 43 I/1308.

dauerten den Rücktritt, da *Bredts* "Ministertätigkeit die produktivste Arbeit seit Jahren im Reichskabinett gewesen ist". ¹⁰⁸)

Sammlung der Mitte - Neubeginn oder Ende?

An der Bildung einer starken Mittelpartei durch den Zusammenschluß der bürgerlichen Mitte um den Kern der Deutschen Volkspartei war die Wirtschaftspartei noch im Frühjahr 1930 desinteressiert, da sie sich als "Parteigruppierung auf berufsständischer Grundlage" noch einen weiteren Aufschwung erhoffte. 109) Für die Septemberwahl 1930 unterzeichneten aber bereits *Drewitz* und *Sachsenberg* einen gemeinsamen Aufruf der Deutschen Volkspartei, der Konservativen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zur Durchführung des *Hindenburg*-Programms. Der Parteivorstand nahm diesen Wahlaufruf jedoch nicht zur Kenntnis und bekräftigte die Handlungsfreiheit der Partei. 110)

Erst vor den Wahlen 1932 beteiligte sich Bredt zögernd an einem bürgerlichen Sammlungsversuch, der aus der im Anhang abgedruckten Korrespondenz mit Eduard Dingeldey und Siegfried von Kardorff rekonstruiert werden kann. In der gespannten Atmosphäre zwischen dem für die Wirtschaftspartei katastrophalen Ergebnis bei den preußischen Landtagswahlen im April und der Reichstagswahl im Juli 1932 schien nun auch Bredt zum Zusammenschluß bereit; aber auch jetzt grenzte Bredt gegenüber der Staatspartei (!) den ausschließlich bürgerlichen Charakter einer solchen Einigung ab, nicht anders als 1926 in der von Friedrich Thimme und Eduard Hemmerle herausgegebenen politischen Monatsschrift Der Zusammenschluß.¹¹¹) Die Fusionsverhandlungen scheiterten, "trop tard, madame, trop tard!" wie Kardorff enttäuscht seinem alten freikonservativen Freund schrieb.¹¹²)

Die Auflösung des Reichstages kurz nach der Neuwahl vereitelte auch den Plan von *Drewitz*, im Reichstag eine Arbeitsgemeinschaft der Reste der bürgerlichen Mittelparteien mit dem Fernziel einer Fraktionsgemeinschaft zu gründen.¹¹³) Im Wahlkampf stellte die Partei noch einmal die "politische Einigung des Bürgertums als erstrebenswertes Ziel" hin — aber nicht unter der Führung *Hugenbergs*.¹¹⁴) Auf der Liste der Bayerischen Volkspartei wurde *Bredt* im November wieder in den Reichstag gewählt, am 7. Dezember sprach er zuletzt

¹⁰⁸⁾ Nachlaß Bredt, Josef Humar v. 10. 12. 1930 an Bredt; siehe S. 262; zum "Absprung" der Wirtschaftspartei vgl. man auch die Zeitungsausschnitte vom 26. 11. 1930 im Nachlaß Bredt, z. B. "Die Flucht der Wirtschaftspartei" (Berliner Tageblatt, Kölnische Zeitung), "Bredt in der Schwebe" (Vorwärts).

¹⁰⁹⁾ Siehe S. 369 ff.; vgl. auch Bredt, 10 Jahre Weimarer Verfassung (1929) S. 678: "Es wird niemals gelingen, die verschiedenen Parteien zu einigen oder gar zu verschmelzen. Das ist auch gar nicht zu wünschen, denn nur aus dem Streite der Meinungen erwächst die Erkenntnis des Richtigen."

¹¹⁰) Bundesarchiv, ZSg 103/934; Ostfriesische Nachrichten v. 23. 8. 1930 S. 563; DMZ Nr. 33, 3. August-Ausgabe 1930: Otto Colosser, Sammlung?!—Für diese Sammlungsversuche vgl. auch das Material im Nachlaß Reusch (Briefwechsel Reusch—Martin Blank), Historisches Archiv der Gutehoffnungshütte. Diesen Hinweis verdanke ich Herrn Larry E. Jones.

¹¹¹⁾ Bredt, Verbindendes und Trennendes (1926).

¹¹²⁾ Siehe S. 382; vgl. Ende der Parteien S. 60 f. u. ö.

¹¹³⁾ Bundesarchiv, Nachlaß Dingeldey / 51; Drewitz v. 15. 8. 1932 an Dingeldey.

¹¹⁴⁾ Siehe S. 390.

im Plenum; um noch einmal wirklich mitarbeiten zu können, bemühte er sich bereits seit dem Sommer 1931 um eine Teilnahme an der deutschen Völkerbundsdelegation in Genf. Selbst ein Übertritt zum Zentrum schien nun in greifbare Nähe gerückt:

"Meine eigene Partei ist zu Ende und von einer neuen Sammelpartei der Mitte verspreche ich mir inhaltlich sehr wenig."¹¹⁵)

Das Ende der Parteien und des Weimarer Staates wird stets die Frage nach den Gründen für das Versagen der Demokratie in Deutschland nach 1918 in den Mittelpunkt rücken. Die vorliegende Edition belegt das wissenschaftliche und parlamentarische Leben eines konservativen Politikers, der in der Freikonservativen Partei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Wirtschaftspartei hervorgetreten ist. Bredt selbst führt den Zusammenbruch des parlamentarischen Systems auf das Anwachsen der kommunistischen Stimmen zurück; ähnlich urteilte auch Arnold Brecht. 116) Diese Deutung, von Bredt 1933 oder kurz nach 1933 niedergeschrieben, ist jedoch (zeitbedingt) zu einseitig, um die komplexen Ereignisse in der Schlußphase abschließend zu klären. Das Zusammenwirken der radikalen Opposition von Rechts und Links in einer negativen Koalition 117) zum Sturze Brünings im Sommer 1932 signalisiert nur das Ende einer Entwicklung, zu der alle politischen Gruppierungen, nicht zuletzt aber die Wirtschaftspartei, deren Opportunismus das "System" diskreditiert hatte, nicht wenig beigetragen haben.

Die Anfälligkeit der Republik für radikale Parteien wurde durch das in der Verfassung verankerte Verhältniswahlrecht oder Listenwahlsystem gefördert, da es die Aufsplitterung der Parteien begünstigte. Die Abgeordneten waren daher häufig nur Gruppen- oder Interessenvertreter. 118) Aber schon Bredt konnte 1926 mit gewissem Recht erklären, daß nur das Listenwahlsystem die Wahl von Persönlichkeiten ermögliche, wenn dies auch tatsächlich nur selten der Fall sei. 119)

¹¹⁵⁾ Siehe S. 396. Nachdem sich Bredt 1931 gegenüber dem Reichsaußenminister Curtius bereit erklärt hatte, seine Erfahrungen der deutschen Delegation für die Völkerbundsversammlungen in Genf zur Verfügung zu stellen, teilte dies auch Drewitz Anfang 1932 in einer Unterredung Staatssekretär Pünder mit, da Bredt gesundheitlich "wiederhergestellt" sei. Pünder machte die Mitteilung am 1. 2. 1932 "aktenkundig"; die Möglichkeit einer diplomatischen Verwendung sei jedoch nicht abzuschätzen. Bundesarchiv, R 43 I/2685 Bl. 43 f.; Nachlaß Bredt.

¹¹⁶⁾ Siehe S. 284; Brecht, Vorspiel S. 171.

¹¹⁷) Siehe S. 284.

¹¹⁸) Brecht, a.a.O. S. 77; vgl. auch Walter Zechlin, Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf. Erlebnisse eines Pressechefs und Diplomaten. Hannover 1956 S. 62 und F. A. Hermens, a.a.O. Siehe einschränkend weiter unten.

¹¹⁹⁾ Brecht, Staat und Persönlichkeit (1926) S. 49 f.; noch wesentlich anders urteilte Bredt 1919: "Also mit diesem Wahlrecht treiben wir unweigerlich in die festeste Verknöcherung des parteilichen Lebens hinein. Und das geht nicht. Wir brauchen die Möglichkeit, daß auch ein talentvoller Außenseiter sich auf irgendeine Weise durchsetzen kann, denn nur das verbürgt den gesunden Fortschritt. Man hat den konservativen Parteien ihr Kleben an den alten Traditionen vorgeworfen; aber hat denn die Sozialdemokratie während der Revolution irgend etwas anderes aufzuweisen vermocht als ihre alten Ladenhüter? Und selbst die Unabhängigen und Spartakisten irgend etwas anderes vorzubringen gewußt als ihre uralten Lohnforderungen? Gerade die Revolution hat es uns gezeigt, daß wir vor allem Männer brauchen, die uns neues Leben in den verknöcherten Organismus hineintragen, wie es immer geschah, wenn wir vorwärts kamen. Und diesen Männern soll die Bahn freigemacht werden, mögen sie Bismarck heißen oder Engels." Bredt, Staatsrecht (1919) S. 6.

Das Parlament brauche daher als Pendant den "Fachminister", eine Forderung, die — in Verbindung mit der Herausstellung des "Fachbeamtentums" — ein latentes antirepublikanisches Ressentiment enthüllt. Den Parlamentarismus sah Bredt gefährdet vor allem durch Bolschewismus und Faschismus:

"In Deutschland wollen wir nun ganz gewiß kein faschistisches Regiment wünschen und am allerwenigsten ein bolschewistisches. Wir wollen auch das Heil nicht einfach von einer Diktatur erwarten. Wir wollen uns vielmehr klar darüber sein, daß der Parlamentarismus an sich der Persönlichkeit genügend freien Raum läßt, wenn nur die Handhabung eine richtige ist."¹²⁰)

Bei der Einschätzung des Verhältniswahlrechts muß aber auch beachtet werden, daß ein Mehrheitswahlrecht das Ende von Weimar und die "Machtergreifung" wahrscheinlich beschleunigt hätte. 121) Dennoch gewährte nur das Verhältniswahlrecht Splitterparteien als "Zünglein an der Waage" ungebührlich großen Einfluß, daß Ministersessel schließlich nach arithmetischer und nicht sachlicher Notwendigkeit verteilt werden mußten. 122)

Als konservativer Politiker, der nie seine monarchischen Neigungen verheimlicht hat¹²³), führt Bredt die Misere des deutschen Parlamentarismus vor allem aber auf die politische Umgestaltung im November 1918 zurück. Die Monarchie hätte Deutschland Kontinuität und eine "repräsentative Spitze" gegeben, so aber seien nur die alten Ideale tot, die neuen nicht verwirklicht. Der Republik fehle weithin jedes staatsbürgerliche Gesamtbewußtsein, das Bismarck geschaffen habe.¹²⁴) Die Berufung auf Bismarck und die tradierenden Kräfte einer (Reform-) Monarchie, an deren Wiedereinführung Bredt selbst seit der Wahl von Hindenburg nicht mehr glaubte¹²⁵), boten keine Barriere gegen den Nationalsozialismus. Das Ende von Weimar erweist sich somit unheilvoll verknüpft mit den Ereignissen von 1918.

Letzte Zeit in Marburg

Die "Nacht", die 1933 über Deutschland anbrach, durchlebte Bredt in Marburg, bis zuletzt seinen akademischen Lehrverpflichtungen nachkommend. Hatte Bredt zunächst noch im innerkirchlichen Bereich eine positive Weiterentwicklung auf eine reformierte Kirchengemeinschaft innerhalb einer geeinten Deutschen Evangelischen Kirche erhofft, so mußte er nur zu bald erkennen, daß eine wirkliche Neuordnung und Besinnung auf das Bekenntnis sich nicht mit den poli-

¹²⁰⁾ Staat und Persönlichkeit (1926) S. 50.

¹²¹⁾ Bracher, Probleme, a.a.O. S. 861.

¹²²⁾ Löbe S. 146.

¹²³⁾ So nahm Bredt 1921 an der Beisetzung der Kaiserin Auguste Victoria im Antikentempel in Potsdam neben General v. Plüskow in der Uniform des 2. Garde-Regiments z. F. teil. Für dieses "Spektakelstück" (Vorwärts) vgl. allgemein Ludwig Franz Gengler: Die deutschen Monarchisten 1919—1925. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Rechten von der Novemberrevolution 1918 bis zur ersten Übernahme der Reichspräsidentschaft durch Generalfeldmarschall von Hindenburg 1925. Phil. Diss. Erlangen. Kulmbach 1932 S. 154 f.

¹²⁴) Bredt, Schicksal der deutschen Staatlichkeit (1929) S. 147; ders., 10 Jahre Weimarer Verfassung (1929) S. 677. Siehe auch S. 288. Zum Problem des Einflusses von Bismarck vgl. ein Gespräch zwischen Gustav Mayer und Friedrich Meinecke; Mayer, Erinnerungen. München 1949 S. 298 f.

¹²⁵⁾ Brüning dachte im Spätherbst 1931 an die Monarchie als Damm gegen den Nationalsozialismus; vgl. Becker, Brüning, Prälat Kaas, a.a.O. S. 110.

tischen Zielen des neuen Regimes vereinbaren ließen. Enttäuscht zog sich *Bredt* Ende 1934 aus der Mitarbeit im Moderamen des Reformierten Bundes für Deutschland zurück.¹²⁶)

Bredt blieb auch jetzt ein konservativer Mann, der als Frontsoldat¹²⁷) und Oberleutnant d. R. des 2. Garde-Regiments z. F. bis zu seinem Tod keine größeren Kompromisse mit den neuen Machthabern schloß. "Dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler", schwor er als Hochschullehrer zwar "treu und gehorsam" zu sein, aber ein öffentliches Bekenntnis zu Hitler oder dem nationalsozialistischen Staat legte er nicht ab.¹²⁸)

Seit 1931 hatte Bredt eine ordentliche Professur für öffentliches Recht in Marburg. 129) Seine Vorlesungen, Übungen und Repetitorien galten dem Verfassungsrecht, dem Wesen der Bismarckschen Verfassung, dem Verwaltungsrecht, Völkerund Kirchenrecht, dem Steuer- und Finanzrecht und gelegentlich der neueren politischen Geschichte (1815—1914). Nach der Pensionierung des ersten Wuppertaler Oberbürgermeisters Dr. Paul Hartmann 1931 lehnte Bredt eine (wenig aussichtsreiche) Kandidatur für dieses Amt ab. 130) Die Übernahme des Ehrendoktors der (reformierten) Universität Debrecen konnte Bredt 1938 nicht persönlich entgegennehmen, da die Feier auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Wenige Tage nach Kriegsausbruch erhielt er das Diplom, die zweite akademische Ehrenauszeichnung nach dem Ehrendoktorhut der Bonner Evangelisch-Theologischen Fakultät 1925. In der Nacht zum 1. Dezember 1940 starb Joh. Victor Bredt in seinem Haus in Marburg, "in der Frühe des 1. Advent"; im Familiengrab in Barmen (Klingelholl) wurde er am 5. Dezember beigesetzt. Einen Nachruf veröffentlichten die Marburger Zeitungen nicht. 131)

¹²⁶) Nachlaß Bredt; Archiv d. Ev.-Ref. Kirche in Nordwestdeutschland, Akte Konvent in Osnabrück 1934.

¹²⁷⁾ Vgl. die demonstrative Kriegsordenliste (von 1936) in den Personalakten Bredts in der Rektoratsverwaltung (a.a.O. Bl. 93); auf Antrag des Vereins der Offiziere des ehemaligen 2. Garde-Regiments z. F. wurde Bredt vom Reichswehrministerium am 27. 3. 1922 der Charakter eines Oberleutnants d. R. zugelegt, mit dem Recht zum Tragen der Regimentsuniform.

¹²⁸⁾ Ebd. Bl. 90 (19. 9. 1934). — Peters, Fachgruppenleiter der Rechtswissenschaft in Marburg, charakterisierte am 30. 6. 1937 Bredt: "Prof. Bredt hält sich in weltanschaulichen und politischen Fragen neutral. Seine Vorlesungen sind ohne jede Tendenz, sie sind geschichtlich aufgebaut. Auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen aus seiner Tätigkeit als MdR und als Reichsjustizminister in den Vor- und Nachkriegsjahren[!], verbunden mit gründlicher Geschichtskenntnis, sucht er seinen Hörern einen Einblick in das politische Kräftespiel und die inneren Zusammenhänge dieser Zeit zu geben. Für die Zeit nach 1932 bezeichnet er sich selbst als nicht mehr "kompetent", da er in den Dingen keinen Einblick mehr bekomme." In eine Zusammenstellung des Reichsführers-SS (Nr. 036 v. Juni 1939, PPK 11) "Rechtsopposition und Reaktion: Erfassung führender Männer der Systemzeit" wurde auch Bredt aufgenommen: "Tritt politisch nicht mehr hervor". Document Center Berlin, Akte Nr. 527.

^{129) &}quot;Für die laut Verfügung des Ministers vom 8. Januar 1931 vorgesehene neue ordentliche Professur für öffentliches Recht schlägt die Fakultät primo et unico loco den Professor Viktor Bredt vor. Über die Persönlichkeit und die Befähigung des Vorgeschlagenen glaubte die Fakultät nichts weiteres mehr vortragen zu müssen." Die Ernennungsurkunde datiert vom 25. 7. 1931; ebd. Bl. 62, 66.

¹³⁰⁾ K. Goebel, a.a.O. S. 35.

¹³¹⁾ OHZ Nr. 285 v. 2. 12. 1940, Todesanzeigen der Familie und der Fakultät; vgl. den Nachruf von W. de Weerth in der Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 69 (1941/42) S. 215—221 und Nr. 5 der Familie Bredt v. April 1941: Johann Victor Bredt zum Gedächtnis.

5. Zur Edition

Beschreibung der Quelle und des Nachlasses von Joh. Victor Bredt

Anfang 1967 konnte der Bearbeiter den Nachlaß und das Manuskript der Lebenserinnerungen von Joh. Victor *Bredt*, durch das Entgegenkommen der Tochter, Frau Dr. Ada *Rambeau*, Marburg, erstmals einsehen. Nach der Bestandsaufnahme des Nachlasses beauftragte die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien im Einvernehmen mit Frau Dr. *Rambeau* im Herbst 1967 den Bearbeiter mit einer Edition der Lebenserinnerungen.

Der Anstoß zur Niederschrift der Memoiren ging von dem am 22. Juni 1928 verstorbenen Freund und Verleger Hermann Stilke aus, der Bredt in einem Gespräch anregte, seine Erinnerungen an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß und die Erlebnisse im Weltkrieg aufzuzeichnen. Im Eingangskapitel der Erinnerungen bezieht sich Bredt ausdrücklich auf dieses Gespräch und seine ursprünglich geringe Neigung, Memoiren zu schreiben. Das Bewußtsein, "das Abendrot des Deutschen Kaiserreichs, des deutschen Heeres, des deutschen Reichstags, der alten Preußischen Regierung, des Hohenzollernschen Herrscherhauses, der evangelischen Kirche und nicht zuletzt des deutschen Bürgertums" erlebt zu haben, bewegte Bredt aber, diesen Entschluß zu revidieren.¹)

Von wenigen bruchstückhaften Notizen²) abgesehen, liegen die Erinnerungen in einer ersten und überarbeiteten zweiten³) Fassung vor. Beide Fassungen schrieb Bredt, nach der Erinnerung von Frau Dr. Rambeau, eigenhändig in die Maschine; sie sind in fünf blauen, nachträglich gebundenen Heften (22,7 mal 33,5 cm) mit dem schwarzen Aufdruck "Joh. Victor Bredt / ACTA / National-oeconomie. / Betreffend: / Lebens-Erinnerungen [handschriftlich]" überliefert. Das Titelblatt des ersten Heftes ist in beiden Fassungen mit der Hand beschriftet "Abendrot. / Lebens-Erinnerungen / von / Joh. Victor Bredt". Die Titel der Kapitel stimmen in beiden Fassungen wörtlich überein:

- I. Heft⁴): Eingang (S. 3—5); I. Jugendjahre (S. 6—30); II. Wanderjahre (S. 31 bis 91);
- II. Heft: III. Marburg (S. 92-124); IV. Parlament (S. 125-150);
- III. Heft: V. Krieg! (S. 151-228); VI. Kriegspolitik (S. 229-270);
- IV. Heft: VII. Nachkriegszeit (S. 271—296); VIII. Wirtschaftspartei (S. 297 bis 319); IX. Wissenschaft (S. 320—345);
- V. Heft: X. Reichsjustizminister (S. 346—392); XI. Ausklang (S. 393—420). Nur in der ersten Fassung (440 S.) sind die Hefte fortlaufend paginiert.

Die Niederschrift der ersten Fassung der Lebenserinnerungen (Kapitel I—IX) wurde vor der Übernahme des Ministeramtes im Kabinett Brüning vollendet

¹⁾ Lebenserinnerungen S. 4.

²) Siehe z. B. S. 388 Anm. 10.

³⁾ Von dieser Fassung besitzt das Bundesarchiv in Koblenz einen Mikrofilm.

⁴) Die Seitenangaben beziehen sich auf die zweite Fassung, die der Bearbeiter durchgehend paginiert hat.

und wahrscheinlich in der Zeit vom Sommer 1928 bis zum Frühjahr 1930 konzipiert. Dafür sprechen einige Briefe des Reichsarchivs und von Privatpersonen, die Bredt in Verbindung mit der Niederschrift um Auskünfte bat. Die beiden folgenden Kapitel "Reichsjustizminister" und "Ausklang" wurden offenbar erst nach Abschluß des akademischen Jahres 1931/32, in dem Bredt Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Philipps-Universität Marburg war, begonnen, die gesamte überarbeitete zweite Fassung bis zum Frühjahr 1933 abgeschlossen. Das letzte Ereignis, das Bredt erwähnt, ist der Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933. Die endgültige Niederschrift dieser Fassung hat sich dann aber, nach einigen bis 1936 datierenden Fußnoten zu urteilen, noch sehr lange hingezogen, da Bredt wohl an keine Veröffentlichung mehr dachte.

Die Lebenserinnerungen sind Teil des Nachlasses von Joh. Victor Bredt, der im Rahmen des Familienarchivs noch von Bredt selbst geordnet wurde. Bei der Abfassung der Erinnerungen stützte sich Bredt vor allem auf diese Unterlagen: wohl der größte Teil seiner wichtigen Korrespondenz, zahlreiche Zeitungsausschnitte und andere Drucksachen, einzelne Manuskripte; in den Anmerkungen hat der Bearbeiter ergänzend und weiterführend darauf hingewiesen. In blauen und roten Faltmappen, die mit der Aufschrift "Joh. Victor Bredt / Familien-Archiv" bedruckt sind, ist das heterogene Material des Nachlasses in folgenden Mappen⁵) überliefert:

a) Allgemeines:

Verschiedenes [1888—1932] General v. Obernitz [1891—1901] Zeugnisse und Militärpapiere [1898—1901] Tätigkeit in Barmen [1907] Landratsamt Marburg [1908—1920]

b) Korrespondenz:

Briefe von Staatsmännern [1906—1932] Briefe von Gelehrten [1907—1939] Briefe von Politikern [1908—1938] Briefe von Fürstlichkeiten [1914—1936]

c) Aus dem wissenschaftlichen Bereich:

Socialismus und Communismus [1898]
Professor Gothein [1903—1909]
Dr. phil. Examen [1904]
Handschriftliches Exemplar einer mit dem 2. Preis bedachten Arbeit der Akademie für Social- und Handelswissenschaften Frankfurt a. M. [1909]
Habilitation in Heidelberg [1909/10]
Professur in Marburg [1909—1940]

⁵⁾ Die Mappen wurden von Bredt betitelt.

```
Wissenschaft [1909—1937]
Arbeit über Belgien [1926/28]
Kirchenverfassung Cleve—Jülich—Berg—Mark [1937—1939]
Debrecen, Ehrendoktor [1938/39]
Bergische Rechtsgeschichte, Manuskript [1940]

d) Zur Tätigkeit im Ersten Weltkrieg:
Kaiserliches Automobilcorps [1913—1915]
```

Übung beim Inf. Rgt. 68 [1914] Allgemeines [1914—1918] General-Kommando XI [1914]

Verwundung [1914]

Orden [1914—1923]

Konin, Wielun, Wloclawek [1915]

Czenstochau [1915—1937]

Handakten von Czenstochau [1915]

2. Garde Regiment z. F. [1915—1939]

General der Infanterie v. Plüskow [1916—1918]

Reise nach Budapest [1916—1917]

Reise nach Konstantinopel [1916—1918]

Armee-Oberkommando Scheffer in Lida [1917]

General der Infanterie Frhr. v. Scheffer-Boyadel [1917—1925]

Stab Ober-Ost [1917—1929]

Revolution [1918]

Oberst Graf Castell [1919—1938]

e) Zur politisch-parlamentarischen Arbeit vor 1918:

Stadtverordnetenmandat [1908—1921]

Landtags[ersatz]wahl [1911]

Haus der Abgeordneten [1911—1918]

Reichstagswahl [1912]

Landtagswahl [1913]

Immobiliar-Credit-Kommission [1913]

Mecklenburg [1913—1918]

Das türkische Staatswesen, Manuskript [1917]

nach 1918:

Deutschnationale Partei⁶) [1918]

Landtagswahl 1921 [1920—1921]

Königshaus [1920—1940]

Reichstagswahl 1924 ff. [1924—1932]

Politik in Österreich [1925—1931]

Ernennung zum Minister [1930]

Reichsminister der Justiz [1930]

Dokumente als Minister [1930]

Zeitungen aus der Ministerzeit [1930]

⁶⁾ Der Inhalt dieser Mappe fehlt.

Mitteldeutsche Boden-Credit-Anstalt [1930—1934] Letzte Zeit im Reichstag [1931—1933]

f) Zur Mitarbeit an der Neuordnung der evangelischen Kirche nach 1918: Kirche [1918—1935]

Diese Bestände des Nachlasses⁷) konnte der Bearbeiter ergänzen durch Materialien aus öffentlichen und privaten Archiven⁸) und die Erfassung der im Nachlaß nicht überlieferten Publikationen *Bredts*.⁹) Von besonderem Gewicht war das Material zur mecklenburgischen Verfassungsfrage aus dem Staatsarchiv Schwerin und zur Endphase der Wirtschaftspartei aus dem Bundesarchiv Koblenz.

Zur Einrichtung der Edition

Für den Druck dient die zweite Fassung der Lebenserinnerungen als Vorlage; von den 420 Seiten werden nur jene Teile (ca. 245 Seiten) abgedruckt, die unmittelbar der politischen und damit verbunden der wissenschaftlichen Arbeit gewidmet sind. Passagen, die Bredt hier im Gegensatz zur ersten Fassung kürzte, werden im Kursivdruck wieder in die Edition aufgenommen, sofern es sich dabei um wesentliche Varianten handelt. In den Anmerkungen wird weiterhin auf "entschärfte" oder abgeschwächte Formulierungen der zweiten Fassung hingewiesen.

Von den elf Kapiteln wurden die letzten sieben¹⁰) für den Abdruck ausgewählt. Die Kürzung des Textes um politisch irrelevante Passagen wird durch [...] gekennzeichnet, soweit der Fortgang der Darstellung keine nähere Erläuterung erfordert. Bei der Kürzung von längeren Abschnitten wird der Inhalt in Regestenform in den Text eingeschaltet, in fortlaufendem Kursivdruck, eingerückt und petit. Umfangreichere Zitate aus Parlamentsreden und Artikeln sind petit gedruckt. Zusätze des Bearbeiters schließen im Text eckige Klammern [] ein; Rechtschreibung und Zeichensetzung wurden normalisiert, Abkürzungen stillschweigend aufgelöst, Angaben zur Person grundsätzlich nur bei der ersten Erwähnung im Text aufgenommen; auf diese Stellen weist das Register besonders hin. Durch Kursivdruck werden im Text und in den Anmerkungen weiter Familiennamen, Zeitungs- und Zeitschriftentitel gekennzeichnet; Hervorhebungen in der Druckvorlage sind stets gesperrt gedruckt.

⁷⁾ Nur während des Ersten Weltkrieges führte Bredt zeitweise Tagebuch, das aber nicht erhalten ist; Lebenserinnerungen S. 49.

⁸⁾ Siehe S. 79. 0

⁹⁾ Die Übersicht im Anhang an den Nachruf von W. de Weerth (siehe oben Anm. 131) ist lückenhaft (75 Titel) und nur wenig zuverlässig. Die Bibliographie (S. 55 ff.) verzeichnet jahrgangsmäßig und nach der mechanischen Wortfolge geordnet alle nachgewiesenen selbständigen Schriften und Artikel Bredts; diese Bibliographie ergänzt ein Verzeichnis der Reden und Anträge (sofern Bredt an erster Stelle stand) Bredts im preuß. Abgeordnetenhaus (1912—1918), im preuß. Landtag (1921—1924), im deutschen Reichstag (1924—1932) und im Haushaltsausschuß (1927—1930).

¹⁰⁾ Das Kapitel "Krieg!" wurde nach starken Kürzungen mit dem Kapitel "Kriegspolitik" zusammengefaßt; das Kapitel "Kriegspolitik" beginnt S. 118.

Einleitung

Aus dem von Frau Dr. Rambeau liebenswürdigerweise katalogisierten Nachlaß konnten, ebenso wie aus anderen Überlieferungen, Dokumente zur Ergänzung und Abrundung der Erinnerungen herangezogen werden, die im zweiten Teil in durchlaufender Numerierung, unter Sachtiteln chronologisch geordnet zusammengestellt wurden.

Die literarische Gattung der im ersten Teil der Edition abgedruckten Erinnerungen legte eine behutsame Kommentierung nahe. Die Spröde des Textes, der nicht mehr den letzten sprachlichen Schliff erhielt, galt es, durch weiterführende Anmerkungen auszugleichen. Ein objektivierender, umfangreicher wissenschaftlicher Apparat hätte den stark subjektiven Charakter der Erinnerungen völlig relativiert und den eigentümlichen Reiz dieser Quelle zerstört.

Herzlich dankt der Bearbeiter an dieser Stelle zunächst Frau Dr. Ada Rambeau, die mit großer Anteilnahme das Entstehen dieser Edition förderte und den Nachlaß ihres Vaters uneingeschränkt der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung stellte. Darüber hinaus ist der Bearbeiter vielen Archiven und Bibliotheken zu Dank verpflichtet, vor allem dem Bundesarchiv in Koblenz, dem Hessischen Staatsarchiv in Marburg, der Bibliothek des Deutschen Bundestages, der Universitätsbibliothek Bonn, der Deutschen Staatsbibliothek in Berlin, der Bayerischen Staatsbibliothek in München, der Rektoratsverwaltung und der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Philipps-Universität in Marburg. Für die Hinweise und Aufschlüsse, die der Bearbeiter mündlich und brieflich erfahren hat, sei gerne gedankt: Frau Erna Geisthardt, der ehemaligen Sekretärin der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, Frau Ruth Karras geb. Colosser, Frau Käthe Schulz, der Sekretärin der Reichsgeschäftsstelle der Wirtschaftspartei, Herrn Reichsminister a. D. Magnus Frhr. v. Braun, Herrn Erwin Dannenberg, Herrn Carl Freybe, MdR, Herrn Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg, Herrn Professor Dr. Adolf Grabowsky (†), Herrn Bundesbahndirektor a. D. Werner Hacker, Herrn Dr. Carl Hesberg, MdB, Herrn Bundespräsident D. Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, Herrn Botschafter a. D. Dr. Friedrich Holzapfel (†), Herrn Larry E. Jones, Herrn Reichsminister a. D. Walter von Keudell, Herrn Minister a. D. Ernst Lemmer, Herrn Dr. Dietrich Mende, Herrn Fritz Mensing, MdB, Herrn Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning, Herrn Reichskanzler a. D. Franz von Papen (†), Herrn Staatssekretär a. D. Dr. Hermann Pünder, Herrn Klaus J. Sachsenberg, Herrn Reichsminister a. D. Lutz Graf Schwerin von Krosigk, Herrn Dr. Leo Schwering, Herrn Reichsminister a. D. Gottfried Reinhold Treviranus.

Nicht zuletzt sei Herrn Regierungsarchivrat Dr. Franz (Marburg) für wiederholte Nachweise aus den Akten und den ersten Hinweis auf einen Nachlaß Bredt ebenso gedankt wie den Herausgebern dieser Reihe und besonders Herrn Prof. Dr. Erich Matthias, der die Edition angeregt und den Bearbeiter an die Problematik dieser Arbeit herangeführt und beraten hat. Die Mitarbeiterinnen der Kommission haben mit großer Geduld an der Herstellung des Manuskripts mitgearbeitet; auch ihnen sei hier gedankt.

Bonn, im Juli 1970

Schriftenverzeichnis

Joh. Victor Bredt

A. Verzeichnis der selbständigen Schriften, Aufsätze und Artikel

1897

1. Der Hof Bockmühl bei Barmen: ZdBGV 33, S. 134-138.

1898

2. Geschichte der "Bredde" in Barmen: ZdBGV 34, S. 123-132.

1899

3. Barmen im 15. Jahrhundert: MdBGV 6, S. 113-130.

1902

- Die Gefahrtragung beim Werkvertrag nach Römischem Recht und Bürgerlichem Gesetzbuch. Jur. Diss. Leipzig. Elberfeld: Baedekersche Buchdruckerei, A. Martini & Grüttefien. 43 S.
- Geschichte der Familie Bredt. Elberfeld: Baedekersche Buchdruckerei, A. Martini & Grüttefien. 120 S. (s. a. Nr. 356 und 363).

1905

- 6. Anleihe der Stadt Solingen 1796: MdBGV 12, S. 12-14.
- Englische Arbeiterwohnungen: Gemeinwohl. Zeitschrift des Bergischen Vereins für Gemeinwohl XVIII, 6/7, S. 121—131.
- 8. Die Lohnindustrie gekennzeichnet in einer Darstellung der Wuppertaler Lohnbleicherei. Phil. Diss. Heidelberg. Berlin: Joh. Beltz in Langensalza. 43 S. (= 1. Kapitel von Nr. 9).
- Die Lohnindustrie dargestellt an der Garn- und Textilindustrie von Barmen. Berlin: Bruer & Co. X, 202 S.
- 10. Oberbürgermeister Bredt, sein Leben und Wirken: MdBGV 12, S. 173-189; 193-207.
- 11. Dasselbe: Elberfeld: Baedekersche Buchdruckerei, A. Martini & Grüttefien. 32 S.

1907

- Die Ablehnung der Wertzuwachssteuer in Berlin: Terrain-Zeitung Nr. 7 v. 15. Oktober, S. 150 bis 152.
- 13. Zur Frage des Taxenwesens: Grundstücks-Archiv Nr. 45 v. 7. November, S. 705-706.
- Das kommunale Wahlprivilegium der Hausbesitzer: Terrain-Zeitung Nr. 9 v. 15. November, S. 196—198.
- Lebensversicherungsgesellschaften und Hypothekenbanken: Terrain-Zeitung Nr. 4 v. 31. August, S. 78—80.
- Die Polenvorlage in ihrer Bedeutung für den Grundstücksmarkt: Terrain-Zeitung Nr. 11 v. 16. Dezember, S. 241—243.
- Der Wertzuwachs an Grundstücken und seine Besteuerung in Preußen. Berlin: Bruer & Co. 76 S.
- 18. Der Wuppertaler Cameral-Mühlen-Prozess unter Herzog Carl Theodor: MdBGV 14, S. 74-80.

1908

- 19. Zur Frage der Steuerabwälzung: Terrain-Zeitung Nr. 15 v. 17. Februar, S. 342.
- Gärten in der Besteuerung nach dem gemeinsamen Wert: Terrain-Zeitung Nr. 14 v. 3. Februar, S. 316—318.
- 21. Nationalökonomie des Bodens. Berlin: Klemens Reuschel. 141 S.
- Die Polenvorlage und die rechtliche Stellung des Grundeigentums: Terrain-Zeitung Nr. 18 v. 31. März, S. 409—411.
- 23. Schulze-Delitzsch oder Lassalle zur Wohnungsreform: Terrain-Zeitung II S. 1—5 (nicht erreichbar).

- H. Piutti, Das communale Bauverbot. § 12 des Baufluchtengesetzes vom 2. Juli 1875. Arbeiten zum Handels-, Gewerb- und Landwirtschaftsrecht. Hrsg. v. Ernst Heymann, Marburg, Nr. 2. Marburg: R. G. Elwert'sche Verlagsbuchhandlung. 72 S.
- 25. Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet. Leipzig: Duncker & Humblot. 44 S. (Mit: Einladung zur Probevorlesung. Heidelberg: Hörning. 1 Bl.)

- Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet. Eine wirtschaftspolitische Studie. Leipzig: Duncker & Humblot. 139 S.
- Die Zonenenteignung und ihre Zulässigkeit in Preußen. Zugleich ein Beitrag zur Lehre vom öffentlichen Interesse. Leipzig: Duncker & Humblot. XV, 254 S.

28. Das ländliche Bauwesen in Kurhessen: OHZ Nr. 165 v. 17. November, 2. Blatt.

1911

29. Erklärung [zur Landtagsersatzwahl]: OHZ Nr. 141 v. 18. Juni.

1912

 Die Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Ein Beitrag zur Systematik und Reform der direkten Steuern in Preußen und dem Reiche. Leipzig: A. Deichertsche Verlh. Nachf. VII, 240 S.

1913

- 31. Die Steuervorlagen: Tägliche Rundschau Nr. 23 (Morgenausgabe) v. 15. Januar.
- Die Verfassungsänderung in Preußen. Festgaben der Marburger Juristischen Fakultät für Ludwig Enneccerus Bd. VII. Marburg: N. G. Elwert'sche Verlagsbuchhandlung. 40 S.

1914

- 33. Immunität der Abgeordneten: DJZ Sp. 87-88.
- 34. Juristische Kriegs-Erinnerungen: ebd. Sp. 1367-1369.
- Die Mecklenburgische Stände-Verfassung und das Reichsrecht. Eine staatsrechtliche Studie. München und Leipzig: Duncker & Humblot. 70 S.
- Militarismus und Völkerrecht. Ein juristischer Feldpostbrief: Berliner Lokal-Anzeiger Nr. 614 (Abendausgabe) v. 3. Dezember (s. a. Nr. 34).
- 37. Dasselbe: OHZ Nr. 285 v. 5. Dezember.
- Der öffentlich-rechtliche Begriff und die Tragweite des Grundeigentums: Zeitschrift für Sozialwissenschaft, S. 84—93, 174—184.

1915

- 39. Immobiliarkredit-Kommission: Blätter für Genossenschaftswesen, S. 621-622.
- 40. Das Privateigentum am Boden: Um Grund und Boden, S. 1-11.
- Welche Umstände verteuern das städtische Bauland? Referat für die Immobiliarkredit-Kommission. Berlin: Carl Heymanns Verlag. 60 S.

1916

 Wertbegriff und Gesetze. Eine Studie zum Schätzungsamtsgesetz: Um Grund und Boden, S. 1—21.

- 42a. Freikonservative Aufgaben: Die Post Nr. 609 (Morgenausgabe) v. 29. November.
- 43. Freikonservative Gedanken: Das neue Deutschland Nr. 20 v. 15. Juli, S. 537—539.
- 44. Die Freikonservative Partei: Die Post Nr. 595 (Morgenausgabe) v. 21. November.
- 45. Freikonservatives Programm: Das neue Deutschland Nr. 23 v. 1. September, S. 625 f.
- 46. Der Krieg und die Einkommensteuer: DJZ Sp. 118-119.
- Kriegseindrücke in Polen: Wirtschaftszeitung der Zentralmächte Nr. 39 v. 28. September, S. 874.
- 48. Neuorientierung: Das neue Deutschland Nr. 18 v. 15. Juni, S. 481-483.
- 49. Nochmals das kommunale Bauverbot: Der [rote] Tag Nr. 40 v. 4. Oktober.
- 50. Die organischen Bestandteile des Staats: Deutsche Gemeinde-Zeitung, S. 629-630.
- 51. Das Preußische Wohnungsgesetz: Verwaltungsarchiv, S. 192-213.
- 52. Russische Bodenreform: Der [rote] Tag Nr. 32 v. 9. August.

- Die Selbstverwaltung nach Reichsrecht: Deutsche Gemeinde-Zeitung Nr. 4 v. 27. Januar, S. 51—53.
- 54. Unsere Steuerpolitik. Bodenpolitische Zeitfragen Heft Nr. 6. Im Auftrage des Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz e. V., hrsg. v. Prof. van der Borght. Berlin: Carl Heymanns Verlag. 45 S.

- 55. Danzig-Riga: Die Post Nr. 35 (Abendausgabe) v. 19. Januar.
- 56. Die Deutschnationale Volkspartei: OHZ Nr. 299 v. 21. Dezember, 2. Blatt.
- 57. Die einmalige Vermögensabgabe: Um Grund und Boden, S. 81-91.
- 58. Formen der Zollunion: Wirtschaftszeitung der Zentralmächte Nr. 2 v. 11. Januar, S. 21-22.
- 59. Freikonservative Aufgaben: Die Post Nr. 609 (Morgenausgabe) v. 29. November.
- 60. Landtags- und Kommunalwahlrecht: Preußische Jahrbücher 172, S. 22-33.
- Die Mecklenburgische Verfassungsfrage. Rechtsgutachten. Berlin: Carl Heymanns Verlag. 29 S.
- 62. Zur politischen Lage: OHZ Nr. 254 v. 29. Oktober.
- 63. Polnische Erinnerungen: Der [rote] Tag Nr. 265 v. 12. November.
- 64. Das preußische Wahlrecht zu den Stadtverordnetenversammlungen. Spandau 1918. Mitteilungen des Preuß. Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine H. 112. Spandau: Verlagsbuchhandlung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands. S. 5—10.

1919

- Die alte reformierte Kirchenverfassung und der Neubau der Kirche: RKZ Nr. 40/41 v. 12. Oktober, S. 295—297.
- 66. Die Bedeutung der alten reformierten Kirchenverfassung für den Neubau der Kirche: Barmer Sonntagsblatt Nr. 36 v. 7. September.
- 67. Bodenreformerische Enteignung: Rheinische Hausbesitzer-Zeitung (Rheinisch-Westfälische Bürger-Zeitung) Nr. 3 v. 10. Februar, S. 22.
- 68. Enteignung und Entschädigung: Der [rote] Tag Nr. 2 v. 30. Januar.
- 69. Entwurf einer Reichsverfassung. Berlin: Alfred Unger. 32 S.
- Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reiches: Werk des Herrn Preuß, S. 57—68. (s. a. Nr. 376).
- 71. Das Gebot der Zeit: Der [rote] Tag Nr. 8 v. 24. April.
- 72. Das neue Gemeindewahlrecht: Um Grund und Boden, S. 127-135.
- 73. Die Rechte des Summus Episcopus. Rechtsgutachten. Berlin: M. Warneck. 24 S.
- 74. Reichsverfassung und Bodenreform: Der [rote] Tag Nr. 9 v. 8. Mai.
- 75. Reichsverfassung und Grundbesitz: Um Grund und Boden, S. 153-162.
- 76. Das Staatsrecht: Werk des Herrn Preuß, S. 5-19. (s. a. Nr. 376).
- 77. Die Trennung von Kirche und Staat, Rechtsgutachten für das Consistorium der französischreformierten Kirche in Berlin. Berlin: Gsellius, 68 S.

- 78. Die Grundrente und ihre Steuer. Schriften des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands. Neuere Folge H. 19. Spandau: Verlagsbuchhandlung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands. 8 S. (s. a. Nr. 41).
- 79. Eine Kirchenordnung nach reformierten Grundsätzen: RKZ Nr. 24 v. 13. Juni, S. 177-178.
- 80. Das Kommunalabgabengesetz: Das Grundeigentum Nr. 33 v. 15. August, S. 569-570.
- Die kulturelle und staatsrechtliche Bedeutung der reformierten Kirchenverfassung: RKZ Nr. 40 v. 3. Oktober, S. 285—288.
- Der neue Kommentar zum Baufluchten-Gesetz: Das Grundeigentum Nr. 46 v. 14. November, S. 752—753.

- Der neue Verfassungsentwurf für die evangelische Kirche in Polen: Die evangelische Diaspora 2, S. 193—197.
- 84. Der Vorentwurf eines Gesetzes über das Reichsverwaltungsgericht: Preußisches Verwaltungsblatt Nr. 18 v. 31. Januar, S. 201—203.

- [Bemerkungen zu einem Aufsatz von D. J. Schneider: Zur Neuverfassung der altpreußischen Landeskirche]: RKZ Nr. 32 v. 7. August, S. 189—190.
- 86. Berufsständische Wahlen: Das Grundeigentum Nr. 7 v. 13. Februar, S. 114-115.
- 87. Der Entwurf der neuen Preußischen Kirchenverfassung: RKZ 34 v.21. August, S. 197-198.
- 88. Die Frage der Kirchenverfassung: RKZ Nr. 7 v. 13. Februar, S. 38-40.
- 89. Ein Kulturdokument aus Hessen: RKZ Nr. 4 v. 23. Januar, S. 22.
- Neues evangelisches Kirchenrecht für Preußen, Bd. 1: Die Grundlagen bis zum Jahre 1918.
 Berlin: Georg Stilke. 623 S.
- 91. /Pastor Lorenz, Protokoll des Marburger Conventes: RKZ Nr. 39 v. 25. September, S. 229 bis 231.

1922

- 92. Die Denkschrift des Oberkirchenrats zum Verfassungsentwurf: RKZ Nr. 26 v. 25. Juni, S. 147 bis 149.
- Gutachten: Der Domänenstreit in Hohenzollern. Halle a. d. Saale: Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses. S. 103—115.
- 94. Kirche und Staat in Preußen: Die Christliche Welt Nr. 13 v. 30. März, Sp. 223-225.
- 95. Kirchenverfassung von Lippe: RKZ Nr. 26 v. 25. Juni, S. 149-151.
- 95a. Neue Pläne für Mieterschutz. Neudeutsche Gesetzesarbeit: Deutschlands Erneuerung H. 2 v. Februar, S. 92—96.
- 96. Neue Pläne für Mieterschutz. Schriften des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands. Neuere Folge H. 29. Spandau: Verlagsbuchhandlung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands. 8 S.
- 97. Neues evangelisches Kirchenrecht für Preußen. Bd. 2: Die Rechtslage nach 1918. Berlin: Georg Stilke. 822 S.
- 98. Das Reichsgericht und der braunschweigische Kirchenverfassungsstreit: Archiv des öffentlichen Rechts 42, 1 (3. Bd. der neuen Folge), S. 348—359.
- 99. Zum Artikel: "Das Konzil der Reformierten Kirchen mit presbyterianischer Verfassung": RKZ Nr. 7 v. 12. Februar, S. 38.
- 100. Zur Antwort von Herrn Moderator D. Lang: RKZ Nr. 10 v. 5. März, S. 54.

1923

101. Wert und Preis der Arbeit: Der Arbeitgeber, S. 327-328.

- 102. Aus dem Aufwertungs-Ausschuß: Das Grundeigentum Nr. 42 v. 19. Oktober, S. 1089—1090.
- 103. Der Geist der Deutschen Reichsverfassung. Berlin: Georg Stilke. 465 u. 8 S. Sachregister.
- 104. Hohenzollern und reformiertes Bekenntnis: RKZ Nr. 48 v. 30. November, S. 286.
- 105. Hypotheken-Aufwertung: Deutschlands Erneuerung H. 9 v. September, S. 519-524.
- 105a. Dasselbe. München: J. F. Lehmann. 8 S.
- 106. Kirche und Wirtschaft: Der Arbeitgeber, S. 368-369.
- 107. Kommunale Parteipolitik: Der Deutschen-Spiegel Nr. 4 v. 26. September, S. 21-25.
- 108. Der Rechtsstaat: Der Arbeitgeber, S. 165-166.
- 109. Staat und Persönlichkeit: Der Arbeitgeber, S. 56-57.
- 110. Die Umgestaltung der kirchlichen Verwaltung: RKZ Nr. 35 v. 31. August, S. 209-211.
- 111. Warum Neuwahlen?: Der Deutschen-Spiegel Nr. 10 v. 7. November, S. 14-18.
- 112. Wirtschaft und Kultur: Der Arbeitgeber, S. 225-226.

- 113. Abd el Krim: Der Deutschen-Spiegel Nr. 41 v. 9. Oktober, S. 1949-1953.
- 114. Der Auswärtige Ausschuß: ebd. Nr. 49 v. 4. Dezember, S. 2323-2326.
- 115. Die Entscheidung: DMZ, Beilage zu Nr. 12 v. 29. November.
- 116. Formales Völkerrecht: Der Deutschen-Spiegel Nr. 35 v. 28. August, S. 1644-1647.
- 117. Der Geist von Locarno: ebd. Nr. 45 v. 6. November, S. 2136-2139.
- 118. Die Kulturmission des Mittelstandes: DMZ Nr. 12 v. 29. November.
- 119. Revision der Reichsverfassung: Preußische Jahrbücher 202, S. 14-22.
- 120. Die Stockholmer Kirchenkonferenzen: Der Arbeitgeber, S. 417.
- 121. Die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und dem Königshause. Berlin: G. Stilke. 95 S.
- 122. Der Völkerbund. Artikel 15, Absatz 7: Der Deutschen-Spiegel Nr. 32 v. 7. August, S. 1500 bis 1503.
- 123. Wert und Preis der Arbeit nach der neuen Reichsverfassung. Flugschriften der Wirtschaftsfriedlichen Studentengruppe an der Universität Frankfurt/Main. Frankfurt/M.: Verlag von H. L. Brönner's Druckerei. 6 S.
- 124. Wohnungswirtschaft und Wissenschaft: Deutsches Wohnungs-Archiv, Sp. 4—7.
- 125. Zwei Parteien: Der Deutschen-Spiegel Nr. 2 v. 9. Januar, S. 57-60.

- 126. Die auswärtige Politik der Reichspartei des deutschen Mittelstandes: Europäische Gespräche. Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, S. 191—197.
- 127. Dasselbe: Der Mittelstand (Köln) Nr. 26 v. 3. Juli.
- 128. Bredt antwortet Dr. Michaelis: Die Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917: Berliner Tageblatt Nr. 201 v. 22. August.
- 129. Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg. Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919 bis 1926. 4. Reihe. Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches 1918, Bd. 8. Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. 421 S.
- 130. Deutschtum und Völkerbund: Preußische Jahrbücher 204, S. 305-317.
- 131. Eigentumsbegriff und Kirche: Deutsches Wohnungs-Archiv, Sp. 546—549.
- 132. Farben und Flagge: Der Deutschen-Spiegel Nr. 23 v. 4. Juni, S. 1075-1079.
- 133. Die Fürstenabfindung: Juristische Rundschau, Sp. 485-489.
- 134. Herbstmanöver: Der Deutschen-Spiegel Nr. 40 v. 1. Oktober, S. 1897—1901.
- 135. Das kommunale Bauverbot: Deutsches Wohnungs-Archiv, Sp. 415-418.
- 136. Konservativ oder liberal?: Der Deutschen-Spiegel Nr. 29 v. 16. Juli, S. 1352—1355.
- 137. Locarno: Preußische Jahrbücher 203, S. 1-12.
- 138. Minderheitenschutz in Italien: Der Deutschen-Spiegel Nr. 8 v. 19. Februar, S. 372-374
- 139. Das preußische Städtebaugesetz: Deutsches Wohnungs-Archiv, Sp. 271—275.
- 140. Die Provinzialvertreter im Reichsrat: Verwaltungsarchiv, S. 298-307.
- 141. Rede in der 130. Reichstags-Sitzung am 3. Dezember 1925. Beilage zu: Vermögensauseinandersetzung mit den Hohenzollern. Der Vertrag vom 12. Oktober 1925. General-Verwaltung des Preußischen Königshauses, Berlin: Selbstverlag der Generalverwaltung des Preußischen Königshauses, S. IX—XII.
- 142. Regierungsbildung: Der Deutschen-Spiegel Nr. 6 v. 5. Februar, S. 249—252.
- 143. Reichskanzler Michaelis und die p\u00e4pstliche Friedensaktion: Preu\u00dfsiche Jahrb\u00fccher 206, S. 180—203.
- 144. Reichsrat und Föderalismus: Der Deutschen-Spiegel Nr. 12 v. 19. März, S. 545—549.
- 145. Das Reichsschulgesetz: Tägliche Rundschau Nr. 12/13 (Ausgabe A) v. 9. Januar.

- 146. Dasselbe: Der Mittelstand (Köln) Nr. 14 v. 10. April.
- 147. Unsere Reichswehr: Der Deutschen-Spiegel Nr. 47 v. 19. November, S. 2218—2220.
- 148. Der Russenvertrag: ebd. Nr. 18 v. 30. April, S. 831-835.
- Russische Rückversicherung: Europäische Gespräche. Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, S. 403—417.
- 150. Sparen!: Der Deutschen-Spiegel Nr. 1 v. 1. Januar, S. 18-21.
- 151. Dasselbe: Der Mittelstand (Köln) Nr. 2 v. 16. Januar.
- 152. Staat und Eigentumsbegriff: ebd. Nr. 21 v. 29. Mai.
- 153. Dasselbe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 22 v. 5. Juni.
- 154. Dasselbe: Der Arbeitgeber, S. 205-206.
- 155. Staat und Eigentum: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 24 v. 19. Juni.
- 156. Staat und Persönlichkeit: Der Arbeitgeber, S. 49-50.
- 157. Das "unverletzliche Eigentum": Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 51 v. 24. Dezember.
- 158. Verbindendes und Trennendes: Der Zusammenschluß, S. 53-56.
- 159. Die Verfassungsänderung: Niederrheinische Nachrichten (Duisburg) Nr. 113 v. 25. April.
- 160. Verfassungsänderungen: Tägliche Rundschau Nr. 108/109 (Ausgabe A) v. 6. März.
- 161. Die Waffenstillstandsforderungen der O.H.L., der "schwarze Tag" Ludendorffs: Weser-Zeitung (Bremen) Nr. 473 A v. 2. September.
- 162. Dasselbe: Königsberger Hartungsche Zeitung v. 3. September.
- 163. Der Wiederaufbau Deutschlands in nationaler und kultureller Beziehung: Beilage zur DMZ Nr. 33 v. Juli.
- 164. Dasselbe: Der Mittelstand (Köln) Nr. 33 v. 21. August.
- 165. Zwang und Freiheit: Deutsches Wohnungs-Archiv, Sp. 660-662,

- 166. Die auswärtige Politik: Der Mittelstand (Köln) Nr. 34 v. 27. August.
- Die belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges: Preußische Jahrbücher 209, S. 356—358.
- 168. Bismarck und der Weltkrieg: Nord und Süd, S. 326-332.
- 169. Calvinismus und Judentum: Der Morgen, S. 243-250.
- 170. Deutschland und die Weltwirtschaftskonferenz: Weltwirtschafts-Zeitung, S. 51-52.
- 171. Deutschlands außenpolitische Lage: Europäische Gespräche. Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik, S. 168—177.
- 172. Das Eigentum im Spiegel der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung: Haus und Grund (Krefeld) Nr. 36 v. 4. Juni.
- 173. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 23 v. 4. Juli.
- 174. Dasselbe: ebd. Nr. 31 v. 30. Juli.
- 175. Um das Eigentum: Das Grundeigentum Nr. 41 v. 9. Oktober, S. 1286-1287.
- 176. Dasselbe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 42 v. 22. Oktober.
- 177. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 44 v. 29. Oktober.
- 178. Dasselbe: Rheinische Hausbesitzer-Zeitung (Elberfeld) Nr. 11 v. 1. Dezember, S. 95-96.
- 179. Etatrecht und Finanzwirtschaft. Ein grundsätzlicher Weg zur Ausgabenersparnis. Mit einem Vorwort von Staatsminister von Loebell. Schriftenreihe des Reichsbürgerrats. H. 13. Berlin: Der Deutschen-Spiegel-Verlagsgesellschaft. 47 S.
- 180. Finanzen der Post: Deutsche Bergwerks-Zeitung (Essen) Nr. 158 v. 9. Juli.
- 181. Die Frage des Baufluchtengesetzes: Deutsches Wohnungs-Archiv, Sp. 198-201.
- 182. Der geplante Flottenvorstoß Ende 1918: Preußische Jahrbücher 208, S. 189—206.

183.

- 183. Die grundsätzliche Frage des Zündholzgesetzes: Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 87 v. April.
- 184. Kommende Reichstagskämpfe: Der Mittelstand (Köln) Nr. 29 v. 23. Juli.
- 185. Konfiskation und Reichsverfassung. Die wichtigste innerpolitische Frage: Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 18 v. 22. Januar.
- 186. Dasselbe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 14 v. 9. April.
- 187. Kritische Betrachtungen zum Reichshaushalt: Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 46 v. 24. Februar.
- 188. Die Marineunruhen 1917: Preußische Jahrbücher 208, S. 1-17.
- 189. Michaelis und Kühlmann: ebd. 207, S. 1-18.
- 190. Mittelstand und deutsche Kultur: Mittelstandsjahrbuch, S. 7-9.
- 191. Nationalismus und Toleranz: Europäische Revue, S. 1-9.
- 192. Neues evangelisches Kirchenrecht für Preußen, Bd. 3: Die neuen Kirchenverfassungen. Berlin: G. Stilke. 511 S.
- 193. Die päpstliche Friedensaktion 1917: Nord und Süd, S. 55-65.
- 194. Die Postgebühren: Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 145 v. 24. Juni.
- 195. Die Presbyterianische Allianz: Frankfurter Zeitung Nr. 738 (Abendblatt) v. 4. Oktober.
- 196. [Anonym]: Rationalisierung bei der Post: Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 280 v. 30. November.
- 197. Der Reichshaushalt für 1927: Der Deutschen-Spiegel Nr. 5 v. 4. Februar, S. 204-208.
- 198. Dasselbe: Der Mittelstand (Köln) Nr. 7 v. 19. Februar.
- 199. Die Reichshaushaltsrechnung 1925: Der Deutschen-Spiegel Nr. 10 v. 11. März, S. 461-463.
- 200. Die Rheinlandräumung: Der Mittelstand (Köln) Nr. 26 v. 2. Juli.
- 201. Dasselbe: DMZ Nr. 7 v. 3. Juli.
- 202. Dasselbe: DMZ (Saar) Nr. 7 v. Juli.
- 203. Rom und Washington: Der Deutschen-Spiegel Nr. 21 v. 27. Mai, S. 978-981.
- 204. Dasselbe: DMZ Nr. 6 v. 4. Juni.
- 205. Dasselbe: Der Mittelstand (Köln) Nr. 24 v. 18. Juni.
- 206. Schlußwort: Preußische Jahrbücher 209, S. 110-112 (s. a. Nr. 182).
- 207. /[Gustavadolf] Eder: Die Sorgen des deutschen Mittelstandes: Deutschland. Jahrbuch für das deutsche Volk. S. 184-188.
- 208. Die Stellung der Wirtschaftlichen Vereinigung zum Reichsschulgesetz: Preußische Lehrer-Zeitung Nr. 98 v. 16. August.
- 209. Die Tagung der Presbyterianischen Allianz in Budapest: RKZ Nr. 39 v. 25. September, S. 307-308.
- 210. Thoiry: Der Deutschen-Spiegel Nr. 14 v. 8. April, S. 633-636.
- 211. Völkerrecht im Weltkrieg: Preußische Jahrbücher 209, S. 231-235.
- 211a. Der Weg der Verfassungsänderung: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 82 S. 437 bis 456.

- 212. Bündnisverträge im Weltkrieg: Die Kriegsschuldfrage. Berliner Monatshefte für Internationale Aufklärung. S. 473-487.
- 213. Deutsche Kultur und deutscher Mittelstand: DMZ (A) Nr. 21 v. 20. Mai.
- 214. Dasselbe: Haus und Grund (Krefeld) Nr. 35 v. 26. Mai.
- 215. Das Eigentum in der Auffassung des Freiherrn vom Stein: Deutsches Wohnungs-Archiv, Sp. 70-75.
- 216. Eigentum und Kirche: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 23 v. 9. Juni.
- 217. Dasselbe: Femlinde Nr. 12 v. 15. Juni, S. 111—112.
- 218. Dasselbe: DMZ (A), Beilage 2 zu Nr. 25 v. 17. Juni.
- 219. Dasselbe: Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 150 v. 28. Juni.

- 220. Dasselbe: Grund- und Hausbesitzer-Zeitung für Sachsen (Dresden) Nr. 15 v. 1. August, S. 2.
- 221. Der Einheitsstaat: Preußische Jahrbücher 214, S. 133-146.
- 222. Feldherr und Staatsmann: Nord und Süd, S. 410-417.
- 223. Gedanken zum Aufbau: Deutschlands Erneuerung, S. 592-595.
- 224. Ein Gedankengang zur Frage: Bodenreform und Hausbesitz: Festschrift des Kölner Hausund Grundbesitzer-Vereins e. V. 40 Jahre Kölner Haus- und Grundbesitzer-Verein e. V. Köln (1888—), S. 12.
- 225. Grundbegriffe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 15 v. 14. April.
- 226. Dasselbe: Der Hausbesitzer (Bielefeld) Nr. 19 v. 12. Mai.
- 227. Dasselbe: Neue Pfälzische Grund- und Hausbesitzer-Zeitung (Ludwigshafen) v. September.
- 228. Haag-Genf-Washington: Nord und Süd, S. 937-944.
- 229. Haus- und Grundbesitz und Gemeindepolitik: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 19 v. 12. Mai.
- Italien und der Dreibund 1914: Die Kriegsschuldfrage. Berliner Monatshefte für Internationale Aufklärung, S. 281—296.
- 231. Die Italienische Rückversicherung: ebd. S. 1166-1176.
- 232. Der Kellogg-Pakt: Preußische Jahrbücher 213, S. 187-198.
- 233. Dasselbe: Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 170 v. 21. Juli.
- 234. Dasselbe: DMZ (A) Nr. 31 v. 29. Juli.
- 235. Dasselbe: DMZ (B) Nr. 8 v. 1. August.
- 236. Lichnowsky und Grey: Preußische Jahrbücher 212, S. 1-17.
- 237. Mittelstandsnot: DMZ (A) Nr. 48 v. 25. November.
- 238. Das neue Völkerrecht: Nord und Süd, S. 31-37.
- 239. Privateigentum und Verfassung. Kein genügender Schutz mehr!: Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 110 v. 10. Mai.
- 240. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 20 v. 19. Mai.
- 241. Dasselbe: Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 25 v. 21. Juni, S. 384—387.
- 242. Dasselbe: Neue Pfälzische Grund- und Hausbesitzer-Zeitung (Ludwigshafen) (I) v. Juni, (II) v. Juli.
- 243. Realsteuern und Steuergerechtigkeit: Deutsches Wohnungs-Archiv, Sp. 11—14.
- 244. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 5 v. 4. Februar.
- 245. Der Reichstag: DMZ (A) Nr. 23 v. 3. Juni.
- 246. Dasselbe: DMZ (B) Nr. 7 v. 3. Juni.
- 247. Die russische Mobilmachung 1914: Preußische Jahrbücher 211, S. 129-142.
- 248. Schutz der Privatwirtschaft: Westfälische Zeitung (Bielefeld) Nr. 122 v. 26. Mai.
- 249. Das Verhältnis von Staat und Kirche: Reich und Länder, S. 189-203.

- 250. Außen- und Kulturpolitik: DMZ Nr. 7 v. 10. Februar.
- 251. Dasselbe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 7 v. 16. Februar.
- 252. Die Bedeutung des Privateigentums für die internationale Wirtschaft sowie für die Staaten und Gemeinden: Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 40 v. 3. Oktober, S. 639—640.
- 253. Dasselbe: DMZ Nr. 43, 3. Oktober-Ausgabe.
- 254. Die belgische Neutralität und der Schlieffensche Feldzugsplan. Berlin: G. Stilke. 216 S.
- 255. Bredt und Damaschke über die Bodenreform. Ein Zwiegespräch auf der "Deutschen Welle": Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 18 v. 2. Mai, S. 274—277. (s. a. Nr. 286).
- 256. Dasselbe: Rheinische Hausbesitzer-Zeitung (Elberfeld) Nr. 9 v. 5. Oktober.
- 257. Festansprache auf der öffentlichen Tagung des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine: Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 32 v. 13. August, S. 501—502.

- 258. Dasselbe: Münchener Bürger- und Hausbesitzer-Zeitung Nr. 33 v. 17. August, S. 2.
- Dasselbe: Schriften des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine e. V.,
 H., S. 13—18.
- 260. 50 Jahre Geschichte und Bedeutung des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine: Grund- und Hausbesitzer-Zeitung für Sachsen (Dresden) Nr. 18 v. 15. September.
- 261. Italien als Bundesgenosse: Preußische Jahrbücher 216, S. 1-16.
- 262. L'Italia come Alleata: La Rassegna Italiana politica, S. 292-303.
- 263. Der Kampf um das Grundeigentum: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 25 v. 22. Juni.
- 264. Katholische Kirche und Bodenreform. Eine Auseinandersetzung über die Frage des Privateigentumsbegriffs [mit Oswald v. Nell-Breuning]: Das Grundeigentum Nr. 33 v. 18. August, S. 934—935.
- 265. Das kirchliche Wahlrecht: Neue Kirchliche Zeitschrift, S. 106-125.
- 266. Das Konkordat: RKZ Nr. 29 v. 31. Juli, S. 227-228.
- 267. Der neue Kirchenstaat: Nord und Süd, S. 199-207.
- 268. Parker Gilbert und Wir: Preußische Jahrbücher 215, S. 129-135.
- 269. Die Parteien im Weltkriege: Was wir vom Weltkrieg nicht wissen. (1. Aufl.), S. 576-593.
- 270. Das politische Parlament und die berufsständischen Vertretungen: Volk und Reich der Deutschen, Bd. 2, S. 282—300.
- 271. Das Preußische Konkordat: Preußische Jahrbücher 217, S. 137-150.
- 272. Dasselbe: DMZ Nr. 12 v. 21. Juli.
- 273. Dasselbe: Pommersche Mittelstands-Zeitung Nr. 30 v. 21. Juli.
- 274. Dasselbe: DMZ (Saar) Nr. 6 v. Juli.
- 275. Die Rechtsstellung des Hausbesitzes in der Gemeinde: Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz Nr. 12/13 v. 27. Juni, S. 120.
- 276. Dasselbe: Aachener Haus- und Grundbesitzer-Zeitung v. 28. Juni.
- 277. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 26 v. 29. Juni.
- 278. Dasselbe: Rheinische Hausbesitzer-Zeitung (Elberfeld) Nr. 7 v. 31. Juli, S. 1—2.
- 279. Revision der Reichsverfassung: Preußische Jahrbücher 218, S. 273-289.
- 280. Das Schicksal der deutschen Staatlichkeit: Deutsche Einheit Deutsche Freiheit, S. 145 bis 147.
- 281. Selbstverantwortung: Rheinische Hausbesitzer-Zeitung (Elberfeld) Nr. 1 v. 31. Januar, S. 3.
- 282. Was uns nottut!: DMZ Nr. 5 v. 27. Januar.
- 283. Die Wirtschaft und Finanzreform: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 43 v. 26. Oktober.
- 284. Dasselbe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 45 v. 9. November.
- 285. Wirtschaftspartei, Außenpolitik und Volksbegehren: DMZ Nr. 50, 2. Dezember-Ausgabe.
- 286. Wohnung und Heimstätte [Zwiegespräch]: Münchener Bürger- und Hausbesitzer-Zeitung, Nr. 21 v. 25. Mai, S. 1—3 (s. a. Nr. 255).
- 287. Zehn Jahre Weimarer Verfassung: Nord und Süd, S. 665-678.

- 288. Ankurbelung der Wirtschaft. Der neue wirtschaftspolitische Kurs im Reiche: DMZ Nr. 31, 1. August-Ausgabe.
- 289. Dasselbe: Mittelstands-Kalender für das Jahr 1931. Hanau.
- 290. Ansprache auf der öffentlichen Tagung des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine in Danzig: Deutsche Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 33 v. 14. August, S. 537—538.

- Dasselbe: Schriften des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine. H. 4, S. 10—12.
- 292. Aufstieg oder Abstieg des Mittelstandes: Ernte (Hannover-Kirchrode) S. 9.
- 293. Dasselbe: Deutsches Volksrecht Nr. 2 v. 4. Januar.
- 294. Dasselbe: Aachener Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 2 v. 10. Januar.
- 295. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 2 v. 11. Januar.
- 296. Dasselbe: Rheinische Hausbesitzer-Zeitung (Elberfeld) Nr. 2 v. 25. Januar.
- 297. Berufsgedanke und Parteireform: Kölnische Zeitung Nr. 81a (Abendausgabe) v. 10. Februar.
- 298. Dasselbe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 10 v. 8. März.
- Entscheidende Zeiten für den Mittelstand: Edeka Deutsche Handels-Rundschau Nr. 5 v. 31.
 Januar, S. 85.
- 300. Dasselbe: DMZ Nr. 7, 3. Februar-Ausgabe.
- 301. Ist Severing im Recht?: Berliner Lokal-Anzeiger Nr. 137 v. 21. März.
- 302. Keine Zwangswirtschaft für den Realkredit! Zum Entwurf eines Aufwertungsschlußgesetzes. Unterredung: Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 159 v. 10. Juli.
- 303. Dasselbe: Aachener Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 29 v. 18. Juli.
- 304. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 29 v. 19. Juli.
- 305. Dasselbe: Haus und Grund (Krefeld) Nr. 43 v. 26. Juli.
- 306. Mietpreisbildung und Hauszinssteuer: Deutsches Wohnungs-Archiv, Sp. 26-28.
- 307. Nationalsozialismus und Privateigentum. Weitere Beweise für die eigentumsfeindliche Einstellung der Nationalsozialistischen Partei: Das Grundeigentum Nr. 11 v. 16. März, S. 257 bis 259.
- 308. Dasselbe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 20 v. 17. März.
- 309. Dasselbe: C. V.-Zeitung Nr. 14 v. 4. April.
- 310. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 14 v. 5. April.
- 311. Dasselbe: Aachener Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 15 v. 11. April.
- 312. Dasselbe: Der Hausbesitzer (Bielefeld) Nr. 47 v. 23. November, S. 523-525.
- 313. Der neue wirtschaftspolitische Kurs im Reiche. Festnummer der Edeka Deutsche Handels-Rundschau, S. 67.
- 314. Die politische und kirchenrechtliche Lage der deutschen evangelischen Kirchen: RKZ Nr. 45 v. 9. November, S. 357—360.
- Das Schicksal der Wohnungszwangswirtschaft: Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 18 v. 1. Mai, S. 292.
- 316. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 19 v. 10. Mai.
- 317. Unterredung mit Reichsjustizminister Professor Dr. Bredt: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 37 v. 12. September.
- 318. Über die zukünftige Wohnungspolitik [und die Realsteuerpolitik]: Das Grundeigentum Nr. 37 v. 14. September, S. 1001—1002.
- 319. Dasselbe: Der Hausbesitzer (Bielefeld) Nr. 37 v. 13. September.
- 320. Dasselbe: Grund- und Hausbesitzer-Zeitung für Sachsen Nr. 18 v. 15. September.
- 321. Dasselbe: Rheinische Hausbesitzer-Zeitung (Elberfeld) Nr. 19 v. 20. September.
- 322. Dasselbe: Haus und Grund (Krefeld) Nr. 51 v. 20. September.
- 323. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 39 v. 27. September.
- 324. Volksbegehren: Preußische Jahrbücher 220, S. 1-14.
- 325. Die Wohnungszwangswirtschaft. Wirtschaftsprobleme der Gegenwart. Hrsg. v. A. Weber, H. 6. Berlin: Junker u. Dünnhaupt. 50 S.
- Zum 10. Internationalen Strafrechts- und Gefängniskongreß: Juristische Wochenschrift, S. 2489—2490.
- 327. Zur Reichstagswahl: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 37 v. 12. September.

- 328. Die Frage der Reichsreform: Preußische Jahrbücher 225, S. 225-237.
- Freiherrn vom Stein zum Gedächtnis: Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 26 v. 25. Juni, S. 405—406.
- 330. Für und gegen Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft. Thesen—Diskussion Bredt— Hirtsiefer: Das Grundeigentum Nr. 13 v. 29. März, S. 337—340.
- 331. Dasselbe: Deutsche Hausbesitzer-Zeitung Nr. 14 v. 2. April, S. 212-215.
- 332. Dasselbe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 15 v. 11. April.
- 333. Dasselbe: Kölner Haus- und Grundbesitzer-Zeitung Nr. 17 v. 25. April.
- 334. Hessisch reformiert: RKZ Nr. 31 v. 2. August, S. 242—243.
- 335. Privateigentum: Das Grundeigentum Nr. 40 v. 4. Oktober (Sonderheft), S. 20-23.
- 336. Die Reichs- und Verwaltungsreform: DMZ Nr. 18, 1. Mai-Ausgabe.
- Reichsverfassung und Preußisches Baufluchtengesetz: Beiträge zum Wirtschaftsrecht. 2. Bd. S. 1299—1311.
- 338. Der Volksentscheid: DMZ Nr. 35, 1. September-Ausgabe.
- 339. Wahlrecht und Regierung: Preußische Jahrbücher 223, S. 233-244.

1932

- 340. Bürgertum und Länderwahlen: Kölnische Zeitung Nr. 212 (Abendausgabe) v. 18. April.
- 341. Dasselbe: Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 17 v. 22. April.
- 342. Dasselbe: Magdeburgische Zeitung v. 23. April.
- 343. Der Einmarsch in Belgien: Vergangenheit und Gegenwart, S. 549-563.
- 344. Freiheit und Leben für den Mittelstand!: Die neue Front Nr. 19, 3. Oktober-Ausgabe.
- 345. Gefahr für den Mittelstand: Die neue Front Nr. 24, 2. Dezember-Ausgabe.
- 346. Die Haus- und Grundbesitzerorganisationen im Wandel der Zeiten. Ihr Wirken für Privateigentum und Privatwirtschaft in Gegenwart und Zukunft: Wuppertaler Hausbesitzer-Zeitung Nr. 11 v. 4. Juni.
- 347. Italien und der Dreibund: Vergangenheit und Gegenwart, S. 253-270.
- 348. Dasselbe: Berliner Monatshefte, S. 700-701.
- 349. Lausanne: Preußische Jahrbücher 228, S. 189-195.
- Das "Mißverständnis" des Fürsten Lichnowsky vom 1. August 1914: Preußische Jahrbücher 230, S. 120—131.
- 351. Parteifreunde! Mittelständler!: DMZ Nr. 2, 2. Januar-Ausgabe.
- 352. Die Reparationsfrage: Preußische Jahrbücher 227, S. 97-105.

1933

- Die Bekenntnisgebundenheit der reformierten Kirchenverfassung: RKZ Nr. 47 v. 19. November, S. 351—353.
- 354. Die neue Kirchenverfassung: RKZ Nr. 31 v. 30. Juli, S. 230-231.
- Die Stellvertretung des Reichspräsidenten: Deutsche Juristen-Zeitung Nr. 2 v. 15. Januar, Sp. 169—170.

- 356. Geschichte der Familie Bredt. Münster i. W.: J. Bredt. 289 S. (s. a. Nr. 5 u. 363).
- 357. Die neuen Kirchengesetze: Kölnische Zeitung Nr. 126 (Morgenblatt) v. 10. März.
- 358. Zum Aufbau einer reformierten Kirchenverfassung (I): RKZ Nr. 17 v. 29. April, S. 137-139.
- 359. Dasselbe (II): ebd. Nr. 18 v. 6. Mai, S. 145-147.

- 360. 500 Jahre Familie Bredt. Erinnerungsblätter an den Familientag am 7. Juli 1935. Münster i. W.: J. Bredt. 72 S.
- Fürst Bismarck und das 2. Garde-Regiment z. F.: Das II. Garde-Regiment zu Fuß v. 25.
 August, S. 92—99.

1936

- 362. Aus dem alten Barmen [Wuppertal].
- 363. Geschichte der Familie Bredt. Münster i. W.: J. Bredt. 2. Aufl. 330 S. (s. a. Nr. 5 u. 356).

1937

- 364. Geschichte der Familie Siebel. Ein Beitrag zur Kultur- und Kirchengeschichte des Niederrheins, Marburg/Lahn: Hamel. 287 S.
- 365. Geschichtlicher Ausblick aus den Fenstern der "Concordia" o. O. u. J.
- 366. Haus Bredt-Rübel. Geschichte des Hauses und seiner Bewohner. Veröffentlichungen d. Stadtbücherei Wuppertal 4. Wuppertal-Elberfeld: Baedekersche Buchdruckerei, A. Martini & Grüttefien, 103 S.
- 367. Öffentliches und privates Recht in den bäuerlichen Besitzverhältnissen am Niederrhein: Beiträge zur Neugestaltung des Deutschen Rechts. Festgabe (für) E. Jung, S. 72—89.
- 368. Studien zur Rechtsgeschichte von Barmen: ZdBGV 65, S. 1-288.

1938

369. Die Verfassung der reformierten Kirche in Cleve—Jülich—Berg—Mark. Beiträge zur Geschichte und Lehre der Reformierten Kirche, Bd. 2. Moers: Buchhandlung des Erziehungsvereins Neukirchen Kreis Moers. 339 S.

1939

- 370. Geschichte der Familie Molineus. Marburg: Hamel (Druckerei). 137 S.
- Ludwig Büff (1811—1869). Ober-Appellationsgerichtsrat und Kirchenrechtler: Lebensbilder aus Kurhessen und Waldeck 1830—1930. Bd. 1, S. 58—61.

1040

372. Victor R. Bredt. Ein Lebensbild. Marburg: R. Friedrich's Universitäts-Buchdruckerei. Inhaber Karl Gleiser. 44 S.

1941

- 373. Unsere Bergischen Altvorderen in völkischer Beleuchtung: ZdBGV 69, S. 222—239.
- 374. Geschichte der Familie Greeff aus der Huckenbach. Marburg: R. Friedrich's Universitäts-Buchdruckerei. Inhaber Karl Gleiser. 168 S.

B. Bredt als Herausgeber und Mitherausgeber

- 375. Verwaltungsvorschriften f. Preuß. Gemeinde-, Polizei- u. Kreisbehörden. Hrsg. bearb. v. J. V. Bredt u. W. Maraun. Berlin: Reuschel 1909 (Jg. 1908).
- 376. Das Werk des Herrn Preuß oder Wie soll eine Reichsverfassung nicht aussehen? Mit Beiträgen von Joh. Victor Bredt, Florens Christian Rang, Wilhelm v. Flügge u. Otto Hoetzsch nebst Gegenentwurf einer Reichsverfassung hrsg. v. Joh. Victor Bredt. Berlin 1919.
- 377. Deutsches Wohnungs-Archiv. Zentralblatt für das gesamte Wohnungswesen. Hrsg. v. J. V. Bredt, M. Diefke, W. Frank, H. Günther, W. Hein, E. Heymann, H. Jansen, F. Jörissen, H. Lindenau, Lohmeyer, A. Raab, W. Rhode, A. Skalweit, W. Walther, A. Weber, H. Wolff. Berlin: O. Liebmann 1926—1930.
- Familie Bredt. Nachrichten in zwangloser Folge. Münster: Johannes Bredt. Nr. 1 (1937) Nr. 4 (1940).

C. Sachregister der Reden und Anträge im preußischen Abgeordnetenhaus 1912—1918

Stenographische Berichte

21. Legislaturperiode, V. Session 1912/13

Bemerkung, persönliche: Bd. 8, 127, Sitz, Sp. 10931.

Einkommensteuergesetz, Abänderung: Bd. 1, 6. Sitz. Sp. 344-354.

Elberfeld, Erweiterung des Stadtkreises: Bd. 4, 63. Sitz. Sp. 5187.

Ergänzungssteuergesetz s. u. Einkommensteuergesetz.

Frankfurt, Universität: Bd. 3, 46. Sitz. Sp. 3738—3744. Bd. 10, 156. Sitz. Sp. 13339—13345.

Kirchenbaulasten: Bd. 10, 155. Sitz. Sp. 13205—13206.

Kleineisenbahnetat: Bd. 5, 72. Sitz. Sp. 6023—6024. Bd. 11, 179. Sitz. Sp. 15548.

Lehramt an höheren Schulen: Bd. 6, 84. Sitz. Sp. 7146-7148.

Trier, Erweiterung des Stadtkreises: Bd. 5, 67. Sitz. Sp. 5568—5572; Sp. 5575. Bd. 5, 81. Sitz. Sp. 6735—6743.

Unfallversicherung, landwirtschaftliche: Bd. 5, 79. Sitz. Sp. 6571—6572.

Weser, Ausbau von Wasserkräften im oberen Quellgebiet: Bd. 7, 113. Sitz. Sp. 9560—9561. Bd. 9, 150. Sitz. Sp. 12777—12778.

Westpreußen, Stärkung des Deutschtums: Bd. 9, 151. Sitz. Sp. 12847—12853.

22. Legislaturperiode, II. Session 1914/15

Dortmund, Erweiterung des Stadtkreises: Bd. 3, 42. Sitz. Sp. 3434-3436.

Frankfurt, Universität: Bd. 5, 69. Sitz. Sp. 5864—5869, 5880—5881.

Haus der Abgeordneten, Etat: Bd. 4, 63. Sitz. Sp. 5333-5337.

Justizetat: Bd. 2, 20. Sitz. Sp. 1569, 1610-1616.

Kommunalabgabengesetz: Bd. 3, 42. Sitz. Sp. 3217—3226.

Kreis- und Provinzialabgabengesetz

s. u. Kommunalabgabengesetz.

Zuwachssteuer: Bd. 6, 90. Sitz. Sp. 7846-7851.

22. Legislaturperiode, III. Session 1916/17 [1918]

Ansiedlung, Förderung: Bd. 1, 3. Sitz. Sp. 143-145, 148.

Beamtenrecht, Neuregelung: Bd. 6, 92. Sitz. Sp. 5955.

Berlin, Lastenausgleich für die Vororte: Bd. 5, 84. Sitz. Sp. 5491—5494. Anl. Bd. 6, Nr. 516 S. 3530.

Forsthaushalt: Bd. 5, 77. Sitz. Sp. 4957—4959.

Gemeindeeinkommensteuergesetz, Ergänzung: Bd. 3, 40. Sitz. Sp. 2390. Bd. 3, 41. Sitz. Sp. 2444 bis 2445.

Kommunalabgabengesetz: Bd. 5, 83. Sitz. Sp. 5375—5378, 5385.

Militäreinkommen, Besteuerung

s. u. Kommunalabgabengesetz.

Reich, Zuständigkeit auf steuerlichem Gebiet: Anl. Bd. 6, Nr. 524 S. 3575 f.

Schätzungsamts-Gesetz, Entwurf: Bd. 3, 49. Sitz. Sp. 2989-2990.

Staatshaushalt für 1917: Bd. 3, 59. Sitz. Sp. 3582-3589.

Steuern, direkte: Bd. 4, 64. Sitz. Sp. 4009-4015.

Verfassungsänderung: Bd. 8, 140. Sitz. Sp. 9450. Bd. 9, 143. Sitz. Sp. 9751—9756; ebd., 144. Sitz. Sp. 9781—9782.

Anl. Bd. 10, Nr. 886 S. 5936. Anl. Bd. 11, Nr. 979 S. 6040.

Wahlrechtsvorlage

s. u. Verfassungsänderung.

Wohnungsgesetz, Entwurf: Bd. 5, 91. Sitz. Sp. 5832—5837, 5843—5844, 5848—5849.

D. Sachregister der Reden und Anträge im preußischen Landtag 1921—1924

Sitzungsberichte

1. Wahlperiode

Beamtentum: Bd. 13, 250. Sitz. Sp. 17846. Bd. 13, 252. Sitz. Sp. 17986 f.

Aufwandsentschädigung der politischen Beamten: Drucks. Bd. 6 Nr. 3128 S. 3624.

Bemerkung, persönliche: Bd. 8, 154. Sitz. Sp. 11193.

Demokratischer Gedanke: Bd. 8, 153. Sitz. Sp. 11149.

DNVP: Bd. 12, 234. Sitz. Sp. 16723—16725. Bd. 14, 273. Sitz. Sp. 19489.

Drewitz, Einstellung schwebender Gerichtsverfahren: Drucks. Bd. 5 Nr. 3079 S. 3547. Drucks. Bd. 8 Nr. 3778 S. 4432.

Eisernes Kreuz, Verteilung: Bd. 8, 153. Sitz. Sp. 11148.

Erzberger

s. u. Republik.

Finanzwesen, Sparsamkeit: Bd. 13, 252. Sitz. Sp. 17985 ff.

Frankfurt, Universität: Bd. 15, 290. Sitz. Sp. 20624—20627, 20634—20635.

Geschäftsordnung: Bd. 1, 12. Sitz. Sp. 625. Bd. 5, 96. Sitz. Sp. 6771—6772. Bd. 14, 277. Sitz. Sp. 19765—19766, 19805. Bd. 15, 310. Sitz. Sp. 21858.

Änderung:

Bd. 12, 244. Sitz. Sp. 17348-17350.

Grundvermögen, Steuer (Wertzuwachssteuer): Bd. 5, 96. Sitz. Sp. 6766. Bd. 13, 252. Sitz. Sp. 17987—17990.

Hauszinssteuer: Bd. 15, 310. Sitz. Sp. 21858.

Verkehr mit Grundstücken: Bd. 10, 205. Sitz. Sp. 14569—14573.

Hannover, Großkraftwerk: Bd. 7, 139. Sitz. Sp. 9912.

Haushalt für 1921: Bd. 2, 26. Sitz. Sp. 1605-1611.

Hauszinssteuer

s. u. Grundvermögen.

Hohenzollern, Vermögensauseinandersetzung: Bd. 8, 157. Sitz. Sp. 11412—11413.

Juden, Rechtsverhältnisse: Bd. 10, 199. Sitz. Sp. 14236 f.

Einwanderung der Ostjuden: Bd. 10, 188. Sitz. Sp. 13594-13598.

Juristen, Ausbildung: Bd. 11, 208. Sitz. Sp. 14833-14839.

Koalition: Bd. 8, 153. Sitz. Sp. 11144-11146. Bd. 12, 234. Sitz. Sp. 16725 f.

Kommunalabgabengesetz, Änderung: Bd. 1, 23. Sitz. Sp. 1349—1354. Bd. 2, 36. Sitz. Sp. 2343 bis 2348.

Not, wirtschaftliche: Bd. 9, 168. Sitz. Sp. 12230—12234. Bd. 9, 170. Sitz. Sp. 12390—12395, 12207

Notverordnungen: Bd. 14, 275. Sitz. Sp. 19647 f.

Parlamentarismus: Bd. 14, 273. Sitz. Sp. 19483—19486.

Parteiverbote: Bd. 12, 234. Sitz. Sp. 16727-16729.

Provinziallandtag: Bd. 1, 23. Sitz. Sp. 1350 f.

Preußen, Aufteilung: Bd. 8, 153. Sitz. Sp. 11146. Bd. 13, 250. Sitz. Sp. 17842.

Bedeutung im Reich: Bd. 8, 153. Sitz. Sp. 11150—11151.

Notgeld: Drucks. Bd. 13 Nr. 7366 S. 7816.

Rathenau

s. u. Republik.

Regierung

s. u. Koalition.

E

Reichsrat: Bd. 1, 11. Sitz. Sp. 515-516, 522-523. Bd. 15, 294. Sitz. Sp. 20910-20911.

und Staatsrat: Bd. 8, 153. Sitz. Sp. 11146-11148; und Staatsregierung: Bd. 13, 250. Sitz. Sp. 17843 f.

Religionsgesellschaften:

Ablösung der Staatsleistungen: Bd. 3, 47. Sitz. Sp. 3204-3210.

Gewährung der Rechte von Körperschaften d. öff. Rechts: Drucks. Bd. 3, Nr. 1520 S. 1633. Neuordnung der Verfassung der ev. Landeskirchen (Kirchenregiment): Bd. 1, 4. Sitz. Sp. 117 bis 119, 121—123.

Bd. 1, 9. Sitz. Sp. 427—428, 428—429. Bd. 7, 133. Sitz. Sp. 9469—9473. Bd. 8, 157. Sitz. Sp. 11411—11412. Bd. 15, 305. Sitz. Sp. 21580—21584.

Trennung von Staat und Kirche: Bd. 5, 99. Sitz. Sp. 6945-6948. Bd. 5, 103. Sitz. Sp. 7303 bis 7307.

s. u. Juden.

Republik, Maßnahmen zum Schutz: Bd. 8, 156. Sitz. Sp. 11342-11345.

Ruhrgebiet, Besetzung: Bd. 10, 204. Sitz. Sp. 14545-14548. Bd. 13, 250. Sitz. Sp. 17841 f.

Sozialisierung: Bd. 2, 26. Sitz. Sp. 1608 f.

Staatsrat: Bd. 12, 234. Sitz. Sp. 16729. Bd. 13, 250. Sitz. Sp. 17844 f. Bd. 13, 265. Sitz. Sp. 19016 bis 19018.

s. a. Reichsrat.

Stresemann: Bd. 14, 273. Sitz. Sp. 19487, 19489.

Universitäten, Volkshochschulen: Bd. 4, 82. Sitz. Sp. 5819-5827.

s. a. Frankfurt.

Verein dt. Spiegel-Glasfabriken zu Köln: Drucks. Bd. 3 Nr. 1365 S. 1542.

Vermögensauseinandersetzung

s. u. Hohenzollern.

Währungsproblem: Bd. 14, 273. Sitz. Sp. 19487 f. Waldeck, Verfassung: Bd. 13, 250. Sitz. Sp. 17842.

Wertzuwachssteuer

s. u. Grundvermögen.

Wirtschaftspartei: Bd. 14, 268. Sitz. Sp. 19221—19222.

Wohnungsämter: Bd. 13, 250. Sitz. Sp. 17842 f.

E. Sachregister der Reden und Anträge im Reichstag 1924-1932

Verhandlungen des Reichstags

2. Wahlperiode 1924

Dritte Steuernotverordnung. Anträge, betr. Aufhebung bzw. betr. Änderung der Aufwertungsbestimmungen und der Mietsteuer. Wahrung der Belange des städtischen Hausbesitzes, Neuregelung der Miete: Bd. 381, 14. Sitz. S. 480 D.

Finanzpolitik. Finanzwirtschaft Deutschlands: Bd. 381, 23. Sitz. S. 867 D.

Friedensvertrag, Ausführung. Sachverständigengutachten (Dawesplan): Bd. 381, 19. Sitz. S. 734 A. Londoner Abkommen vom August 1924. Erklärung der Reichsregierung. Ausführungsgesetze. I. B.: Bd. 381, 23. Sitz. S. 866 C, 877 B (Geschäftsordnung).

Handelspolitik. Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich usw.: Bd. 381, 23. Sitz. S. 867 A.

Randstaaten (Estland und Litauen). Handels- usw. Verträge. Wahrung der Belange der grundbesitzenteigneten Reichsdeutschen: II. B.: Bd. 381, 13. Sitz. S. 362 B.

Reichsbahngesetz (Umgestaltung des deutschen Eisenbahnwesens auf Grund des Londoner Abkommens). Frage der Verfassungsänderung: Bd. 381, 23. Sitz. S. 868D.

Zurückziehung des Antrags Bd. 383, Nr. 487. Bd. 381, 25. Sitz. S. 983 A.

Reichshaushalt. Gesetzentwurf über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1924 (Bd. 383, Nr. 335): Bd. 381, 19. Sitz. S. 734 A.

Reichsministerium. Zweites Ministerium Marx: Vertrauensfrage, Zwangsverbindung mit dem Sachverständigengutachten (Dawesplan), nationalsozialistischer Mißtrauensantrag Bd. 383, Nr. 401: Bd. 381, 19. Sitz. S. 734B.

Verhalten des Reichspräsidenten Ebert bei der Regierungsbildung, Nichtberücksichtigung der stärksten Partei des Reichstags: Bd. 381, 23. Sitz. S. 868 B.

Notwendigkeit der Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung: Bd. 381, 23. Sitz. S. 868 C.

Ruhrgebiet, Räumungsfrage: Bd. 381, 23. Sitz. S. 866 D.

Russische Handelsdelegation. Umtriebe, polizeiliche Maßnahmen: Bd. 381, 12. Sitz. S. 355D (Tagesordnung).

Siamesisches Wirtschaftsabkommen: Bd. 381, 15. Sitz. S. 520D (Geschäftsordnung).

3. Wahlperiode 1924-1928

Albanien, Beziehungen: Bd. 393, 327. Sitz. S. 11036 D.

Arbeitslosigkeit. Unterstützende Erwerbslosenfürsorge. Haushaltsmittel: Bd. 392, 272. Sitz. S. 9067 C.

Arbeitszeit. Internationale Regelung: Bd. 385, 63. Sitz. S. 1938 C.

Aufwertungsgesetz. III. B.: Bd. 386, 95. Sitz. S. 3205 A.

Auswärtige Politik. Abschluß eines Sicherheitspaktes; Vertrag von Locarno: Bd. 387, 100. Sitz. S. 3436 A. Bd. 388, 124. Sitz. S. 4539 D.

Gesetzentw. über die Locarnoverträge und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. I. B.: Bd. 388, 124. Sitz. S. 4539 C.

Westliche oder östliche Orientierung Deutschlands: Bd. 388, 124. Sitz. S. 4542 D. 134. Sitz. S. 4832 B.

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund: Bd. 385, 63. Sitz. S. 1936D. Bd. 387, 100. Sitz. S. 3437A. Bd. 388, 124. Sitz. S. 4542C.

Völkerbundstagung in Genf im März 1926. Bd. 389, 183 Sitz. S. 6486 B, 6488 D.

Wirkungen der Locarnopolitik; Tagungen des Völkerbundsrats im März und Juni 1927: Bd. 391, 237. Sitz. S. 8157 C. Bd. 392, 294. Sitz. S. 9870 C. Bd. 393, 327. Sitz. S. 11034 D. Bd. 394,371. Sitz. S. 12512 A.

Beamte, Besoldung: Bd. 392, 272. Sitz. S. 9068 D.

Besetzte Gebiete. Besatzungsregime im Rheinland nach Locarno: Bd. 391, 237. Sitz. S. 8159 C. Räumung: Bd. 387, 100. Sitz. S. 3436 C. Bd. 392, 294. Sitz. S. 9871 D. Bd. 393, 327. Sitz. S. 11037 C. Bd. 394, 371. Sitz. S. 12572 C.

Biersteueranteile der süddeutschen Länder. Antrag (Gesetzentw.) Leicht, Dr. Dr. Preyer, Dr. Gereke, Dr. Brüning, Dr. Becker (Hessen), Dr. Horlacher u. Gen. II. B.: Bd. 393, 303. Sitz. S. 10267 A (G. O.).

Bodenreform. Wohnheimstättengesetz: Bd. 390, 193. Sitz. S. 6987 B.

Danzig. Aufstellung von Postkästen durch die Polen. Urteil des Haager Schiedsgerichts: Bd. 385, 63. Sitz. S. 1937 C.

Einkommensteuer. Tarif in den mittleren Einkommensstufen: Bd. 392, 272. Sitz. S. 9069 C. Veranlagung. Schätzung des Umsatzes: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8032 B.

England, Beziehungen: Bd. 392, 294. Sitz. S. 9872 B.

Finanzwesen. Finanzausgleich, Übergangsregelung für 1927. Gesetzentw. I. B.: Bd. 392, 272. Sitz. S. 9069 B.

Finanzpolitik des Reichsfinanzministers von Schlieben: Bd. 392, 272. Sitz. S. 9068 B. 273. Sitz. S. 9092 A.

Realsteuern der Länder und Gemeinden, reichsgesetzliche Regelung: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8033 B. Bd. 392, 272. Sitz. S. 9069 C.

Flottenpolitik der Kaiserlichen Marine: Bd. 385, 68. Sitz. S. 2143 B.

Friedensvertrag. Entwaffnung. Unterschiedliche Behandlung der nationalen Wehrverbände und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold: Bd. 391, 237. Sitz. S. 8159 A.

Reparationen. Durchführbarkeit des Dawes-Planes: Bd. 395, 403. Sitz. S. 13497 D.

Memorandum des Reparationsagenten Parker Gilbert vom Herbst 1927: Bd. 394, 349. Sitz. S. 11798 A.

Transferfrage: Bd. 395, 403. Sitz. S. 13497 C.

Fürstenhäuser. Abfindung bzw. Enteignung (Gesetzentw.). I. B.: Bd. 388, 130. Sitz. S. 4755 D. Desgleichen. II. B.: Bd. 390, 195. Sitz. S. 7041 D.

Gesetzentw. über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern. II. B.: Bd. 390, 220. Sitz. S. 7683 C.

Gemeinden. Wirtschaft und Auslandsanleihen: Bd. 394, 349. Sitz. S. 11798 B.

Jugoslawien. Beziehungen: Bd. 393, 327. Sitz. S. 11036D.

Kaiserhof, Hotel in Berlin. Ankauf: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8032 A.

Kirche. Bayerisches Konkordatsgesetz. Interp. Müller (Franken) u. Gen.: Bd. 386, 76. Sitz. S. 2395 D.

Krieg. Kriegsschuldlüge: Bd. 385, 124. Sitz. S. 4541 B. Bd. 392, 294. Sitz. S. 9872 D.

Landwirtschaft. Lage, Steuerüberlastung: Bd. 394, 349. Sitz. S. 11800 D.

Militärversorgung. Unterbringung der Versorgungsberechtigten: Bd. 385, 68. Sitz. S. 2142B.

Mittelstand. Notlage, Steuerdruck: Bd. 391, 252. Sitz. S. 8604 D.

Österreich. Organisation des Heeres: Bd. 393, 299. Sitz. S. 10075 B.

Polen. Beziehungen: Bd. 392, 294. Sitz. S. 9871 D. Optantenvertreibung: Bd. 387, 113. Sitz. S. 4143 D. Polnischer Korridor: Bd. 387, 113. Sitz. S. 4145 B.

Reichsbanner: Bd. 389, 169, Sitz. S. 5904 A. Bd. 391, 252, Sitz. S. 8603 C.

Reichsfarben. Flaggenfrage im Auslandsdeutschtum: Bd. 385, 63. Sitz. S. 1939 C.

Reichshaushalt. Aufstellung des Haushaltsentwurfs, Höherschätzung der Einnahmen: Bd. 392, 272. Sitz. S. 9069 D. Bd. 393, 327. Sitz. S. 11037 C.

Reichshaushaltspläne für 1924 und 1925. Auswärtiges Amt. II. B.: Bd. 385, 63. Sitz. S. 1934 D.

Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei. II.B.: Bd. 385, 63. Sitz. S. 1934D. Reichspräsident. II. B.: Bd. 385, 63. Sitz. S. 1934D.

Reichswehrministerium, II. B.: Bd. 385, 68. Sitz. S. 2140 C.

Reichshaushaltsplan 1926. Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei, Auswärtiges Amt. II. B.: Bd. 389, 183. Sitz. S. 6482 B.

Reichsministerium des Innern. II. B.: Bd. 389, 177. Sitz. S. 6195 B. 178. Sitz. S. 6268 D.

Reichswehrministerium. II. B.: Bd. 389, 169. Sitz. S. 5901 C.

Nachtrag. I. B.: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8031 C. III. B.: Bd. 391, 252. Sitz. S. 8602 C. — für 1927.

I. B.: Bd. 392, 272. Sitz. S. 9066 B.

III. B.: Bd. 393, 306. Sitz. S. 10495C.

111. D.: Bd. 393, 300. Sitz. S. 10493C.

Auswärtiges Amt. II. B.: Bd. 392, 294. Sitz. S. 9870 C.

Reichswehrministerium. II. B.: Bd. 393, 299. Sitz. S. 10070 A. 300. Sitz. S. 10162 A.

— für 1928. III. B.: Bd. 395, 413. Sitz. S. 13908 A. Kriegslasten. II. B.: Bd. 395, 403. Sitz.

S. 13497 B. Reichsministerium des Innern. II. B.: Bd. 395, 409. Sitz. S. 13688 D.

Reichswehrministerium. II. B.: Bd. 395, 400. Sitz. S. 13411 C.

Reichsregierung. Drittes Ministerium Dr. Marx. Parlamentarische Lage, Regierungskrise Ende 1926: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8037 B. 252. Sitz. S. 8602 C.

Reichssparkommissar. Neuregelung der rechtlichen Stellung: Bd. 392, 272. Sitz. S. 9070 A.

Reichstag. Budgetrecht: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8034A.

Reichswehr. Chef der Heeresleitung, Stellung: Bd. 389, 169. Sitz. S. 5903B.

Reichswehrministerium. Staatssekretärposten. Bd. 393, 299. Sitz. S. 10073 A.

Vorwürfe mangelnden Sinnes und Verständnisses republikanischer Kreise für die Reichswehr. Artikel des General Reinhardt: Bd. 393, 299. Sitz. S. 10074 C.

Beförderungsverhältnisse: Bd. 385, 68. Sitz. S. 2142A. Bd. 389, 169. Sitz. S. 5902B.

Handwerkerschulen: Bd. 389, 169. Sitz. S. 5902D.

Kulturelle Bedeutung für die Ertüchtigung der Jugend: Bd. 389, 169. Sitz. S. 5903 C, 5904 C. Militäranwärterversorgung: Bd. 389, 169. Sitz. S. 5902 D.

Politik in der Reichswehr; Stellung zu den vaterländischen Verbänden: Bd. 385, 68. Sitz. S. 2143 D. Bd. 391, 252. Sitz. S. 8602 C. Bd. 393, 299. Sitz. S. 10073 D. Bd. 395, 400. Sitz. S. 13414 B.

Tradition: Bd. 393, 299. Sitz. S. 10075 A.

Rußland, Beziehungen: Bd. 392, 294. Sitz. S. 9872B. Bd. 393, 327. Sitz. S. 11036B.

Deutsch-russische Verträge vom 12. Oktober 1925. II. B.: Bd. 388, 134. Sitz. S. 4831 A. Rapallovertrag. Bedeutung: Bd. 388, 134. Sitz. S. 4831 B.

Reichsschulgesetz. Antrag (Gesetzentw.) D. Dr. Dr. Bredt u. Gen: Bd. 389, 178. Sitz. S. 6268 D. Bd. 391, 233. Sitz. S. 8037 C. Bd. 394, 340. Sitz. S. 11552 B.

Reichsschulgesetzentw. I. B.: Bd. 394, 340. Sitz. S. 11552 A.

Bekenntnisschule; Religionsunterricht; Bd. 386, 76. Sitz. S. 2396 C. Bd. 394, 340. Sitz. S. 11553 D.

Staatsgerichtshof. Vollstreckung seiner Entscheidungen; gegensätzliches Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs über das Wahlrecht: Bd. 395, 409. Sitz. S. 13688 D.

Steuern. Grundstücksbewertung: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8033 A.

Steuerrückstände, Ursache: Bd. 393, 306. Sitz. S. 10496 B.

Vaterländische Verbände: Bd. 389, 169, Sitz. S. 5903 D. Bd. 393, 299, Sitz. S. 10073 D.

Verfassung: Regierungsbildung; Ernennung von Fachministern: Bd. 395, 413. Sitz. S. 13908 B. Staatsform: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8035 C. 252. Sitz. S. 8604 D.

Völkerbund. Aufgaben, Leistungen: Bd. 394, 371. Sitz. S. 12512D.

Durchmarschrecht (Art. 16): Bd. 387, 100. Sitz. S. 3437 C.

Kolonialmandatskommission. Eintritt Deutschlands: Bd. 393, 327. Sitz. S. 11037D.

Minderheitenpolitik: Bd. 393, 327. Sitz. S. 11038 B.

Organisation. Verteilung der Ratssitze: Bd. 389, 183. Sitz. S. 6487 C.

Wahlrecht, Änderung: Bd. 389, 177. Sitz. S. 6195 C.

Wahlgesetz in Hessen: Bd. 394, 340. Sitz. S. 11552D.

Wirtschaft. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Reichsregierung. Interp. Müller (Franken) u. Gen.: Bd. 394, 349. Sitz. S. 11798 A.

Weltwirtschaftskonferenz in Genf: Bd. 393, 327. Sitz. S. 11037 B.

Wirtschaftspartei. Charakter, politische Stellung: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8035 A, 8037 D. 237. Sitz.
 S. 8157 C. Bd. 393, 306. Sitz. S. 10427 A.

Wohnungswesen. Bauprogramm 1926: Bd. 391, 233. Sitz. S. 8033 C.

Zwangswirtschaft, Aufhebung: Bd. 390, 193. Sitz. S. 6989 D.

4. Wahlperiode 1928-1930

a) als Abgeordneter

Amerika. Hauptfeind Deutschlands. Ausspruch des preußischen Abgeordneten von Heydebrand 1914. Ganz Europa sein Schuldner nach dem Kriege: Bd. 423, 17. Sitz. S. 440 B. Parteiwesen: Bd. 425, 79. Sitz. S. 2193 C.

Auswärtige Politik. Aussprache im November 1928 — nach der Völkerbundstagung vom September 1928 —: Bd. 423, 17. Sitz. S. 438D.

Bilanz der letzten Jahre. Negatives Resultat. Locarnovertrag. Eintritt in den Völkerbund. Abrüstung: Bd. 423, 17. Sitz. S. 438 D, 440 B.

Gesetzentw. gegen die Versklavung des Deutschen Volkes — Freiheitsgesetz — Nr. 1429. I. B.: Bd. 426, 104. Sitz. S. 3299 B.

Haager Abkommen 1907. Recht eines jeden Staates auf Kriegserklärung: Bd. 424, 42. Sitz. S. 1069 C.

Handschriftl. Antr. Graf von Westarp und Antr. Dr. Frick betr. sofortige Abgabe einer Erklärung der Reichsregierung über den Stand der Pariser Tributverhandlungen: Bd. 424, 75. Sitz. S. 1991 C (T. O.).

Lage nach Abschluß der Pariser Konferenz 1929: Bd. 425, 94. Sitz. S. 2843 B.

Notwendigkeit einer Einheitsfront aller Parteien unter Zurückstellung innerpolitischer Wünsche im Interesse einer aktiven Außenpolitik: Bd. 423, 17. Sitz. S. 442A.

Bayern. Wahlrecht, Änderung: Bd. 425, 83. Sitz. S. 2300 B.

Beamte. Entschl. Döbrich, Kling u. Gen. Nr. 983 (zum Änderungsgesetzentw. zum Notetat für 1929) betr. Kürzung der in dem letzten Besoldungsgesetz festgesetzten Bezüge: Bd. 424, 65. Sitz. S. 1690 A.

Freiheit der politischen Gesinnung. Beteiligung an einem Volksbegehren: Bd. 426, 104. Sitz. S. 3300 C.

Bernhard, Abgeordneter. Sein Verhalten auf der Genfer Konferenz 1928. Artikel des Abgeordneten Dr. Jörissen in der "Mittelstandszeitung": Bd. 423, 17. Sitz. S. 441 C.

Besetzte Gebiete. Manöver der Franzosen und Engländer im Rheinland: Bd. 423, 17. Sitz. S. 441 C.

Fürst Bismarck. Bündnissystem. Dreibund und russischer Rückversicherungsvertrag: Bd. 424, 42. Sitz. S. 1067 D.

Deutscher Kreditverein. Communiqué über die Pariser Konferenz: Bd. 425, 94. Sitz. S. 2847 B.

Finanzwesen. Finanzgebarung seit der Pariser Konferenz: Bd. 426, 127. Sitz. S. 3950 A.

Gesetzentw. über Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage des Reichs Nr. 1016, mdl. Ber. Nr. 1032. II. B.: Bd. 424, 73. Sitz. S. 1926 A, 1937 B.

Reichsanleihe 1929. Mißerfolg, Gründe: Bd. 425, 91. Sitz. S. 2731 D.

Sanierung vor Annahme des Young-Planes: Bd. 427, 136. Sitz. S. 4199 A.

Ursprung der Finanzkrise 1929. Stellungnahme der Wirtschaftspartei: Bd. 424, 73. Sitz. S. 1926B.

Vorzüge des alten Systems: Bd. 426, 132. Sitz. S. 4094 A.

Friedensvertrag. Haager Konferenz 1929/1930, Gesetzentw. Nr. 1619/1623, mdl. Ber. d. 2. u.
5. Aussch. Nr. 1686/1690 (Young-Plan). I. B.: Bd. 426, 127. Sitz. S. 3948 C, 3949 B. II. B.: Bd. 427, 136. Sitz. S. 4198 A. III. B.: 140. Sitz. S. 4376 D.

Inhalt und Voraussetzung für seine Annahme. Lasten des Mittelstandes: Bd. 425, 94. Sitz. S. 2843 C.

Kommerzialisierung der Reparationsschulden, ein amerikanischer Gedanke. Ihre Gefahren. Aufrechterhaltung der Transferbestimmungen wegen der Überproduktion in der ganzen Welt: Bd. 423, 17. Sitz. S. 440 C.

Steigender Reichsetat. Gefahr für die Regelung der Reparationsschulden durch Erzeugung eines falschen Eindrucks von den finanziellen Verhältnissen Deutschlands: Bd. 423, 17. Sitz. S. 441 A.

Gaskrieg: Gesetzentw. über das Genfer Protokoll wegen Verbots des Gaskriegs, Nr. 512. III. B.: Bd. 424, 60. Sitz. S. 1585 A.

Geschäftsordnung. Antr. Drewitz, D. Dr. Dr. Bredt u. Gen. Nr. 1031, betr. Einfügung eines § 49a — Anträge auf Ausgabenerhöhung — in die Geschäftsordnung: Bd. 425, 91. Sitz. S. 2731 A. Verteilung der Ausschußsitze auf die Fraktionen. Beschluß des Ältestenrats, die etwa (durch Änderung der Fraktionsstärken) notwendig werdende Neuverteilung nur einmal jährlich vorzunehmen: Bd. 423, 25. Sitz. S. 633 C, 634 C, 635 A, 636 B.

Zurückweisung der Kritik des Abg. Dr. Külz an der Wirtschaftspartei bezüglich der durch die verlangte strikte Innehaltung der G. O. nötig gewordene Nachtsitzung des Reichstags am 15./16. Dezember 1928: Bd. 423, 29. Sitz. S. 810 A (G. O.), C (pers.).

Hessen. Bestehenbleiben des Landtags trotz Ungültigkeitserklärung der Wahlen: Bd. 424, 53. Sitz. S. 1345 B.

Dr. Hugenberg, Abgeordneter. Rede an die Marburger Studenten: Bd. 425, 94. Sitz. S. 2846 C. Italien. Erfolge des Faschismus: Bd. 425, 79. Sitz. S. 2194 A.

Rückversicherungsvertrag mit Frankreich im Jahre 1902. Begriffsbestimmung des "Angreifers": Bd. 424, 42. Sitz. S. 1068 A.

Kriegsächtungsvertrag (Kellogg-Pakt). Gesetzentw. Nr. 744, mdl. Ber. Nr. 785. II. B.: Bd. 424, 42. Sitz. S. 1067 C.

Erschwerung einer Stellungnahme nach Unterzeichnung durch die Reichsregierung. Sinn der Kellogg-Note. — Verwerfung des Angriffskrieges. — Vorbehalt Englands. — Französische Präambel über die Selbstverteidigung. — Garantie für den Pakt durch Amerika. — Änderung des Völkerbundsstatuts: Bd. 424, 42. Sitz. S. 1067 C.

Verbot des Angriffskrieges: Bd. 423, 17. Sitz. S. 439D.

Kriegsschuldfrage: Bd. 425, 94. Sitz. S. 2847 D. Bd. 426, 104. Sitz. S. 3300 A.

Dr. Moldenhauer, Reichsminister der Finanzen. Zurückweisung der Ausführungen des Reichsfinanzministers in der 136. Sitzung, da das Wort "Schwindel" nicht durch den Redner gebraucht sei: Bd. 427, 137. Sitz. S. 4251 C (pers.).

Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Kontrollkommission: Bd. 425, 83. Sitz. S. 2300 B.

Parlamentarismus. Krise: Bd. 425, 79. Sitz. S. 2191 B, 2193 C. Bd. 426, 132. Sitz. S. 4091 D.

Polen. Deutsch-polnische Übereinkunft (zur Regelung von Fragen des Teils X des Vertrages von Versailles) vom 31. Oktober 1929, Nr. 1621. I. B.: Bd. 426, 127. Sitz. S. 3952B.

Reichshaushalt. Antr. (Änderungsgesetzentw. zur Reichshaushaltsordnung und Reichsverfassung) D. Dr. Dr. Bredt, Drewitz u. Gen. Nr. 1448 unter 2 betr. Ergänzung des Art. 48 der RV. I. B.: Bd. 426, 132. Sitz. S. 4091 B.

Ersparnisse. Verhinderung durch die einzelnen Ressorts: Bd. 425, 91. Sitz. S. 2730 A.

Reichshaushaltsordnung. Änderungsgesetzentw. Nr. 851, mdl. Ber. Nr. 1518. II. B.: Bd 426, 132. Sitz. S. 4091B.

Reichshaushaltsplan für 1929. Haushaltsgesetz. II. B.: Bd. 425, 91. Sitz. S. 2729B, 2736B.

— Reichsministerium des Innern. II. B.: Bd. 425, 79. Sitz. S. 2191 B. 83. Sitz. S. 2300 B.

Reichspräsident. Stärkung seiner Stellung auf finanzwirtschaftlichem Gebiete: Bd. 426, 132. Sitz. S. 4094B.

Vetorecht gegenüber übermäßigen Ausgaben: Bd. 424, 53. Sitz. S. 1344B.

Reichssparkommissar. Antr. (Änderungsgesetzentw. zur Reichshaushaltsordnung) D. Dr. Dr. Bredt, Drewitz u. Gen. Nr. 1448 unter 1, betr. Einfügung von Bestimmungen über den Reichsparkommissar in der Reichshaushaltsordnung. I.B.: Bd. 426, 132. Sitz. S. 4091 B.

Reichstag. Mitglieder. Aufwandsentschädigung. Antr. (Änderungsgesetzentw. über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstags vom 25. April 1927) Dr. Breitscheid, Dr. Brüning, Dr. Zapf, Drewitz, Koch-Weser, Leicht u. Gen. Nr. 1465. I. B.: Bd. 426, 113. Sitz. S. 3518B. Entschl. Döbrich, Kling u. Gen. Nr. 984 (zum Änderungsgesetzentw. zum Notetat für 1929)

betr. Herabsetzung der A.: Bd. 424, 65. Sitz. S. 1690 A.

Kürzung der Diäten: Bd. 424, 65. Sitz. S. 1690 A.

Freifahrkarte, Entziehung: Bd. 426, 113. Sitz. S. 3518B.

Rentenabfindung. Gesetzentw. betr. die Aussetzung von Rechtsstreitigkeiten über ältere staatliche Renten, Nr. 1131. I. B.: Bd. 425, 90. Sitz. S. 2647 D. II. B.: 95. Sitz. S. 2907 C.

Republik. Erklärung des Reichsministers des Innern Severing nach Ablehnung des Verlängerungsgesetzentwurfs zum Republikschutzgesetz, Nr. 1087: Bd. 425, 97. Sitz. S. 3082 B.

Saargebiet. Rückgliederung: Bd. 425, 94. Sitz. S. 2845 D.

Strafgesetzbuch. Arnim-Paragraph: Bd. 426, 104. Sitz. S. 3300 B.

Untersuchungsausschuß, parlamentarischer (Kriegsschuldfrage). Fortgang der Arbeiten: Bd. 425, 94. Sitz. S. 2848 A.

Verfassung. Artikel 54, 85. Antr. (Abänderungsgesetzentw.) Dr. Scholz u. Gen. Nr. 704 betr. Art. 54 (Vertrauensfrage), Art. 85 (Haushaltsrecht) und neuen Art. 85a (Ausgabenbewilligung bei Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden) I. B.: Bd. 424, 53. Sitz. S. 1342 D.

Erweiterung der Machtbefugnisse des Reichspräsidenten (Artikel 54): Bd. 425, 79. Sitz. S. 2193 A. Übermacht der Fraktionsverfassung über die Reichsverfassung. — Unterschied zwischen abgelehntem Vertrauensvotum und positivem Mißtrauensvotum. — Minderheitsregierung auf Grund einer mehr als ein Drittel aber weniger als die Hälfte betragenden Stimmenzahl (Artikel 54): Bd. 424, 53. Sitz. S. 1343 A.

Vetorecht des Reichspräsidenten gegenüber übermäßigen Ausgaben (Artikel 85): Bd. 424, 53. Sitz. S. 1344B.

Artikel 109. Auslegung: Bd. 425, 95. Sitz. S. 2908 D.

Völkerbund. Seine Funktion. Nicht-mehr-Geltung des Wortes "Macht geht vor Recht". Ruhreinbruch. Polens militärische Aktion gegen Litauen. Mussolinis militärisches Vorgehen gegen Jugoslawien. Keine Möglichkeit eines isolierten Krieges eines Staates gegen den anderen: Bd. 423, 17. Sitz. S. 439 C.

Aufstellung nationaler Grundrechte für die beteiligten Völker: Bd. 424, 42. Sitz. S. 1069 B.

Volksgemeinschaft. Notwendigkeit ihrer Förderung: Bd. 425, 79. Sitz. S. 2194B. Wahlrecht. Entwicklung: Bd. 425, 79. Sitz. S. 2191C.

Wirtschaftspartei. Gegenpol der Sozialdemokratie: Bd. 425, 79. Sitz. S. 2192 D.

b) als Reichsminister der Justiz

Aktienrecht. Reform: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5124D.

Amnestie. Mdl. Ber. d. 13. Aussch. Nr. 2081 über den Antr. (Gesetzentw.) Dr. Everling, Dr. Oberfohren u. Gen. Nr. 1717. III. B.: Bd. 428, 189. Sitz. S. 6083 B.

Mdl. Ber. d. 13. Aussch. Nr. 2081 über den Antr. Treviranus, Döbrich u. Gen. Nr. 1631, Antr. (Gesetzentw.) Stoecker, Dr. Alexander u. Gen. Nr. 1376 und Dr. Everling, Dr. Oberfohren u. Gen. Nr. 1717. II. B.: Bd. 428, 180. Sitz. S. 5654 C.

Ferner: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5126 C.

Aufwertung. Gesetzentw. über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken Nr. 2183, mdl. Ber. Nr. 2277. II. B.: Bd. 428, 197. Sitz. S. 6307 D, 6319 C (G. O.). Ferner: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5125 B.

Baufluchtengesetz: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5125 D.

Berlin. Grundstückskäufe: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5126 A.

Gerichtsverfassung. Justizreform. Gesetzentw. zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und einiger Vorschriften über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sowie über die Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen, Nr. 1988. I. B.: Bd. 427, 164. Sitz. S. 5090 A. Entschl. Dr. Scholz, Esser, Meyer (Berlin), von Lindeiner-Wildau u. Gen. Nr. 2018, betr. Berufung einer Kommission zur Vorbereitung einer Justizreform: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5124 C.

Grimm, Rechtsanwalt. Angebliche Verhandlungen mit ihm über Fememörder: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5127B.

Grundbücher. Gesetzentw. über ihre Bereinigung, Nr. 1172, mdl. Ber. Nr. 2282. II. B.: Bd. 428, 197. Sitz. S. 6309 A.

Hypothekenbanken. Verwaltungskostenbeitrag: Bd. 427, 166. Sitz. S. 5156 C.

Jorns, Reichsanwalt. Beurlaubung: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5127 D.

Landwirtschaft. Verschuldung. Tilgungshypotheken aus der Aufwertung: Bd. 428, 197. Sitz. S. 6308 A.

Preußisches Adelsgesetz 1920. Fall des Herzogs von Croy: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5126B.

Rechtspflege. Juristenausbildung. Reichsindigenat: Bd. 427, 166. Sitz. S. 5157 A.

Rechtspfleger. Reformvorschläge des Bundes deutscher Justizamtmänner: Bd. 427, 166. Sitz. S. 5157A.

Richteramt. Zulassung von Frauen: Bd. 427, 166. Sitz. S. 5156 D.

Reichshaushalt. Reichshaushaltsplan für 1930. Reichsjustizministerium. II. B.: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5124 B. 166. Sitz. S. 5156 A.

Reichsgericht. Verdienste: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5128 B.

Strafrecht. Hochverrat, literarischer, im neuen Strafgesetzbuch: Bd. 428, 189. Sitz. S. 6083 C.

Urheberrecht: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5125 A.

Verfassung. Grundrechte. Auslegung durch das Reichsgericht: Bd. 427, 165. Sitz. S. 5128 D.

5. Wahlperiode 1930—1932

Arbeitslosigkeit. Umfang. Zunahme durch übermäßige Anwendung von Maschinen: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2294 C.

Bankwesen. Verstaatlichung der Banken: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2294 D.

Friedensvertrag. Reparationen, Young-Plan: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2297 A.

Landwirtschaft. Allgemein: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2295 A.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Politisches Programm: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2292 C.

Opposition, nationale. Harzburger Tagung. Beabsichtigte Bildung eines Ministeriums Dr. Geßler: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2296 C.

Parlamentarismus. Krise: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2294 A.

Reichspräsident. Frage der Verbindung mit dem Amt des preußischen Ministerpräsidenten. Stärkung der Macht des Reichspräsidenten: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2293 D.

Reichspräsidentenwahl 1932. Besprechung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten, Nr. 1321, und Beratung der damit verbundenen Anträge: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2291 C, 2314 C (pers.).

Frage einer einheitlichen Rechtskandidatur. Stellung der Wirtschaftspartei zur Kandidatur von Hindenburgs. Haltung des Stahlhelms: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2292 B, 2293 C, 2294 A.

Reichsregierung. Allgemeine politische Aussprache und Beratung der damit verbundenen Anträge und Interpellationen: Bd. 446, 63. Sitz. S. 2655 D.

Reichstag. Frage der Auflösung: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2293 A.

Mehrheitsverhältnisse im alten Reichstag zur Zeit Bismarcks: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2296 B.

Wirtschaftspartei. Zurückweisung des Vorwurfs (Abg. Stubbendorff), die Wirtschaftspartei habe ihre Haltung zum Vertrauensvotum für das Kabinett Dr. Brüning kaufen lassen: Bd. 446,58. Sitz. S. 2295 C.

Zinspolitik. Herabsetzung der Zinsen: Bd. 446, 58. Sitz. S. 2294 D.

7. Wahlperiode 1932-1933

Preußen. Eingreifen des Reichs in Preußen. Urteil des Staatsgerichtshofs: Bd. 455, 2. Sitz. S. 29 C. Reichspräsident. Stellvertretung — Antr. (Gesetzentw.) Nr. 11 und 128. I. B.: Bd. 455, 2. Sitz. S. 29 B.

F. Sachregister der Reden im Haushaltsausschuß des Reichstags

Verhandlungen des Ausschusses für den Reichshaushalt

3. Wahlperiode 1924-1928

- 207. Sitz. vom 26. Jan. 1927: Reichshaushalt für 1927 (S. 10).
- 216. Sitz. vom 18. Febr. 1927: Reichswehretat (S. 5).
- 315. Sitz. vom 10. Febr. 1928: Reichswehretat (S. 14f.).
- 319. Sitz. vom 15. Febr. 1928: Heeresbücherei (S. 7).
- 337. Sitz. vom 13. März 1928: Phöbus-Skandal (S. 12 f.).

4. Wahlperiode 1928-1930

- 117. Sitz. vom 14. Febr. 1930: Young-Plan (S. 16).
- 120. Sitz. vom 18. Febr. 1930: Young-Plan (S. 5).
- 121. Sitz. vom 19. Febr. 1930: Reichsbankpräsident (S. 6).
- 122. Sitz. vom 20. Febr. 1930: Young-Plan, Bankgesetz, Reichsbahngesetz (S. 2).
- 123. Sitz. vom 21. Febr. 1930: Young-Plan (S. 6).
- 151. Sitz. vom 15. März 1930: Haushalt Reichsjustizministerium (als Reichsjustizminister) (S. 5 f., 10 f., 12 f., 15 f.).
- 189. Sitz. vom 17. Juli 1930: Konkordatsfragen (als Reichsjustizminister) (S. 9 f.).

Verzeichnis der Archivalien

Nachlaß Bredt (Privatbesitz)

Archiv der Evangelischen Kirche der Union, Kirchenkanzlei Berlin

Akten betr. Trennung von Staat und Kirche

Akten betr. Saargebiet

Akten betr. Lage der ref. Gemeinden

Archiv der Evangelisch-Reformierten Kirche in Nordwestdeutschland (Leer)

Akte betr. Ref. Konvent in Osnabrück 1934

Bundesarchiv Koblenz

Akten der Reichskanzlei

Nachlaß Dingeldey

Nachlaß v. Gavl

Nachlaß Jarres

Nachlaß v. Kardorff

Nachlaß v. Loebell

Nachlaß Solf

Nachlaß Schwertfeger

Zeitgeschichtliche Sammlung

Deutsche Staatsbibliothek Berlin

Nachlaß Delbrück

Deutsches Rundfunk Archiv, Frankfurt

Tonbänder von Reden 1930-1932

Deutsches Zentralarchiv Merseburg

Akten des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten

(Unterrichtsabteilung: Marburg)

Document Center Berlin

Personalunterlagen

Geheimes Staatsarchiv Berlin

Generalakten des preuß. Juztizministeriums

Zeitgeschichtliche Sammlung

Hessisches Staatsarchiv Marburg

Personalakte von Bredt

Akten des Landratsamtes Marburg

Militärarchiv Freiburg

Nachlaß Fürst Isenburg-Birstein

Nachlaß v. Goßler

Nachlaß v. Schleicher

Nachlaß Graf Westarp (Privatbesitz)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn

Akten zur mecklenburgischen Verfassungsfrage

Akten betr. Weltkrieg

Staatsarchiv Schwerin

Verfassungsakten des Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministeriums

Universität Marburg

Personalakte Bredt

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Anlagen zu den Sten.

Berichten

Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924—VII. Wahlperiode 1932. Berlin 1924—1933.

Basler

Werner Basler: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914—1918. Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte der Völker der UdSSR. Reihe B: Abhandlungen Bd. 3. Berlin (Ost) 1962.

Berghahn

Volker R. Berghahn: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918 bis 1935. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 33. Düsseldorf 1966.

Bergstraeßer

Ludwig Bergstraeßer: Die preußische Wahlrechtsfrage im Kriege und die Entstehung der Osterbotschaft 1917. Nach den Akten der preußischen Ministerien und der Reichskanzlei. Tübingen 1929.

Bergsträsser, Geschichte Ludwig Bergsträsser: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 10. völlig neu bearbeitete und bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage. München 1960.

Bethmann Hollweg

Theobald von Bethmann Hollweg: Betrachtungen zum Weltkriege. 2. Teil: Während des Krieges. Berlin 1920.

Bock

Wilhelm *Bock*: Stand und Bedeutung der Handwerkerbündebewegung. Beiträge zur Wirtschaftslehre des Handwerks, Heft 11. Stuttgart 1932.

Booms

Hans Booms: Die Deutschkonservative Partei. Preußischer Charakter, Reichsauffassung, Nationalbegriff. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 3. Düsseldorf 1954.

Bracher, Auflösung

Karl Dietrich *Bracher*: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft Bd. 4. Düsseldorf 1955.

Braun

Otto Braun: Von Weimar zu Hitler. 2. Auflage. New York o. J. [1938].

Brecht, Vorspiel

Arnold *Brecht*: Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der Deutschen Republik. Wien 1948.

Brecht,

Lebenserinnerungen

Ders.: Mit der Kraft des Geistes. Lebenserinnerungen. Zweite Hälfte (1927—1967). Stuttgart 1967.

Bucher

Peter Bucher: Der Reichswehrprozeß. Der Hochverrat der Ulmer Reichswehroffiziere 1929/30. Wehrwissenschaftliche Forschungen, Abt. Militärgeschichtliche Studien Bd. 4. Boppard am Rhein 1967.

Bürgerliche Parteien I und II Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. 2 Bde. Hrs. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter *Fricke*. 2 Bde. Leipzig 1968 u. 1970.

Carsten

Francis L. Carsten: Reighswehr und Politik 1918—1933. 2. Auflage. Köln und Berlin 1965.

Conze, Krise

Werner Conze: Die Krise des Parteienstaates in Deutschland 1929/30. In: HZ 178 (1954) S. 47—83.

Conze, Poln. Nation

Ders.: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg. Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart Bd. 4. Köln/Graz 1958.

Christ

Herbert *Christ:* Der politische Protestantismus in der Weimarer Republik. Eine Studie über die politische Meinungsbildung durch die evangelischen Kirchen im Spiegel der Literatur und Presse. Phil. Diss. Bonn 1967.

Hans v. Arnim u. Georg v. Below (Hrs.): Deutscher Aufstieg. Bilder Deutscher Aufstieg

aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien.

Berlin, Leipzig, Wien u. Bern 1925.

Arthur Dix: Die deutschen Reichstagswahlen 1871-1930 und die Dix

Wandlungen der Volksgliederung. Recht und Staat in Geschichte und

Gegenwart Bd. 77. Tübingen 1930.

Andreas Dorpalen: Hindenburg and the Weimarer Republic. Prince-Dorpalen

ton 1964. (Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik.

Berlin/Frankfurt a. M. 1966.)

Emil Eichhorn: Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstags-Eichhorn

wahlen. Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane. Mit statistischem Material über die berufliche Schichtung und die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 bis 7. Dezember 1924.

Halle 1925.

Ernst von Eisenhart Rothe: Im Banne der Persönlichkeit. Berlin 1931. Eisenhart Rothe

Das Ende der Parteien 1933. Hrs. v. Erich Matthias und Rudolf Ende der Parteien

Morsey. Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Düsseldorf 1960.

Klaus Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Epstein

Demokratie. Berlin 1962.

Johannes Erger: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Beiträge zur Geschichte Erger

des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 35. Düsseldorf

Theodor Eschenburg: Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Eschenburg

Bülow und der Block. Berlin 1929.

Gerald D. Feldman: Army, Industry and Labor in Germany 1914 Feldman

to 1918. Princeton 1966.

Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des Fischer

kaiserlichen Deutschland 1914/18. 3., verb. Auflage. Düsseldorf 1964.

Walter Gagel: Die Wahlrechtsfrage in der Geschichte der deutschen Gagel

liberalen Parteien 1848-1918. Beiträge zur Geschichte des Parlamen-

tarismus und der politischen Parteien Bd. 12. Düsseldorf 1958.

Imanuel Geiss: Der polnische Grenzstreifen. Historische Studien Geiss

Bd. 378. Lübeck/Hamburg 1960.

Otto Gessler: Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit. Hrs. v. Kurt Gessler

Sendtner. Stuttgart 1958.

Walter Görlitz: Hindenburg. Ein Lebensbild. Bonn 1953. Görlitz

Groener-Geyer Dorothea Groener-Gever: General Groener. Soldat und Staatsmann.

Frankfurt 1955.

Günther Grünthal: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Grünthal

Weimarer Republik. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus

und der politischen Parteien Bd. 39. Düsseldorf 1968.

Franz Gundlach: Professorum Academiae Marburgensis. Die akade-Gundlach

mischen Lehrer der Philipps-Universität in Marburg von 1527—1910. Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und

Waldeck. Marburg 1927.

Manfred Hamann: Das staatliche Werden Mecklenburgs. Mittel-Hamann

deutsche Forschungen Bd. 24. Köln/Graz 1962.

Hanns-Jochen Hauss: Die erste Volkswahl des deutschen Reichs-Hauss

präsidenten. Eine Untersuchung ihrer verfassungspolitischen Grundlagen, ihrer Vorgeschichte und ihres Verlaufs unter besonderer Berücksichtigung des Anteils Bayerns und der Bayerischen Volkspartei.

Münchener Historische Studien Bd. 2. Kallmünz 1965.

Heinig Kurt Heinig: Hohenzollern. Wilhelm II. und sein Haus. Der Kampf

um den Kronbesitz. Berlin 1921.

Helbich Wolfgang J. Helbich: Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur

Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932. Studien zur europäischen Geschichte aus dem Friedrich-Meinecke-

Institut der Freien Universität Berlin Bd. V. Berlin 1962.

Helfferich Karl Helfferich: Der Weltkrieg. 3 Bde. Berlin 1919.

Herre Paul Herre: Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik.

München 1954.

Holl Karl Holl: Konfessionalität, Konfessionalismus und demokratische

Republik — Zu einigen Aspekten der Reichspräsidentenwahl von

1925. In: VfZ 17 (1969) S. 254—275.

Horkenbach Cuno Horkenbach (Hrs.): Das Deutsche Reich von 1918 bis heute.

4 Bde. Berlin 1930-35.

Hubatsch Walther Hubatsch: Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des

Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten 1878-1934. Göttingen

Bogdan Graf von Hutten-Czapski: Sechzig Jahre Politik und Gesell-Hutten-Czapski

schaft. 2 Bde. Berlin 1936.

Ilsemann Sigurd von Ilsemann: Der Kaiser in Holland. Aufzeichnungen des

letzten Flügeladjutanten Kaiser Wilhelms II. herausgegeben von

Harald von Koenigswald. 2 Bde. München 1967 u. 1968.

Jahrbuch 1929 Jahrbuch der Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1929. o. O.

u. J. [Berlin 1929].

Janßen, Macht und

Verblendung Janßen, Kanzler

Karl-Heinz Janßen: Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18. Göttingen 1963.

Karl-Heinz Janßen: Der Kanzler und der General. Die Führungskrise um Bethmann Hollweg und Falkenhayn (1914-1916). Göttingen

1967.

Jonas Erasmus Jonas: Die Volkskonservativen 1928-1933. Beiträge zur

Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 30.

Düsseldorf 1965.

Jonas Klaus W. Jonas: Der Kronprinz Wilhelm. Frankfurt a. M. 1962.

Kardorff-Oheimb Katharina von Kardorff-Oheimb: Politik und Lebensbeichte. Hrs. von

Ilse Reicke, Tübingen o. J.

Kittel Erich Kittel: Novemberumsturz 1918. Bemerkungen zu einer ver-

gleichenden Revolutionsgeschichte der deutschen Länder. In: Blätter

für deutsche Landesgeschichte 104 (1968) S. 42-108.

Köhler Heinrich Köhler: Lebenserinnerungen des Politikers und Staats-

> mannes (1878-1949) unter Mitwirkung von Franz Zilken. Hrs. v. Josef Becker. Mit einem Geleitwort von Max Miller. Stuttgart 1964.

Kolb Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik

1918-1919. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der

politischen Parteien Bd. 23. Düsseldorf 1962.

Krebs Albert Krebs: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen

an die Frühzeit der Partei. Quellen und Darstellungen zur Zeit-

geschichte Bd. 6. Stuttgart 1959.

Kries (1933) Wolfgang von Kries: Deutsche Staatsverwaltung in Russisch-Polen.

In: Preußische Jahrbücher 233 (1933) S. 130—158.

Kries (1934) Wolfgang von Kries: Die wirtschaftliche Ausnützung des General-

Gouvernements Warschau. In: Preuß. Jahrbücher 233 (1934) S. 221

bis 248.

Kroll Gerhard Kroll: Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur.

Berlin 1958.

Kuhl Hermann von Kuhl: Der Weltkrieg 1914-1918. Dem deutschen

Volke dargestellt. 2 Bde. Berlin 1929.

Lange Friedrich C. A. Lange: Groß-Berliner Tagebuch 1920—1933. Berlin-

Lichtenrade 1951.

Langfeld Adolf Langfeld: Mein Leben. Erinnerungen des mecklenburg-schwe-

rinschen Staatsministers i. R. 2. Auflage. Schwerin 1930.

Liebe Werner Liebe: Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924. Bei-

träge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Par-

teien Bd. 8. Düsseldorf 1956.

Linde Gerd Linde: Um die Angliederung Kurlands und Litauens. Die deut-

sche Konzeption für die Zukunft der ehemals russischen Randgebiete vom Sommer 1918. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas NF

Bd. 10. Wiesbaden (1962) S. 563-580.

Linde, Litauen Gerd Linde: Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg.

Schriften der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung der Uni-

versität Münster. Wiesbaden 1965.

Löbe Paul Löbe: Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten. Berlin 1949.

Ludendorff, Erich Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen 1914—1918. Berlin 1919.

Kriegserinnerungen

Ludendorff, Urkunden Ders.: Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit

1916/18. Berlin 1920.

Luther Hans Luther: Politiker ohne Partei. Erinnerungen. Stuttgart 1960.

Mayer Eugen Mayer: Skizzen aus dem Leben der Weimarer Republik. Berlin

1962.

Mehnert Gottfried Mehnert: Evangelische Kirche und Politik 1917—1919.

Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 16. Düsseldorf 1959.

Meier-Welcker Hans Meier-Welcker: Seeckt. Frankfurt a. M. 1967.

Meißner Otto Meißner: Staatssekretär unter Ebert - Hindenburg - Hitler.

Hamburg 1950.

Mende Dietrich Mende: Kulturkonservativismus und konservative Erneue-

rungsbestrebungen. In: Adolf Grabowsky. Leben und Werk. Dem Altmeister der politischen Wissenschaften als Fest- und Dankesgabe.

Köln/Berlin/Bonn/München (1963) S. 87—129.

Milatz Alfred Milatz: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik.

Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung H. 66. Bonn

1965.

Mommsen Wolfgang J. Mommsen: Bethmann Hollweg und die öffentliche Mei-

nung 1914—1917. In: VfZ (1969) S. 117—159.

Morsey Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei 1917—1923. Beiträge

zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Bd. 32. Düsseldorf 1966.

v. Müller Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe

des Chefs des Marine-Kabinetts Admiral Georg Alexander von Müller (1914—1918). Mit einem Vorwort von Sven von Müller hrs. v. Walter

Görlitz. Göttingen 1959.

Müller/Stockfisch Werner Müller/Jürgen Stockfisch: Die "Veltenbriefe". Eine neue

Quelle über die Rolle des Monopolkapitals bei der Zerstörung der

Weimarer Republik. In: ZfG XVII (1969) S. 1565—1589.

Nachlaß Marx

Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx. Bearbeitet von Hugo

Stehkämper. Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln. Hrs. v.

Arnold Güttsches. H. 52-55. Köln 1968.

Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer

Einführung von Karl Dietrich Bracher. Stuttgart 1965 (1. Aufl. 1932).

Opitz Günter Opitz: Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer pro-

testantischen Partei in der Weimarer Republik. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 37.

Düsseldorf 1969.

Patemann Reinhard Patemann: Der Kampf um die preußische Wahlreform im

Ersten Weltkrieg. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und

der politischen Parteien Bd. 26. Düsseldorf 1964.

Paucker Arnold Paucker: Searchlight on the Decline of the Weimar Republic.

The Diaries of Ernst Feder. In: Leo Baeck Institut. Year Book

(London/Jerusalem/New York) 1968 S. 161—234.

Politisches Jahrbuch Politisches Jahrbuch 1925, 1926, 1927/28. Bearb. u. hrs. v. Georg

Schreiber. M. Gladbach 1925, 1927, 1928.

Pünder, Hermann Pünder: Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus

Aufzeichnungen den Jahren 1929—1932. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeit-

geschichte Bd. 3. Stuttgart 1961.

Protokolle Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes

der Deutschen Zentrumspartei 1926—1933. Bearbeitet von Rudolf Morsey. Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern in Verbindung mit der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Par-

teien. Reihe A: Quellen. Bd. 9. Mainz 1969.

Quellen 1/I und II Der Interfraktionelle Ausschuß. Bearbeitet von Erich Matthias unter

Mitwirkung von Rudolf Morsey. 2 Bde. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Erste Reihe. Hrs. v. Werner Conze, Erich Matthias und Georg Winter. Düsseldorf 1959.

Quellen 2 Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Bearbeitet von Erich

Matthias und Rudolf Morsey. Quellen (...) Bd. 2. Düsseldorf 1962.

Quellen 3/I und II Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898—1918.

Bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart. Quellen (...). Bd. 3/I und 3/II. Hrs. v. Werner Conze und Erich Matthias. Düsseldorf

1966.

Quellen 4 Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914

bis 1918. In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne

Miller. Quellen (...) Bd. 4. Düsseldorf 1966.

Quellen 5 Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen

Zentralvorstandes 1912—1917. Bearbeitet von Klaus-Peter Reiß.

Quellen (...) Bd. 5. Düsseldorf 1967.

Quellen 6/I und II Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingeleitet von Erich

Matthias. Bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Hein-

rich Potthoff. Quellen (...) Bd. 6/I und 6/II. Düsseldorf 1969.

v. Rauch Georg von Rauch: Geschichte des bolschewistischen Rußland. Wies-

baden 1955.

Rohe Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur

Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus

und der politischen Parteien Bd. 34. Düsseldorf 1966.

Rosenberg, Arthur Rosenberg: Die Entstehung der deutschen Republik. Berlin

Entstehung 1928.

Rosenberg, Geschichte Ders.: Geschichte der deutschen Republik. Karlsbad 1935.

Saß

Johannes Saß: Die 27 deutschen Parteien und ihre Ziele. Hamburg

1931.

Scheidemann, Zusammenbruch Philipp Scheidemann: Der Zusammenbruch. Berlin 1921.

Scheidemann II

Schlange-Schöningen Schmidt-Hannover Ders.: Memoiren eines Sozialdemokraten. 2 Bde. Dresden 1928. Hans Schlange-Schöningen: Am Tage danach, Hamburg 1946.

Otto Schmidt-Hannover: Umdenken oder Anarchie. Männer—Schicksale—Lehren. Göttingen 1959.

Schüddekopf, Innenpolitik Otto-Ernst Schüddekopf: Die deutsche Innenpolitik im letzten Jahrhundert und der konservative Gedanke. Die Zusammenhänge zwischen Außenpolitik, innerer Staatsführung und Parteiengeschichte, dargestellt an der Geschichte der Konservativen Partei von 1807 bis 1918. Braunschweig 1951.

Schüddekopf

Ders.: Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918—1933. Hannover und Frankfurt/M. 1955.

Schulthess

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. 1914—1933.

München 1917-1934.

Severing

Carl Severing: Mein Lebensweg. Band II: Im Auf und Ab der Repu-

blik. Köln 1950.

Singer

Ladislaus Singer: Ottokar Graf Czernin. Staatsmann einer Zeitenwende. Graz/Wien/Köln 1965.

Sitzungsberichte

Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 1. Wahlperiode 1921/24.

Bd. 1-17.

Steglich

Wolfgang Steglich: Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden. Untersuchungen zu dem Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916. Bausteine zur Geschichtswissenschaft Bd. 28. Göttingen 1958.

Staat, Wirtschaft und Politik Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für Heinrich *Brüning*. Hrs. v. Ferdinand A. *Hermens* und Theodor *Schieder*. Berlin 1967.

Staats- und Wirtschaftskrise Die Staats- und Wirtschaftskrise des deutschen Reichs 1929—33. Hrs. v. Werner Conze und Hans Raupach. Industrielle Welt Bd. 8. Stuttgart 1967.

Steffani

Winfried Steffani: Die Untersuchungsausschüsse des Preußischen Landtages zur Zeit der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Entwicklung, Funktion und politischen Bedeutung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 17. Düsseldorf 1960.

Stein

Ludwig Stein: Aus dem Leben eines Optimisten. Berlin 1930.

Sten. Berichte

Verhandlungen des Reichstags. II. Wahlperiode 1924—VII. Wahlperiode 1932. Bd. 381—455. Berlin 1924—1933.

Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten. XXI. Legislaturperiode (1912/13)—XXII.

Legislaturperiode 1913/18.

Stresemann-Vermächtnis Gustav Stresemann Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden. Hrs. v. Henry Bernhard unter Mitarbeit v. Wolfgang Goetz u. Paul Wiegeler.

3 Bde. Berlin 1932—1933.

Stürmer

Michael Stürmer: Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924—1928. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 36. Düsseldorf 1967.

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Thimme Roland Thimme: Stresemann und die deutsche Volkspartei. Histo-

rische Studien Bd. 382. Lübeck und Hamburg 1961.

Tormin Walter Tormin: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie.

Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der

politischen Parteien Bd. 4. Düsseldorf 1954.

Tormin, Geschichte Ders.: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848. 2., veränderte

Auflage Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1967.

Treviranus Gottfried Reinhold Treviranus: Das Ende von Weimar. Heinrich

Brüning und seine Zeit. Düsseldorf/Wien 1968.

Turner Henry Ashby Turner: Stresemann — Republikaner aus Vernunft.

Berlin/Frankfurt a. M. 1968.

Valentini Rudolf von Valentini: Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Auf-

zeichnungen und dem Briefwechsel des Wirklichen Geheimen Rats R. v. Valentini dargestellt von Bernhard Schwertfeger. Oldenburg

i. O. 1931.

Vogelsang Thilo Vogelsang: Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deut-

schen Geschichte 1930-1932. Quellen und Darstellungen zur Zeit-

geschichte Bd. 11. Stuttgart 1962.

Wertheimer Fr. Wertheimer: Von deutschen Parteien und Parteiführern im Aus-

land. Zweite, völlig neubearbeitete Auflage. Berlin 1930.

Westarp Kuno Graf Westarp: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des

Kaiserreichs. 2. Band (1914-18). Berlin 1935.

Wippermann Deutscher Geschichtskalender. Begründet von Karl Wippermann.

Hrs. v. Friedrich Purlitz (und Sigfrid H. Steinberg). Leipzig 1914

bis 1933.

WUA Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden

Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. 4. Reihe: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre

1918. Bde. 1—12/I. Berlin 1925—30.

Zimmermann: Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weima-

rer Republik. Göttingen/Berlin/Frankfurt 1958.

Verzeichnis der Zeitungen und Zeitschriften

Der Arbeitgeber (Berlin)

Berliner Tageblatt

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Essen/Düsseldorf)

Deutsche Handelswarte (Nürnberg)

Deutsche Hausbesitzer-Zeitung (Berlin-Spandau)

Deutsche Mittelstands-Zeitung (Berlin)

Der Deutschen-Spiegel (Berlin)

Frankfurter Zeitung

Das Grundeigentum (Berlin)

Haus und Grund (Düsseldorf)

Hessische Landeszeitung (Marburg)

Kölnische Volkszeitung

Kölnische Zeitung

Der Mittelstand (Köln)

Das neue Deutschland (Berlin)

Die neue Front (Berlin)

Nord und Süd (Berlin)

Oberhessische Zeitung (Marburg)

Preußische Jahrbücher (Berlin)

Preußische (Kreuz-)Zeitung (Berlin)

Reformierte Kirchen-Zeitung (Barmen)

Um Grund und Boden (Berlin)

Vorwärts (Berlin)

Vossische Zeitung (Berlin)

Verzeichnis der Abkürzungen

Abg. = Abgeordneter
B. = Joh. Victor Bredt

CSVD = Christlich-sozialer Volksdienst

DDP = Deutsche Demokratische Partei

DJZ = Deutsche Juristen-Zeitung (Berlin)

DMZ = Deutsche Mittelstands-Zeitung (Berlin)

DNVP = Deutschnationale Volkspartei

DVP = Deutsche Volkspartei

GWU = Geschichte in Wissenschaft und Unterricht

HHA = Haushaltsausschuß HZ = Historische Zeitschrift

KPD = Kommunistische Partei Deutschlands
 MdA = Mitglied des Abgeordnetenhauses

MdL = Mitglied des Landtages
 MdR = Mitglied des Reichstages
 NDB = Neue Deutsche Biographie
 NPL = Neue Politische Literatur

NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

OHL = Oberste Heeresleitung RGBl. = Reichsgesetzblatt

RKZ = Reformierte Kirchen-Zeitung

SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands

VfZ = Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WP = Wirtschaftspartei

WTB = Wolff's Telegraphisches Bureau

WUA = Werk des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, 4. Reihe

ZdBGV = Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins

ZfG = Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

ZfP = Zeitschrift für Politik

Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle*)	Seite		
I. Zur Innenpolitik (1916—1917)					
1	25. 11. 1916	Bredt an Staatsminister Bossart Bredt	297		
2	2. 12. 1916	Bredt an Staatsminister Bossart			
3	9. 12. 1916	Bredt an Staatsminister Bossart	298		
4	16. 12. 1916	Bredt	299		
		Bredt an Staatsminister Bossart Bredt an Staatsminister Bossart	300		
5	22. 12. 1916	Bredt	301		
6	Ende Dezember 1916	Bredt an Staatsminister Bossart Bredt	302		
7	29. 12. 1916	Bredt an Staatsminister Bossart Bredt	303		
8	27. 1. 1917	Bredt an Staatsminister Bossart Bredt	303		
9	3. 2. 1917	Bredt an Staatsminister Bossart			
10	10. 2.1917	Bredt an Staatsminister Bossart	304		
11	24. 2. 1917	Bredt an Staatsminister Bossart	305		
12	11. 3. 1917	Bredt	306		
		Bredt	307		
13	17. 3. 1917	Bredt an Staatsminister Bossart Bredt	308		
14	24. 3. 1917	Bredt an Staatsminister Bossart Bredt	309		
15	Mai 1917	Bredt an Staatsminister Bossart	310		
ı	ı	3.00	, 525		
	II. Die meck	klenburgische Verfassungsfrage (1917—1918)			
16	29. 8. 1917	Staatsminister Bossart an Bredt Bredt	315		
17	10. 10. 1917	Staatsminister Bossart an Bredt Bredt	315		
18	23. 10. 1917	Staatsminister Bossart an Staatsminister Langfeld Schwerin, Verfassungsakten.	316		

Die durch Kursivdruck hervorgehobenen abgekürzten Quellenbezeichnungen weisen auf die jeweils in den Kopfregesten nachgewiesene archivalische oder literarische Überlieferung hin.

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle		
19	24. 10. 1917	Bredt an Staatsminister Langfeld Schwerin, Verfassungsakten	317	
20	24. 10. 1917	Bredt: Verfassungsentwurf Schwerin, Verfassungsakten	318	
21	28. 10. 1917	Staatsminister Langfeld an Bredt	325	
22	28. 10. 1917	Bredt		
23	11. 11. 1917	Schwerin, Verfassungsakten	326	
24	12. 12. 1917	Schwerin, Verfassungsakten	327	
25	30, 12, 1917	Bredt	327	
26	6. 1. 1918	Bredt	328	
	0000 000 000000	Bredt	329	
27	15. 9. 1918	Staatsminister Bossart an Bredt Bredt	331	
	III. Zur j	preußischen Wahlrechtsfrage (1917—1918)		
28	14. 7. 1917	v. Dewitz an Bredt Bredt	335	
29	1. 9. 1917	Bredt: Freikonservatives Programm		
30	22. 9. 1917	Das neue Deutschland	336	
31	11. 2. 1918	Bredt	338	
32	22. 2. 1918	Bundesarchiv, Kardorff	339	
33	4. 3. 1918	Bundesarchiv, Kardorff	340	
		Deutsche Staatsbibliothek, Delbrück	340	
34	1. 6. 1918	Bredt	341	
I	V. Die Wirtschaftspartei	- Reichspartei des deutschen Mittelstandes (1921—1930)		
35	13. 1. 1921	Zur Preußenwahl Deutsche Hausbesitzer-Zeitung	345	
36	30. 6. 1924	Bredt an Graf Westarp Westarp	345	
37	29. 12. 1924	Staatsminister v. Loebell an Bredt	343	

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle		
38	25. 3. 1925	Frhr. v. Rheinbaben an Bredt		
39	31. 3.—7. 5. 1925	Bredt	347	
3)	31. 3.—7. 3. 1923	Bredt	349	
40	8. 4. 1925	Aufruf der Wirtschaftspartei zur Kandidatur Hinden-		
		burgs Haus und Grund	352	
41	7. 11. 1925	Kronprinz Wilhelm an Bredt		
42	23, 12, 1925	Bredt	352	
12	20. 12. 1723	Bredt	353	
43	26. 5. 1925	Lodgman-Auen an Bredt	054	
44	31. 3. 1930	Bredt	354	
		Bredt	358	
45	25. 9. 1930	Aussage Hitlers vor dem Reichsgericht Bundesarchiv, Reichskanzlei	358	
46	26. 9. 1930	Pressenotiz der Wirtschaftspartei zur Regierungs-	330	
		beteiligung Bundesarchiv, Solf	250	
47	2. 10. 1930	Erklärung der Reichspartei des deutschen Mittel-	359	
		standes		
48	13. 10. 1930	Bundesarchiv, Reichskanzlei	360	
10	10. 10. 1700	Bundesarchiv, Reichskanzlei	361	
49	16. 10. 1930	Minister Bredt bleibt im Amt! Deutsche Hausbesitzer-Zeitung	362	
50	24. 11. 1930	Bredt an die Reichspartei des deutschen	302	
		Mittelstandes	0.60	
51	25. 11. 1930	Bredt	363	
01	20. 11. 1700	Bundesarchiv, Reichskanzlei	364	
52	25. 11. 1930	Vermerk von Staatssekretär Pünder Bundesarchiv, Reichskanzlei	364	
53	11, 12, 1930	Zum Rücktritt von Minister Bredt	304	
	No. 201 September Media III del	Deutsche Hausbesitzer-Zeitung	365	
	V. Ein vergeblicher San	mmlungsversuch der bürgerlichen Mitte (1930—1932)		
54	10. 2.1930	Bredt: Berufsgedanke und Parteireform Kölnische Zeitung	369	
55	4. 2. 1932	Bredt an Dingeldey	207	
5.6	0 0 1020	Bundesarchiv, Dingeldey	372	
56	8. 2. 1932	Dingeldey an Bredt Bundesarchiv, Dingeldey	373	
	,	•		

-			1
Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
57	10. 2.1932	Bredt an Dingeldey Bundesarchiv, Dingeldey	374
58	23. 4. 1932	Bredt: Bürgertum und Länderwahlen Kölnische Zeitung	376
59	24. 5. 1932	v. Kardorff an Bredt Bredt	378
60	28. 5. 1932	v. Kardorff an Bredt Bredt	379
61	28. 5. 1932	v. Kardorff an Bredt Bredt	379
62	31. 5. 1932	v. Kardorff an Bredt Bredt	381
63	4. 6. 1932	v. Kardorff an Bredt Bredt	382
64	6. 6. 1932	v. Kardorff an Bredt Bredt	382
	VI. Zerfall und	Auflösung der Wirtschaftspartei (1932—1933)	
65	15. 2. 1932	Drewitz an Bredt Bredt	385
66	14. 4. 1932	Stein an Bredt Bredt	386
67	4. 5. 1932	Drewitz an Bredt Bredt	387
68	17. 5. 1932	Bredt an Reichskanzler Brüning Bredt	388
69	20. 9. 1932	Stein an Bredt	389
70	22. 9. 1932	Bredt	309
		partei Bredt	390
71	9. 10. 1932	Bredt: Freiheit und Leben für den Mittelstand! Die neue Front	391
72	28. 11. 1932	Bredt an Radbruch Bredt	393
73	7. 12. 1932	Bredt: letzte Reichstagsrede Sten. Berichte	394
74	19. 12. 1932	v. Kardorff an Bredt Bredt	396
75	26. 12. 1932	Bredt an Prälat Kaas Bredt	396
76	19. 1. 1933	Prälat Kaas an Bredt Bredt	397
77	2. 2. 1933	Drewitz an Bredt Bredt	398

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift und Quelle	Seite
78	3. 2. 1933	Wilhelm an Bredt Bredt	399
79	7. 2. 1933	Eder an Bredt Bredt	399
80	8. 2. 1933	Wilhelm an Bredt Bredt	400
81	Februar 1933	Keine Auflösung der Wirtschaftspartei Bredt	402
82	13. 2. 1933	Wilhelm an Bredt Bredt	402
83	Februar 1933	Zur Reichstagswahl	
84	13. 4. 1933	Die neue Front	402
		Wippermann	403

ERSTER TEIL

Erinnerungen

von

Joh. Victor Bredt

Erstes Kapitel¹)

Krieg und Kriegspolitik

(1914-1919)

¹⁾ Dieses Kapitel verbindet die ursprünglich gesonderten Abschnitte "Krieg!" und "Kriegspolitik".

Krieg und Kriegspolitik

"Um den ganzen militärischen Dienst kennenzulernen", wollte B. im Anschluß an das Sommersemester 1914 an einer mehrwöchigen Übung teilnehmen: "Statt dessen rückte ich in den Krieg!"

In einer Vorlesungspause stand ich mit einigen Kollegen im Sprechzimmer der Universität [Marburg], als das Extrablatt mit der Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand²) hereingebracht wurde. Wir sprachen natürlich über die Sache, aber niemand von uns erkannte die volle Tragweite. Der akademische Unterricht ging einfach weiter, und man dachte eher an alles andere als an Krieg. Erst allmählich verdichteten sich die Wolken, und die Kriegsgefahr stieg deutlich am Horizont hoch. [...]³)

Als die Mobilmachung kam⁴), da atmete ich auf und dachte an nichts anderes mehr als an Krieg. Meine Mobilmachungsorder lautete auf den fünften Mobilmachungstag abends in Kassel beim Generalkommando.⁵) Ich hatte also noch ein paar Tage vor mir und erlebte die erste Kriegsstimmung in Marburg. Unmittelbar nach Bekanntgabe der Mobilmachung wurden aus unerklärlichen Gründen die Lebensmittelgeschäfte gestürmt, und ein Ladenbesitzer rief mich um Hilfe an. Ich ging zum Jägerbataillon und erhielt Mannschaften, die vor den Geschäften aufgestellt wurden. Am folgenden Tage waren sie schon nicht mehr nötig, weil die Besinnung zurückgekehrt war.⁶)

Am Sonntag, dem 2. August, war ich mit meiner Mutter in der reformierten Kirche. Auf dem Hinweg hatte ich gehört, daß Italien sich neutral verhalte, was mir keine Überraschung war. Nun teilte Pastor Plannet?) — allerdings verfrüht — von der Kanzel mit, daß auch England gegen uns sei, und diese Nachricht schlug mir in die Seele. Den Krieg gegen England hielt ich für aussichtslos, nicht zu Lande, aber zur See. Auf dem Heimweg machte ich meinem Herzen vor meiner Mutter Luft und war tief gedrückt in meiner Stimmung. Später dachte ich an derartiges nicht mehr, und der alte Optimismus brach sich wieder Bahn.

Als ungedientes Mitglied des Automobilkorps wird B. dem Generalkommando des XI. Armeekorps in Kassel unter dem Kommandierenden General Otto von Plüskow zugeteilt; mitten auf dem Vormarsch nach Westen wird das XI. Korps aus dem Verband der 3. Armee abgetrennt, um in den Osten verlegt zu werden. B. überbringt am

²⁾ Am 28. 6. 1914 wurden Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin in Sarajewo ermordet.

³⁾ B. bedauert, daß der Kaiser wisse, "was auf dem Spiele steht", und "es nie zum Kriege kommen lassen" werde.

⁴⁾ Am Nachmittag des 1. August befahl der Kaiser die Mobilmachung des deutschen Heeres und der Kaiserlichen Marine.

⁵) In Kassel befand sich das Generalkommando des XI. Armeekorps.

⁶⁾ In der Lokalpresse wird dies nicht erwähnt; freundl. Mitteilung der Oberhessischen Presse (Marburg) v. 21. 6. 1968.

⁷⁾ Wilhelm Plannet, (1877—), 1911—1924 Pfarrer in Marburg.

25. August als "Briefbote für das Unglück der ganzen deutschen Feldarmee" die Meldung Generaloberst von Hausen.⁸)

In Malmedy liest B. am 30. August in einem Extrablatt, daß "die vom Narew vorgegangene russische Armee in der Stärke von fünf Armeekorps und drei Kavalleriedivisionen in dreitägiger Schlacht in der Gegend von Gilgenburg und Ortelsburg" unter der Führung des Generalobersten von Hindenburg geschlagen sei und verfolgt werde.⁹)

Lange stand ich vor dem Extrablatt tief in Gedanken. Es war das erste Mal seit dem Ausrücken, daß meine hohe Stimmung einer gewissen Beklemmung wich. Also die Russen waren in Ostpreußen entscheidend geschlagen. Hatte es da noch einen Sinn, daß unsere beiden Korps in den Osten kamen? Ich erinnerte mich der Bestürzung beim Oberkommando Hausen und hatte die unklare Empfindung, daß da irgendwie kopflos gehandelt wurde. Aber weiter: standen wir wirklich siegreich vor Paris? Die Zeitungen¹⁰) schrieben es an dem Tage, aber ich weiß noch gut, wie ich das Gefühl hatte, das könne so nicht stimmen. Es kam wie eine Offenbarung über mich: Nein, das geht nicht so einfach wie 1870! Dieser Krieg hat ganz andere Ausmaße wie der letzte und wird nicht so schnell zu Ende gehen. Von den Geschehnissen an der Front in Frankreich wußte man bei uns nichts, ich konnte also auch nicht ahnen, daß sich schon das Unheil zusammenzog. Ich stand nur tief in Gedanken versunken vor dem Extrablatt und hatte zum ersten Male ein gewisses unklares Vorgefühl von kommenden schweren Tagen. Als daher unmittelbar darauf eine Dame auf mich zukam und mir mit salbungsvollen Worten Blumen überreichen wollte, da lehnte ich lieber ab, obwohl sie etwas von "Dank an die heimkehrenden Sieger" sprach. Es kam mir vor, daß es noch zu früh war.

Am 31. August wird das XI. Korps "nach dem Osten verladen"; seit dem 5. September beginnt von Allenstein aus der Vormarsch. In Rauttershof übermittelt B. eine Einladung zum Abendessen an den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten und Rittmeister Ernst Bassermann.¹¹)

Jetzt in Rauttershof schickte mich *Plüskow* zu *Bassermann* mit dem Auto aus, um ihn zum Abendessen zu holen. Er kam auch sogleich mit und wurde sehr höflich empfangen, vor allem von den Fürstlichkeiten.¹²) Als wir nun nach Tisch zusammensaßen, meinte *Plüskow* plötzlich: "Nun, Herr *Bassermann*, äußern Sie

⁸⁾ Das Oberkommando der 3. Armee (Hausen) befand sich in der alten Vaubanschen Festung Rocroy. Plüskow, der den Befehl früher erhalten hatte, informierte durch B. Hausen. Die Meldung bewirkte "eine Explosion von Ärger und Bestürzung. Ich selbst konnte damals noch nicht ahnen, daß ich die Tatsache gemeldet hatte, die in letzter Linie unsere Niederlage an der Marne herbeiführte." — Vgl. Kuhl I S. 36. Max Frhr. v. Hausen (1846—1922) wurde wegen einer schweren Typhuserkrankung am 12. September von seinem Posten abberufen. Vgl. Th. Vogelsang. In: NDB 8 (1969) S. 113. In seinen "Erinnerungen an den Marnefeldzug" (2. Aufl. 1922) erwähnt Hausen die Aktion Bredts nicht.

⁹⁾ In der Schlacht bei Tannenberg (26.—30. August) konnte die russische Narew-Armee eingeschlossen und größtenteils vernichtet werden; Kuhl I S. 47 ff.

¹⁰⁾ Kölnische Volkszeitung Nr. 768 v. 30. 8. 1914 (Erstes Blatt — Sonntagsausgabe): "Der deutsche Sieg in Ostpreußen".

^{11) (1854—1917),} MdR 1893—1917; Bassermann war zu Beginn des Krieges ins Feld gerückt und in Namur von B. bereits kurz Plüskow vorgestellt worden; vgl. auch Eschenburg S. 5.

¹²⁾ Dem Generalkommando hatten sich u. a. angeschlossen Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar († 1925), Fürst Heinrich XXVII. Reuß und Prinz Joachim von Preußen.

sich einmal über die politische Lage!" Was sollte der arme Bassermann da nun sagen? Er sagte allerlei, was wohl gar nicht verstanden wurde in diesem Kreise, aber ein Gespräch kam nicht recht auf. Später sagte Plüskow: "Begleiten Sie Ihren Freund Bassermann in sein Quartier." Im Auto sprach Bassermann sehr anerkennend über Plüskow, der ihm ausgezeichnet gefallen habe und ein kluger Mann zu sein scheine! Als ich dann aber wieder beim Generalkommando war, sagte Plüskow: "Ich will Ihnen etwas sagen: Mit Ihrem Freunde Bassermann ist gar nichts anzufangen. Er wußte ja nichts zu sagen über die politische Lage. Das sind nun die Herren Abgeordneten, die unsere Politik machen!" So urteilten diese beiden Männer übereinander.

In der Nähe von Perkallen (Ostpreußen) wird B. am 12. September 1914 verwundet. Die Zerschmetterung des Unterkiefers beendet zunächst den aktiven Dienst; als Verwunderter kommt B. nach Königsberg, Marburg und Berlin, wo er am 22. Oktober dennoch einer Sitzung im Abgeordnetenhaus¹³) beiwohnt, das einen Siegfrieden fordert. Die Sitzung endet "mit einem dreifachen Hoch auf den obersten Kriegsherrn", in das B. "begeistert" einstimmt.

Am 9. Februar 1915 nimmt das Abgeordnetenhaus¹⁴) "den neuen Staatshaushalt ohne weitere Debatte" an. "Auf dem Korridor" bietet der konservative Abgeordnete v. Kries¹⁵) B. an, in die Zivilverwaltung von Polen einzutreten, zunächst als Vertreter des freikonservativen Parteifreundes Georg Schultz-Bromberg¹⁶), der als Kreischef von Konin und Slupka für eine Zeit vertreten werden sollte.

Sitz der Verwaltung in Russisch Polen war damals Posen. Sie stand unter dem General der Infanterie von Tülff¹⁷), dem der Regierungspräsident a. D. von Brandenstein¹⁸) als ziviler Verwaltungschef beigegeben war. Zwischen beiden war es aber schon zu den üblichen Reibungen gekommen, und Brandenstein war in Urlaub, von dem er nicht wieder zurückkehrte. Auch Tülff trat bald zurück und wurde ersetzt durch den Obersten von der Esch, der aber nur als "Beauftragter des Oberbefehlshabers" [Ost] auftrat. Der Stellvertretende Verwaltungschef, Landrat von Kries, führte die Geschäfte.

Am 6. März traf ich in Posen ein und stieg im Hôtel de Rome ab. Dann meldete ich mich bei General von Tülff, der meinen Namen kannte, weil ich 1914 in Koblenz bei seinem Korps die Übung hatte machen wollen. Erster Adjutant war

¹³) Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1914/15 Bd. 7 Sp. 8327. — Vgl. auch "Die Kriegstagung des Preuß. Landtages" Kölnische Volkszeitung Nr. 917 v. 23. 10. 1914 (Morgenausgabe).

¹⁴) Die Sitzung schloß mit einer von allen Fraktionen gebilligten Erklärung Heydebrands: "Jetzt handelt es sich um Kampf und Sieg; was später kommt, ist eine andere Frage." Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1914/15 Bd. 7 Sp. 8359—61.

¹⁵) Wolfgang v. Kries (1868—1945), vom Frühjahr 1915 bis November 1917 Chef der dt. Zivilverwaltung in Polen. Zur Person und Organisation der Verwaltung vgl. ausführlich Conze, Poln. Nation S. 70 f. — Die Verbindung zu Kries hatte Plüskow vermittelt; Nachlaß Bredt; siehe auch Anm. 18.

¹⁶) (1860—), MdR 1907—1918; 1919—1930 (DNVP).

¹⁷) Tülffv. Tschepe u. Weidenbach († 1934) übernahm am 11. 1. 1915 im Auftrage des Oberbefehlshabers Ost die Deutsche Verwaltung in Russisch Polen. Zweisprachige Bekanntmachung im Nachlaß Bredt.

¹⁸⁾ Am 4. Februar dankte Hans Frhr. v. Brandenstein (Posen, Zivilverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost) B. für die "Bereitwilligkeit", in der Zivilverwaltung mitzuhelfen; Brandenstein trat im April 1915 zurück. Hutten-Czapski II S. 180.

Fürst Isenburg-Birstein¹⁹), den ich von Hessen her kannte. Zweiter Adjutant war der konservative Abgeordnete von Seydlitz²⁰), Rittmeister der Reserve. Bei Kries traf ich in der Verwaltung zahlreiche Herren, die ich aus meiner Zeit bei der Regierung kannte.²¹) Leiter der Finanzabteilung war Oberregierungsrat Ueberschaer²²), den ich als Freund von Professor Heymann schon kennengelernt hatte. Den Abend verbrachte ich sehr vergnügt in großer Gesellschaft im Hôtel de Rome.

Am 8. März kam ich an der deutschen Grenzstation Stralkowo an, wo Schultz mich abholte. Wir fuhren über die endlose Landstraße Slupka-Golina-Konin, und zum ersten Male sah ich näher das kulturell so zurückgebliebene polnische Land. Schultz hatte mir etwas von "herrlicher Gegend" geschrieben, ich sah mich aber vergeblich nach ihr um, denn damals hatte ich noch kein Auge für die Schönheiten der östlichen Ebene mit ihren Wäldern, Wassern und niedrigen Erhebungen; erst später habe ich mich völlig in sie versenkt. Konin machte zuerst auf mich einen entsetzlichen Eindruck, um so überraschter war ich von meinem einstweiligen Quartier bei einem jüdischen Arzt, das außerordentlich sauber und einladend war.

Am folgenden Tag verließ Schultz Konin, und ich zog in seine Wohnung im Hause der Zivilverwaltung. Das Gebäude der russischen Kreisverwaltung war jetzt militärische Ortskommandantur, das Rathaus diente noch seinem Zweck, und so war die Kreisverwaltung in das Gebäude eines Fabrikanten Raymond gelegt worden, am Eingang des Ortes. Unten waren die Büros, oben wohnte ich in zwei Zimmern, und auf dem Hof waren die Landsturmreiter untergebracht, die als Gendarmen Dienst taten. Es gab im ganzen fünf Beamte aus der preußischen Verwaltung und mit ihnen ließen sich die Geschäfte leicht bewältigen. [...]

Nach dem ersten Umsehen faßte ich meine Arbeit an. Es konnte von einer geordneten Kreisverwaltung noch keine Rede sein, ich hielt sie aber auch nicht für notwendig. Ich kam sofort zu der Ansicht, daß die Zivilverwaltung ihre Aufgabe durchaus verkannte. Sie wollte das Land patriarchalisch regieren, wie es im friedlichen Preußen Sitte war. Dabei schwebte wohl schon der Gedanke im Hintergrund, daß man das Land später behalten wolle und deshalb heben müsse. [...]

Mitte April 1915 verläßt B. Konin, um vorübergehend den Kreischef von Wieluń zu vertreten.²³)

Am 15. April kam ich in Wieluń an, mit einem Auto von der Bahnstation Wilhelmsbrück her. Die Landschaft war fast ebenso wie bei Konin, auch der Ort war ganz ähnlich. Die Kreisverwaltung war im Gebäude der russischen Verwal-

¹⁹) Franz Joseph Fürst Isenburg-Birstein (1869—1939) wurde später Verwaltungschef in Litauen; vgl. Basler S. 273; siehe auch S. 129.

²⁰) Adolf v. Seydlitz-Habendorf (1865—), MdA s. 1913.

²¹) Siehe Einleitung S. 7 f.

²²) Vertreter des Präsidenten für das Allgemeine Geschäftsgebiet der Oberzolldirektion in Breslau (1918).

²³) Am 13. 4. 1915 telegrafierte B. an seine Mutter, daß er statt nach Slupka nach Wieluń versetzt sei; Nachlaß Bredt.

tung geblieben, und dort war auch die Wohnung des Kreischefs. Die Verwaltung war bereits völlig eingerichtet, und ich hatte keine Neigung, in den paar Wochen der Vertretung etwas Wesentliches zu ändern. Kreischef war der Rittergutsbesitzer von Oppen²⁴) auf Dannenwalde im Kreise Kyritz. Er hatte alles so eingerichtet, wie er es im Kreisausschuß zu Kyritz gesehen hatte und dem Ganzen einen möglichst friedensmäßigen Anstrich gegeben. Als landwirtschaftlicher Sachverständiger war der Rittergutsbesitzer Herlemann aus Westpreußen tätig, mit dem ich mich bald anfreundete.

Es kam auch jetzt darauf an, möglichst viel Nahrungsmittel transportfähig zu machen. Sie gingen aber nicht mehr nach Deutschland, sondern nach Lodz und Tschenstochau, wo die Bevölkerung Hunger litt und versorgt werden sollte. Ich griff auch hier rücksichtslos durch, ließ aber Maueranschläge machen, daß alles beschlagnahmte Getreide nur für die polnische Bevölkerung bestimmt sei. Das machte allerdings auf die Polen wenig Eindruck, nahm aber meinen Maßnahmen in gewisser Weise die Schärfe. [...]

Am 19., 20. [und] 21. April fand in Kattowitz eine lange Verhandlung statt zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Delegierten über die Teilung des polnischen Okkupationsgebietes. 26) Von deutscher Seite kamen Unterstaatssekretär Lewald 27, Verwaltungschef von Kries, Oberst von der Esch, Fürst Isenburg und andere. Von österreichischer Seite kam der diplomatische Vertreter in Warschau, Baron Andrian, mit einem großen Stabe. 28) Die deutschen Kreischefs waren ebenfalls zugezogen. Eine vorläufige Teilungslinie 29) war schon festgelegt, sie sollte nunmehr endgültig für die Dauer des Krieges vereinbart werden. Die Verhandlungen trugen stellenweise einen sehr heftigen Charakter, weil auf beiden Seiten um jeden Quadratmeter mit Erbitterung gefochten wurde. Namentlich die Bergwerke gaben zu langen Kämpfen Anlaß. Die Sitzungen fanden statt im Gebäude des Berg- und Hüttenmännischen Vereins. Abends war ein gemeinschaftliches Diner, das die Gemüter wieder beruhigen sollte.

Ich fuhr aus Kattowitz ziemlich niedergeschlagen ab. Es war mir unverständlich, wie man derart in Streit geraten konnte über ein Gebiet, das man doch nur einstweilen besetzt, aber noch lange nicht erobert hatte. Und wollten wir denn eigentlich das alles für Deutschland behalten? Dachten die Leute von Kattowitz tatsächlich daran, später friedensmäßige Verwaltungsbeamte in diesem Gebiet zu werden? Es sah tatsächlich danach aus, aber deswegen führten wir doch nicht Krieg! [...]

Am 25. bis 28. April war in Posen bei der Zivilverwaltung eine lange Verhandlung. Das militärische Oberkommando war nicht zufrieden mit der Zivilverwaltung,

²⁴) Joachim v. Oppen, Reg.-Assessor a. D.

²⁵) Vgl. für die kriegswirtschaftliche Ausnützung des Verwaltungsgebietes Conze, Poln. Nation S. 125 ff. u. Basler S. 110 ff.

²⁶) Conze (a.a.O. S. 70) datiert die Konferenz auf den 20.—22. 4. 1914.

²⁷) Theodor Lewald (1861—1947) war 1910—1917 Min. Dir. im Reichsamt des Innern und wurde erst 1917 (—1918) zum Unterstaatssekretär ernannt.

²⁸) Conze, Poln. Nation S. 73.

²⁹) Abkommen vom 9./10. Januar 1915; ebd. S. 69.

weil diese nicht begriff, daß noch Krieg war und alles auf diesen Zweck eingestellt werden mußte. Das sollte nun in dieser Verhandlung einmal klargestellt werden. Von militärischer Seite kamen ausgerechnet meine alten Freunde³⁰): der nunmehrige Oberquartiermeister der 9. Armee Generalmajor von Sauberzweig, mit ihm der Oberstleutnant von Brandenstein, für die Etappenverwaltung der Hauptmann von Vahlkampf. Sauberzweig sagte der Zivilverwaltung mächtig Bescheid, fand aber passive Resistenz. Die Herren von der Zivilverwaltung betrachteten die Dinge bereits von dem Standpunkte aus, daß sie ihre Kreise gegen Übergriffe der Militärs zu schützen hätten. Polen hatte eine gewisse hypnotische Wirkung auf die preußischen Beamten, wie mir damals klar wurde.

Am 17. Mai 1915 verläßt B. Wieluń; im Sommer vertritt er den Kreischef von Wlozlawek.

Am 15. Juli traf ich in dieser alten Weichselstadt ein. Sie war schön und groß gebaut, Sitz eines Bischofs, Wohnort reicher Fabrikanten und Kaufleute. Es herrschte für polnische Begriffe ein glänzendes Leben und vergnügte Geselligkeit. Ich verlebte dort Tage wie in einem deutschen Badeort zur Hochsaison. Die Verwaltung war groß, denn sie umfaßte die beiden Kreise Wlozlawek und Nieszawa mit zusammen etwa 400000 Einwohnern. Stellvertretender Kreischef war ein alter Hauptmann der Landwehr. [...]

Eine besondere Freude war es mir aber, einen guten Freund anzutreffen als landwirtschaftlichen Sachverständigen: den konservativen Abgeordneten Graf Wilamowitz-Moellendorff³¹) auf Gadow. Wir hatten in Berlin viel miteinander verkehrt, weil wir beide im Kaiserhof wohnten, nannten uns Du und beschlossen, in Wlozlawek eine vergnügte Zeit zusammen zu verleben. Er führte bei seinen Freunden den Namen "der Wilde", wegen seines gewaltigen roten Schnurrbartes und seiner lauten Stimme; er war aber ein herzensguter Mensch.

Die Verwaltung machte mir nicht viel zu schaffen. Der in Urlaub befindliche Kreischef, Landrat Buresch³²) aus Hohensalza, hatte sie gut aufgezogen, und schwierige Fragen tauchten nicht auf. Buresch lebte allerdings in Krieg mit den Militärs wie die meisten Kreischefs. Da ich nun allenthalben beim Militär gutes Ansehen genoß, kam ich sehr gut aus mit den führenden Herren. [...]

Die Zeit verlief völlig sorgenlos. Tagsüber saß ich oft auf dem Balkon, sah die Akten durch und betrachtete den Korso der Damenwelt, die sich in Wlozlawek durch eine Eleganz und Anmut auszeichnet[e], daß man an Paris erinnert [wurde]. [...]

Am 30. Juli hatte ich die Aufgabe, die neue Stadtverwaltung einzurichten.³³) Es war nach dem Muster der preußischen eine polnische Städteordnung erlassen worden, weil man den Polen Selbstverwaltung geben wollte. Der Oberbürgermeister, ein preußischer Stadtrat *Fredrich*, war vom Verwaltungschef ernannt; die übrigen Mitglieder des Magistrats und die Stadtverordneten hatte ich zu

³⁰⁾ Vom Stabe des XI. Armeekorps.

³¹⁾ Wichard Graf v. Wilamowitz-Moellendorff (1871-1916), MdA s. 1913.

³²⁾ Dr. Buresch, Geh. Reg.-Rat, Rittergutsbesitzer.

³³⁾ Im deutschen Okkupationsgebiet wurde am 1. Juli 1915 die sog. Hindenburgsche Städteordnung eingeführt, vgl. Kries (1933) S. 149. Conze, Poln. Nation S. 127 f.

ernennen. Ich führte demnach auf dem Rathaus den Oberbürgermeister in sein Amt ein, ernannte den bisherigen provisorischen Bürgermeister Bauer zum Stadtverordnetenvorsteher und gab die übrigen Ernennungen bekannt. Ich hatte mich natürlich von Vertrauenspersonen beraten lassen und die tatsächlich führenden Leute der Stadt dazu ausersehen.

Nach der Eroberung von Warschau am 5. August 1915 durch deutsche Truppen bricht der Kreischef Buresch seinen Urlaub ab, "weil er bei der folgenden Neuordnung nicht fehlen wollte". B. kehrt nach Berlin zurück und tritt "trotz Dienstuntauglichkeit" durch Vermittlung des Generals von Plüskow am 10. August in das Ersatzbataillon des 2. Garde-Regiments z. F. ein; der Grenadier B. lehnt wenige Tage später die Übernahme eines der neu eroberten Kreise ab; am 28. August wird ihm jedoch die Verwaltung des Kreises Tschenstochau angeboten, das B. bereits früher beeindruckte. Innerhalb weniger Tage wird B. zum Gefreiten und Vizefeldwebel befördert; der Wahl in das Offizierskorps des 2. Garde-Regiments steht nichts mehr im Wege, und B. reist Anfang September 1915 nach Tschenstochau ab.

In Tschenstochau fand ich einen viel größeren Rahmen, als ich bis dahin gewöhnt war. Die Zivilverwaltung hatte immer mehr Aufgaben übernommen und ihr Personal entsprechend vermehrt. So gab es in Tschenstochau auf dem Kreisamte schon 11 Abteilungen mit je einem Chef und im ganzen über 11 Beamte und Angestellte. Jeden Tag hatte ich 400 bis 500 Eingänge. Die Verwaltung der einzelnen Gemeinden war wieder völlig in Gang, und die russischen Woits (Bürgermeister) arbeiteten wie früher. Die Kommunalaufsicht wurde vom Kreischef geführt wie in Preußen. Auch die russischen Steuern wurden veranlagt und erhoben wie in Friedenszeiten. Die Polizei in der Stadt und die Gendarmerie auf dem Lande wurde meist von deutschen Beamten geführt. Ein großes Feld der Betätigung bildete auch die Beschlagnahme von Material aus den großen Fabriken. Es gab in Tschenstochau drei Industriewerke, die alle in den Händen von Franzosen und Belgiern waren: Motte, Peltzer³⁴), Compagnie Czenstochovienne. In allen dreien hatte man aus den kostbaren Maschinen das Kupfer herausgenommen und damit den Eigentümern gewaltigen Schaden zugefügt. Außerdem wurde natürlich alle Wolle, Baumwolle usw. beschlagnahmt und abgeführt; auch das machte die Kreisverwaltung. Die landwirtschaftliche Abteilung war besonders wichtig für die Ernährung der großen Stadt Tschenstochau. Es konnte keine Rede mehr davon sein, Nahrungsmittel auszuführen, die Stadt brauchte vielmehr noch Zufuhr aus anderen Kreisen. Um so mehr mußte der eigene Kreis nach aller Möglichkeit herangezogen werden. Endlich wurden jetzt sogar die Schulen unter deutsche Aufsicht genommen, und dies gab Veranlassung zu einem Mißverständnis.

Der bisherige Kreischef von Tschenstochau, Landrat von Thaer³⁵), war nach Warschau berufen worden als Leiter der neuen Schulabteilung. Da dies in den

³⁴) Es handelt sich um einen belgischen Zweig der bekannten rhein. Unternehmerfamilie. Vgl. H. F. Macco, Genealogie der Familien Peltzer. Aachen 1901, S. 202; bei Motte handelt es sich um eine aus Roubaix eingewanderte französische Textilindustriellenfamilie; allgemein Kries (1934) u. Conze, a.a.O. S. 133 f.

³⁵⁾ Vgl. Hutten-Czapski II S. 246; Conze, a.a.O. S. 119.

Zeitungen bekannt gegeben wurde, gleichzeitig mit meiner Ernennung, erschien in zahlreichen Zeitungen mein Bild mit der Unterschrift: "Professor Bredt, der neue Schuldezernent in Warschau".36) Da ich es nun unter meiner Würde fand, als Schuldezernent Krieg zu führen, erließ ich allenthalben energische Dementis. In personeller Hinsicht machten sich die ersten Anzeichen der Demoralisation bemerkbar. Es gab ganz vortreffliche Beamte, die vorbildlich ihre Pflicht taten, es gab aber auch solche, bei denen ein gewisser Polenkoller sich bemerkbar machte. Bald nach meinem Dienstantritt mußte der bisherige sogenannte Kreissekretär im Disziplinarverfahren entlassen werden. Nachher mußte ich noch öfter Beamte entfernen, die entweder nicht immun gewesen waren gegen Lapufka nach russischem Muster oder die einfach nicht arbeiten wollten. Namentlich junge Herren mit Protektion glaubten zuweilen in einer Weise auftreten zu können, die im alten Preußen undenkbar war. Gerade mit Leuten dieser Art hatte ich vielen Ärger, doch im ersten Jahre an der Warschauer Verwaltung einen Halt. Erst Ende 1916 wurden die personellen Verhältnisse unleidlich.37)

B. übernimmt mehrere verwundete Reserveoffiziere, im Zivilleben Juristen, in die Verwaltung, um "kriegsbrauchbare Offiziere" aus der Verwaltung zu entfernen. Das Verhältnis zu der Militärverwaltung wird in Tschenstochau schwieriger. Innerhalb der Zivilverwaltung setzt sich B. besonders mit Schulrat Dr. Mikulla auseinander.

Der schon ältere Herr nahm sein Amt mit preußischer Pflichttreue wahr, revidierte unermüdlich niedere und höhere Schulen und brachte die polnischen Lehrer zur Verzweiflung. Ich stand demgegenüber auf dem Standpunkt, daß wir uns die ohnehin schon nicht leichte Lage nicht noch schwieriger machen sollten durch unnötiges Regieren in den Schulen. Insbesondere schien es mir völlig gleichgültig für die Kriegslage, wie das Abiturientenexamen auf dem Tschenstochauer Gymnasium gehandhabt wurde. So sabotierte ich tatsächlich das Wirken des Schulrats nach Kräften und machte kein Hehl daraus.

Im Sommer 1915 erobern die Mittelmächte ganz Polen; nach kurzer Zeit wird ein Generalgouvernement eingerichtet und dem Eroberer von Antwerpen und Modlin, General von Beseler³⁸), übertragen. Die Zivilverwaltung blieb bestehen, und die Kreischefs merkten vom Generalgouvernement nur wenig, da dieses seine Anordnungen über den ihm unterstellten Verwaltungschef [von Kries] traf.

Am 18. und 19. November 1915 nimmt B. in Berlin an einer Sitzung der Immobiliarkreditkommission teil.³⁹)

Als ich nach Tschenstochau zurückkam, fand ich schwierige Verhältnisse vor. Wegen tiefen Schneefalls waren Nahrungsmittel schwer heranzubringen, und der Hunger drohte. Es kam mir aber zustatten, daß ich in der letzten Zeit mit Gewaltmaßregeln 25 000 Zentner Kartoffeln hatte heranfahren lassen. Die Gespanne hatte ich requirieren und die Kartoffeln mit militärischer Gewalt neh-

³⁶⁾ Vgl. drei Zeitungsausschnitte im Nachlaß Bredt; DZA Merseburg, Rep. 76 Va Sekt. 12, Tit. 4, Bl. 82; ein Widerruf ist im Nachlaß nicht überliefert.

³⁷) Conze, Poln. Nation S. 115 f. — Siehe auch weiter unten S. 114.

³⁸⁾ Hans Hartwig v. Beseler (1850—1921) wurde am 24. 8. 1915 zum Generalgouverneur ernannt; Conze, Poln. Nation S. 87 f.

³⁹) Siehe Einleitung S. 15.

men müssen. Jetzt konnte ich diese Vorräte ausgeben und die Scharen hungriger Leute wenigstens notdürftig abspeisen. Auf dieselbe Weise wurde sofort die Zufuhr von Getreide in Angriff genommen. Am 24. November kam der Verwaltungschef von Kries persönlich, weil er in Sorge war wegen der Ernährung der Stadt. Er war sehr erstaunt, aber auch entzückt, als er sah, wie lange Reihen von Bürgern an den großen Fabriken abgefertigt wurden. An diesem Tage bekam ich viele Komplimente zu hören, denn in anderen großen Städten von Polen hatte die Sache keineswegs geklappt. [...]

Am 5. Dezember nahm ich in Berlin an einem großen Parteitag teil, der so gelegt war, daß gleichzeitig der 75. Geburtstag von Zedlitz40) gefeiert werden konnte. Freiherr von Gamp⁴¹) hatte den Vorsitz und erwähnte mich in der Begrüßungsrede mit den Worten, die Partei sei zu der Ansicht gekommen, ich sähe mit der Kriegsverwundung noch schöner aus als früher. Im Festsaale des Abgeordnetenhauses fand die Sitzung statt, in der auch über die Kriegsziele debattiert wurde. Graf Moltke42) hatte eine "pflaumenweiche" Resolution entworfen, die eigentlich nichts besagte. Dann setzte Kardorff43) auseinander, wir würden doch keinen Siegfrieden erfechten und müßten uns mit dem Status quo ante begnügen. Das war aber für meine damaligen Ansichten unerhört. Ich meldete mich zu Wort und hielt eine schlagende Rede im Sinne von Durchhalten, Annexionen und Entschädigungen, die gewaltigen Beifall auslöste und mich zum Helden des Tages machte. Kardorff zuckte nur die Achseln und sagte: "Sie werden ja sehen!" Wir konnten uns damals nicht verstehen, weil ich mich durchaus als Soldat und Kriegsteilnehmer fühlte, während Kardorff als unabkömmlich seinen Kreis verwaltete.44)

Zur Eröffnung des preußischen Abgeordnetenhauses am 13. 1. 1916 ist B. in Berlin.

Diesmal fanden schon wieder wirkliche Verhandlungen statt, an denen ich mich beteiligte. ⁴⁵) Es ging um die vielberufene "Kriegeransiedlung", die auch im Landtage als Schlagwort umging. Nun hatte ich unterdessen in Tschenstochau meine Erfahrungen gemacht und setzte im Plenum auseinander, zur Ernährung der großen Städte brauche man große Güter, denn Bauernwirtschaften lieferten viel zu wenig Überschüsse; man solle auch diesen Gesichtspunkt berücksichtigen.

⁴⁰) Octavio Frhr. v. Zedlitz u. Neukirch (6. 12. 1840—31. 3. 1919) zählte s. 1876 mit kurzen Unterbrechungen zu den führenden freikonservativen Mitgliedern des preuß. Abgeordnetenhauses, bis 1918 Partei- und Fraktionsvorsitzender, 1871—1874 MdR. Vgl. Johannes Fischart (d. i. Erich Dombrowski), Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands. Berlin 1919 S. 7—15; P. A. Merbach, O. v. Zedlitz-Neukirch, in: Deutscher Aufstieg S. 361—365. Mende S. 97; Die Post (Berlin) Nr. 619 (Morgenausgabe) v. 5. 12. 1915.

⁴¹) Karl Frhr. v. Gamp-Massaunen (1846—1918), MdA 1893—1918, MdR 1884—1918.

⁴²⁾ Otto Graf Moltke (1847—1928), MdA 1893—1918.

⁴³⁾ Siegfried v. Kardorff (1873—1945), s. Okt. 1908 Landrat des Kreises Lissa (Posen); MdA 1909—1918, MdR 1920—1932 (DVP), MdL (Preußen) 1921—1924.

⁴⁴⁾ Die Post (Berlin) Nr. 624 (Morgenausgabe) v. 8. 12. 1915: "Entschließung der Reichspartei". Geiss S. 66 f.

⁴⁵) Gesetzentwurf zur Förderung der Ansiedlung; — Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916 Bd. 1 Sp. 143—54. B. betonte die Grenzen der inneren Kolonisation; "der Großgrundbesitz allein hat es uns in diesen schweren Zeiten ermöglicht, überhaupt über Wasser zu bleiben" (144).

Das löste große Empörung im Hause aus, und ich mußte mich noch gegen gewaltige Angriffe des freisinnigen Häuptlings Dr. Pachnicke⁴⁶) verteidigen.

Am 27. Januar feierte ich in Tschenstochau mit großem Pompe den Geburtstag des Kaisers, mit Freudenfeuern auf den großen Plätzen. Am Festabend meiner Verwaltung hielt ich die Rede, die mit einem donnerndem Hoch auf den Allerhöchsten Kriegsherrn schloß.

Dann kam eine Arbeit ganz anderer Art. Im Abgeordnetenhaus wurde der "Entwurf eines Schätzungsamts-Gesetzes" verhandelt, eines Vorläufers des späteren Reichsbewertungsgesetzes.⁴⁷) Aus den Drucksachen sah ich, daß man in der Kommission offenbar über den Begriff "Wert" gar nicht einig war. Ich ließ mir also in aller Eile Literatur kommen und arbeitete einen Aufsatz aus: "Wertbegriff und Gesetze". Er erschien in der Zeitschrift des Schutzverbandes⁴⁸) und wurde im Abgeordnetenhaus verteilt. Als ich im März nach Berlin kam, stellte ich fest, daß der Aufsatz in der Kommission großes Aufsehen gemacht hatte und den Arbeiten zugrundegelegt wurde. [...]

Es kam in jener Zeit darauf an, möglichst viele Eisenarbeiter aus dem polnischen Industriegebiet nach Oberschlesien herüberzubringen. Ein von mir eingerichtetes Arbeitsvermittlungsamt hatte gute Erfolge, aber schließlich waren keine Arbeiter mehr vorhanden. Auch der Kreischef im benachbarten Sosnowitz war am Ende seiner Leistungsfähigkeit angekommen. Da kam eines Tages der Befehl, 100 jüdische Handarbeiter nachts auszuheben und nach Kattowitz zu schaffen. Sie standen schon jammernd auf einem Hofe marschbereit, als der Befehl kam, sie wieder laufen zu lassen. So blieb Polen von den Arbeiterdeportationen nach dem Muster von Belgien verschont. Es gab zwar noch eine sehr große Zahl von Metallarbeitern im österreichischen Okkupationsgebiet, aber diese wurden nicht herübergelassen. [...]

Als später in Kattowitz beim Bergbaulichen Verein eine Sitzung wegen der Arbeiterfrage stattfand, bekam ich große Anerkennung zu hören. Im ganzen wurden unter meiner Verwaltung 11248 Arbeiter nach Oberschlesien gebracht.⁵⁰)
[...]

⁴⁶) Hermann Pachnicke (1857-1935), MdA 1907-1918, Fraktionsvorsitzender der Fortschrittlichen Volkspartei; vgl. ebd. Sp. 147 f. — B. entgegnete u. a.: "Ich habe mich nur dagegen ausgesprochen, daß die Bodenreformer ein Gesetz verlangen, wonach jeder Kriegsteilnehmer — das sind 5—6 Millionen — Anspruch darauf hat, eine Ansiedlung zu bekommen" (Sp. 148). Vgl. ebd. Sp. 149 f. auch den Widerspruch von Lohmann.

⁴⁷) Im Februar 1916 wurde der Entwurf des Schätzungsamts-Gesetzes dem Abgeordnetenhaus zugeleitet. Die schon vor dem Krieg einsetzende Steigerung des Zinsfußes hatte die ursprüngliche Sympathie des Hausbesitzes für ein solches Gesetz beseitigt. Am 5. März 1916 wurde der Entwurf auf der Tagung der preuß. Hausbesitzervereine verhandelt. Das Grundeigentum (Berlin) Nr. 12 v. 19. 3. 1916 S. 183—187. — Das Reichsbewertungsgesetz v. 1925 regelte eine einheitliche Bewertung des Grundvermögens für Reich, Länder und Gemeinden.

⁴⁸⁾ Um Grund und Boden IV 1916/17 S. 1-21.

⁴⁹) Vgl. Conze, Poln. Nation S. 134 f.

⁵⁰⁾ Diese Arbeiter "schmuggelte" ein gewisser Mozek Kirschenbaum mit Wissen von B. aus dem österreichischen Okkupationsgebiet (Radom, Noworadomsk); vgl. auch einen Brief von Bergrat Knochenhauer (Kattowitz) v. 17. 4. 1916 an B. und eine Denkschrift (Abschrift) des Oberschlesischen Berg- u. Hüttenmännischen Vereins an den Reichskanzler v. 15. 4. 1916; Nachlaß Bredt.

Nicht lange danach wurde in Polen eine Kreisordnung nach preußischem Muster eingeführt.⁵¹) Die Polen sollten zu einem Kreistage wählen, weigerten sich aber allenthalben. So blieb mir nichts anderes übrig, als einen Kreistag und einen Kreisausschuß zu ernennen. Am 19. April eröffnete ich den Kreistag und legte einen Etat mit 340000 Mark in Einnahme und Ausgabe vor. Die Einnahmen stammten im wesentlichen aus indirekten Abgaben auf die Nahrungsmittel. Der Kreistag verlief über Erwarten gut, und die ernannten Mitglieder schickten sich zu ehrlicher Mitarbeit an. Es wurde sofort der Bau einer Straße nach Parzymiechy beschlossen. Dann kamen die Polen und stellten die entscheidende Frage: wer hat die tatsächliche Gewalt über die Gelder - die deutsche Verwaltung oder wir selbst? Ich begriff sofort die ganze Tragweite der Frage und antwortete glatt: die Organe der Selbstverwaltung, allerdings unter meiner Mitwirkung. Damit waren die Polen zufrieden; wir richteten eine eigene Kreiskasse ein, die von der Kasse der Zivilverwaltung getrennt wurde. Es dauerte aber nicht lange, da kam aus Warschau der Befehl, es sollten die Gelder der Kreiskommunalverwaltung "einstweilen" nach Warschau abgeführt werden, dort könnten sie "im Bedarfsfalle" wieder angefordert werden. Ich versuchte das Mögliche, solche Maßnahmen aufzuhalten, aber vergeblich. Als die Gelder tatsächlich nach Warschau abwanderten, war der Gedanke der Selbstverwaltung zerschlagen. Die Polen glaubten nicht mehr an den Ernst der Kreisordnung und zogen sich von aller Mitarbeit zurück.

In jenem wundervollen Sommer lernte ich das Landleben von der schönsten Seite kennen. [...] Wir führten völlig das Leben von Grandseigneurs auf dem Lande, mit vielen Pferden, Burschen und anderen Annehmlichkeiten.

Am 9. Juni [1916] fuhr ich nach Budapest zur Tagung der "Waffenbrüderlichen Vereinigung", die sich während des Krieges gebildet hatte. Sie bestand aus Abgeordneten und führenden Persönlichkeiten aus Deutschland, Österreich und Ungarn. Ich war zusammen meist mit meinem Parteifreund Warmuth⁵²), freundete mich aber auch mit Hermann Sudermann an. In Budapest lernten wir die führenden Leute kennen: Graf Andrássy⁵³), Graf Klebelsberg⁵⁴), Vázsonyi⁵⁵), Berzeviczy⁵⁶) und andere. Den GrafenApponyi⁵⁷) traf ich nach mehr als dreißig Jahren wieder. ⁵⁸) Es gab offizielle Tagungen⁵⁹), aber noch mehr Festessen und Vergnü-

⁵¹) Eingeführt wurde die Kreisordnung bereits am 22. 1. 1916; zu "Wahlen" kam es aber erst zu Beginn des Jahres 1917; Conze, Poln. Nation S. 128.

⁵²) Fritz Warmuth (1870-), MdR 1912-1918. — Bürgerliche Parteien II S. 516 ff.

⁵³) Julius Graf Andrássy (1860—1929), mehrfach Minister, letzter k. u. k. Minister des Äußeren.

⁵⁴) Kuno Graf v. Klebelsberg (1875—1932), ung. Staatssekretär unter Stefan Graf Bethlen.

⁵⁵⁾ Wilhelm (Vilmos) Vázsonyi (1868—1926), Abgeordneter der bürgerlich-demokratischen Partei, 1917/18 erster jüdischer (Justiz-)Minister in Ungarn.

⁵⁶) Dr. Albert v. Berzeviczy (1853—1935?), 1903/05 Kultusminister.

⁵⁷⁾ Albert Georg Graf Apponyi (1846—1933), Führer der gemäßigt nationalen Oppositionspartei; vgl. Graf Apponyi, Erlebnisse und Begebnisse (1933).

⁵⁸⁾ Lebenserinnerungen S. 25.

⁵⁹⁾ Am 10. Juni sprachen Prof. Dr. Martin Kirchner "über den Wiederaufbau der Volkskraft nach dem Kriege" und der Vizepräsident des deutschen Reichstages Dr. Heinrich Dove über "Zwischenstaatliche Rechtsbeziehungen vor und nach dem Kriege".

gungen. Der Höhepunkt war ein von Graf Andrássy im Parkklub gegebener Abend. Nach dem Diner erschienen aus den unteren Räumen die Damen, und Graf Andrássy sprach er offen aus, die Gäste sollten sehen, was Ungarn in dieser Hinsicht vorzeigen könne. Es war tatsächlich eine Gesellschaft von so schönen, eleganten, aber auch klugen Frauen, wie ich sie nie im Leben wieder getroffen habe. [...]

Am 5. Juni hatte der Reichskanzler von Bethmann Hollweg im Reichstag in heftiger Weise Stellung genommen gegen die Angriffe des Generallandschaftsdirektors Kapp. 60) Auch mir war dessen Denkschrift, die nur in handschriftlicher Vervielfältigung im Mai 1916 [in Königsberg] erschien, zugegangen. Ich war sehr entrüstet über die ganze Art, in der hier die Lage beurteilt wurde, und schrieb an Bethmann einen Brief, in dem ich ihn beglückwünschte zu der Art, wie er Kapp im Reichstage abgefertigt habe. Er antwortete am 10. Juni in einem Brief, in dem er sich sehr bedankte und unter anderem schrieb: "Ich glaube der wahren Tradition Bismarcks treuer zu folgen als die Leute, die sich bei ihren Angriffen auf ihn zu berufen pflegen."61)

Ich ging aber noch weiter und bat den Reichskanzler bei meiner nächsten Anwesenheit in Berlin um eine Unterredung, die am 23. Juni stattfand. An seinem Schreibtisch setzte er mir die Lage auseinander, die nicht so einfach sei, wie es nach außen scheine. Sehr scharf sprach er sich aus gegen die Alldeutschen, die jede Friedensmöglichkeit zu Schanden machten durch ihre maßlose Agitation für alle möglichen Eroberungen. Was er in dieser Hinsicht sagte, entsprach zu dieser Zeit schon völlig meinen eigenen Ansichten, und ich versprach ihm meine Unterstützung. Als er hierzu lächelte, erklärte ich ihm bestimmt, er werde sehen, was ich ausrichten würde.

Damals schied ich von Bethmann als sein unbedingter Anhänger und blieb dies auch längere Zeit. Erst 1917, als er in der Frage der Friedensresolution zauderte, anstatt ganze Arbeit zu machen, wendete ich mich von ihm ab.

Ein Wort von Bethmann ist mir noch oft in Erinnerung gekommen. Er sagte beim Abschied: "Wenn Sie jetzt nach Hause kommen, dann lesen Sie noch einmal das Kapitel in Bismarcks "Gedanken und Erinnerungen": Bruch mit den Conservativen. Dann können Sie verstehen,wie mir zu Mute ist." Ich habe später genau dasselbe erlebt, als ich in Konflikt kam mit den Freikonservativen und vollends als ich die Wirtschaftspartei begründete. In der Fraktion machte ich ein paar Tage später den entscheidenden Vorstoß. Bei der Erörterung der politischen Lage verlangte ich, daß die Fraktion entschieden Stellung nähme für den Reichskanzler, gegen die Alldeutschen. Zunächst fand ich großen Widerspruch, aber Kardorff, Arendt⁶²) und Wagner⁶³) stellten sich so entschieden auf meine Seite, daß auch Zedlitz schließlich zustimmte. Es wurde beschlossen, daß gelegentlich eines gemeinsamen Essens der Fraktion Zedlitz eine Rede in diesem Sinne

⁶⁰⁾ Wolfgang Kapp (1858—1922). Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 156 (2. Morgenblatt) v. 6. 6. 1916: "Eine Abrechnung des Reichskanzlers", dort auch Text der Rede. — Bei der Denkschrift handelt es sich um die Schrift "Die nationalen Kreise und der Reichskanzler" (20. 5. 1916).

⁶¹⁾ Nachlaß Bredt.

⁶²⁾ Dr. Otto Arendt (1854-1936), MdA 1885-1918, MdR 1898-1918.

⁶³⁾ Dr. Ernst Wagner (1855-), MdA 1903-1918.

halten und die Presse davon benachrichtigen solle. So erschien denn bald in der B.Z. am Mittag ein großer Artikel: "Zedlitz gegen die Kanzlerstürzer".⁶⁴) Bethmann war darüber sehr erfreut, und ich stand gerechtfertigt vor ihm da.

Bald darauf bekam ich folgenden Brief von Plüskow, der mich in meiner Auffassung bestärkte:

"Haben Sie herzlichen Dank für Ihren Brief vom Juli. Ich freue mich über Ihre Tätigkeit in der inneren Politik. Ich glaube, ich schrieb Ihnen schon das letzte Mal, daß ich außer mir bin über die Schwierigkeiten, die man zu Hause Bethmann macht. Ich war im Frieden gar nicht mit seiner Politik einverstanden und verstehe seine Gegner sehr wohl. Aber jetzt im Kriege bin ich entrüstet, daß die rechten Parteien ihn nicht mit allen Mitteln stützen und ihm in seiner schwierigen Lage helfen. Ich meine, die Lage ist ernst genug, daß wir nicht unseren Feinden die Freude über unsere innere Zerrissenheit geben sollten. Hier draußen wird der letzte Mann herangeholt, damit die Sache geht, und drinnen zanken sie sich. - Das Wort "Kriegsziele" kann man schon gar nicht mehr hören. Denken muß sich natürlich jeder sein Teil, auch recht gründlich durchdenken! Aber jetzt, wo die Krisis des Krieges doch nur im Westen vorbei ist, darüber öffentlich zu debattieren, was man nach einem guten Ende alles nehmen soll, ist verfrüht. Alle, die zu Hause schreiben, sitzen am Schreibtisch in Sicherheit und ohne Verantwortung. Sie sollten alle nach vorne in diejenigen Gräben, die angegriffen werden, geschickt werden oder in verantwortungsvolle Stellen, dann würden sie still sein und verstehen, warum wir uns so über das Gequatsche zu Hause ärgern. Die Alldeutschen sind mit ihren Schriften, deren Versendung jetzt Gott Lob aufgehört hat, wirklich gräßlich. Die Broschüren von Junius Alter⁶⁵) und Professor von Liebig⁶⁶) sind kein Ruhmestitel der deutschen Journalistik, aber teilweise geschickt geschrieben." [...]

Am 27. Juni war der Staatssekretär und Vizekanzler Helfferich⁶⁷) bei mir in Tschenstochau zu Besuch, und wir unterhielten uns sehr freimütig. Meine Ansicht äußerte ich dahin, daß die Zivilverwaltung sich auf falschem Wege befinde; nie und nimmer würden wir die Polen für uns gewinnen durch verwaltungsmäßige Fürsorge nach preußischem Muster; wir machten uns im Gegenteil durch zu

⁶⁴⁾ Der Artikel über das Abschiedsessen der freikonservativen Fraktion erschien am 25. 6. 1916 (Sonntagsausgabe Nr. 3) in der BZ am Mittag; Zedlitz sagte u. a.: "Die Wahrung des Burgfriedens zwischen den Parteien selbst ist von Beginn des Krieges an von allen Kreisen als vaterländische Pflicht erkannt und durchgeführt worden. Auch wenn man nicht immer mit allen Maßnahmen der Leiter unserer Politik einverstanden sein zu können glaubt, würde es doch nach unserer Überzeugung einen, in seinen Folgen nicht zu übersehenden Verstoß gegen dies Gebot bedeuten, wenn ungeachtet der gegenwärtigen schwierigen Lage Bestrebungen hervortreten sollten, welche auf einen Wechsel in der Person des verantwortlichen Leiters der Reichspolitik abzielen. Bestrebungen dieser Art können wir nicht gutheißen."

⁶⁵⁾ Das deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode. Eine Studie Bethmann'scher Politik in Skizzen und Umrissen. Streng vertraulich! Als Handschrift gedruckt, 2. u. 3. Ausg. München 1919. — Hinter dem Pseudonym für Franz Sontag vermutete man Tirpitz als Autor.

⁶⁶⁾ Hans Frhr. v. Liebig veröffentlichte anonym "Die Politik v. Bethmann-Hollwegs. Eine Studie". 3. unv. A. München 1919. Die beiden ersten Teile der Schrift wurden am 7. 12. 1915 an führende Persönlichkeiten verschickt und noch am Nachmittag des gleichen Tages verboten; Kriegsminister Scheüch ordnete am 7. 11. 1918 die Freigabe an. Der 3. Teil erschien 1917.

⁶⁷) Karl Helfferich (1872—1924), Staatssekretär des Innern und Vizekanzler 1916—9. 11. 1917, besuchte im Juli 1916 Kowno. Vgl. Helfferich I S. 67; Eisenhart Rothe S. 136 f. — Bundesarchiv (Militärarchiv Freiburg), N 98/1 Bl. 65 (v. Goßler, Lebenserinnerungen). Zur Person vgl. K. E. Born. In: NDB 8 (1969) S. 470 ff.

vieles Verwalten nur unbeliebt; das beziehe sich in erster Linie auf die Schulen⁶⁸); wir sollten nur das militärisch Notwendige unternehmen und im übrigen die Polen tunlichst sich selbst überlassen. *Helfferich* hörte sich das alles an und bat mich schließlich, ich möge ihn auf dem Laufenden halten über das, was in Polen geschehe und von dem er vielleicht nichts erfahre.

Nicht lange darauf wurden die Kreischefs nach Warschau berufen, um dort die ersten Mitteilungen über die geplante Ausrufung des Königreichs Polen zu bekommen. Ich fuhr von Warschau aus sofort nach Berlin, war am 18. Juli bei Helfferich und teilte ihm alles mit. Er war nicht erbaut von den Mitteilungen, denn die ersten Anfänge hatte der Generalgouverneur von Beseler⁶⁹) ganz auf eigene Faust gemacht. Der Reichskanzler war nicht in Berlin. Helfferich rief aber den Unterstaatssekretär Zimmermann⁷⁰) und den Chef der Reichskanzlei Wahnschaffe⁷¹) telefonisch an und schickte mich dann zu ihnen hin. Auch bei diesen fand ich Kopfschütteln, aber nichts weiter. Mitte August war in Warschau eine neue Zusammenkunft der Kreischefs, und diesmal war die Sache schon in greifbare Nähe gerückt. Ich fuhr wieder zu Helfferich, fand ihn aber schon erheblich kühler. Dann war ich im September noch ein drittes Mal bei ihm und fand ihn sehr zurückhaltend. Er ließ sich offenbar treiben von der Obersten Heeresleitung⁷²) und machte von seinem Amt als Vizekanzler ihr gegenüber keinen Gebrauch. Wie ich später erfuhr, hatte er nicht versäumt, meine Besuche und meine Ansichten nach Warschau mitzuteilen.

Zu jener Zeit machte ich auch meine Erfahrungen mit der ZEG, der Zentraleinkaufsgesellschaft⁷³), die das ganze Nahrungsmittelwesen monopolisierte und die sich allgemeiner Unbeliebtheit erfreute. Ein Jude namens Wallerstein hatte sich mir erboten, jede Woche 20000 Eier aus dem Okkupationsgebiet nach Breslau zu schaffen, wenn ich ihm ein Monopol für den Kreis Tschenstochau gäbe. Ich machte einen Versuch mit ihm, und tatsächlich gingen jede Woche 20000 Eier nach Breslau ab, die man sonst in Deutschland nie zu sehen bekommen hätte.

⁶⁸⁾ Kries (1934) S. 142 ff.; siehe S. 106.

⁶⁹) Beseler verfocht eine staatliche Lösung des polnischen Problems auch gegen den zögernden Widerstand der Reichsleitung; vgl. Conze, Poln. Nation, S. 165 ff.

^{70) 1911—1916} Unterstaatssekretär, 22. 11. 1916—6. 8. 1917 Staatssekretär im Ausw. Amt. — Ludendorff hatte am 17. 7. 1916 in einem Brief an Zimmermann die Schaffung eines Großfürstentums "Polen aus Warschau und Lublin" mit der Aufstellung einer polnischen Armee "unter deutscher Führung" begründet; WUA 7/I S. 364.

⁷¹) Arnold Wahnschaffe, 1907—5. 8. 1917 Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei.

⁷²) Vgl. dazu bes. Conze, Poln. Nation S. 195 Anm. 95 u. S. 204. — Durch einen Briefwechsel mit dem freikonservativen Abgeordneten Otto v. Dewitz suchte Ludendorff im Herbst 1916 auf die Rechtsparteien einzuwirken: "Wir schwächen Rußland entscheidend, wenn wir Polen schaffen, nicht nur durch den Menschenzuwachs oder Wehrmacht, sondern auch dadurch, daß wir in die slawische Idee einen Keil treiben, wie bereits mit Bulgarien. Es ist der erste Schritt, die russische Dampfwalze wirklich entscheidend zu hemmen, sonst werden wir glücklichenfalls nicht jetzt, sondern in 100 Jahren erdrückt." Aus einem Brief von Ludendorff an v. Dewitz v. 3./4. 10. 1916; Durchschlag im Nachlaß Bredt.

⁷³) Die Zentraleinkaufsgesellschaft m. b. H. war aus dem 1914 gegründeten Reichseinkauf (Hamburg) hervorgegangen; sie besaß das Monopol für Import und Export der wichtigsten Lebensmittel; vgl. Arthur Dix, Aus den Geheimnissen der Kriegswirtschaft. In: Was wir vom Weltkrieg nicht wissen. Hrs. v. F. Felger, Berlin u. Leipzig 1929 S. 374—389.

Wallerstein bezahlte obendrein noch eine erhebliche Summe in die Kreiskasse und schmuggelte die Eier aus Galizien herüber. Kaum erfuhr das die Zivilverwaltung in Warschau, als sie die ZEG benachrichtigte. Diese berief sich dann auf ihr eigenes Monopol und erklärte, Wallerstein dürfe nur an sie selbst liefern, und zwar zu bestimmten Höchstpreisen. Der augenblickliche Erfolg war der, daß die Eiereinfuhr aufhörte. Ich brachte später im Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses die Sache vor und fand allgemeine Zustimmung; gegen die ZEG war aber nichts auszurichten. Mit dem Plan einer größeren Gänseausfuhr ging es mir genau so. Dabei handelte es sich allemal um Nahrungsmittel, die für die deutsche Verwaltung schlechterdings ungreifbar blieben und die nur auf solchen Schmuggelwegen durch Juden zu bekommen waren.

In jener Zeit vollzog sich ein Umschwung in meiner Auffassung der Lage Deutschlands. Am 9. Februar 1916 war ich in Berlin im Abgeordnetenhaus, als im Haushaltsausschuß der Vorstoß Heydebrands zugunsten des uneingeschränkten U-Boot-Krieges erfolgte. ⁷⁴) Ich konnte mich der allgemeinen Begeisterung nicht anschließen und ging sehr nachdenklich nach Hause. Wenn es wahr war, daß Deutschland nur noch durch das verzweifelte Mittel des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zu retten war, dann mußte es doch sehr schlecht um unsere Sache stehen. Von diesen Gedanken konnte ich mich von da an nicht mehr frei machen.

Auch der Seesieg am Skagerrak [31. 5.—1. 6. 1916] erfüllte mich mit Mißtrauen, denn er schien mir zu beweisen, daß wir es auf eine Entscheidungsschlacht mit der ganzen Masse der englischen Flotte nicht konnten ankommen lassen. Plüskow schrieb mir in jenen Tagen einen Brief, in dem mich besonders die Worte berührten:

"Der Erfolg unserer Flotte ist herrlich. Man sollte nur nicht gleich immer das Maul so voll nehmen. Wir haben einer stärkeren Flotte viel Abbruch getan und sind dann naturgemäß zurückgegangen. Warum also von einem großen Seesieg reden?"

Als nun die Agitation für den unbeschränkten U-Boot-Krieg weiterging, schrieb ich am 26. Juli an meine *Mutter*: "Das Gerede von einer Blockade Englands ist nur dummes Zeug. An so etwas können nur Phantasten glauben." Und am 11. August: "Die Lage der Hohenzollern ist seit Bunzelwitz⁷⁵) noch nie so prekär gewesen wie jetzt." Es war die Zeit der Sommeschlacht [24. 6.—26. 11. 1916], die das deutsche Heer zum ersten Male in Bedrängnis brachte. Im Osten hatten die Österreicher bei Luck⁷⁶) eine schwere Niederlage erlitten, und im Süden

⁷⁴⁾ In der Woche vom 7.—12. Februar tagte die Budgetkommission (Staatshaushaltskommission) des Abgeordnetenhauses und beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit Fragen der auswärtgen Politik und der Kriegsführung. Ernst von Heydebrand u. d. Lasa (1851—1924), MdA 1888—1918; MdR 1903—1918, der "ungekrönte König" und parlamentarische Führer der Konservativen, forderte, nicht auf die Waffe des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zu verzichten, und setzte auch gegen den Druck der Reichsleitung und den Widerspruch der Freisinnigen und einiger Nationalliberaler die Veröffentlichung eines entsprechenden Beschlusses durch; Frankfurter Zeitung Nr. 43 (2. Morgenblatt) v. 13. 2. 1916: "Abgeordnetenhaus und auswärtige Politik".

⁷⁵⁾ Im Siebenjährigen Krieg hielt sich Friedrich II. im August/September 1761 bei Bunzelwitz im Lager auf, ohne von der Übermacht der Österreicher und Russen angegriffen zu werden.

⁷⁶⁾ In der ersten Brussilow-Offensive gelang in Wolhynien der Durchbruch; am 8. 6. 1916 wurde die Festung Luck von den Russen genommen.

hatte die [6.] Isonzoschlacht den Italienern Erfolg gebracht.⁷⁷) Dazu stellte sich jetzt die neue Gegnerschaft von Rumänien⁷⁸) heraus. Wie sollte da noch ein Sieg erfochten werden?

Es kam hinzu, daß die Verhältnisse in Polen immer unerfreulicher wurden. Ich bekam ganz gegen meinen Willen höhere und niedere Beamte geschickt, die ich beschäftigen sollte, mit denen aber schlechterdings nichts anzufangen war. Sie verdankten ihre Stellung hoher Protektion, um aus der Front herauszukommen, traten frech auf und betrachteten ihre Stellung als Sinekure. Wenn ich jetzt bat, mir diese unerbetenen Gäste wegzunehmen, traf ich in Warschau nur auf Achselzucken. Meine Stellung wurde mir dadurch sehr verleidet.

Nach allen meinen Erfahrungen wurde ich auch immer mehr ein Gegner des geplanten Königreichs Polen. Ich ließ mir den führenden Adeligen des Kreises kommen, den Grafen Potocki aus Parzymiechy, ebenso den führenden Geistlichen, Kanonikus Fulman, endlich den führenden Kaufmann Franke. Alle drei sagten mir rund heraus, daß die Polen auf solche Pläne nicht eingehen und uns keinesfalls eine Armee stellen würden. Das alles berichtete ich nach Warschau, fand aber nur unverhohlene Gegnerschaft bei der Zivilverwaltung. Ich machte dann schließlich auch kein Hehl aus meiner Ansicht, daß manche der Herren nur eigene Stellen in der neuen Verwaltung des Königreichs erstrebten. Das alles brachte mich allmählich in eine unmögliche Lage, ich konnte mich aber nicht ohne weiteres entschließen, meinen Abschied einzureichen, weil ich mit dem Kreise innerlich schon zu stark verwachsen war. So wartete ich leider, bis mir der Abschied von Warschau aus in immer stärkerem Maße nahegelegt wurde.

In jener Zeit kam alles darauf an, bis zur fertigen Ernte mit den Nahrungsmitteln durchzuhalten. Ich bekam in Tschenstochau einen gewissen Zuschuß aus anderen Kreisen, aber dieser reichte keineswegs aus, um die große Stadt zu ernähren. Da kam eines Tages mein bester Mitarbeiter im Kreisausschuß, Herr von Bandkie-Stencinski, und erklärte offen, die Stadt könne sich nur dann halten, wenn die alten Ernährungsgebiete aus Friedenszeiten wieder erschlossen würden; das hieß: wenn ein großangelegter Schmuggel aus dem österreichischen Okkupationsgebiet betrieben würde; das ginge aber nur dann, wenn meine Grenzwächter ihre Unterstützung liehen. Ich sagte ohne Bedenken zu und nach kurzer Zeit lagen 20 000 Zentner reines Weizenmehl in der Fabrik von Motte aufgestapelt. Nun kam eines Tages der Verwaltungschef von Kries aus Warschau mit der besorgten Frage, ob und wie ich mich in Tschenstochau halten könne. Ich verlangte zunächst die bestimmte Zusage, daß mir die bisherigen Zufuhren unter allen Umständen erhalten blieben und bekam die Zusage auch. Dann setzte ich mich mit ihm in den Wagen und fuhr in die Fabrik von Motte. Staunend ging er durch die langen Gänge zwischen den aufgestapelten Säcken; so etwas war ihm noch nicht vorgekommen. Er fuhr sehr zufrieden ab, aber dann kam das entscheidende: in Anbetracht meiner großen Vorräte wurden mir die Zufuhren gesperrt, so daß die Not wieder da war. Es war übrigens nicht Kries selbst, der mir dieses zufügte,

⁷⁷) Am 6.—9. 8. 1916 konnte Görz von den Italienern zurückerobert werden.

⁷⁸) Am 27. 8. 1916 erklärte König Ferdinand I. von Rumänien Österreich-Ungarn den Krieg, den Verbündeten in den folgenden Tagen. Unter Generalfeldmarschall von Mackensen wurde Rumänien von den Mittelmächten besetzt (28. 8.—9. 12. 1916).

sondern ein allmächtiger Dezernent. Ich war so erbittert, daß ich alle Freude an der Verwaltung verlor. Ohne Zögern fuhr ich nach Berlin und fragte den Grafen Castell⁷⁹), ob ich sofort beim Ersatzbataillon [des 2. Garde-Regiments] eintreten könne, wenn ich in Polen meine Stellung aufgäbe. Der Graf sagte zu und meinte, ich solle möglichst schnell mit dem ganzen Unsinn in Polen Schluß machen.

Die Trennung von Tschenstochau erleichtert ein ernster Konflikt mit Warschau.

Es handelte sich um die Sanierung der Finanzen der Stadt Tschenstochau; die Zivilverwaltung wollte durchaus, ich solle dafür eine Anleihe in Deutschland aufnehmen. Das wollte ich nicht, weil ich das Geld für verloren hielt, trug vielmehr dem Verwaltungschef vor, wie ich mit Hilfe der Tschenstochauer Banken die Sanierung machen wolle. Herr von Kries war durchaus einverstanden, und ich tat nunmehr die ersten Schritte. Jetzt mit einem Male erschien der Kommunaldezernent aus Warschau und erklärte meine ganzen Maßnahmen für falsch; am Verwaltungschef fand ich ihm gegenüber keine Unterstützung. Da ich nun bereits mit den Maßnahmen begonnen hatte, fühlte ich mich in den Augen der Tschenstochauer so herabgesetzt, daß ich ein Bleiben nicht für möglich hielt. [...]

Als ich mich dann aber in Warschau beschwerte, bekam ich einen ausweichenden Bescheid und antwortete am 16. Oktober mit meinem Abschiedsgesuch.

Nach einem unerquicklichen Briefwechsel erschien in Tschenstochau der stellvertretende Verwaltungschef von Born-Fallois.⁸¹) Er gab offen zu, man habe mir jenen Herrn geschickt, weil er bisher in jedem Kreise mit Krach weggegangen sei und weil man mich habe ärgern wollen. Dann meinte er lächelnd, ich ginge gerade in dem Augenblick ab, wo das neue Königreich Polen vor der Türe stände; der Generalgouverneur sei sehr ärgerlich auf mich, weil ich ihm da entgegen gearbeitet hätte. Ich antwortete, daß ich auch fernerhin das Meinige tun würde, um diese unsinnige Maßnahme aufzuhalten. So trennten wir uns nicht gerade in freundlicher Stimmung. Der Verwaltungschef erteilte mir dann den Abschied mit den Worten des Dankes und der Anerkennung!⁸²)

Am 26. Oktober verließ ich eilends Tschenstochau, um noch vor der Proklamierung des Königreichs fort zu sein. Infolge einiger Schwierigkeiten verzögerte sich die Proklamation dann aber bis zum 5. November.⁸³) Der Abschied wurde mir schwer. [...]

Ich fuhr zuerst nach Lissa zu Kardorff, um mich innerlich zu erholen, dann ging es weiter nach Berlin.

Am 2. November meldet sich B. beim 2. Garde-Regiment z. F. und übernimmt die Rekrutenausbildung; die exklusive Gesellschaft des Regiments zieht B. in ihren Bann:

⁷⁹⁾ Oberst Paul Graf Castell-Rüdenhausen († 1938), Kommandeur des 1. Bataillons des 2. Garde-Regiments.

⁸⁰⁾ Siehe die Mappe "Handakten von Czenstochau" im Nachlaß.

⁸¹⁾ Vgl. v. Hutten-Czapski II S. 246.

⁸²⁾ Der Staatssekretär des Innern billigte die Entlassung zum 1. 11. 1916; v. Kries dankte B. "für die tatkräftige erfolgreiche Verwaltung des Kreises" am 28. 10. 1916; Nachlaß Bredt.

⁸³⁾ Conze, Poln. Nation S. 226.

Allerdings wurde es schwierig, wenn die Rede auf Politik kam. Die Junker aus dem Osten wollten natürlich einen restlosen Siegfrieden erkämpfen, schimpften mörderisch auf *Bethmann* und Konsorten und bezeichneten als Flaumacher und Angsthasen jeden, der nicht mitmachte. [...] Als ich vollends später für das gleiche Wahlrecht⁸⁴) gestimmt hatte, kam ich in aller Form in den Bann und mußte mich daraus lösen durch Beschaffung von zwei fetten Gänsen aus Tschenstochau.

Abends besucht B. den Stammtisch von Zedlitz bei Siechen in der Behrenstraße.

Dort war der Stammtisch von Octavio von Zedlitz, der aber auch noch andere Gäste umschloß. Das große Wort führte der bekannte ehemalige Regierungsrat Rudolf Martin⁸⁵), der unter Bülow [1908] diszipliniert worden war, sich aber durch mancherlei politische Tätigkeit bekannt gemacht hatte; er war am Sturze von Bülow erheblich beteiligt. Auch der bekannte Freiherr von Eckardstein⁸⁶) war regelmäßig anwesend, seit er der von Bethmann über ihn verhängten Schutzhaft entronnen war. Der freikonservative Abgeordnete Ulrich von Oertzen⁸⁷), Präsident des Unionklubs, gehörte ebenfalls zum Stammtisch.

Ende Dezember 1916 begleitet B. als Offizier einen Transport militärpflichtiger türkischer Staatsangehöriger von Berlin nach Konstantinopel. Hier lernt er, vom Auswärtigen Amt empfohlen⁸⁸), den deutschen Botschafter v. Kühlmann⁸⁹), Enver Pascha⁹⁰) und den späteren Präsidenten der Türkischen Kammer, Hadji Adil Bey⁹¹), kennen; auf der Rückreise macht Bredt in Sofia "einen Besuch bei dem Ministerpräsidenten Radoslawow".⁹²)

⁸⁴⁾ Siehe S. 135.

⁸⁵⁾ Der 1867 in Herrenhut geborene Rudolf Emil Martin war seit 1901 Reg.Rat und s. 1905 Mitglied des Kaiserl. Stat. Amtes. Sein 1909 veröffentlichtes Buch "Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II." und zwei Artikel in der Wochenschrift "Die Gegenwart" im Februar und März 1909 beschleunigten den Sturz Bülows. R. Martin, Deutsche Machthaber (1910) S. 250—296 "Bülow im Glück" u. S. 296—364 "Bülow im Unglück". — Vgl. Wilhelm Frhr. v. Schoen, Fürst Bülows Irrungen und Unwahrheiten. In: Front wider Bülow. Hrs. v. F. Thimme. München 1931 S. 83. — NDB 2, 1955 S. 729 —732 (Bülow). — M. stand auch später noch in freundschaftlicher Verbindung mit Bredt, Nachlaß.

⁸⁶⁾ Vgl. NDB 4, 1959 S. 280—282.

^{87) (1840—1923), 1903—1913} bei der freikonservativen Reichstagsfraktion.

⁸⁸⁾ Am 19. 12. 1916 teilte Unterstaatssekretär Wilhelm v. Stumm B. mit, "daß die Kaiserlichen Vertreter in Sofia und Konstantinopel von Ihrer bevorstehenden Reise unterrichtet und wegen der Einführung bei leitenden Staatsmännern in Bulgarien und der Türkei mit den erforderlichen Weisungen versehen worden sind"; Nachlaß Bredt.

⁸⁹⁾ Botschafter in Konstantinopel bis 1917; Staatssekretär des Auswärtigen 7. 8. 1917—9. 7. 1918.

⁹⁰⁾ Enver Pascha (1881—1922), türk. General und Staatsmann, erwirkte als Kriegsminister 1914 den Anschluß der Türkei an die Mittelmächte.

⁹¹) Auf der Rückreise von Konstantinopel bis Sofia begleitete B. Hadji Adil Bey (1869—1935, s. 21. 12. 1918 Präs. d. Türk. Kammer bis zu deren Auflösung), der von dort weiter nach Berlin reiste.

^{92) (1854—1929), 1913/18} bulg. Ministerpräs. Im Nachlaß Bredt sind knappe Reisenotizen vornehmlich zu militärischen und wirtschaftlichen Problemen erhalten. Über die Unterredung mit R. merkt B. an: "Bethmanns Haltung im U-Boot-Krieg richtig." In Sofia machte B. auch die Bekanntschaft des bulg. Handelsministers Danaillow. Über eine Unterhaltung mit Prof. Miletitsch, Vizepräsident der Bulg. Akademie der Wissenschaften, notierte B. lapidar: "Keine Russophilen mehr etc., Anschluß an deutsche Kultur mächtig zugenommen. Deutsche Sprache

In Berlin nimmt B. seine "alten Interessen für den Haus- und Grundbesitz" wahr; auf einer Kundgebung im Esplanade-Hotel hält er ein Referat zur Steuerpolitik, das in erweiterter Form als Broschüre erscheint.⁹³)

In diesem Winter sprach ich im Plenum am 4. Dezember 1916 zu einem Antrage Schweckendiek betr. Einkommensteuer⁹⁴), am 14. Dezember zum Schätzungsamtsgesetz⁹⁵), am 16. Februar zum Etat des Innern⁹⁶), am 22. Februar zum Etat der direkten Steuern⁹⁷), am 20. März zu einem Antrage Rehren-Bredt betr. Nichtheranziehung des Militäreinkommens der Offiziere des Beurlaubtenstandes zur Gemeindeeinkommensteuer.⁹⁸) Außerdem beschäftigte mich in jener Zeit stark das Problem des Lastenausgleichs der Berliner Vororte, von denen die einen sehr große Steuerzahler, aber wenig arme Leute hatten, die anderen umgekehrt wenige Steuerzahler, dafür viele Arme und Schulkinder. Octavio von Zedlitz hatte mich auf die Frage angesetzt; ich sprach darüber am 21. März im Plenum, schrieb aber auch Zeitungsartikel darüber und vertrat die Sache in der Kommission.⁹⁹)

Zu meinem großen Schmerz war Tony Liebermann¹⁰⁰) während meiner Zeit in Tschenstochau gestorben. [...] Ich vermißte ihr gastliches Haus und ihre vornehme Persönlichkeit sehr. Dafür trat jetzt ein anderer Verkehr in den Vordergrund: mit dem Staatsminister Bossart¹⁰¹) in Neustrelitz. Er hatte mir gleich nach meiner Verwundung das Mecklenburgische Kriegsverdienstkreuz zugehen lassen und mich dann mehrfach im Lazarett besucht. Jetzt begann ich auch Politik mit ihm zu treiben. Schon früher hatte ich auf seine Veranlassung eine Broschüre geschrieben: "Die Mecklenburgische Stände-Verfassung und das Reichsrecht" (1914). Jetzt begann er mich heranzuziehen zu den Verhandlungen über die Einführung einer konstitutionellen Verfassung. Ich wurde bekannt mit den führenden Männern des Landtags, insbesondere dem Grafen Schwerin-Mildenitz, dem Grafen Schwanenfeld-Schwerin, Herrn von Barner-Trebbow und

immer verbreiteter." Die Erfahrungen der Reise verwertete B. für einen Vortrag "Die Türkei und die Jungtürken" am 28. 3. 1917 im Abgeordnetenhaus; im Nachlaß ist weiter eine größere (wohl für den Druck bestimmte) Arbeit "Das türkische Staatswesen" überliefert.

⁹³⁾ Steuerpolitik (1917).

⁹⁴) Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 3 Sp. 2444 f. — B. begründete die Zustimmung der Freikonservativen zur Ergänzung des preußischen Einkommensteuergesetzes; vgl. auch Bredt, Der Krieg und die Einkommensteuer, in: DJZ 1917 Sp. 118 f.

⁹⁵⁾ Ebd. Sp. 2989 f.

⁹⁶⁾ Ebd. Sp. 3582 ff.

⁹⁷⁾ Ebd. Bd. 4 Sp. 4009 ff.

⁹⁸) Ebd. Bd. 5 Sp. 5375 ff., 5385; vgl. auch Bd. 3 Sp. 2390 (20. 11. 1916). — Am 9. März hatte sich B. bei der Beratung des Staatshaushaltsplanes (Forstverwaltung) für einen energischen Eingriff in die Waldbestände der eroberten Gebiete im Dienste der heimischen Kriegswirtschaft eingesetzt. Ebd. Bd. 5 Sp. 4957 ff. Siehe auch S. 136.

⁹⁹) Ebd. Bd. 5 Sp. 5491 ff. — B. wandte sich gegen einen Steuerausgleich, forderte aber einen gewissen Lastenausgleich.

¹⁰⁰⁾ T. Liebermann starb am 24. 10. 1916; siehe S. 147 Anm. 245.

¹⁰¹⁾ Landgerichtsdirektor Heinrich Bossart übernahm im Jan. 1908 als Nachfolger des aus Gesundheitsrücksichten entlassenen H. v. Dewitz den Vorsitz des Geh. Staatsministeriums von Mecklenburg-Strelitz, siehe Einleitung S. 19.

anderen. Auf Grund vielfacher persönlicher Verhandlungen machte ich Bossart viele Ausarbeitungen, die mich sehr interessierten. Es fanden Sitzungen mit den Ständevertretern statt, und mein Interesse konzentrierte sich immer mehr auf die mecklenburgische Verfassungsfrage. Früher schon hatte ich den alten Großherzog¹⁰³) bei Bossarts kennengelernt. Jetzt trat ich zu dem jungen Großherzog in Beziehungen und wurde von ihm in das schöne "Parkhaus" in Neustrelitz eingeladen.

Im April 1917 begleitet B. einen Rekruten-Transport an die Westfront. Bei der Ankunft in Rethel fehlen 28 Deserteure,

aber zu meinem maßlosen Staunen wurde diese Zahl als gering bezeichnet bei einem Transport von 450 Mann! [...] An der Front sah ich nicht viel, weil vor Reims zu jener Zeit Ruhe herrschte. Ich war nur tief niedergedrückt von meinen Erfahrungen mit den Mannschaften, die ich mir so nicht vorgestellt hatte. [...]

Im Winter [1916] war ich in nähere Beziehungen getreten zum "Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverband" und hatte für ihn einen Vortrag im Herrenhause gehalten über den Deutschen Zollverein. 104) Dadurch war ich wiederum in Beziehungen gekommen zum Naumannschen "Mitteleuropa"105), an das ich zwar nicht glaubte, dessen Problem mich aber sehr interessierte. Nunmehr sollte ich im Auftrage des Wirtschaftsverbandes in Budapest einen Vortrag halten über "Deutsche Zoll- und Eisenbahnpolitik einst und jetzt". Der Vortrag fand statt am 4. Mai 1917 vor einem sehr illustren Publikum. Der Bericht des Pester Lloyd umfaßt mehrere Spalten. [...] 106)

Am folgenden Morgen ging ich auf die Burg zum Grafen Tisza. 107) Er lag mit Influenza zu Bett, ließ mich aber nicht abweisen. Ich mußte nur eine Weile warten, dann erschien der große Mann mit wirrem Haar im Schlafrock und sagte: "Entschuldigen Sie die Adjustierung, aber es ist doch höflicher, Sie so zu empfangen als gar nicht." Wir unterhielten uns eine Weile über verschiedenes, und er sprach lebhaft. Als ich ihn aber bat, mir einmal mit dürren Worten seine Ansicht über die militärische Lage zu sagen, da wurde er zurückhaltend. Er meinte, als ungarischer Ministerpräsident könne er sich einem deutschen Abgeordneten gegenüber nicht äußern. Ich möge in Wien Station machen und zum Grafen

¹⁰²) Siehe S. 315 ff.

¹⁰³) Adolph Friedrich V. (1848 — 1914), Großherzog von M.-Strelitz s. 30. 5. 1904; Adolph Friedrich VI. (1882—1918), Großherzog von M.-Strelitz s. 11. 6. 1914.

¹⁰⁴⁾ Der Wirtschaftsverband war eine lose Vereinigung vor allem deutscher und österreichischer, später auch ungarischer Geschäftsleute und Politiker, der seit dem 27. 6. 1915 in regelmäßigen Abständen zusammentrat und eine wirtschaftliche Annäherung propagierte. Siehe Einleitung S. 17.

¹⁰⁵⁾ Am 26. 10. 1917 bat Dr. Schotte (Arbeits-Ausschuß für Mitteleuropa) B., "dem Arbeitsausschuß als Mitglied beitreten zu wollen. [...] Mit besonderer Freude begrüßte der Arbeitsausschuß ihre Bereitwilligkeit, in den staatsrechtlichen Fragen unseres Programms mitzuarbeiten." Nachlaß Bredt, mehr nicht vorhanden.

¹⁰⁶) Zu Ehren von B. veranstaltete der ung. Reichstagsabgeordnete Julius Madrassy-Beck ein Diner; Zeitungsausschnitt des Pester Lloyd v. 5. 5. 1917 im Nachlaß Bredt.

¹⁰⁷⁾ István Graf Tisza (1861—1918), 9. 6. 1913—15. 6. 1917 ung. Ministerpräsident; siehe ergänzend S. 310 f.

Czernin¹⁰⁸) gehen; er rate mir das dringend, denn da würde ich Aufschluß bekommen. Er schrieb dann sofort folgenden eigenhändigen Brief¹⁰⁹) an Czernin, den er mir mitgab:

"Lieber Freund! Gestatte, daß ich den Überbringer dieser Zeilen, Professor Victor Bredt, bei Dir einführe. Derselbe genießt als Rechtslehrer in ganz Deutschland einen sehr guten Ruf und gehört zu den angesehendsten Mitgliedern der freikonservativen Partei. Sowohl in seinen Reden als in der Presse übt er schon seit langem eine höchst verdienstvolle Wirksamkeit in unserem Interesse aus. Ich bitte Dich sehr, Dich der durchaus ernst zu nehmenden und vertrauenswürdigen Persönlichkeit Herrn Professors Bredt annehmen zu wollen.

Genehmige, hochverehrter Freund, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
Tisza"

Natürlich befolgte ich den Rat und ging am 8. Mai in Wien zum Grafen Czernin. 110) Ich fand einen klugen vornehmen Diplomaten, als Mensch völlig anders als Tisza. Nach kurzer Begrüßung nahm er den Brief des Grafen Tisza in die Hand und sagte: "Graf Tisza will offenbar, daß ich offen meine Meinung sage; können Sie die auch vertragen?" Als ich antwortete, deswegen sei ich da, sagte er: "Nun denn, meiner Ansicht nach können wir den Krieg überhaupt nicht mehr gewinnen. Österreich-Ungarn ist am Ende seiner Kräfte und kann wohl noch eine Weile kämpfen, aber nichts mehr erreichen. In Deutschland ist die Kraft noch ungebrochen, aber was wollen Sie unternehmen, wenn die Amerikaner kommen? Unser Botschafter Graf Tarnowski meldet aus Washington, daß¹¹¹) die Amerikaner mindestens drei Millionen Mann herüberschicken wollen mit ganz ungemessenem Kriegsmaterial. In Deutschland glaube das kein Mensch, aber wir glauben es hier. Ich freue mich deshalb, daß Sie gekommen sind; denn Sie sollen wissen, daß nach unserer Auffassung Frieden gemacht werden muß, wenn wir den Krieg nicht völlig verlieren wollen." Das alles kam in so klarer und bestimmter Form heraus, daß zum mindesten die Überzeugung des Grafen Czernin deutlich war. Ich hatte noch nie in dieser bestimmten Form reden hören und verließ den Ballhausplatz in sehr gedrückter Stimmung. 112)

Damals konnte ich noch nicht ahnen, daß Graf Czernin in jener Zeit seine bekannte Denkschrift verfaßte, die später durch Erzbergers Indiskretion bekannt wurde und zur Friedensresolution vom 19. Juli 1917 führte.¹¹³) Alsbald aber

¹⁰⁸⁾ K. u. K. Minister des Äußeren u. d. kaiserlichen Hofes Dez. 1916—April 1918; vgl. Singer passim.

¹⁰⁹⁾ B. ließ sich diesen Brief, "der in seiner Ausdrucksweise sehr charakteristisch war", "leider" nicht zurückgeben: Lebenserinnerungen, 1. Fassung, Teil III S. 232.

¹¹⁰) Anmerkung von B.: "Es waren dieselben Räume, in denen später der Bundeskanzler Dollfuβ ermordet wurde."

¹¹¹⁾ In der Vorlage folgt: "beim Einsetzen [!] des uneingeschränkten U-Boot-Krieges". — Am 31. 1. 1917 hatte die Reichsregierung den USA und den übrigen neutralen Staaten in gleichlautenden Noten die Aufhebung der Beschränkung in der bisherigen Kriegführung auf See vom 1. 2. 1917 an mitgeteilt. Schulthess 1917/I S. 78 ff. Am 6. 4. 1917 erklärten die USA den Krieg; auf dem europäischen Kriegsschauplatz machte sich das Eingreifen der USA erst im Sommer 1918 bemerkbar; Quellen 1/II S. 481.

¹¹²⁾ Handschriftlich verbesserte B. in der 1. Fassung, Teil III S. 232 statt "und verließ..."—
"und nahm die Sache sehr ernst"; siehe auch den Bericht S. 311.

¹¹³) Ottokar Czernin, Im Weltkrieg. Berlin u. Wien 1919, S. 198—204; vgl. WUA 8 S. 153 f.; Quellen 1/I S. 3 ff.; Epstein S. 204 ff.; Singer S. 138 ff.

erkannte ich, daß Graf Czernin Recht hatte mit seiner Behauptung, in Deutschland glaube kein Mensch an den Ernst der Lage. Als ich in der Fraktion meine Erlebnisse mitteilte, traf ich nur auf entrüsteten Widerspruch oder geringschätziges Lächeln. Graf Czernin wurde einfach abgetan als widerlicher Flaumacher, wenn nicht Landesverräter. Die rechtsgerichteten Kreise schwelgten in dem Bewußtsein, daß es endlich gelungen sei, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aufzunehmen, denn damit war nach ihrer Ansicht der Siegfrieden sicher. Die Drohung der Amerikaner, sie würden in den Krieg eingreifen, wurde einfach in den Wind geschlagen.

Am 17. Mai 1917 reist B. nach Lida, wo er als "Gesellschafter" zur "Tafelrunde" des Freiherrn von Scheffer-Boyadel¹¹⁴) hinzugezogen wird.

Die Aufgabe, die mir gestellt wurde, sagte mir wenig zu. Ich sollte sogenannter "Unterrichtsoffizier" werden; denn damals begann jener vaterländische Unterricht, mit dem man die Truppen zum Durchhalten anfeuern wollte. 115) Ich reiste also zu den einzelnen Truppenteilen und suchte mir Offiziere aus, die unter meiner Anleitung die Vorträge halten sollten. Es war mir aber bald klar, daß man mit solchem Unternehmen nichts erreichte, denn die Stimmung der Leute war nicht mehr so, daß man ihnen auf solche Weise beikommen konnte. Ich sagte es Scheffer offen, fand aber kein Verständnis.

Einmal war ich vorne bei einem Truppenteil und aß mit den jungen Reserveoffizieren zu Mittag. Da hörte ich zu meinem Staunen Ansichten, die militärisch
ganz unmöglich waren und darin gipfelten, man habe gar keine Lust, sich noch
weiter "für die Leute in Berlin" zu schlagen. [...]¹¹⁶)

Der vaterländische Unterricht war schon im wesentlichen eine politische Angelegenheit, die mich in einen gewissen inneren Konflikt brachte. Ich konnte innerlich das dort Gewünschte nicht mehr von Herzen mitmachen, daher hielt

¹¹⁴) B. hatte 1913 im Manöver Scheffer-Boyadel († 7. 11. 1925) kennengelernt und am 13. 4. 1917 um eine Verwendung im Stabe der Armee-Abteilung Scheffer gebeten.

^{115) &}quot;Um in der jetzigen Zeit den Mannschaften weitere geistige Anregung zu bieten und ihnen gleichzeitig einige Vorkenntnisse zur Beurteilung der Zeitereignisse zu vermitteln, sollen auf Anordnung des Herrn Oberbefehlshabers bei den einzelnen Truppenteilen entsprechende Vorträge gehalten werden. Es soll hierbei durch eine Art Anschauungsunterricht den Mannschaften z. B. unser Verhältnis zu Rußland vor Augen geführt werden und damit gleichzeitig ein besseres Verhältnis für unsere deutschen Zustände erschlossen werden. Zu diesem Zweck ist in jedem Bataillon, jeder Abteilung, jedem Kavallerie-Schützen-Regiment usw. eine geeignete Persönlichkeit auszusuchen, die sich zu derartigen Vorträgen eignet — tunlichst ein Lehrer, Student, Beamter oder Angehöriger anderer geeigneter Berufe. Geeignetes Material für dieselben wird den Vortragenden durch den z. Zt. beim Oberkommando kommandierten Lt. der Res. Bredt (Professor der Rechte an der Universität Marburg) zur Verfügung gestellt werden." Aus einem Schreiben (Entwurf) des Quartiermeisters der Armeeabteilung Scheffer v. 27. 5. 1917; Nachlaß Bredt.

Von Lida aus machte B. "auch einen Besuch in Brest-Litowsk, wo mich der Oberbefehlshaber-Ost, Prinz Leopold von Bayern, zur Tafel lud [...] Bei dieser Gelegenheit lernte ich den berühmten General Hoffmann näher kennen und fand auch meinen alten Freund Brandenstein als Oberquartiermeister wieder." In einem im Nachlaß Bredt erhaltenen Flugblatt des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates v. 2./15. Mai 1917 ist (von Bredt?) mit Bleistift angestrichen: "Rußlands revolutionäre Demokratie will keinen Separatfrieden, der dem österreichisch-deutschen Bunde die Hände entfesseln würde."

ich selbst sehr wenige Vorträge und beschränkte mich auf die Organisation. 117) Als ich Scheffer von meinem Besuch bei Czernin erzählte, sah er mich scharf an und sagte: "Ich verbiete Ihnen dienstlich, im Bereich meiner Armee etwas davon zu erzählen." In Brest-Litowsk fand ich dieselbe Stimmung. Also, was sollte ich tun? Ich beschloß ganz einfach, als Offizier meine Pflicht zu tun, so wie es befohlen wurde. Ich fügte mich daher völlig in den Rahmen des Armee-oberkommandos ein, arbeitete dasjenige aus, was mir befohlen wurde und versuchte keinen Widerspruch. So schrieb ich auch längere Zeit die Leitartikel für die Armeezeitung Die Wacht im Osten. 118) Sie wurde redigiert von Scheffers Schwiegersohn, Oberleutnant d. R. Graf Berlepsch, der übrigens die Lage genau übersah. 119) Der Generalstabschef [Kabisch] hatte ein scharfes Auge auf die Zeitung und wollte mit ihr die Truppen beeinflussen. Ich konnte nicht mehr tun, als nach seinen Anweisungen arbeiten.

Einmal allerdings kam ich in Schwierigkeiten. Scheffer ließ mich vor den versammelten Offizieren wissenschaftliche Vorträge staatsrechtlichen und geschichtlichen Inhalts halten und hörte selbst mit großem Interesse zu. 120) Da ging mir einmal das Herz durch. Bei einem Vortrag über die Reichsverfassung setzte ich auseinander, es müßten bald Reformen einsetzen in der Richtung auf Änderung des Wahlrechts in Preußen und parlamentarisches Regiment im Reiche. Daran knüpfte ich sehr unfreundliche Bemerkungen über die Konservativen, die in ihrem starren Egoismus die ganze Politik verdürben. Eisiges Schweigen herrschte nach diesem Vortrag, und mit Scheffer hatte ich es für einige Zeit verdorben. Er dachte aber groß genug, mir einige Zeit darauf zu sagen, er sei mir nicht böse, denn er kenne meine geheimen Gedanken schon lange; ich würde aber schon sehen, daß ich Unrecht hätte. [...]

Wenn ich nun in Lida meine Pflicht als Offizier tat, dann tat ich sie in Berlin als Abgeordneter nicht minder. Ich sagte oder schrieb kein Wort, was meiner Tätigkeit in Lida widersprochen hätte, ohne Zaudern setzte ich mich aber ein

¹¹⁷) Vgl. die beiden handschriftlichen Berichte Bredts v. 1. u. 8. August 1917 (Lida) im Nachlaß: "Der zunächst von verschiedenen Seiten geäußerte Wunsch, sozialpolitische Themata zu nehmen, wurde mit Erfolg von anderer Seite bekämpft mit Rücksicht auf zahlreiche Gewerkschaftler, welche hier sehr bewandert seien und Gegenagitation treiben würden. Dafür fanden namentlich Vorschläge über historische Themata allgemeinen Beifall." (1. 8. 1917). — Vgl. Ludendorff, Urkunden S. 275 f.

¹¹⁸⁾ Im Nachlaß ist nur die Weihnachtsausgabe 1917 erhalten, in der B. erwähnt wird: "Musk. B.: Sie wollen wissen, was Sie zu tun haben, um Reichskanzler zu werden? Wenden Sie sich an Leutnant Bredt...". Die in der Staatsbibliothek München (H. Un. App. 2° 25 c) Nr. 398 v. 1. 1. 1917 bis Nr. 1080 v. 30. 11. 1918 überlieferte Wacht im Osten (Feldzeitung der Armee-Abteilung Scheffer) enthält keine vollständig gezeichneten Artikel von Bredt.

¹¹⁹⁾ Am 25. 12. 1917 sandte Berlepsch B. zur Erholung auf dem Krankenlager die Weihnachtsausgabe der Wacht im Osten und berichtete u. a.: "Hier scheint man ja einen ziemlich kläglichen Rückzug anzutreten, was ich daraus schließe, daß der Fürst Isenburg bereits aus Wilna geflohen ist. Der demokratische Friede hat ihnen mächtig Angst eingejagt. Wir wollen uns nicht weiter darüber aufregen; denn ändern können wir's nicht.
Die Hauptsache scheint mir, daß wir mit Rußland günstige Handelsbeziehungen bekommen,

gewisse Kriegsentschädigungen in sibirischer Butter können uns nicht schaden. [...] In Brest-Litowsk werden die Herren mangels jeglicher Zerstreuungen ihre Arbeiten beschleunigen."

¹²⁰) So sprach B. am 15. 9. 1917 über "Etat und Finanzen"; Stabsbefehl v. 12. 9. 1917 im Nachlaß.

für die mir notwendig erscheinenden Reformen im Innern. Am 15. Juni [1917] schrieb ich in die Zeitschrift Das neue Deutschland einen Artikel mit der Überschrift: "Neuorientierung".¹²¹) Ich verlangte, daß die Regierung die großen Fragen der Wahlrechtsreform und Parlamentarisierung anfassen und zu einer Lösung bringen solle, ehe es zu spät sei.¹²²)

Am 15. Juli ging ich noch einen Schritt weiter und ließ einen Aufsatz folgen: "Freikonservative Gedanken". 123) Es finden sich darin folgende Sätze:

"Was vollends die Wahlrechtsfrage angeht, so ist hier — wenigstens für meine Begriffe — das einzig Mögliche eine Lösung im freikonservativen Sinne. Die ganzen rechten und auch die mittleren Parteien sind sich darin einig, daß die Initiative und die weitere Führung nicht in die Hände von Herrn Scheidemann und seinen Freunden kommen darf.¹²⁴) Ebenso einig sind sich aber zum mindesten die meisten der genannten [Parteien], daß eine einfache Ablehnung aller Neuerungen nicht mehr durchführbar ist. Was also tun? Daß die Regierung die Führung nimmt, erreichen wir nicht. Ergo müssen die anderen Parteien sie nehmen, und unter ihnen ist wieder die freikonservative nach ihrer ganzen Entstehung und Art die gegebene."

Ich glaubte zu jener Zeit noch, man könne durch schnelle und rechtzeitige Zugeständnisse¹²⁵) eine radikale Änderung vermeiden; ich glaube heute noch, daß zum mindesten die Neuerungen reibungslos hätten durchgeführt werden können und daß die Monarchie damit zu retten gewesen wäre. Die Ereignisse gingen aber schnell weiter. Während mein Aufsatz gedruckt wurde, am 12. Juli, erschien der kaiserliche Erlaß¹²⁶), den Bethmann unmittelbar vor seinem Sturz noch veranlaßte, und der das allgemeine gleiche Wahlrecht für Preußen verhieß. Ich brauchte nicht lange, bis ich innerlich zu einer Stellungnahme kam. Dann aber gelangte ich zu der Überzeugung, daß tatsächlich nur noch das allgemeine gleiche Wahlrecht in Frage komme. Es schien mir ein Gebot der Stunde zu sein, noch unter verfassungsmäßigen Formen dasjenige herbeizuführen, was ein Zusammenbruch mit großen Erschütterungen bringen mußte. Den Verlust des Krieges sah ich deutlich vor Augen, wenn ich es auch niemals aussprach. So schrieb ich am 1. September in Das neue Deutschland einen Artikel "Freikonservatives Programm".¹²⁷)

¹²¹⁾ H. 18. S. 481-483.

¹²²⁾ In der Osterbotschaft vom 7. 4. 1917 hatte der Kaiser die Einführung der direkten und geheimen, nicht aber der gleichen Wahl zugestanden. — WUA 8 S.209. Bergstraeßer passim; Booms S. 56; Quellen 1/I S. 3 f. u. ö; Patemann S. 250—253.

¹²³⁾ H. 20 S. 537—539.

¹²⁴⁾ Dabei ist vor allem an E. David zu denken, der bereits am 11. 8. 1914 nach einem Gespräch mit Scheidemann notierte: "Die preußische Wahlrechtsfrage muß als Frucht gepflückt werden; um diesen Preis auch Konzession unsererseits an die monarchische Form." Quellen 4 S. 15; Scheidemann, Zusammenbruch S. 39 f.; Scheidemann II S. 22 f.; vgl. auch Scheidemann in der Fraktionssitzung am 10. 7. 1917: "Das Entscheidendste ist, daß das gleiche Wahlrecht geschaffen wird . . ." Quellen 3/II S. 295; Quellen 5 S. 338—340.

¹²⁵⁾ Im Juni 1917 hatte Bethmann den Kompromiß für ein Pluralwahlrecht verworfen, auf den sich die Parteien (Deutschkonservative, Freikonservative, Zentrum und Nationalliberale) und der preußische Innenminister v. Loebell geeinigt hatten. Vgl. WUA 7/II S. 190 ff.; Westarp II S. 267 ff.; Patemann S. 79 ff.

¹²⁸⁾ Frankfurter Zeitung Nr. 190 (2. Morgenblatt) v. 12. 7. 1917. WUA 8 S. 79.; Patemann S. 93 ff.

¹²⁷⁾ Siehe Nr. 29 S. 336 ff.

Der Aufsatz machte großes Aufsehen in Berlin, denn es war die erste Stimme aus rechtsstehenden Kreisen, die sich für das gleiche Wahlrecht aussprach. Der Abgeordnete Pachnicke sagte mir bald darauf, jetzt sei ich festgelegt, und man würde mir die Nummer des Neuen Deutschland "fotografiert unter die Nase halten", wenn ich wieder wankend würde. Ich konnte nur erwidern, daß ich ganz genau wüßte, was ich geschrieben hätte. Das alles schrieb ich von Lida aus, wo ich viele Zeitungen las und Zeit hatte zum Nachdenken. [...] Am 13. Juli erfuhren wir den Rücktritt von Bethmann Hollweg und bald darauf die Ernennung von Dr. Michaelis! Ich war wie vor den Kopf geschlagen, als ich diese Nachricht las. Ich kannte Dr. Michaelis von der Steuerkommission her als tüchtigen Fachmann, hatte ihn aber auch als Ernährungskommissar oft gesehen. 128) Hier war ich von seinem Auftreten nicht sehr erbaut gewesen, am wenigsten bei der Gelegenheit, als er [am 7. März 1917] den Zusammenstoß mit dem Landwirtschaftsminister von Schorlemer 129) hatte.

Nun war dieser Mann Reichskanzler! Scheffer ließ mich sofort kommen und fragte: "Was ist der neue Reichskanzler für ein Mann?" Ich antwortete: "Exzellenz, ein Mann von sechs Wochen." Nun überdauerte allerdings Dr. Michaelis diese Zeit von sechs Wochen erheblich, aber mein Urteil war im Grunde doch wohl richtig.

In zwei im Nachlaß nicht erhaltenen Briefen an Bethmann Hollweg und Michaelis bekräftigt B. Bethmann Hollweg noch einmal seine "politische Stellung", während er Michaelis "vertraulich von den Äußerungen des Grafen Czernin¹³⁰) Kenntnis" gibt. Bethmann Hollweg antwortet am 21. Juli, Michaelis dankt am 23. Juli 1917 für die "freundlichen Mitteilungen".

Nach der Versetzung von Scheffer-Boyadel¹³¹) kehrt B. im Herbst 1917 nach Berlin zurück.

In jener Zeit verkehrte ich viel in der "Deutschen Gesellschaft von 1914".¹³²) Ich hatte mich aufnehmen lassen auf Vorschlag von Kardorff und Fürst Guidotto Henckel von Donnersmarck. Bei letzterem war ich in Berlin des öfteren zu Gast und hatte immer angeregte Stunden. Er liebte den Verkehr mit Gelehrten und Künstlern und stellte meist originelle Diners zusammen, bei denen geistige Potenzen mit fürstlichen Herrschaften gemischt waren. [...]

Mit Octavio von Zedlitz geriet ich in jener Zeit in einen sich immer mehr verschärfenden Gegensatz. Zedlitz fühlte die große Krisis kommen und wollte in jeder Beziehung sein Pulver trocken halten. Einstweilen hielt er sich stark an jene ver-

¹²⁸⁾ Schulthess 1917/I S. 696 f. — Michaelis war am 27. 6. 1909 zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt worden. Seit Beginn des Jahres 1915 leitete er die Reichsgetreidestelle und wirkte seit dem 17. 2. 1917 als Staatskommissar für Volksernährung in Preußen; vgl. auch v. Müller S. 304 f.

¹²⁹⁾ WUA 8 S. 85. — Schorlemer lehnte in der Diskussion um die Wahlrechtsreform ein Plural-wahlrecht als zu radikal ab und empfahl stattdessen ein berufsständisches Wahlrecht. Dies mag auch die Sympathie von B. in gewisser Weise erklären; Patemann S. 32; Feldman S. 288 f. Siehe ergänzend S. 307.

¹³⁰⁾ Siehe oben S. 119.

¹³¹⁾ Scheffer-Boyadel hatte — nach Bredt — "das Mißfallen des Generals Hoffmann erregt" und wurde als Kommandierender General zum General-Kommando Nr. 67 in Dünaburg versetzt.

¹³²) Vgl. Bürgerliche Parteien I (1968) S. 378—380.

knöcherten alten Herren, die in der Fraktion den Geist des alten Fritz verkörperten. Uns junge Leute, insbesondere Kardorff und mich, versuchte er mit allerlei kleinen Mittelchen ruhig zu halten; obiger Brief¹³³) ist eine Probe davon. Ich lieβ mich aber nicht einfangen und war auf Zedlitz sehr schlecht zu sprechen, wie meine Briefe an Kardorff¹³⁴) zeigen, die dieser mir später noch einmal zu lesen gab. Mein Hauptvorwurf gegen Zedlitz war aber sehr begründet. Der alte Hexenmeister hatte jahrzehntelang in schwierigen politischen Fragen den Kompromiβ gemacht oder eine Lösung gefunden. Jetzt wollte er diese Tätigkeit durch einen Kompromiβ¹³⁵)in der Wahlrechtsfrage krönen. Das miβlang aber, und darüber brach er innerlich zusammen.

Zedlitz hielt sich einstweilen völlig zu den Wahlrechtsgegnern, zu den Hochtorys und schrieb in diesem Sinne in die "Post"¹³⁶) seine zahllosen Artikel. Aus authentischer Quelle wußte ich aber, daß er unter der Hand nach links hin die Zusage gemacht hatte, seine Partei im ganz entscheidenden Augenblick dennoch im Sinne der Wahlrechtsvorlage festlegen zu wollen. Das empörte mich tief, denn ich wollte unter keinen Umständen mich in solcher Weise führen lassen. Ich war selbst für das gleiche Wahlrecht, wollte das aber auch offen sagen können. Am meisten aufgebracht war ich darüber, daß Zedlitz dann allmählich in der "Post" zu schillern anfing. Als seine Artikel — seine Hauptfinanzquelle!¹³⁷) — in der alten Form nicht mehr recht interessierten, erörterte er auch andere Möglichkeiten und fand so immer neuen Stoff. Meine Briefe an Kardorff geben hier meiner Entrüstung deutlichen Ausdruck, aber schließlich kam ich sogar so weit, offen gegen Zedlitz vorzugehen.

Am 21. November [1917] erschien in der "Post" ein Artikel von mir: "Die Freikonservative Partei", in dem es am Schluß heißt:

"Wer es daher gut mit der Partei meint, und wer auch in kommenden Zeiten gern ein guter Freikonservativer bleiben möchte, kann seine Stimme nicht laut genug erheben, um zu sagen: Wir wollen wissen, was die Partei vor hat! Wir wollen mit ihr gehen und unsere Ansichten dem Parteiwillen unterordnen, soweit es irgend geht. Wir wollen aber unter keinen Umständen unsere politische Zukunft einem Fuhrwerk anvertrauen, dessen Kutscher nicht sagen kann, wohin die Reise geht. Farbe bekennen ist das vornehmste Zeichen des Mannesmutes, und daran soll es auch bei den Freikonservativen nicht fehlen. Fort mit allem Wankelmut, und ein klares Bekenntnis der Stellungnahme, das ist es, was wir brauchen!"

¹³³⁾ Siehe Nr. 30 S. 338 f.

¹³⁴⁾ Offenbar nur lückenhaft im Nachlaß Kardorff überliefert. Siehe auch S. 339 f.

¹²⁵⁾ Mende S. 97; Patemann S. 65 ff. Wohl im Mai 1917 schrieb Zedlitz an Loebell: "Die jüngst vereinbarten Grundlinien des Mehrstimmenwahlrechts stellen, soweit ich es zu beurteilen vermag, das äußerste dar, was zur Zeit im Sinne staatserhaltender Politik zu erreichen ist. Wir werden froh sein können, wenn wir das Ziel erreichen, ohne mit weiterem volkstümlichen Öle schmieren zu müssen: Es wäre aber mehr als gewagt und könnte nur zu leicht "katastrophal" wirken, wenn die jetzt dem Gesamtplan eingefügten populären Glieder nicht restlos beibehalten werden." Bundesarchiv, Nachlaß Loebell 20 Bl. 63—63 v. Original undatiert.

¹³⁶) Den Freikonservativen nahestehende Berliner Tageszeitung; vgl. Mende S. 96 f.

¹³⁷⁾ Z. war 1899 für kurze Zeit Präs. d. Seehandlung; vgl. H. Jaeger, Unternehmer in der dt. Politik (1890—1918). Bonner Historische Forschungen 30, 1967 S. 30 u. ö.

Die Redaktion unserer offiziellen Parteizeitung konnte den Artikel nicht gut zurückweisen, zeigte ihn aber vorher Zedlitz, der am folgenden Tag schon antwortete und unter Bezugnahme auf eine Entschließung des Gesamtvorstandes vom 15. Oktober zusammenfassend sagte:

"Die Vorlage über die Reform des preußischen Wahlrechts werden wir mit strengster Gewissenhaftigkeit und dem Gefühl unserer Verantwortung gegen Volk und Vaterland prüfen und danach entscheiden."¹³⁸)

Mein Vorstoß fand Widerhall in der ganzen deutschen Presse, denn jedermann erkannte, daß ich recht hatte.¹³⁹) Von den Freikonservativen hing das Schicksal des gleichen Wahlrechts ab, und die Zweideutigkeit¹⁴⁰) von Zedlitz war von Bedeutung weit über unsere Partei hinaus. Nun lagen die Dinge so, daß der alte Vorschlag eines Pluralwahlrechts überholt war durch die neue Königliche Botschaft¹⁴¹), welche das gleiche Wahlrecht verhieß. Dahinter verschanzten sich jetzt die Wahlrechtsgegner und erklärten, es komme jetzt nur noch darauf an, ob man das gleiche Wahlrecht annehme oder ablehne. Wurde einfach abgelehnt, so entstanden unabsehbare Folgen. So kam mir damals der Gedanke, die ganze Frage wieder flüssig zu machen dadurch, daß man das Pluralwahlrecht als Parteiantrag wieder zur Debatte stelle. Der Gedanke war sachlich richtig, formell aber gefährlich, weil ich dadurch selbst als schwankend erschien. Tatsächlich blieb ich ein überzeugter Anhänger des gleichen Wahlrechts, wurde aber jetzt wieder zu den Gegnern gerechnet. Der neue Artikel in der "Post" vom 29. November lautete:

"Meine Ausführungen über die Stellung der freikonservativen Partei zur Wahlrechtsfrage haben in der rechtsstehenden Presse durchweg Zustimmung gefunden, nur in einigen Blättern ist hervorgehoben, daß ich meine eigene Stellung dabei nicht klargestellt hätte. Das möchte ich daher im folgenden nachholen.

Wenn die Partei künftig bestehen will, muß sie zunächst versuchen, eine geschlossene, einheitliche Stellung einzunehmen. Zur Zeit handelt es sich nur um zwei Extreme: Annahme — Ablehnung. Macht sich auf dem Parteitag — wie geschehen — eine überwiegende Meinung für Ablehnung geltend, und stimmt die Parteileitung später zu, so entsteht ein bedenklicher Zustand. Nun schreibt Herr v. Zedlitz, jener Mittelweg¹⁴²), auf den sich im Juni die Parteien geeinigt hätten, sei heute nicht mehr gangbar; die zweite königliche Botschaft habe einen dicken Strich dadurch gezogen. Das ist es eben, was ich nicht einzusehen vermag. Ganz gewiß kann nun die Regierung kein Pluralwahlrecht mehr vorschlagen. Aber was hindert die Partei, es dann als Initiativantrag einzubringen? Wenn im Juni eine große Mehrheit dafür vorhanden war, besteht auch heute noch die größte Aussicht dafür. Es muß nur jemand die Sache in die Hand nehmen. Daß aber hierzu die freikonservative Partei in erster Linie berufen ist, wird niemand leugnen. Wir leisten der konservativen Sache im Ganzen den besten Dienst und sind des Beifalls unserer konservativen Bruderpartei sicher, wenn wir hier die Initiative ergreifen. Auch die

¹³⁸⁾ Vgl. für die Entschließung die Frankfurter Zeitung Nr. 287 v. 17. 10. 1917 (Abendblatt): "Die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen lehnen wir als unvereinbar mit der Eigenart dieses Staates nach wie vor ab."

¹³⁹) Siehe Einleitung S. 21 f.

¹⁴⁰⁾ Patemann S. 113 f.

¹⁴¹) Reformerlaß v. 11. Juli 1917, vgl. Patemann S. 93; Gagel S. 169.

¹⁴²⁾ Pluralwahlrechtsentwurf v. Loebell v. 18. Juni 1917; Patemann S. 79 ff.

Nationalliberalen¹⁴³) und Teile des Zentrums¹⁴⁴) werden es freudig begrüßen. Wir müssen nur klar mit unserer Ansicht herauskommen und uns aufraffen zu einem tatkräftigen, geschlossenen Vorgehen der Partei. — Das ist es, was ich unter heutigen Umständen unter freikonservativer Politik verstehe."

In der Partei fand ich keinen Beifall mit meinem Vorschlag, weil man annahm, ich wolle schließlich doch auf das gleiche Wahlrecht hinaus. Es geschah aber das Unerwartete, daß Zedlitz selbst sich meine Gedanken zu eigen machte. Er schrieb am 9. Dezember in die "Post":

"Wollen die Gegner des gleichen Wahlrechts zu einem Erfolg gelangen, so wird es unbedingt notwendig sein, da β sie sich möglichst bald über diejenige Form des Wahlrechts verständigen, welche dem gleichen Wahlrecht entgegengesetzt werden soll."

Tatsächlich geschah dies ja auch später in der Kommission¹⁴⁵), aber das Unheil wurde damit nur beschleunigt. Zedlitz aber erreichte mit seinem neuen Vorschlag das Gegenteil von dem, was er erstrebte: er verlor das Vertrauen nach allen Seiten hin, und keine Partei wollte von seiner Vermittlung noch etwas wissen. [...] Ich blieb in Berlin bis zur ersten Lesung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhause am 5. Dezember 1917. Es war das erste Auftreten des Grafen Hertling, der sich als Preußischer Ministerpräsident vorstellte. 146) Ich war wenig entzückt von dem alten Herrn, der mir nicht den Eindruck machte, als sei er seiner schweren Stellung gewachsen.

Noch während seiner Tätigkeit in Lida nimmt B. mit seinem "alten Freunde Brandenstein¹⁴⁷), Oberquartiermeister beim Oberbefehlshaber Ost", Verbindung auf, der "mit einem großen Stab der Verwaltung in Kowno" saß.

Am 7. November schrieb mir Freiherr von Gayl¹⁴⁸) aus dem Hauptquartier Oberost, ob ich [in den Stab Oberost eintreten] könne, um die Staatsverträge zwischen dem Deutschen Reich und den beiden Staaten [Kurland und Litauen] sowie die neuen Staatsverfassungen auszuarbeiten. Mit Freuden sagte ich zu, konnte es auch ohne Bedenken, da Brandenstein meinen Gesundheitszustand

¹⁴³) Die nationalliberale Abgeordnetenhausfraktion war in der Beurteilung der von der preuß. Regierung im Dezember 1917 eingebrachten Reformvorlagen gespalten. Im Mai 1918 wurde das gleiche Wahlrecht mit der Mehrheit der Konservativen und mit einem Teil der Nationalliberalen zu Fall gebracht, vgl. Gagel S. 169.

¹⁴⁴⁾ Das Zentrum stimmte schließlich den Vorlagen zu, obgleich die Zentrumsführer — Dr. Spahn, Dr. Porsch und Herold — in einem Gespräch mit Friedberg Ende April oder Anfang Mai 1917 ihre Bereitschaft zu einer Pluralwahlrechtslösung erkennen ließen; Gagel a.a.O.; Patemann S. 73 f.

¹⁴⁵) Patemann S. 143 ff.

¹⁴⁶⁾ Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 6 Sp. 6561—64; Hertlings Ansicht, daß durch die Wahlrechtsänderung "für die innere Geschichte Preußens ein entscheidender Wendepunkt" bevorstehe, fand nur "im Zentrum und links" Beifall. — Karl Graf von Hertling, Ein Jahr in der Reichskanzlei. Erinnerungen an die Kanzlerschaft meines Vaters. Freiburg i. B. 1919 S. 42 f.

¹⁴⁷⁾ Am 21. 11. 1917 wurde H. v. Brandenstein (1870-1950) zur Verfügung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres gestellt und zum Verbindungsoffizier der verbündeten Streitkräfte beim rumänischen Oberbefehlshaber kommandiert. Mitteilung des Reichsarchivs v. 29. 8. 1929; Nachlaß Bredt.

Yas Siehe unten Anm. 151; Brief im Nachlaß Bredt. Durch eine Verfügung vom 22. 12. 1917 wurde B. zum Stabe Oberost versetzt; Telegramm v. 27. 12. 1917 im Nachlaß.

kannte und mir für meine Behandlung völlig freie Hand ließ. Erst nach vollendeter Operation sollte ich die Stelle antreten, da die Sache nicht eilig schien. So fuhr ich nur einmal, am 20. November 1917, nach Kowno, um mich zu melden, kam aber leider gerade an dem Tage an, an dem Brandenstein seinen Abschied feierte. Er war nach Rumänien versetzt, und die ganze Verwaltung Oberost wurde anders organisiert. 149) Ich nahm noch teil an dem großen Abschiedsessen und brachte ihn am folgenden Tag zur Bahn.

Nachdem dann die Operation überstanden war und ich mich etwas erholt hatte, kam ich wieder und fand jetzt eine ganz andere Besetzung. An der Spitze der Verwaltung stand jetzt der Generalmajor Graf Waldersee, ihm zur Seite als Zivilkommissar der Unterstaatssekretär von Falkenhausen. ¹⁵⁰) Die beiden Abteilungsleiter, mit denen ich vornehmlich zu tun hatte, waren Freiherr von Gayl¹⁵¹), später Vertreter Ostpreußens im Reichsrat und Reichsminister des Innern, sowie Geheimrat Tiesler¹⁵²), später Präsident des Landesfinanzamts Königsberg. Im übrigen bestand der Verwaltungsstab aus Hunderten von Menschen, die ich gar nicht alle kennenlernte. Die Verwaltung war noch schlimmer angewachsen als in Polen und erreicht wurde noch weniger.

In Kowno wohnte ich gut und bequem und erholte mich systematisch. Zudem hatte ich oft Dienstreisen zu machen, die auch nur angenehm waren. In Wilna war ich schon des öfteren von Lida aus zu Besuch gewesen bei dem Militärgouverneur Fürst Isenburg-Birstein¹⁵³); jetzt hatte ich dienstlich bei ihm zu tun. In Mitau kannte ich den Militärgouverneur v. $Go\beta ler^{154}$) als konservativen

¹⁴⁹) WUA 8 S. 331. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 429. Für die Neugliederung von Oberost vgl. auch die vertrauliche Aufzeichnung v. Maltzan's v. 8. 11. 1917, in: Politisches Archiv, WK 20 d Nr. 1 Bd. 10 Bl.62. — Bundesarchiv (Militärarchiv Freiburg), N 98/1 (v. Goβler) Bl. 90.

¹⁵⁰⁾ Verwaltungschef bei Oberost, Reichskommissar für Kurland und Litauen s. 5. 6. 1918, vgl. Quellen 1/II S. 311.

¹⁵¹⁾ Wilhelm Frhr. v. Gayl (1879—1945) leitete s. 1916 die Abteilung Politik und Verwaltung beim Stabe Oberost. In den unveröffentlichten Erinnerungen "Mit Schwert und Feder! Erinnerungen an Front- und Verwaltungsdienst in den Jahren 1914/19" (Schreibmaschinenmanuskript, 1942) erwähnt v. Gayl S. 115 nur nebenbei den "meiner Abteilung zugeteilten Marburger Staatsrechtslehrer" Bredt. Den Besprechungen über die Verfassungsentwürfe für Litauen und das Baltikum widmeten "wir viele Stunden". Bundesarchiv, Nachlaß Gayl Nr. 2; s. 1921 Bevollmächtigter der Provinz Ostpreußen zum Reichsrat; 1. 6.—2. 12. 1932 Reichsminister d. Innern im Kabinett Papen; am 10. 6. 1932 trat Gayl aus der DNVP aus. Siehe auch S. 279.

¹⁵²⁾ November 1915—Juli 1918 Chef der Finanzabteilung im Stabe des Oberbefehlshabers Ost; 1. 8.—31. 10. 1918 Chef der Militärverwaltung Litauen; zur Vorbereitung der Erinnerungen setzte sich B. 1929 wieder mit T. in Verbindung. Nachlaß Bredt.

¹⁵³⁾ Chef der Militärverwaltung Litauen bis Anfang 1918. Am 25. 7. 1917 schrieb Isenburg an Bredt, daß er sich freuen werde, "Sie bei mir zu sehen". Bredt willigte am 29. Juli "mit großer Freude" ein. Bundesarchiv (Militärarchiv Freiburg), Nachlaß Isenburg H 08—92, Rolle II, 0249—0250; Nachlaß Bredt. Siehe auch S. 102.

¹⁵⁴⁾ Alfred v. Goßler (1867—1946), MdA 1908—1918, MdR 1915—1918; 1915 bis Juli 1918 Chef der Militärverwaltung der baltischen Lande, 1. 8.—8. 12. 1918 Chef der Landesverwaltung für die vereinigten balt. Provinzen. Der Nachlaß v. Goßler bietet für die Beziehungen Bredt — v. Goßler nichts; Bundesarchiv (Militärarchiv Freiburg), N 98/1: Lebenserinnerungen von A. v. Goßler.

Abgeordneten. In Riga wurde ich sehr freundlich aufgenommen von dem [späteren] lübischen Bürgermeister $Neumann^{155}$) und dem [späteren] Elberfelder Oberbürgermeister $Hopf.^{156}$)

Als ich zuerst nach Mitau kam, wurde mir bedeutet, ich müsse mich zuerst einmal im Lande umsehen. Es kam dann eine Einladung des Fürsten Lieven in Schloß Senten, und so fuhr ich dorthin zusammen mit dem Rittmeister d. R. Burchard, einem Sohn des hamburgischen Bürgermeisters. Wir verlebten ein paar herrliche Tage auf dem prächtigen Edelsitze. Man konnte es sich noch vorstellen, was vor Zeiten eine deutsche Adelsfamilie mit Grundbesitz in Kurland bedeutete. Es war wohl das angenehmste Herrenleben, was es auf der Welt gab. Wir fuhren durch den schönen Wald, tanzten abends und sprachen über den Krieg.

In Mitau herrschte große Geselligkeit. In der Palaisstraße wohnten alle die Adelsfamilien, und man ging an den Jours fixes zu ihnen zum Tee. Besonders eine Fürstin Lieven geb. von Brevern, ist mir in sehr angenehmer Erinnerung; sie war eine Cousine des Grafen Castell. Ich besuchte auch das Schloß von Mitau und sah in der Gruft die wohlerhaltenen Leichen des berüchtigten Biron und seiner Benigna; die Gesichter waren völlig weiß von den vielen Kerzen, die darauf getropft hatten.

Es herrschte in Kurland eine sehr zuversichtliche Stimmung. Die Ritterschaft hatte aus ihrem schönen Haus das Bild des Zaren bereits entfernt und ein Bild unseres Kaisers in Auftrag gegeben. An eine Niederlage dachte kein Mensch, man stellte sich vielmehr schon völlig auf deutsche Verhältnisse ein. Ich hütete mich auch wohl, etwas dagegen zu sagen. An der Spitze der Ritterschaft stand der Landesbevollmächtigte Baron Rahden¹⁵⁷), ein außergewöhnlich kluger und vornehmer Mann. Mit ihm war ich viel zusammen, weil ich vornehmlich mit ihm meine Arbeiten zu besprechen hatte. Er kam auch des öfteren nach Berlin. [...]

Ich nahm auch teil an einer großen Besprechung über die ganzen Ostfragen, die in Spa unter dem Vorsitz des Generalquartiermeisters *Hahndorff* stattfand, und bei der ganz seltsame Ansichten zu Tage traten. ¹⁵⁸) Man rechnete noch mit einem sicheren Sieg und verteilte die Länder nach Gutdünken. Es kam jetzt auch die Frage der Besetzung der Throne auf, und es meldeten sich die bekannten Bewerber. Interessant war es mir dabei, daß die beiden Militärgouverneure mit großer Entschiedenheit dafür eintraten, es könne nur der *Kaiser* Herzog von Kurland und Großfürst von Litauen werden; die Regierung müsse ausgeübt werden durch Statthalter; wen sie sich als Statthalter dachten, verschwiegen

D. Dr. Johann Martin Andreas Neumann (1865—1928), Pol. Referent beim Stabe des Gouvernements Riga, Hauptmann d. L. a. D. — Am 2. 6. 1926 nahm die Bürgerschaft von Lübeck ein Mißtrauensvotum (Sozialdemokraten, Demokraten, Hausbesitzer) gegen den Bürgermeister (s. 1921) Dr. Neumann an, der nach fast 22jähriger Zugehörigkeit zum Senat als Bürgermeister zurücktreten mußte, weil er im Frühjahr 1926 in Verbindung mit einem Staatsstreich der Vereinigten Verbände als "Reichsverweser" genannt worden war. Pol. Archiv, WK 20 d Nr. 1a Bd. 7 Bl. 28, 35—39; ebd. Po 5 Bd. 7; Nachlaß Bredt.

¹⁵⁶) Dr. jur. Paul Emil Rudolf Hopf (1875—), s. 1911 Beigeordneter der Stadt Elberfeld, Sept. 1917 bis Dez. 1918 Verwaltungschef v. Riga; 1919—20 Oberbürgermeister v. Elberfeld.

¹⁵⁷⁾ WUA 8 S. 342.

¹⁵⁸) Auch aus dem Nachlaß läßt sich die Besprechung nicht genauer datieren.

sie einstweilen. ¹⁵⁹) Ich finde auch einen Brief des Fürsten $Reu\beta^{160}$) vom 12. März 1918, den ich damals in Kowno bekam. Er besagt nach einigen rein persönlichen Mitteilungen:

"Mit großem Interesse höre ich, daß Sie seit einiger Zeit dem Stabe von Oberost zugeteilt sind und dort die Verfassungsfragen von Kurland und Litauen bearbeiten. Wie werden wohl diese Fragen gelöst werden? In den Zeitungen liest man allerlei Vermutungen, bei denen man nicht weiß, was davon wahr ist. Das "Neueste" soll eine Personalunion mit dem Deutschen Reich sein. 161) Das kann ich nicht für ersprießlich halten, ebensowenig — was aber noch viel schlimmer wäre — eine solche mit Preußen. Es liegt nun mal in der Welt ein gewisses Odium auf Preußen, dessen "Militarismus" man Eroberungssucht vorwirft. Das ist ja natürlich ein Unrecht und eine Unwahrheit, aber das Vorurteil besteht nun einmal; daher muß man m. E. alles tun, um es abzuschwächen, aber nicht das Gegenteil.

Das Richtigste wäre es, wenn Kurland ein selbständiges Herzogtum (auf den Titel kommt es nicht an) würde unter einem deutschen Fürsten (Prinzen aus einem regierenden, evangelischen¹⁶³) Hause, aber keinem preußischen Prinzen!) mit enger Anlehnung an Deutschland. Daß man bei der Besetzung des Thrones von Kurland an meinen Schwiegersohn Herzog Adolf Friedrich¹⁶⁴) zu Mecklenburg dort in sehr vielen Kreisen

- ¹⁵⁹) Am 13. 8. 1917 hatte *Isenburg* (Wilna) in einem Schreiben an den Oberbefehlshaber Ost u. a. gefordert: "Es darf nach außen hin nicht hervortreten, daß die Wiederaufrichtung Litauens eine von Deutschland in Angriff genommene und betriebene Angelegenheit ist. Wir würden uns zunächst damit in Widerspruch setzen zu der Friedensresolution des Reichstages, mit der sich der Herr Reichskanzler bis zu einem gewissen Grade einverstanden erklärt hat." Pol. Archiv, WK 20d Nr. 1 Bd. 3 Bl. 93-94. Das "System Isenburg", eine nur wenig verschleierte Form der Angliederung wurde vom litauischen Nationalrat in Lausanne abgelehnt. Ebd. Bd. 2 Bl. 7. Auch nach seiner Entlassung agitierte Isenburg gegen "ein selbständiges (unabhängiges) dynastisches Fürstenhaus" für Litauen. "Ich schlage vor im Sinne meiner früheren, jetzigen und heutigen Vorschläge, die Unionspolitik betreiben und für einen mir eventuell jetzt schon zu nennenden Landesverweser (ohne Erbfolge) Stimmung auslösen zu dürfen." Isenburg (Berlin, 22. 2. 1918) an v. Radowitz, ebd. Bl. 16. — v. Goßler akzentuierte seine Ansicht über die "künftige Verfassung Kurlands" am 10. Juli 1917. Der Kanzler habe es versäumt, im Anschluß an die Regelung der polnischen Frage auch die kurländisch-baltische und die flandrische Frage durch Eingliederung als preußische Provinzen zu lösen. Jetzt sei nur mehr eine "Lösung der Frage unter Einstellung auf die Nationalitätenpolitik", eine Personalunion des Herzogtums Kurland und Litauen mit Preußen möglich. Ebd. Nr. 1a Bd. 1 Bl. 3-14; Basler S. 247 f.; Linde, Litauen S. 171 ff.
- 160) Siehe oben Anm. 12.
- 161) Bereits am 1. 11. 1917 erwähnt v. Maltzan in einer Aufzeichnung, daß Oberst Hoffmann und Prinz Leopold von Bayern für die Zukunft von Litauen und Kurland auch die Anbahnung eines späteren bundesstaatlichen Verhältnisses mit Deutschland erörterten. Pol. Archiv, WK 20d Nr. 1 Bd. 9 Bl. 86 f.
- 162) Besonders Hindenburg und Ludendorff traten für die Personalunion mit Preußen ein: "Es (Litauen) muß an uns gekettet werden." Hindenburg auf einer Besprechung im Reichskanzlerpalais am 6. 12. 1917. Pol. Archiv, WK 20d Nr. 1 Bd. 11 Bl. 73.
- 163) Erzberger empfahl wiederholt den katholischen Herzog Wilhelm von Urach für den Königsthron von Litauen. WUA 8 S. 344 f.; Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart u. Berlin 1920 S. 183 f.; Epstein S. 264 ff.;
- 164) Am 24. April 1917 hatte Adolf Friedrich Herzog zu Mecklenburg (1873—1969) Victoria Prinzessin Reuß j. L. geheiratet. Vgl. Pol. Archiv, WK 20d Nr. 1a Bd. 3 Bl. 167 ff. Im Herbst 1917 unternahm Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, Vorsitzender der deutsch-baltischen Gesellschaft, eine Fahrt durch Kurland. Goßler beurteilte die Pläne für ein selbständiges Herzogtum Kurland unter der Herrschaft von Adolf Friedrich zu Mecklenburg als "von vornherein aussichtslos". Bundesarchiv (Militärarchiv Freiburg), N 98/1 Bl. 39 f.

ernstlich denkt, ist Ihnen wohl nicht unbekannt. Das wäre eine ausgezeichnete Wahl."

Der König von Sachsen¹⁶⁵) dachte sehr an den Thron von Litauen in alter Erinnerung an August den Starken. Und damit ihm die Preußen keinen Strich durch die Rechnung machten, erschien in Kowno der sächsische Geheimrat Wach¹⁶⁶) als eine Art von Beobachter. Er sollte die sächsischen Interessen vertreten; es war nur nicht recht klar gegen wen und mit welchem Nutzen für Deutschland.

Am 18. April [1918] reiste ich wieder nach Berlin. In jener Zeit konnte ich noch nicht viel Positives arbeiten, weil die Sachen noch nicht weit genug gediehen waren. Ich nahm daher wieder Anteil an den Verhandlungen über die Mecklenburgische Verfassungsfrage. 167) Im Einvernehmen mit Bossart machte ich jetzt ein staatsrechtliches Gutachten darüber, wie man eine Verfassung oktrovieren könne. 168) Es ließ sich nach dem noch in Geltung befindlichen Erbyergleich vom 18. April 1755 zunächst durch das sogenannte Manutenenzrecht der Großherzöge erreichen. 169) Die Stände konnten dann allerdings den Bundesrat und damit die Reichsgesetzgebung anrufen. Dies bezeichnete ich aber als unwahrscheinlich, wenn die ständischen Kreise noch genügenden Einfluß behielten im Rahmen der neuen Verfassung. Bei einem Anrufen der Reichsgesetzgebung nach Artikel 76 der Reichsverfassung liefen die Stände Gefahr, daß der Reichstag eine viel radikalere Verfassung durchsetzte; ich nahm daher an, sie würden sich mit einer maßvollen Neuerung zufrieden geben. Bossart war von dem Gutachten sehr angetan, und auch Graf Schwerin-Mildenitz hielt den Weg für erwägenswert. Bossart bat mich auch, ein in Goldschnitt gebundenes Exemplar dem Großherzog persönlich zu überreichen. Das Buch war fertig gebunden und die Einladung in das "Parkhaus" mir schon zugegangen, — da kam am 25. Februar 1918 morgens mein Bursche Wanzenberg, selbst Mecklenburger, an mein Bett gestürzt und rief: "Der Großherzog hat sich erschossen!" Ich bedauerte den Armen von ganzem Herzen, denn es war eine traurige Angelegenheit, die ihn in den Tod trieb.¹⁷⁰) Die Verfassungsverhandlungen stockten jetzt völlig und wurden bald durch größere Ereignisse überholt. Mecklenburg erhielt seine Verfassung durch die Revolution. Und das abenteuerlichste war, daß die Revolution auch den Bestand von Strelitz aufrechterhielt; nach den monarchischen Grundgesetzen war Strelitz schon mit dem Tode des letzten Großherzogs an Schwerin gefallen.

¹⁶⁵⁾ Auf Grund einer Indiskretion erörterte die Vossische Zeitung v. 26. 2. 1918 die Möglichkeit, daß der zweite Sohn des Königs von Sachsen, der 24 Jahre alte Prinz Friedrich Christian, Herrscher über Litauen werde. Am 1. März notierte der Kaiser in rot an den Rand: "mir ist nichts davon bekannt! was soll das sein? der Reichskanzler hat mir den Herzog von Urach vorgeschlagen!" Pol. Archiv, WK 20d Nr. 1 Bd. 16 Bl. 145. WUA 8 S. 345 f. Für die Kandidatur des Hauses Wettin vgl. Linde, a.a.O. S. 183 ff.

¹⁶⁶⁾ Adolf Wach (1843-1926), Prof. d. Staatsrechts.

¹⁶⁷) Siehe S. 315 ff.

¹⁶⁸) Mecklenburgische Verfassungsfrage. (1918); Langfeld S. 372 f.; WUA 8 S. 196 f.

¹⁶⁹⁾ Das Recht zur Selbsthilfe — das sog. Manutenenzrecht — war im § 527 des landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs festgelegt; vgl. Bredt, Mecklenburgische Stände-Verfassung (1914) S. 20; ders., Mecklenburgische Verfassungsfrage (1918) S. 25 f.

¹⁷⁰⁾ Adolph Friedrich VI. machte am 23. 2. 1918 seinem Leben ein Ende; vgl. für die Motive Schulthess 1918/I S. 84 f.; Langfeld S. 365 f.

Im April 1918 verfolgten wir in Kowno mit großer Spannung den Verlauf der großen Offensive. 171) Ich war jetzt schon so weit gekommen, daß ich aus meiner Meinung kein Hehl mehr machte und im Offizierskasino offen davon sprach. Nach der ganzen Kräfteverteilung hielt ich eine Eroberung von Paris durchaus für möglich und war etwas enttäuscht über das Erreichte. Aber selbst die größten Erfolge hielt ich für wertlos in Bezug auf den ganzen Krieg. Wenn wir bei Amiens die Franzosen und Engländer trennten, wenn wir dann die Engländer auf den Kanal drängten oder gar den Franzosen den schweren Schlag einer Eroberung von Paris zufügten, dann war der Krieg noch lange nicht zu Ende. Das Entscheidende war ja doch die englische Hungerblockade, und dieser war durch keinen Sieg in Frankreich beizukommen. Wenn wir die Häfen Brest und Cherbourg eroberten, dann landeten die Amerikaner in Bordeaux oder schlimmstenfalls in Marseille. Wir konnten nur dann noch heil aus dem Unwetter herauskommen, wenn wir den Kampfeswillen auf der Gegenseite lähmten. Ich hätte es daher für richtig gehalten, wenn wir angesichts der gewaltigen Kräftekonzentration an der Westfront, die ja doch die Entente mit großer Sorge erfüllte, einen Frieden ohne alle Annexionen und Entschädigungen angeboten hätten, selbstverständlich mit einschränkungsloser Herausgabe von Belgien und sogar vielleicht gewissen Zugeständnissen in Elsaß-Lothringen.

In Berlin sprach ich offen über diese Dinge und wurde eines Abends eingeladen, in der bekannten "Mittwochsgesellschaft" von Professor Ludwig Stein¹⁷²) einen Vortrag mitanzuhören. An Hand einer großen Karte setzte uns ein Generalstäbler auseinander, daß es gelungen sei, mehrere spitze "Keile" in die feindliche Front hineinzutreiben; dies sei der Zweck der Offensive gewesen und der sei erreicht worden. Ich sagte dem neben mir sitzenden Abgeordneten Dr. Südekum leise, es sei unerhört, uns so etwas zu bieten, denn gerade nach dem Lehrmeister Schlieffen¹⁷³) sei solcher Keil das allergefährlichste, weil man dann in beiden Flanken gefaßt werden könne. Südekum flüsterte zurück, er sei auf dem Gebiet nicht genügend vorgebildet, es leuchte ihm aber durchaus ein, daß es darauf ankomme, wer "Keile kriege".

In jenen Tagen hatte Fürst Lichnowsky¹⁷⁴) die heftigsten Angriffe auszustehen wegen seiner unvorsichtigen Denkschrift, die auf unerklärliche Weise in die Hände der Feinde gekommen war. Ich ging darauf in Berlin zu ihm hin und erbot mich als Gewährsmann dafür, daß er im Frühjahr 1914 die Lage vollkommen

¹⁷¹⁾ Die deutsche Offensive vom 21. 3.—6. 4. 1918 in der Picardie erschöpfte sich nach großen Anfangserfolgen; auch in der folgenden Offensive vom 9. 4.—29. 4. 1918 südlich von Ypern gelang trotz bedeutender Geländegewinne die operative Ausnützung der Situation nicht.

^{172) (1859—1930),} Prof. der Philosophie an der Universität Berlin; der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Albert Südekum (1871—1943) zählte zu den ersten "Mitgliedern der Gesprächsrunde"; Stein S. 227.

¹⁷³⁾ Alfred Graf von Schlieffen (1833—1913), preuß. Generalfeldmarschall (1911), Schöpfer des nach ihm benannten "Schlieffenplan" (1905); siehe auch S. 217.

¹⁷⁴⁾ B. hatte 1914 Karl Max Fürst Lichnowsky (1860—1928), 1912—1914 dt. Botschafter in London, kennengelernt. Lichnowsky veröffentlichte 1918 eine Denkschrift "Meine Londoner Mission 1912 / 14", die durch Indiskretion bereits früher bekannt wurde; am 12. 7. 1918 wurde L. wegen seiner Ausführungen aus dem preuß. Herrenhaus ausgeschlossen; vgl. zusammenfassend Quellen 1/I S. 197; Bredt, Lichnowsky und Grey. In: Preuß. Jb. 212, 1928 S. 1 H.

richtig beurteilt habe. Der Fürst war sehr erregt und erbittert, sprang schließlich auf, stellte sich vor meinen Sessel und rief: "Wir werden den Krieg restlos verlieren; Sie werden es erleben!" Er war offensichtlich mit seinen Nerven am Ende, was auch kein Wunder war.¹⁷⁵)

Nun kamen die Kämpfe um das Wahlrecht. Die Kommission des Abgeordnetenhauses hatte das gleiche Wahlrecht des Regierungsentwurfes umgearbeitet in ein Pluralwahlrecht, das ziemlich sinnlos war.¹⁷⁶) Meine Partei war aber sehr angetan von dieser Lösung und trat dafür ein. Zedlitz war alt und krank; es war ihm offenbar nahegegangen, daß er diesmal mit seinem Patentkompromiß gescheitert war. Er hatte die Schwierigkeiten auf seine Weise meistern wollen, fand aber nirgends mehr Gehör. Er wurde noch geehrt durch Verleihung des Prädikates Exzellenz, aber das nutzte ihm wenig. So legte er am 18. April den Vorsitz in der Partei und der Fraktion nieder, wie die Post schrieb: "wegen Herzschwäche".¹⁷⁷) An seiner Stelle wurde der Justizrat Lüdicke¹⁷⁸) gewählt. Unter großer Entrüstung unserer Fraktion sagte damals ein Fortschrittler, bei den Freikonservativen sei der Hauptmann gefallen und ein Feldwebel habe die Führung der Kompanie übernommen.¹⁷⁹) Kardorff und ich hielten die Haltung der Partei unter Führung von Lüdicke für ein Verhängnis; tatsächlich verschwand die Partei ja auch spurlos.

Am 30. April begann die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage, und sie brachte zunächst eine Überraschung. Zu mir kam Graf Spee¹⁸⁰) vom Zentrum und schlug vor, wir drei Freunde vom Schutzverband [sollten] nach alter Art gemeinsam vorgehen und eine Vertagung bis nach dem Kriege beantragen. Ich lehnte sofort entschieden ab und hörte sogleich vom Freiherrn von Maltzahn¹⁸¹), daß auch er abgelehnt habe. So machte Graf Spee seinen Vorstoß allein und stiftete gewaltige

¹⁷⁵⁾ In der 1. Fassung lautete der letzte Satz: "Ich hatte das, was ich selbst empfand, noch nie mit solchen drastischen Worten aussprechen hören und ging ziemlich niedergedrückt nach Hause"

¹⁷⁶) Siehe ergänzend S. 122 ff. und die folgende Anmerkung.

¹⁷⁷⁾ Die Frankfurter Zeitung (1. Morgenblatt, Nr. 109 v. 20. 4. 1918) erwähnt daneben Unstimmigkeiten in bezug auf die Wahlrechtsvorlage der Regierung innerhalb der Fraktion: "Das würde bedeuten, daß die Mehrheit der freikonservativen Fraktion gewillt ist, das gleiche Wahlrecht abzulehnen." Vgl. Patemann S. 174. Nach außen erschien Bredt so zeitweise als Führer der gegen das gleiche Wahlrecht eingestellten Gruppe. Vgl. Zeitungsausschnitte vom 18. 4. 1918 im Nachlaß Bredt. Auf die eigentümlichen Spannungen zwischen Zedlitz und Bredt wirft eine Aufzeichnung von Unterstaatssekretär Heinrichs vom 15. 2. 1918 ein bezeichnendes Schlaglicht: "Bredt beschimpft Zedlitz, weil er Friedberg gegenüber sich schon für das gl[eiche] W[ahlrecht] stark gemacht habe, trotzdem [er] in der Partei so tue, als ob er dagegen sei. Bredt selbst ist an sich dagegen, ist aber in der Folge des konserv[ativen] Antrages schwankend geworden. Diesen halte er nicht für gangbar. Wird sich die Sache überlegen." Bundesarchiv, Nachlaß Heinrichs Nr. 33 Bl. 33.

¹⁷⁸) Paul Lüdicke (1866—), Rechtsanwalt und Notar, MdA s. 1903.

¹⁷⁹⁾ Mit Bezug auf das Redeverbot der Freikonservativen Partei für Kardorff sagte am 3. Mai Kanzow über Zedlitz: "er war ein General auf dem Gebiete politischer Taktik und Strategie, aber ich weiß nicht, ob ich diesen Rang den Herren Dr. Rewoldt und Lüdicke [...] zuteilen soll." Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 8 Sp. 9485.

¹⁸⁰) Antonius Graf von Spee (1866—1924), Rittergutsbesitzer, MdA s. 1901. —Vgl. Patemann S. 172 ff.

¹⁸¹⁾ Hans Jaspar v. Maltzahn (1869-), Landrat, MdA (Konservativ) s. 1908.

Verwirrung. Nur die Besonnenheit von Heydebrand, der eine Stunde Ruhepause erbat, verhütete weiteres Unheil. 182)

Es folgte eine lange Debatte von mehreren Rednergarnituren. Bei unserer Fraktion machte sich das Fehlen von Zedlitz sehr bemerkbar; unsere Redner¹⁸³) standen auf keinem hohen Niveau. Ich selbst war fest entschlossen, meine eigenen Wege zu gehen und kümmerte mich daher um die Fraktion überhaupt nicht mehr.

Am 2. Mai war die entscheidende "Abstimmung über die Frage: Soll der § 3 des Gesetzentwurfs, betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhause, also das gleiche Wahlrecht angenommen werden?"

Die Abstimmung war namentlich, geschah aber nach damaliger Sitte nicht durch Abgabe von Karten, sondern durch Namensaufruf. Als mein Name gerufen wurde, rief ich mit lauter starker Stimme ein Ja in den Saal. Die Zeitungen¹⁸⁴) schrieben nachher, es sei bei meinem Ja eine Unruhe durch den Saal gegangen. Tatsächlich machte es Aufsehen, daß ich so stimmte, denn von rechts kamen nur Nein. Außer mir stimmten nur Kardorff, Dr. Arendt und Dr. Wagner mit Ja, alle anderen Freikonservativen und sämtliche Konservativen stimmten mit Nein. Im Ganzen stimmten 183 Abgeordnete mit Ja, 235 mit Nein. Das gleiche Wahlrecht war abgelehnt! 185)

Unvergeßlich ist es mir, wie der alte Graf Hertling mit prophetischem Geiste die Worte sprach:

"Das gleiche Wahlrecht kommt: Es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit. (Sehr richtig! links) Es kommt entweder ohne Erschütterung, oder es kommt nach schweren inneren Kämpfen."¹⁸⁶)

Nun wurde weiter verhandelt über das jetzt sinnlose Pluralwahlrecht. Das Zentrum war auf den Gedanken verfallen, in die Verfassung "Sicherungen" hinein zu arbeiten in bezug auf Kirche und Schule. 187) Die diesbezüglichen Artikel der Verfassung sollten nur mit Zweidrittelmehrheit abgeändert werden können. An sich sagte mir dieser Gedanke zu. Es war mir aber sofort klar, daß staatsrechtlich ein Fehler vorlag. Wenn man nämlich solche Bestimmung in die Verfassung aufnahm, konnte sie mit einfacher Mehrheit wieder daraus entfernt werden. Wenn man also etwas erreichen wollte, mußte man zum mindesten diesen Artikel selbst, besser noch die ganze Verfassung unter den Schutz einer Zweidrittelmehrheit stellen. Ich hatte demgemäß schon am 23. April einen diesbezüglichen Antrag Nr. 886 gestellt. Als nun am 2. Mai über das Wahlrecht abgestimmt wurde, stellte ich den Antrag, zuerst über meinen Antrag 886 abzustimmen, da dieser entscheidend sei für die Auswirkungen des neuen Wahlrechts. Ich glaubte, wenn

¹⁸²) Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 8 Sp. 9274.

¹⁸³) Für die Freikonservativen sprachen Brütt, Lüdicke und Dr. Arendt. Ebd. Sp. 9274, 9276, 9305, 9350; Patemann S. 174.

¹⁸⁴⁾ In dieser Form nicht ermittelt.

¹⁸⁵) Mit Ja stimmte auch der Abg. Wallbaum (Hospitant d. kons. Partei), Zedlitz fehlte ohne Entschuldigung, vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 8 Sp. 9457—62. Rosenberg, Entstehung S. 207; Patemann S. 175.

¹⁸⁶) Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 8 Sp. 9288.

¹⁸⁷) Patemann S. 179 ff.

mein Antrag angenommen würde, könnten mehr Zentrumsabgeordnete für das gleiche Wahlrecht stimmen, und so könnte vielleicht eine Mehrheit herauskommen. Das wollte *Heydebrand* aber nicht; er widersprach und mein Antrag wurde zurückgestellt. 188)

Der Zentrumsführer Dr. Porsch¹⁸⁹) kam danach zu mir und besprach die Sache. Es leuchtete ihm durchaus ein, daß die Zentrumsanträge überhaupt erst Wert bekamen durch Hinzutreten meines Antrages. Da er aber an meinem Wortlaut allerlei auszusetzen hatte, änderte ich meinen Antrag nunmehr ab in einen neuen Antrag Nr. 979 vom 6. Mai¹⁹⁰):

"Der Artikel 107 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln bei zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von wenigstens 21 Tagen liegen muß, erforderlich ist. Dasselbe gilt für Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Wahlen zum Abgeordnetenhause und zu den Gemeindevertretungen."

Am 6. Mai nahm ich das Wort zu diesem Antrag. Die Fraktion wollte mich nicht als Redner vorschicken; man konnte aber auch als einzelner zu Wort kommen, wenn man Antragsteller war. So benutzte ich die Gelegenheit, um meine Stellungnahme darzulegen. Ich setzte auseinander, daß man ohne das gleiche Wahlrecht heute nicht mehr auskomme. Lehne man es ab, so bestehe die große Gefahr, daß eine radikale Änderung uns auch das Stimmrecht der Jugendlichen und Frauen bringe. Deswegen müßten auch die Bestimmungen über das Wahlrecht unter den Schutz der Zweidrittelmehrheit gestellt werden. Meine Rede wurde von den Konservativen mit höhnischen Zwischenrufen begleitet. Es kam noch einmal der ganze Hochmut der ostelbischen Agrarier zur Geltung. Ich schloß meine Rede mit den Worten:

"Und wenn die Herren von der Rechten die Sache ablehnen, so wollen wir uns heute über 10 Jahre wiedersprechen und fragen, wer die bessere Politik im konservativen Sinne gemacht hat — Sie oder ich."¹⁹¹)

Das Stenogramm verzeichnet hier: Bravo und Heiterkeit. Das Bravo kam von links, die Heiterkeit von rechts. Falsch war aber nur der Termin gewesen; es hätte heißen sollen: heute über's Jahr!

Wie meine eigene Partei zu den ganzen Fragen stand, geht hervor aus dem, was der nunmehrige Parteivorsitzende Lüdicke [am 7. Mai] sagte. 192) Er erklärte ein-

¹⁸⁸⁾ Drucksachen Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 10 S. 5936: "Für Abänderung der Verfassung sowie für Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen über das Wahlrecht zum Landtage und zu den Gemeindevertretungen ist in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich." — Gegen den Vorschlag wandte sich auch der Abg. Hirsch (SPD), "weil wir ja aus dem Verlaufe der Debatte gehört haben, daß selbst für den Fall der Annahme des Antrages Bredt die Herren, die entschlossen sind, dann gegen den § 3 in der Regierungsvorlage zu stimmen, doch ihre Meinung nicht ändern würden." Vgl. auch für Heydebrand Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 8 Sp. 9450 ff.

¹⁸⁹⁾ Dr. Felix Porsch (1853—1930), MdA s. 1903, Vors. d. Abgeordnetenhausfraktion.

¹⁹⁰) Drucksachen Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 11 S. 6040.

¹⁹¹) Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 9 Sp. 9756; WUA 8 S. 187.

¹⁹²⁾ A.a.O. Sp. 9760 f.

fach, daß die Partei das gleiche Wahlrecht ablehne und deshalb auch den Sicherungsanträgen nicht zustimme. Das war die ganze politische Weisheit.

Da unterdessen das Zentrum vorgezogen hatte, meinen Antrag in etwas anderem Wortlaut als eigenen Antrag einzubringen, so daß sich keine einzige Partei für meinen persönlichen Antrag einsetzte, zog ich ihn zurück. Der Zentrumsantrag wurde dann aber auch abgelehnt, gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der Abgeordneten von Kardorff, Dr. Arendt und Dr. Bredt. 193)

Am 1. Mai war *Kardorff*¹⁹⁴) formell aus der Fraktion ausgetreten. Ich machte diesen Schritt nicht mit, um kein unnötiges Aufsehen zu erregen, hielt mich aber von den Fraktionssitzungen fern.

Jene Abstimmung über das Wahlrecht war der Höhepunkt in meinem politischen Leben. 195) Gegen meine Fraktion, gegen den ganzen Druck, der damals ausgeübt wurde, hatte ich lediglich nach meiner Überzeugung gestimmt. Und ich durfte noch nicht einmal mit aller Deutlichkeit sagen, warum ich so gestimmt hatte. Ich fühlte, daß der Krieg verloren war. Ich ahnte, daß uns schwere innere Erschütterungen bevorstanden. Da wollte ich mich dafür einsetzen, daß wenigstens das Mögliche geschehe, um ohne Gefährdung des ganzen Staates über die äußere Katastrophe hinwegzukommen. Es schien mir nur auf diese Weise möglich, den Thron der Hohenzollern zu erhalten.

Wenn ich heute an unsere freikonservative Fraktion zurückdenke, dann muß ich sagen, daß sie unmöglich so weiter bestehen konnte. Es war eine Engstirnigkeit, wie sie schlimmer nicht gedacht werden konnte. Grafen, Exzellenzen und Geheimräte gaben den Ton an, und kleinere Leute wandelten glücklich in ihrem Schatten. Ein Pastor aus unserer Fraktion kam nach der Wahlrechtsabstimmung zu mir und sagte: "Herr Kollege, Sie werden es noch erfahren: alle Schuld rächt sich auf Erden!" So dachte ein christlicher Pastor vom Lande in Brandenburg im Jahre 1918. Wo sind sie alle geblieben, die damals das große Wort führten? Sie verschwanden bei der Revolution lautlos von der Bildfläche. Mit ihnen aber verschwand die alte ruhmreiche freikonservative Partei, die Bismarck-Partei, die wie keine andere berufen gewesen wäre, die Führung in diesem Wirrwarr zu übernehmen.

Als ich am Abend der Abstimmung ins Offizierskasino kam, wurde ich mit großen Vorwürfen empfangen. Rehren¹⁹⁶) hatte mit Nein gestimmt, aber es war ihm nicht wohl zu Mute. Schließlich löste sich dann die Stimmung dahin, daß ich verurteilt wurde, aus Tschenstochau zwei Gänse kommen zu lassen! Ein paar Tage später schickte ich meinen Burschen zum Bataillons-Schneider, um an meiner Uniform etwas ändern zu lassen. Er kam zurück mit dem Bescheide, der Schneider sei überlastet, werde die Sache aber über Nacht machen: "Herr Leutnant hätten ja auch für das gleiche Wahlrecht gestimmt." Auf meine erstaunte Frage erzählte mir Wanzenberg, daß im Bataillon sofort festgestellt

¹⁹³⁾ A.a.O. Sp. 9781 f.

^{194) &}quot;Ich bin ein grundsätzlicher Gegner des gleichen Wahlrechts. Ich bin aber trotzdem bereit, unter Voraussetzung wirksamer Kautelen auf den Boden des gleichen Wahlrechts zu treten." Schulthess 1918/I S. 166.

¹⁹⁵) Vgl. auch die Darstellung im Gutachten für den Untersuchungsausschuß: WUA 8 S. 180—197.

¹⁹⁶) Hermann Rehren - Hammelspringe (1855—), Hauptmann d. L., MdA (freikons.) s. 1908.

worden sei, wie Rehren und ich gestimmt hätten; ich sei zur Zeit sehr beliebt bei den Leuten. Das gab mir sehr zu denken, denn ich hatte mir bis da keine Gedanken gemacht über die politische Stimmung der Kaserne.

Nach den Wahlrechtsdebatten hatte ich noch eine Auseinandersetzung mit Lüdicke über mein Verhalten der Fraktion gegenüber. Ich einigte mich äußerlich mit ihm, hatte aber innerlich mit der Fraktion gebrochen.

Die Marburger Wähler nahmen meine Abstimmung sehr übel auf. Der Universitäts-Kurator Hassenpflug¹⁹⁷), ein Sohn des bekannten Hessischen Ministers, rief den Konservativen Verein und den Bund der Landwirte zusammen, und ich bekam folgende Entschließung zugeschickt:

"Die stark besuchte Vertrauensmännerversammlung der Konservativen Partei und des Bundes der Landwirte am 21. Mai 1918 spricht sich einstimmig unter Hervorhebung der zu erwartenden, die Rechte der Krone untergrabenden und die Herrschaft der Straße in Aussicht stellenden Folgen mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts aus, bedauert die gegenteilige Abstimmung des Abgeordneten Professors Dr. Bredt und erwartet, daß er sein Verhalten rechtfertigt."

Ich antwortete dem Vorsitzenden, Kommerzienrat Schaefer, ich würde mich später schon rechtfertigen, müsse aber warten, bis die Ereignisse mir Recht gegeben hätten. Es dauerte ja auch nicht lange, da sahen selbst die Konservativen, wie die Dinge lagen. Nach den Wahlrechtsverhandlungen reiste ich noch einmal nach Kowno, wo ich schon mehr Verständnis für meine Abstimmung fand. [...] Um mich zu erholen, machte ich in jener Zeit eine Reise in den berühmten Wald von Bialowieža, zusammen mit Geheimrat Tiesler. Wir wohnten im schönen Zarenschloß unter der Ägide von Forstrat Escherich¹⁹⁸), der das ungeheure Waldgebiet verwaltete. Ich wurde weit umher gefahren und tat einen Einblick, der mich in großes Erstaunen versetzte. Zum Schloß führte eine Eisenbahn, die einen direkten Abtransport von Holz ermöglichte. Ich äußerte nun arglos, meines Erachtens sollte man die gewaltigen Eichen nahe der Bahn möglichst schnell schlagen und abrollen lassen. Da wurde ich aber belehrt, der Wald müsse rationell bewirtschaftet werden; man müsse ihn erst durch Eisenbahnen systematisch erschließen und dann nach forstwirtschaftlichen Methoden schlagen. Mit unendlichem Geld also baute Escherich Feldbahnen durch das ungeheure Waldgebiet und geschlagen wurde einstweilen wenig. Einmal abends warf ich vorsichtig die Frage auf, ob man denn auch sicher sei, das Gebiet bei Friedensschluß zu bekommen? Da wurde ich belehrt, das sei ganz sicher, aber darum handele es sich kaum. Deutschland werde sich bei Friedensschluß von Belgien den Kongo abtreten lassen, und deshalb würden jetzt im Walde von Bialowieža Versuche gemacht, wie man einen so gewaltigen Wald am besten erschließe. Als ich solches vernommen, sagte ich nichts mehr, reiste aber mit sehr eigenen Gedanken ab. Nach meiner Rückkehr gab ich mich in Berlin daran, die Staatsverträge mit Kurland und Litauen auszuarbeiten. Ich fuhr noch einmal

¹⁹⁷⁾ Walther Hassenpflug (1855—1921), Kurator 1911—1920; Sohn des reaktionären Ministers Hans Daniel H. (1794—1862), der durch seinen Kampf gegen die liberale Verfassung das Einschreiten des Bundestages provozierte; siehe ergänzend S. 341 f.

¹⁹⁸⁾ Georg Escherich (1870—1941), Chef der Militär. Forstverwaltung. Vgl. WUA 8 S. 327 f.; zur Person W. Zorn, NDB 4, 1959 S. 648 f.

kurz nach Kowno und arbeitete im übrigen in Berlin, wo ich in der Bibliothek des Abgeordnetenhauses alles nötige fand.

Es handelte sich um folgende Verträge: 199)

- 1. Rechtsabkommen; 2. Währungsvertrag; 3. Vertrag betreffend Zölle und Steuern;
- 4. Vertrag betreffend Post- und Telegrafenwesen; 5. Vertrag betreffend Eisenbahnwesen; 6. Zusatzabkommen für kleinere Materien.

Außerdem wurde eine Militärkonvention im Kriegsministerium, eine Marinekonvention im Reichsmarineamt ausgearbeitet. Interessant war es dabei, daß der Kaiser persönlich die Bedingung stellte, die Kurländer und Litauer sollten ihm je einen Flügeladjutanten in der Uniform ihres Landes stellen!

Bei den Verträgen machte ich meine Erfahrungen mit der Bürokratie. Es war eine Zeit, die ich nur vergleichen kann mit jener auf dem Barmer Rathaus.²⁰⁰) Ich lernte in jenen Wochen mehr als in den ganzen Jahren vorher; denn ich kam jetzt hinein in den großen Apparat der Reichsverwaltung, den man als Außenstehender gar nicht kennen konnte. Die Vorlagen mußten zunächst verhandelt werden mit den Reichsressorts, dann mit den preußischen Ressorts. War zwischen diesen eine Einigung erzielt, dann wurde Fühlung genommen mit Bayern, Sachsen und Württemberg. War auch mit ihnen eine Einigung erzielt, dann war die Mehrheit im Bundesrat da, und die anderen Staaten wurden gar nicht mehr gefragt. Ich verstand jetzt die Klagen von Bossart über die Behandlung der kleinen Staaten.²⁰¹)

Nun kam hinzu, daß mit dem 1. August in Oberost eine große Veränderung eintrat. Kurland, Livland, Estland und die dazugehörigen Inseln wurden als "Militärverwaltung der baltischen Lande" zu einem einheitlichen Verwaltungsgebiet unter dem Oberkommando der 8. Armee zusammengefaßt. Verwaltungschef blieb Landrat a. D. von Goßler. Litauen in seinem bisherigen Umfange, einschließlich Augustow-Suwalki und der Militärforstverwaltung Bialowieža, Bialystock und Grodno, wurde unterstellt einem "Militärgouvernement Litauen" mit dem Sitz in Wilna. [...] Die Zentralverwaltung beim Oberbefehlshaber Ost wurde aufgelöst; von hier aus sollten nur noch Richtlinien ausgegeben werden können zur Ausgleichung von Gegensätzen und zur Überwachung der Tätigkeit der einzelnen Verwaltungen. Der beim Stabe Oberost angestellte Unterstaatssekretär Freiherr von Falkenhausen wurde als "Reichskommissar für die Ostseegebiete und Litauen" in das Reichsamt des Innern übernommen. Dort lag also jetzt der Schwerpunkt für die politische Arbeit. 202) [...]

¹⁹⁹⁾ Im Nachlaß Bredt sind überliefert: "Entwurf eines Bündnis-Vertrages, geschlossen von dem Deutschen Reiche, dem Herzogtum Kurland, dem Großfürstentum Litauen"; Erläuterungen zu dem Entwurfe eines Bündnisvertrages zwischen dem Deutschen Reiche, dem Herzogtum Kurland, dem Großfürstentum Litauen"; WUA 8 S. 338 f. — Siehe ergänzend S. 139 Anm. 211.

²⁰⁰) 1907 arbeitete B. für kurze Zeit als Volontär im Dezernat für Straßenbau und Baufluchtwesen.

²⁰¹) Im Bundesrat, dem verfassungsrechtlich obersten Reichsorgan, fielen von den 61 (seit 1911) Stimmen Preußen 17, Bayern 6, Sachsen und Württemberg je vier Stimmen zu.

²⁰²⁾ Schreiben des Reichsarchivs (Potsdam) v. 29. 8. 1929 an Bredt, Nachlaß. WUA 8 S. 338. — B. wechselte in das Reichsamt des Innern: "Dort saß ich von da an bei meiner überaus interessanten Arbeit." — Neben Bredt war mit der Ausarbeitung der Verträge Willibalt Apelt (Jurist im Wandel der Staatsformen. Tübingen 1965 S. 51 f.) beauftragt.

Als ich die Entwürfe fertig hatte, wurden sie in einer Sitzung im Reichsamt beraten.²⁰³) Da wollte nun Unterstaatssekretär Lewald — es war noch vor dem 1. August — überhaupt nichts davon wissen, daß ich die Entwürfe machte, da sein eigener Referent dafür zuständig sei. Ich wußte plötzlich nicht mehr, ob ich überhaupt eine Existenzberechtigung hatte. Der Staatssekretär Wallraf²⁰⁴) entschied aber kurz, daß ich die Entwürfe zu machen hätte.

So ging ich an die Arbeit heran und erfuhr sehr viel Interessantes bei den einzelnen Ministerien und Reichsämtern, bei denen ich mich informierte. Besonders interessant waren mir die Abrechnungen über die Zolleinnahme und Zollunkosten mit Luxemburg, die ich mir im Original ansah, weil sie für Kurland und Litauen ein Vorbild sein konnten.²⁰⁵) Für den Währungsvertrag, der auch die Tätigkeit der Reichsbank in Kurland und Litauen betreffen sollte, ging ich zum Reichsbankpräsidenten Havenstein²⁰⁶), der mir seine Ansichten und Wünsche sehr genau diktierte. Als ich dann aber den Währungsvertrag in einer neuen Sitzung vortrug, war der stellvertretende Reichsbankpräsident von Glasenapp²⁰⁷) erschienen. Er hörte meinen Vortrag an, erklärte dann aber so ziemlich alles für falsch. Ich mochte in der Sitzung nicht erwidern, alles Beanstandete sei von Havenstein diktiert. Als ich aber später mit Falkenhausen darüber sprach, meinte er: "An so etwas werden Sie sich hier noch gewöhnen müssen!"

Schließlich war es soweit, daß ich mit den zuständigen Reichsressorts zu einem Ergebnis gekommen war. Die Einigung bestand allerdings immer darin, daß ich den Wünschen der Ressorts restlos nachzukommen hatte. Die Entwürfe wurden dadurch immer unübersichtlicher und zusammenhangloser. Nun ging die Sache an die preußischen Ressorts, und hier wurden durchweg ganz neue Entwürfe hergestellt, da die vorgelegten nichts taugen sollten. Dagegen setzten sich nun wieder die Referenten der Reichsämter zur Wehr, und die Papiere gingen wochenlang hin und her, ohne daß wir viel weiterkamen. Falkenhausen war sehr verstimmt darüber, aber er konnte gegen die Bürokratie nicht aufkommen. 208)

Es folgte noch eine große Sitzung²⁰⁹), bei der auch Vertreter der größeren Bundesstaaten zugezogen wurden und die *ungefähr* den Charakter einer Bundesratssitzung hatte. Es kam auch bei dieser Sitzung nichts heraus; ich konnte mir aber einen Begriff davon machen, wie beim Bundesrat gearbeitet wurde. Es war kein erbauliches Bild. Im Anschluß daran ließ ich mir auf dem Büro allerlei interessante Bundesratsakten zeigen. Besonders interessierte mich die langsame Umwandlung der *Bismarckschen* Reichsverfassung, indem die "Anträge Preußen" allmählich den "Präsidialanträgen" der Reichsregierung wichen.²¹⁰)

²⁰³) Wahrscheinlich ist die große Aussprache am 14. 5. 1918 im Reichsamt des Innern gemeint; vgl. Basler S. 255 f., 405—415; Linde, Litauen S. 153 ff.; Fischer S. 813 f.

²⁰⁴) Max Wallraf (1859-1941), 23. 10. 1917 bis 6. 10. 1918 Staatssekretär des Innern.

²⁰⁵) WUA 8 S. 340 f.; Linde, Litauen S. 154.

²⁰⁶) Rudolf Havenstein (1857—1923), s. 1908 Präsident des Reichsbankdirektoriums.

²⁰⁷) Otto von Glasenapp (1853—1928), s. 1907 Vizepräs. d. Reichsbankdirektoriums.

²⁰⁸) WUA 8 S. 341 f.; Basler S. 256 ff.

²⁰⁹) Am 7. August 1918 im Reichsamt des Innern; vgl. Basler S. 259 ff.

²¹⁰) Durch die Umwandlung der "Anträge Preußen" und die Zulassung der Präsidialanträge bannte der Bundesrat "die Gefahr einer "Mediatisierung des Reichs" durch die preußischen Ämter".

Ich machte auftragsgemäß auch Entwürfe für die Staatsverfassungen von Kurland und Litauen²¹¹), aber hier kam ich selbst mit Falkenhausen nicht zurecht. In Litauen wollte man sich stützen auf die breite Masse des litauischen Volkes gegenüber der polnischen Oberschicht. Das konnte aber nur geschehen, wenn man die Verfassung auf dem gleichen Wahlrecht aufbaute. Da das aber wiederum den Militärs zu gefährlich schien, wußte ich schließlich auch keinen Ausweg mehr. Umgekehrt wollte man sich in Kurland stützen auf die deutsche Oberschicht gegenüber der Masse des lettischen Volkes. Da nun aber die Deutschen in Kurland nur 8 Prozent der Bevölkerung ausmachten, war dies sehr schwer. Ich sah daher im Entwurfe vor, daß eine zweite Kammer nach allgemeinem gleichen Wahlrecht gewählt werden solle, eine erste Kammer nach Grundbesitz und ständischen Gesichtspunkten. Dann konnte ohne den Willen der ersten Kammer nichts geschehen, und in ihr konnte man den Deutschen die beherrschende Stellung geben. Das wollte wiederum Goßler nicht; er wollte den Letten so gut wie gar keinen Einfluß geben. So kamen wir auch hier nicht weiter.

Rätselhaft war es mir, wie man sich überhaupt im Herbst 1918 noch ernsthaft mit solchen Fragen befassen konnte. Ich selbst hielt den Krieg bestimmt für verloren, gab aber mein Bestes für die Aufgabe, die ich hatte. Wenn ich meine Entwürfe heute noch durchsehe, finde ich sorgfältige und gründliche Arbeiten. Es schien mir das einzig mögliche, an meinem Platz nach besten Kräften zu arbeiten und das weitere abzuwarten. Ob Falkenhausen noch an einen Siegfrieden glaubte, war mir sehr zweifelhaft; wir sprachen nicht darüber. In den Reichsämtern und Ministerien hatte ich den bestimmten Eindruck, daß man dort den Krieg schon für verloren gab. Um so zuversichtlicher redeten noch die Militärs, obwohl der "schwarze Tag" des 8. August²¹²) schon gewesen war.

Dennoch hört B. am 29. September²¹³) "mit Schrecken" die Nachricht "von dem Zusammenbruch des deutschen Widerstandes".

Am 22. Oktober ging ich in den Reichstag und hörte die Rede des *Prinzen Max* von Baden über die Einführung des Parlamentarischen Regimentes.²¹⁴) Neben mir auf der Tribüne saß Adolph *Hoffmann*²¹⁵), und ich konnte es nie vergessen,

²¹¹) "Die Staatsverfassung für das Großfürstentum Litauen", Nachlaß Bredt; WUA 8 S. 342 f.; Linde S. 571 ff.

²¹²) Am 8. August 1918 brachen beiderseits der Straße Amiens—Quentin englische Tanks tief in die deutsche Front ein, die Anfang September in die "Siegfriedstellung" zurückverlegt werden mußte. — Der Ausspruch stammt von Ludendorff: "Der 8. August ist der schwarze Tag des deutschen Heeres in der Geschichte dieses Krieges." Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 547.

²¹³) Hindenburg und Ludendorff forderten ein sofortiges Waffenstillstandsangebot; zu der militärischen Krise kam am 30. September das Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers Graf Hertling. Am 3. Oktober wurde Prinz Max von Baden (1867—1929) als Nachfolger berufen. Vgl. Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 586; Schulthess 1918/I S. 313—320.

²¹⁴) Sten. Berichte Bd. 314 S. 6157—6158. — Am 28. 10. 1918 unterzeichnete Wilhelm II. die vom Reichstag angenommenen Gesetzentwürfe betr. Verfassungsänderung; vgl. Schulthess 1918/I S. 398. Quellen 2 S. 417 ff.

²¹⁵) (1858—1930), MdA s. 1908, bekannt als "Zehn-Gebote-Hoffmann", wurde als Vertreter der USPD im November 1918 neben K. Haenisch (1876—1925, MdA s. 1913) preuß. "Kultusminister". H.'s Tätigkeit endete mit dem Rücktritt der USPD-Vertreter aus dem Rat der Volksbeauftragten Ende 1918. Quellen 6/II S. 183. Siehe auch S. 144 ff.

wie er mit seiner dumpfen Stimme sagte: "Zu spät, zu spät! Das hättet Ihr alles früher machen sollen; jetzt nutzt es Euch nichts mehr."

Am 26. Oktober kam ich aus meinem Büro [im Reichsamt des Innern] und ging die Wilhelmstraße entlang. Am Reichskanzlerpalais stand ein Schutzmann, der mir bedeutete, nicht weiter zu gehen. Im selben Augenblick kam aus dem Tor heraus der Kaiser, in Feldgrau mit Helm. Er wollte zu Fuß hinübergehen ins Zivilkabinett.²¹⁶) Ich stand vorschriftsmäßig da, die rechte Hand an der Mütze, die linke am Säbel. Der Kaiser grüßte, sah mich dann aber an, rief mich zu sich und gab mir die Hand. Er erkundigte sich sehr teilnehmend nach meiner Verwundung, kam dann aber auch auf die Politik. Er hatte einen Feldmarschallstab in der Hand, mit dem er mich ein paar Mal anstieß, dabei redete er ununterbrochen. Ich selbst konnte gar nichts sagen, als auf die ersten Fragen antworten. Er meinte zuerst, er beneide mich darum, daß ich den ersten Vormarsch in Frankreich mitgemacht hätte. Dann kam er auf die Politik zu sprechen, schwang den Marschallstab und sagte unter anderem: "Daß mir keine Königlichen Rechte preisgegeben werden! Verstanden?" Was er im übrigen sagte, kann ich nicht wiederholen. Meine Mutter nahm mir nämlich am Abend noch das Versprechen ab, es niemandem weiter zu erzählen, und dieses Versprechen will ich halten. Der Kaiser gab mir dann noch einmal die Hand und ging weiter. Er war an dem Tage in Berlin zu der entscheidenden Besprechung, in welcher er dem General Ludendorff den Abschied erteilte. 217) Drei Tage später verließ er Berlin für alle Zeiten.218)

Von der anderen Seite der Straße aus hatten die konservativen Abgeordneten von Maltzahn und von Jena²¹⁹) sowie der sozialdemokratische Abgeordnete Hirsch²²⁰) den Vorgang mit angesehen. Die ersteren kamen sofort auf mich zu, und ich sollte erzählen, was der Kaiser gesagt habe. Ich erwähnte zur Vorsicht nur den Satz, daß keine Königlichen Rechte preisgegeben werden sollten. Daraus wurde nachher im Abgeordnetenhaus mächtig Kapital geschlagen und gefolgert, daß man überhaupt keine Wahlreform machen dürfe²²¹); sogar Heydebrand sprach mich darauf an. Dem Abgeordneten Hirsch erzählte ich auf seine Frage vertraulich, der Kaiser habe gesagt, er rechne bestimmt darauf, daß wir im Abgeordnetenhaus eine Lösung fänden, die das Volk zufrieden stelle; dafür mache er mich verantwortlich; letzteres sei der Stoß mit dem Marschallstabe gewesen. Hirsch meinte nur: "Für so vernünftig hätte ich den Kaiser gar nicht gehalten." Diese Erzählung war der letzte Dienst, den ich dem Kaiser während seiner Regierungszeit leistete. So hängen mit jenen Toren des Reichskanzlerpalais die größten

Das Zivilkabinett des Kaisers diente vor allem zur politischen Information und Beratung in Fragen der Innenpolitik; letzter Chef des Zivilkabinetts von Oktober bis November 1918 war Clemens von Delbrück (1856—1921).

²¹⁷) Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 616 f.; Quellen 2 S. XXXI, 382.

²¹⁸) Ilsemann I S. 30.

²¹⁹) Wilhelm von Jena (1866—), Rittergutsbesitzer, MdA s. 1911.

²²⁰) Paul Hirsch (1868—1940), MdA 1908—1918; bis zum Kapp-Putsch erster Ministerpräsident des republikanischen Preußen.

²²¹) Das preuß. Abgeordnetenhaus war am 23. Oktober "zum Zwecke der ungestörten Tätigkeit des verstärkten Staatshaushaltsausschusses und des Wahlrechtsausschusses" bis zum 15. November vertagt worden. Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 9 Sp. 11629.

Erinnerungen zusammen. Am südlichen Tore stand ich als kleiner Junge und sah die letzte Abreise *Bismarcks*. Am nördlichen Tore stand ich und sah den letzten Besuch eines Deutschen Kaisers im Reichskanzlerpalais.

Über die militärische Lage bestand in jenen Tagen schon kein Zweifel mehr. Es konnte noch keine Rede davon sein, unser Feldheer als geschlagen zu betrachten, trotz aller Zersetzungs-Erscheinungen. Zwar reichte die Kraft für eine neue Offensive nicht mehr aus, aber in der Defensive konnte sich das Heer im Westen noch geraume Zeit halten. Die Entscheidung lag aber im Süden! Die österreichische Isonzofront hielt nicht mehr; die Italiener setzten an zum Vormarsch über den Brenner nach München. 222) Die bulgarische Front 223) war auch zusammengebrochen, und die alliierte Saloniki-Armee hatte die Donau schon überschritten im Vormarsch auf Budapest und Wien. 224) Die Tschechen 225) waren in voller Rebellion, und der Weg durch Böhmen auf Berlin zu war frei. Die Befestigungen, die in aller Eile bei Dresden aufgeworfen werden sollten, redeten eine deutliche Sprache. Das alles wußte aber auch die Bevölkerung, und das ist der Schlüssel zu den kommenden Ereignissen. Es ist auf die Furcht vor dem unmittelbar bevorstehenden Einbruch der Italiener zurückzuführen, daß die Revolution in München früher ausbrach als in Berlin. 226) [...]

Am 6. November rückte unser Ersatzbataillon auf den Lehrter Bahnhof, um eine aus Kiel kommende Matrosenabteilung zu verhaften, was auch ohne Schwierigkeit gelang. Am 7. November teilte mir aber der Landrat von Born-Fallois, der eben aus dem Reichsamt des Innern kam, streng vertraulich mit, Hannover und Braunschweig seien in die Hände der Revolutionäre gefallen. ²²⁷) Am 8. November war ich in einer Sitzung des Schutzverbandes, als ein Telegramm hereingebracht wurde, in München sei von Kurt Eisner die Republik ausgerufen worden. Wir fühlten alle, daß dies das Signal war für den inneren Zusammenbruch.

So ging ich am Morgen des 9. November zu Geheimrat Becker²²⁸) mit der Bitte, meine Ernennung zum Ordinarius jetzt möglichst schnell herauszugeben. Wir

²²²⁾ Am 24. Oktober hatten die Italiener an der unteren Piave eine rasch erfolgreiche Offensive begonnen.

²²³) 30. 9. 1918: Abschluß des Waffenstillstandes.

²²⁴) 4. 11. 1918: Waffenstillstand Österreich-Ungarns mit der Entente.

²²⁵) Am 28. Oktober wird in Prag die tschechoslowakische Republik ausgerufen.

Wippermann 1918/I S. 68 ff. Vgl. jetzt Allan Mitchell, Revolution in Bavaria 1918—1919. The Eisner Regime and the Soviet Republik. Princeton 1965, erschien 1968 unverändert in dt. Übersetzung. Vgl. einschränkend Tormin S. 52 ff. u. Anhang: Karten über die Ausbreitung der Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland Anfang November 1918.

²²⁷) Wippermann 1918/I S. 4 f. u. 145 f.

²²⁸) C[arl] H[einrich] Becker (1876—1933) trat 1916 als Personalreferent für die preuß. Universitäten in das Kultusministerium ein; bis zum Januar 1930 war Becker, der im April 1919 zum Staatssekretär ernannt wurde, ohne Unterbrechung als Staatssekretär oder Minister in der preuß. und deut. Kulturpolitik tätig; vgl. Erich Wende, C. H. Becker. Mensch u. Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik. Stuttgart 1959. — Nur wenig früher hatte B. Becker gebeten, die "Ernennung einstweilen zurückzuhalten", um nicht aus dem preuß. Abgeordnetenhaus ausscheiden zu müssen. Bredt deutet auch an, daß der nat. lib. Abgeordnete und Vizepräs. des Staatsministeriums (s. 9. 11. 1917) Friedberg die Ernennung anregte; Lebenserinnerungen S. 257.

sprachen uns offen aus, und er verstand vollkommen, daß ich jetzt nur noch den Wunsch hatte, die Unterschrift des Königs zu bekommen, solange es noch einen König gab.

Als ich etwa um 12 Uhr aus dem Kultusministerium herauskam, klebte am Fenster des Lokal-Anzeigers Unter den Linden die Nachricht des Prinzen Max von Baden über die angebliche Thronentsagung des Kaisers. 229 Ich hatte mich kaum von der ersten Bestürzung erholt, da ertönte schon die Arbeiter-Marseillaise, und es kamen Züge mit roten Fahnen. Ich hielt es für das Richtige, auf dem nächsten Weg zu meinem Truppenteil zu gehen. Als ich aber in die Schadowstraße einbog, sah ich zu meinem Erstaunen den Hauptmann d. R. Tummeley von unserem Ersatzbataillon mit einer kleinen Kompanie von Rekruten, meist Schülern, die eben erst eingezogen waren. Sie standen brav und willig da und dachten an keine Insubordination. Sie sollten dort eingreifen, wenn Revolutionäre die Spreeübergänge in Besitz nehmen wollten; zu dem Zweck hatten sie scharfe Patronen und sogar Handgranaten bekommen.

Es kamen aber keine Revolutionäre, und in unserer nächsten Umgebung blieb alles ruhig. Wir ahnten noch gar nicht, daß auf der Kaserne des Regiments Alexander längst die rote Fahne wehte und daß die Naumburger Jäger, die zur Bekämpfung der Revolution herangezogen waren, längst übergegangen waren. 230) Gegen ein Uhr meinte Tummeley, ich sollte einmal gehen und feststellen, wie eigentlich die Lage sei, es komme ihm alles so seltsam vor. Das übrige Bataillon lag im Restaurant "Heidelberger" und sollte dort den Zugang zum Bahnhof Friedrichstraße decken, eine ganz unsinnige Maßnahme der Kommandantur. In der Kaserne lagen dafür allerlei Etappen- und Kolonnen-Truppen, die aus dem Orient zurückgekommen waren, schlimmes Gesindel, das nun die Kaserne beherrschte. Ich ging also in den "Heidelberger", wo im oberen Stockwerk ein Zimmer für den Kommandeur hergerichtet war. Als ich hereinkam, stand Graf Castell an einem Tisch neben seinem Adjutanten, Leutnant d. R. Christensen, der eben telefonierte. Ehe ich etwas sagen konnte, legte Christensen den Hörer hin und sagte: "In der Kaserne hat sich ein Soldatenrat gebildet." Graf Castell geriet in großen Zorn und sagte zunächst, jeder solle das Zimmer verlassen, der hier nichts zu suchen habe. Ich ging sofort hinaus und zur Kaserne.

Im Zimmer des Kommandeurs stand der Soldatenrat aufmarschiert und setzte gerade einem anwesenden Hauptmann d. R. auseinander, die Leute hätten keine besonderen Wünsche, aber das Essen müsse besser werden. Sie versprachen auch in etwa, die militärische Haltung zu bewahren. Ich hörte mir die Sache an, ging dann aber zunächst in mein Zimmer, um mir Zivil anzuziehen. Dann ging ich vor den Reichstag und sah dort das Getriebe mit roten Fahnen. Man konnte in dem Wirrwarr kaum herausbekommen, wie die Dinge standen. Nur soviel wurde mir klar, daß hier nicht die Bolschewisten, sondern die Mehrheitssozialisten die Herrschaft hatten. Unter den Linden sausten die Lastautos mit

²²⁹) Schulthess 1918/I S. 451.

²³⁰) In den Morgenstunden ging zuerst das 4. Jägerbataillon (Naumburg) zur revolutionären Bewegung über; ihm folgte das Alexander-Garde-Regiment, rasch nacheinander sämtliche Garde-Regimenter und die übrigen in Berlin stehenden Truppen. Wippermann 1918/I S. 35.

Maschinengewehren auf und ab. Ich traf den Grafen Schwanenfeld-Schwerin, der mir erzählte, in Paris und London sei ebenfalls die Revolution ausgebrochen; die englische Flotte habe die rote Fahne gehißt. Man glaubte damals in Berlin tatsächlich an dieses Märchen.

Als ich in die Kaserne zurückkehrte, fand ich die Mannschaften damit beschäftigt, die Tore und Fenster zu verrammeln. Ich wurde nur hereingelassen als Regimentsangehöriger. Man wollte dort unter sich bleiben und den Pöbel draußen halten. Kaum war ich in meinem Zimmer, da rief Wanzenberg: "Da kommt der Zug." Tatsächlich kam von Norden her ein Zug von Tausenden mit roten Fahnen, der sich den Linden zuwälzte; ein widerlicher Anblick! An unserer Kaserne gingen sie vorbei, weil alles verrammelt war. Ich ging zu einem Mitglied des Soldatenrates und sagte ihm, ich hätte oben eine Offizierswohnung mit eigenen Möbeln inne; was nun daraus werden solle? Da sagte der Herr in vorwurfsvollem Tone: "Was denken Sie eigentlich von uns? Wir wollen doch das Volk glücklich machen und sollen einen Schwerverwundeten aus seiner Wohnung werfen? Bleiben Sie wohnen, solange Sie wollen. Sie bekommen Ihren Kaffee, und die Stiefel werden Ihnen auch geputzt. Nur einen Burschen können wir Ihnen nicht mehr stellen. Will aber Ihr Bursche bei Ihnen bleiben, so ist das seine Sache." Ich dankte dem freundlichen Herrn und beschloß, zunächst das weitere abzuwarten.

Bald darauf erschien Wanzenberg mit einer roten Kokarde an der Mütze. Als ich ihn deswegen zur Rede stellte, erwiderte er in dienstlicher Haltung: "Wenn man keine Kokarde trägt, sieht man aus wie ein Soldat zweiter Klasse. Eine alte Kokarde darf man nicht mehr tragen — da lieber eine rote als gar keine." Ich konnte nur lachen ob solcher militärischen Logik. [...]

Am Abend sah es in meiner Wohnung gefährlich aus. Es war das letzte Zimmer im ersten Stock vorne heraus, Ecke Friedrichstraße und Johannisstraße. Die Kugeln von der Straße her schlugen außen an die Wand, unaufhörlich knallte es auf der Straße. [...] Am folgenden Morgen bekam ich aber meinen Kaffee oder was man 1918 so nannte. Ich wickelte zunächst meinen Säbel in eine Decke und trug ihn unbemerkt zu Schwabachs, da ich ihn mir nicht wollte nehmen lassen. Dann ging ich in den französischen Dom — es war Sonntag —, wo Lorenz²³¹) sehr mutig und würdevoll seine Predigt hielt. Mittags fand sich im Kasino wieder das Offizierskorps zusammen; wir mußten uns aber mit sehr minderwertigem Essen begnügen. Dann beschlagnahmte der Soldatenrat das Kasino für sich, aber nicht für lange. Der Vorsitzende des Soldatenrats ging nämlich mit der Kasse durch. [...]

Es hatte sich [in Preußen] eine neue Regierung gebildet aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Das Kultusministerium wurde verwaltet von Konrad Haenisch und Adolph Hoffmann.²³²) Damals lagen die Dinge so, daß alle staatserhaltenden Elemente die Hoffnung setzten auf diese Regierung, denn es handelte sich nur noch darum, ob sie sich halten konnte gegenüber den Bolschewisten

²³¹) Pastor Ottomar Lorenz (1855—1938).

²³²) Der Vollzugsrat des Arbeiter- u. Soldatenrates hatte am 11. 11. 1918 für Preußen ein neues Kabinett berufen. Schulthess 1918/I S. 470; Scheidemann II S. 342 f.

unter Führung von *Liebknecht*.²³³) Kam eine solche Regierung zustande, dann begann das Chaos. Dann konnte von einer Ernennung zum Ordinarius keine Rede mehr sein. Ich hielt es also für das beste, mich von dieser Regierung möglichst schnell ernennen zu lassen.

Zuerst ging ich [wieder] zu Geheimrat Becker, der mir sagte, im ganzen Geschäftsgange trete gar keine Stockung ein; meine Ernennung würde ohne weiteres vollzogen; es sei aber zur Zeit eine solche Überlastung mit allen möglichen Dingen vorhanden, daß ich gut täte, Herrn Haenisch persönlich um Beschleunigung zu bitten. Ich ging also zu Haenisch, den ich vom Abgeordnetenhaus her kannte. Als ich ihm den ganzen Fall auseinandersetzte, lachte er und sagte: "Ich bedaure es wirklich von Herzen, daß ich Ihnen die Unterschrift Ihres Königs nicht mehr besorgen kann. Wollen Sie aber mit der Unterschrift eines sozialdemokratischen Ministers vorlieb nehmen, dann steht sie Ihnen gern zur Verfügung." Wir verhandelten in einem Raum nach dem Hof hinaus, und ich war durch den Keller zu ihm gebracht worden, von der Behrenstraße aus. Unter den Linden wurde nämlich andauernd geschossen, und Haenisch sprang des öfteren in Erregung auf, wenn ein Schuß besonders scharf zu hören war.

Hier möchte ich auch feststellen, daß ich niemals mit Adolph Hoffmann über die Sache auch nur ein Wort gesprochen habe. ²³⁴) Er war an der ganzen Angelegenheit in keiner Weise beteiligt. Ob er überhaupt etwas davon gewußt hat, weiß ich nicht; ich habe jedenfalls nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür. Haenisch bestätigte mir aber ausdrücklich, daß Geheimrat Becker ihm mitgeteilt habe, meine Ernennung sei bisher lediglich auf meinen eigenen Wunsch zurückgestellt worden. ²³⁵) [...]

Nun hatte ich nicht vor, in dieser Zeit müßig zuzusehen, was geschah. An eine Wiederherstellung der Monarchie war nicht zu denken. Man mußte im Gegenteil die Mehrheitssozialisten unterstützen im Kampf gegen die Bolschewisten.

Es war auch sehr wohl möglich, in irgendeiner Weise mitzuarbeiten an einer möglichst guten Gestaltung der neuen Dinge. Da brachte mich nun der Hirtenbrief des *Erzbischofs* von Köln²³⁶) über die geplante Trennung von Kirche und Staat auf den Gedanken, hier meine Arbeitskraft einzusetzen. Adolph *Hoffmann* hatte die Gemüter derart erregt, daß sich hier ein gutes Arbeitsfeld bot.

Zunächst ging ich zu dem Präsidenten des Oberkirchenrats, Exzellenz Voigts²³⁷), der damals sofort entschlossen seine Maßnahmen traf. Er hatte einen Vertrauensrat zusammenberufen, der die Frage der Neuordnung in der Kirche beraten

²³³⁾ Karl Liebknecht (*1871), MdA s. 1908, MdR (SPD, bkF) 1912—1917, wurde am 15. 1. 1919 in Berlin ermordet.

²³⁴) Das behauptete Johannes Fischart (d. i. Erich Dombrowski, 1916—1926 stellv. Chefredakteur des Berliner Tageblatts) in einem wenig schmeichelhaften Porträt Bredts (Neue Politikerköpfe XII. Die Weltbühne 27 v. 3. 7. 1924 S. 20).

²³⁵) Am 5. 12. 1918 erhielt B. die Ernennungsurkunde mit der Unterschrift von Haenisch (Faksimilestempel).

²³⁶) Der Erzbischof von Köln, Felix Kardinal Hartmann, protestierte im Namen des preuß. Episkopats am 23. 11. 1918 gegen die am 13. November verkündete Trennung von Staat und Kirche. Morsey S. 113 f.; Grünthal S. 19 ff.

²³⁷) Bodo Voigts (1844—1920); vgl. Bredt, Kirchenrecht II S. 40.

sollte. Ich wurde mit hinein genommen, konnte mich aber an den Verhandlungen kaum beteiligen, da bis zu meiner Abreise nur wenige Sitzungen stattfanden. Alles nähere kann ich hier übergehen, da es in meinem "Kirchenrecht" eingehend dargestellt ist.²³⁸) Ich beschränke mich daher auf die Wiedergabe der persönlichen Erlebnisse.

Präsident Voigts griff zunächst die Frage des Kirchenregimentes auf. Er wollte es für den Oberkirchenrat und den Generalsynodalvorstand in Anspruch nehmen. Demgegenüber hatte Adolph Hoffmann einen Pfarrer Wessel²³⁹) als seinen Vertrauensmann zum Mitglied des Oberkirchenrats ernannt. Haenisch hatte sich noch wenig gekümmert. Da ich ihn aber gut kannte, beauftragte mich Voigts, mit ihm über diese Frage zu verhandeln.

Haenisch befand sich von Anfang an in einem heftigen Widerstreit mit Hoffmann, über den er sich offen ausließ. Er erzählte mir, daß Hoffmann auf einem Bogen Konzeptpapier einen Gesetzentwurf über Trennung von Kirche und Staat sowie Aufhebung aller Staatsleistungen für die Kirche in ein paar kurzen Sätzen niedergeschrieben und ihm zur Mitunterschrift vorgelegt habe. Selbstverständlich habe er seine Unterschrift verweigert. Über die Frage des Kirchenregimentes war Haenisch wenig unterrichtet, erklärte sich aber bereit, in entgegenkommender Weise zu verhandeln. Er wollte nur nichts allein unternehmen, sondern im Einverständnis mit den anderen Mitgliedern der Regierung.

Am 3. Januar [1919] war es soweit, daß Adolph Hoffmann abging und die Mehrheitssozialisten nunmehr das Regiment allein hatten.²⁴⁰) Jetzt war Haenisch zu allem bereit und veranlaßte eine Verhandlung mit den anderen Mitgliedern der Regierung, zu denen auch der später verschwundene [Eugen] Ernst²⁴¹) gehörte. Mit dem Finanzminister Dr. Südekum hatte ich schon vorher gesprochen und bei ihm volles Verständnis gefunden. Wir verhandelten im Staatsministerium: Hirsch, Haenisch, Ernst und ich. Als wir im besten Gang waren, entstand draußen eine Schießerei, und die Kugeln schlugen gegen die Wand. Haenisch lief aufgeregt im Zimmer umher, Hirsch sprang ans Fenster und Ernst holte einen alten Trommelrevolver herbei. Die Aufregung war jedenfalls gewaltig. Ich rief den verängstigten Leuten zu, sie sollten sich zwischen die Fenster an die Außenwand stellen, und das geschah denn auch. Hirsch und ich standen zwischen den Fenstern, Haenisch und Ernst standen neben den Fenstern an der Wand. Als die Schießerei schließlich zu Ende war, kam aber keine neue Verhandlung in Fluß; die Aufregung war zu groß.

Auf Veranlassung von Haenisch ging ich zum Volksbeauftragten Ebert ins Reichskanzlerpalais, aber ohne großen Erfolg. Als ich nämlich nach ihm fragte,

²³⁸⁾ A.a.O. S. 15 ff. - Nachlaß Bredt: Mappe "Kirche".

²³⁹⁾ Pfarrer Dr. Ludwig Wessel (1879—1922) wurde am 5. 12. 1918 zum "Regierungsvertreter für die evangelischen kirchlichen Behörden in Preußen" berufen, bat aber nach kurzer Zeit, Ernennung und Berufung rückgängig zu machen. Mehnert S. 109 f.

²⁴⁰) Schulthess 1919/I S. 1 f. Der neuen preuß. Regierung gehörten neben den Mehrheitssozialdemokraten 2 Parteilose und 1 Demokrat an.

²⁴¹) Eugen Ernst (1864—1954), der später politisch nicht mehr hervortrat, übernahm nach der Entlassung des Polizeipräsidenten von Berlin (Eichhorn) als Minister des Innern auch die Leitung des Polizeipräsidiums; G. Kotowski, NDB 4, 1959 S. 628.

verweigerte mir ein bewaffneter Soldat sehr höflich den Eintritt. Es fiel mir auf, daß merkwürdig viele Soldaten herumstanden. Unter den Linden herrschte große Aufregung, und ich erfuhr dort, was geschehen war. Das Reichskanzlerpalais war von Spartakisten gestürmt worden und *Ebert* war geflohen. Der Soldat, der mich so höflich zurückgewiesen hatte, war ein Spartakist gewesen. Es war die Januarschlacht zwischen den Mehrheitssozialisten und Spartakisten, in die ich hineingeraten war.²⁴²)

In dieser Zeit trat ich in nähere Beziehung zum Consistoire der französischreformierten Gemeinde. Auf dort erhaltene Anregung verfaßte ich die Broschüre "Die Trennung von Kirche und Staat" (1919). Es war die erste Schrift, die unter dem Titel "o. ö. Professor" erschien; außerdem bildete sie die Grundlage zu meinem späteren Kirchenrecht.

Dies alles zog sich längere Zeit hin und beschäftigte mich stoßweise, weil zwischendurch immer Pausen des Abwartens entstanden. So konnte ich mich auch noch mit anderen Dingen befassen. Schon im November waren politische Bekannte an mich herangetreten mit der Aufforderung, mich zu beteiligen an der Gründung einer neuen Partei, in welcher Konservative, Freikonservative, Christlich-soziale und andere zusammengefaßt werden sollten. Ich war nach meinen Erfahrungen in den Wahlrechtskämpfen nicht geneigt und sagte zunächst ab. Dann sprach ich mit Kardorff, der mir sehr entschieden zuriet. Auch er hatte anfangs nicht gewollt, bis ihm mit klaren Worten gesagt wurde, ohne die Namen Kardorff und Bredt - die noch allein Kredit hätten wegen der Wahlrechtsabstimmung - könne die Partei nicht gegründet werden. So ging ich zu einer Sitzung in unser altes freikonservatives Parteibüro, Köthener Straße 46, erster Stock. Es wurde der Aufruf zur Gründung einer "Deutschnationalen Volkspartei" beraten. Kardorff und ich wurden mit unglaublicher Rücksichtnahme behandelt. Wir konnten im Aufruf und am Parteiprogramm in den Einzelheiten Änderungen verlangen, wie wir wollten. Es kam an dem Tage nur darauf an, unsere Unterschriften zu bekommen. Und so geschah es, daß ein allererster Aufruf zur Gründung einer Deutschnationalen Partei von mir mit unterschrieben ist.243)

Ein paar Tage später traf ich in der Tauentzienstraße den Grafen Westarp.²⁴⁴) Er meinte: "Na, Sie sind ja Mitbegründer der neuen Partei. Mich wollen sie einstweilen nicht dabei haben; ich bin ihnen zu reaktionär. Ich werde mich aber doch beteiligen, und Sie werden sehen, binnen einem Jahr habe ich die Partei

Friedrich Ebert (1871—1925), MdR (SPD) 1912—1918 übernahm am 9. November als Leiter des Rates der Volksbeauftragten das Reichskanzleramt; am 11. 12. 1919 wurde er von der Weimarer Nationalversammlung zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt; seine Amtszeit wurde am 24. 11. 1922 bis zum 30. 6. 1925 verlängert. — Offensichtlich verwechselt B. in der Erinnerung die Ereignisse des Januar 1919 mit den Dezemberunruhen, in deren Verlauf für kurze Zeit das Reichskanzlerpalais besetzt wurde. Ebert "floh" aber auch im Januar nicht aus Berlin; die Unruhen (5.—12. 1. 1919) lösten die Amtsenthebung Eichhorns (s. Anm. 241) aus; Schulthess 1919/I S. 4 ff.

²⁴³) Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung Nr. 599 v. 24. 11. 1918; vgl. Liebe S. 8 f.

²⁴⁴) Kuno Graf von Westarp (1864—1945), MdR (1902—1918, 1920—1932) weigerte sich, den Aufruf zu unterzeichnen, da die deutschkonservativen Wünsche nicht genügend berücksichtigt seien; Liebe S. 10.

in meinem Fahrwasser." Ich erwiderte: "Das mag sein, aber wenn es so weit kommt, bin ich bestimmt aus der Partei wieder heraus." Mit diesen Prophezeihungen, die beide wörtlich eintrafen, trennten wir uns freundschaftlich.

Am 15. November teilte mir Frau Reichenheim glückstrahlend mit, ihr Enkelsohn Hugo Preuß sei zum Staatssekretär des Innern ernannt. Er kam bald darauf persönlich in die Tiergartenstraße und fragte mich in aller Form, ob ich unter ihm arbeiten wolle; wir seien doch gute Freunde und könnten uns gegenseitig viel nützen, weil er in dem neuen Milieu vollkommen fremd sei und ich bisher gerade im Reichsamt des Innern gearbeitet hätte. Er war maßlos erstaunt, als ich sagte, ich dächte gar nicht daran, mich dem neuen Regime zur Verfügung zu stellen, würde ihm vielmehr nach aller Möglichkeit Opposition machen. Das hinderte dann allerdings nicht, daß wir uns sachlich sehr interessant über die Frage der neuen Reichsverfassung unterhielten.

Als der Entwurf von $Preu\beta$ erschien, rief ich die Freunde vom Schutzverband zusammen. Der Entwurf schien mir weltfremd gedacht und nicht gut abgefaßt; dieses Urteil habe ich heute noch. $Preu\beta$ ist keineswegs der Schöpfer der Reichsverfassung, denn von seinem ersten Entwurf ist überhaupt nichts stehengeblieben. Der Entwurf war lediglich zu brauchen als Ausgangspunkt für Debatten. Nun hatte ich mich bei der Ausarbeitung der Staatsverfassungen für Kurland und Litauen derart in solche Fragen hineingedacht, daß ich in kurzer Zeit einen eigenen "Entwurf einer Reichsverfassung" (1919) vorlegen konnte. Im Schutzverband setzten wir eine Kommission zusammen, der eine ganze Reihe von Herren angehörte; ich habe nur noch im Gedächtnis: Präsident van der Borght, mein Vetter Unterstaatssekretär Conze, mein alter Freund Geheimrat Rang, Professor Hoetzsch²46), Assessor von Flügge aus einem Ministerium. Dann aber kam das Unheil, und zwar von der Deutschnationalen Partei.

Erster Vorsitzender der Deutschnationalen war mein bisheriger Vorgesetzter Falkenhausen geworden. Er trat schon nach kurzer Zeit zurück, und man wählte den Finanzminister a. D. Hergt.²⁴⁷) Dieser schrieb mir nun einen Brief, ein Professor jüdischer Herkunft, der sich in der Partei betätige, wolle gern an unseren Sitzungen teilnehmen. Der Herr kam auch und nahm an den Arbeiten sachgemäßen Anteil. Als wir dann aber den Entwurf herausgeben wollten, schwenkte er plötzlich um, erklärte alles für zu gewagt und brachte es fertig,

Die Eltern von B. hatten 1878 in Montreux die Familie Ferdinand Reichenheim kennengelernt. Die einzige Tochter (Tony) heiratete den Chemiker Karl Liebermann; das einzige Kind dieser Ehe Hugo Preuβ. (Lebenserinnerungen S. 22 f.). Preuβ (1860—1925), Professor an der Handelshochschule in Berlin, wurde am 15. 11. 1918 zum Staatssekretär des Innern ernannt; vgl. Bredt, Geist der Weimarer Verfassung S. 31 ff. — B. wohnte nach dem Auszug aus der Kaserne vorübergehend bei Frau Reichenheim (Tiergarten); allgemein Günther Gillessen, H. Preuß. Studien zur Ideen- und Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik. Freiburg phil. Diss. 1955.

²⁴⁶) Otto Hoetzsch (1876—1946), Leitartikler der Kreuz-Zeitung, Historiker u. Politiker, s. 1920 Prof. in Berlin; MdR (DNVP) 1920—30, trat als Gegner Hugenbergs 1930 aus der Partei aus.

²⁴⁷) Liebe (S. 35) erwähnt als Vorsitzenden nur den bisher parteilosen, den Freikonservativen nahestehenden Oscar Hergt (1869—1967), 1917 bis 9. 11. 1918 preuß. Finanzminister, 1918—1924 Vors. der DNVP, MdR 1924—1933. Falkenhausen hatte den Gründungsaufruf unterzeichnet; siehe Anm. 243.

daß auch die anderen Herren den Mut verloren. Ich ließ mich dadurch aber nicht abhalten, den Entwurf herauszugeben unter meinem Namen. Ich schrieb dazu Anmerkungen und teilte mit, der Entwurf sei nicht allein von mir, sondern mit einer Anzahl von Herren durchberaten worden. Jener jüdische Professor schwenkte sehr bald zur radikalen Linken über. Der Entwurf wurde in der Öffentlichkeit nicht schlecht beurteilt. [...]²⁴⁸)

Die Arbeiten wuchsen sich auch noch weiter aus. Der Entwurf meiner Reichsverfassung wurde in anderer Ausgabe herausgegeben mit mehreren Aufsätzen dazu: Bredt: Das neue Staatsrecht [S. 5—19]; Rang: Der kulturelle Aufbau [S. 20—34]; v. Flügge: Sozialismus und Manchestertum [S. 35—42]; Hoetzsch: Preußen und das Reich [S. 43—55].

Als die Druckbogen dalagen, meinte Rang, jetzt komme alles an auf einen guten Titel, und ehe ich mich versah, hatte er darüber geschrieben: "Das Werk des Herrn $Preu\beta$ oder Wie soll eine Reichsverfassung nicht aussehen?"

Dieser Titel kostete mich die Freundschaft von Preuß. Es fand sich in den ganzen Aufsätzen nicht eine unfreundliche Bemerkung gegen ihn. Als ich ihm aber ahnungslos das Buch nach Weimar schickte, kam ein Brief von ihm mit der Überschrift: "Geehrter Herr [Professor]".²⁴9) Mit Preuß selbst schloß ich später wieder Frieden. Seine Frau, meine Jugendfreundin Else Liebermann, verzieh mir niemals. [...]

Nach wie vor arbeitete ich im Abgeordnetenhause, das jetzt vom sogenannten Vollzugsrat benutzt wurde und am 16.—21. Dezember der Schauplatz des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte war. Ich hörte mir die Verhandlungen des öfteren an und erlebte vor allem die große Auseinandersetzung Scheidemanns mit den Linksradikalen.²⁵⁰)

Ich erlebte auch [am 10. Dezember] den sogenannten Einzug der heimkehrenden [Garde-]Truppen, aber wie anders, als man ihn sich gedacht! Der Pariser Platz war schwarz von Menschen, und es war der Polizei nicht möglich, einen Weg durch die Mitte freizuhalten. Ich ging von der Wilhelmstraße aus durch einen Keller in das Hotel Adlon und sah aus dem Zimmer des Fürsten Henckel von Donnersmarck alles mit an. Als die kleinen Trupps, die jetzt Regimenter dar-

²⁴⁸) Bei den Verfassungsberatungen erklärte v. Delbrück (DNVP) am 5. März 1919 im Verfassungsausschuß (Weimar), daß der Bredtsche Entwurf "systematisch besser" sei als der Entwurf von Preuß. Vgl. Köln. Zeitung v. 6. März 1919 u. weitere Zeitungsausschnitte im Nachlaß Bredt; siehe auch Einleitung S. 27 f.

²⁴⁹) In dem kurzen Schreiben vom 14. 3. 1919 (Weimar) bestätigt Preuß den Eingang der Broschüre: "Selbstverständlich liegt es mir durchaus fern, über irgend eine Kritik empfindlich zu sein, aber es wäre unaufrichtig, wenn ich leugnen wollte, daß ich eine Kritik von Ihrer Seite im Ton wie im Inhalt ganz anders erwartet hätte. Schon der Titel deutet eher auf eine Schmähschrift als auf eine ernst zu nehmende Kritik hin." Nachlaß Bredt.

²⁵⁰⁾ Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16.—21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin. Stenographische Berichte, hrs. v. Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschlands. Berlin 1919 Sp. 269 ff. [19. 12. 1919]. Vgl. auch Scheidemann II S. 338 f.; WUA 8, S. 356 f.; Tormin S. 94 f.; Kolb S. 197 ff. Allgemein jetzt: Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik 9. 12. 1918 bis 8. 4. 1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß. Bearbeitet von E. Kolb unter Mitwirkung v. R. Rürup. Leiden 1968.

stellten, sich durch die Menge zwängten, war der Anblick wenig erbaulich.²⁵¹)

Zufällig [hörte ich]²⁵²) eine der letzten Reden von *Liebknecht* von einem Denkmal der Siegesallee herunter. Es sind mir die Worte genau erinnerlich: "Wo sind denn die Errungenschaften der Revolution? Wir haben doch die Herrschaft eines *Wilhelm von Hohenzollern* nicht abgeschüttelt, um unter die Herrschaft von *Ebert* und Konsorten zu kommen." Als er bald darauf erschossen wurde, war mir die ganze Bedeutung der Tatsache klar, daß dieser Mann mit seiner suggestiven Kraft hätte noch sehr viel Unheil anrichten können.

Nun kamen die Wahlen zur Nationalversammlung heran, und es wurden die Listen aufgestellt. Kardorff und mir wurden große Versprechungen gemacht im Sinne der damaligen Verhandlungen. Es stellte sich dann aber heraus, daß wir durch Unterschreiben des Aufrufes²⁵³) unsere Schuldigkeit getan hatten und gehen konnten. Wir kamen beide auf aussichtslose Plätze. In der Provinz Hessen-Nassau kam auf den ersten Platz der Pfarrer Veidt²⁵⁴), auf den zweiten der Antisemit Lattmann, auf den dritten ich. An einer Wahlagitation konnte ich mich nicht beteiligen, weil ich noch in Behandlung war. Ich hielt aber in Berlin einige Wahlreden.

Als die Wahlkämpfe einsetzten, hielt Justizrat Baumert²⁵⁵) es für notwendig, eine Kundgebung des Hausbesitzes zu veranstalten, um gegen alle Sozialisierungspläne in bezug auf den Hausbesitz Stellung zu nehmen. Am Sonntag, den 29. Dezember fand die Kundgebung im Zirkus Busch statt.²⁵⁶) Es waren rund sechstausend Plätze gefüllt. Baumert sprach zuerst als Vorsitzender, dann ich, dann der neu aufgehende Stern Carl Ladendorff²⁵⁷), den ich bei dieser Gelegenheit kennenlernte. Nach der Versammlung wurde der Wunsch laut, draußen aufzumarschieren, und so rief ich in die Versammlung hinein, man solle draußen in Gruppenkolonnen zu Vieren antreten und uns nachgehen. So geschah es denn auch, und in imposantem Zuge rückten wir durch den Lustgarten und die Linden. Am Denkmal Friedrichs des Großen standen Ordner mit roten Binden, denn es sollte gerade ein gewaltiger Zug Spartakisten vorbeikommen. Die Ordner fragten, wer wir seien, und nach unserer Vorstellung brüllten sie mit Stentorstimme: "Spartakisten rechts heran, Hausbesitzer links heran!" So rückten wir friedlich

²⁵¹) Schulthess 1918/I S. 558.

²⁵²⁾ Die letzte Rede ist für den 6. Januar belegt; K. Liebknecht, Gesammelte Reden und Schriften Bd. 9. Berlin (Ost) 1968 S. 674. Wohl irrtümlich datiert B. in den Erinnerungen diese Rede auf den 15. Januar 1919; siehe auch Anm. 233.

²⁵³) Siehe S. 146.

²⁵⁴) Karl Daniel Veidt (1879—1946); Nachfolger im Mandat wurde am 19. 8. 1919 Wilhelm Lattmann (1864—1935), Amtsrichter, MdR (Deutschsoz. Wirtschaftl. Vereinigung) 1903 bis 1912; 1919—1920 (DNVP).

²⁵⁵⁾ Dr. Georg Ferd. Baumert (1854—1930), Justizrat, Rechtsanwalt u. Notar, 1909—1922 Vorsitzender des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer-Vereine Deutschlands.

²⁵⁶) Das Grundeigentum (Berlin) Nr. 1 v. 5. 1. 1919 S. 5 f.

²⁵⁷) Carl Ladendorff (1869—1947), Reichsbankrat, Vorsitzender d. Preuß. Landesverbandes der Haus- und Grundbes.-Vereine und des Bundes der Berliner Haus- und Grundbesitzer (bis 1932), vertrat die Wirtschaftspartei 1921—1932 im preuß. Landtag (Fraktionsvorsitzender).

an dem Zuge der Spartakisten vorbei, allerdings begleitet von nicht gerade freundlichen Zurufen. Wir kamen bis vor den Reichstag, stießen da aber auf weitere Kundgebungen. Auf den Stufen des Bismarck-Denkmals stand ein Sozialdemokrat und redete über die kommenden Wahlen vor Hunderten von Menschen. Vor dem Denkmal von Moltke tat ein Demokrat dasselbe. Roon war noch frei, und so trat ich auf die Stufen dieses Denkmals und hielt eine Rede zu den Massen von Hausbesitzern, die gefolgt waren. Auf solche Weise trieb man damals Politik!

Am 19. Januar war der Tag der Wahl zur Nationalversammlung, den ich in großer Spannung zubrachte. Ich war selbst Wahlvorsteher in einem Wahllokal in der Nähe des Kurfürstendamms. Schon in der Nacht war das Ergebnis bekannt: in Hessen-Nassau nur Veidt, nicht einmal Lattmann! Die erste Enttäuschung war wohl groß, dann aber gewann der Gedanke in mir Überhand, daß mir im Grunde nichts Besseres geschehen könne, als nach vier langen Kriegsjahren in Ruhe nach Hause zu kommen und mich wieder in meinem Beruf heimisch zu machen. [...] Am 26. Januar machte ich in Berlin noch die Wahl zur Preußischen verfassunggebenden Landesversammlung mit, dann war mein Entschluß gefaßt. Meine parlamentarische Tätigkeit war zu Ende! [...]

Zweites Kapitel

Nachkriegszeit

(1919—1921)

Nachkriegszeit

Die Tradition der bergischen Heimat und "die Arbeiten von Max Weber") erschließen B. den reformierten Kirchenbegriff; die "Arbeiten über die Kirche und das Kirchenrecht"2) stehen im Mittelpunkt seines wissenschaftlichen Lebens.

Es wurde mir bald klar, daß die evangelische Kirche krankte am Erbe Luthers. Seine Überschätzung der Fürstenmacht hatte in Deutschland eine wirkliche "Kirche" gar nicht hochkommen lassen. Was er geschaffen hatte, war im Grunde nur eine staatliche Verwaltungsanstalt. Jetzt, nach der Revolution, war diese einzige Stütze des ganzen Kirchenbegriffs gefallen, und es fragte sich nun, auf welchem Fundament man die Kirche neu erbauen konnte. Meiner Ansicht nach bestand hier die einzige Möglichkeit in einem rein presbyterialen und synodalen Aufbau. Mit dem landesherrlichen Kirchenregiment mußte nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich Schluß gemacht werden. Die Kirche mußte sich von unten herauf ganz neu organisieren im reformierten Sinne; das Bekenntnis der einzelnen Gemeinden konnte dabei unberührt bleiben. Aus solcher Überzeugung heraus ging ich an die Arbeit heran.³)

In Marburg hatte sich ein "Volkskirchenbund"4) gebildet, der sehr rührig schien. Es fanden große Versammlungen in den Stadtsälen statt, und es wurde stark geworben. Diese volkskirchliche Bewegung hatte ganz Deutschland erfaßt, und ich schloß mich ihr sofort mit Eifer an. Ich dachte, es handele sich um eine wirklich volkstümliche Bewegung, um nunmehr eine einheitliche evangelische Kirche von Deutschland zu schaffen. Schon bald aber wurde mir klar, daß es sich nur um die Machenschaft der kirchlichen Behörden handelte, um das "Kirchenvolk" bei der Stange zu halten. Die Pastoren bemächtigten sich der Bewegung und hielten jede Regung nieder, die den kirchlichen Behörden nicht genehm war. Der Oberkirchenrat und die Konsistorien retteten sich wesentlich mit diesem Beruhigungsmittel über die schwersten Zeiten hinüber, und irgendwelche Bedeutung hatte die Bewegung nicht. Sie lief sich bald still aus und war meine erste Enttäuschung auf diesem Gebiet.

Nun ging der Kampf um das Kirchenregiment in Berlin weiter, und hier hatte ich bessere Erfolge. Ich verfaßte ein Gutachten über "Die Rechte des Summus Episcopus" [1919], das der Oberkirchenrat als Broschüre herausgab.⁵) Aufgrund

^{1) 1908} lernte B. bei Gothein Max Weber (1864—1920) kennen; über den Heidelberger Kreis urteilt er in den Lebenserinnerungen (S. 105): "Der Bedeutendste war Max Weber, der sich aber aus gesundheitlichen Gründen zurückhielt. Seine Schrift: "Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus" wurde für meine innere Entwicklung von der allergrößten Bedeutung. Max Weber hat mir erst den Geist des Calvinismus und damit den Kulturboden meiner Familie recht eigentlich verständlich gemacht."

²⁾ Neues evang. Kirchenrecht. 3 Bde (1919-1927).

³) Vgl. das Vorwort zum 2. Bd. des Kirchenrechts (Ostern 1922) und jetzt allgemein Ulrich Scheuner, Kirche und Staat in der neueren deutschen Entwicklung. In: Zs. f. ev. Kirchenrecht 7 (1969/60) S. 225—273, 245; Wolfgang Stribny, Evangelische Kirche und Staat in der Weimarer Republik. In: Zeitgeist im Wandel II. Hrs. v. Hans Joachim Schoeps. Stuttgart 1968 S. 160—175.

⁴⁾ Für die Volkskirchenbewegung vgl. Mehnert S. 115 ff.

⁵⁾ Vgl. Mehnert S. 161.

dieses Gutachtens, das sich Oberkirchenrat und Generalsynodalvorstand offiziell zu eigen machten, wurde der Kampf⁶) geführt und schließlich gewonnen. Ich erwarb mir mit diesem Gutachten die erste Anerkennung in kirchlichen Kreisen, vor allem beim Präsidenten Voigts. Sie äußerte sich darin, daß ich als ernanntes Mitglied zum großen Kirchentag berufen wurde.

Am 1. September 1919 trat der erste "Deutsche Evangelische Kirchentag" in Dresden zusammen.") Es war eine sehr illustre Gesellschaft, bestehend aus Vertretern der kirchlichen Behörden, akademischen Theologen, Angehörigen der großen evangelischen Vereine und Verbände. Es wurde im wesentlichen davon gesprochen, daß ein großer Kirchenbund geschlossen werden solle, worunter ich aber eine "Deutsche Kirche" verstand. Bald merkte ich auch hier, daß im Grunde wieder alles nur eine Beruhigung erzielen sollte. An die Stelle des Präsidenten Voigts war der neue Präsident Moeller⁸) getreten, der den Kirchentag von seinem Standpunkte aus leitete. Wurde vom Weiterbestande der bisherigen 28 Landeskirchen gesprochen und dem Walten ihrer Behörden, dann konnte der Betreffende reden, solange er wollte. Wurde davon gesprochen, daß wir eine große Deutsche Kirche haben müßten mit synodaler Verfassung, dann wurde der Betreffende sofort an die knappe Zeit erinnert. Ich nahm zu Anfang an der Debatte teil, merkte aber bald, daß es keinen Wert hatte.⁹)

Als ich von Dresden wegging, war ich sehr ernüchtert, hatte aber immer noch die gewisse Hoffnung, die erst auf dem zweiten Kirchentag endgültig zerschlagen wurde. Ich muß hier den Ereignissen etwas vorauseilen, möchte die Dinge aber im Zusammenhang darstellen. Der zweite "Deutsche Evangelische Kirchentag" fand statt in Stuttgart am 11. September 1921 und den folgenden Tagen.¹⁰) Es war unterdessen eine Verfassung des Kirchenbundes ausgearbeitet worden, die in Stuttgart beraten und angenommen wurde. Die entscheidende Neuerung lag darin, daß zwischen die Regierung des Kirchenbundes (Kirchenausschuß) und den Kirchentag noch ein Kirchenbundesrat eingeschoben wurde, in dem die kirchlichen Behörden ihren Bestand sicherstellten. Die Verfassung bestimmte obendrein, daß ohne Zustimmung des Kirchenbundesrates kein Kirchengesetz zustandekommen konnte. Damit war die Allmacht des Oberkirchenrats, der Konsistorien und der Behörden in den anderen 27 [Landes-]Kirchen sichergestellt. Eine schwierige Debatte betraf dabei noch eine Personenfrage. Es wurde verlangt, daß der Präsident des Oberkirchenrats geborenes Mitglied des Bundesrats sein müsse — um allen drohenden Überraschungen vorzubeugen. Nach langer Debatte ging auch dieses durch, aber damit war mein Interesse auch erloschen. Ich sah, daß gar nicht daran gedacht wurde, eine wirkliche Evangelische Kirche von Deutschland zu schaffen, sondern daß die Behörden lediglich darauf aus waren, ihre bisherigen 28 Landeskirchen selbständig zu erhalten. Aus dem

⁶⁾ Archiv der Ev. Kirche der Union: Acta betr. die Trennung von Staat und Kirche. Generalia. II. Abt., Nr. 27 Bd. I—III.

^{7) 1.—5.} September 1919. Mehnert S. 213 ff. Bredt war als Vertreter der "ausgleichenden Gruppe" geladen; Bredt, Kirchenrecht II S. 77 f. u. ö.

⁸⁾ Präsident des Evang. Oberkirchenrats von Preußen s. Juni 1919.

⁹⁾ Für die Idee der "Reichskirche" vgl. Mehnert S. 214 ff.

¹⁰⁾ Schulthess 1921 S. 265.

"Kirchenvolke" regte sich kein Mensch. Die Pastoren standen durchweg neutral und hatten gar keine Meinung. Von den übrigen Vertretern waren die einen nur darauf bedacht, die liberale Richtung in der Kirche durchzusetzen, die anderen nur darauf, die positive Richtung an der Herrschaft zu erhalten. Vom eigentlichen Gedanken der "Kirche" war in Stuttgart kaum die Rede.¹¹)

Mit dem Stuttgarter Kirchentage war meine Tätigkeit in der Kirche zu Ende. Ich verfocht noch im Landtage mit großem Eifer die neue Kirchenverfassung¹²), kam aber mit dem Oberkirchenrat aus anderen Gründen immer mehr in Konflikt — sie betrafen die reformierte Sache —, und so kam es, daß ich zum nächsten Kirchentag nicht wieder ernannt wurde.

Im August 1919 schließt sich B. dem Reformierten Bund an, in dessen Moderamen er später gewählt wird. Auch hier unterstützt er einen engeren Zusammenschluß, eine Deutsche Reformierte Kirche. Am 6. 9. 1921 beruft B. daher in sein Haus den "Marburger Convent"13); B. legt einen Verfassungsentwurf für eine föderative Gliederung der Kirche vor, der Plan scheitert.

Daneben setzt B. seine Tätigkeit im kommunalen Bereich fort. Am 2. März 1919 wird er auf einer gemeinsamen Liste der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, wenig später auch in den Kreistag, Kreisausschuß und Provinziallandtag. Als Kreisdeputierter gewinnt er wieder die "alte Stellung als Stellvertreter des Landrats". ¹⁴)

Politisch gingen die Wogen sehr hoch in der ersten Nachkriegszeit in Marburg. Ich betätigte mich in der Deutschnationalen Partei, in der ich ja meine alten Wähler wiederfand; von einer Rechtfertigung wegen der Wahlrechtsabstimmung war keine Rede mehr.¹⁵) Am 24. Februar 1919 sprach ich in den überfüllten Stadtsälen über das Thema: "Was erwarten wir von der Nationalversammlung?"¹⁶) Am 29. Oktober war Parteitag für Hessen-Nassau in Marburg, und ich sprach über das Thema: "Finanzwirtschaft einst und jetzt".¹⁷) Weiter hielt ich auf Wunsch Vorträge vor der deutschnationalen Studentengruppe über den Versailler Vertrag.

Diese Vorträge konnten auch von anderen Parteimitgliedern besucht werden, und ich machte hier meine ersten Erfahrungen. Ich nahm nämlich den Versailler Vertrag so durch, wie ich ihn im Kolleg durchgenommen hätte, ohne unaufhörlich von Schmachfrieden, Skandal und Schande zu sprechen. Das gefiel dem Publikum nicht, und ich wurde offiziell aufgefordert, "schärfer zu reden". Ich hatte aber keine Lust, meine Ausführungen auf solche Tonart einzustellen, da ich wesentlich die völkerrechtliche Seite, daneben die Finanzfragen behandeln wollte. Mit solchen Ausführungen verdarb ich mir aber meine Stellung [in] der Partei gründlich, wogegen die Studenten zu meiner Freude sehr zufrieden waren.

¹¹) Bredt, Kirchenrecht II S. 790 f. — An den Beratungen der neuen Verfassung hatte B. im Verfassungsausschuß beim Evang. Oberkirchenrat (Berlin) seit Januar 1919 als Sachverständiger teilgenommen. Siehe auch Anm. 6.

¹²) Siehe S. 172.

¹³) Vgl. für die Teilnehmer das Protokoll in der Ref. Kirchen-Zeitung (1921) S. 229—231.

¹⁴) Siehe Einleitung S. 8.

¹⁵⁾ Siehe S. 136.

¹⁶⁾ OHZ Nr. 48 (2. Blatt) v. 26. 2. 1919.

¹⁷) OHZ Nr. 254 v. 30. 10. 1919: "Finanzwirtschaft im Reich, Staat und in der Gemeinde."

Es herrschte damals ein schlimmer Ton in den Versammlungen. Vornehme Damen pfiffen auf Trillerpfeifen bei Reden von Demokraten, und es gehörte zum guten Ton, den Gegner niederzubrüllen. Auch da machte ich einmal meine Erfahrungen. Ich sollte in einer Versammlung dem demokratischen Redner, einem Hochschullehrer von auswärts, entgegentreten. Zur Vorsicht hatte ich meine deutschnationalen Studenten gebeten, in der Versammlung zu sein und mich zu unterstützen. Der Demokrat redete maßvoll und nicht schlecht, ich wollte ihm daher nur sachlich entgegnen. Kaum aber betrat ich das Podium, so ging ein ohrenbetäubender Beifall los, so daß ich kaum zu Worte kommen konnte. Und dieser Beifall wiederholte sich fast nach jedem Satz derart, daß ich schließlich abtrat, ohne viel gesagt zu haben. Der Demokrat wollte mir dann noch antworten, wurde aber niedergeschrien. Ich mußte meinen Studenten noch dankbar sein für die gute Leistung, aber ich hatte von da an genug von derartigen "Erfolgen" und nahm an keinen Versammlungen mehr teil. Bald danach kam der eigentliche Bruch mit den Deutschnationalen. 18)

Am 14. März 1920 saß ich morgens früh beim Morgenkaffee, als das Telefon schellte. Landrat von Loewenstein¹⁹) rief mich an und sagte: "Lassen Sie alles stehen und liegen, trinken Sie Ihren Kaffee später und kommen Sie sofort auf das Landratsamt." Ich machte mich also auf den Weg und hörte schon auf der Straße vom Kapp-Putsch!20) Der Landrat wußte nicht, was er tun sollte und fürchtete das Schlimmste. Sofort sagte ich ihm, die Sache werde Fiasko machen; ich kennte Herrn Kapp und kennte vor allem die von ihm ernannten "Minister". Ich ließ dann den Vorsitzenden der Sozialdemokraten rufen und sagte ihm, er möge sich den sinnlosen Aufruf zum Generalstreik sparen, denn hier in Marburg werde alles ruhig bleiben. Der Mann war aber mißtrauisch und wollte sich vorher noch erkundigen. Ich ging unterdessen zum Reichswehr-Bataillon und fragte dort, wie das Militär sich verhalten wolle. Die Antwort lautete: der Kommandeur sei nicht da und das Bataillon warte auf Befehle aus Kassel. Das hieß alles oder nichts, und ich sagte dem Landrat, wir müßten jetzt einfach als Kreisausschuß die Zügel in die Hand nehmen und einstweilen auf eigene Faust hier regieren. Es war unterdessen telegrafisch ein Erlaß des Oberpräsidenten Schwander²¹) eingegangen, der zur Verfassungstreue aufforderte. Ich schrieb darunter: Der Kreisausschuß wird nach den Anweisungen des Oberpräsidenten auf dem Boden der Verfassung verfahren.²²)

Die Kreisausschuß-Mitglieder wurden herangeholt oder telefonisch ins Bild gesetzt. Sie gaben alle ihre Unterschrift; nur jener Sozialdemokrat verlangte

¹⁸) Siehe S. 158.

¹⁹⁾ Max von Loewenstein zu Loewenstein (1870-1949).

²⁰) Für den Militärputsch Kapp-Lüttwitz (13.—17. März 1920) vgl. Erger passim.

²¹) Ebd. S. 178, 212; Rudolf Schwander (1868—1950), 1919—1930 Oberpräs. der Provinz Hessen-Nassau, der DDP nahestehend.

^{22) &}quot;Der unterzeichnete Kreisausschuß steht [verbessert: wird] auf dem Boden der von der Nationalversammlung gegebenen Verfassung und erkennt nur eine Regierung an, die auf verfassungsmäßigem Wege zustande kommt.

Er hat die vollziehende Gewalt für Stadt und Land an sich gezogen.

Seinen Anordnungen ist Folge zu leisten." Undatierter Entwurf von Bredt, in: Hess. Staatsarchiv Marburg: 180 L. A. Marburg 1937/47 Nr. 36.

vorher eine Erklärung, daß die Verfassung von 1919 und nicht etwa die von 1871 gemeint sei! Ich gab sie ihm, und auch er war zufrieden. Gegen Mittag war unsere Erklärung überall angeschlagen, und der Tag verlief völlig ruhig. Am folgenden Tage waren der Landrat und ich froh, daß wir den Kopf nicht verloren hatten.

Am 19. März rief mich wieder der Landrat an: "Eine rote Armee wälzt sich plündernd durch Thüringen auf Marburg zu. Kassel ist schon in ihrer Hand. Die Verbindung mit Kassel ist unterbrochen." Ich ging sofort in die Kaserne und hörte dort, daß der Draht allerdings für Zivilpersonen gesperrt sei, daß das Militär aber telefonieren könne. Durch das Militär bekam ich auch Verbindung und rief meinen alten Waldbröler Freund Springorum²³), jetzt Regierungspräsident, an das Telefon. Auf meine Frage, ob er denn überhaupt noch auf freiem Fuße sei, antwortete er: "Hier ist alles ruhig und still, aber in Thüringen soll allerhand los sein." Damit war die erste Sorge behoben, aber Marburg wurde auf ganz andere Weise in die Wirren hineingezogen.

Noch am selben Tag erschien ein Aufruf des [Bezirksbefehlshabers Freiherrn Schenck], der mit den Worten begann: "Das Vaterland ist in höchster Gefahr. In Thüringen ist Aufruhr, bewaffnete Banden durchziehen raubend und plündernd das Land."24) Es wurde zur Bildung eines Studentenkorps aufgerufen, die dann auch sofort erfolgte. Es kamen zwei Bataillone zustande, die militärisch erstklassig waren. Mit einer weiteren "Volkskompanie" machte mein Freund Hermelink²⁵) als Hauptmann weniger erfreuliche Erfahrungen. Ich begleitete das erste Bataillon zur Bahn und machte mir meine Gedanken über die Rede, mit der der Rektor Busch²⁶) das Korps verabschiedet hatte. Es war kein Wunder, daß die jungen Leute den Kopf verloren. Ein paar Tage später traf die schlimme Nachricht ein, daß die Studenten bei Mechterstädt 15 gefangene Arbeiter erschossen hatten. Eine lähmende Schwüle lastete auf den meisten von uns, als wir die Nachricht hörten. Der Rektor verteidigte die Studenten in jeder Weise, und aller Zorn der Deutschnationalen richtete sich nun gegen die "Volkskompanie", die aber gar nicht beteiligt gewesen war. Es war juristisch richtig, daß die Studenten später gerichtlich freigesprochen wurden, aber die Affäre von Mechterstädt war doch ein wenig erfreuliches Zwischenspiel.27)

²²⁾ Vgl. Scheidemann II S. 394; Erger S. 213. Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933. Industrielle Welt Bd. 5. Stuttgart 1965 S. 123.

²⁴) Hess. Landeszeitung Nr. 67 v. 19. 3. 1920. Vgl. den ausführlichen Bericht des Zeitfreiwilligen der "Volkskompanie" Ernst Lemmer, Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten. Frankfurt a. M. 1968 S. 66 f.

²⁵⁾ Heinrich Hermelink (1877—1958), 1916—1935 ordentl. Professor in Marburg; vgl. auch die von Gustav Heinemann (Student) und Leutnant Duderstadt unterzeichnete Erklärung in der Hess. Landeszeitung Nr. 80 v. 6. 4. 1920 und den Leserbrief von Prof. Dr. Hermelink ebd. Nr. 110 v. 12. 5. 1920.

²⁶) Der Historiker Wilhelm Busch (1861—1929) war im akademischen Jahr 1919/20 Rektor.

²⁷) Der Marburger Studentenprozeß. Bericht über die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht nach stenographischer Aufzeichnung. Leipzig/Berlin 1921; zur Kritik vgl. W. Zorn. Die politische Entwicklung des Deutschen Studententums 1918—1931. In Darstellung und Quellen zur Geschichte der dt. Einheitsbewegung im 19. und 20. Jahrhundert Bd. 5. Hrs. v. K. Stephenson, A. Scharff, W. Klötzer. Heidelberg 1965 S. 223—307. S. 257 ff.

Der Kapp-Putsch hatte für mich die große Bedeutung, daß er meinen Bruch mit der Deutsch-Nationalen Volkspartei herbeiführte. Die Marburger Deutschnationalen waren fast restlos begeistert von Kapp. Keiner hatte allerdings gewagt, einen Finger zu rühren oder auch nur den Mund aufzumachen. Erst später wurde hinter verschlossenen Türen um so mehr geredet. Genau wie nach dem Krieg wurde auseinandergesetzt: "wir hätten" alles erreichen können, "wenn nur . . ." Da ich offen meine entgegengesetzte Meinung äußerte und vor allem die Frage aufwarf, was denn Kapp habe praktisch machen wollen, kam ich bald in Konflikt mit den führenden Leuten. Es kam schließlich so weit, daß jeder für eine Art Vaterlandsfeind galt, der nicht begeistert von Kapp redete.

Als mir dann eines Tages der stellvertretende Vorsitzende, kein anderer als mein Kollege André²⁸), mit klaren Worten sagte, Leute wie ich hätten in der Partei nichts mehr zu suchen, da machte ich ganze Arbeit.

Der erste Vorsitzende in Marburg, Buchhändler Sonnenschein²⁹), hatte selbst einen schweren Stand in der Partei und konnte mir wenig helfen. Ich schrieb daher [am 9. April] an den Vorsitzenden von Hessen-Nassau, Landeshauptmann v. Gehren³⁰), und [am 4. Mai 1920] an den Vorsitzenden der Gesamtpartei, Minister a. D. Hergt. Beiden setzte ich auseinander, daß ich in der Deutschnationalen Partei nicht länger bleiben könnte und meinen Austritt erklärte. Beide antworteten sehr höflich, betonten auch die Loyalität ihrer Partei, konnten aber schließlich nur von meiner Erklärung³¹) Notiz nehmen. Ich war nun parteilos und hatte nicht vor, mich jemals wieder einer Partei anzuschließen. Die Folgen daraus zog ich alsbald im Kommunallandtag.

Wir waren zu dreien in den Kommunallandtag³²) für den Kreis Marburg gewählt worden: Bürgermeister Breitstadt-Hassenhausen³³) als Deutschnationaler, Gutsbesitzer Klingelhöfer-Aumühle³⁴) als Demokrat und ich als Kreisdeputierter gewissermaßen amtlich. Auf dem ersten Kommunallandtag am 3. Dezember 1919 hatte ich mich natürlich zu den Deutschnationalen gesetzt, war auch in den Hauptausschuß gekommen, hatte mich aber auf dem unbekannten Boden etwas zurückgehalten. Am 27. April 1920 trat der Kommunallandtag wieder zusammen, aber ich setzte mich nicht wieder zu den Deutschnationalen. Mehrere Landräte und Bürgermeister, insbesondere der Kasseler Zweite Bürgermeister

²⁸) Fritz André (1859—1921), Geh. Justizrat.

²⁹) August Sonnenschein (1875—1951), 1923—1928 MdL (DNVP).

³⁰) Reinhard von Gehren (1865—), 1912—1918 MdA (kons.), Landeshauptmann, Mitgl. d. preuß. Staatsrates. Vgl. Liebe S. 157 f. — Die von Liebe noch ausführlich zitierten Briefe sind im Nachlaß nicht mehr auffindbar.

³¹⁾ Liebe S. 60 u. 157 f. — Tormin, Geschichte S. 154.

³²⁾ Vgl. die Verhandlungen des Kommunallandtages für den Regierungsbezirk Cassel. 45.—47. Kommunallandtag. Cassel 1919/1920.

³³) Landwirt Johannes Breitstadt (1858—1937).

³⁴) J. Klingelhöfer (Dem.) setzte sich bereits auf einer Landesversammlung der Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte am 25. 4. 1913 für eine neue Landtagskandidatur von B. ein. K. am 7. 5. 1913 an Bredt. Nachlaß.

Brunner³⁵), hatten sich aus dem politischen Getriebe heraushalten wollen und sich zusammengeschlossen zu einer "Freien Arbeitsgemeinschaft", die nur sachlich, nach rein kommunalen Gesichtspunkten arbeiten wollte. Dieser Arbeitsgemeinschaft schloß ich mich an und machte die allerbesten Erfahrungen. Ich entsinne mich kaum, jemals einem Gremium angehört zu haben, wo ich mich so wohl fühlte wie dort.

Ich gewann in der Arbeitsgemeinschaft alsbald eine gute Stellung und wurde auch in den Provinzialausschuß gewählt. Dieser war allerdings zuständig nur für die gemeinsamen Angelegenheiten der Provinz, und der Schwerpunkt lag bei den beiden Landesausschüßsen der Kommunalverbände Kassel und Wiesbaden. Ich machte im Provinzialausschuß einen kräftigen Vorstoß in der Richtung, die beiden Kommunalverbände zusammenzufassen zu einer einheitlichen Provinz, fand aber nirgends Beifall, nicht einmal beim Oberpräsidenten Schwander. Das Alte saß zu fest in den Köpfen, selbst bei den Sozialdemokraten.

Am 7. Juli trat der Kommunallandtag wieder zusammen, und diesmal hielt ich mich nicht mehr zurück. Die ganzen Tagungen hatten regelmäßig nur Besoldungserhöhungen zu erledigen; es schien die einzige Aufgabe des Kommunallandtages zu sein. Von den eigentlichen Selbstverwaltungsangelegenheiten war kaum die Rede; nur der Etat wurde formell erledigt. Jetzt wurde wieder eine Besoldungserhöhung vorgelegt, aber diesmal sollten die Gehälter der Kommunalbeamten erheblich über die Gehälter der gleichartigen Staatsbeamten hinausgehen. Der Landeshauptmann erklärte dazu, es sei gerade das Geld vorhanden, um diese Besoldungserhöhung durchzuführen, für die eigentlichen Aufgaben des Verbandes bleibe so gut wie nichts übrig. Der Oberpräsident sagte mit klaren Worten, die einzige Hilfe liege in der Notenpresse; in der Provinz müßten natürlich die Realsteuern entsprechend erhöht werden. Da hielt ich namens der Arbeitsgemeinschaft eine große Rede³⁶), die sehr stark beachtet wurde. Ich setzte auseinander, daß die ganze augenblickliche Finanzwirtschaft untragbar sei, daß aber vor allem die Gewerbetreibenden und Hausbesitzer erdrückt würden durch die Massen der Beamten, um die allein es sich noch zu handeln scheine. [...] Der Erfolg des Vorstoßes war, daß wenigstens die Gehälter nicht höher gesetzt wurden als die der Staatsbeamten. Die Sozialdemokraten hatten sich schließlich auch auf unsere Seite gestellt, und es wurde der Verwaltung mit aller Deutlichkeit gesagt, daß sich die Ansprüche der Beamten in den gebotenen Grenzen zu halten hätten.

Hatte mich der Kapp-Putsch innerlich los gemacht von den Deutschnationalen,

³⁵) Karl Brunner (1862—1945), Bürgermeister 1914—1928. Die "Freie Arbeitsgemeinschaft" trat erstmalig auf dem 46. Kommunallandtag (27.—30. 4. 1920) hervor; sie stellte auf dem 47. Kommunallandtag mit 11 Abgeordneten (4 Bürgermeister, 3 Landräte, je ein Hauptmann a. D., Kaufmann, Professor und Regierungsrat) die drittstärkste Fraktion; MSPD 19, DNVP 12, Christl. Volkspartei 9, Demokraten 8 und USPD 4.

³⁶⁾ Verhandlungen (47. Kommunallandtag) v. 8. Juli 1920, Cassel 1920 Sp. 41—46. Die "Freie Arbeitsgemeinschaft" stimmte schließlich dem sozialdemokratischen Vorschlag zu, die Besoldung "nach den staatlichen Grundsätzen" auszurichten. (Sp. 64).

so machte mich diese Tagung innerlich reif für die Wirtschaftspartei. Es wurde mir klar, daß es so nicht weiter ging, daß wir mit den ständigen Mehrbewilligungen dem finanziellen Abgrund zusteuerten. Es wurde mir vor allem klar, daß der Schutz der Gewerbetreibenden und Grundbesitzer ein Gebot der Stunde war. Jene Rede war völlig so, daß ich sie später in der Partei hätte halten können. Von da an wußte ich, was ich politisch wollte.

Nun kam ein seltsames Nachspiel hinzu. Jene Arbeitsgemeinschaft war eher alles andere als eine Partei, und das gerade war mir so sympathisch. Ich hatte auch nicht im allermindesten vor, eine neue Partei zu begründen nach meinen Ansichten. Es erschien aber jetzt in den Zeitungen ein Bericht über die neue Fraktion auf dem Kommunallandtag, und dabei war ich an führender Stelle genannt.37) Es dauerte nicht lange, da wurde ich von allen Seiten darauf angesprochen, daß ich ja eine neue Partei gegründet hätte. Als ich das weit von mir wies, merkte ich bald, daß man mir nicht glaubte und die neue Partei als eine Tatsache ansah. Und als ich nun ein halbes Jahr später wirklich mit dem Programm einer neuen Partei herauskam, da sagte mir der Marburger Oberbürgermeister [Troje]: ,,Wir wußten es ja alle schon seit einem halben Jahre, daß Sie eine neue Partei gründeten." Trotzdem ist leider von den Herren, mit denen ich damals zusammen in der Arbeitsgemeinschaft war, kein einziger zur Wirtschaftspartei gekommen. Es bleibt nur die Tatsache bestehen, daß ich innerhalb der Arbeitsgemeinschaft zum ersten Male mir selbst klar wurde über mein eigenes politisches Programm.

Meine Erfahrungen bei den Marburger Stadtverordneten [1919—1921] konnten mich in solcher Überzeugung nur bekräftigen. Unsere Fraktion bestand aus den Deutschnationalen, den Volksparteilern und einem Zentrumsmann, aber diese Jnterschiede fielen nicht ins Gewicht. Es stellte sich niemals ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen den Parteiangehörigen heraus. Um so mehr fielen andere Unterschiede ins Gewicht. Auch in der Stadt Marburg ging es in jener schlimmen Zeit lediglich um die Frage, um die es allenthalben ging: um die Besoldung der Beamten und Angestellten. Ständig wurden neue Ämter und Stellen geschaffen und ständig kamen neue Ansprüche. Wie im Bezirksverband so wurden auch in der Stadt die öffentlichen Mittel durch die Besoldungen erschöpft, für die eigentlichen Verwaltungsaufgaben blieb kaum noch etwas übrig. Stellte sich dann heraus, daß die Mittel nicht mehr reichten, dann wurden kurzerhand die Realsteuern erhöht.

Die Parteizugehörigkeit hatte offensichtlich keinen Einfluß auf die Stadtverordneten bei diesen Fragen. Was vielmehr entscheidend ins Gewicht fiel war der Berufsstand, dem der einzelne angehörte. Die Beamten und Angestellten hatten die Majorität in der Stadtverordnetenversammlung und bewilligten sich gegenseitig ohne Bedenken alles, was sie verlangten. Besonders die eigenen Beamten und Angestellten der Stadt Marburg, die nach den neuen Gesetzen wählbar waren, betätigten sich in dieser Hinsicht. Die Minderheit der Gewerbetreibenden, Handwerker und Hausbesitzer mußte dasjenige aufbringen, was die

³⁷⁾ Nicht ermittelt.

Beamten und Angestellten sich bewilligten, ohne daß sie einen entscheidenden Einfluß besaßen.³⁸)

Ich selbst blieb unangefochten Vorsitzender der Fraktion, auch nach meinem Ausscheiden aus der Deutschnationalen Partei, hatte aber immer weniger Freude an meinem Amt. In den Fraktionssitzungen kamen die Gegensätze aufeinander, ohne daß eine Einigung erzielt wurde. Und im Plenum stimmten die Beamten und Angestellten unserer Fraktion ohne alles Bedenken mit ihren Berufskollegen bei den Demokraten und Sozialdemokraten. Umgekehrt stimmten bei den Demokraten die Gewerbetreibenden zusammen mit den Gewerbetreibenden unserer Fraktion; es kam schließlich eine Art von interfraktioneller Arbeitsgemeinschaft heraus. Unter der Hand verständigten wir uns mit demokratischen Stadtverordneten zu gemeinsamer Stellungnahme gegen weitere Bewilligungen. Am Ende erklärte ich, keine Fraktionssitzung mehr einberufen zu können, weil die Beratungen gar keinen Wert hätten.

Es handelte sich in der Stadt Marburg um sehr kleine Verhältnisse; es war auch gar nicht gesagt, daß hier nicht vielleicht besondere Umstände mit ins Spiel kamen. Trotzdem war nicht zu verkennen, daß es sich hier um Symptome der ganzen Zeit handelte. Der nationale Gedanke allein war damals offensichtlich nicht imstande, ein Parteiprogramm auszufüllen, denn es kamen andere Fragen auf, die man allein vom nationalen Standpunkt aus unmöglich lösen konnte. In der Zeitung studierte ich eingehend die Verhandlungen des Reichstags und Preußischen Landtags und fand dort im Grunde dieselbe Konstellation. Es wurde eine Beamten- und Arbeiterpolitik getrieben lediglich vom Konsumentenstandpunkt aus. Die Frage, woher denn in letzter Linie schließlich die Summen genommen werden sollten, die ständig neu bewilligt wurden, kam gar nicht zur Erörterung. Aus einzelnen Reden sah ich, daß die produzierenden Stände, insbesondere der Mittelstand, zwar energisch ihren Standpunkt vertraten, aber nicht damit durchdrangen. Sollte denn Deutschland zu Grunde gerichtet werden durch solche Politik? Dieser Gedanke ließ mich nicht mehr los, ich wußte mir aber einstweilen selbst keinen Rat.

In Fluß gebracht wurde die Frage auf der Tagung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer in Magdeburg am 7.—10. August 1920.³⁹) Justizrat Baumert hatte mich aufgefordert, einen Vortrag zu halten über "Theorie der Grundrente", da dieses Thema anläßlich der Sozialisierungsbestrebungen

³⁸⁾ Der gemeinsame Wahlvorschlag der DNVP und DVP (Liste VI [Justizrat August Rohde]) erzielte am 2, 3, 1919–15 v. 36 Sitzen; dazu kamen 2 Mandate der mit dem Wahlvorschlag verbundenen Liste V (Christl. Volkspartei—Zentrum); in der Stadtverordnetenversammlung waren 16 Beamte und Angestellte (4 Professoren, 3 Lehrer, 6 sonstige Beamte, 3 Angestellte) 1 Rechtsanwalt, 15 Kaufleute und Gewerbetreibende, 2 Arbeiter (1 Buchdrucker, 1 Schriftsetzer) und 3 Personen ohne Berufsangabe. Alle Angaben aus Akten des Hess. Staatsarchivs Marburg (Best. 330 Marburg Acc. 1935/4 Nr. 47) nach einer freundlichen Mitteilung von Herrn Regierungsarchivrat Dr. Franz vom 12, 3, 1969.

³⁹⁾ Vgl. den Bericht der Deutschen Hausbesitzer-Zeitung Nr. 33 v. 12. 8. 1920 S. 177—180 u. Nr. 34 v. 19. 8. 1920 S. 182—185 über den 41. Verbandstag. — Der Vortrag erschien im gleichen Jahr als Heft 19 der Schriften des Zentralverbandes unter dem Titel "Die Grundrente und ihre Steuer" und stellt eine populäre Fassung der Schrift von 1915 "Welche Umstände verteuern das städtische Bauland?" dar.

interessierte. Ich sagte zu, und der Vortrag löste eine lebhafte Debatte aus. Die Erörterungen wurden in kleinerem Kreise fortgesetzt, und hier kam es zu einer Aussprache darüber, was man auf politischem Gebiet zu Gunsten des Hausbesitzes unternehmen könne. Es wurde darüber geklagt, daß in allen bürgerlichen Parteien die Vertreter des Hausbesitzes zwar angehört würden, daß aber schließlich dennoch gegen sie entschieden werde. Es wurde festgestellt, daß man von keiner einzigen bürgerlichen Partei ein wirkliches Eintreten für den Hausbesitz erwarten könne. Da sagte ich nun aus meiner Erfahrung heraus folgendes: Bei allen Parteien herrsche heute die Angst vor der Masse, daher werde eine einseitige Konsumentenpolitik getrieben; wenn man wirklich Wandel schaffen wolle, dann bleibe nichts anderes übrig, als die Gründung einer neuen Partei; unter dem neuen Wahlrecht sei das leicht möglich; der sozialistische Gedanke habe heute in mehr oder minder starkem Maße alle Parteien erfaßt; man müsse daher diejenigen Elemente sammeln, die sich noch gegen den Sozialismus stemmten; in der Fraktion werde der einzelne überstimmt und müsse nachher im Plenum gegen seine eigene Überzeugung stimmen; nur mit Hilfe einer neuen Partei sei es möglich, die eigenen Lebensinteressen in wirklich nachhaltiger Weise auch an der entscheidenden Stelle zu vertreten.

Meine Ausführungen wurden sehr beachtet, aber es erfolgte keine weitere Stellungnahme. Ich selbst hatte derartiges auch gar nicht erwartet. Meine Ausführungen waren im Grunde nur theoretischer Natur gewesen; sie sollten nur meinen Pessimismus in bezug auf die vorhandenen Parteien zum Ausdruck bringen. Als ich von Magdeburg fortfuhr, dachte ich an nichts weniger, als an die Gründung einer neuen Partei.

Im Herbst 1920 wurde ich Dekan meiner Fakultät und hatte viel zu tun. Dazu nahmen mich meine Vorlesungen und meine Arbeit am Kirchenrecht stark in Anspruch. An Politik dachte ich überhaupt nicht mehr. Nur einmal noch kam ich indirekt mit ihr in Berührung. In Bamberg war eine Tagung der Gewerbegerichte, und ich nahm als Marburger Vorsitzender daran teil. 40) Die Versammlung war stark auf den neuen Geist der Zeit eingestellt, und schließlich wurden starke Angriffe erhoben auf die Universitäten, die der neuen Zeit nicht genügend Rechnung trügen. Da stellte ich mich zur Überraschung der Versammlung als Hochschullehrer vor und brach eine Lanze für die Universitäten, die nicht dazu da seien, sich in den Dienst einer bestimmten politischen Richtung zu stellen, die aber mit der neuen Materie des Arbeitsrechts schon fertig würden auf rein juristischer, nicht politischer Grundlage. Ein großer Teil der Versammlung spendete mir starken Beifall, und ich fuhr nach Hause in dem Bewußtsein, lediglich Hochschullehrer und nicht Politiker zu sein.

Bald darauf kamen die Neuwahlen [20. Februar 1921] zum Preußischen Landtag, die eine völlige Veränderung in mein Leben hineinbrachten. Allenthalben gärte es in den Reihen der Gewerbetreibenden und der Hausbesitzer, denn die Maßnahmen der Regierung nahmen einen steigend feindlichen Charakter an. Das Samenkorn, das ich in Magdeburg ausgestreut hatte, begann jetzt zu keimen, und an vielen Stellen gleichzeitig ging man an die Frage eines selbständigen politischen Vor-

⁴⁰) 27.—28. 9. 1920; vgl. Bamberger Tageblatt Nr. 226 u. 227 v. 28. u. 29. 9. 1920. — Jur. Wochenschrift 49 (1920) S. 950 f.

gehens heran.⁴¹) Für den 5. Januar hatte ich einen Vortrag im Hausbesitzerverein Düsseldorf zugesagt, für den folgenden Tag in Essen. Es kam aber noch anders.

Am 31. Dezember erhielt ich ein Telegramm⁴²) aus Berlin, ich möge unter allen Umständen am 3. Januar an einer Besprechung im Bunde der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine teilnehmen. Ich fuhr demnach nach Berlin und traf anwesend Justizrat Baumert, dann den neuen Vorsitzenden des Bundes, Reichsbank-Kalkulator Ladendorff, auch noch einige andere, deren Namen ich nicht mehr angeben kann. Baumert und Ladendorff hatten an sämtliche bürgerlichen Parteien geschrieben, ob sie bereit seien, für den Hausbesitz einzutreten. Nur die Deutschnationalen hatten eine nichtssagende Antwort gegeben, die anderen hatten überhaupt nicht geantwortet. Dafür war eine neue kleine Partei beim Bunde erschienen und hatte ein gemeinsames Vorgehen angetragen: die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes. Sie hatte bei Stadtverordnetenwahlen in Berlin schon [ca.] 60000 Stimmen bekommen⁴³) und wollte nun auch bei den Landtagswahlen ihr Glück versuchen. An sich war ich nicht sehr geneigt, die Hausbesitzer mit einer schon bestehenden Partei zu verkoppeln, und ein ganz eigenes Vorgehen schien mir besser. Es sprachen aber gewichtige Gründe für solches Zusammengehen. Es mußte darauf ankommen, die Sperrbestimmung zu überwinden, laut welcher auf der Landesliste nur so viele Mandate zugeteilt werden konnten, als auch Wahlkreise errungen waren. Da verbürgte nun Berlin mit seinen Vororten nach unserer Rechnung zwei Mandate; es konnten also unter allen Umständen vier Kandidaten durchkommen. Wir kamen daher an dem Tage überein, mit der Wirtschaftspartei zusammenzugehen.

Ich selbst fuhr sofort von Berlin nach Düsseldorf und ging hier energisch auf mein Ziel los.⁴⁴) Es waren in meiner Versammlung weit über tausend Personen anwesend, die aber nicht darauf gefaßt waren, zur Gründung einer neuen Partei aufgerufen zu werden. Ich hatte aber derart tosenden Beifall, daß in Düsseldorf an dem Tage kein Zweifel am vollen Erfolg bestehen konnte. Auch der Vorsitzende Dr. Stein⁴⁵) war durchaus bei der Sache.

Am folgenden Tage in Essen war die Versammlung ebenfalls überfüllt und mein Beifall ungeheuer. (46) Der Vorstand des Vereins war aber parteimäßig gebunden und stand meinem Vorschlag ablehnend gegenüber. Es kam dann so weit, daß ein alter Studienrat aus der Versammlung heraus vorschlug, sofort einen neuen Vorstand zu wählen, der bereit sei mitzumachen. Das ging natürlich nicht, es schien aber auch nicht nötig, da der Vorstand vorsichtig genug war, an dem Abend keinen Widerspruch mehr zu äußern. [...]

⁴¹) Siehe ergänzend weiter unten.

⁴²⁾ Nachlaß Bredt.

⁴³⁾ Bei den Wahlen zur Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung am 20. Juni 1920 gewann die Wirtschaftliche Vereinigung 8 Mandate.

⁴⁴) Versammlung des Haus- u. Grundbesitzer-Vereins Düsseldorf e. V. am 5. 1. 1921.

⁴⁵⁾ Dr. Otto Stein (1870—1940), 1921—1933 Vorsitzender des Düsseldorfer Haus- u. Grundbesitzer-Vereins, 1924—1933 Stadtverordneter des Wirtschaftsbundes in Düsseldorf, stellv. Fraktionsführer, s. 1930 Mitglied des Preuß. Staatsrates. Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 28 v. 9. 7. 1930.

⁴⁶) Versammlung des Haus- u. Grundbesitzervereins zu Essen e. V. am 6. 1. 1921.

Es kam zur Gründung einer Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftspartei, die am 20. Januar beschloß, bei den Wahlen selbständig aufzutreten. Die Partei bestand aber im wesentlichen nur aus den Düsseldorfern, und die anderen Städte hatten kaum Vertreter entsandt. Am 21. [Januar] faßten die Essener auf Veranlassung ihres Vorstandes den Beschluß, sich nicht zu beteiligen. Und am 26. [Januar] wurden in einer großen Versammlung die Düsseldorfer von den Essenern, Wuppertalern, Remscheidern majorisiert, so daß die Rheinisch-Westfälische Wirtschaftspartei einstweilen still vom Schauplatz verschwand. Erst 1928 kam der große Aufschwung der Partei in diesem meinem heimatlichen Wahlkreise. 47) [...]

Am 10. Januar war ich wieder in Berlin. Es war eine große Delegiertenversammlung des Berliner Bundes der Haus- und Grundbesitzer im Gasthaus König von Portugal, die zu den Wahlen Stellung nehmen sollte. (48) Ich hielt eine großangelegte Rede, in der ich ein selbständiges Vorgehen empfahl. Der Beifall war auch hier gewaltig, und man kann wohl sagen, daß an diesem Abend der wirkliche Grundstein zur Partei gelegt wurde. Wer sich jetzt auch gewaltig für die neue Partei einsetzte, war Georg Haberland (49), der Gründer des Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz; er zog sich leider nach einem Mißerfolg als Landtagskandidat in Ostpreußen von der Partei wieder zurück. [...]

Nun hatte ich damals keineswegs vor, auch selbst zu kandidieren. Ich war im Krieg so lange von Marburg abwesend gewesen, daß ich nunmehr in Ruhe im eigenen Haus wohnen und wissenschaftlich arbeiten wollte. Bei der ersten Zusammenkunft am 3. Januar hatte ich daher eine Kandidatur bestimmt abgelehnt. Am 11. Januar aßen wir in kleinem Kreise abends in der "Deutschen Gesellschaft von 1914", und ich hatte jene halbe Flasche Sekt im Leibe, von der Bismarck sagt, daß sie dem Deutschen vor wichtigen Entscheidungen vonnöten sei. Als mir nun nach dem Essen sehr ernst zugeredet wurde, selbst zu kandidieren, sagte ich plötzlich in meiner guten Stimmung: "Also gut, setzt mich auf die Liste." [...]

Ich ging also am folgenden Tag in das Parteibüro "Am Zirkus 12 a", nahe meiner alten Kaserne. Der erste Eindruck war nicht überwältigend. Es saßen da ein paar Leute am Tisch und schrieben, aber sie machten auf mich einen sehr mäßigen Eindruck; sie traten später wieder ins Dunkel zurück. [...] Dann erschien ein etwas unscheinbarer Mann, den wiederum ich kaum beachtete, der mir dann aber als Herr *Drewitz* bezeichnet wurde. [...]

In Berlin ging von da an alles seinen Gang. Am [13.] Januar erschien ein Aufruf⁵⁰) in der *Hausbesitzer-Zeitung*, der zur Aufstellung eigener Kandidaten zusammen mit der Wirtschaftspartei aufforderte. Es gab zwar auch Gegner, vor allen die deutschnationalen Hausbesitzer, aber eine neue Versammlung am 20. Januar bestätigte noch einmal die alten Beschlüsse mit überwältigender Mehrheit.⁵¹)

⁴⁷) Siehe S. 189.

⁴⁸⁾ Siehe S. 345 Nr. 35; Das Grundeigentum (Berlin) Nr. 4 v. 23. 1. 1921 S. 61.

⁴⁹) (1861—), Kommerzienrat, Dir. d. Berlinischen Boden-Gesellschaft in Berlin.

⁵⁰⁾ Siehe S 345

⁵¹) Vgl. den erneuten Aufruf in der Deutschen Hausbesitzer-Zeitung Nr. 5 v. 30. 1. 1921 S. 14.

Ich konnte von Marburg nicht allzulange fortbleiben wegen der Vorlesungen, die nicht immer ausfallen konnten. Daher nahm ich für meine Person besonders die Provinz Hessen-Nassau in Angriff. Hier fand ich den Boden auf merkwürdige Art vorbereitet. Zunächst wurde mir von allen Seiten versichert, man wisse ja, daß ich eine neue Partei gründete -, es war jene Legende vom Kommunallandtag! Sodann aber klebte seit einiger Zeit am Pilgrimmstein an der Rückseite der Alten Post ein Schild "Wirtschaftsbund Hessen-Nassau". Die Hausbesitzer erzählten mir, der zur Zeit hier beschäftigte Staatsanwalt Dr. Rhode⁵²), ein geborener Marburger, habe diesen Bund begründet, der im wesentlichen die Ziele der Wirtschaftspartei verfolgte. Rhode war aber gerade nach Breslau versetzt worden und hatte dort sofort die Gründung der Wirtschaftspartei energisch in Angriff genommen. In Marburg wurde nunmehr der Vorsitzende der Hausbesitzer, Carl Wernhard Schneider⁵³), mit der Propaganda betraut, und zwar mit gutem Erfolg. Ich versuchte dann weiter, die Hausbesitzer der ganzen Provinz zu gewinnen und berief sie auf den 16. Januar nach Gießen, dem besten Eisenbahnpunkt. Es gab aber einen Fehlschlag, weil die Kasseler bei den Deutschnationalen, die Fuldaer beim Zentrum, andere bei der Volkspartei bleiben wollten.

 $[\,\dots]^{54})$

Auch anderswo wurde energisch gearbeitet. Die eigentliche Wirtschaftspartei gab es nur in Berlin und seinen Vororten. Sie bestand dort aus Gewerbetreibenden und Handwerkern. In der Provinz Brandenburg war sie auch schon in einigen Orten vertreten. Im übrigen Preußen gab es nur wenige Ortsgruppen wie z. B. Görlitz. In allen anderen Städten stützte sich die Bewegung nur auf die Hausbesitzer. In Schlesien ging Dr. Rhode sehr tatkräftig vor, sogar derart tatkräftig, daß er sich als Staatsanwalt in Schwierigkeiten brachte und als Rechtsanwalt nach Frankfurt am Main übersiedelte. In Pommern nahmen sich die Führer des Hausbesitzes sehr energisch unserer Sache an. In Ostpreußen entfaltete Herr Haberland als Kandidat eine sehr rührige, aber wenig erfolgreiche Agitation. Im übrigen Preußen fanden wir anfänglich wenig Boden. Dagegen wurde bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin ein guter Anfang gemacht. 55)

Es war alles in allem ein Wunder, daß wir beim ersten Anlauf überhaupt etwas

⁵²⁾ Dr. jur. Werner Rhode (1884—1951) vertrat die Wirtschaftspartei s. 1924 im preuß. Landtag und für kurze Zeit in der 5. Legislaturperiode im Reichstag. Am 11. 1. 1921 berichtet R. aus Breslau, daß sich durch sein Einwirken der Haus- u. Grundbesitzer-Verein entschlossen habe, für die Landtagswahl eigene Listen im Anschluß an die Wirtschaftspartei aufzustellen. Nach Angaben der Handbücher wurde R. in Hagen geboren. Nachlaß Bredt.

⁵³⁾ Inhaber der Fa. Carl Schneider (Reisebüro).

⁵⁴⁾ B. sprach auf Wahlversammlungen am 22. Januar in Fulda, am 29. Januar in Wiesbaden und einen Tag später in Frankfurt, "aber hier nicht vor den Hausbesitzern, sondern vor einer bereits bestehenden "Mittelstands-Vereinigung", die geschlossen zu uns übertrat". In Bochum hatte Bredt auf einer Versammlung am 6. Februar großen Erfolg. "Der Vorsitzende des Bochumer Vereins, Herr Kraft, machte entschieden Propaganda für uns, und die Dortmunder [Hausbesitzer] stimmten ihm zu." Die bereits eingereichte Liste wurde jedoch wieder zurückgezogen. Kraft kandidierte auf dem Landeswahlvorschlag (Nr. 8).

⁵⁵⁾ Am 13. 1. 1920 erhielt die gemeinsame Liste von Dorfbund und Mittelstandsvereinigung bei 24188 Stimmen 5 Sitze; Schulthess 1920/I S. 149 f.

erreichten. Es gab damals noch keinen amtlichen Stimmzettel, vielmehr mußten die Parteien ihre Zettel vor den Wahllokalen verteilen lassen. Wo sollten wir nun allenthalben die Stimmzettel-Verteiler hernehmen? Wir hatten die gesamten bürgerlichen Parteien gegen uns. Es war stellenweise schwer, überhaupt einen Drucker für die Zettel zu finden; es war noch schwerer, wirklich zuverlässige Verteiler zu bekommen. In dem kleinen Marburg brauchten wir über 25 000 Stimmzettel, weil ständig Vertreter der bürgerlichen Parteien unseren Verteilern die Zettel aus der Hand rissen und in die Gosse warfen. Unaufhörlich mußten neue Zettel nachgeschoben werden und eine ständige Kontrolle war nötig. Dasselbe geschah in Berlin, in Frankfurt und allenthalben. Wäre damals der amtliche Stimmzettel schon gewesen, hätten wir einen ganz anderen Erfolg erzielen können.

Man muß auch bedenken, daß sich unsere Agitation naturgemäß nur auf gewisse Städte, nicht aber auf die ganzen Wahlkreise erstrecken konnte. Wo sollten wir beispielsweise in den zahllosen kleinen Städtchen und vollends den unendlich vielen Dörfern des Hessenlandes die Stimmzettel-Verteiler hernehmen und woher auch die Zettel selbst? In der ganzen Provinz Hessen-Nassau wurden Stimmzettel verteilt überhaupt nur in Frankfurt, Wiesbaden, Hanau, Marburg und stellenweise in Fulda. Nicht einmal in Kassel war es möglich gewesen, Boden zu fassen. Dies muß man bedenken, um die ersten Ergebnisse würdigen zu können.

Wie die Wahl bezahlt worden ist, kann ich nicht berichten, denn ich weiß es selbst nicht. Es fanden sich allenthalben Freunde⁵⁶) der Sache, die dasjenige zusammenlegten, was unbedingt notwendig war, insbesondere für die Stimmzettel. Ein Anschlag von großen Plakaten kam gar nicht in Frage, nicht einmal Inserate waren möglich, weil kein Geld dafür da war und weil die Zeitungen sie auch gar nicht aufnahmen. Jedenfalls ist die Wahlschlacht geschlagen worden mit dem denkbar geringsten Aufwand an Geldmitteln.

Die Gesamtzahl von 192780 Stimmen hätte an sich für fünf Mandate gereicht, aber es setzte jetzt die Sperrbestimmung⁵⁷) ein, und wir bekamen nur vier. Eigentlich war nur Holzamer⁵⁸) in Berlin durchgegangen mit mehr als 40000 Stimmen. Da aber Berlin im Verbande mit den Vororten (Potsdam II) wählte, ging mit den Reststimmen von Holzamer auch Drewitz durch. Danach konnten mit den gesamten Reststimmen auf der Landesliste wieder zwei Abgeordnete durchkommen; dies waren die an erster Stelle stehenden Bredt und Holzamer. Letzterer nahm verabredungsgemäß auf der Landesliste an und ließ im Wahlkreise Ladendorff nachrücken. Das war das vielbesprochene "vierblättrige Kleeblatt", das alsbald auch auf dem Parteiabzeichen erschien.

⁵⁶) Aus den Organisationen des Haus- und Grundbesitzes.

⁵⁷) Siehe S. 163.

⁵⁸) Franz Holzamer (1872—1945), Tapezierobermeister und Innenarchitekt, Berlin, 1921—1924 Mitglied des preuß. Landtages, MdR 1924—1930.

Drittes Kapitel

Wirtschaftspartei

(1921—1929)

Wirtschaftspartei

Der erste Anlauf war gelungen, wenn auch in bescheidenem Umfange. Wenn aber aus dem Ganzen etwas werden sollte, dann mußten die zusammengerafften Wähler verschmolzen werden zu einer wirklichen Partei. Das war die Aufgabe, die jetzt an mich persönlich herantrat. *Drewitz* nahm mit seiner großen Energie den weiteren Ausbau der inneren Parteiorganisation in Angriff; darum brauchte ich mich nie zu bekümmern. Dafür nahm ich jetzt den Ausbau des äußeren Parteiprogramms in Arbeit.¹)

Die alten Parteien waren aus dem Zusammenbruch im ganzen unversehrt herausgekommen. Allerdings hießen die Konservativen jetzt Deutschnationale, die Nationalliberalen Deutsche Volkspartei, die Freisinnigen hießen Demokraten. Zentrum und Sozialdemokraten hatten nicht einmal den Namen geändert. Unsere Partei unterschied sich von allen insofern, als sie eine ausgesprochen ständische Partei war. Sie sollte den deutschen Mittelstand²) zu einem selbständigen politischen Faktor machen.

Jedes Parteiprogramm hat nur relativen Wert, der in der Zeit liegt. Ist das Parteiprogramm nicht aus der Zeit heraus geboren, dann hat es keinen Sinn und keine Zukunft. In Deutschland brauchte man sich 1920 nur umzusehen, um unser Parteiprogramm zu verstehen. Von einem planmäßigen Sozialismus war gar keine Rede, um so mehr von einer Ausbeutung des Staates für egoistische Zwecke. Für sogenannte soziale Zwecke wurden ständig neue Ausgaben bewilligt, ohne zu fragen, woher die Gelder kommen sollten. Und der Ausfall im Budget wurde gedeckt durch die Notenpresse. Durch die steigende Masse der Umlaufsmittel wurde die Mark immer mehr entwertet und das Nationalvermögen zerstört. Die Inflation war die roheste Besteuerung, weil sie nicht das Einkommen, sondern das Sparvermögen erfaßte. Diesem Treiben mußte Halt geboten werden, wenn Deutschland wieder hochkommen wollte. Dem Rasen der Notenpresse mußte ein Ziel gesetzt werden durch Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen. Wenn keine neuen Noten mehr gedruckt wurden, war die Währung stabilisiert. Zuerst mußte die Staatswirtschaft in Ordnung gebracht werden, dann konnte man an alles andere herangehen. Hierauf stellte sich daher die Politik unserer Partei in erster Linie ein.

Ein großer Ansatzpunkt war die Beamtenschaft. Unaufhörlich wurden neue Beamtenstellen geschaffen und mit unfähigen Parteigenossen besetzt. Die Gehälter erforderten immer neue Leistungen der Notenpresse, außerdem aber auch neue Steuern, die nur von den Hausbesitzern und Gewerbetreibenden zu tragen waren.³) In dem Maße, wie die Beamtenschaft quantitativ anwuchs, ging sie qualitativ herunter. Wir forderten demgegenüber die grundsätzliche Verwendung von Berufsbeamten, deren es genügend gab. Wir forderten sogar

¹⁾ Der geschäftsführende Vorstand der Wirtschaftspartei (*Drewitz, Borrmann*) bat am 22. 3. 1921 von *Bredt* für den Parteitag in Breslau am 25. 4. 1921 "ein Referat über die nationalen und kulturellen Ziele" der Partei. Nachlaß Bredt; siehe auch S. 174.

²) Siehe Einleitung S. 28 ff.

³⁾ Siehe auch S. 160.

Fachminister für die einzelnen Ressorts.⁴) Unter dem parlamentarischen Regimente konnten die Parteien immerhin den Gang der Politik angeben; in den ausführenden Stellen durfte es nur Berufsbeamte geben, die ihr Fach verstanden. Auch das haben wir stets mit allem Nachdruck verlangt.⁵)

Auf kulturellem Gebiete fand ich vollen Beifall in der Partei, als ich den christlichen und konfessionellen Gedanken in den Vordergrund stellte, und zwar auf paritätischer Grundlage. Wir konnten keine evangelische Partei sein, mußten vielmehr Evangelische und Katholiken völlig gleichstellen bei der Verteidigung des Christentums in Kirche⁶), Schule⁷) und Familie. Der große Aufschwung unserer Partei vollzog sich erst in der Zeit, als dies voll und ganz erkannt wurde. Wir hatten später mindestens ein Drittel katholischer Wähler in der Partei.⁸) Auch in meinem Wahlkreis Düsseldorf-Barmen war diese Haltung von entscheidender Bedeutung für die zunehmende Stimmenzahl. Von einer Partei ohne Christentum wollte der Mittelstand nichts wissen.

An die Frage der auswärtigen Politik kamen wir erst heran, als wir 1924 in den Reichstag einzogen. Stresemann war schon Außenminister, und ich habe entschlossen seine Politik unterstützt. Es war mir sofort klar, daß wir nach dem verlorenen Krieg mit bloßen Protestreden, wie sie von den Deutschnationalen zu hören waren, nichts ausrichten konnten. Zuerst mußte mit allen Mitteln die Räumung des Rheinlandes erreicht werden, damit die Feinde kein Pfand mehr in der Hand hatten. Dann mußte die Wiedergewinnung des Saargebietes kommen, die Stresemann vorzeitig erreichen wollte. Dann mußten entschlossene Schritte unternommen werden, um die Reparationslasten abzustoßen. War auch das gelungen, dann konnte man daran denken, eine neue Armee zu schaffen und die alte Machtstellung Deutschlands zurückzugewinnen. In Einzelheiten war ich zuweilen anderer Ansicht als Stresemann, was er mir sehr verübelte. Ich bin auch nie sein persönlicher Freund gewesen, habe aber immer seine Leistungen und Fähigkeiten anerkannt.9)

Zu der Frage der Staatsform konnten wir einstweilen keine Stellung nehmen; wir mußten uns einstweilen abfinden mit der Republik. Ich habe oft gesagt, wir könnten unter der Republik nur das eine Streben haben, wenigstens eine anständige und geordnete Republik zu haben. 10) Es fragte mich aber 1921 einmal ein Marburger Kollege, was ich denn nun eigentlich in letzter Linie bezweckte, was ich unternehmen würde, wenn mir einmal die Macht in den Schoß fiele. Ich erwiderte: "Das letzte Ziel bleibt für mich immer die Wiedereinsetzung der Hohenzollern!" Mein Kollege erwiderte: "Immerhin ein Programm!"11)

⁴⁾ Siehe S. 172.

⁵⁾ Siehe besonders S. 361.

⁶) Siehe S. 172.

⁷⁾ Siehe S. 345 f.

⁸⁾ Siehe S. 35.

⁹⁾ Siehe S. 185 f.

¹⁰⁾ Vgl. dazu die programmatischen Ausführungen Bredts auf dem Parteitag in Görlitz 1926: Der Mittelstand (Köln) Nr. 33 v. 21. 8. 1926, welche die Abgrenzung gegen die Sozialdemokratie und die ambivalente Haltung zur Flaggenfrage (siehe weiter unten) erhellen.

¹¹⁾ Siehe S. 181, 207, 289.

Es war selbstverständlich, daß wir nur eine Rechtspartei sein konnten. Wir haben dies immer betont und auch unsere Plätze im Parlament immer auf der rechten Seite des Hauses gehabt. Es waren räumlich die alten Plätze der Freikonservativen. Immer haben wir auch zu den Farben schwarz-weiß-rot gehalten. Wir konnten uns aber nicht einfach zu einem Anhängsel der Deutschnationalen gestalten. Wir mußten bündnisfähig bleiben zum mindesten mit dem Zentrum und der Volkspartei. Mit den Linksparteien, insbesondere den Sozialdemokraten, konnten wir keine Koalition eingehen; das haben wir mehrfach in grundsätzlichen Beschlüssen festgelegt. 12)

Was immer mir vorschwebte war eine große Rechtsregierung, von den Deutschnationalen bis zum Zentrum. Ich hoffte, daß die Deutschnationalen schließlich doch vernünftig sein würden, die Verantwortung mit zu übernehmen, um in Deutschland wieder geordnete Zustände herzustellen. Von einer bloßen Opposition um der Opposition willen habe ich meine Partei immer ferngehalten. Es schien mir auch nicht ausgeschlossen, daß meine Partei einmal zahlenmäßig in die ausschlaggebende Stellung hineinkommen könnte.¹³)

Das alles habe ich des öfteren auf Parteitagen dargelegt und immer volle Zustimmung gefunden. Ich habe es auch in großen Parlamentsreden bei grundsätzlichen Aussprachen betont. Um die Angelegenheiten des Mittelstandes selbst habe ich mich sehr wenig gekümmert, weil ich sie in guten Händen wußte. Die Interessen der Gewerbetreibenden und Handwerker vertrat Drewitz mit seinen engeren Freunden. Die Fragen des Hausbesitzes fanden in Ladendorff einen erstklassigen Bearbeiter. Ich habe diese beiden immer unterstützt bei ihren Arbeiten und Bestrebungen. Dafür war ich auch dankbar, daß mir die Partei in den Fragen der großen Politik, insbesondere der Kulturpolitik, niemals Schwierigkeiten bereitete.

Am 10. März 1921 zogen Ladendorff, Holzamer und ich von der Leipziger Straße her in den [preußischen] Landtag ein. Wir hatten uns vorher in einer Konditorei getroffen. Drewitz hatte sich wie gewöhnlich verspätet. Meine Begrüßung bei dem noch vorhandenen Personal des Landtages war überaus herzlich. [...] Um so frostiger war die Begrüßung bei den alten Abgeordneten der bürgerlichen Parteien. Sowohl die Deutschnationalen wie die Volkspartei (Kardorff)¹⁵) hatten uns aufgefordert, uns ihnen anzuschließen. Da wir hieran aber nicht dachten, wurde uns mit offener Ablehnung begegnet. ¹⁶) Wir bekamen Plätze ganz hinten

¹²⁾ Siehe S. 360 .

¹³⁾ Siehe Einleitung S. 44 f.

¹⁴) Siehe S. 188, 272, 273.

¹⁵) Die Haltung der DNVP zum Kapp-Putsch und der allgemeine Oppositionskurs der Partei veranlaßte eine Gruppe ehemaliger Freikonservativer, an der Spitze Siegfried v. Kardorff, Otto v. Dewitz und Otto Arendt, zum Übertritt zur DVP; vgl. Liebe S. 59. Am 23. Februar telegrafierte v. Kardorff an B.: "möchte die [=sie] wegen anschlusses ihrer freunde an uns sprechen, wann könnten sie kommen." Nachlaß Bredt.

¹⁶) Bredt bemühte sich um ein Zusammengehen mit der Deutsch-Hannoverschen Partei; am 1. 3. 1921 teilte der Generalsekretär der DHP auf einen Brief vom 24. 2. 1921 an v. Wangenheim mit: "Ihre Gedanken sind äußerst verführerisch. Leider aber liegen die Dinge nicht einfach. Wir haben mit dem Zentrum zusammen 11 Mandate errungen, 3 von diesen sind reine Zentrumsleute, 8 sind Deutsch-Hannoveraner (nicht Welfen). Es schweben nun noch Er-

bei der Deutschen Volkspartei, saßen also in gewisser Beziehung richtig. Es gelang mir aber nur mit großer Mühe, im Restaurant einen kleinen Tisch für uns zu erobern.

Zuerst kam die Wahl des Präsidenten, die auf den Sozialdemokraten Leinert¹⁷) fiel. Mit ihm machten wir nur gute Erfahrungen; er benahm sich unserer kleinen Partei gegenüber immer objektiv und entgegenkommend. Nach einigen kleineren Beratungen wurde der Landtag auf den 7. April vertagt.

In der neuen Sitzung folgte [am 9. April] die Wahl des Ministerpräsidenten, die auf Stegerwald¹⁸) fiel. Wir gaben hier unseren grundsätzlichen Standpunkt kund, indem wir Zettel abgaben mit "Fachminister". Es sind die vier ungültigen Zettel, von denen im Protokoll zu lesen steht.¹⁹) Im übrigen war für uns wenig zu tun, da wir in die Ausschüsse nicht hineinkamen.

Am 18. April kam zur Beratung ein Antrag betreffend die Kirchenverfassungen in den neuen Provinzen.²⁰) Das war ein Thema, das ich beherrschte, weil ich an meinem Kirchenrecht²¹) arbeitete. Es war aber von den bürgerlichen Parteien verabredet worden, den Antrag ohne Debatte zu erledigen, selbst wenn die Sozialdemokraten reden sollten. Nun redete von den Sozialdemokraten Frau Studienrätin Wegscheider²²), natürlich gegen die evangelischen Kirchen, obwohl sie Tochter eines Superintendenten war. Da meldete ich mich kurz entschlossen zu Worte. Leinert stutzte einen Augenblick, dann gab er mir das Wort.²³) Ich redete kräftige Worte zugunsten der evangelischen Kirchen und fand bei den Deutschnationalen ein gutes Gehör. Unter "Sehr richtig! und Bravo! rechts" trat ich ab. Meine drei Parteifreunde hatten mit maßlosem Staunen mein Beginnen mitangesehen, waren aber sehr zufrieden, als ein offensichtlicher Erfolg errungen wurde.

wägungen, ob diese 8 dem Zentrum als Hospitanten beitreten werden oder nicht. Eine Entscheidung wird am Montag, den 7. 3. 21 fallen." Der Brief v. 24. 2. 1921 und eine abschließende Korrespondenz fehlen im Nachlaß. Die Akten der DHP, soweit sie im Niedersächsischen Staatsarchiv vorhanden sind, enthalten keinerlei Hinweise auf Verbindungen mit der Wirtschaftspartei. Frdl. Auskunft von Herrn Staatsarchivdir. Dr. C. Haase (Hannover) v. 6. 11. 1967. Von den 8 Abgeordneten der DHP traten schließlich noch die Abgeordneten Georg von Dannenberg, Wilhelm Mohrbotter, Georg Rump, Walrab Frhr. v. Wangenheim und Johann Wienholtz als Gast der Zentrumsfraktion bei.

- 17) Robert Leinert (1873-1937), 1921-1924 Präs. d. preuß. Landtages.
- ¹⁸) Adam Stegerwald (1874—1945), April—November 1921 preuß. Ministerpräsident; MdR (Ztr.) 1919—1933. 1903—1929 Leiter des Gesamtvorstandes der christl. Gewerkschaften, 1919—1929 zugleich Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes; April 1929 bis April 1930 Reichsverkehrsminister, bis Mai 1932 Reichsarbeitsminister.
- 19) Sitzungsberichte 1921/24 Bd. 1 Sp. 160.
- ²⁰) Ebd. Sp. 427 ff. (Gesetzentwurf über die Neuregelung der evangelischen Landeskirchen der neuen Provinzen Preußens).
- ²¹) Siehe S. 153.
- ²²) Hildegard Wegscheider geb. Ziegler (1871—1953) promovierte als erste Frau in Preußen (Halle); 1919—1933 MdL; vgl. H. Wegscheider, Weite Welt im engen Spiegel. Erinnerungen. Berlin 1953. Sitzungsberichte 1921/24 Bd. 1 Sp. 428.
- ²³) Ebd. Sp. 427, 428 ff. Bereits am 7. April hatte Bredt in der Frage der Neuordnung der evang. Landeskirchen in die Debatte eingreifen können und A. Hoffmann scharf attackiert.

Am 20. April ergriff ich wiederum das Wort²⁴), und zwar mehrmals zu der Frage der Preußischen Provinzialvertreter beim Reichsrat. Ich legte dar, daß die ganze Einrichtung nur dann einen Sinn habe, wenn der einzelne Provinzialvertreter auch seinem Provinzialausschuß verantwortlich sei und abberufen werden könne. Bei dieser Gelegenheit kam ich in eine Debatte mit meinem alten Freunde Preuß²⁵), der etwas weltfremde Ideen entwickelte. Meine Anregung wurde auch beachtet und später im Ausschusse eingehend erörtert.

Am 1. Juni redete ich länger zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes²⁶); am 7. Juli noch einmal zu diesem Thema.²⁷) Am 7. Juni meldete ich mich zu Worte bei der großen Etatberatung und nach kurzem Zögern entschied *Leinert* dahin, daß unsere Partei in die allgemeine Rednergarnitur mit aufgenommen werden solle. Dies war für mich ein Anlaß, mich in meiner Rede hierfür zu bedanken und überhaupt in der Form sehr maßvoll zu bleiben. Es wäre völlig falsch gewesen, wenn wir als lärmende Opposition aufgetreten wären.²⁸)

Am 1. Oktober kam mein großer Tag.²⁹) Es handelte sich um die Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften. Ich trat dabei dem Sozialdemokraten $K\ddot{o}nig^{30}$) entgegen und hatte großen Beifall. $K\ddot{o}nig$ hatte unter anderm getadelt, daß jetzt in den Kirchen stellenweise nicht mehr gebetet werde für die Regierung. Da verzeichnet nun das Stenogramm aus meiner Rede:

"Herr König sprach gestern davon, früher hätte die Kirche immer für den Staat und die Staatsregierung gebetet, und das fände heute nicht mehr oder nur wenig statt. (Zuruf rechts [Generalsuperintendent Reinhard³¹]: Immer noch!)

— Ja, ja, immer noch, aber es wurde getadelt, daß es nicht mit der richtigen Wärme geschehe.

(Große Heiterkeit).

Es kommt ganz darauf an, was für ein Gebet das sein soll: ein Bittgebet oder ein Dankgebet.

(Große Heiterkeit).

Wenn Sie wünschen, daß die Kirche . . .

(Abgeordneter König (Swinemünde): Wir wollen gar keins!) — Doch, Sie haben es ja getadelt; Sie haben gesagt, früher wäre es geschehen, warum geschieht es jetzt nicht? Ich wollte nur sagen: die Kirche ist gern bereit, auch jeden Sonntag ein öffentliches Gebet um Erleuchtung der Staatsregierung in allen ihren Teilen zu sprechen. (Große Heiterkeit)."

Am Schlusse verzeichnet das Stenogramm: "Lebhafter Beifall rechts". Er kam von den Deutschnationalen, aber auch die Volkspartei war daran beteiligt.

Mit dieser Rede war meine Stellung im Landtage gemacht, gleichzeitig aber auch die Stellung meiner Partei. Ich kam von da an immer zu Wort, wann ich wollte

²⁴) Ebd. Sp. 515 f.

²⁵⁾ Ebd. Sp. 520, 522 f.

²⁶) Ebd. Sp. 1349 ff.

²⁷) Ebd. Bd. 2 Sp. 2343 ff.

²⁸) Ebd. Bd. 2 Sp. 1605 ff.

²⁹) Ebd. Bd. 3 Sp. 3204 ff.

³⁰) Christoph König (1882—), MdL s. 1919. Ebd. Sp. 3171—3176.

³¹) D. theol. Wilhelm Reinhard (1860-), MdL 1921-1925.

und hatte immer das Ohr des Hauses. Ich bewog jetzt auch *Drewitz*, einmal das Wort zu nehmen; er war stark beklommen, als er das erste Mal hinaufstieg. Auch *Ladendorff* und *Holzamer* redeten, und unsere Partei war in jeder Beziehung eingeführt in das politische Leben.³²)

Drei Jahre blieb ich so im Landtage und fühlte mich dort sehr glücklich. Allmählich gewann ich auch bei den anderen Parteien eine persönlich gute Stellung und konnte mit ihnen in Verhandlung treten. Da wir noch keine Sitze in den Ausschüssen hatten, war wenig zu tun. Ich saß daher die ganzen Abende hindurch in der Bibliothek an meinen wissenschaftlichen Arbeiten. Auch in der schlimmsten Inflationszeit brauchten wir im Hause wenigstens keinen Hunger zu leiden; eine Geselligkeit konnte noch nicht aufkommen.

Am 11. April [1921] starb die Kaiserin Auguste Victoria in Doorn. Ihre Beisetzung [am 19. April] im Antikentempel in Potsdam erfolgte unter ungeheurer Beteiligung des Publikums. Ich hatte mir noch einmal volle Friedensuniform mit Goldstickerei angelegt, dazu Helm mit weißem Haarbusch. [...]

Am [24. und] 25. April 1921 war der erste Parteitag in Breslau, der noch sehr dürftig war und nach außen keinen Eindruck machte.³⁴) Für mich hatte er nur die Bedeutung, daß ich das erste Kulturprogramm der Partei entwickeln und zur Annahme bringen konnte. Am 9. Juli 1922 fand im Hotel Hohenzollern zu Weimar eine Zusammenkunft statt mit Vertretern anderer Mittelstandsgruppen, mit denen wir uns zusammenschlossen.³⁵) Es war in erster Linie die Mittelstands-Vereinigung³⁶) von Köln, die nunmehr zu uns übertrat und den Grundstock bildete für den Wahlkreis Köln. Außerdem wurde bei dieser Gelegenheit das Bündnis geschlossen mit dem Bayerischen Bauernbund³⁷), der durch den urwüchsigen alten Eisenberger³⁸) vertreten wurde. Der Bayerische Bauernbund blieb selbständig, aber wir verabredeten ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen. Die Weimarer Zusammenkunft brachte unsere Partei ein gut Stück weiter, weil wir durch die Zusammenschlüsse an vielen Orten plötzlich Boden hatten. Am 5. November 1922 fanden in Sachsen Landtagswahlen statt, die aber

³²⁾ Drewitz sprach am 3. Mai zur Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch, Butterfett und Zucker, Holzamer am 6. Mai zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit und Ladendorff am 9. Mai zu einem Antrag über die Wohnungsnot. Ebd. Bd. 1 Sp. 813—815; 968—971; 1082 bis 1086.

³³⁾ Unterlagen im Nachlaß Bredt nicht überliefert.

³⁴) Deutsche Hausbesitzer-Zeitung (Berlin-Spandau) Nr. 18 v. 5. 5. 1921 S. 74.

³⁵⁾ Der Mittelstand (Köln) Nr. 25 v. 16. 7. 1922: "Ein großer Tag des Mittelstandes. Herstellung der Einheitsfront des deutschen Mittelstandes."

³⁶⁾ Von der ursprünglich dem Zentrum nahestehenden parteipolitisch neutralen Mittelstandsorganisation "Christlicher Mittelstand" splitterte ein starker Flügel um den katholischen Hausbesitzerführer Dr. Franz Jörissen zur Wirtschaftspartei ab.

³⁷) Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund entstand 1893 im südlichen Bayern aus der Opposition bäuerlicher Zentrumskreise gegen die Handelspolitik Caprivis. Vgl. Saß S. 41; siehe auch Anm. 52. — Nach der offiziellen Parteigeschichte schloß sich der Bay. Mittelstandsbund bereits am 5. 12. 1921 der Wirtschaftspartei an; Jahrbuch 1929 S. 23.

³⁸⁾ Georg Eisenberger (1863—1945). MdR (BBB) 1919—1932. Die im Herbst 1932 abgeschlossenen Erinnerungsblätter "Mein Leben für die Bauern. Erinnerungen eines Bauernführers" (Bundesarchiv, NS 526/Vorl. 950, hektogr.) enden 1919.

für uns ein Fiasko bedeuteten; denn wir bekamen im ganzen nur 5201 Stimmen.³⁹) Drewitz und ich hatten uns große Mühe gegeben, aber nichts erreicht. Denn der Boden in Sachsen war noch nicht genügend beackert. Am 19. [—21.] November 1922 war in Berlin ein neuer Parteitag, der schon ganz anders aussah und nach außen hin Eindruck machte. Ich hielt wieder das Hauptreferat und hatte großen Beifall mit meinen Ausführungen über Kulturpolitik und allgemeine Staatspolitik. Man kann wohl sagen, daß wir mit diesem Parteitage eine wirkliche Partei geworden waren.⁴⁰)

Am 4. Mai 1924 waren Reichstagswahlen, und hierzu nahmen wir einen großen Anlauf. Wir nahmen jetzt ganz Rheinland, Thüringen, Baden und die östlichen Provinzen in die Agitation hinein und stellten überall eigene Listen auf. Die Reichsliste aber ging unter dem Namen "Bayerischer Bauernbund", was uns gewisse Vorteile bieten konnte. Zunächst verfügte der Bauernbund über sichere Wahlkreismandate, so daß wir über die Sperrbestimmung⁴¹) im Reiche leichter hinwegkommen konnten. Die Vorsichtsmaßnahme erwies sich allerdings als überflüssig, da wir selbst genügend Wahlkreismandate bekamen. Weiter war der Bauernbund im Reichstage bereits vertreten, so daß die seiner Reichsliste angeschlossenen Wahlkreislisten nur 20 und keine 500 Unterschriften brauchten. Insgesamt bekamen wir mit den Bauern zusammen 684393 Stimmen. In Bayern⁴²) selbst bekamen wir 192766 Stimmen, so daß für uns 491627 Stimmen außerhalb Bayerns blieben. Da nun aber auch in Bayern mehrere tausend Anhänger unsere Partei mit gewählt hatten, ergab sich für uns eine Stimmenzahl von ziemlich genau einer halben Million.

Ich selbst bekam ein Mandat auf der Reichsliste, und es erregte in Marburg große Heiterkeit, als mich die Zeitungen unter den gewählten "Bayerischen Bauern" mit aufführten. Außerdem hatte ich kandidiert in Breslau, wo ich 15555, und in Liegnitz, wo ich 33466 Stimmen bekam. In Oppeln war mein Wahlvorschlag für ungültig erklärt worden, weil er angeblich 500 Unterschriften erfordern sollte, und diese in der kurzen Zeit nicht mehr zu beschaffen waren. Ich focht darauf die Wahl in Oppeln an und erzielte vor dem Wahlprüfungsgericht am 28. Juni 1924 ein obsiegendes Urteil; die Wahl in Oberschlesien wurde für ungültig erklärt. Am 21. September 1924 war die Nachwahl. Ich trat im Zuge nach Oppeln zum ersten Male in nähere Beziehungen zu dem jungen Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning. 43) Ich brauchte 11979 Stimmen, um im Wahlkreisverbande Schlesien durchzukommen, erhielt aber nur 9945, so daß also alles

³⁹) Schulthess 1922 S. 138.

⁴⁰) Jahrbuch 1929 S. 23, 144.

⁴¹) Nach § 43 des Reichswahlgesetzes wurden einem Reichswahlvorschlag höchstens die gleiche Zahl der Abgeordnetensitze zugeteilt, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen waren; für je 60 000 Stimmen wurde dem Kreiswahlvorschlag ein Mandat zugewiesen; Milatz S. 45.

⁴²) Gemeint sind die Wahlkreise 24 (Oberbayern-Schwaben) mit 98097, 25 (Niederbayern) mit 70879 und der Wahlkreis 26 (Franken) mit 23790 Stimmen.

⁴³) Heinrich Brüning (1885—1970), MdR (Ztr.) 1924 bis Nov. 1933; 31. 3. 1930—30. 5. 1932 Reichskanzler, siehe S. 222 ff.; vgl. Schulthess 1924 S. 49, 82.

beim alten verblieb. Unmittelbar darauf wurde der Reichstag aufgelöst⁴⁴), und die Neuwahlen ergaben ein ganz anderes Bild.

Besonders auffallend bei den Wahlen vom 4. Mai 1924 war das Ergebnis in Sachsen. Nach unserem ersten Mißerfolge hatten wir dort keinen Anlauf mehr unternommen. Es stellte sich aber in Chemnitz der Hausbesitzer-Führer Oberpostsekretär Lucke⁴⁵) selbständig auf und erzielte 72 826 Stimmen, die fast sämtlich von den Hausbesitzern kamen, darunter viele Arbeiter mit kleinem Anwesen. Lucke war der erste, der einen Wahlkreis allein eroberte, ohne Verbandsstimmen.⁴⁶) Durch ihn begann der große Aufstieg der Partei in Sachsen. Von unserer Partei waren diesmal durchgegangen: Bredt, Holzamer, Dunkel⁴⁷), Borrmann⁴⁸), Hetzel⁴⁹), Lucke, Strauß.⁵⁰) Von unserem Kleeblatt war Ladendorff mit voller Absicht im Landtag geblieben. Drewitz hatte sich nicht mit zum Reichstag aufstellen lassen, aus Gründen, die mir heute noch unklar sind. Holzamer und ich legten natürlich [unsere Mandate] im Landtage nieder, so daß Dr. Rhode und Mädel⁵¹) nachrücken konnten.

Es war nun die Frage, was wir im Reichstage unternahmen. Das nächstliegende war, daß wir zusammen mit den Bayerischen Bauern und den Hannoveranern eine Fraktion bildeten. Wir waren unser sieben, die Bauern vier, die Hannoveraner auch vier, also zusammen fünfzehn, gerade die zur Fraktionsbildung erforderliche Zahl.

Führer der Bauern war Professor Fehr⁵²) von der Brauerei-Hochschule Weihenstephan, früher kurze Zeit Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im [zweiten] Kabinett Wirth.⁵³) Da seine Haltung schwer zu übersehen war, schlug ich

^{44) 20.} Oktober 1924.

⁴⁵⁾ Ernst Lucke (1873—), MdR (WP) 1924—1932; s. 1923 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Chemnitz im Verbande der Sächs. Hausbesitzervereine.

⁴⁶) Stimmen mehrerer zu einem Wahlkreisverband verbundener Wahlkreise.

⁴⁷) Johannes Dunkel (1874—1942), MdR (WP) 1924—1932, Bäckermeister, s. 1922 Präs. d. Handwerkskammer Erfurt.

⁴⁸⁾ Fritz Borrmann (1869—1942), MdR (WP) 1924—1932; unterstützte die Gründung der Edeka, deren Geschäftsführung er 1921 übernahm. B. vertrat die WP bereits 1921/22 als Stadtverordneter in Berlin; 1923 kurze Zeit Mitglied des Reichswirtschaftsrats. 1924—1926 Mitgl. des Ausschusses für den Reichshaushalt, s. 1928 Aufsichtsratsmitglied des unter dem Einfluß der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse stehenden Scheuerkonzerns. Vgl. Deutsche Handels-Warte (Nürnberg) 1. Oktober-Heft 1929 S. 440—441 und die Sammlung: F. Borrmann, Sie oder wir (1929).

⁴⁹) Hans Johann Hetzel (1870—1949), MdR (WP) 1924—1930. Der s. 1912 in der Mittelstandsbewegung aktive H. setzte sich für die zunächst monatlich erscheinende Mittelstandszeitung (Nürnberg) ein, die ab 1924 als Nürnberger Bürgerzeitung täglich erschien; s. 1924 war H. Inhaber eines Fabrikationsgeschäftes in Nürnberg.

⁵⁰⁾ Otto Strauß (1870—1938), Gastwirt, MdR (WP) 1924—1930, s. 1906 Vors. d. Verbandes der Gast- u. Schankwirte für Berlin u. d. Provinz Brandenburg e. V.

⁵¹) Max Mädel, Fleischerobermeister, Berlin.

⁵²⁾ Anton Fehr (1881—1954), MdR (BBB/DBP) s. 1920, ab 2. Mai 1933 Hospitant der NSDAP; F. leitete vom 31. 3. 1922—14. 11. 1922 das Reichsernährungsministerium; vgl. A. Hundhammer, Geschichte des Bayerischen Bauernbundes, München 1924 S. 203.

Joseph Wirth (1879—1956), MdR (Ztr.) 1914—1933; Reichskanzler 10. 5. —22.10. 1921.
 26. 10. 1921—14. 11. 1922; 1930/31 Minister des Innern im Kabinett Brüning.

sofort vor, ihm den Fraktionsvorsitz anzubieten, um ihn auf diese Weise bestimmt zu gewinnen. Bei den Hannoveranern war Alpers⁵⁴) der Führer; ihn schlug ich vor zum stellvertretenden Vorsitzenden, um auch ihn zu gewinnen. Bei beiden Gruppen bestand immer noch die Gefahr eines Anschlusses an andere Parteien, wodurch uns die Möglichkeit einer Fraktionsbildung verloren gegangen wäre.

So kam es zur Gründung der Fraktion "Wirtschaftliche Vereinigung", die einen rein äußerlichen Zusammenschluß ohne weitere Bindung darstellte. Das Arbeiten in der Fraktion war unleidlich.⁵⁵)

Fehr und Alpers waren beide keine Redner und traten im Plenum selten auf; auch in den Kommissionen hielten sie sich zurück. Es schien daher auch nicht erwünscht, wenn ich mich in der Weise betätigte, wie ich es vom Landtage her gewohnt war. So wurde im stillen gegen mich gearbeitet. Ich hatte keine angenehme Stellung, auch nicht unter meinen eigenen Parteifreunden, und es herrschte eine gewisse schwüle Stimmung, die von einem Mißtrauen aller gegen alle geladen war. Die Tatsache, daß der Vorsitzende Fehr schon einmal Minister gewesen war, gab wohl der ganzen Fraktion nach außen hin ihr Gepräge und ließ kein gedeihliches Zusammenarbeiten aufkommen. Die Fraktion spielte in dieser Zeit eine ziemlich klägliche Rolle und bekam dies auch genügend zu hören. 56) Es lag an der Führung durch den Bayerischen Bauernbund.

Nach der Reichstagsauflösung [20. Oktober 1924] gingen wir noch einmal mit dem Bauernbund zusammen, aber die gemeinsame Reichsliste trug jetzt unseren Namen. Bei der Wahl am 7. Dezember 1924 erhielten wir zusammen 1005 746 Stimmen; davon entfielen auf die Bayern 296534, auf unsere Partei 694578 Stimmen; diesmal hatten auch die anderen sächsischen Wahlkreise sich gut beteiligt. Ich selbst wurde diesmal zu meiner großen Freude in meinem heimatlichen Regierungsbezirk Düsseldorf (mit Barmen!)⁵⁷) aufgestellt und erhielt 58034 Stimmen. Ich blieb also wieder ganz nahe der Grenze, erhielt aber wieder ein Mandat auf der Reichsliste.

Von unserer Partei kamen diesmal in den Reichstag: Bredt, Drewitz, Holzamer, Beier⁵⁸), Borrmann, Dunkel, Dr. Jörissen⁵⁹), Lucke, Mollath⁶⁰), Petzold⁶¹), Strauβ.

⁵⁴⁾ Ludwig Alpers (1866—1959), MdR (DHP) 1912—1930.

⁵⁵⁾ A. Fehr (Freising) schrieb am 9. 5. 1924 an Bredt: "Unser Wille und das Schicksal hat uns Dank der zufriedenstellenden Wahlerfolge für die kommende Reichstagsperiode zusammengeführt. Ich beglückwünsche Sie herzlich zur Wahl und begrüße Sie mit Freuden als Leidensgenosse in unserer jungen Gemeinschaft.

Es wird nötig sein, daß wir uns vor Zusammentritt des Reichstages im engen Kreise über die wichtigsten Fragen, vor allem Zusammenschluß mit anderen kleinen Fraktionen oder Anschluß an Parteien besprechen, um dann am Tag vor Reichstagsbeginn endgültige Beschlüsse zu fassen." Nachlaß Bredt, Auszug.

⁵⁶) Siehe Einleitung S. 29.

⁵⁷) In den verbundenen Wahlkreisen Düsseldorf Ost und West.

⁵⁸⁾ Oskar Beier (1875—1941), MdR (WP) 1924—1930, Glaserobermeister, Dresden-Bühlau.

⁵⁹⁾ Franz Jörissen (1868—1932), MdR (WP) 1924—1932, Syndikus des Verbandes rhein. Haus- u. Grundbesitzerverbände (Köln).

⁶⁰⁾ Jacob Ludwig Mollath (1888—1966), MdR (WP) 1924—1932, Kaufmann und Fabrikant in Berlin, s. 1924 Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Wirtschaftspartei.

⁶¹) Artur Petzold (1872—), MdR (WP) 1924—1932, Drogeriebesitzer in Berlin-Charlottenburg; s. 9. 5. 1932 Mitgl. der Zentrumsfraktion.

Das Arbeiten in der Fraktion war jetzt noch unleidlicher als vorher, weil Fehr und Drewitz sich gegen mich verbündeten. Alpers⁶²) wurde jetzt dritter Vorsitzender, Drewitz zweiter. Drewitz hatte offensichtlich das Bestreben, den Vorsprung wieder einzuholen, der ihm in der vorigen Wahl verloren gegangen war. Außerdem hatte ich ihm einmal offenherzig einige Ratschläge in Bezug auf seine Person gegeben, was er sehr übelgenommen hatte.

Ich entzweite mich eine Zeitlang völlig mit ihm und zog mich von der Fraktion ganz zurück. Fehr und Drewitz ließen sich dann bewegen, die Regierung in allem zu unterstützen, ohne irgendeine Gegenleistung. Die unglückselige Finanzwirtschaft, die später zum Verhängnis wurde, und die in jener Zeit begründet wurde, fand die Unterstützung derjenigen Führer des Mittelstandes, die dessen Interessen wahrnehmen sollten! Ich war in dieser Zeit persönlich so verärgert, daβ ich mich ganz zurückhielt; ich hätte auch kaum etwas erreichen können. Es war ein Wunder, daß unsere Partei diese Zeit überstand.

Ich selbst nahm nun starken Anteil an einem großen Ereignis: der Wahl des Reichspräsidenten. Am 28. Februar 1925 starb Friedrich Ebert, und ich war bei seinem Staatsbegräbnis im Reichstag [am 4. März] anwesend. Ich konnte mich aber noch nicht entschließen, seinem Sarge bis zum Bahnhof zu folgen, weil mir seine ganze Welt noch zu fremd war. Des öfteren war ich mit Ebert bei Festlichkeiten und ähnlicher Gelegenheit zusammen gewesen, hatte mich aber niemals vorstellen lassen. Dann ließ mich Ebert bei einer Neubildung der Regierung zu sich kommen, und ich hatte die einzige Unterredung mit ihm in seinem Arbeitszimmer. Ich hatte den Eindruck eines klugen und vorsichtigen Mannes, der sich verbindlich mit mir besprach, ohne daß etwas dabei herauskam; die Unterredung war nur ein Höflichkeitsakt gegenüber unserer Partei.

Nun kam ich mit in das maßgebende Wahlkomitee hinein, weil ich als tätiger Mitarbeiter der Zeitschrift Der Deutschen-Spiegel⁶³) in nahe Beziehungen gekommen war zum "Reichsbürgerrat"⁶⁴) und seinem Vorsitzenden Staatsminister von Loebell.⁶⁵) Der zwanglos aus rechtsstehenden Politikern zusammengesetzte "Loebell-Ausschuß" tagte in den Räumen des Reichsbürgerrates, Potsdamer Straße 118 c, drei Treppen hoch; im selben Stockwerk war die Schriftleitung des

⁶²⁾ Im Februar 1927 ließ Alpers dementieren, daß er erklärt habe, "durch den Beitritt der Deutschhannoveraner zu der geplanten Föderalistenpartei [werde] auch der zerrütteten Ehe der ersteren mit der Wirtschaftspartei, dieser vollkommenen Blüte des politischen Stumpfsinnes, ein Ende gemacht". — "Ich habe vielmehr erklärt:

^{1.} Daß unsere Gegner von einer zerrütteten Ehe mit der Wirtschaftspartei gesprochen hätten, wir aber unsere gegenseitigen Beziehungen als gute betrachteten.

^{2.} Daß die Wirtschaftspartei ein politisches Programm habe und darum nicht als eine Wirtschaftsgruppe, sondern als eine Partei im politischen Sinne anzusprechen sei." Der Mittelstand (Köln) Nr. 8 v. 26. 2. 1927.

⁶³⁾ Politische Wochenschrift 1924—1933, begründet von Erich Haeuber (1886—) und Otto Kriegk.

⁶⁴) Organisatorische Zusammenfassung auf Reichsebene der nach der Revolution regional sich bildenden Bürgerräte.

⁶⁵⁾ Präsident des Reichsbürgerrats s. 1919. 1925 wurde Loebell Vorsitzender des Reichsausschusses für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Siehe auch S. 346 ff. Die Tätigkeit des Loebell-Ausschusses 1925 ist aus dem im Bundesarchiv deponierten Nachlaß nicht zu belegen, auch die ungedruckten Erinnerungen Loebells sind dazu nicht ergiebig. Vgl. Rosenberg, Geschichte S. 207 ff.; Thimme S. 110; Hauss S. 42 ff.; Dorpalen S. 65 f.

Deutschen-Spiegel. Zuerst wurde beschlossen, den früheren Minister und nunmehrigen Oberbürgermeister Dr. Jarres⁶⁶) aus Duisburg aufzustellen. Die
Kandidatur war fertig, als wir im Ausschuß davon erfuhren, und maßgebende
Kreise der Industrie — unter dem Einfluß von Stresemann⁶⁷) — waren die
eigentlich entscheidenden Faktoren. Ich besprach die Sache mit Drewitz, und
auch er war einverstanden. Bauernbund und Hannoveraner gingen ihre eigenen
Wege.⁶⁸) Es folgte ein solennes Dinner im Kaiserhof, bei dem Jarres seine
Gedanken vor einem kleinen Kreis maßgebender Herren entwickelte. Zweifellos
machte er einen sehr guten Eindruck, aber die Zuversicht war nicht groß.

Unterdessen war durch Gesetz vom 10. März 1925 der Reichsgerichtspräsident Simons zum stellvertretenden Reichspräsidenten [vereidigt] worden. ⁶⁹) Mit ihm war ich gut bekannt, weil wir zusammen saßen im Kuratorium der Hochschule für Politik. Ich kam gelegentlich mit ihm zusammen und hatte zu ihm jedenfalls nähere Beziehungen als zu den beiden Reichspräsidenten vor ihm und nach ihm. Im ersten Wahlgange am 29. März erhielt keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit; es mußte also ein zweiter Wahlgang stattfinden. Der Loebell-Ausschuß blieb zusammen und betrieb seine Sache weiter.

Am 31. März und am 2. April nahm ich an Sitzungen [des Loebell-Ausschusses] teil. Es wurde noch an der Kandidatur Jarres festgehalten, aber man war sich doch völlig klar darüber, daß sie aussichtslos war gegenüber einer Sammelkandidatur $Marx^{70}$) im Lager der Weimarer Koalition. Am 4. April war eine neue Sitzung. [...]⁷¹) Das Zimmer war ziemlich voll, der Tisch besetzt, so daß $Drewitz^{72}$) und ich auf einem Sofa an der Wand, etwas im Hintergrunde, Platz nahmen.

Exzellenz von Loebell eröffnete die Sitzung mit der Feststellung, daß an der Kandidatur Jarres festgehalten werde und besprach dann die zu ergreifenden Maßnahmen. Dann aber erklärte Wallraf in einer längeren Rede, die Kandidatur Jarres sei aussichtslos, man müsse eine andere Persönlichkeit nehmen, die mehr Popularität und mehr Ansehen habe. Auf vielfache Zurufe, wer denn gemeint sei,

⁶⁶⁾ Karl Jarres (1874—1951), s. 1914 Oberbürgermeister in Duisburg, 1923/25 Reichsminister des Innern und Vizekanzler im 2. Kabinett Stresemann. Vgl. H. Berndt, Politiker in den Entscheidungsjahren der Weimarer Republik. Darstellungen u. Quellen z. Gesch. d. dt. Einheitsbewegung im 19. u. 20. Jh. Bd. 6. Heidelberg 1965, S. 149 ff. — Der im Bundesarchiv deponierte Nachlaß war mir durch freundl. Einwilligung von Herrn Prof. Dr. Hubert v. Einem zugänglich; Verbindungen zu Bredt sind dort nicht nachzuweisen.

⁶⁷⁾ Stresemann-Vermächtnis II S. 37 ff.

⁶⁸⁾ Im zweiten Wahlgang unterstützten dagegen der Bay. Bauernbund und die Dt. Hannoveraner die Kandidatur Hindenburgs; Schulthess 1925 S. 52 f., 57 f.

⁶⁹⁾ Walter Simons (1861—1937), 1922—April 1929 Präs. d. Reichsgerichts. In dritter Lesung war am 10. März der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichspräsidenten gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten verabschiedet worden; am 11. März wurde Simons im Reichstag vereidigt. Vgl. auch Thimme S. 112 f.

⁷⁰⁾ Wilhelm Marx (1863—1946), MdR (Ztr.) 1919—1932. Reichskanzler 1923/25, 1926/28; vgl. Schulthess 1925 S. 57 f.

⁷¹) Siehe ausführlicher S. 349.

⁷²⁾ Nach der Anwesenheitsliste (s. S. 351) war die Wirtschaftspartei am 4. April nur durch Bredt und Colosser vertreten.

antwortete er nicht. Schließlich erklärte dann in einer weiteren Rede Schlange-Schöningen⁷³), er komme eben aus Hannover vom Feldmarschall von Hindenburg und könne mitteilen, daß dieser bereit sei, eine Kandidatur anzunehmen.⁷⁴) Die vom Ausschuß in langer Spannung erwartete Namensnennung löste große Erregung aus. Loebell erklärte, er sei "doch sehr überrascht" durch dies selbständige Vorgehen der Deutschnationalen. Kempkes⁷⁵) erklärte, die Deutsche Volkspartei halte an der Kandidatur Jarres fest. Graefe⁷⁶) sprach sich ebenfalls gegen die Kandidatur Hindenburgs aus, da die Person des Feldmarschalls nicht in die Politik hineingezogen werden dürfe.

Die Wogen gingen ziemlich hoch und schließlich sagte ich zu Drewitz: "Wir können den Ausschlag geben. Was meinen Sie?" Drewitz antwortete: "Einen Mann wie Hindenburg können wir doch nicht ablehnen!" Darauf sagte ich leise: "Jedenfalls haben wir mit ihm Aussichten, mit Jarres nicht. Geben Sie als Parteivorsitzender die Erklärung ab, wir seien für Hindenburg. Was später kommt, müssen wir abwarten." Als Drewitz die Erklärung abgab, legten sich die Deutschnationalen noch einmal stark ins Zeug, denn mit uns hatten sie die Mehrheit. In der Sitzung wurde noch kein Beschluß gefaßt, was auch gar nicht möglich war, aber wir gingen auseinander mit dem Bewußtsein, daß die Kandidatur Hindenburg nicht mehr aufzuhalten sei. Das weitere wurde in Verhandlungen von Partei zu Partei erledigt. Am 8. April folgte in einer weiteren Sitzung des Ausschusses die offizielle Proklamation der Kandidatur Hindenburg, der unsere Partei zustimmte.

Nach Klärung der ganzen Lage fuhren wir führenden Abgeordneten der Rechtsparteien mit einer großen Anzahl von Journalisten zusammen nach Hannover, wo uns der Feldmarschall in geschlossenem Kreise seine Ansichten entwickelte. Es herrschte eine etwas beklommene Stimmung, und der Feldmarschall fühlte sich offensichtlich nicht wohl in solchem Kreise. Seine Rede, die er mit Hilfe einer großen Hornbrille ablas, war auch nicht sehr begeisternd.⁷⁷) Immerhin hatten wir doch das Bewußtsein, daß wir nunmehr bei der Reichspräsidentenwahl wenigstens einem Siege entgegengingen.

Bei dem zweiten Wahlgang am 26. April 1925 bekam *Hindenburg* rund 14,6 Millionen Stimmen, *Marx* 13,7 Millionen, *Thälmann*⁷⁸) 1,9 Millionen. Die Tatsache, daß die Kommunisten wieder einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten, verhalf dem *Feldmarschall* zum Siege.⁷⁹) Den Einzug des neuen *Reichspräsidenten* [am 11. Mai] in Berlin sah ich auf dem Pariser Platz aus nächster Nähe mit an. Die äußere Aufmachung war sehr glänzend und der Jubel des Volkes unbeschreib-

⁷³) Hans Schlange-Schöningen (1886—1960), MdR (DNVP) 1924—1932; 1931/32 Ostsiedlungs-kommissar, vgl. Schlange-Schöningen S. 30 f.

⁷⁴) Schmidt-Hannover S. 188 ff. Für den Hintergrund vgl. auch Friedrich J. Lucas, Hindenburg als Reichspräsident. Bonner Historische Forschungen Bd. 14. Bonn 1959 S. 23 ff.

⁷⁵⁾ Adolf Kempkes (1871—1931), MdR (DVP) 1919—1930.

⁷⁶) Albrecht v. Graefe auf Goldebee (1868—1933), MdR (DNVP) 1919—1928.

⁷⁷) Gemeint ist wohl die "Osterbotschaft" vom 11. April; vgl. Hubatsch S. 187.

⁷⁸⁾ Ernst Thälmann (1886—1944), MdR (KPD) 1924—1933.

⁷⁹) Siehe ergänzend Anm. 68.

lich.80) Ich selbst hatte bei dem Ganzen nur die eine Empfindung: "Das ist das endgültige Begräbnis des Kaisertums der Hohenzollern!"

Von da an war ich oft mit dem Reichspräsidenten zusammen, sowohl bei festlichen Gelegenheiten wie bei politischen Verhandlungen.⁸¹) Er sprach dann regelmäßig mit mir über die Masurenschlacht, in der ich verwundet worden war. [...] Einmal wurde ich telefonisch aus Marburg nach Berlin gerufen, um den Reichspräsidenten über die Stellung unserer Partei zu bestimmten Fragen zu informieren; er sprach dann aber mit mir lediglich über die Masurenschlacht. Daß ich sein "Kriegskamerad" sei, pflegte er immer sehr freundlich zu betonen. Das Andenken an Hindenburg werde ich stets hochhalten, aber zu seinen persönlichen Verehrern habe ich nie gehört.

Am 13. September war ein Parteitag in Köln, der sehr glänzend verlief.82) Ich unternahm hier einen Vorstoß, von dem ich niemandem etwas gesagt hatte, der aber in der Linie meines ganzen Parteigedankens lag. Während meines großen Referates über die allgemeine Politik schlug ich nämlich vor, den Namen "Wirtschaftspartei" umzuwandeln in "Reichspartei des deutschen Mittelstandes". Es schien mir nötig, den alten Namen, der noch allzusehr an die Charlottenburger Stadtverordnetenwahlen erinnerte, in einen größeren umzuwandeln, der mehr zu einer allgemeinen Politik paßte. Ich war auch etwas erschrocken gewesen, als mich ein Herr des Auswärtigen Amtes einmal dem Präsidenten von Mexiko Calles83) vorstellte als "Presidente del Partido economico". Allerdings konnte ich bald darauf feststellen, daß wir in französischen Blättern ebenso als "Parti économique" figurierten. Im übrigen kann ich nicht verhehlen, daß ich auch an meine alte freikonservative "Reichspartei" dachte. In Köln war die Überraschung zu groß, als daß sofort ein Beschluß hätte ergehen können. Bald darauf kam aber Drewitz zu mir und meinte, der Gedanke sei gut, wir wollten die nächste Sitzung des Reichsausschusses benutzen, die Änderung beschließen zu lassen. Das geschah am 23. November 1925, aber mit der Maßgabe, daß in Klammern dahinter noch der Name Wirtschaftspartei geführt werden sollte.84) Mein Gedanke war zweifellos richtig, aber genützt hat er wenig. Der Name Wirtschaftspartei saß in der Öffentlichkeit so fest, daß nur er und nicht der neue Name verwendet wurde. Nur der Sozialdemokrat Dr. Breitscheid⁸⁵) sagte mir einmal bei einer Gelegenheit: "Herr Kollege, wenn Sie einmal Ihre Memoiren schreiben, empfehle ich Ihnen den Titel: Von der alten zur neuen Reichspartei!"

Einige Zeit darauf kamen Landtagswahlen in Hessen, und um neue Parteien auszuschließen wurde vorher das Wahlgesetz unter dem 27. September 1927 dahin geändert, daß neu auftretende Parteien siebentausend beglaubigte Unter-

⁸⁰⁾ Schulthess 1925 S. 71.

⁸¹⁾ Hubatsch (S. 257 f.) belegt nur eine Unterredung am 10. 1. 1927 über die Neubildung der Reichsregierung.

⁸²⁾ Schulthess 1925 S. 147.

⁸³⁾ Plutarco Elías Calles (1877—1945) besuchte von August bis Oktober 1924 als gewählter, aber noch nicht fungierender Präsident (1924—28) der Vereinigten Mexikanischen Staaten Deutschland.

⁸⁴⁾ Jahrbuch 1929 S. 27.

⁸⁵⁾ Rudolf Breitscheid (1874—1944), MdR (USPD/SPD) 1920—1933.

schriften beibringen sollten. 86) Das war [für uns] praktisch unmöglich, und wir erhoben Klage vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig. Am 17. Dezember 1927 plädierte ich die Sache persönlich im Gebäude des Reichsgerichts und erzielte ein obsiegendes Urteil dahin, daß die neuen Bestimmungen des Hessischen Wahlgesetzes als gegen die Reichsverfassung verstoßend erklärt wurden. Damit waren wir aber keinen Schritt weiter, denn die Hessische Regierung kümmerte sich nicht um das Urteil und der Hessische Staatsgerichtshof erklärte die aufgrund des ungültigen Wahlgesetzes vollzogenen Wahlen für gültig. 87) Der Reichsminister v. Keudell 88 erklärte dazu, daß eine Vollstreckung des Leipziger Urteils durch den Reichspräsidenten, gemäß Art. 19 der Verfassung, hier nicht möglich sei. So kam bei dem ganzen lediglich eine sehr interessante persönliche Erfahrung für mich heraus.

Ich unternahm in jener Zeit auch noch einen weiteren Schritt. Es schwebte mir der Gedanke vor, den ganzen deutschen Mittelstand zusammenzufassen, auch mit dem in anderen Ländern befindlichen. ⁸⁹) Im Landtage zu Prag gab es bereits eine Deutsche Gewerbepartei, zu der ich hinreiste, um Beziehungen anzuknüpfen, die sich sehr bewährten. Der Vorsitzende Stenzl⁹⁰) kam mehrfach zu uns nach Deutschland herüber, um Wahlreden für uns zu halten. Auch auf den Parteitagen erschienen bei uns die Prager. In Wien versuchte ich ebenfalls die Gründung einer Partei, die auch anfangs gelang; es waren aber zu viele Führer da und zu wenig Truppen. Eine große Werbeversammlung in Wien trug mir reichen

⁸⁶⁾ Um die Bildung von Splitterparteien weiter zu erschweren, mußte daneben eine Kaution von 5000 M aufgebracht werden; Schulthess 1927 S. 160, 193.

⁸⁷⁾ Der Hess. Staatsgerichtshof wies am 31. 1. 1928 die Einwendungen der Wirtschaftspartei, der NSDAP und der evang. Volksgemeinschaft gegen die Gültigkeit der Landtagswahlen v. 13. 11. 1927 ab; Schulthess 1928 S. 55.

⁸⁸⁾ Walter von Keudell (* 1884, Februar 1927 bis Juni 1928 Reichsminister des Innern) teilte am 26. 1. 1928 (Nr. I 2436/1. 1.) Bredt auf ein Schreiben vom 1. 1. 1928 mit: "Der Staatsgerichtshof hat festgestellt, daß § 17 Abs. 2 und 3 des hessischen Landtagswahlgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 27. September 1927 gegen Artikel 17 Abs. 1 Satz 2 der Reichsverfassung verstößt. Er hat weiter den Hilfsantrag der Wirtschaftspartei, der Staatsgerichtshof möge erklären, daß die am 13. November 1927 abgehaltene Wahl zum Hessischen Landtage rechtsungültig sei, zurückgewiesen. [...]

Die Entscheidung darüber, ob die hessische Landtagswahl gültig ist oder nicht, obliegt dem Hessischen Staatsgerichtshof. Dieser hat auch darüber zu befinden, ob einzelne Mitglieder des Gerichtshofs wegen Befangenheit oder unmittelbarer Beteiligung vom Richteramt ausgeschlossen sind oder wegen Befangenheit abgelehnt werden können. Die Entscheidung des Hessischen Staatsgerichtshofs in irgendeiner Richtung zu beeinflussen, muß ich mit Rücksicht auf die Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit ablehnen.

Was die von Ihnen aufgeworfene Frage der Gültigkeit der Gesetze anlangt, die von einem auf Grund eines ungültigen Wahlgesetzes gewählten Parlament erlassen worden sind, so möchte ich ergebenst darauf hinweisen, daß in dem gleichgelagerten Hamburger Fall das Hamburger Oberverwaltungsgericht am 30. Dezember 1927 ein Gutachten dahin abgegeben hat, daß die von einem auf Grund eines ungültigen Wahlgesetzes gewählten Parlament erlassenen Gesetze bis zur Feststellung der Ungültigkeit des Wahlgesetzes gültig sind." Nachlaß Bredt.

⁸⁹⁾ Siehe auch S. 354 ff.

⁹⁰⁾ Alois Stenzl (*1882), Mitgründer und Vorsitzender der 1919 gegr. Deutschen Gewerbepartei in Mähren; vgl. Wertheimer S. 199 ff.

Beifall ein. Auch konnte ich eine Zeitlang im Neuen Wiener Journal⁹¹) nach Belieben Leitartikel in meinem Sinne schreiben. Dann flaute die Bewegung ab. Es ist mir aber das Zusammenarbeiten mit den Wiener Freunden, insbesondere dem geistvollen Hofrat Pistor, einem Vetter des Landbundabgeordneten⁹²), in sehr angenehmer Erinnerung.

In Berlin hatte ich auch eine sehr unangenehme Sache durchzufechten. Zu den Mitbegründern der alten Wirtschaftspartei gehörte ein Bauunternehmer Busch⁹³), der dann unser Vertreter im Berliner Magistrat wurde. Als Stadtrat hatte er das Dezernat für Grundstücke und machte die gewaltigen Ankäufe im Vorgelände. Es schwirrten dann aber Gerüchte in Berlin, daß Busch dabei auch seinen eigenen Vorteil wahrnehme; ein Beweis wurde nicht erbracht. Ich verlangte nun, daß Busch dieses Dezernat abgebe, um allen Gerüchten den Grund zu nehmen. Busch sah in mir seinen gefährlichen Gegner und setzte durch, daß ich vor einer großen Versammlung der Delegierten aller Berliner Ortsgruppen erscheinen mußte, um mich wegen meiner Angriffe auf Busch zu rechtfertigen. Es gelang mir aber in dieser stürmischen Sitzung, die bis in die späten Nachtstunden dauerte, Busch aus der Partei zu werfen. Er behielt nun sein Dezernat als parteiloser Stadtrat bei, bis er bei der Affäre Böβ94) mit in den Strudel hineingeriet. Es wurde ein Verfahren gegen ihn eröffnet, und er starb vor Aufregung. Die Untersuchung zeigte dann, wie sehr der Verdacht begründet gewesen war. Unsere Partei nahm glücklicherweise keinen Schaden mehr, da Busch schon seit langer Zeit ausgeschlossen war und jedermann dies wußte.

Als ich in den Reichstag eintrat, begann auch das gesellige Leben in Berlin wieder zu erwachen. An die Stelle der alten Hofgesellschaft war ein neues Gebilde getreten, das sich aus Diplomatie und Hochfinanz zusammensetzte. Namentlich das diplomatische Korps wurde in einer Weise in den Vordergrund gestellt, die mir vom nationalen Standpunkte aus wenig erfreulich erschien. Meine Stellung im Auswärtigen Ausschuß brachte es mit sich, daß ich auf Botschaften und Gesandtschaften des öfteren eingeladen wurde. Die österreichische Gesandtschaft unter Herrn $Frank^{95}$) und die ungarische Gesandtschaft unter Herrn $v.K\acute{a}nya^{96}$) sind mir dabei in der angenehmsten Erinnerung. Es kam hinzu, daß der bulgarische Gesandte $Popoff^{97}$) als Mann meiner Kusine Franziska Roegels mein Vetter war. Bei Stresemann gab es diplomatische Gesellschaften im größten Stil, an denen ich in der ersten Zeit viel teilnahm. Sehr viel vornehmer und anregender

⁹¹⁾ Das im Institut für Zeitungsforschung (Dortmund) für den März—Dezember 1925 überlieferte Neue Wiener Journal (Unparteiisches Tageblatt) weist keine gezeichneten Artikel von Bredt auf.

⁹²⁾ Felix Pistor (Graz), Präsident des öster. Haus- u. Grundbesitzervereins.

⁹³⁾ Seit 15. 12. 1921 unbesoldetes Magistratsmitglied.

⁹⁴) Gustav Böß (1873—1946), Oberbürgermeister von Berlin 1921—30; vgl. Lange, passim; Steffani S. 225 f., 228. Vgl. auch einen Bericht der BZ am Mittag v. 26. 3. 1930 mit einer handschriftlichen Notiz von Bredt im Nachlaß.

⁹⁵⁾ Dr. Felix Frank, a. o. Gesandter u. bev. Minister.

⁹⁶⁾ Koloman von Kánya, a.o. Gesandter u. bev. Minister.

⁹⁷⁾ Dr. Methodi Popoff, a. o. Gesandter u. bev. Minister.

fand ich die Gesellschaften bei Staatssekretär von Schubert⁹⁸), dessen Gemahlin ungewöhnlich gesellschaftliche Fähigkeiten bewies. Im übrigen gab es die obligaten Bierabende beim Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und einigen Ministern. Unstreitig die unterhaltendsten Bierabende gab aber der Reichstagspräsident Löbe⁹⁹), der mich auch zu offiziellen Essen einlud, so zu König Amanullah¹⁰⁰) von Afghanistan und König Fuad¹⁰¹) von Ägypten. Im übrigen hielt ich mich von der privaten Gesellschaft zurück. Nur vorübergehend geriet ich in den gesellschaftlichen Strudel des Hauses von Katharina von Oheimb¹⁰²), die später meinen Freund Kardorff heiratete. Im übrigen fühlte ich mich am wohlsten, wenn ich einen Abend im Kreise meiner guten Freunde Schwabach¹⁰³), Heymann, Stilke verleben konnte. Nach außen hin galt ich als der gesellschaftliche Exponent der Wirtschaftspartei, die sonst wenig in der Gesellschaft vertreten war. Ich nahm deshalb auch regelmäßig am Presseball und ähnlichen Veranstaltungen teil. Jedenfalls konnte mir niemand nachsagen, daß ich mich durch gesellschaftliche Beziehungen in meiner politischen Haltung beeinflussen ließe. ¹⁰⁴)

Zum Arbeitsfelde im Reichstage hatte ich mir die Auswärtige Politik genommen. Die Hausbesitzer-Angelegenheiten waren in guten Händen und die gewerblichen Angelegenheiten nicht minder. Die große Politik, insbesondere der Reichshaushalt105), beschäftigten mich auch, aber mein eigentliches Ressort war die Auswärtige Politik. Damit schloß sich in bezug auf meine Arbeit gewissermaßen der Kreis. Von meinen akademischen Fächern beschäftigte mich das eigentliche Staatsrecht in meiner politischen Laufbahn immer, sowohl im Abgeordnetenhaus wie im späteren Landtage wie im Reichstag. Im Abgeordnetenhaus hatte mich im übrigen fast nur das preußische Verwaltungsrecht beschäftigt. Im neuen Landtage trat in erster Linie das Kirchenrecht an mich heran. Jetzt im Reichstage konnte ich mich befassen mit dem letzten von meinen Fächern: dem Völkerrecht! Im Ganzen bedeutete die Auswärtige Politik für mich eine Enttäuschung. Im Auswärtigen Ausschuß wurde endlos geredet, aber im Grunde genommen hörte man nur das, was man am Abend vorher in den Zeitungen gelesen hatte. Die Regierung handelte zunächst auf eigene Faust, führte die Verhandlungen mit den anderen Mächten und legte uns erst die fertigen Verträge vor. Diese konnten aber nicht mehr abgeändert werden, sondern nur noch im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden.

⁹⁸⁾ Carl von Schubert (1882—1947) war seit 1924 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und wurde am 2. 6. 1930 zum Botschafter in Rom ernannt.

⁹⁹) Paul Löbe (1875—1967), MdR (SPD) 1919—1933; u. a. Dez. 1920 bis Juni 1932 Reichstagspräsident. Wahrscheinlich sind die zwei- bis dreimal im Winterhalbjahr veranstalteten "Parlamentarischen Abende" gemeint; vgl. Löbe S. 102.

¹⁰⁰⁾ A. traf am 22. 2. 1928 in Berlin ein. Schulthess 1928 S. 63 u. ö.; Löbe S. 119 ff.

¹⁰¹⁾ Am 16. 9. 1929 stattete König Fuad von Ägypten dem Reichspräsidenten einen Besuch ab, der am gleichen Abend zu Ehren des Königs ein Festessen gab; Schulthess 1929 S. 97.

^{102) (1880—1962),} MdR (DVP) 1920—1924; heiratete im April 1927 S. v. Kardorff, vgl. Kardorff-Oheimb S. 159.

¹⁰³) Geh. Reg. Rat Felix Schwabach (1855—1935), MdA (Nat.-lib.) 1908—1913.

¹⁰⁴⁾ Toni Sender (1888—1964), MdR (SPD) 1920—1933, berichtet in ihren Erinnerungen (The Autobiography of a German Rebel. New York 1939 S. 269): "I did not disdain to use a short pause during the Reichstag session to go with Professor X [Bredt] of the Economic party to a near-by dance hall and there relax for half an hour while dancing."

¹⁰⁵⁾ Siehe S. 189 ff.

Die Regierung konnte nicht einmal in vollem Umfange ihre Ansicht sagen, da die Kommunisten über jede Sitzung sofort einen Bericht nach Moskau sandten. Eine wirkliche Mitarbeit, wie bei den Gesetzen, kam gar nicht in Frage. Auch mit dem Völkerrechte war es eigentümlich bestellt. Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes hatte hier eine Art von Monopolstellung und ihre Meinung war die offiziell angenommene. Es war fast unmöglich, etwas gegen ihre Argumente auszuführen, weil man die Akten nicht hatte und gar nicht wußte, welche anderen Möglichkeiten bestanden hatten. Man bekam zwar auf Anfrage Auskünfte, aber doch nur die, welche das Amt für nützlich erachtete. Was aus guten Gründen verschwiegen wurde, das konnte man nicht wissen. Es kam auch im Auswärtigen Ausschusse selten zu einer Abstimmung von Bedeutung; in der Regel legte aus jeder Fraktion ein Redner ausführlich seine Meinung dar, und dann wurde die Sitzung ohne greifbares Ergebnis geschlossen.

Im Grunde kam alles darauf an, wie man sich zur Verständigungspolitik von Stresemann stellte. Hier war sowohl für meine Partei wie für meine Person klar, daß wir ihr im Ganzen wohlwollend gegenüber stehen mußten. Es gab nur zwei Möglichkeiten: den Revanchekrieg und die Verständigung. Im Ernste redete vom Revanchekrieg niemand, auch die Deutschnationalen nicht. Darum hatte es aber auch gar keinen Wert, die Verständigungspolitik abzulehnen. Der deutschnationale Standpunkt war nur als Ausdruck der Opposition und Demagogie verständlich. 106) Mit Stresemann in Person war nicht leicht auszukommen. Es kam mir nie in den Sinn, seine großen staatsmännischen Eigenschaften herabmindern oder gar bestreiten zu wollen. Er war aber derart an Schmeichler und Schleppenträger gewöhnt, daß er ein offenes Wort der Kritik sofort übelnahm. Von den Sozialdemokraten und dem Zentrum ließ er sich alles bieten, weil er in ständiger Sorge vor ihnen war. Bei den Deutschnationalen war er immer auf offene Feindschaft gefaßt und hatte nur das eine Bestreben, einen gewissen äußeren Ton festzuhalten. Von einer kleinen Partei, wie die unsere, erwartete er unbedingte Gefolgschaft; anderenfalls war er zu keinem Verkehr bereit. Im Anfange standen wir gut miteinander. Ich war des öfteren bei ihm eingeladen, wenn er offiziellen Besuch hatte, wie vom Präsidenten Calles von Mexiko, vom Ministerpräsidenten MacDonald¹⁰⁷) und anderen. Dann ging unsere Freundschaft in die Brüche, als ich mir erlaubte zu sagen, das Gespräch von Thoiry sei etwas voreilig gewesen und könne zu unliebsamen Folgen führen. 108) Als ich dann vollends einmal im Haushaltsausschuβ¹⁰⁹) sagte, die übermäßige Repräsentation sei nicht notwendig, da sie in anderen Ländern auch nicht ausgeübt werde, und die Ausländer zu ganz falschen Begriffen über Deutschland führen könne, da erklärte er gemeinsamen Bekannten, er breche jeden Verkehr mit einem Manne ab, der sich solche Kritik erlaube. Im Anfange unseres Zerwürfnisses hatten wir einmal eine offene Aussprache miteinander. Ich sagte ihm, er könne offensichtlich nur mit hundertprozentigen Anhängern verkehren; wer nur zu 60 Prozent sein Anhänger sei wie ich, den betrachte er schon als seinen Feind; meiner Meinung nach solle er

¹⁰⁶⁾ Siehe ergänzend S. 186.

¹⁰⁷⁾ James Ramsey MacDonald (1866—1937), langjähriger Parteivorsitzender der Labour Party, 1924 und 1929—1935 Ministerpräsident, besuchte im Oktober 1925 Berlin.

¹⁰⁸⁾ Vgl. Bredt, Thoiry (1927) S. 633 ff.

¹⁰⁹) Siehe Einleitung S. 40.

schon einundfünfzigprozentige Anhänger als Freunde betrachten. Er stritt damals ganz entschieden ab, in mir einen Gegner zu sehen, es war aber doch so. Ich konnte es nicht ändern und mich noch weniger von meiner Überzeugung abbringen lassen. Die ganze Art und vor allem das äußere Auftreten von Stresemann waren mir nie sympathisch. Es störte mich auch immer das Bewußtsein, daß Stresemann in seiner ganzen Politik finanziert und getragen wurde von den Großbanken.¹¹⁰)

Die erste große Aktion, die ich mitmachte, war der Dawes-Plan. Wir stimmten ihm zu, weil wir aus dem ganzen Elend des Ruhrkampfes und der Inflation herauskommen mußten. Zudem wußte ich vertraulich, daß unsere Rentenmark sich nicht hielt und baldmöglichst von einer neuen Reichsmark auf der Grundlage einer Goldanleihe abgelöst werden mußte. Dabei war mir das Verhalten der Deutschnationalen eine gewisse Beruhigung. Daß sie zum Schlusse dem einzigen verfassungsändernden Gesetze¹¹¹) — und damit dem Dawes-Plan! — zur Annahme verhalfen, zeigte ja doch mit aller Deutlichkeit, daß nichts anderes in Frage kam. Es kamen dann die Locarno-Verträge [1925] und der Eintritt in den Völkerbund [1926]. Den Verträgen stimmten wir zu¹¹²), weil sie nicht gefährlich waren und weil man nichts mehr gegen sie unternehmen konnte. Dem Eintritt in den Völkerbund stimmten wir nicht zu, weil ich ihn für verfrüht hielt. An unserem Eintritt in den Völkerbund hatte damals vornehmlich England ein Interesse, weil es uns in die Front gegen Rußland mit hinein haben wollte; wir hätten deshalb diese Karte noch zurückhalten sollen. Ich sprach einmal länger mit dem englischen Botschafter Lord d'Abernon, aus dessen Worten ich nur entnehmen konnte, daß ich Recht hatte. 113)

Mit besonderer Genugtuung begrüßte ich daher den darauf folgenden Vertrag mit Rußland¹¹⁴), der ja nichts anderes war als eine Neuauflage des Bismarckschen Rückversicherungsvertrages. Ich galt von da an als "östlich-orientiert" und wurde von der russischen Botschaft besonders liebenswürdig behandelt, nicht nur vom Botschafter Krestinskij¹¹⁵), sondern auch vom Volkskommissar

¹¹⁰) Den letzten Satz ergänzte Bredt handschriftlich nur in der ersten Fassung.

¹¹¹⁾ Das verfassungsändernde Reichsbahngesetz wurde am 29. 8. 1924 auch von 48 Mitgliedern der DNVP-Fraktion in 3. Lesung angenommen; mit seiner Annahme war die Entscheidung über den Dawes-Plan gefallen; vgl. Liebe S. 86 ff.; Stürmer S. 69 ff.

¹¹²) Siehe Einleitung S. 40; vgl. allgemein Ernst Fraenkel: Idee und Realität des Völkerbundes im deutschen politischen Denken. In: VfZ 16 (1968) 1 S. 1—14.

¹¹³⁾ Vincent Edgar d'Abernon, 1920—1926 engl. Botschafter in Berlin. — Die Memoiren d'Abernons (Ein Botschafter der Zeitwende, 3 Bde, Leipzig o. J.) geben keinen Aufschluß über dieses Gespräch. — "Sie [Engländer] sind ehrlich erfreut, daß jetzt Deutschland so weit gebracht ist, daß es sich dem großen Weltkonzern unter englischer Führung willig einordnet." Bredt, Der Geist von Locarno (1925) S. 2136.

¹¹⁴) Der Berliner Vertrag v. 24. 4. 1926 setzte die Linie von Rapallo fort; der zunächst auf fünf Jahre geschlossene Vertrag wurde 1931 um drei Jahre verlängert. Der deutsch-russische Handelsvertrag vom 12. 10. 1925 wurde in Moskau unterzeichnet; vgl. Schulthess 1925 S. 336; Bredt, Russ. Rückversicherung (1926) S. 403 ff.; Stresemann-Vermächtnis II S. 427 ff., bes. S. 502 ff.; Paul Scheffer, Sieben Jahre Sowjetunion. Leipzig 1930 S. 433 ff.; v. Rauch S. 267 f.; Hans W. Gatzke: Von Rapallo nach Berlin. Stresemann und die deutsche Rußlandpolitik. In: VfZ 4 (1956) S. 1—29; Zimmermann S. 329 ff.

¹¹⁵) N. N. Krestinskij wurde im Februar 1924 als Anhänger Trotzkijs bei einem Diplomatenschub nach Deutschland versetzt; vgl. v. Rauch S. 223.

Tschitscherin¹¹⁶), den ich des öfteren dort traf. Dabei war ich keineswegs ein Russenfreund, am wenigsten ein Bolschewikenfreund. Ich hielt nur die Beziehungen zu Rußland — damals! — für wertvoll als Gegengewicht gegen den Völkerbund mit seiner englischen Einstellung.

In jener Zeit unterhielt ich mich einmal mit meinem alten Brest-Litowsker Freund, dem General Hoffmann. Er setzte mir des längeren auseinander, daß der Kreuzzug gegen Rußland in der besten Vorbereitung sei und daß er selbst die Operationen leiten werde. Auf meine Frage, wer denn solchen gewaltigen Feldzug finanzieren solle, antwortete er nur: "Lieber Freund, ich kann Ihnen da nichts Näheres sagen, aber ich versichere Sie, ich habe das Geld dazu." Damals verstand ich schlechterdings nicht, was er meinte und schied von ihm mit der Empfindung, daß in seinem Innern etwas nicht mehr ganz stimmen müsse. Als er dann aber bald darauf starb, und die bekannten Tscherwonzen-Fälschungen an die Öffentlichkeit kamen, wobei auch sein Name eine Rolle spielte, da verstand ich, was er hatte sagen wollen. Mit solcher Art von Politik habe ich mich nie recht befreunden können.¹¹⁷)

Im Haushaltsausschuß bearbeitete ich ebenfalls das Auswärtige Amt, aber es war eine unerfreuliche Arbeit. Man sah deutlich, daß dort mit dem Gelde sehr wenig sparsam umgegangen wurde, namentlich bei den auswärtigen Vertretungen, aber es war schwer, etwas nachzuweisen. 118) Erst später griff der Rechnungshof sehr energisch ein und schaffte in etwa Abhilfe. Noch unangenehmer war die Bearbeitung des Reichswehretats, den ich ebenfalls übernommen hatte.¹¹⁹) Hier war es offensichtlich, daß die Abgeordneten in keiner Weise wirklich in den Etat hineinsehen konnten. Man zog sich aber offene Feindschaft des Offizierkorps zu, wenn man sich irgendwelche Zweifel erlaubte. Auch nach außen hin mußte man vorsichtig sein, denn die Reichswehr zehrte noch von der Volkstümlichkeit der alten Armee, obwohl sie ganz etwas anderes war. Später kam ich noch mit in den Untersuchungsausschuß über die Phoebus-Angelegenheit, die so ziemlich das abenteuerlichste war, was in einem Wehrministerium überhaupt geschehen konnte. 120) [...] Es ist meine Überzeugung, daß alle Unerquicklichkeiten, die man bei dem Reichswehretat erlebte, letztlich zurückzuführen waren auf die Persönlichkeit des Generals von Schleicher. 121)

¹¹⁶⁾ G. W. Tschitscherin leitete 1918—1930 die sowjetische Außenpolitik; vgl. v. Rauch S. 138 f. u. ö.

¹¹⁷⁾ Der Prozeß gegen die georgischen Tscherwonzen-Fälscher Karumidse und Sadathieraschwili endete im Frühjahr 1930 mit dem Freispruch der Angeklagten vor dem Schöffengericht Berlin-Moabit; in die Affäre war neben General Hoffmann († 8. 7. 1927) auch Arnold Rechberg verwickelt. Vgl. auch die Pressestimmen in den Handakten Trautmann betr. Rußland-Politik, Tscherwonzen-Prozeß. Januar—April 1930 im Pol. Archiv d. Ausw. Amtes.

¹¹⁸⁾ Vgl. auch Köhler S. 298 f.

¹¹⁹) Siehe S. 40; Bredt, Unsere Reichswehr (1926) S. 2218 ff.

¹²⁰) Für den Skandal im Sommer 1927 um den Kapitän z. See Walter Lohmann (1878—1930); vgl. Bundesarchiv, Nachlaß Geßler Nr. 59 "Unterlagen, auch Zeitungsausschnitte zum Fall Lohmann (,Phoebus AG') 1926—1928"; Rosenberg, Geschichte S. 212; Köhler S. 236 ff.; Carsten S. 313 ff.

¹²¹) Kurt von Schleicher (1882—1934) leitete s. 1926 die Politische Abteilung, s. 1929 das Ministeramt im Reichswehrministerium; im Kabinett Papen Reichswehrminister, 1932/33 Reichskanzler und Reichswehrminister. — Vgl. Köhler S. 312 und auch die Studie des zeitweiligen Schleicher-Freundes G. R. Treviranus, Zur Rolle und zur Person von K. v. Schleicher. In: Staat, Wirtschaft und Politik S. 363—382.

Großes Interesse widmete ich dem Reichsschulgesetz.¹²²) Mein Plan ging darauf hinaus, durch die Aufrollung dieser Frage das Zentrum in eine Einheitsfront mit rechts zu bringen und dadurch einen dauernden Rechtskurs der Regierung herbeizuführen.¹²³) Da nun von seiten der Regierung nichts geschah, brachte ich unter dem 14. Januar 1925 einen von mir verfaßten Entwurf des Gesetzes als Antrag ein. Um die Parität zu wahren, ließ ich ihn von meinem streng katholischen Parteifreund Dr. Jörissen mit unterschreiben. Er war aber gearbeitet nach einem alten Regierungsentwurf und den Ergebnissen der Ausschußberatung, gab also im wesentlichen den derzeitigen Stand der Frage wieder, aber im konfessionellen Sinne.¹²⁴) Gegen den Widerstand des Zentrums, das damals zu links hielt, kam ich aber nicht weiter, bis 1927 der deutschnationale Reichsminister des Innern von Keudell seinen Entwurf vorlegte.¹²⁵) Bei dieser Gelegenheit gab ich meinen — von der Partei gebilligten — Standpunkt kund in einer größeren Rede am 19. Oktober 1927, wo sich folgende Worte finden:

"Wir haben das Vertrauen, daß die christliche Weltanschauung heute im Deutschen Reich und deutschen Volk noch stark genug ist, um sich mit eigener Kraft durchzusetzen, wenn ihr die Wege frei gemacht werden."126)

Das freie Bestimmungsrecht der Eltern schien mir notwendig, aber auch ausreichend, um die konfessionelle Volksschule sicherzustellen. Die ganze Aktion scheiterte später an der Deutschen Volkspartei, die als grundsätzlich liberale Partei in keine gemeinsame Front für die Bekenntnisschule, zusammen mit Deutschnationalen, Zentrum und unserer Partei zu bringen war.¹²⁷)

Als später 1929 das Konkordat¹²⁸) der Preußischen Regierung mit der Kurie im Landtage zur Verhandlung kam, mußte ich mich noch einmal mit solchen Fragen befassen. Meine Partei war ausschlaggebend und in der Öffentlichkeit erwartete man mit Spannung ihre Stellungnahme. In der Landtagsfraktion war aber die Stimmung zum mindesten geteilt und die Neigung zur Annahme war nicht groß. Ich habe mich damals sehr bemüht um die Annahme und meinen Standpunkt als Gast in der Fraktion energisch vertreten. Die Zeiten waren vorbei, in denen der Protestantismus zusammen mit dem Staate gegen den Katholizismus gestritten hatte. Jetzt konnte es nur darauf ankommen, die kirchlichen Interessen der Protestanten und Katholiken zusammen zu verfechten

¹²²⁾ Bredt, Reichsschulgesetz (1926); Grünthal passim.

¹²³⁾ Siehe Nr. 36 S. 345 f.

¹²⁴⁾ Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 398, Antrag Dr. Dr. Bredt, Dr. Jörissen und Genossen (vom 14. 1. 1925): Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2 der Reichsverfassung (Reichsschulgesetz). Der Antrag Nr. 326 wurde am 16. Januar 1925 ausgegeben. Dr. Jörissen vertrat die Wirtschaftliche Vereinigung im (12.) ständigen Ausschuß für Bildungswesen. Grünthal S. 231.

¹²⁵⁾ Grünthal S. 186 ff.

¹²⁶) Sten. Berichte Bd. 394 S. 11555.

¹²⁷) Vgl. kritisch Grünthal (S. 237 ff.), der auf die innere Spannung im Zentrum, das die Schulfrage zu einer Koalitionsfrage machte, hinweist; ähnlich Stürmer S. 235 ff.

¹²⁸⁾ Der Vertrag zwischen Preußen und der Kurie wurde am 14. 6. 1929 im Staatsministerium unterzeichnet und am 9. Juli in dritter Lesung gegen die Stimmen der DNVP, NSDAP und KPD angenommen. Vgl. Schulthess 1929 S. 105 ff., 149 ff. Für die Stellungnahme der Generalsynode der Evangelischen Kirche vgl. ebd. S. 135 f.; Christ S. 100 ff.

gegenüber dem neuen Geiste der Zeit. Das Christentum konnte nur noch als Einheit erhalten und geschützt werden. Der preußische Ministerpräsident Braun¹²⁹) lud mich auch zu den Besprechungen im Staatsministerium ein und da hier die feste Zusage gegeben wurde, daß später mit den evangelischen Landeskirchen gleichwertige Verträge¹³⁰) geschlossen werden sollten, trug ich um so weniger Bedenken, mich einzusetzen für das Zustandekommen des Konkordates. Die Zeitungen berichteten später, mehr oder weniger wohlwollend, ich sei am Tage der Abstimmung [9. Juli 1929] in den Korridoren des Landtages aufgefallen.¹³¹)

Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 erhielten wir allein¹³²) — diesmal ohne die Bayerischen Bauern — im ganzen Reiche 1395599 Stimmen und 23 Abgeordnete. Ich wurde wieder aufgestellt in Düsseldorf Ost und West, erhielt aber allein in Ost 64950 Stimmen. Ich war also im Wahlkreise allein durchgekommen, ohne Verbandsstimmen, und konnte auf die Wahl auf der Reichsliste verzichten. Es war mir wirklich eine große Freude, daß ich nunmehr meine Heimatstadt Barmen, die zu Düsseldorf Ost gehört, im Reichstage vertreten durfte. [...]

Meine Stellung in der Fraktion war unterdessen auch eine völlig andere geworden. Drewitz war mit den Bayern und Hannoveranern allmählich selbst in ein sehr unerquickliches Verhältnis geraten und schloß sich infolgedessen wieder näher an mich an. Und als wir nach den neuen Wahlen allein Fraktionsstärke errangen, da kündigten wir den Bayern und Hannoveranern die Fraktionsgemeinschaft. 133) Es stellte sich jetzt heraus, daß alle Machenschaften gegen mich offensichtlich aus dieser Quelle stammten, denn nunmehr herrschte zwischen mir und der Partei das beste Einvernehmen. Drewitz als Parteivorsitzender übernahm jetzt auch den Vorsitz in der Fraktion. Ich wurde zum zweiten Fraktionsvorsitzenden gewählt und nahm dies auch an, obwohl ich mich an dem inneren Betriebe der Partei nie beteiligt hatte.

Es war jetzt auch möglich, auf die wichtigste und schwierigste Aufgabe der Politik loszugehen: die Sicherung der Reichsfinanzen. Nach Wiederherstellung

¹²⁹) Otto Braun (1872—1955), MdL (SPD) 1913—1933, MdR 1919—1933. 1920—1932/33 preuß. Min. Präs. mit zwei kurzen Unterbrechungen 1921 und 1925; vgl. seine Rechtfertigung der sozialdemokratischen Unterstützung des Konkordats in: Braun S. 278.

¹³⁰⁾ Am 24. 8. 1929 sandte D. Kapler, Präs. des Ev. Oberkirchenrates in Berlin, Bredt eine Denkschrift "über die kirchlichen Wünsche für den Vertragsinhalt" eines ev. Kirchenvertrages; die Denkschrift ist im Nachlaß Bredt nicht mehr überliefert.

¹³¹⁾ Die Kölnische Zeitung Nr. 371 v. 10. 7. (Morgenausgabe) berichtete: "Diesen Erfolg verdankt die Regierung hauptsächlich der Wirtschaftspartei, die ihre von Anfang an geringen grundsätzlichen Bedenken schließlich völlig fallen ließ und dem Vertrag geschlossen zustimmte. Daß dieser Erfolg der Regierung nur besonderen Rücksichten zuzuschreiben ist, die die Wirtschaftspartei auf ihre gegenwärtigen und zukünftigen katholischen Wähler Rücksicht nehmen zu müssen glaubte, ist eine im Landtage weit verbreitete Auffassung."

¹³²⁾ Nur in den Wahlkreisen Köln—Aachen (20) und Koblenz—Trier (21) bestand eine Listenverbindung mit der Pfarrer Greber-Partei, die insgesamt 9523 Stimmen der Wirtschaftspartei einbrachte.

¹⁸³⁾ Die Wirtschaftspartei hatte 23, die Deutsche Bauernpartei ("Bayern") 8 und die Deutsch-Hannoversche Partei 4 Mandate erringen können.

der Währung im Jahre 1924 zeigte der erste Reichshaushalt in Einnahme und Ausgabe je 6 Milliarden Mark. Die neuen Steuergesetze beruhten aber auf einer falschen Schätzung, und es gingen rund 8 Milliarden ein. Anstatt nun die Steuern sofort entsprechend herunterzusetzen, wurden $7\frac{1}{2}$ Milliarden ausgegeben; dies alles unter dem deutschnationalen Finanzminister von Schlieben. Mit dem Überschuß von einer halben Milliarde konnte der folgende Finanzminister Reinhold von einer halben Milliarde konnte der folgende Finanzminister Reinhold ein Jahr lang auskommen, dann stieg und stieg der Etat bis an die 12 Milliarden. Der Reichstag bewilligte ständig neue Ausgaben, und das Finanzministerium erklärte sie für tragbar auf Grund von Steuerschätzungen, die offensichtlich falsch waren, die man aber nicht widerlegen konnte, wenn man das Aktenmaterial nicht besaß. Defizite wurden im Etat einfach dadurch gedeckt, daß Steuereingänge entsprechend höher eingesetzt wurden. Das Deutsche Reich und deutsche Volk lebten weit über ihre Verhältnisse, wollten es aber nicht hören. [...]

Als 1924 diese gefährliche Politik eingeleitet wurde, da war meine Partei bereit, die Regierung durch dick und dünn zu unterstützen. Unsere Fraktion stimmte allem zu, hatte aber nicht den geringsten Einfluß auf die Geschehnisse. Erst als ich meinen Frieden mit der Partei wieder hergestellt hatte, konnte ich etwas unternehmen. Auf meine Anregung hin stellte meine Partei im Haushaltsausschuß den Antrag, eine große Sparaktion zu beginnen und von der Regierung zu verlangen, den Reichshaushaltsvoranschlag, der wieder um eine Milliarde in die Höhe gegangen war, gleichmäßig um 10 Prozent zu beschneiden. Dieser Antrag wurde von den anderen Parteien in der schlimmsten Weise bekämpft. Es wurde namentlich der Hebel angesetzt beim Reichswehretat und in agitatorischer Weise verbreitet, wir wollten die Wehrkraft des deutschen Volkes herabsetzen. Wir beantragten auch eine Änderung der Reichshaushaltsordnung und sogar der Reichsverfassung, um dem Reichspräsidenten ein Vetorecht zu geben und zu erreichen, daß keine Ausgabe ohne Deckung zu beschließen sei. 136)

Mit allen diesen Anträgen fanden wir kein Gehör; der Finanztaumel war damals noch nicht zu bekämpfen. Schließlich erklärte ich in der Fraktion, es bleibe uns jetzt nichts anderes mehr übrig, als den ganzen Reichshaushalt abzulehnen. Ich selbst hielt dazu am 5. April 1927 die Rede¹³⁷), die deshalb sehr kurz war, weil ich meinen Freunden sagte, wir müßten sie bei kommenden Wahlen als Beweis-

¹³⁴⁾ Otto von Schlieben (1875—1932), Reichsfinanzminister im ersten Kabinett Luther (15. 1. bis 5. 12. 1925). Vgl. auch Köhler S. 230 f.; am 5. 8. 1925 stimmte die Wirtschaftspartei den Steuervorlagen des deutschnationalen Finanzministers v. Schlieben zu, s. auch S. 178.

¹³⁵⁾ Peter Reinhold (1887—1955), MdR (DDP) 1928—1932, Reichsfinanzminister 1926/27 im 2. Kabinett Luther und im 3. Kabinett Marx; vgl. auch Köhler S. 189.

¹³⁶⁾ Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 436 Nr. 1031 Antrag Drewitz, Dr. Dr. Bredt und Genossen v. 14. 5. 1929. Durch eine Änderung des § 49 a der Geschäftsordnung des Reichstages sollte eine Ausgabenvermehrung nur bei gleichzeitiger Annahme eines Ausgleichsantrages möglich sein; ebd. Bd. 438 Nr. 1448 (berichtigte Fassung vom 17. 12. 1929). Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Reichshaushaltsordnung v. 16. 1. 1923 und der Reichsverfassung; siehe auch Einleitung S. 41.

¹³⁷⁾ Sten. Berichte Bd. 393 S. 10495 ff.

material für unsere Partei in Flugblättern verteilen können. Unter anderem sagte ich:

"Wenn wir in den Etat hineinschreiben, daß wir mit diesen Steuereingängen, wie sie im Etat stehen, tatsächlich rechnen wollen, dann können wir von der Entente nicht verlangen, daß sie sich auf irgendeine Revision einläßt. Mit allem Nachdruck sage ich hier im Interesse der Außenpolitik: Die Steuereingänge sind im Etat viel zu hoch eingesetzt, und wir können nicht im entferntesten darauf rechnen, daß wir die Ausgaben dieses Jahr durch die verschärfte Steuerveranlagung decken. Das muß vor dem Auslande mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden."

Im Jahre 1927 kam die Beamtenbesoldungs-Erhöhung, die wir ablehnten, weil es völlig klar zu übersehen war, daß die Mittel dafür schlechterdings nicht vorhanden waren und daß wir dem Reiche eine Last aufluden, die den finanziellen Zusammenbruch beschleunigen mußte. Ich habe damals die Rede für die Partei nicht gehalten, aber bei späterer Gelegenheit am 29. März 1928 gesagt¹³⁸):

"Wir haben schweren Herzens die Besoldungserhöhung abgelehnt. Wir haben das nicht — das sage ich mit allem Nachdruck — aus Beamtenfeindlichkeit getan, sondern einfach aus dem Grunde, weil doch keine Deckung dafür da war und weil wir auch keinen Ansatz zur Deckung dieser Kosten gesehen haben. Die Frage, wie die Beamtenbesoldungserhöhung bezahlt werden soll, wird erst den kommenden Reichstag beschäftigen. Wir haben Ausgaben bewilligt, ohne uns klar zu machen, wen sie belasten sollen."

Unsere Stellungnahme wurde uns sehr erschwert, weil unser Parteifreund Lucke, seines Zeichens Oberpostsekretär, im Ausschusse Anträge zugunsten ihm nahestehender Beamtenkategorien gestellt hatte, die weit über den Regierungsvorschlag hinausgingen und zu ganz unmöglichen Ausgaben geführt hätten. Es wurde schwer, demgegenüber auf dem Parteistandpunkt zu bleiben, da uns natürlich das Verhalten von Lucke ständig vorgeworfen wurde. 139)

Das schwerste Hindernis zu einer Sanierung der Finanzen lag in der Person des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium Dr. Popitz. 140) Mit großer Sachkenntnis und Gewandtheit beherrschte er seine Minister und das ganze Ministerium nach Art eines Holstein. 141) Seine Behauptung, daß Geld vorhanden sei und die Steuern eine weiter steigende Tendenz hätten, war nicht zu widerlegen, obwohl ihre Unrichtigkeit völlig klar war. Hätte dieser Mann sich beizeiten bereit gefunden, an

¹³⁸⁾ Sten. Berichte Bd. 395 S. 13908 ff.

¹³⁹⁾ Am 8. 1. 1925 hatte Lucke (und Gen., auch Bredt!) einen Antrag eingebracht, die Beamtenbesoldung "unter besonderer Berücksichtigung des Existenzminimums für die Besoldungsgruppen I bis IV" zu verbessern. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 397 Nr. 168. Vgl. auch HHA 30 v. 21. 3. 1925 S. 11 (Lucke); HHA 33 v. 2. 4. 1925 S. 10 f. (Lucke). Für die Kritik vgl. z. B. Die Deutsche Wirtschaftspartei. Materialien zur Demokratischen Politik Nr. 132. Berlin 1927 S. 27. G. Schreiber, Reichstagswahl und Politische Parteien. Münster 1928 S. 35.

¹⁴⁰⁾ Johannes Popitz (1884—1944), 1925/29 Staatssekretär im Reichsfinanzmin.; unter Papen und Schleicher Reichsminister ohne Geschäftsbereich und kommissarischer Leiter des preuß. Finanzministeriums; vgl. kritisch H. Herzfeld, J. Popitz. Ein Beitrag zur Geschichte des dt. Beamtentums. In: Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für Fritz Hartung. 1958. Hildemarie Dieckmann, J. Popitz. Entwicklung und Wirksamkeit in der Weimarer Republik. Berlin 1960.

¹⁴¹⁾ Friedrich von Holstein (1837—1909) wirkte, 1906 von Bülow entlassen, ohne verantwortliche Stellung im Hintergrund als "Graue Eminenz".

einer wirklichen Sanierung der Finanzen mitzuwirken, hätte sicherlich großes Unheil verhütet werden können.

Auf ihn bezieht sich eine Stelle in meiner späteren Rede vom 15. Mai 1929¹⁴²): "Auch einer anderen Stelle können wir einen schweren Vorwurf nicht ersparen. Ich meine das Finanzministerium als solches, nicht den jeweils die politische Verantwortung tragenden Minister. Das Finanzministerium als solches hat uns auf unsere ständigen Einwände, wir könnten die gesteigerten Ausgaben auf die Dauer unmöglich tragen, immer und immer wieder erwidert, das Reich habe mit derartig steigenden Einnahmen zu rechnen, daß man vermutlich die steigenden Ausgaben werde decken können."

Im Frühjahr 1929 setzte der Umschwung ein. Plötzlich verstummten die Behauptungen von steigenden Reichseinnahmen und der Finanzminister Hilferding¹⁴³) mußte vor den Reichstag treten mit dem Bekenntnis, daß ein großes Defizit nur auf außergewöhnlichem Wege gedeckt werden könne. Er erbat die Genehmigung zur Auflegung einer steuerfreien Anleihe von 500 Millionen und zur Verwertung der im Eigenbesitz des Reichs stehenden Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn. Diese Maßnahmen fanden später ihren Niederschlag in dem "Gesetz über Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage" vom 17. Mai 1929. 144)

Als dieses Gesetz im Reichstage verhandelt wurde, legte ich in einer längeren Rede am 15. Mai 1929 den Standpunkt unserer Partei zur ganzen Finanzgebarung noch einmal dar. Dies rief den Zentrumsabgeordneten Dr. Brüning gegen mich auf den Plan, und ich mußte ihm erwidern, was in ziemlich kräftiger Weise geschah. 145) Das Gesetz erwies sich als ein völliger Fehlschlag; die geplante Anleihe wurde nicht gezeichnet. Nunmehr versuchte das Finanzministerium auf bürokratischem Wege eine Steigerung zu erzielen durch plötzliche und willkürliche Höherschätzung des Haus- und Grundbesitzes. Es geschah dies gerade zu der Zeit, in der unsere deutschen Bevollmächtigten in Paris über den Abschluß des Young-Planes verhandelten. Hierzu nahm ich Stellung in einer längeren Rede am 24. Juni 1929¹⁴⁶), in der ich unter anderem sagte:

"Was war das für ein Unternehmen, in dem Moment, wo sich unsere Bevollmächtigten in Paris alle Mühe gaben, nachzuweisen, daß wir nicht zahlungsfähig sind, 18 Milliarden neues Nationalvermögen wie mit einer Blitzlaterne an die Wand zu zaubern? Wir haben uns außenpolitisch sehr geschadet durch die ganz unsinnige Vortäuschung eines gewaltigen Nationalvermögens, das überhaupt nicht vorhanden ist."

Das ganze Finanzproblem habe ich immer gleichzeitig vom innenpolitischen und außenpolitischen Standpunkte aus betrachtet. In Berlin saß damals der Reparationsagent Parker Gilbert¹⁴⁷), ein langaufgeschossener junger Mann, der unter einem ständigen Lächeln seine Undurchdringlichkeit verbarg, weder Staats-

¹⁴²) Sten. Berichte Bd. 424 S. 1926—1928.

¹⁴³) Rudolf Hilferding (1877—1941), MdR (SPD) 1924—1933, Reichsfinanzminister 1923 und 1928/29.

¹⁴⁴) Schulthess 1929 S. 74.

¹⁴⁵) Sten. Berichte Bd. 424 S. 1928—1930 (Brüning), S. 1937 (Bredt).

¹⁴⁶⁾ Ebd. Bd. 425 S. 2843 ff.

¹⁴⁷⁾ Parker Seymour Gilbert (1892—1938), 1924/30 Generalagent für Reparationszahlungen. Vgl. für das Folgende auch Köhler S. 241 ff. u. ö.

beamter noch Diplomat, sondern aufgrund einer ganz eigenartigen Stellung im Grunde nur der Vertreter des amerikanischen Großkapitals in Europa. So saß er in seinem Büro in der Luisenstraße [Berlin] und beobachtete das deutsche Wirtschaftsleben. Ob er eigentlich deutschfreundlich oder deutschfeindlich war, konnte man schwer erkennen, immerhin aber hätte man seine große Sachkenntnis anders bewerten sollen. Gilbert stand auf dem Standpunkt, daß in Deutschland zu viel ausgegeben würde, insbesondere von den Gemeinden, und daß dadurch die deutschen Finanzen gefährdet würden. So kam er 1927 dazu, in Washington den Rat zu geben, keine deutschen Kommunalanleihen mehr zu genehmigen. Dies rief einen großen Sturm der Entrüstung hervor, der noch dadurch verstärkt wurde, daß der Reichsbankpräsident Schacht¹⁴⁸) in einer Rede in Bochum denselben Standpunkt vertrat. Im Reichstag kam es darüber am 2. Dezember zu einer großen Debatte, in der ich auch das Wort nahm. 149) Ich bezeichnete es als im höchsten Grade unerfreulich, daß wir uns von einem Ausländer derartige Vorhaltungen müßten machen lassen, und stellte mich dann mehr auf den Standpunkt von Schacht. Insbesondere erklärte ich es für richtig, daß auch Schacht die weitere Aufnahme von Anleihen unterbinde, da die Finanzwirtschaft der Städte — als besonderes Beispiel nannte ich Köln — über das tragbare Maß hinausginge. Damals konnte ich nicht wissen, daß die Städte und großen Industrieunternehmungen jetzt um so mehr kurzfristige Darlehen aufnahmen, was unkontrollierbarer und noch viel gefährlicher war. 150)

Es bot sich mir auch Gelegenheit, diese Ansichten zwar nicht vor der Öffentlichkeit, aber um so mehr vor der entscheidenden Stelle zu vertreten. Der Reichsfinanzminister Köhler¹⁵¹) hatte seinen "Reparationsausschuß" eingesetzt, in dem die Fragen in kleinem Kreise verhandelt wurden. Von Regierungsseite nahmen teil der Minister und sein Staatssekretär [Popitz], von jeder Partei ein Abgeordneter. Ich sagte dort rücksichtslos meine Meinung und wies vor allem auf die Tatsache hin, daß unsere ganzen Dawes-Zahlungen lediglich mit Anleihen bestritten würden, und daß der Dollar zur Zeit in Deutschland unter Pari stände, weil so viele in Amerika gemachte Anleihen der Reichsbank zum Umwechseln zugeleitet würden. Im Ausschuß fand ich aber wenig Verständnis, am wenigsten

¹⁴⁸⁾ Hjalmar Schacht (1877—1970), Bankier, 1923/30 Reichsbankpräsident. Vgl. auch Köhler S. 243. Schulthess 1927 S. 181 (18. 11. 1927).

¹⁴⁹⁾ Sten. Berichte Bd. 394 S. 11798 ff.

¹⁵⁰⁾ Der Wirtschaftsaufschwung 1924/29 resultierte nicht allein aus dem Zufluß ausländischen Kapitals, das vielfach nur die Binnenkreditschöpfung abdeckte. Vgl. Kroll S. 43. Für die Rolle der kurzfristigen Auslandsanleihen in der Weltwirtschaftskrise vgl. jetzt Dietmar Keese, Die volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen für das Deutsche Reich in den Jahren 1925—1936. In: Staats- und Wirtschaftskrise S. 71.

¹⁵¹⁾ Am 10. 11. 1927 schrieb Heinrich Köhler (1878—1949), MdR (Ztr.) 1928—1932; 1927/28 Reichsfinanzminister im Kabinett Marx an B.: "Ich beabsichtige, über die allgemeinen Fragen der Reparationspolitik einen Gedankenaustausch in einem kleinen Kreise sachverständiger Herren des Parlaments herbeizuführen, die bereit sind, mir ihren persönlichen Rat in diesen Fragen auch künftig zur Verfügung zu stellen. Ich würde es mit besonderem Dank begrüßen, wenn ich dabei auch auf Sie rechnen könnte." Nachlaß Bredt. Der "Reparationsausschuß" war durch Kabinettsbeschluß am 10. 11. 1927 nach dem Vorbild des Interministeriellen Handelspolitischen Ausschusses gebildet worden und tagte zum erstenmal am 17. November. Schulthess 1927 S. 178; Köhler erwähnt den Ausschuß nicht.

bei dem Minister und dem Staatssekretär. Nur der Abgeordnete $Dauch^{152}$) von der Volkspartei teilte meine Ansichten. Bei den Vertretern des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten herrschten noch völlig die Illusionen der letzten Jahre. An einigen Sitzungen nahm auch Schacht teil und dann war vollends Gelegenheit gegeben, mit Nachdruck zu reden. Es hatte aber nicht den mindesten Erfolg, zumal ein so erfahrener Finanzmann wie der demokratische Vertreter $Dernburg^{153}$) völlig auf Seiten der Regierung stand.

Nun hatte Parker Gilbert es übelgenommen, daß man seine Warnung nach Washington so angefeindet hatte und daß man seine Ratschläge so völlig in den Wind schlug. Wenn sein bisheriges Verhalten vielleicht gut gemeint war, dann wurde es jetzt plötzlich anders. In seinem Jahresberichte¹⁵⁴) schrieb er mit aller Deutlichkeit, daß Deutschland im Innern derart luxuriös wirtschaftete, daß man ihm eine Weiterzahlung der Dawes-Lasten wohl zumuten könne. Er belegte diese Ansicht mit Einzelheiten aus der Finanzwirtschaft des Reichs, der Länder und besonders der Gemeinden, so daß kaum etwas dagegen zu sagen war. Ich legte damals meine Ansichten nieder in einem Aufsatze "Parker Gilbert und wir", der im Februar 1929 in den Preußischen Jahrbüchern erschien, und auf den ich nur verweisen kann.

Frühzeitig besprach ich diese ganze Frage in unserer Fraktion und legte dar, daß eine Zustimmung zum Young-Plan gar nicht in Frage kommen könne, weil sie einfach unehrlich sein würde. Der Dawes-Plan sei nur ein Versuch gewesen und seine Undurchführbarkeit habe sich herausgestellt. Jetzt handele es sich darum, ob wir aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit ruhiger Überlegung diese endgültige Belastung auf uns nehmen wollten. Wenn wir den Young-Plan annähmen, wäre die notwendige Folge die, daß wir in kurzer Zeit unsere Unfähigkeit zur Weiterzahlung erklären müßten; das sei aber schlimmer als eine sofortige offene Erklärung.¹⁵⁵)

Im Ganzen war es in dieser Zeit kein erfreuliches Arbeiten im Reichstage. Man sah deutlich, daß wir weit über unsere Verhältnisse lebten und daß wir allmählich mehr "wohlerworbene Rechte" verliehen hatten und weiter verliehen, als unsere Volkswirtschaft tragen konnte. Es wollte aber niemand hören, und unsere Partei wurde in der schlimmsten Weise angegriffen, weil sie den Finger auf die offene Wunde legte. Für mich und meine Freunde ist es nur gut, daß wir wenigstens nachweisen können, in jener Zeit nicht blind gewesen zu sein.

¹⁵²⁾ Walther Dauch (1874—1943), MdR (DVP) 1920—1932.

¹⁵³) Bernhard *Dernburg* (1865—1937), MdR (DDP) 1919—1930.

¹⁵⁴) Deutschland unter dem Dawes-Plan. Die Reparationsleistungen im zweiten Teil des dritten Planjahres. Der Bericht des Generalagenten vom 10. Dezember 1927 nebst Sonderberichten der Kommissare und Treuhänder. 1928.

¹⁵⁵⁾ Bredt, Reparationsfrage (1932) S. 97—105; die Annahme des Young-Plans bezeichnet Bredt als schweren Fehler (S. 98); siehe auch Einleitung S. 41.

Viertes Kapitel

Wissenschaft

(1921 - 1929)



Wissenschaft

Die beiden ersten Bände des "Kirchenrecht" (1921/22) fanden in der wissenschaftlichen Kritik lobende Anerkennung.¹) Die Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Bonn verlieh B. am 20. Juni 1925 die Würde eines Ehrendoktors.

Für mein Kirchenrecht hatte ich eingehende Studien über die Reichsverfassung machen müssen, die weit über die einschlägigen Artikel betreffend die Kirche hinausgingen. Ich hatte aber überhaupt in jener Zeit tiefe Einblicke getan in das ganze innere Getriebe der neuen Republik, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich. So kam mir der Gedanke, ein Buch zu schreiben, das ebensowenig ein Lehrbuch wie ein Kommentar sein sollte, das aber die Kenntnis der inneren Zusammenhänge und vor allem das historische Werden der neuen Verfassungszustände vermitteln konnte. Im Abgeordnetenhaus war die Bibliothek so vorzüglich, daß ich meine Darlegungen mit sehr ausführlichen Literaturangaben begleiten konnte. So erschien 1924 bei Stilke mein "Geist der deutschen Reichsverfassung", gerade in dem Zeitpunkte, in dem ich vom Landtag in den Reichstag hinüber[wechselte]. Das Buch fand allgemeine Beachtung und durchweg gute Kritiken.²) [...]

Eine ganz kleine Arbeit aus jener Zeit trug für mich große ideelle Früchte, die sich noch nach langen Jahren bemerkbar machten. Es tauchte in jener Zeit die Frage der Aufwertung auf, und die rechtsgerichtete Münchener Zeitschrift Deutschlands Erneuerung bat mich um einen Aufsatz darüber. In diesem allerersten Stadium der Frage schrieb ich in Heft 9 des Jahrgangs 1924 über "Hypotheken-Aufwertung", daß die Interessen der Hausbesitzer und Hypotheken-Gläubiger durchaus parallel gingen. Es müsse der alte Ertrag des Hauses wiederhergestellt werden, dann müßten sich Schuldner bzw. Eigentümer und Gläubiger in diesen Ertrag nach dem Verhältnis von Ertragswert und Schulden teilen. Bei den Hypotheken liege der ganze Schlüssel der Aufwertungsfrage, da auch Sparkassen und Versicherungen von der Aufwertung ihrer eigenen Hypotheken abhängig seien. Der Aufsatz wurde vom Zentralverband der Hausbesitzer nachgedruckt und in Tausenden von Exemplaren verteilt. Von den Vertretern der Aufwertungsbewegung wurde er aber nicht minder anerkannt. Noch nach Jahren wurde des öfteren davon geredet, daß dieser Aufsatz von mir damals die richtige Lösung angegeben habe. Leider siegte damals aber der Fiskalismus des Reichskanzlers Luther3), und durch die Hauszinssteuer4) wurden beide Teile

Vgl. u. a. Juristische Wochenschrift H. 12 v. 15. 6. 1922 S. 891 f. (F. Giese); Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte (Kan. Abt. XII) Bd. 43, 1922 S. 511—513 (K. Rieker). Die Reformierte Kirchenzeitung (1923 S. 62 f.) pries die beiden Bände als "ein Ereignis für die Reformierten"; Preuß. Jahrbücher 195, 1924 S. 298—301.

²) B. hebt besonders die zustimmende Kritik seines Lehrers Philipp Zorn in der Deutschen Juristen-Zeitung v. 15. 12. 1924 (Sp. 1832—1835: Deutsches Staatsrecht) hervor.

³⁾ Hans Luther (1879—1962), 1923/25 Reichsfinanzminister der Kabinette Stresemann (II), Marx (I, II); 1925/26 Reichskanzler; vgl. Luther S. 229 ff.

⁴⁾ Die 3. Steuernotverordnung über die Aufwertungsfrage vom 14. 2. 1924, die in Preußen "Hauszinssteuer" genannt wurde, bestimmte die Aufwertung der Vermögensanlagen auf grundsätzlich 15 v. H. des Goldwertes; im Aufwertungsgesetz v. Juli 1925 wurde der Aufwertungssatz auf 25 v. H. erhöht; Luther S. 239 f.

enteignet, Eigentümer wie Gläubiger. Und den letzten Schaden trug die deutsche Volkswirtschaft.

Weiter bekam ich die Aufforderung, an einer neubegründeten Zeitschrift Der Deutschen-Spiegel⁵) mitzuarbeiten. Ich tat dies sehr gern und gewann ein Organ, in dem ich stets meine politische Ansicht äußern konnte mit der Gewähr, daß ein großer Leserkreis davon Kenntnis erhielt. Der Verleger Haeuber war ein großer Geschäftsmann, der es verstanden hatte, sich im damals noch bestehenden "Reichsbürgerrat" unter Vorsitz von Exzellenz von Loebell einen sehr brauchbaren Hintergrund zu schaffen. So kam es, daß wesentlich von dieser Stelle aus jener "Loebell-Ausschuß" ins Leben gerufen wurde, der die Wahl des Reichspräsidenten in die Hand nahm. Einige Zeit darauf schwenkte der Deutschen-Spiegel plötzlich um in eine mir unverständliche Richtung — vermutlich spielten finanzielle Gründe mit —, und ich verlor den Zusammenhang.⁶)

Das Wichtigste und Schönste war für mich aber die Mitarbeit an den Preußischen Jahrbüchern, die bei Stilke erschienen und deren Eigentum er auch erwarb. Hier schrieb ich im Laufe der Jahre eine ganze Reihe von Aufsätzen⁷), deren Ausarbeitung mir große Freude machte. Und es war von ungeheurem Werte, daß ich hier ein Organ zur Verfügung hatte, in dem ich wissenschaftlichen Gegnern ohne Einschränkung antworten konnte, so namentlich in meinem Streite mit Dr. Michaelis.⁸) Als Stilke später zweimal⁹) in der "Deutschen Gesellschaft" namens der Preußischen Jahrbücher ein Festessen gab, an dem die ersten Größen der Wissenschaft und Gesellschaft teilnahmen, ließ er mich beidesmal die Rede für die Mitarbeiter der Preußischen Jahrbücher halten.

Eine Arbeit kann ich dabei besonders hervorheben. Ostern 1926 hatte ich eine Reise durch Italien bis Sizilien gemacht. Auf der Rückreise in Rom traf ich Mussolini leider nicht an, lernte aber bei dem Deutschen Botschafter v. Bergen¹⁰) seinen Mitarbeiter Grafen Gravina¹¹) kennen, den späteren Völkerbundskommissar in Danzig. Wir kamen daraufhin in eine Korrespondenz¹²), die sich auch auf die Kriegsereignisse erstreckte und schließlich dahin führte, daß wir uns literarisch über die Frage der italienischen Bundesgenossenschaft auseinandersetzten. Ich legte meine Ansichten in ganz objektiver Weise dar, und Graf Gravina antwortete ebenso. Die beiden Aufsätze erschienen gleichzeitig auf deutsch in den Preußischen Jahrbüchern vom April 1929 und auf italienisch in der Rassegna Italiana, ebenfalls vom April 1929.

Ausführlich berichtet B. über die Tagung der Presbyterianischen Allianz in Budapest am 3.—13. September 1927.¹³)

⁵⁾ Siehe auch für das Folgende S. 178 f. und das Schriftenverzeichnis S. 60 ff.

⁶⁾ Den letzten Aufsatz veröffentlichte B. am 27. Mai 1927 in Heft 21.

⁷⁾ Siehe das Schriftenverzeichnis S. 59 ff.

⁸⁾ Siehe S. 216.

⁹⁾ Handschriftlich verbessert in "zwei Jahre".

¹⁰⁾ Diego von Bergen (1872—1944), 1919—1944 Gesandter, später Botschafter beim Vatikan.

¹¹⁾ Manfredo Graf Gravina, ital. Diplomat, verschwägert mit Houston Stewart Chamberlain, Enkel von Cosima Wagner; 1929/32 Völkerbundskommissar in Danzig.

¹²) Im Nachlaß Bredt sind 5 Briefe von Gravina aus den Jahren 1928/29 überliefert; für die beiden Aufsätze siehe das Schriftenverzeichnis S. 65 Nr. 261 f.

¹³⁾ RKZ Nr. 39 v. 25. 9. 1927 S. 307 f.

Es kam in jener Zeit auch eine große und bedeutsame Arbeit an mich heran, die meine altererbten monarchischen Empfindungen noch einmal aufleben ließ¹⁴): die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und dem Königshaus. Der äußere Gang der Ereignisse war folgender: Am 13. November 1918 erging eine "Bekanntmachung betreffend die Beschlagnahme des preu-Bischen Kronfideikommiß-Vermögens". Da dies noch nicht zu genügen schien und man die genaue Abgrenzung gegenüber dem reinen Privatvermögen nicht kannte, folgte am 30. November 1918 eine weitere Bekanntmachung "betreffend Beschlagnahme des Vermögens des preußischen Königshauses". 15) Daran schlossen sich Verhandlungen über eine endgültige Auseinandersetzung, die zu einem Vergleich vom 26. Januar 1920 führten, der aber von der verfassunggebenden [preußischen] Landesversammlung abgelehnt wurde. 16) Es folgten neue Verhandlungen, die dahin führten, daß der volksparteiliche Finanzminister von Richter¹⁷) am 28. Januar 1924 einen neuen Vergleichsvorschlag vorlegte, der aber von dem Bevollmächtigten des Kaisers, Exzellenz von Berg¹⁸), sofort als unzureichend abgelehnt wurde.

Unterdessen hatte sich die Lage des Königshauses nicht unerheblich verbessert. Prinz Friedrich Leopold von Preußen¹⁹) hatte in einem langen Rechtsstreit auf Anerkennung seines Eigentums an der Herrschaft Flatow-Krojanke in einem Reichsgerichtsurteil vom 21. Juni 1924 obsiegt; der preußische Fiskus hatte ganz ungeheuerliche Prozeßkosten zu tragen. Die regierende Linie hatte geklagt auf Anerkennung des Eigentums an den Herrschaften Schwedt, Vierraden und Wildenbruch. Da hierüber schon am 24./28. Juni 1872 ein Urteil des Obertribunals ergangen war, hatte auch der neue Staat jetzt das Eigentum anerkannt.20) Dann waren zwei weitere Klagen angestrengt worden. Die Generalverwaltung des Königshauses hatte geklagt auf Anerkennung des Eigentums an zwei kleinen Gütchen Mittweida und Skulen, die aber nur als Präjudiz für das Eigentum am ganzen Haussideikommiß gelten sollten. Bei einer Klage auf das ganze Hausfideikommiß wären die Prozeßkosten überhaupt nicht zu erschwingen gewesen. Umgekehrt hatte der Staat geklagt auf Anerkennung des Eigentums an einem Gütchen Theurow, das ebenfalls ein Präjudiz für das Hausfideikommiß sein sollte. Da die rechtliche Lage des Hausfideikommisses keine einheitliche war,

¹⁴⁾ Die erste Fassung lautete: "Es kam [...] heran, die mit einer gewissen inneren Wandlung endete und für meine monarchische Gesinnung einen Abschluß bedeutete."

¹⁵⁾ Schulthess 1918/I S. 479; die Verwaltung des vorläufig mit Beschlag belegten Vermögens übernahm das preuß. Finanzministerium.

¹⁶) Gemeint ist der Entwurf (Drucksache Nr. 1722) eines Gesetzes über die Vermögensausein-andersetzung zwischen dem Preuß. Staat und dem Preuß. Königshaus. Drucksachen 1919/21 Bd. 5; abgelehnt am 2. März (Sten. Berichte Landesversammlung Bd. 8 Sp. 10285 ff.), am 30. November (Ebd. Bd. 11 Sp. 14237 ff.) und am 17. Dezember 1920 (Ebd. Bd. 12 Sp. 15271 ff.).

¹⁷) Ernst von Richter (1862—1935), 1921/25 preuß. Staats- u. Finanzminister.

¹⁸⁾ Zu Friedrich von Berg (1866—1939) vgl. die von Heinrich Potthoff vorbereitete Edition der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

^{19) (1865—1931),} Neffe Kaiser Wilhelms II.; vgl. Heinig S. 150—156 und ders., Fürstenabfindung? Berlin 1926 S. 13.

²⁰) Bredt, Vermögens-Auseinandersetzung (1925) S. 44 f.

hatten sowohl die Generalverwaltung wie das Finanzministerium ein Stück herausgreifen können, bei dem die Rechtslage besonders günstig war.

Nun hatte am 15. Juni 1923 der preußische Landtag eine Entschließung angenommen, nach der die Regierung eine Denkschrift über die gesamte Frage der Vermögensauseinandersetzung vorlegen sollte. ²¹) Diese wurde im Finanzministerium
ausgearbeitet und am 2. September 1924 vorgelegt. ²²) Ich gehörte dem Landtage
schon nicht mehr an, ließ mir aber die Denkschrift geben und studierte sie genau.
Sie war so weitschweifig und verwickelt abgefaßt, daß sie für den Nichtfachmann
kaum zu lesen war. Gerade deshalb war sie aber gefährlich für das Königshaus,
weil sie mit sehr einseitigen Argumenten zu sehr einseitigen Schlüssen kam. Es
konnte auf diese Weise leicht im Landtage die Meinung aufkommen, daß die
Staatsregierung völlig im Rechte sei, ohne daß man die Gründe näher prüfte.

Zunächst schrieb ich an den mir wohlbekannten Generalbevollmächtigten des Kaisers, Exzellenz von Berg, den früheren Oberpräsidenten von Ostpreußen und vorletzten Chef des Zivilkabinetts. Ich setzte ihm auseinander, daß die Denkschrift sehr gefährlich werden könne, daß es aber auch sehr wohl möglich sei, ihre Argumente zu widerlegen. Es kam eine höfliche Antwort, die darauf hinauslief, bei der Generalverwaltung werde an einer Widerlegung der Denkschrift gearbeitet. Es kam aber auch noch ein weiterer Brief von einem jungen Assessor Dr. Schirdewahn, der in Marburg bei mir studiert und Examen gemacht hatte, jetzt aber in Diensten des Königshauses die Prozesse bearbeitete. In meinem Kolleg hatte ich einmal über die Frage der Vermögensauseinandersetzung gesprochen, und diese Ausführungen hatte Schirdewahn nicht nur im Gedächtnis behalten, sondern auch schon verwertet. Als er jetzt von meinem Briefe hörte, schrieb er mir vertraulich, es sei sehr geboten, daß ich mich selbst einmal um die Prozesse kümmerte. Herrn von Berg aber riet er dringend zu, mich bei den ganzen Fragen heranzuziehen. So kam es, daß ich über ein Jahr lang meine Arbeitskraft dem Königshause und seinen Vermögensinteressen widmete.

Es mußte meine erste Aufgabe sein, auf die Denkschrift der Regierung zu antworten. Bei näherem Zusehen stellte sich nämlich heraus, daß von Seiten der Generalverwaltung hier nichts geschah, und daß die angenommenen Rechtsanwälte sich mit dem Kern der ganzen Dinge kaum befaßten. Der einzige wirkliche Bearbeiter war bis dahin Schirdewahn gewesen. Ich schrieb also eine Denkschrift unter dem Titel: "Die Vermögens-Auseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und dem Königshause" [1925]. Ich ging sehr genau ein auf die ganze geschichtliche Entwicklung und die daraus folgende Rechtslage.

Es war klar, daß die gesamten Staatsdomänen restlos dem Staate gehörten; das war nötig zu sagen, weil die Zeitungen häufig behaupteten, das Königshaus verlange Staatsdomänen. Umgekehrt war es klar, daß das reine Schatullvermögen, Cadinen und andere Güter, dem Königshause gehörte. Zwischen beiden

²¹) Sitzungsberichte 1921/24 Bd. 13 Sp. 18154, 18223 (149:136); Drucksachen (1921/24) Bd. 11 S. 6568 Nr. 5748 v. 12. 6. 1923.

²²) Drucksachen (1921/24) Bd. 14 S. 9019—9122 Nr. 8043 v. 2. 9. 1924 — Bredt, Vermögens-Auseinandersetzung (1925) S. 5.

stand das Kronfideikommißvermögen, um das es jetzt ging. In meinem Kolleg hatte ich seinerzeit gesprochen von dem Gesetz vom 17. Januar 1820, in welchem die Kronfideikommißrente geschaffen wurde.²³) Daran hatte ich die Ansicht geknüpft, daß in diesem Jahr auch eine Auseinandersetzung in bezug auf den Grundbesitz stattgefunden haben müsse, denn so allein sei es zu erklären, daß von den Schlössern ein Teil zu den Staatsdomänen, ein Teil zum Kronfideis kommiß gehöre. Nunmehr versuchte ich, aus den Akten des Hausministeriumeinen Beweis hierfür zu erbringen, und dies gelang auch bald. Da nun das Kronfideikommiß dazu bestimmt war, einmal die Krone zu repräsentieren, weiter aber auch die Königliche Familie zu ernähren, so folgerte ich, daß demnach eine Teilung des Kronfideikommisses stattfinden müsse. Jedenfalls verteidigte ich in der Broschüre den Anspruch auf einen Teil des Kronfideikommisses, aber im Grunde nur deshalb, weil damit eine Möglichkeit des Nachgebens geschaffen werden sollte.

Eigentlicher Streitgegenstand war nicht das Kronfideikommiß, sondern das Hausfideikommiß (Hofkammer), eine von Friedrich Wilhelm I. gestiftete Gütermasse für nachgeborene Söhne, die aber infolge Aussterbens der Linie an das Königshaus zurückgefallen war. Dieses Hausfideikommiß sollte gegenüber den Ansprüchen des Staates in seinem ganzen Bestande erhalten werden; deswegen verteidigte ich in meiner Schrift zunächst das Kronfideikommiß, um dadurch die Rückzugslinie auf das Hausfideikommiß freizuhalten. Beim Hausfideikommiß sprach ich auch nicht etwa von einer Teilung, sondern nur von restloser Anerkennung des Eigentums des Königshauses.

Eine wohlüberlegte Äußerlichkeit wirkte bei meiner Denkschrift sehr nützlich. Die staatliche Denkschrift war nicht lesbar, daher legte ich bei der meinigen alles darauf ab, sie lesbar zu machen. Der Druck war weit und klar, die wichtigeren Stellen waren gesperrt, die entscheidenden Stellen fett gedruckt. Die Anmerkungen fanden sich in ganz kleinem Druck erst am Ende der Broschüre; sie enthielten die wissenschaftlichen Beweisstücke sehr vollständig und ausführlich. Es zeigte sich später, daß ich richtig gerechnet hatte. Diejenigen Abgeordneten, die meine Broschüre "gelesen" hatten, waren nur über die fett gedruckten, allenfalls über einige gesperrte Stellen hinweggeflogen; sie "kannten" daher aber das, was sie kennen sollten! Wer sich aber mit den Fragen wirklich befassen wollte - die Herren vom Finanzministerium an der Spitze -, der fand in den Anmerkungen ein wissenschaftliches Material, gegen das kaum etwas zu unternehmen war. Die Denkschrift erschien als Buch bei Stilke, mit einem Vorwort von Herrn v. Berg, und zwar so, daß am Silvesterabend 1924 dem Kaiser in Doorn das erste Exemplar vorgelegt werden konnte. In der Presse fand die Denkschrift sachlich allenthalben eine gute Aufnahme, nur wurden die politischen Folgerungen sehr verschieden gezogen. Ich sah mich auch bald genötigt, in der Presse bekannt zu geben, daß ich nicht gegen Honorar, sondern lediglich der Sache wegen tätig sei.

Mit der Denkschrift war meine Tätigkeit keineswegs zu Ende, sondern es galt jetzt, die Prozesse zu bearbeiten. Beinahe jeden Tag war ich im Niederländischen

²³) Ebd. S. 23.

Palais, Unter den Linden 36, und diese vielen Stunden sind mir in angenehmster Erinnerung. Im oberen Stockwerk saß Herr von Berg, der aber nur selten von seinem ostpreußischen Gut Markienen herüberkam. Unten links saß der eigentliche Bearbeiter, Geheimrat Ziersch²4), ein pflichttreuer und aufrichtiger Diener seines Herrn, wenn auch etwas umständlich. Unten rechts saß der Hofmarschall Graf Rantzau²5), der sich aber wenig betätigte und dafür um so mehr von seinem Bruder erzählte, dem Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau, dem er mit unendlicher Liebe zugetan war. Ich verkehrte auch gesellschaftlich mit ihm und schätzte den liebenswürdigen Mann sehr. Im hinteren Zimmer nach dem Palais des alten Kaisers zu saß Assessor Schirdewahn, und dort wurden die eigentlichen Arbeiten gemacht.

Beim Haussideikommiß war ein schwieriger Punkt zu überwinden. Noch als absoluter Monarch — nach dem Tode des letzten Inhabers Prinz August von Preußen [1779—1843] — hatte der König durch Kabinettsordre vom 3. August 1844 entschieden, daß die Herrschaft Wusterhausen und das Amt Niegripp zum Haussideikommiß und nicht zu den Staatsdomänen gehören sollten. ²⁶) Die Kabinettsordre war ergangen im Gegensatz zu einem Gutachten des Justizministers von Savigny²⁷), das der Rechtshistoriker Eichhorn²⁸) vorgearbeitet hatte. Gegen diese Autoritäten war schwer anzukommen, ich ließ aber im Prozeß geltend machen, daß vor dem Erlasse der Verfassung der König allein zivilrechtlich zu einer Vertretung des Staates befugt gewesen sei. Man könne daher den Inhalt der Kabinettsordre beurteilen wie man wolle, man könne aber ihre Gültigkeit und Wirksamkeit nicht bestreiten. Tatsächlich sind wir mit diesem Argument später bei Gericht durchgekommen.

Als die Gegenseite mit großen Schriftsätzen das Eigentum des Staates am Hausfideikommiß nachweisen wollte, kam mir folgender Gedanke: Wenn das Hausfideikommiß Staatseigentum war, dann mußten seine Einnahmen und Ausgaben durch den Staatshaushalt laufen nach dem Gesetz vom 11. Mai 1898; sie mußten auch der Prüfung durch die Oberrechnungskammer unterliegen nach dem Gesetz vom 27. März 1872. Da beides nicht der Fall war, mußte man e contrario schließen, daß kein Staatseigentum vorlag. Als ich dies geltend machte, wurde eingewendet, es könne dennoch die Substanz dem Staat gehören, wenn auch die Einnahmen an das Königshaus abgetreten seien. Daraufhin ließ ich im Hausarchiv nach Fällen suchen, in denen die Hofkammer Stücke Landes verkauft hatte, ohne daß diese durch den Staatshaushalt gingen oder die Oberrechnungskammer mitgewirkt hatte. Damit war meine These unangreifbar. Dieses Argument trug wesentlich zu unseren Erfolgen bei. Ich machte auch auf eigene Faust einige Reisen, die der Prozeßführung außerordentlich zustatten kamen.

²⁴) Georg Ziersch, Geh. Oberregierungsrat.

²⁵) Ernst Graf zu Rantzau († 1930), Zwillingsbruder des Grafen Ulrich Brockdorff-Rantzau (1869 bis 1928), seit 1922 dt. Botschaft in Moskau.

²⁶) Bredt, a.a.O. S. 43, 91 ff.

²⁷) Friedrich Carl von Savigny (1779—1861), 1842/48 preuß. Minister für Gesetzgebung.

²⁸⁾ Karl Friedrich Eichhorn (1781-1854).

Im Februar 1925 wurde der Prozeß betreffend Mittweida und Skulen vom Landgericht Cottbus entschieden, und zwar ohne Einschränkung zugunsten des Königshauses. Mir war es eine besondere Befriedigung, daß die Urteilsbegründung wesentlich auf meiner Denkschrift aufgebaut war und deren Beweisführung in großen Zügen wiedergab. Jene Kabinettsordre von 1844 war dabei als nicht entscheidend bezeichnet worden. Das Urteil machte in der Öffentlichkeit großes Aufsehen und war für die Beurteilung der ganzen weiteren Fragen von grundsätzlicher Bedeutung.²⁹)

Ende Juni 1925 kam der zweite Prozeß betreffend Theurow zur Entscheidung am Landgericht Frankfurt an der Oder. Die Rechtslage war hier weniger günstig, weil man hier Argumente geltend machen konnte, die sich auf eine besondere Stellung von Theurow bezogen; deshalb hatte der Staat auch dieses Objekt herausgegriffen. Ich hatte hier einige Bedenken und wies deshalb mit aller Schärfe hin auf die Beurteilung der Kabinettsordre von 1844, wobei ich Mühe hatte, die anderen Herren von der Wichtigkeit dieses Argumentes zu überzeugen. Tatsächlich fußte aber das Urteil im wesentlichen nur auf diesem Argument, und der Prozeß wurde damit gewonnen. Die Staatsregierung legte zwar Berufung gegen die Urteile ein, aber es kam am Kammergericht zu keiner Verhandlung mehr.

Am 20. Juli schickte der preußische Ministerialdirektor Erythropel³0), unser Gegenspieler in dieser ganzen Zeit, formulierte Vorschläge zu einem neuen Vergleich. Herr von Berg berief eine Sitzung ein, an der die Herren von der Generalverwaltung und die Rechtsanwälte teilnahmen. Ich setzte damals auseinander, der Grundbesitz werde durch die steigenden Steuern und Löhne, dazu die fallenden Preise immer unrentabler und auch unverkäuflicher werden; mir schiene es daher besser, einen Teil des Grundbesitzes gegen eine wertbeständige Goldrente an den Staat abzutreten. Dem wurde aber entschieden widersprochen und der Anspruch in erster Linie auf Grundbesitz abgestellt. Heute glaube ich bestimmt, daß ich damals Recht hatte.

Nach längeren Verhandlungen kam am 12. Oktober 1925 ein Vergleich zustande, der zwar sehr viel ungünstiger war als jener erste von 1920, der aber aufgrund der beiden gewonnenen Prozesse doch immerhin auf seiten des Staates ein weites Entgegenkommen zeigte. Ich weiß es noch wohl, wie ich damals zu Herrn von Berg sagte: "In der großen Öffentlichkeit werden die gewonnenen Prozesse und auch der Vergleich noch ruhig hingenommen. Wenn aber erst einmal bekannt wird, daß unter dem Streitobjekt "Wusterhausen" nicht etwa nur das kleine Jagdschlößchen, sondern ein Komplex von rund 400000 Morgen zu verstehen ist, dann können wir vielleicht noch etwas erleben." So kam es auch tatsächlich, und der Vergleich vom 12. Oktober führte noch zu großen weiteren Kämpfen.

Am 23. November 1925 brachte der demokratische Abgeordnete Koch-Weser³¹) mit Hilfe seiner Fraktion einen Antrag ein, nachdem die Länder ermächtigt

²⁹⁾ Nicht ermittelt.

³⁰⁾ Dr. Hermann Erythropel, Min.Dir. im preuß. Finanzministerium.

³¹) Erich Koch(-Weser) (1875—1944), MdR (DDP/Staatsp.) 1919—1930. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 405 Nr. 1527 v. 23. 11. 1925: "Entwurf eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern".

werden sollten, die Auseinandersetzung mit den früheren Fürstenhäusern einseitig durch Gesetz zu regeln, unter Ausschluß des Rechtsweges; es sollte in dieser Weise sogar die Entschädigung bei Enteignungen festgesetzt werden. Die Kommunisten brachten darauf sofort den weiteren Antrag ein, das ganze Vermögen der früheren Fürstenhäuser ohne Entschädigung zu enteignen. Die Beratung dieser Anträge fand Anfang Dezember 1925 statt und führte zu einer langen Debatte, in der ich am 3. Dezember ebenfalls das Wort nahm. 32) Schließlich wurden die Aufträge dem Rechtsausschuß überwiesen. 33)

Ehe hier eine endgültige Durcharbeitung erfolgen konnte, brachten Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen ein Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten in Gang. Es trugen sich 12523939 Stimmberechtigte ein34), so daß mit sehr großer Mehrheit das Volksbegehren zustande kam und nunmehr ein Volksentscheid stattzufinden hatte. Die Reichsregierung nahm Stellung zu dem vorgelegten Gesetzentwurf unter dem 24. April 1926 und sprach sich sehr entschieden gegen seine Annahme aus, da er den "Grundsätzen [widerspreche], die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben".35) Außerdem behauptete die Reichsregierung, der Gesetzentwurf sei verfassungsändernd und legte dazu eine gutachtliche Äußerung vor, offenbar von den Staatssekretären des Reichsjustizministeriums [Joël] und des Reichsinnenministeriums [Zweigert] verfaßt. Die Bedeutung dieses Gutachtens ging weit über die Frage der Fürstenenteignung in seiner allgemeinen Bedeutung hinaus. Nach Artikel 153 der Reichsverfassung mußte man nach dem grammatischen Wortlaut annehmen, daß eine Enteignung ohne Entschädigung aufgrund eines einfachen Reichsgesetzes zulässig sei.36) Dies wurde in dem Gutachten bestritten mit der Darlegung, daß unter einer Enteignung nur eine zweckbestimmte Übereignung, nicht eine Konfiskation zu verstehen sei. Das Gutachten fand natürlich Beifall bei den bürgerlichen Parteien, wurde aber auch hingenommen von den Sozialdemokraten, welche nur aus taktischen Gründen das Vorgehen der Kommunisten mitgemacht hatten und im Grunde froh waren, auf solche Weise aus der heiklen Frage herauszukommen.

Es ist mir noch gut erinnerlich, wie ich in jenen Tagen einen der beteiligten Fürsten antraf. Er stand am Brandenburger Tor und schwang unter drohenden Worten seinen Spazierstock in der Richtung auf den Reichstag. Als er mich erkannte, schüttete er mir sein Herz aus und schilderte mir seine Lage, für die ich volles Verständnis hatte.

³²⁾ Sten. Berichte Bd. 388 S. 4555-4557.

³³⁾ Ebd. S. 4762 — Der von den Koalitionsparteien vereinbarte Kompromiß fand die Zustimmung des Zentrums, der DDP, DVP, BVP und der Wirtschaftl. Vereinigung; er sah die Bestellung eines Reichssondergerichts unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten vor; Schulthess 1926 S. 23 f.

³⁴⁾ In der Zeit vom 4.—17. 3. 1926; Schulthess 1926 S. 51.

³⁵⁾ Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 408 Nr. 2229 Anlage 3: "Darlegung der Reichsregierung zu dem durch das Volksbegehren begehrten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen."

^{36) &}quot;Die Enteignung erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt." — Bredt, Reichsverfassung (1924) S. 342.

Die Beratung des Gesetzentwurfes im Reichstag fand statt am 6. Mai 1926, und ich nahm dazu noch einmal das Wort.³⁷) In der Abstimmung wurde er abgelehnt mit 236 gegen 141 Stimmen. Nunmehr kam er zum Volksentscheid und bekam hier nicht genügend Stimmen.³⁸) Die ganze Opposition war natürlich der Abstimmung fern geblieben, da nach Anerkennung der Verfassungswidrigkeit die Hälfte der vorhandenen Stimmen — rund 18 Millionen — zur Annahme notwendig war. So wurde der Gesetzentwurf auch im Volksentscheid abgelehnt. Wäre die Verfassungswidrigkeit nicht anerkannt worden, so wäre vielleicht³⁹) bei Abstimmung mit Ja und Nein eine Mehrheit für die Fürstenenteignung herausgekommen. Jenes Gutachten, und mehr noch seine Anerkennung im Reichstag, hatte demnach eine sehr große grundsätzliche Bedeutung für die Frage der entschädigungslosen Enteignung und damit in letzter Linie für die ganze bürgerliche Gesellschaftsordnung.

Nun hatten die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien zwar das Volksbegehren bekämpft, waren aber doch nicht geneigt, den Forderungen der Fürsten sehr entgegenzukommen. Es wurde daher ein Gesetzentwurf eingebracht, der unter dem 13. Februar [1926] Gesetz wurde. 40) Danach sollten alle Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Auseinandersetzungen mit Fürsten auf Verlangen eines Teils bis zum Inkrafttreten einer reichsgesetzlichen Regelung ausgesetzt werden können. Bald darauf kündigte der Reichskanzler [Marx] am 10. Juni 1926 ein solches Gesetz im Reichstage an.41) Unter dem Druck dieser Maßnahmen, die bei der Zusammensetzung des Reichstages zu einer Katastrophe für das Königshaus führen konnten, nahm die Generalverwaltung wieder Verhandlungen auf, und es kam zu einem neuen Vertrage vom 6. Oktober 1926, der den alten Vertrag vom 12. Oktober 1925 sehr zuungunsten des Königshauses verschlechterte, dafür aber die Zustimmung des Landtages fand. 42) Ich hatte persönlich darüber eine längere Verhandlung mit dem Finanzminister Höpker-Aschoff⁴³), der eine sehr maßvolle und gerechte Haltung einnahm! Das "Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staat und den Mitgliedern des vormals regierenden Preußischen Königshauses", wurde unter dem 29. Oktober 1926 in der Gesetzsammlung verkündet.44)

³⁷⁾ Sten. Berichte Bd. 390 S. 7041 ff.

³⁸⁾ Am 20. Juni erhielt der zum Volksentscheid vorgelegte Gesetzentwurf betr. Enteignung der Fürstenvermögen nur 15551218 Ja-Stimmen; Schulthess 1926 S. 119.

³⁹⁾ Handschriftlich verbessert aus "vermutlich".

⁴⁰⁾ RGBl. 1926/I, S. 101: "Gesetz über die Aussetzung der Rechtsstreitigkeiten über die Auseinandersetzung mit den ehemals regierenden Fürstenhäusern vom 13. 2. 1926".

⁴¹) Sten. Berichte Bd. 390 S. 7421 f.

⁴²) Schulthess 1926 S. 152, 153 f.

⁴³⁾ Hermann Höpker-Aschoff (1883—1954), MdR 1930/32 (Staatsp.), MdL (DDP) s. 1921, 1925/31 preuß. Finanzminister. — In einem später gestrichenen Passus der 1. Fassung läßt B. den preuß. Finanzminister nach einem Gespräch in der Wandelhalle des Reichstages das Resümee ziehen: "Wir müssen uns eben vergleichen."

⁴⁴⁾ RGBl. 1926/I S. 481. — In der 1. Fassung fügte B. folgende Anmerkung hinzu: "Ein Wunsch von mir war es immer gewesen, es möchte auf den ganzen Schlössern und Häusern des Königshauses nur die alte Hohenzollernfahne (weiß-schwarz-geviert) gehißt werden. Es sollte damit der ganze unglückliche Flaggenstreit ausgeschaltet und das Grundvermögen

An all diesen Vorgängen und Arbeiten nahm ich bis zuletzt teil, aber mit dem Herzen war ich nicht mehr ganz dabei. Von Anfang an hatte ich erklärt, daß ich nicht das geringste Honorar haben wollte; ich hatte nicht einmal einen Autorenverdienst bei dem buchhändlerischen Vertriebe meiner Denkschrift angenommen. Die ganzen Arbeiten machte ich lediglich aus Anhänglichkeit an das Königshaus, nicht zuletzt an die Person des Kaisers und Königs selbst. Aus dem Grunde lag mir auch daran, daß der Kaiser selbst von meinen Arbeiten Kenntnis nahm. Jedes Jahr hatte ich ihm zum Geburtstage gratuliert und jedesmal eine eigenhändige Antwort bekommen. Die besaß allein drei Fotografien von ihm mit eigenhändiger Unterschrift. Um so auffälliger war es mir, daß der Kaiser sich jetzt völlig zurückhielt. Als der Cottbuser Prozeß gewonnen war und die Urteilsbegründung weitgehend meine Denkschrift wiedergab, schrieb mir Herr von Berg am 17. Februar 1925:

"Seine Majestät der Kaiser und König hat auf die Meldung von dem günstigen Ausgang des Cottbuser Prozesses mich allergnädigst zu beauftragen geruht, allen an diesem erfreulichen Ergebnis Beteiligten Allerhöchst Seine dankbare Anerkennung zu übermitteln." Das war alles, und ich war doch etwas seltsam berührt. Die "Beteiligten" waren zunächst die Herren von der Generalverwaltung, die aber doch Angestellte waren im Gegensatze zu mir. Es waren weiter die Rechtsanwälte, die hohe Honorare nahmen und obendrein ihre Schriftsätze fertig geliefert bekamen. Da empfand ich es als etwas merkwürdig, daß mir kurzerhand mit diesen anderen "Beteiligten" ein etwas kümmerlicher Dank ausgesprochen wurde, ohne daß meine Denkschrift überhaupt zur Erwähnung kam. Wer diese Lage damals verstand, war der Kronprinz. Er kam des öfteren zur Generalverwaltung und erkundigte sich dann auch eingehend nach dem Stande der Dinge. Am 22. Februar 1925 schrieb er mir folgenden Brief⁴⁶):

"Lieber Herr Professor Bredt!

Da ich diesmal infolge meiner sehr knapp bemessenen Zeit während meines kurzen Aufenthaltes in Berlin nicht dazu gekommen bin, Sie zu sehen, möchte ich heute Gelegenheit nehmen, Ihnen auszusprechen, wie dankbar ich Ihnen für die ausgezeichnete Denkschrift in der Frage der Abrechnung des Königlichen Hauses mit dem Staate bin und für Ihr warmes Eintreten für die Gerechtigkeit unserer Interessen. Ich bin überzeugt, daß Ihre klaren und unwiderleglichen Ausführungen dazu beitragen werden, die erfolgreiche Lösung der ganzen schwierigen und wichtigen Frage herbeizuführen.

Bei meiner nächsten Anwesenheit in Berlin rechne ich bestimmt darauf, Sie zu sehen und auch Ihr Urteil über verschiedene Fragen der Politik zu hören, die mich in letzter Zeit lebhaft beschäftigen.

Bis dahin mit besten Grüßen, lieber Herr Professor.

Ihr aufrichtig ergebener Wilhelm."

des Königshauses äußerlich gekennzeichnet werden auf geschichtlicher Grundlage. Bei der damaligen Generalverwaltung fand ich dafür kein Verständnis. Als ich aber Pfingsten 1933 mit meiner Frau auf dem Rheine fuhr, sah ich zu meiner großen Freude auf Schloß Rheineck die Hohenzollernfahne wehen."

⁴⁵⁾ Nachlaß Bredt.

⁴⁶⁾ Nachlaß Bredt; Schloß Oels, den 22. 2. 1925.

Am 18. April 1925 gab der Kronprinz im Niederländischen Palais ein sehr hübsches kleines Diner, zu dem er eine Anzahl Anhänger geladen hatte. Ich saß bei Tische neben ihm und wurde mit großer Auszeichnung behandelt. Auch später unterhielt der Kronprinz freundliche Beziehungen⁴⁷) zu mir, und ich freute mich vor allem an seinem zweiten Sohne Prinz Louis Ferdinand⁴⁸), der mir etwas vom Geiste seines Namens-Oheims⁴⁹) geerbt zu haben schien.

Schließlich sagte ich Herrn von Berg offen, daß ich Zweifel hätte, ob der Kaiser überhaupt von meiner Mitarbeit wisse. Er gab eine ausweichende Antwort, aber bald darauf kam ein kleines Kaffeegeschirr aus Cadiner Ton mit silberner Einfassung und Köningskronen auf einem silbernen Tablett, das die Aufschrift trug:

"Kaiser" und König Wilhelm II., dem Herrn Professor Dr. Bredt in dankbarer Anerkennung seiner besonderen Verdienste um das Preußische Königshaus. Haus Doorn, Pfingsten 1925."

Herrn von Berg sagte ich ehrlich, daß ich kein Anzeichen davon sähe, daß das Service wirklich vom Kaiser sei. Er sagte auch dazu nicht viel, und es ist noch heute meine Überzeugung, daß der gute Geheimrat Ziersch das Ganze arrangiert hatte und der Kaiser nur um sein Einverständnis befragt worden war. Ich glaube weiter, daß dem Kaiser meine Denkschrift gar nicht gefallen hat, weil sie selbstverständlich auf ein republikanisch denkendes Publikum zugeschnitten war und deshalb jeden byzantinischen Ton vermied. So allein konnte ich doch hoffen, etwas auszurichten bei den Sozialdemokraten und Demokraten.

Bald darauf kam die Katastrophe. Auch Herr von Berg und Graf Rantzau verloren die Zufriedenheit des Kaisers und wurden plötzlich kurzerhand entlassen. 50) Graf Rantzau nahm sein Geschick sehr tragisch und starb bald darauf mit kummervollem Herzen. Assessor Schirdewahn wurde ebenfalls entlassen, fand aber bei seiner Tüchtigkeit bald eine neue Lebensstellung. Ich selbst brauchte nicht weiter entlassen zu werden, aber die neuen Herren der Generalverwaltung kannten mich überhaupt nicht mehr. Nur der Kronprinz sah nach wie vor in mir denjenigen, dessen Name mit den Prozessen unlöslich verbunden war und sagte mir dies in den kommenden Jahren noch mehrfach.

Im heutigen Rückblick freue ich mich, daß ich damals so gehandelt habe. Nach den Ereignissen von 1918 war es mir nicht in den Sinn gekommen, alles das über Bord zu werfen, was mir früher hoch gestanden hatte. Mein Bruch mit den Deutschnationalen stammte zum Teil mit aus dem Empfinden, daß dort der monarchische Gedanke mit seinem wirklichen Wert gar nicht mehr vertreten werde. Ich habe dem Hause Hohenzollern meine Treue gehalten, solange und soweit es ging, nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. Insofern ist es mir auch heute gleichgültig, ob der Kaiser meine Tätigkeit anerkannte oder nicht.

Von einer Beteiligung an den Prozessen des Fürsten von Schwarzburg gegen das Land Thüringen zieht sich B. bald zurück, da er nicht "nach eigenem Votum" handeln kann.

⁴⁷) Siehe S. 352 ff.

⁴⁸⁾ Louis Ferdinand (* 1907) v. Preußen.

⁴⁹) Louis Ferdinand (Friedrich Ludwig Christian) Prinz v. Preußen (* 1772) fiel 1806 in der Schlacht bei Jena.

⁵⁰) Ilsemann II S. 42 (16. 11. 1926).

Bald darauf geriet ich in eine andere Arbeit hinein, die mich dann lange Zeit in Anspruch nahm, von der ich aber bis dahin nichts wußte.⁵¹) Eines Tages [1924] trat mein alter Fachkollege Schücking⁵²) im Reichstag an mich heran mit der Frage, ob ich mich beteiligen wolle an einem Antrag, den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß seine Arbeiten wieder aufnehmen zu lassen. Dabei erfuhr ich folgendes: In der Weimarer Nationalversammlung war der nach jeder Niederlage übliche Anlauf genommen worden, die Schuldigen zu erfassen. Ein Antrag 355 wollte einen Staatsgerichtshof einsetzen, der die Vorgänge in der militärischen und politischen Leitung des Reiches untersuchen und darüber einen "Spruch" fällen sollte. Daraus hatte sich nach einem Antrag 946 durch Beschluß vom 20. August 1919 ein Untersuchungsausschuß⁵³) gebildet, der folgendermaßen gedacht war:

"Die Nationalversammlung [wolle beschließen]: aufgrund der Verfassung des Deutschen Reichs, Art. 34, alsbald einen Untersuchungsausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Aufgabe hat, durch Erhebung aller Beweise festzustellen:

- 1. welche Vorgänge zum Ausbruch des Krieges geführt, seine Verlängerung veranlaßt und seinen Verlust herbeigeführt haben, insbesondere:
- 2. welche Möglichkeiten sich im Verlauf des Krieges geboten haben, zu Friedensbesprechungen zu gelangen, und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind;
- 3. ob im Verkehr der politischen Stellen der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volksvertretung oder deren Vertrauensmännern Treue und Glauben gewahrt worden sind;
- 4. ob in der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet oder geduldet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzt haben oder über die militärische und wirtschaftliche Notwendigkeit hinaus grausam und hart waren."

Der viel angeseindete Untersuchungsausschuß⁵⁴) hatte seine Arbeiten schon fünf Jahre hindurch betrieben und zweisellos gutes geleistet. Es war gar keine Rede davon, nach Schuldigen zu suchen, aber es wurde sehr ernsthaft angestrebt, das ganze Material zur Beurteilung der Geschehnisse zusammenzustellen. Dazu gehörte neben der Einsichtnahme von Akten vor allem die Vernehmung der Beteiligten. Es waren Bethmann Hollweg, Helfferich, Tirpitz⁵⁵) und andere sehr eingehend vernommen worden, und ihre Aussagen möchte man für die kommende Geschichtsschreibung nicht entbehren. Es war auch sehr unnötig, daß die Öffentlichkeit sich aufregte, als Hindenburg und Ludendorff vernommen

⁵¹) In der ersten Fassung lautet der Nebensatz: "zu der ich mich aber nicht gedrängt hatte".

⁵²⁾ Walther Schücking (1875—1935), Völkerrechtslehrer in Marburg 1903—1921, MdR (DDP) 1919—1928, Vorsitzender des Gesamtausschusses des Untersuchungsausschusses.

⁵³⁾ Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen. Sten. Berichte (Nationalversammlung) Bd. 329 S. 2698 ff. — Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 335 Nr. 355: "Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofs" (S. 213 f.); für den Antrag Nr. 946 vgl. Anlagen Bd. 338 S. 943.

⁵⁴) Vgl. die Rückschau des langjährigen Generalsekretärs des Untersuchungsausschusses: Eugen Fischer (-Baling), Der Untersuchungsausschuß für die Schuldfragen des ersten Weltkrieges. In: Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergstraesser. Hrsg. v. Alfred Herrmann, Düsseldorf 1954 S. 117—137.

⁵⁵⁾ Alfred von Tirpitz (1849—1930), Admiral, Staatssekretär des Reichsmarineamts 1897—1916; 1917 Mitgründer der Vaterlandspartei, MdR (DNVP) 1924—1928.

wurden. Sie kamen lediglich als Zeugen und sollten gewisse Vorgänge auf klären für die Kenntnis der kommenden Geschlechter. Gerade ihre Vernehmung allerdings brachte kaum etwas Interessantes. Es war auch kein Zweifel, daß der Schwerpunkt sich immer mehr von der politischen nach der wissenschaftlichen Seite hin verschob. Jedenfalls habe ich mit größtem Interesse und voller Befriedigung im Ausschuß mitgearbeitet.

Es gab vier Unterausschüsse:

- I. Für die Vorgeschichte des Weltkrieges.
- II. Für Friedensmöglichkeiten.
- III. Für das Völkerrecht im Kriege.
- IV. Für die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918.

Ich kam in den vierten Unterausschuß, dessen Arbeiten erst etwas anders abgegrenzt⁵⁷) gewesen waren und in dem folgenden Sachverständigengutachten zur Erörterung standen:

Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger: Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918;

General der Infanterie a. D. [Hermann] v. Kuhl: Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive im Jahre 1918.

Geheimrat Professor Hans Delbrück: Korreferat zu den obigen Referaten.

Die bedeutsamste Arbeit war die von Schwertfeger⁵⁸), die in sehr tiefgehender Weise die einschlägigen Fragen behandelte. General v. Kuhl faßte sein Thema vom rein soldatischen Standpunkt aus an, hatte aber das Glück, später dafür den Orden Pour le Mérite für Kunst und Wissenschaft zu bekommen. Delbrück⁵⁹) kritisierte in seiner bekannten Art die Wissenschaft der Militärs. Es sind die Bände 2 [1925] und 3 [1925] der Vierten Reihe im "Werk des Untersuchungsausschusses".⁶⁰)

Am 21. Januar 1925 trat ich in den Ausschuß ein und begann, mich einzuarbeiten. Es lag aus der vorigen Sitzungsperiode ein Entwurf für eine Entschließung vor, der aber nicht verwendbar schien. Ich bekam nun den Auftrag, aufgrund der obigen Gutachten und der anschließenden Erörterungen den Entwurf zu einer Entschließung "betreffend die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs" auszuarbeiten. Ich legte diese Arbeit am 18. März 1925 vor⁶¹); sie wurde aber als zu lang bezeichnet, und ich bekam den Auftrag, meine Darlegungen in die Form von kurzen Thesen zu bringen. Dies geschah, und am 1. April begann die Beratung meiner Thesen⁶²), die natürlich in manchem abgeändert wurden, aber schließlich doch meinen Standpunkt wiedergaben.

 ⁵⁶⁾ Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses.
 1. bis 15. Sitzung des 2. Unterausschusses 1919/20. Berlin 1920; Dorpalen S. 47—58.

⁵⁷) Vgl. das Vorwort zum 1. Band der Veröffentlichungen des 4. Unterausschusses; WUA 1 S. 1.

^{58) (1868—1953);} vgl. für die Arbeit des Untersuchungsausschusses den umfangreichen Nachlaß Schwertfeger im Bundesarchiv Koblenz.

⁵⁹) (1848—1929), Historiker, Hrsg. d. Preuβ. Jahrbücher.

⁶⁰⁾ Die 4. Reihe umfaßt insgesamt 12 (mit Halbbänden 16) Bände (1925-1929).

⁶¹⁾ WUA 1 S. 374 ff.

⁶²⁾ Ebd. S. 388 ff.

In der Sitzung vom 4. Februar 1925 hatte ich dargelegt, daß man die ganzen Fragen nicht nur nach militärischen oder amtlichen Gesichtspunkten beurteilen dürfe. Neben der Obersten Heeresleitung und der Reichsregierung habe doch der Reichstag⁶³) gestanden, der einen großen Einfluß hätte haben können, wenn er ihn gebraucht hätte. Der Reichstag habe aber meistens gerade die Maßnahmen ausdrücklich gutgeheißen, die heute getadelt würden. Diese Ausführungen von mir führten dahin, daß ich den Auftrag erhielt, einen Bericht zu erstatten "über die Frage der Verantwortlichkeit des Reichstages".⁶⁴)

Ich erstattete zunächst am 16. Juni [1925] einen vorläufigen Bericht⁶⁵), der offensichtlich mit Interesse angehört wurde. Aufgrund dieses Berichtes wurde ich aufgefordert, ein ausführliches Gutachten zu verfassen über das Thema: "Der [Deutsche] Reichstag im Weltkriege". Am 26. November [1925] trug ich mein Gutachten inhaltlich vor in einem fast dreistündigen Vortrage, dem ein größerer Kreis aus dem Reichstag bis zu Ende zuhörte. ⁶⁶) Am folgenden Tag beschloß der Ausschuß, mich zum "Sondersachverständigen" ⁶⁷) zu bestellen und mein Gutachten in Druck gehen zu lassen. Ich schied damit als Mitglied aus, und ein Parteifreund trat an meine Stelle. Selbstverständlich konnte ich aber bei allen Gelegenheiten nach wie vor das Wort ergreifen. ⁶⁸)

Bei meinen Arbeiten kam ich in nähere Berührung mit dem Großadmiral von Tirpitz, der mir viele Aufschlüsse gab und dessen Persönlichkeit auf mich großen Eindruck machte. Leider zog ich mir aber auch [sic!] das Mißfallen des Generals Ludendorff zu. Er hatte mir im Krieg viel Gutes getan und mich im Reichstag⁶⁹) immer als Kriegskameraden sehr freundlich behandelt. Jetzt wandte sich sein ganzer Grimm gegen mich, und er erörterte in seiner Zeitung⁷⁰) ernsthaft die Frage, ob ich vielleicht Jude oder Freimaurer sei. Dabei hatte mir nichts ferner gelegen, als ihm irgendwie seinen Ruhm beeinträchtigen zu wollen. Ich konnte nur in meinem Gutachten manche Dinge nicht anders darstellen, als sie urkundlich waren.

Zu Ostern 1926 lag mein Gutachten im Druck vor; es füllt den 8. Band des Werkes [des Untersuchungsausschusses]. Ich studierte die Reichstagsakten eingehend, auch die Protokolle von Geheimsitzungen der Ausschüsse, ließ mir in

⁶³⁾ In der Sitzung v. 4. 2. 1925 erklärte B. u. a.: "Der Reichstag hat eine viel größere Rolle gespielt, als die meisten Leute wissen, und zwar mehr nach der negativen, als nach der positiven Seite. In ganz entscheidenden Momenten ist das negative Gewicht des Reichstags mit Wucht in die Waagschale gefallen, und der Reichstag hat den Ausschlag gegeben. Nehmen Sie nur die Friedensresolution und den Frieden von Brest-Litowsk." WUA 1 S. 300.

⁶⁴) WUA 4 S. 52; Sitzung v. 4. 2. 1925. Die Anregung ging von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Moses (siehe Anm. 72) aus.

⁶⁵⁾ WUA 4 S. 60: "Der Deutsche Reichstag im Weltkrieg".

⁶⁶⁾ Ebd. S. 70.

⁶⁷⁾ Ebd. S. 91.

⁶⁸⁾ B. blieb Mitglied des Untersuchungsausschusses für die allgemeinen Fragen des inneren Zusammenbruchs (Dolchstoß) und die Marinevorgänge 1917 und 1918; in den Verhandlungen über den Deutschen Reichstag im Weltkrieg vertrat die Wirtschaftliche Vereinigung der Reichstagsabgeordnete Holzamer.

⁶⁹⁾ MdR (NSDAP) 1924-1928.

⁷⁰⁾ Ludendorffs Volkswarte.

der Reichskanzlei und im Auswärtigen Amt die einschlägigen Akten vorlegen und befragte vor allem die maßgebenden Persönlichkeiten, so den Großadmiral v. Tirpitz, den Generalleutnant Grafen Waldersee⁷¹), besonders aber die Abgeordneten aus jener Zeit, von denen viele noch im Reichstag waren. Das Gutachten hatte sich allmählich ausgewachsen zu einer politischen Geschichte Deutschlands im Weltkrieg, und so wurde es auch beurteilt. Ich legte den Hauptwert auf quellenmäßige Feststellungen. In meinem Urteil hielt ich mich tunlichst zurück, konnte aber dennoch zu den meisten Geschehnissen Stellung nehmen, weil ich sie teils mitangesehen, teils miterlebt hatte. Jedenfalls habe ich an der Arbeit große Freude gehabt, weil ich als Sachverständiger Zutritt zu allen Stellen hatte und alle Geheimakten einsehen konnte.

Am 5. Mai erstattete der Sozialdemokrat Dr. Moses⁷²) seinen Gegenbericht in einem langen Vortrag, der im 7. Bande 87 Seiten umfaßt. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß ihm sein Bericht, den er verlas, von einem fachkundigen Parteifreunde ausgearbeitet worden ist. Er hatte natürlich mancherlei auszusetzen, sprach sich aber im Ganzen sehr anerkennend aus. Zusammenfassend meinte er:

"Es ist darum wohl nicht zu viel, wenn ich der Meinung Ausdruck gebe, daß das Gutachten *Bredts* einen der wertvollsten Beiträge zur Geschichte des Weltkrieges bildet. Neben diesem Kern des Gutachtens hat die Arbeit *Bredts* neue Lichter auf die Friedenspolitik während des Sommers 1917 selbst geworfen, und auch das muß als Verdienst bezeichnet werden."

Es folgte eine anregende Diskussion, in der unter anderen Graf Westarp⁷³), Dr. David⁷⁴), Dr. Bell⁷⁵) und Scheidemann⁷⁶) sprachen. Alle hatten das Bedürfnis, auseinanderzusetzen, daß ihre eigene Partei an der falschen Politik keinen Anteil gehabt habe. Stresemann schickte ein längeres schriftliches Exposé⁷⁷), vermutlich in seinem Auftrage von einem Anderen verfaßt. [Schließlich] wurden die Thesen zu meiner Arbeit beraten und als Entschließung angenommen.⁷⁸) Am 11. Oktober 1927 erfolgte nach nochmaliger Lesung die endgültige Annahme einstimmig, unter Stimmenthaltung des kommunistischen Mitgliedes.⁷⁹)

Die Überschrift dazu lautete: "Der Innere Zusammenbruch. (Heimatpolitik und Umsturzbewegung)". Sehr erfreulich war die Debatte nicht immer. Vorsitzender des

⁷¹⁾ Im Nachlaß Bredt ist ein Brief von Waldersee v. 14. 12. 1928 an B. enthalten, der den Gedankenaustausch bestätigt.

⁷²) Julius Moses (1868—1942), MdR u. a. Dez. 1924—Juli 1932, seit dem 8. 5. 1925 Mitglied des Unterausschusses und dessen stellv. Vorsitzender, WUA 7/I S. 1—86; für das Folgende vgl. ebd. S. 85.

⁷³⁾ Ebd. S. 93-132, 407-443.

⁷⁴⁾ Eduard David (1863—1930), MdR (SPD) 1903—1930; vgl. ebd. S. 133.

⁷⁵⁾ Johannes Bell (1868—1949), MdR (Zentr.) 1912—1933; vgl. ebd. S. 301—320.

⁷⁶) Philipp Scheidemann (1865—1939), MdR (SPD) 1903—1933; vgl. ebd. S. 295—301 u. ö.

⁷⁷) WUA 7/II S. 300-312.

⁷⁸⁾ In den Sitzungen am 7. Mai in erster, am 12., 14. u. 18. Mai in zweiter und am 30. Juni, 1., 2., 8. Juli, 10. und 11. Oktober 1927 in dritter Lesung; ebd. S. 353, 385.

⁷⁹) WUA 7/I S. 3*—13*. Seit dem 30. 4. 1927 vertrat die KPD der Reichstagsabgeordnete Emil Höllein (1880—1929).

Ausschusses war ein deutschnationaler Studienrat⁸⁰), der sich die größte Mühe gab, die ganzen Verhandlungen in seinem Sinne zu beeinflussen und nur Ergebnisse im deutschnationalen Sinne herauszubringen. Einige meiner Feststellungen wollte er damit entkräften, daß er unter Bezugnahme auf eine Notiz im "Bornaer Tageblatt" behauptete, es seien da noch Dinge vor sich gegangen, die ich nicht kennte und die meine Folgerungen entkräften könnten.⁸¹) Bei dieser Gelegenheit tat sich Professor Martin Spahn⁸²) hervor, der insofern mein Gegner war, als er offensichtlich darauf aus war, überhaupt nichts bei den Arbeiten herauskommen zu lassen. Es sollte die These aufrechterhalten werden können, daß Deutschland unmittelbar vor dem Siegfrieden gestanden habe, als im November 1918 die Politiker alles verdarben.

Nun war aber inzwischen etwas geschehen, was die Geister ziemlich heftig aneinandergeraten ließ. Ich hatte auch die Geschichte der päpstlichen Friedensaktion 1917 mit behandelt, weil gerade hier das Verhältnis der Regierung zum Parlament am deutlichsten in die Erscheinung trat. Dabei hatte ich folgendes festgestellt⁸³):

Die päpstliche Friedensaktion hatte unter dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg begonnen. Der Nuntius Pacelli⁸⁴) hatte dargelegt, daß alles ankomme auf eine deutliche Erklärung Deutschlands, daß es nicht vorhabe, Belgien ganz oder auch nur teilweise zu annektieren. Bethmann hatte sich zusagend geäußert, die endgültige Antwort auf die Papstnote fiel aber schon seinem Nachfolger Michaelis zu. Der Nuntius schrieb am 30. August⁸⁵) noch einmal, es komme alles an auf eine deutliche Erklärung über Belgien. Am 11. September entschied der Kaiser im Kronrat dahin, daß die Erklärung über Belgien abgegeben werden könne. ⁸⁶) Am 15. September kam aber ein Brief⁸⁷) des Feldmarschalls von Hindenburg an Michaelis, der ihn mit großer Entschiedenheit darauf hinwies, daß die Umgebung von Lüttich annektiert werden solle und daß im übrigen Belgien zu einer wirtschaftlichen Angliederung gezwungen werden müsse. Unter solchem Druck der Obersten Heeresleitung ließ sich Michaelis zu seinem Handeln verleiten. Er

⁸⁰⁾ Albrecht Philipp (1883—1962), MdR (DNVP) 1919—1930, bereits vom 2. 10. 1919—21. 5. 1920 stellv. Vorsitzender; in der 3. Wahlperiode wurde er am 21. 1. 1925 zum Vorsitzenden des 4. Unterausschusses bestellt. — In den ungedruckten Erinnerungen "Mein Weg" rechtfertigt Philipp seine Haltung im Untersuchungsausschuß, "die Politik der Konservativen in der Kriegszeit gegen Angriffe der Abgeordneten aus dem Lager der späteren Weimarer Koalition" (S. 234) zu verteidigen. Die Mitarbeit Bredts, "der mit Eifer und Erfolg sich immer wieder bemühte, die Ergebnisse der Beratungen in "Entschließungen" zusammenzufassen" (S. 220) wird von Philipp ohne Ressentiments erwähnt.

⁸¹⁾ Es handelt sich um eine Notiz des Tageblatts für Borna vom 25. 12. 1926 über die Rolle Erzbergers bei der p\u00e4pstlichen Friedensaktion; WUA 7/II S. 173 ff. u. \u00f6.

^{82) (1875—1945),} MdR (DNVP) 1924—1933; vgl. WUA 1 S. 498 f. "Der Unterausschuß hat in, bezug auf die von ihm behandelten Fragen des deutschen militärischen Zusammenbruchs 1918 keine Feststellungen getroffen, welche es rechtfertigen, nach irgendeiner Seite hin zu einem Schuldurteil zu gelangen."

⁸³⁾ WUA 8 S. 132 ff.

⁸⁴⁾ Eugenio Pacelli (1876—1958), s. 23. 4. 1917 apostolischer Nuntius in München. WUA 8 S. 132 f.

⁸⁵⁾ Ebd. S. 135.

⁸⁶⁾ Ebd. S. 138.

⁸⁷) Abgedruckt ebd. S. 140 f.

hatte einen "Siebenerausschuß"88) des Reichstags ins Leben gerufen, dem er versprach, die Antwort an den Papst vorzulegen. Am 10. September trat dieser Ausschuß zu seiner entscheidenden Sitzung zusammen. Michaelis legte eine Antwort an den Papst vor, die über Belgien nichts enthielt, aber im allgemeinen Bezug nahm auf die bekannte Friedensresolution des Reichstags. Graf Westarp und Stresemann hielten sich zurück, weil sie Gegner der ganzen Friedensidee waren. Fehrenbach⁸⁹), Erzberger, Payer⁹⁰) und Ebert ließen sich vorreden, daß die Bezugnahme auf die Friedensresolution genüge. Nur Scheidemann⁹¹) durchschaute das Spiel, drang aber nicht durch. So ging die ausweichende und nichtssagende Antwort [vom 19. September] an die Kurie heraus. Am 24. September aber schrieb Dr. Michaelis einen Privatbrief an den Nuntius hinterher, in dem er die gewünschte Erklärung über Belgien direkt ablehnte. Damit war die päpstliche Friedensaktion natürlich zerschlagen.

Alles das hatte ich in meinem Gutachten anhand der Akten dargestellt, ohne irgendein kränkendes Wort für Michaelis. Es lag mir überhaupt nichts ferner, als diesem irgendwie zu nahe treten zu wollen. Im August 1926 setzte nun Michaelis eine Erklärung93) in die Presse, daß meine Arbeit oberflächlich sei und daß bald "eine wirklich sachverständige wissenschaftliche Autorität" mich widerlegen würde. Ich antwortete sofort in der Presse - zumeist aufgenommen am 22. August -, daß ich meine Beweise antreten würde. Dann gab ich die entscheidende Antwort in den "Preußischen Jahrbüchern", die mir hier wahrlich ein Freund in der Not waren. Ich wußte nämlich aus den Akten des Auswärtigen Amtes, daß Michaelis den Text zur Antwort vom 19. September vorher dem Nuntius gegeben hatte, daß dieser ihn nach Rom an den Kardinalstaatssekretär Gasparri⁹⁴) telegrafiert hatte und daß dieser zurücktelegrafiert hatte, mit dieser ausweichenden Antwort sei jede Friedensmöglichkeit zerschlagen; nur eine deutliche Erklärung über Belgien könne noch helfen. Diese Nachricht hatte Michaelis gehabt, ehe er diese beanstandete Antwort dennoch abschickte; dem Siebenerausschuß sagte er überhaupt nichts davon. Diese ganzen Tatsachen waren in den Druckbogen bereits gesetzt, als plötzlich der Bürokratismus des Auswärtigen Amtes fand, es könne die Kurie solche Veröffentlichung übelnehmen. Ich mußte daher den diesbezüglichen Absatz wieder streichen. 95) Nunmehr schrieb

⁸⁸⁾ Der Ausschuß war von Michaelis zur Beantwortung der Papstnote vom 1. 8. 1917 ins Leben gerufen worden und tagte zweimal, am 28. August und am 10. September 1917, beim Reichskanzler; vgl. ausführlich ebd. S. 143 f.; Quellen 1/I S. 168—180, 184—204.

⁸⁹⁾ Constantin Fehrenbach (1852—1926), MdR (Zentrum) 1903—1918; vgl. das Protokoll der Sitzung in Quellen 1/I S. 184 ff.

⁹⁰⁾ Friedrich von Payer (1847-1931), MdR (FVP) bis 1917.

⁹¹) Scheidemann, Zusammenbruch S. 113 f.; ders., Memoiren II S. 73—81. Scheidemann und Ebert vertraten einen entgegengesetzten Standpunkt; Quellen 1/I S. 198.

⁹²⁾ WUA 8 S. 147.

^{93) &}quot;Die Verhinderung des "Papstfriedens" im Jahre 1917" — Sonderdruck als Flugblatt im Nachlaß Bredt. B. antwortete mit einer Gegenerklärung (Voss. Zeitung v. 22. 8. 1926, Ausschnitt im Nachlaß), die Michaelis zu einer weiteren Erwiderung veranlaßte: "Michaelis an Bredt" (Nachlaß), hier auch das von B. angeführte Zitat.

⁹⁴⁾ Pietro Gasparri (1852-1934), Kardinalstaatssekretär 1914-1930.

⁹⁵⁾ WUA 7/II S. 1; vgl. Hermann Pachnicke, Führende Männer im alten und im neuen Reich. Berlin 1930 S. 171.

ich ohne alle Rücksicht in [den] Preußischen Jahrbüchern einen Aufsatz: "Reichskanzler Michaelis und die päpstliche Friedensaktion". 96) Ich behauptete hier, daß die oben genannten Dokumente im Auswärtigen Amte vorhanden seien und daß Michaelis damit jede Entschuldigung verlöre. Im übrigen möge jene Autorität sich auf diese meine Mitteilungen äußern.

Der Aufsatz machte großes Aufsehen. Der Ausschuß bestand darauf, ohne weitere Rücksicht auf die Kurie die Dokumente zu sehen. 97) Es setzten jetzt aber deutschnationale Bestrebungen ein, die Tatsachen zu verschleiern und aufgrund einer Notiz im Bornaer Tageblatt (!) die amtlichen Dokumente zu entkräften.98) Der übrige gesamte Ausschuß lehnte diese Versuche sofort ab, wollte nunmehr aber diese Dinge endgültig klären. [Die Dokumente] wurden geholt99), und damit hatte ich vor dem Ausschuß meine Sache glatt gewonnen. Am 10. Dezember 1926 wurde beschlossen, den früheren Reichskanzler Michaelis unter Hinzuziehung der früheren Mitglieder des Siebenerausschusses in öffentlicher Sitzung des Ausschusses zu vernehmen. Die Vernehmung von Michaelis fand statt am 14. Dezember 1926 unter großem Zudrang des Publikums und namentlich der Journalisten. 100) Ich möchte mich hier jedes Urteils enthalten, glaube aber, daß Michaelis keinen Erfolg mit seinen Ausführungen hatte. Er wußte selbst sehr wenig und verlangte immer wieder, der Staatssekretär v. Kühlmann solle vernommen werden. Ich muß zugeben, daß ich selbst Michaelis nicht sehr freundlich an dem Tag behandelt habe, aber ich hatte nach seinen Presseangriffen auch keine Veranlassung dazu.

Erst als Michaelis völlig ausgespielt hatte, wurde am 15. und 17. Dezember der frühere Staatssekretär von Kühlmann vernommen. 101) Dieser machte auf das Publikum einen weit besseren Eindruck, weil er seine Sache mit diplomatischer Geschicklichkeit und Wendigkeit vertrat. Ich mußte immer wieder darauf halten, daß das Thema nicht verlassen wurde. Ich glaube, daß Kühlmann meinem Gutachten nicht im geringsten geschadet hat, ich hielt es aber doch für besser, ihm sofort noch einmal in den Preußischen Jahrbüchern zu antworten. 102)

In der offiziellen Entschließung¹⁰³) vom 11. Oktober 1927 bekam ich völlig Recht gegenüber *Michaelis* und seinen Helfern. Es heißt dort unter anderem:

"Der Siebener-Ausschuß ist demnach über die Politik der Reichsregierung hinsichtlich Belgiens, soweit es sich um die päpstliche Friedensaktion handelt, unzureichend und, soweit die Hoffnung auf eine unmittelbare Fühlungnahme mit England bestand, nur durch einige Andeutungen des Staatssekretärs gegenüber einzelnen Mitgliedern des Ausschusses, insbesondere dem Abgeordneten Scheidemann, unterrichtet worden. Die

⁹⁶) 206, 1926 S. 180—203.

⁹⁷) WUA 7/II S. 2—7; Sitzung vom 10. 12. 1926.

⁹⁸⁾ Siehe oben S. 212.

⁹⁹⁾ Die Dokumente wurden nicht geholt, sondern von A. Philipp, E. Fischer und Bredt eingesehen; die Überprüfung bestätigte die Darstellung Bredts. WUA 7/II S. 9 (14. 12. 1926).

¹⁰⁰⁾ WUA 7/II S. 10-60.

¹⁰¹⁾ Ebd. S. 61-150.

^{102) 207, 1927} S. 1-18: Michaelis und Kühlmann.

¹⁰³⁾ WUA 7/I S. 3*-13*, 10*.

Parteien der Friedensresolution blieben infolgedessen der Meinung, daß in der Note vom 19. September 1917 ein genügender öffentlicher Verzicht auf Belgien ausgesprochen worden sei. Die spätere Haltung der Parteien der Friedensresolution zu den Fragen der Kriegführung und der Friedensschlüsse ist durch diese Meinung wesentlich mit beeinflußt worden."

Die Frage, ob 1917 überhaupt eine Friedensmöglichkeit bestanden hätte, war in meinem Gutachten mit Absicht offen gelassen worden, weil ich keine Beweise hatte. Nun wollte zuerst *Michaelis* in der Presse die ganze Sache so darstellen, als ob ich behauptet hätte, es habe eine solche Möglichkeit bestanden, was sich widerlegen lasse. Auch Kühlmann versuchte bei seiner Vernehmung, die Sache auf diese Gleise zu schieben. Das gelang aber nicht, weil ich mich sofort auf mein Gutachten berufen konnte. Später im Ausschuß wurde die Frage aber dennoch behandelt, und es wurde offen ausgesprochen, daß man durch mein Gutachten zu der Überzeugung gekommen sei, den folgenden Satz in die Entschließung¹⁰⁴) aufnehmen zu können:

"Immerhin muß als möglich angesehen werden, daß eine ausdrückliche und öffentliche Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens in Verbindung mit erneuter Charakterisierung des Krieges deutscherseits als Verteidigungskrieg die Friedensbewegung in liberalen und pazifistischen Kreisen Englands wie die Friedenssehnsucht in den breiten Massen überhaupt gestärkt hätte."

Es waren aufregende Tage für mich; denn der Kampf mit Michaelis war nicht einfach. Nicht nur die deutschnationalen Kreise traten für ihn ein, sondern auch die kirchlichen, weil er als frommer und kirchlicher Mann bekannt war. 105 Was mich aber etwas kränkte, war die Tatsache, daß der Kaiser aus Doorn sich berufen fühlte, in einem Brief an Dr. Michaelis vom 17. November 1926 offen für ihn Partei zu nehmen gegen mich. 106 Michaelis verlas den Brief im Ausschuß. Der Kaiser hatte in Doorn gar keine Akten und verließ sich nur auf ein paar Angaben, die Dr. Michaelis ihm mit der Bitte um einen solchen Brief geschickt hatte. Der Kaiser nahm aber ohne weiteres Partei für Michaelis, offenbar ohne an meine Stellung überhaupt zu denken. Damit waren meine inneren Beziehungen zu Kaiser Wilhelm II. aber auch endgültig aus. Er möge seine Tage in Doorn in Ruhe beschließen!

Jene "wirklich anerkannte wissenschaftliche Autorität" entpuppte sich später als der Berliner Historiker Meinecke. Michaelis wollte im Ausschuß ein "vorläufiges Gutachten" von Meinecke vorlegen, das ihm natürlich Recht gab. Darauf sagte aber Meineckes Fakultätskollege Hans Delbrück¹⁰⁷):

"Der Herr Reichskanzler hat sich gestern auf ein Gutachten des Professors Meinecke berufen, aber hinzugefügt, es sei nur ein vorläufiges, der Verfasser habe noch nicht Zeit genug gehabt, es völlig auszuarbeiten. Was ist ein vorläufiges Gutachten, wenn der Autor überhaupt noch nicht zu einer definitiven Auffassung gekommen ist?"

Später hat Meinecke eine Abhandlung über "Kühlmann und die päpstliche Friedensaktion" in den Veröffentlichungen der Preußischen Akademie der Wis-

¹⁰⁴⁾ WUA 7/I S. 10*.

¹⁰⁵⁾ WUA 8 S. 152-154; Nachlaß Bredt.

¹⁰⁶) WUA 7/II S. 14 f.

¹⁰⁷) Ebd. S. 124.

senschaften¹⁰⁸) herausgegeben und seinem Ärger über mich Luft gemacht. Ich überlasse diese Arbeit dem Urteil jedes Lesers.

In "parlamentarischen wie akademischen" Herbstferien entsteht auf Wunsch des Verlages Georg Stilke der dritte abschließende Band des Kirchenrechts, den B. der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn widmet.

In meinem Gutachten für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß hatte ich ganz nebenbei auch die Frage von Belgien gestreift im Zusammenhang mit der Rede von Bethmann am 4. August 1914 und dabei folgendes gesagt¹⁰⁹):

"Der Reichskanzler wußte damals noch nicht, daß Belgien keineswegs neutral gewesen war, daß vielmehr ein weitgehendes Einvernehmen mit unseren Feinden längst bestand. Dem deutschen Generalstab war andererseits völlig klar, daß von einer belgischen Neutralität gar keine Rede sein konnte. Dem französischen Generalstab war der Schlieffensche Plan in etwa bekannt, und der französische Aufmarsch war schon demgemäß eingestellt. Aber auch die belgische Heeresleitung hatte sich in dieser Weise vorbereitet. Die belgischen Befestigungen von Lüttich und Namur lagen an der deutschen Grenze; die Kolossalfestung Antwerpen sollte im Notfalle die ganze Armee aufnehmen können; an der französischen Grenze lagen überhaupt keine Befestigungen. Dies alles veranlaßte den Reichskanzler am 2. Dezember [1914] zu jener zweiten Erklärung, in der er Belgien durchaus als einen Feind bezeichnete."

Diese Sätze sollten lediglich den Grund für die Stellungnahme des Reichskanzlers kennzeichnen, auf die es mir allein ankam; sie riefen aber im Ausland die größte Sensation hervor. Das Brüsseler "Auxiliaire de la Presse" machte mich aufmerksam und schickte mir nach und nach über 400 Zeitungsartikel, die sich mit mir befaßten, gleich als ob ich ein Buch über den Inhalt obiger Sätze geschrieben hätte. ¹¹⁰)

Und dann kam der Hauptschlag. Der Belgische Minister Vandervelde¹¹¹) ließ in der Kammer eine Druckseite verteilen mit folgender Bezeichnung:

"Rapport, présenté aux Chambres législatives par M. le Ministre des affaires étrangères sur certaines conclusions de la Commission d'enquête du Reichstag au sujet des faits de guerre en 1914, Nr. 264, Bruxelles, 23. juin 1927."

In äußerlich höflicher Form wurde schwer gegen mich losgezogen und mir der Vorwurf gemacht, ich kennte die Akten nicht. Es folgte der Nachweis, daß die Befestigungen an der Maas angelegt worden waren nach einem Votum des Feldmarschalls Graf Moltke aufgrund eines diesbezüglichen Briefwechsels zwischen König Leopold II. und Kaiser Wilhelm I. Es folgten noch weitere Nachweise aus Akten, an die bei uns niemand mehr gedacht hatte, weil niemand mehr von ihnen wußte.

¹⁰⁸⁾ Sitzungsber, der Preuß. Akademie der Wissenschaften. Phil.Hist. Klasse 1928. XVII. Berlin 1928 bes. S. 14. M. räumt ein, bei allem Verständnis für Kühlmann und Michaelis, stehen "letzten Endes [...] hier Glaubensmeinungen gegen Glaubensmeinungen" (18).

¹⁰⁹⁾ WUA 8 S. 295 f.

¹¹⁰) Vgl. auch für das Folgende die Mappe "Arbeit über Belgien" im Nachlaß Bredt: Korrespondenz mit Groener, v. Haeften und Foerster.

¹¹¹⁾ Emile Vandervelde (1866—1938), Sozialist, 1917—1937 mehrfach Minister; Text der Rede im Nachlaß Bredt.

Ich selbst hatte jene inkriminierten Sätze in gutem Glauben geschrieben nach alldem, was ich bei der halbamtlichen "Gesellschaft zur Erforschung der Kriegsursachen"¹¹²) gehört hatte und was der ganzen Öffentlichkeit gegenüber als Forschungsergebnis hingestellt worden war. Nunmehr ging ich der Sache nach anhand von Akten, die unbekannt im Auswärtigen Amte schlummerten. Jene Behauptungen im Rapport von Vandervelde stimmten durchaus, es hatte bei uns nur niemend mehr gewußt.

Ich bekam aber auch noch andere Auskünfte und machte weitere Studien. So entstand 1929 mein Buch: "Die Belgische Neutralität und der Schlieffensche Feldzugsplan". Es zerfällt gewissermaßen in zwei Teile, einen völkerrechtlichen und einen militärgeschichtlichen. Die völkerrechtliche Seite ist genau durchgearbeitet, unter Berücksichtigung der völkerrechtlichen Anschauungen in den verschiedenen Nationen. Der wertvollste Teil ist aber zweifellos der militärgeschichtliche. Ich hatte mich zunächst an General Groener¹¹³) gewendet, der mir sehr entgegenkommend Aufschluß gab. Er meinte einleitend, es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo man mit den Geheimnissen herauskommen könne. Er gab mir dann die Aufschlüsse, die sich in meinem Buch finden. Weiter ging ich zum Reichsarchiv in Potsdam und bekam dort von General von Haeften¹¹⁴) und Oberstleutnant Foerster¹¹⁵) sehr genaue weitere Aufschlüsse anhand der auf dem Tisch liegenden Originalpapiere des Grafen Schlieffen. Zum Schluß hatten die Herren sogar die Freundlichkeit, das einschlägige Kapitel "Die militärische Lage" noch genauer durchzusehen und in den Ausdrücken und Einzelheiten durchzufeilen. Das Buch war bestimmt für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß¹¹⁶), kam hier aber infolge der politischen Lage nicht mehr zur Verhandlung. Es erschien dann bei Stilke in derselben Aufmachung wie das Werk des Untersuchungsausschusses. Da es rein wissenschaftlich und objektiv gehalten war, auch keine politische Sensation zu enthalten schien, hatte kaum jemand Interesse dafür. Ein General — ich kannte ihn vom Krieg her genau — schrieb in der Kölnischen Zeitung, ich hätte mir im wesentlichen seine eigenen militärischen Anschauungen "zu eigen gemacht"117); dabei hatte der General selbst noch nie etwas gehört von den Aufschlüssen, die ich von General Groener und im Reichsarchiv bekommen hatte. Eine sehr angesehene Berliner Zeitung lehnte eine Besprechung ab, da der Schlieffensche Plan nicht richtig dargestellt sei! Ich hatte nur die Freude, daß Generalmajor von Hahnke¹¹⁸), der Schwiegersohn des Grafen

¹¹²) Gemeint ist die "Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen" in Berlin.

¹¹³) Wilhelm Groener (1867—1939), s. 26. 10. 1918 Nachfolger Ludendorffs als I. Gen.-Quartier-meister; 1920—1923 mehrfach Reichsverkehrsminister, 1928—15. 2. 1932 Reichswehr und s. Oktober 1931 (bis Ende Mai 1932) auch Reichsinnenminister; G. hatte 1927 eine Studie "Das Testament des Grafen Schlieffen" veröffentlicht.

¹¹⁴⁾ Hans von Haeften (1870—1937), General, Kriegshistoriker, 1920—1931 Dir. d. hist. Abteilung, bis 1934 Präs. des Reichsarchivs, an dessen Gründung er beteiligt war.

¹¹⁵) Wolfgang Foerster (1875—), Präs. des Reichsarchivs.

¹¹⁶) Die Arbeit gehörte in den Themenkreis des 3. Unterausschusses, dessen Arbeiten 1927 erschienen.

¹¹⁷⁾ Nicht ermittelt.

¹¹⁸) Wilhelm von Hahnke (1867—1931), Generalmajor u. Oberquartiermeister der 11. Armee; Brief v. 2. 12. 1928 im Nachlaß Bredt.

Schlieffen, mir namens der Familie Schlieffen einen sehr anerkennenden Dankesbrief schrieb.

Im Ausland machte das Buch um so mehr Aufsehen. Allerdings wurden meine völkerrechtlichen Ansichten im Ganzen abgelehnt, weil man von den Beschuldigungen gegen Deutschland noch nicht abgehen wollte. Dagegen wurde der militärgeschichtliche Teil sehr hoch bewertet, insbesondere von den Fachzeitschriften der Schweiz. Er brachte vom militärgeschichtlichen Standpunkt aus ja auch tatsächlich neues Material und ließ erkennen, daß Deutschland mit dem eigentlichen Schlieffenschen Plan sehr viel mehr erreicht hätte. Vor allem wurde anerkannt, daß in dem Buch keine neuen Beleidigungen gegen Belgien enthalten seien. Ich bekam wieder mehrere hunderte Zeitungsausschnitte, die das Thema variierten, jener Monsieur Bredt de Marbourg habe sich insofern vollkommen gewandelt, als er aus einem enragierten Feind und Beleidiger Belgiens jetzt ein objektiver Beurteiler geworden sei. 119) Schließlich kam sogar Poincaré 120) in seiner Rede auf den Trümmern von Fort Douaumont auf mich zu reden und zog aus meinem Buch die Folgerung, daß man in Deutschland anfange, Belgien objektiver zu behandeln. Er setzte allerdings hinzu: "Mais une hirondelle ne fait pas le printemps." [...]

¹¹⁹⁾ Nachlaß Bredt.

¹²⁰⁾ Raymond Poincaré (1860—1934), 1913—1920 Präs. d. frz. Republik, später mehrfach Min.-Präs.; die Rede wurde von der Nazi-Presse gegen Bredt und die Wirtschaftspartei polemisch ausgenutzt; Pommersche Mittelstand-Zeitung [= DMZ] Nr. 8 [26] v. 23. 6. 1929.

Fünftes Kapitel

Reichsjustizminister

(30. März — 5. Dezember 1930)



Reichsjustizminister

Ende 1929 schließt B. die Niederschrift der Erinnerungen ab; für das kommende Frühjahr plant er eine Seereise um Spanien nach Marseille. Der Bruch der Großen Koalition und die Mitarbeit im Kabinett Brüning vereiteln diesen Plan.

Reichsminister Hilferding hatte zum zweiten Male Fiasko gemacht und zurücktreten müssen, mit ihm der Staatssekretär Popitz.¹) Der bisherige Reichswirtschaftsminister Moldenhauer²), Angehöriger der Deutschen Volkspartei, war Reichsfinanzminister geworden. Auch er war sich anfangs der ganzen Gefährlichkeit der Lage kaum bewußt, und so war es möglich, daß er am 7. März 1930 bei der Beratung des Young-Plans allen Ernstes von Steuersenkungen sprach.³) Ich hielt an dem Tage namens meiner Partei die Rede⁴) und [sagte in] diesem Zusammenhang:

"Wir haben im neuen Programm der Regierung wieder das Wort "Steuersenkung" gelesen. (Zurufe von der Wirtschaftspartei.)

Ich muß es jetzt einmal ganz offen aussprechen, daß wir uns ganz entschieden verbitten, in dieser Weise mit dem deutschen Volke zu reden.

(Lebhafte Zustimmung bei der Wirtschaftspartei.)

Es ist absolut sicher, daβ die Regierung selbst in keiner Weise an das glaubt, was sie jetzt sagt. (Erneute Zustimmung — Zuruf von den Deutschnationalen: Das wird ihr nich bestellt werden! — Heiterkeit.)

Vor Weihnachten hat man schon einmal dasselbe Wort "Steuersenkung" in die Massen hineingeworfen, lediglich um zu verbergen, daß man eine große Steuererhöhung plante. Wir verbitten es uns ganz entschieden, daß dem deutschen Volk jetzt wieder so etwas vorgemacht wird.

(Sehr richtig! Bei der Wirtschaftspartei. — Zuruf: Schwindel!)"

Moldenhauer hatte die Rede nicht mit angehört, es war ihm aber berichtet worden, es sei das Wort "Schwindel" gefallen, was er dann sehr erregt zurückwies. Es war aber nur ein Zwischenruf von anderer Seite gewesen, und ich konnte ihm erwidern, daß ich ein solches oder ähnliches Wort nicht gebraucht hätte. Im Stenogramm strich Moldenhauer später diese Sätze heraus, so daß meine Erwiderung im Berichte nicht recht verständlich ist.⁵)

Meine Rede [am 7. März] zum Young-Plan schloß ich mit den Worten⁶):

"Es liegt im höchsten deutschen Interesse, daß im Auslande nicht der Gedanke aufkommt,

¹⁾ Am 21. 12. 1929 genehmigte der Reichspräsident das Abschiedsgesuch des Reichsministers Hilferding; Popitz wurde am gleichen Tag auf eigenen Wunsch in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

²⁾ Paul Moldenhauer (1876—1947), 11. 11.—23. 12. 1929 Reichswirtschaftsminister, 23. 12. 1929 bis 27. 3. (— 20. 6.)1930 Reichsfinanzminister.

³⁾ Sten. Berichte Bd. 427 S. 4206-4211.

⁴⁾ Ebd. S. 4198 ff.; B. sprach vor Moldenhauer: Zitat S. 4199.

⁵⁾ Moldenhauer sagte (ebd. S. 4211): "Wenn Herr Dr. Bredt eben gesagt hat, das deutsche Volk würde mit der Steuersenkung beschwindelt, so muß ich gegen diesen Ausdruck mit aller Schärfe und Entschiedenheit Einspruch erheben. Wir beschwindeln nicht das deutsche Volk; es ist uns bitter ernst mit dieser Steuersenkung." Bredt erklärte am folgenden Tag, daß er "das Wort Schwindel nicht gebraucht habe, auch kein ähnliches und kein gleichwertiges Wort" (ebd. S. 4251); das Wort "Schwindel" war tatsächlich nur ein Zwischenruf.

⁶⁾ Ebd. S. 4200.

als sei hier im Hause die Überzeugung vorhanden, daß wir dauernd diese Young-Lasten bezahlen könnten.

(Lebhafte Zustimmung bei der Wirtschaftspartei.)

Denn dann kommt die Enttäuschung hinterher. Es darf dem Auslande gar kein Zweifel daran gelassen werden, daß unsere heutigen Finanzen nicht so weit reichen, daß wir diese Lasten ehrlich, mit gutem Gewissen übernehmen können. Es darf dem Auslande auch kein Zweifel daran gelassen werden, daß unsere Steuerschraube bereits derart überdreht ist, daß wir weitere Steuern aus unserem Volke nicht herausholen können. Das alles muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, und wir von unserer Partei legen den Schwerpunkt darauf, zu betonen, daß, nachdem einmal die deutschen Finanzen dahin gebracht worden sind, wo sie heute sind, wir nicht in der Lage seien, dem Young-Plan zuzustimmen, der diese ungeheuerlichen Auslandslasten zu den Inlandslasten hinzufügen will. (Beifall bei der Wirtschaftspartei.)"

Am 26. März 1930 hatte der Reichskanzler Hermann Müller⁷) eine nächtliche Beratung mit den Führern der Koalitionsparteien, welche die überaus schwierige Finanzlage betraf. Die deutsche Volkspartei lehnte eine Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entschieden ab und daraus entwickelte sich eine Kabinettskrise. Am Donnerstag, den 27. März, herrschte im Reichstage große Aufregung, weil jeden Augenblick die Rücktrittserklärung des Reichskanzlers erwartet werden konnte. Ich selbst nahm bestimmt an, daß auch jetzt wieder irgendeine friedliche Lösung gefunden werden würde und sagte dies im Restaurant meinen Parteifreunden.

Als ich dann aber am Nachmittage durch die Wandelhalle ging, rief *Drewitz* mich an und sagte: "Ich gehe eben zu einer interfraktionellen Besprechung. Der Zentrumsmann *Brüning* wird Reichskanzler. Später erzähle ich Ihnen alles, was geschehen ist." Ich nahm auch das nicht sehr ernst und ging ins Hotel Esplanade, um dort meinen Fünf-Uhr-Tee zu trinken, wie ich des öfteren tat. Abends kam ich wieder in den Reichstag, hörte aber zunächst nichts, saß nur eine Weile mit meinen Parteifreunden zusammen und wollte dann fortgehen.

Auf der Treppe an der Garderobe wurde ich von Drewitz angerusen, der mir von oben her nachkam. Er faßte mich an die Rockklappe und sagte leise: "Welches Ministerium wollen Sie haben? Ich muß das sosort wissen." Ich erwiderte: "Ist es denn überhaupt so weit, daß ich da in Frage komme?" Er antwortete: "Wir müssen jetzt mit in die Regierung gehen und selbstverständlich kommen nur Sie in Frage." Darauf sagte ich: "Dann Justiz! Da fühle ich mich zu Hause und da werden die entscheidenden Fragen für unsere Partei bearbeitet." Drewitz meinte: "Das hat aber doch Herr von Guérard⁸), und der soll im Kabinett bleiben." Ich antwortete: "Er hat das Verkehrsministerium immer lieber gehabt. Sorgen Sie, daß er dahin zurückgeht." Nach diesen Worten lief Drewitz wieder nach oben, und ich selbst ging mit sehr gemischten Gefühlen zum Abendessen und nach Hause.

⁷⁾ H. Müller-Franken (1876—1931), Reichskanzler 28. 6. 1928—27. 3. 1930. Vgl. allgemein H. Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. I. Düsseldorf 1952 S. 178 ff.; R. Morsey, Neue Quellen. In: Staat, Wirtschaft und Politik S. 221; Treviranus S. 112 ff.

⁸⁾ Karl Theodor von Guérard (1863—1943), 13. 4. 1929—27. 3. 1930 Reichsjustizminister, 28. 6. 1928—6. 2. 1929 Reichsverkehrsminister, ebenfalls im ersten Kabinett Brüning.

Am folgenden Morgen hatte ich die große Überraschung überwunden und konnte an die Verhandlungen herangehen. Brüning saß im Reichskanzlerzimmer des Reichstags und bat mich zu sich. Er bot mir in aller Form das Reichsjustizministerium an und begrüßte mich dann herzlich als Minister-Kollegen. Dabei fügte er hinzu: "Vor allem freue ich mich, daß wir uns auf kulturellem Gebiet gut verstehen werden." Am Nachmittag brachten schon alle Zeitungen meine Minister-Kandidatur, aber für das Reichswirtschaftsministerium. Die Reporter hatten offenbar den Klang des Namens Wirtschaftspartei im Ohr. Tatsächlich ist niemals mit mir über das Reichswirtschaftsministerium verhandelt worden.

Am folgenden Tage, dem Samstag, ließen die Morgenblätter mich seltsamerweise fallen. Ich schien als Minister-Kandidat erledigt, ich weiß nicht, warum. Selbst konnte ich gar keinen Zweifel haben, da ich ja mit *Brüning* feste Abmachungen getroffen hatte. Am Nachmittag brachten denn auch die Zeitungen die bestimmte Meldung, daß ich das Reichsjustizministerium bekommen würde. ¹⁰)

Diesen Abend saß ich mit Walter von Eynern¹¹) und meinem alten Stammtischgenossen Rudolf Martin zusammen im Hofbräuhaus, als Drewitz und Sachsenberg¹²) mich aufsuchten. Es hatte sich herausgestellt, daß Treviranus¹³) lediglich als Minister ohne Portefeuille in das Kabinett aufgenommen werden sollte, was in dieser Zeit des Sparens keinen guten Eindruck machen konnte. Dafür sollte Wirth das Innere und die Besetzten Gebiete zusammen übernehmen. Drewitz schrieb nun nach unserer Besprechung noch am Abend an Brüning, daß Treviranus wenigstens die Besetzten Gebiete übernehmen müsse, da er sonst das Kabinett sich nicht vorstellen könne. Das wurde denn auch zugestanden.¹⁴)

⁹⁾ Im Berliner Tageblatt und in der Kölnischen Zeitung in dieser Form nicht ermittelt; im Nachlaß Bredt ist nur die Germania Nr. 151 B (Abendausgabe) v. 31. März und ein Ausschnitt der B. Z. am Mittag vom gleichen Tag überliefert.

¹⁰⁾ Kölnische Zeitung Nr. 174a (Abendausgabe) v. 29. 3. 1930.

¹¹) Jurist und Literat; Jugendfreund von Bredt, publizierte unter dem Pseudonym Friedrich (Andreas) Walther.

¹²⁾ Gotthard Sachsenberg (1891-1961), MdR (WP) 1928-1932.

¹³) Gottfried Reinhold Treviranus (*1891), MdR (DNVP/Kons. Volkspartei) 1924—1932; 30. 3.—30. 9. 1930 Minister für die Besetzten Gebiete, 1. 10. 1930—7. 10. 1931 Minister ohne Geschäftsbereich, Reichsverkehrsminister im 2. Kabinett Brüning; vgl. Treviranus S. 120.

¹⁴) Am 30. [!] März schrieb Drewitz an Brüning: "Der Vorstand meiner Partei [sic!], soweit ich ihn gestern noch erreichen konnte, hält es für unhaltbar, wenn im neuen Kabinett eine Partei fünf Ministerien innehat und auf der anderen Seite ein Minister ohne Portefeuille geschaffen wird.

Wir können durchaus verstehen, daß das Zentrum Wert darauf legt, in Anbetracht der bevorstehenden Befreiung der Rheinlande das Ministerium für die Besetzten Gebiete zu erhalten. Wir müssen dann aber, auch schon aus psychologischen Gründen dem Lande gegenüber, verlangen, daß das Verkehrsministerium oder ein anderes der fünf dem Zentrum zustehenden dem Minister ohne Portefeuille zugeteilt wird. Sollte dies nicht mehr möglich sein, glaube ich nicht, daß wir die Unterstützung für das Kabinett von meiner Fraktion bekommen werden.

Meinem Kollegen Bredt habe ich Abschrift dieses Schreibens zugesandt.

Von Montag vormittag ab stehe ich zu weiteren Verhandlungen gern zur Verfügung." Nachlaß Bredt, Abschrift. *Treviranus* (a.a.O.) erwähnt diese Aktion nicht, wohl aber den Kirchgang vom 30. März (a.a.O. S. 120 f.).

Am Sonntag, den 30. März, ging ich morgens in die französisch-reformierte Kirche in Begleitung von *Treviranus*, der als Lippischer Reformierter mitging. Um dieselbe Zeit hatte *Brüning* Vortrag beim *Reichspräsidenten*, dem er die Vorschläge zur Kabinettsbildung überreichte. So fand ich schon am Nachmittag in meiner Wohnung folgendes Dokument¹⁵):

"Im Namen des Reichs ernenne ich das Mitglied des Reichstags Professor D. Dr. Dr. Johann Victor *Bredt* zum Reichsminister der Justiz. Berlin, den 30. März 1930

Der Reichspräsident von Hindenburg Brüning"

Am folgenden Morgen ging ich in das Reichsjustizministerium, Voßstraße 5. Portier und Diener wußten natürlich Bescheid, und ich wurde mit allen äußeren Ehren empfangen. Mein Besuch galt zunächst nur dem Staatssekretär Joël¹6), den ich vom Reichstage her genau kannte, ohne in nähere Beziehungen zu ihm getreten zu sein. Der Empfang bei ihm war ebenso dienstlich-korrekt wie unpersönlich, und ich verließ ihn mit der Überzeugung, daß ein inneres Vertrauensverhältnis von Mensch zu Mensch kaum werde aufkommen; der allererste Eindruck pflegt ja meist der bleibende und richtige zu sein. Hier war der erste Eindruck so, daß ich den Staatssekretär bat, meinen Amtsantritt den Beamten durch Rundschreiben bekanntzugeben; für die übliche Begrüßungsansprache war mir die Lust vergangen. In mein Arbeitszimmer konnte ich einstweilen nicht hinein, weil Herr von Guérard dort seine Papiere aufräumte.

Am Nachmittag um halb vier war die erste Kabinettssitzung im Reichskanzlerhaus, und zwar noch in den alten Bismarckschen Räumen; die neue Reichskanzlei wurde erst später fertig. Der Reichskanzler begrüßte die neuen Kabinettsmitglieder und trug dann den Entwurf zur Regierungserklärung vor. 17) Die anschließende Erörterung wurde um sechs Uhr unterbrochen, da wir zum Reichspräsidenten gehen mußten, um vereidigt zu werden. Der alte Herr begrüßte uns mit ein paar freundlichen Worten und gab jedem die Hand. Zu mir sagte er: "Ich freue mich, mit Ihnen zusammenarbeiten zu können." Es waren die letzten Worte, die ich von ihm gehört habe. In meiner Ministerzeit bin ich nicht mehr mit ihm zusammen gewesen, habe ihn nur noch einmal bei der Verfassungsfeier [am 11. August 1930] von ferne gesehen.

Am folgenden Morgen ging ich wieder in das Ministerium und nahm von meinem Arbeitszimmer Besitz. Es war ein schönes großes Zimmer mit anschließender Bibliothek, in dem ich mich bald heimisch fühlte. Es lag im obersten Stockwerk und war verbunden mit den Repräsentationsräumen, die nach der Straße die

¹⁵⁾ Nachlaß Bredt; Abschrift: Bundesarchiv, R 43 I/942 Bl. 161.

¹⁶⁾ Dr. Curt Joël (1865—1945), Staatssekretär im Reichsjustizministerium, 5. 12. 1930—6. 10. 1931 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsjustizministers beauftragt; 7. 10. 1931 bis 2. 6. 1932 Reichsjustizminister. Bereits am 5. 2. 1930 hatte das Kabinett beschlossen, die Altersgrenze für den Staatssekretär um 1 Jahr hinauszuschieben, was am 25. 4. 1931 noch einmal wiederholt wurde. Bundesarchiv, R 43 I/943 Bl. 42 u. 51.

¹⁷) Die Regierungserklärung wurde am 31. 3. und am 1. 4. 1930 in zwei Kabinettssitzungen erörtert; Bundesarchiv, R 43 I/1442 Bl. 216 f. u. 217—225. — Zur Geschichte des Reichskanzlerpalais und der Reichskanzlei vgl. die gleichlautende Broschüre von H. Pünder, Staatssekretär der Reichskanzlei, Berlin 1928.

ganze Front ausfüllten. Es folgte dann nach dem Hofe hin ein großer Saal und daran anschließend die eigentliche Dienstwohnung, die sich aber in einem Zustande befand, daß man sie erst mit großen Mitteln hätte herrichten müssen, wenn ich hätte hereinziehen wollen. Ich dachte aber sowieso nicht daran, sondern blieb bei Pastor *Lorenz* wohnen.

Die Anordnung der Zimmer hatte eine gewisse symbolische Bedeutung. Im Erdgeschoß lagen die Sitzungssäle und die Büros. Im ersten Stockwerk lagen vorne heraus die Zimmer des Staatssekretärs und der Ministerialdirektoren, dahinter, um den großen Hof herum, die Zimmer der Referenten. Darüber in dem ganzen großen zweiten Stockwerk saß nur allein der Minister in seinem Arbeitszimmer. Er sah und hörte nichts von dem Getriebe um ihn herum und lebte wie in einem verwunschenen Schloß. Erst das, was ihm ausdrücklich nahe gebracht wurde, kam zu seiner Kenntnis. In meinem Landratsamt und Kreisamt hatte ich die Gewohnheit gehabt, zu den einzelnen Mitarbeitern in die Zimmer zu gehen und dort die Sachen zu besprechen. Das wäre im Ministerium unmöglich erschienen. Nur das, was der Staatssekretär mit einem roten "M" bezeichnete, wurde mir auf den Tisch gelegt, und ich konnte unmöglich beurteilen, ob dies viel war oder wenig. Von den übrigen Mitarbeitern war ich wie abgeriegelt. Sie kamen nur dann zu mir, wenn der Staatssekretär sie mitbrachte. Versuche, mit einzelnen von ihnen in unmittelbare Berührung zu treten, mißlangen, denn es war Anweisung gegeben, den Staatssekretär von jedem Besuch auf meinem Zimmer sofort in Kenntnis zu setzen. Es kostete sogar einen schweren Kampf, meine Privatkorrespondenz uneröffnet zu bekommen, und ich mußte alle Freunde bitten, sie möchten mir niemals in das Ministerium, sondern nur in den Reichstag schreiben.

Natürlich wäre es mir sehr wohl möglich gewesen, alles anders zu organisieren und mir die nötige Luft zu verschaffen. Es hätte aber einen Gewaltschlag erfordert, nachdem ich mich einmal in die vorhandene Lage hinein gefunden hatte. Dazu kam das Gefühl, daß mir meine Partei jeden Tag einen Strich durch die Rechnung machen konnte, wenn ich gerade im Zuge war. So nahm ich keinen Kampf auf und tat offensichtlich recht daran. Wie ich später hörte, ist es fast jedem neuen Minister so ergangen, und wer zum zweitenmal Minister wurde, hat sich sofort seine Stellung geschaffen. Aus meinen Erfahrungen heraus kann ich nur sagen, daß alles darauf ankommt, wie man in seinem Ministerium in der ersten halben Stunde auftritt. Dazu muß man aber schon Bescheid wissen.

An der Spitze der ersten Abteilung stand Ministerialdirektor Oegg, ein alter Korpsstudent von großem Wissen und feiner Lebensart. Es war mir immer eine Freude, mit ihm zusammenzuarbeiten, und es berührte mich sehr schmerzlich, als er kurz vor meinem Abgang in der Siegesallee überfahren wurde und den Verletzungen erlag.

An der Spitze der zweiten Abteilung stand Ministerialdirektor Schlegelberger, im Nebenamte Honorarprofessor an der Berliner Universität. Er war zweifellos der bedeutendste Kopf im Ministerium, und was er mir vortrug oder riet, erwies sich immer als stichhaltig. Im Reichstag war mir am wohlsten, wenn ich ihn neben mir hatte, weil ich mich immer schnell mit ihm verständigen konnte und weil er in kurzen Auskünften immer den Nagel auf den Kopf zu treffen wußte. Er

wurde bald nach meinem Abgang Staatssekretär, worüber ich mich sehr freute. An der Spitze der dritten Abteilung stand Ministerialdirektor Schäfer, ein geborener Marburger. Er war erst vor kurzem aus dem Preußischen Justizministerium übernommen worden. Als ausgezeichneter Kenner des Strafrechts vertrat er im Strafrechtsausschuß des Reichstags den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs mit Geschick und Erfolg.¹⁸)

Mit den übrigen Herren des Ministeriums kam ich wenig in Berührung. Nur der Schwiegersohn meines alten Freundes Heymann, Oberregierungsrat Lehmann, machte eine Ausnahme. Er war der einzige, mit dem ich rein menschlich verkehrte und der zuweilen außerdienstlich in mein Zimmer kam.

An nachgeordneten Behörden hatte das Ministerium nur das Reichsgericht und das Patentamt. Den Reichsgerichtspräsidenten Bumke¹⁹) kannte ich schon lange vom Reichstag her; er war der Vorgänger von Ministerialdirektor Schäfer. Bald nach meinem Antritt machte er mir seinen Besuch, und wir erledigten von da ab die gemeinsamen Angelegenheiten in angenehmster Weise. Ich freute mich immer, wenn ich mit diesem ausgezeichneten Manne zu tun hatte. Den Oberreichsanwalt Werner, mit dem ich dienstlich sehr viel zu erledigen hatte, lernte ich persönlich nicht kennen, gewann aber die größte Hochachtung vor seiner Tätigkeit. Präsident Eylau vom Reichspatentamt machte mir seinen Besuch, trat aber weiter kaum noch in persönliche Berührung mit mir.

Im Reichskabinett kannten wir uns alle schon vom Reichstag her, und es herrschte ein angenehmer kollegialer Ton auf der Grundlage formeller Höflichkeit. Reichskanzler Brüning war derjenige, der dem ganzen Kabinett sein Gepräge gab und auf dessen Persönlichkeit alles beruhte. Er war in seinem Wesen mehr wie einfach, in bezug auf Repräsentation und Diners das gerade Gegenteil von Stresemann. Er war meist still und vielleicht etwas zu nachdenklich—um nicht zu sagen unentschlossen—, aber er war immer genau über die Vorlagen unterrichtet und klar in dem, was er sagte. Ohne seine sehr guten Anlagen und seinen unglaublichen Fleiß hätte er die ganze Aufgabe nicht meistern können. Zweifellos wuchs er auch mit seiner Stellung, denn seine Reden im Reichstage wurden immer wuchtiger und bedeutender. Ich bin ihm immer von Herzen zugetan und aufrichtig treu gewesen. In seiner Person verkörpert sich mir die größte Erinnerung an meine Ministerzeit.

Ich will nun einen kurzen Überblick geben über die ganze politische Lage zu dieser Zeit. Die Ernennung von Brüning war auf zwei Ursachen zurückzuführen, die hintereinander lagen. Die erste war zu suchen bei der Deutschen Volkspartei, die plötzlich erklärte, die schlimme Finanzgebarung des Finanzministers Hilferding nicht mehr mitmachen zu können. Damit kam das Kabinett Müller zu Fall, es konnte aber folgerichtig nunmehr allein eine Rechtsregierung ohne Sozial-

¹⁸) Der Geschäftsbereich des Ministeriums gliederte sich in vier Abteilungen: Bürgerliches Recht etc. (I), Strafrecht etc. (II), Handelsrecht etc. (III), Gerichtsverfassung (ohne Strafgerichte) etc. (IV). Vgl. Horkenbach 1918—1930 S. 589. Dr. jur. Franz Schlegelberger wurde im Oktober 1931 zum Staatssekretär ernannt.

¹⁹) Am 15. 2. 1929 ernannte der Reichspräsident Dr. E. Bumke (1874—1945) zum Präsidenten des Reichsgerichts.

demokraten in Frage kommen. Tatsächlich zeigte sich das Zentrum plötzlich geneigt, sein Bündnis mit den Sozialdemokraten zu lösen und sich nach rechts hin anzuschließen; damit war der Weg für eine Rechtsregierung offen. Daß aber auch die Demokraten plötzlich bereit waren, den Weg nach rechts hin mitzumachen, blieb eine etwas rätselhafte Erscheinung, die später von weittragenden Folgen wurde. So lagen die Dinge, als an den Reichspräsidenten die Frage herantrat, wer nunmehr mit der Kabinettsbildung beauftragt werden solle.

Generalfeldmarschall von Hindenburg war zum Reichspräsidenten gewählt worden als ausgesprochener Vertreter der nationalen Rechten; er galt als Typus des altpreußischen Offiziers und Monarchisten, auch in den Augen meiner Partei. Er hatte aber nicht den leisesten Versuch gemacht — etwa nach dem Vorbild von MacMahon²⁰) -, die monarchische Idee wiederzubeleben. Er hatte vielmehr - ganz im Gegensatz zu MacMahon, der nach verlorenem Spiele abging - die Republik gefestigt und eine gewisse Verbindung der neuen mit der alten Zeit hergestellt. Der Ausdruck, den ich seinerzeit dem Kronprinzen gegenüber gebrauchte, und den dieser lebhaft aufgriff, lautete: er hat die Republik salonfähig gemacht!21) Dabei hatte er bei den Deutschnationalen viele Sympathien verloren, und als er vollends den Young-Plan [am 14. März 1930] unterschrieb, da brach der Unwille sich immer lauter Bahn. Die deutschnationale Presse Hugenbergscher Richtung sagte sich offen von ihm los, und der berühmte Artikel "Abschied von Hindenburg"22) war deutlich genug. In diesem schlimmen Augenblick schickte der junge deutschnationale Abgeordnete Treviranus dem Reichspräsidenten ein Huldigungstelegramm, und es war kein Wunder, daß dieses auf den alten Herrn großen Eindruck machte.23) Es konnte ihm nicht gleichgültig sein, wie die alten konservativen Kreise über ihn dachten, und so schlug er es hoch an, daß wenigstens einige Deutschnationale ihm ihr Vertrauen bewahrten. Und auf diesen Teil der Deutschnationalen rechnete er bei der Kabinettsbildung.

Treviranus war ein alter Bekannter von Brüning, und es mag vielleicht zutreffen, daß er es überhaupt gewesen ist, der dem Reichspräsidenten diesen Reichskanzler empfohlen hat.²⁴) Jedenfalls stand es sofort bei der Kabinettsbildung fest, daß Treviranus sich unter den Ministern befinden werde. Sollten aber Deutschnationale und Zentrum sich in der Regierung zusammenfinden, dann mußten selbstverständlich auch alle zwischen diesen beiden stehenden Parteien mit vertreten sein, nämlich die Bayerische Volkspartei, das Landvolk, die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei.

²⁰⁾ Patrice Maurice Marquis de MacMahon (1808—1893), unterlegen in der Schlacht bei Sedan, schlug den Aufstand der Pariser Kommune blutig nieder; 1873 wählte ihn eine monarchistisch-klerikale Mehrheit zum Staatspräsidenten; obgleich er einer Restauration der Bourbonen nicht abgeneigt war, lehnte er den Staatsstreich ab. 1879 trat M. zurück. — Auch Arnold Brecht (Vorspiel S. 91) zitiert dieses historische Beispiel, auf das wohl zunächst Anton Erkelenz im März 1925 in der Hilfe hingewiesen hat; Holl S. 263.

²¹) Dorpalen, passim. Siehe auch den Brief des Kronprinzen S. 353.

²²) Görlitz S. 320.

²³) Gemeint ist wohl die Gründungsadresse der Volkskonservativen Vereinigung vom 28. 1. 1930; vgl. Jonas S. 58.

²⁴) Vgl. Bracher, Auflösung S. 287 ff. und ergänzend Treviranus S. 107 ff. bes. 116 f.

Nun kam alles darauf an, wie die übrigen Deutschnationalen²⁵) im Reichstage sich stellten zu dem neuen Kabinett. Die Fraktion hatte noch 78 Mitglieder (von 490 Abgeordneten), war also trotz ihres Rückganges noch ein erheblicher Faktor. Die damals vorhandenen 12 Nationalsozialisten waren noch nicht entscheidend. Wenn die Deutschnationalen in ihrer Mehrheit zu Hindenburg hielten, dann war eine Rechtsregierung gesichert. Wenn die Mehrheit zu Hugenberg hielt, dann war kein Regieren möglich. Hugenberg hielt damals den Schlüssel zum kommenden Geschehen in der Hand. Wäre er mitgegangen, dann hätte er das Kabinett Brüning völlig beherrschen und zu einem straffen Rechtskurs zwingen können. Deutschland wäre tatsächlich deutschnational regiert worden, und dies auf lange Dauer. Es wäre bestimmt möglich gewesen, auf dieser Grundlage das Reich in Ordnung zu bringen. Hugenberg war aber nicht der Mann dazu, hier entschlossen zuzugreifen. Er glaubte am besten zu fahren, wenn er in grundsätzlicher Opposition verharrte. Tatsächlich hatten ja die Deutschnationalen niemals ein positives Programm gehabt, sondern immer nur verneint, was auch kam. Auf Grund dieser Erkenntnis war ich seinerzeit bei ihnen ausgetreten.²⁶)

Nun sollte angesichts dieser Lage eine Mehrheit für die Regierung gewonnen werden durch die Minister Treviranus und Schiele.²⁷) Ersterer sollte die gemäßigten Deutschnationalen sammeln in einer neuen Partei, letzterer sollte die Agrarier auf die Seite von Brüning ziehen. Der erste Anlauf dieser Art gelang. Von den Deutschnationalen spalteten sich so viele ab, daß eine sehr knappe Mehrheit für Brüning herauskam.²⁸) Dann genügte eine kleine Verschiebung, um diese knappe Mehrheit in eine ebenso knappe Minderheit zu verwandeln, und damit stand Brüning vor der Entscheidung.

Der größte Fehler, der vom Standpunkt der Regierung aus überhaupt gemacht werden konnte, war die Reichstagsauflösung vom 18. Juli 1930. Sie fällt aber viel weniger Brüning zur Last als seinem Berater Treviranus. Die Zugkraft der kommenden Hindenburg-Partei wurde ganz erheblich überschätzt, und allen Ernstes wurde angenommen, daß sie die Deutschnationale Partei in ihrer parlamentarischen Bedeutung ablösen werde. ²⁹) Selbst ein so erfahrener Politiker wie Graf Westarp wiegte sich in dieser Hoffnung. Organisator der Partei war Treviranus, und damit war ihr Schicksal eigentlich schon entschieden. Man hörte nichts von einem wirklich neuen Programm, nicht einmal von einer neuen Idee, sondern alles war zugeschnitten auf die bloße Absage an Hugenberg und seine Führung. Fachkenner konnten schon aufmerksam werden dadurch, daß Treviranus es für nötig hielt, sich an einen anderen Wahlvorschlag anzuschließen, aus Sorge vor der bekannten Sperrbestimmung. Es war auch deutlich genug, daß er dazu die

²⁵) Nach der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 erreichte die DNVP nur noch 78 (110) Sitze; für die Parteispaltung seit Dezember 1929 vgl. Bracher, a.a.O. S. 220—222; Jonas S. 42 ff.

²⁶) Siehe S. 158.

²⁷) Martin Schiele (1870—1939), Minister für Ernährung 1930—1932, schloß sich am 22. Juli 1930 der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei an.

²⁸) Für die Ablehnung des sozialdemokratischen und kommunistischen Mißtrauensantrages siehe S. 235.

²⁹) Gemeint ist die Konservative Volkspartei, die sich nach dem Scheitern einer neuen staatskonservativen Sammelpartei am 23. 7. 1930 konstituierte; vgl. Görlitz S. 329; Bracher, Auflösung S. 348 f.; Jonas 79 ff.

ganz kleine Hannoveraner-Partei³⁰) nahm. Man war aber dann doch erstaunt darüber, daß die neue Partei mit nur vier Mann in den Reichstag einzog! Man hätte eigentlich annehmen sollen, *Treviranus* wäre nach diesem schweren Mißerfolg auch als Minister nicht mehr haltbar gewesen. Es zeigte sich aber, daß der *Reichspräsident* seine Verehrer auch im Unglück nicht verließ. *Treviranus* wurde bei allen Krisen im Kabinett behalten und erhielt sogar das Reichsverkehrsministerium.

Der Anlauf auf die Agrarier mißlang zwar nicht ganz so, aber doch ähnlich. Es gab schon eine "Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei", die 9 Mandate innehatte. Sie stieg jetzt auf 22 Mandate, die wesentlich den Deutschnationalen abgenommen waren. Die Partei war aber extrem rechts eingestellt und trotz aller Agrarpolitik ließ sie schließlich nicht nur Schiele, sondern auch Brüning im Stich.³¹)

Die bedeutsamste Folge der Neuwahlen bestand darin, daß die Nationalsozialisten mit 107 Mandaten wiederkamen. Die Deutschnationale Partei wurde zerschlagen. Sie hatte ehemals 103 Mandate [1924] und jetzt noch 41. Sie war zudem ein bloßes Anhängsel der Nationalsozialisten geworden und mußte diesen durch dick und dünn folgen, wenn sie sich überhaupt halten wollte. Für Brüning war jetzt nicht die geringste Möglichkeit mehr vorhanden, sich auf die bisher zu ihm haltenden Parteien zu stützen. Es gab jetzt nur noch zwei Möglichkeiten: die Hilfe der Nationalsozialisten oder die Hilfe der Sozialdemokraten. Es ist mir zweifelhaft, ob Brüning bei dieser Frage wirklich freie Entschlußkraft hatte. Als ehemaliger Gewerkschaftsbeamter stand er den Sozialdemokraten zweifellos näher als den Nationalsozialisten. Andererseits war er zum Reichskanzler berufen worden als ausgesprochener Vertreter einer Rechtsregierung. Besonders in meiner Partei erwarteten wir daher eine Option für die Nationalsozialisten, es stellte sich aber bald heraus, daß mit diesen kaum eine parlamentarische Einigung zu erzielen war.

Als bald nach den Neuwahlen im Kabinett die Frage besprochen wurde, wie wir denn überhaupt uns noch parlamentarisch halten wollten, da sagte Brüning plötzlich in seiner gewöhnlichen Ruhe: "Ich nehme an, daß die Sozialdemokraten uns unterstützen werden." Zunächst wurden lebhafte Zweifel geäußert, dann aber wurde klar, daß Brüning hier bestimmte Zusagen hatte. Er berichtete uns in dieser Zeit auch über eine Unterredung, die er gerade vorher im Nebenzimmer mit Adolf Hitler gehabt hatte, bei der sich die beiden aber nicht verstanden hatten.³²) Heute im Rückblick erscheint das damals etwas rätselhafte Verhalten der Sozialdemokraten völlig klar. Sie hatten viel richtiger als wir alle die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung erkannt. Sie waren sich völlig klar darüber, daß der Sturz von Brüning zur Herrschaft der Nationalsozialisten, damit aber auch zum Ende ihrer eigenen Partei führen müsse. So entschlossen sich die

³⁰⁾ Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, die Deutsch-Hannoversche Partei und die Konservative Volkspartei reichten einen gemeinsamen Reichswahlvorschlag ein; zusammen errangen sie 26 (19, 3, 4) Mandate, Schulthess 1930 S. 194.

³¹⁾ Vgl. Schlange-Schöningen S. 72 f. u. 77.

³²) Vgl. Krebs S. 140 f.; Pünder, Aufzeichnungen S. 62; Treviranus S. 161 f.; ergänzend Protokolle S. 479 f.

Sozialdemokraten, die Regierung Brüning durch dick und dünn zu unterstützen, ohne irgendwelche Bedingungen zu stellen. Die bloße Existenz einer Regierung Brüning erschien ihnen wertvoller als alles andere. Staatsmännisch gesehen war diese Haltung richtig. Nur eines war falsch gewesen: der Zeitpunkt dieses Entschlusses! Hätte die Sozialdemokratie vor der Reichstagsauflösung schon solche Haltung eingenommen, dann hätte sie Brüning eine so große Mehrheit geschaffen, daß jede Gefahr für die Regierung beseitigt war. So hat die Sozialdemokratie den Sturz von Brüning und damit den Zusammenbruch ihrer Partei nur hinausgeschoben. Ihr Ende war aber sowieso gekommen, wie die folgende Zeit zur Genüge lehrte.

Bald nach dieser Entscheidung war ich bei Brüning in seinem Privatzimmer dem alten Salon der Fürstin Bismarck — und trank bei ihm Kaffee. 33) Ich wollte gern genaueres wissen über die nunmehrige Haltung des Kabinetts und äußerte große Besorgnis vor einer Abhängigkeit von der Sozialdemokratie. Da versicherte mich Brüning, daß keineswegs er in Abhängigkeit sei von der Sozialdemokratie, sondern umgekehrt. Das Kabinett Braun in Preußen sei abhängig vom Zentrum und könnte von diesem jeden Tag gestürzt werden. Der preußische Zentrumsführer Heβ³⁴) habe die Erklärung abgegeben, daß Braun in dem Augenblick fallengelassen würde, in dem die Sozialdemokratie dem Kabinett Brüning die geringsten Schwierigkeiten bereite. 35) Auf dieser Machtstellung wollte Brüning seine Politik aufbauen, und er hatte Recht damit. Die Sozialdemokratie nahm vieles in den Kauf, was ihr nicht genehm war, weil das preußische Zentrum fest blieb. Es machte Aufsehen, daß vor einer wichtigen Abstimmung Dr. Heß im Reichstag erschien und sich die sozialdemokratischen Führer ostentativ herausrufen ließ. Eine große Erleichterung boten in diesem Zusammenhang auch die Notverordnungen, welche keine positive Zustimmung zu den Maßnahmen der Regierung verlangten, sondern nur eine nachträgliche Duldung des bereits geschehenen. Die Sozialdemokratie brauchte gar keine persönliche Verantwortung zu übernehmen, und das erleichterte wiederum die Stellung von Brüning.

Es war ein tragisches Geschick von Brüning, daß er keinen anderen Ausweg mehr sah. Er hatte sein Kabinett gebildet als ausgesprochene Rechtsregierung und sah sich nun nach links hinüber gedrängt. Er befand sich aber wenigstens nicht in einer Abhängigkeit von links. Hätten die Deutschnationalen ihm solche Hilfestellung geleistet, wäre seine Abhängigkeit von rechts eine vollkommene gewesen. Gegenüber einem arbeitswilligen Hugenberg hätte Brüning keine Druckmittel gehabt. Er hätte es aber auch kaum versucht, denn seine Absicht war es ja gerade gewesen, mit einer Rechtsregierung auf nationaler Grundlage das Geschick zu meistern.

Mit dieser Verschiebung der parlamentarischen Basis ging die Wandlung des wirtschaftlichen Programms Hand in Hand. Der Anstoß zu der ganzen Neu-

³³⁾ Wahrscheinlich handelt es sich um eine Besprechung, zu der Brüning führende Parteipolitiker zu sich kommen ließ, um ihnen das Regierungsprogramm vorzutragen. Pünder, Aufzeichnungen S. 63.

³⁴⁾ Joseph Heβ (1878—1932), MdL (Preußen) 1919—1932, Fraktionsvorsitzender.

³⁵⁾ Vgl. ausführlich Ende der Parteien (R. Morsey) S. 295 f., die Aufzeichnungen Pünders (a.a.O. S. 59 ff.) nach den September-Wahlen 1930 und die Notiz Ernst Feders vom 29. 9. 1930. Paucker S. 196.

ordnung war ja ausgegangen von der Deutschen Volkspartei, einer ausgesprochenen Unternehmerpartei; auch der Reichspräsident stand im wesentlichen auf dieser Seite. Wichtiger als alle grundsätzliche Auffassung war aber die Erkenntnis gewesen, daß es in der bisherigen Weise einfach nicht weiter ging, daß die Sozialpolitik in der bisherigen Höhe nicht mehr tragbar war und daß die Produktionskosten verbilligt werden mußten, wenn die deutsche Industrie exportfähig gehalten werden sollte.

Für unsere Wirtschaftspartei mußte die Beteiligung an einer solchen Regierung eine Selbstverständlichkeit sein. Seit Jahren hatten wir immer und immer wieder davon geredet, es müsse die übermäßige Ausgabenwirtschaft aufhören, es müsse bei der Sozialpolitik die Grenze des Tragbaren innegehalten werden und es dürfe die Produktion nicht durch Steuern und Soziallasten abgedrosselt werden. Wir hatten die Beamtenbesoldungserhöhung abgelehnt nicht aus Beamtenfeindschaft, sondern aus der Überzeugung heraus, daß die Gehälter einfach nicht mehr aufzubringen seien. ³⁶) Das alles war überhört oder bestritten worden, bis jetzt mit einem Male eine Regierung diese unsere Forderungen und Programmpunkte ihrerseits übernahm.

Die vorhandenen und weiter drohenden Finanzdefizits sollten gedeckt werden in erster Linie durch Ersparnisse auf allen Gebieten; nur soweit unbedingt nötig durch neue Steuern. Es sollten aber auch die Produktionskosten verringert werden durch Senkung der Löhne und Soziallasten. Damit sollte wiederum eine Senkung der Preise erzielt werden, so daß im Enderfolg der ganze Lebensmittelindex sich senkte, die Kaufkraft der Mark sich hob und die deutsche Exportindustrie im Ausland stärker konkurrenzfähig wurde.

Zur Durchführung dieses Programms war in erster Linie der Reichsarbeitsminister Stegerwald berufen. Er galt nach seiner ganzen Vergangenheit als der starke Mann, der auch auf Vertrauen bei der Arbeiterschaft rechnen konnte. Stegerwald war ein Mann von großer Energie und hoher Einsicht, der durchaus die persönlichen Eigenschaften für diese Aufgabe besaß. Er hat auch alles darangesetzt, sie zu lösen, aber die Gewalt der Tatsachen ist über ihn hinweggegangen.

Es war von vornherein klar, daß eine Senkung der Löhne nur durchzuführen war bei gleichzeitiger Senkung der Preise für die Lebenshaltung. Man konnte sich dieses Zusammenwirken aber nur so vorstellen, daß zunächst einmal die Löhne herabgingen und infolgedessen die Produktionskosten sich senkten. Die Gewerkschaften drehten die Sache aber um und verlangten zuerst eine Senkung der Preise, dann erst sollte über eine Senkung der Löhne verhandelt werden können. Auch die Verminderungen der sozialen Fürsorge stießen auf lebhaften Widerstand. Als die Leistungen der Krankenkassen anders notiert wurden und die übermäßige Inanspruchnahme durch einen Krankenschein von 50 Pfennig verhindert werden sollte, da traten auch die Ärzte an die Seite der Gewerkschaften und wendeten sich entschieden gegen diese Neuerung.³⁷) Kurz: alle Pläne auf Senkung der Produktionskosten mißlangen so gut wie vollständig, und

³⁶) Siehe S. 191.

³⁷⁾ Die Reform der Kranken- und Arbeitslosenversicherung blieb durch die Auflösung des Reichstages zunächst unerledigt.

die Regierung mußte den Rückzug antreten. In demselben Maße verstärkten sich aber die Forderungen auf Senkung der Lebenshaltungspreise, und schließlich endete die ganze Aktion damit, daß mit allen Mitteln der Kartellgesetzgebung und Reichsaufsicht auf die Produzenten und Händler gedrückt wurde, mit ihren Preisen herabzugehen. Diese Aktion erstreckte sich sogar auf die Kleinbetriebe der Metzger und Bäcker. Führend waren hierbei der Reichsfinanzminister Dietrich und der Verwalter des Reichswirtschaftsministeriums, Staatssekretär Trendelenburg.³⁸)

Das Widerspruchsvolle in der ganzen Kabinettsbildung lag von Anfang an darin, daß Brüning ernannt war mit dem ausdrücklichen Auftrag des Reichspräsidenten, den Forderungen der Agrarier in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen. Wie konnte man aber die Löhne senken, wenn man gleichzeitig die Preise für Lebensmittel in die Höhe trieb? In jener Zeit wurden die Zölle für viele Agrarprodukte erhöht in einer Weise, die alle Maßnahmen der Vorkriegszeit in Schatten stellte. Der Finnische Handelsvertrag wurde gekündigt, um auf diese Weise die Meistbegünstigung für Molkereiprodukte in Wegfall zu bringen.³⁹) Der Roggen wurde zunächst zwangsweise zur Verwendung gebracht durch den sogenannten Beimahlungszwang. Aber nicht genug damit: Es wurde eine "Roggenstützungsaktion" eingeleitet, die ohne greifbare Erfolge dem Reiche viele Millionen kostete. Schiele legte die Durchführung dieser Aktion in die Hände eines jungen Ministerialrats⁴⁰), der zugleich sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter war. Unsummen wurden ausgegeben für unnötige Zwecke, Gratifikationen und Spesen. Später wurde ein eigener Untersuchungsausschuß eingesetzt, der sich mit allen den unliebsamen Geschehnissen befaßte und in dem mein Parteifreund Freybe⁴¹) eine führende Rolle spielte.

Während alles aufgeboten wurde, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in die Höhe zu treiben, mußte gleichzeitig der schwere Schritt unternommen werden, die Beamtengehälter herabzusetzen. Hier kann ich leider nicht leugnen, eine entscheidende Rolle gespielt zu haben. Moldenhauer wollte nur ein einmaliges Opfer der Beamten in der Hoffnung, damit genug zu haben. Demgegenüber wies ich darauf hin, daß aus diesem einmaligen Notopfer ganz von selbst eine dauernde Belastung werden würde. Es war mir ganz klar, daß die Finanzlage gar nicht zuließ, die Gehälter dauernd in der bisherigen Höhe auszuzahlen; wir hätten

³⁸) Hermann Dietrich (1879—1954), MdR (DVP/Deutsche Staatspartei) 1919—1933; 30. 3. bis 26. 6. 1930 Reichswirtschaftsminister, anschließend bis 1932 Reichsfinanzminister und Vizekanzler; vgl. A. v. Saldern, H. Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik. Schriften des Bundesarchivs 13. Boppard am Rhein 1966. — Ernst Trendelenburg (1882—) seit 1923 Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, war vom 26. 4. 1930—7. 1. 1931 mit der Verwaltung des Ministeriums beauftragt. — Die Preissenkungsaktion führt am 11. 11. 1930 in Berlin zu einem Teilerfolg. Schulthess 1930 S. 228.

^{39) 27.} August 1930; außerdem wurden die Zölle für Roggen, Weizen, Kaffee und Tee erhöht; Schulthess 1930 S. 191 u. 193.

⁴⁰) Dr. Fritz Baade (*1893), MdR (SPD) 1930—1933, der seit 1929 die Forschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen und seit Februar 1930 die deutsch-polnische Roggenkommission leitete.

⁴¹) Carl Freybe (*1886), MdR (WP) 1928—1932; für die Arbeit des Untersuchungsausschusses zur Roggenstützungsaktion vgl. Schulthess 1931 S. 148 f.

dieselben Kämpfe bei jedem Termin von neuem zu bestehen gehabt. Ich setzte im Kabinett⁴²) auseinander, die wohlerworbenen Rechte der Beamten seien gewiß zu achten; es frage sich nur, wieviel Prozent des Gehaltes zur Auszahlung überhaupt verfügbar seien; wenn das Geld nicht da sei, nutzten alle wohlerworbenen Rechte nichts. Schließlich bin ich mit dieser Ansicht durchgedrungen und muß das Odium auf mich nehmen. Es scheint mir aber, daß ich Recht behalten habe, denn eine hundertprozentige Auszahlung der bisherigen Beamtengehälter scheiterte von da an einfach an der Kassenlage. Unsere damaligen Einwände gegen die Besoldungserhöhung waren durchaus berechtigt gewesen.

Nun war im Kabinett auch die Rede davon, die Ministergehälter herabzusetzen, aber die Begeisterung war hier nicht einheitlich. Brüning hielt sich etwas zurück und sprach lieber von den "Vorschlägen des Kollegen Bredt". Ich hatte eine sofortige Kürzung um dreißig Prozent vorgeschlagen, fand damit aber wenig Gegenliebe.⁴³) Schließlich gab Brüning die Entscheidung für eine Kürzung von zwanzig Prozent, die dann als ausreichend erachtet wurde. Mein Gedanke war immer der gewesen, zuerst müßten die Ministergehälter heruntergesetzt werden, dann könne man es wagen, an die Beamtengehälter heranzugehen, und daraus endlich werde sich eine Senkung der Löhne bei den Angestellten und Arbeitern ergeben. Herausgekommen ist nur eine sehr fühlbare Senkung der Beamtengehälter.⁴⁴)

Von Anfang an war es klar, daß ohne neue Steuern nicht auszukommen sei, trotz aller Sparmaßnahmen. Moldenhauer hatte dazu ein Programm aufgestellt, das zwar eine ziemlich schwere Neubelastung brachte, über die Grenzen des unbedingt Notwendigen aber nicht hinausging. Im Kabinett hatten wir uns schließlich geeinigt, es geschah aber das Unerwartete, daß der Reichsrat das Programm in seiner Gesamtheit a limine ablehnte. Brüning wollte neue Verhandlungen einleiten, aber nun begann ein wahres Kesseltreiben gegen Moldenhauer innerhalb seiner eigenen Partei. Unter diesem Druck mußte er am 20. Juni [1930] aus seinem Amt weichen. Es war kein erfreuliches Schauspiel, das die Deutsche Volkspartei damals der Öffentlichkeit bot. Uns allen tat es leid, diesen angenehmen Kollegen mit seinem Kölner Humor aus unserer Mitte scheiden sehen. 45) Der neue Reichsfinanzminister Dietrich, bisda Reichswirtschaftsminister, faßte seine schwierige Aufgabe in der Weise an, daß er zunächst die Lage der Reichs-

⁴²) Am 30. 10. 1930 stimmte Bredt in einer Ministerbesprechung dem Entwurf eines Gehaltskürzungsgesetzes zu; vgl. Bundesarchiv, R 43 I/1447 Bl. 149 u. 162—165. Am 20. 11. 1930 billigte der Reichsrat die Kürzung der Beamtengehälter um 6% ab 1. 2. 1931. — Gegen den Entwurf eines Pensionskürzungsgesetzes hatte sich Bredt jedoch auf einer Kabinettssitzung am 16. Juli ausgesprochen, obgleich "der Antrag letzten Endes früher geäußerten Forderungen der Wirtschaftspartei entspreche", mit denen er sich jedoch nicht identifizieren könne; ebd. R 43 I/1445 Bl. 178; Horkenbach 1918—1930 S. 334, siehe auch weiter unten.

⁴³) In dieser Form in den Kabinettsprotokollen nicht ermittelt.

⁴⁴⁾ Horkenbach 1918—1930 S. 322 f. Siehe auch Anm. 42.

⁴⁵) Vgl. Schulthess 1930 S. 135 f. u. 141 f. — Im Kabinett erklärte Bredt am 18. Juni, "daß seine Fraktion wegen der Haltung und der Agitation der Deutschen Volkspartei sehr nervös geworden sei. Trotzdem habe er seine Fraktion noch hinter sich. Auch halte er es für richtig, zunächst mit Dr. Scholz zu sprechen und die Volkspartei zu zwingen, mit ihren Forderungen Farbe zu bekennen." Bundesarchiv, R 43 I/1444 Bl. 186.

finanzen sehr schwarz schilderte und damit die Notwendigkeit zu neuen Steuern begründete. Tatsächlich brachte er sehr viel höhere Steuern heraus, als *Moldenhauer* jemals plante, und zwar mit Hilfe derselben Deutschen Volkspartei, die ihren eigenen Parteifreund dafür zu Fall [ge]bracht [hatte].

Äußerlich wurde jetzt der Gang der Reichsgesetzgebung ein völlig anderer. Brüning brachte die Reichsregierung auf den Weg der Notverordnungen, ohne aber damals schon den Gedanken der späteren "Präsidialregierung" zu vertreten. Er hatte durchaus die Absicht, mit den Parteien des Reichstags zu regieren und im Volke seine eigentliche Stütze zu suchen. Seine "Rechtsregierung" wies allerdings den Schönheitsfehler auf, daß ein so scharfer Demokrat wie Dietrich Vizekanzler war, und so mögen die Deutschnationalen dem Rechtscharakter des Kabinetts nicht getraut haben; auf den Gedanken, ihm diesen Charakter ihrerseits aufzudrücken, kamen sie aber nicht. So konnte Brüning nicht damit rechnen, für seine Finanzpläne eine Mehrheit von rechts her zu finden und dies brachte ihn dazu, durch Notverordnung nach Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung das Notwendige durchzusetzen.

Kein Mensch wußte damals, wie weit man die Tragweite dieses vielberufenen Artikels würde ausdehnen können. Ich selbst habe damals im Kabinett mehrfach ausgeführt, daß man meines Erachtens einen Ersatz der ordentlichen Gesetzgebung aus dem Artikel nicht herleiten könne. Meine Auffassung ging dahin, daß der Wortlaut des Artikels nur die Möglichkeit gebe, in wirklichen Notfällen die unaufschiebbaren Maßnahmen zu treffen. Schon die Aufwendungen für die Osthilfe schienen mir zu weit zu gehen. Als ich dies ausgeführt hatte, erklärte aber Staatssekretär Meißner⁴⁶), es sei kaum damit zu rechnen, daß der Reichspräsident die Notverordnung unterzeichnen werde, wenn die Osthilfe nicht darin enthalten sei. Es kam schließlich dahin, daß der Artikel 48 sich zu dem archimedischen Punkt auswuchs, von dem aus man das ganze Reich bewegen konnte. Rein äußerlich lag der Vorteil darin, daß gewissermaßen die Beweislast umgedreht wurde. Von den Parteien wurde nicht mehr verlangt, daß sie eine Maßnahme positiv guthießen, sondern nur noch negativ, daß sie nicht ihre spätere Aufhebung verlangten.

Nun komme ich zu meinen persönlichen Erlebnissen. An den schwebenden Fragen, namentlich den finanziellen, war ich ressortmäßig wenig beteiligt. Mich interessierten hauptsächlich die grundsätzlichen Fragen, insbesondere die der Notverordnungen. Die mich ebenfalls interessierende Frage, ob ein Gesetz "verfassungsändernd" sei, gehörte zum Ressort des Innern; ich konnte aber immerhin mitarbeiten. Von hohem Interesse waren mir auch die Verhandlungen der "Länderkonferenz" am 20. und 21. Juni 1930, die sich mit der Frage der Reichsreform befaßte.⁴⁷) Leider konnte ich mich nicht so beteiligen, wie ich es gern gewollt hätte, weil meine Anwesenheit im Rechtsausschuß des Reichstags ver-

⁴⁶⁾ Otto Meißner (1880—1953) leitete 1920—1934 das Büro des Reichspräsidenten. Vgl. allgemein Meißner S. 193. Bundesarchiv, R 43 I/1443 Bl. 3 (1. Mai), ebd. Bl. 97' (6. Mai), ebd. Bl. 169—187' (15. Mai). Hubatsch S. 111 ff.; Dorpalen S. 182 f. Vgl. Bruno Buchta, Die Junker und die Weimarer Republik: Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928—1933. Berlin (Ost) 1959.

⁴⁷) Horkenbach 1918—1930 S. 311. Brecht, Lebenserinnerungen S. 80.

langt wurde. Immerhin gewann ich doch einen Einblick in das Problem, aber keinen erfreulichen. Ich war immer ein Anhänger des Gedankens vom Einheitsstaate, der mir das natürliche Ergebnis der von Bismarck begonnenen Entwicklung darzustellen schien. Was ich aber in der Länderkonferenz von Partikularismus erlebte, besonders vom Bayerischen Ministerpräsidenten Held48), das überstieg meine schlimmsten Erwartungen. In einem Vortrag vor den Marburger Studenten führte ich später aus, auf dem Verhandlungswege sei hier niemals etwas zu erreichen; nur ein Ereignis, das man in seiner Tragweite dem Krieg von 1870 an die Seite stellen könne, sei hier geeignet, zum Erfolg zu führen. 49) Die Kabinettssitzungen waren sehr ermüdend und dauerten des öfteren bis in die ersten Morgenstunden hinein. Ich fühlte mich zurückversetzt in die Zeit der ersten national-ökonomischen Studien mit allen Nebenerscheinungen. Stundenlang wurde geredet über Preisbildung, Angebot und Nachfrage, Wirkung der Kartellgesetze, Lebensindex, Reallohn und wie die Dinge alle hießen. Wie aber selten zwei Nationalökonomen sich einig sind über Ursachen und Wirkungen einer Erscheinung, so war es auch hier. Einzelne Minister entwickelten in langen Reden Gedankenreihen, auf die später kaum noch jemand einging. Wenn vollends die fachlichen Referenten aus den Ministerien Reden von einer Stunde und darüber hielten, war es schließlich ganz unmöglich, noch zu folgen. Man denke sich nur einen Vortrag, der in das Gestrüpp der einzelnen Bestimmungen eines Versicherungsgesetzes führte, mit ständigen Hinweisen auf einzelne Paragraphen wer will da nach einer Stunde noch behaupten, folgen zu können? Der Reichskanzler war immer derjenige, der am besten beschlagen war, weil er kein eigenes Ressort hatte und sich die einzelnen Punkte der Tagesordnung vorher vortragen und erläutern ließ. Ich hätte am besten auch ein paar Referenten meines Ministeriums damit betrauen sollen, die Interna der Tagesordnung vorher zu studieren und mir die entscheidenden Dinge herauszusuchen; manche Arbeiten des Ministeriums hätte man dafür gut zurückstellen können.

Die Kabinettsbildung vollzog sich in einer Zeit, in welcher der Reichstag versammelt war. Das Kabinett konnte sich daher sofort nach seiner Konstituierung vorstellen. Schon am 2. April begannen die Verhandlungen, welche Brüning mit der im Kabinett festgestellten Regierungserklärung eröffnete. Es folgten lange Debatten, die aber auf der rechten Seite noch mit Vorsicht geführt wurden. Von Sozialdemokraten und Kommunisten waren Mißtrauensanträge gestellt worden, für die aber außer diesen Parteien nur noch die Nationalsozialisten stimmten. Die Deutschnationalen stimmten damals noch gegen die Mißtrauensanträge, und so wurden sie [am 3. April] mit 253 gegen 187 Stimmen abgelehnt. Der erste Anfang der neuen Regierung war also offensichtlich ein guter. Der Reichspräsident hatte für diesen entscheidenden 3. April zwei Auflösungsordres zur Verfügung gestellt, die eine für den Fall, daß ein Mißtrauensantrag angenommen würde, die andere für den Fall, daß wir der Annahme eines Mißtrauensantrages zuvorkommen wollten. Als nun alles gut verlief, traten wir sofort im "Zeppelinzimmer" des Reichstags zu einer Kabinettssitzung zusammen und beschlossen, von einer

⁴⁸⁾ Heinrich Held (1868-1938), 1924-1933 bay. Min.-Präs.

⁴⁹⁾ Nicht ermittelt. — Vgl. den Aufsatz Bredts "Die Frage der Reichsreform" in den Preuβ. Jahrbüchern (1931) S. 225 ff.

Auflösung Abstand zu nehmen. Daraufhin zerriß Staatssekretär Meißner die beiden Auflösungsordres, gab mir aber auf meinen Wunsch über den Tisch hin die beiden abgerissenen Unterschriften. Ich bewahre sie als Andenken an jene ereignisreichen Tage.⁵⁰)

In den folgenden Tagen wurden die Steuergesetze beraten und angenommen, die noch von *Moldenhauer* stammten und unter dem 15. April verkündet wurden.⁵¹)

Es waren heftige Debatten, und die Entscheidung hing meist an wenigen Stimmen. Am meisten umstritten war das Biersteuergesetz, das von einigen bayerischen Stimmen leicht hätte zu Fall gebracht werden können. Es war eine dramatische Szene, als vor der Abstimmung Deutschnationale und Nationalsozialisten auf unseren Freund Eisenberger, den Führer des Bayerischen Bauernbundes, losstürmten und ihn mit lauten Drohungen bewegen wollten, mit seinen Leuten gegen das Gesetz zu stimmen. Eisenberger war aber so leicht nicht einzuschüchtern und verhalf dem Gesetz zur Annahme.⁵²)

Es begann dann für mich die Zeit der Einarbeitung in das Ressort. Schon unter dem 3. April findet sich meine Unterschrift in Reichsgesetzblatt unter einer Verordnung.⁵³) Dann mußte ich darangehen, mich eingehend im Haushalt des Ministeriums umzusehen, um für die Beratung im Haushaltsausschuß bereit zu sein. Am 10. Mai, in der 151. Sitzung, wurde der Haushalt des Reichsjustizministeriums im Ausschuß verhandelt.⁵⁴) Es gab im Ministerium große Mengen von "Sprechzetteln", die sich ausgezeichnet bewährten. Jeder Referent legte über alle Fragen, die in seinem Referat behandelt wurden, einen solchen Sprechzettel an und hielt ihn auf dem laufenden, mit kurzen Bemerkungen. Wurde nun eine Frage an den Minister gerichtet, so schob ihm der Referent sofort den betreffenden Sprechzettel zu, und der Minister konnte eine exakte Antwort geben. Zur Vorsicht hatte ich eine lange Bahnfahrt nach Marburg und zurück benutzt, die ganzen Sprechzettel genau durchzusehen, so daß mir keiner fremd war. Im

⁵⁰⁾ Schulthess 1930 S. 101. — In der Kabinettssitzung am 3. April (10.00 Uhr) hatte Bredt "erklärt, er werde es begrüßen, wenn der Reichspräsident das Reichskabinett nach Annahme eines Mißtrauensvotums im Reichstag und sodann erfolgter Auflösung in seinen Ämtern bestätige". Bundesarchiv, R 43 I/1442 Bl. 229 .— Für die Regierungserklärung vom 2. April vgl. Sten. Berichte Bd. 427 S. 4728—4730; Abstimmung ebd. S. 4774—4777.

⁵¹⁾ Schulthess 1930 S. 111 f. — Bredt fügt hinzu: "Es sind: Gesetz über Zolländerungen; Gesetz zur Änderung des Biersteuergesetzes; Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol; Mineralwassersteuergesetz." Vgl. RGBl. 1930/I S. 135 ff.

⁵²⁾ Schulthess 1930 S. 112 (232 zu 223 Stimmen). Die Wirtschaftspartei stimmte geschlossen für das Biersteuergesetz, vgl. Sten. Berichte Bd. 427 S. 5000 ff.; in der Kabinettssitzung vom 4. April (17.00 Uhr) hatte Bredt dargelegt, "daß er dem Vorschlage des Reichskanzlers bezüglich des taktischen Vorgehens der Reichsregierung nicht widersprechen wolle. Er müsse aber darauf hinweisen, daß die Wirtschaftspartei wahrscheinlich nicht dafür zu haben sein werde, einer über 50 v. H. hinausgehenden Biersteuererhöhung zuzustimmen. Den Ausfall der restlichen 25 v. H. wünsche die Wirtschaftspartei wahrscheinlich durch eine verbesserte Staffelung der Umsatzsteuer zu decken." Bundesarchiv, R 43 I/1442 Bl. 241.

⁵³⁾ RGBl. 1930/I S. 130: Verordnung über das Verfahren in Verwaltungssachen auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik.

⁵⁴) Vgl. den Bericht des 5. Ausschusses (Reichshaushalt) über den Haushalt des Reichsjustizmin. für das Rechnungsjahr 1930 v. 10. 5. 1938. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 441 Nr. 2011; siehe S. 78.

übrigen hatte der Haushalt des Ministeriums den großen Vorzug, der einzige Überschußhaushalt zu sein; es waren die Einnahmen aus dem Reichspatentamt, die hier zur Geltung kamen. So wurde der Haushalt mit ganz geringen Änderungen an einem Tage beraten und angenommen.

Am 15. Mai trat ich zum ersten Mal [als Minister] vor das Plenum, aber mit wenig Glück. Die preußische Regierung hatte im Verfolge ihrer Sparmaßnahmen eine "Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und einiger Vorschriften über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sowie über die Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen" verlangt. Mein Vorgänger im Ministerium hatte sich einverstanden erklärt, die Sache war im Kabinett beraten worden und kam nun an das Plenum. Ich selbst hegte die allergrößten Bedenken gegen die geplanten Neuordnungen und hatte den Vertretern des Anwaltsstandes, die mich deswegen aufsuchten, offen gesagt, ich glaubte nicht, daß eine Aussicht auf Annahme bestände, ich müsse den Entwurf aber im Reichstage vorlegen. Es stellte sich dann heraus, daß keine einzige Partei für die Neuerungen zu haben war. Ich hielt es für geboten, den Standpunkt der preußischen Regierung in einer kurzen Rede wenigstens darzulegen und eine Ausschußsitzung zu empfehlen.⁵⁵) Es half aber nichts: der Entwurf wurde in erster Lesung bereits abgelehnt und nicht einmal einer Ausschuß-Beratung gewürdigt. Der preußische Finanzminister Hönker-Aschoff gab später seinem Ärger darüber deutlichen Ausdruck.

Mein zweites Auftreten im Plenum war bedeutend angenehmer. Am 16. und 17. Mai wurde der Haushalt meines Ministeriums verhandelt, und ich nahm mehrfach das Wort. ⁵⁶) Am 16. Mai hatte ich hauptsächliche Angriffe des Sozialdemokraten Dr. *Rosenfeld* zurückzuweisen, was ohne Schwierigkeit gelang. ⁵⁷)

Gegenüber vielen Angriffen, die von sozialdemokratischer Seite aus gegen das Reichsgericht gerichtet wurden, hielt ich es auch für meine Pflicht, hier eine Lanze für das Reichsgericht zu brechen. Ich konnte dies aus voller Überzeugung tun, weil das Reichsgericht das zweifellose Verdienst hatte, den alten Rechtszustand über die Zeit von 1918 hinübergerettet zu haben.

Am folgenden Tage, dem 17. Mai, war es ein hübsches Zusammentreffen, daß mein alter Freund von Kardorff als Vizepräsident den Vorsitz führte. Er schickte mir vom Präsidentensitz einen Briefzettel herunter, und meine Herren aus

⁵⁵⁾ Sten. Berichte Bd. 427 S. 5090 f. Bredt schloß mit der dringenden Bitte, "den Gesetzentwurf wenigstens einem Ausschuß zu überweisen, damit eine genaue Beratung und Beschlußfassung stattfinden kann". — Vorher hatte der Abgeordnete Dr. Marum (SPD) ironisch die "Vaterschaft" für diesen Gesetzentwurf dem preuß. Finanzminister angelastet ("ich entnehme aus seinem [Bredt] ablehnenden Kopfschütteln, daß er die Vaterschaft ablehnt"), ebd. S. 5084. Der Antrag auf Ausschußberatung wurde aber von keiner Seite gestellt, der Entwurf abgelehnt, ebd. S. 5097.

⁵⁶⁾ Siehe die folgenden Anmerkungen. — Für die Ablehnung der sog. "kleinen Justizreform" vgl. zusammenfassend Schulthess 1930 S. 123 f.

⁵⁷⁾ Kurt Rosenfeld (1877—1943), MdR 1920—1932 (USPD/SPD/SAP); — Sten. Berichte Bd. 427 S. 5112—5119 (16. Mai). Rosenfeld erhob den Vorwurf der "Klassenjustiz" und forderte einen "eisernen Besen" für das Reichsgericht in Leipzig. Dagegen betonte Bredt in seiner Rede (ebd. S. 5124—5128): "Es ist immer eine großartige Leistung gewesen, daß das Reichsgericht es verstanden hat, den alten Rechtszustand überhaupt in das neue Reich hinüber zu retten." (5128).

dem Ministerium waren erstaunt, als ich meine Meldung zum Wort nicht durch einen von ihnen bestellen ließ, sondern zum Präsidentensitz heraufrief: "Kardorff". Beide dachten wir an dem Tage an unseren alten Parteivorsitzenden Octavio von Zedlitz, der sich sicher gefreut haben würde, wenn er seine beiden jungen Leute von dazumal zwanzig Jahre später auf dem Präsidentenstuhl und dem Ministersitz des Reichstags gesehen hätte.

An dem Tag wurden zwei weitere Fragen angeschnitten, auf die ich mich besonders äußern mußte, und ich konnte gerade auf solche Punkte kommen, die mich in meiner wissenschaftlichen Tätigkeit besonders berührten. So schloß ich meine Rede⁵⁸) mit folgenden Ausführungen:

"Nun wende ich mich zu dem wichtigsten Punkt, der heute angeschnitten ist, das sind die Fragen, die der Herr Abgeordnete Dr. Dingeldey⁵⁹) behandelt hat und die sich zusammenfassen lassen in die Fragen in der Richtung auf die Verreichlichung, die sich spezialisiert in die Fragen der Ausbildung der Juristen, die zusammenhängen mit dem Reichsindigenat, mit dem Reichsverwaltungsgericht und ähnlichem. Ich glaube, das eine kann man doch wohl aussprechen: Der ganze Gang unserer Gesetzgebung, der ganze Komplex von Fragen kann nur unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß wir uns selbstverständlich in der Richtung auf die Reichseinheit bewegen und bewegen müssen. Wenn man sich einmal ansieht, wie das Deutsche Reich zur Zeit, als Bismarck es im Jahre 1871 gründete, aussah, und wie es im Jahre 1914, als wir in den Weltkrieg zogen, aussah, dann sieht man, daß sich doch in dieser Zeit bereits der Reichsgedanke in einer Weise durchgesetzt hat, wie es der heutigen Generation vielleicht nicht mehr ganz klar ist, weil sie den Gang des Reichs von 1871 an kaum mehr übersehen kann. Ich möchte nur an das Strafgesetzbuch, an das Bürgerliche Gesetzbuch und an all die Dinge, die damit zusammenhängen, erinnern. Ich möchte nur an die Frage der Reichssteuern erinnern, die Bismarck überhaupt nie angeschnitten hat, die im Jahre 1914 etwas ganz Selbstverständliches war. Ich möchte nur an die Frage des Bundesrates erinnern, der sich schon unter Bismarck grundlegend gewandelt hat und der während des Weltkrieges im Grunde genommen überhaupt nur noch eine Art Oberhaus des Deutschen Reiches war. Daß wir uns in der Richtung auf die Reichseinheit hin bewegen, kann kein Mensch in Zweifel ziehen. Es fragt sich nur, wie das Tempo ist. [...] Selbstverständlich bewegen wir uns in der Richtung auf die Reichseinheit hin, und das muß sich vor allen Dingen auf die Frage der Ausbildung der Juristen beziehen. Es geht selbstverständlich auf die Dauer nicht an, daß die Juristen in sämtlichen Ländern auf eine verschiedene Weise ausgebildet werden. Die Ausbildung muß einheitlich sein, muß es werden. Damit hängt natürlich die Frage der Freizügigkeit der Rechtsanwälte zusammen, die auch auf die Dauer in dem Sinne gelöst werden muß, daß die Freizügigkeit hergestellt wird.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Und die Bodenständigkeit?)

Die Bodenständigkeit muß sich von selbst ergeben, wenn ein Rechtsanwalt sich bodenständig fühlt. Wer nicht an seiner Heimatscholle hängt, den können Sie mit Gewalt niemals dazu zwingen. Die Sache ist lediglich eine solche der Empfindung, die durch Rechtsbestimmung zwar gestört, aber nicht aufgehoben werden kann.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Und die Invasion aus anderen Staaten?)

Wenn wirklich einmal ein schaumburg-lippischer Rechtsanwalt sich in Lippe-Detmold niederlassen sollte, ist das auch kein Unglück.

⁵⁸) Sten. Berichte Bd. 427 S. 5126 ff.

⁵⁹) Eduard Dingeldey (1886—1942), MdR (DVP) 1928—1933, seit 1. 12. 1930 Parteiführer der DVP u. Vorsitzender der Reichstagsfraktion.

(Heiterkeit.)

Damit hängt auch die Frage des Indigenats zusammen. Es ist das eine Angelegenheit, die das Reichsministerium des Innern berührt, die aber selbstverständlich vom Reichsjustizministerium auch im Auge behalten werden wird. Da können wir doch wohl ruhig aussprechen, daß der alte Gedanke der Einzelstaatsangehörigkeit, wie er der Bismarckschen Gesetzgebung zugrunde gelegen hat, heute durch die neue Reichsverfassung vollkommen überholt ist, weil jeder Deutsche in jedem Bundesstaate, wo er wohnt, dieselben Rechte hat wie die betreffenden Staatsangehörigen. Wenn heute ein Sachse nach Bayern verzieht, dann hat er in Bayern die gleichen Rechte wie die Bayern selbst. (Zuruf: In Bayern ist es zweifelhaft!)

— Doch, selbst in Bayern! Diese Frage wird auf die Dauer einer bestimmten Lösung zugeführt werden müssen.

Was nun die Frage der juristischen Ausbildung im Innern mehr angeht, so möchte ich da auch manchem zustimmen, was gesagt worden ist, aber auch manche Bedenken geltend machen. Bei der Ausbildung der Juristen kommt es heute im wesentlichen darauf an, daß wir nicht den Arbeitsstoff immer vermehren, daß bei der ganzen juristischen Ausbildung nicht so sehr auf die Quantität, sondern mehr auf die Qualität der Ausbildung Wert gelegt werden muß. Es wird heute von den Studenten in bezug auf einzelne Gesetzesbestimmungen so viel verlangt, daß dem normalen jungen Studenten sehr oft der Überblick über das Ganze verloren geht. Wenn ich denke, was heute die jungen Studenten an Einzelheiten über Arbeitsrecht, über Steuerrecht, über Finanzrecht lernen sollen, so frage ich mich, woher sie überhaupt noch die nötige Zeit finden sollen, um die Grundlagen, wie sie etwa im römischen Recht gegeben sind, zu studieren. Die Frage der juristischen Ausbildung ist eine der allerwichtigsten, mit denen wir uns zu befassen haben, und wir hoffen, daß wir hier auf die Dauer auch zu einer Verständigung mit den Ländern kommen werden."

Der Haushalt des Reichsjustizministeriums wurde ohne alle Schwierigkeiten angenommen. Die Kommunisten hatten einen Mißtrauensantrag gegen mich eingebracht. Als er aber abgestimmt wurde, erhoben sich nur allein die Kommunisten; selbst die Sozialdemokraten blieben sitzen. (60) Auf dem Korridor sagte mir später der Abgeordnete Dittmann (61), den ich vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß her genau kannte: "Wir haben heute nicht für den Mißtrauensantrag gestimmt, weil wir Ihnen Gelegenheit geben wollen, unser Mißtrauen erst noch besser zu verdienen. Sie werden das schon machen!"

Eine Unvorsichtigkeit beging ich an dem Tag, die ich erst später begriff. Es ist Sitte im Reichstag, daß der Redner das Stenogramm seiner Rede zur Korrektur vorgelegt bekommt, und so geschah es auch jetzt. Nun wurde mir aber gesagt, als Minister könne ich mich um so etwas nicht kümmern; die Arbeit würde mir von den Referenten des Ministeriums abgenommen. Da ich nun an dem Tage schon genug in Anspruch genommen war, ging ich darauf ein, ohne zu ahnen, daß nun das Stenogramm meiner Rede an einigen Stellen tatsächlich "korrigiert" werden würde.

Sehr viel schwieriger als die Vertretung des Haushalts war die Stellungnahme zu einer anderen Frage, die an mich herantrat, und die man in der Öffentlichkeit

⁶⁰⁾ Sten. Berichte Bd. 427 S. 5222 f. (20. Mai); der Mißtrauensantrag Stoecker, Dr. Alexander und Genossen (Drucksache Nr. 2026 v. 16. Mai, Anlagen Bd. 441) wurde auch nach der Gegenprobe abgelehnt; ebd. 5223.

⁶¹⁾ Wilhelm Dittmann (1874—1954), MdR (USPD/SPD) 1920—1933.

als die "Begnadigung der Fememörder" zu bezeichnen pflegte. Es handelt sich dabei um folgendes: In dem Gesetz über die Straffreiheit vom 14. Juli 1928 waren diejenigen Straftaten amnestiert worden, die aus politischen Beweggründen begangen waren. Ausgenommen hiervon waren aber diejenigen Straftaten, die sich gegen das Leben gerichtet hatten. Demnach waren nicht amnestiert erstens die Mörder von Rathenau und Erzberger, von denen die letzteren noch im Ausland lebten⁶²), zweitens die Angehörigen der sogenannten Schwarzen Reichswehr⁶³), die im Interesse der Geheimhaltung einzelne Personen im Stillen getötet hatten, drittens die Kämpfer gegen den Separatismus⁶⁴) am Rhein, die zahlreiche Separatisten erschlagen hatten. Es war schon lange eine große Bewegung für die Amnestie im Gange, aber das Reichsjustizministerium hatte bisher eine ablehnende Stellung eingenommen, sowohl Minister von Guérard wie Staatssekretär Joël. Nunmehr setzte die Bewegung erneut ein, und ich mußte Stellung nehmen. Nach allem, was ich im Ministerium hörte, mußte es zunächst so scheinen, als sei eine nochmalige Amnestie mit so weittragenden Folgen nicht vertretbar. Ich wurde aber bald zweifelhaft und fragte Brüning, ob er einverstanden sei. Brüning hatte keine Bedenken, und so ging ich an die Sache heran. 65)

Es lagen im Reichstag drei Anträge vor: Dr. Everling, Dr. Oberfohren und Gen. 66),

⁶²⁾ Walther Rathenau (1867—1922), Industrieller, 1921 Reichsminister für den Wiederaufbau, ab 2. Februar 1922 bis zu seiner Ermordung am 24. Juli Reichsaußenminister im Kabinett Wirth; vgl. Harry Graf Kessler, W. Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Wiesbaden o. J. S. 359 ff. Zu den Erzberger-Mördern vgl. Epstein S. 433 ff.

⁶³⁾ Als Arbeitskommandos getarnte illegale militärische Formationen, die sich in enger Anlehnung an die Reichswehr aus den schlesischen Freikorps gebildet hatten und im September 1923 (Buchrucker-Putsch) zu einer erheblichen innenpolitischen Gefahr wurden; vgl. Schüddekopf S. 125 ff.; Vogelsang S. 40 f.; Carsten S. 179.

⁶⁴) Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966 S. 49 ff.

⁶5) Außerhalb der Tagesordnung wurde am 3. Mai (12:00 Uhr) im Kabinett die Frage der Amnestie bei Räumung des besetzten Gebietes erörtert. "Der Reichsjustizminister legte dar, daß bei der bevorstehenden Räumung des besetzten Gebietes die Frage einer Amnestie aufgetaucht sei. Bevor er sich in dieser Beziehung festlege, sei es ihm von Wert, zu wissen, wie das Reichskabinett zu einer solchen Frage steht. [...] Der Reichsjustizminister Bredt schloß sich den Ausführungen des Reichsverkehrsministers von Guérard an; auch nach seiner Meinung dürften neue Feme-Prozesse nicht auftauchen. Eine gewisse Schwierigkeit werde sich hinsichtlich der Erzberger-Mörder ergeben, da eine Amnestierung dieser Mörder nicht in Frage komme. Weiterhin würde auch wohl die Frage eine gewisse Rolle spielen, ob überhaupt eine Reichsamnestie in den Fällen, in denen die Verurteilung durch das Landgericht erfolgt sei, möglich sei. Preußen und Bayern widersetzten sich einer Amnestie. Auch er halte es für richtig, bei der Amnestie vom Stichtag des 30. September 1924 auszugehen. Er bäte um Feststellung, ob das Kabinett bereit sei, einer entsprechenden Vorlage beizutreten. Zu prüfen werde auch sein, ob ein Initiativ-Antrag der Parteien abgewartet werden solle. Er persönlich neige eher zu der Auffassung, daß die Justizverwaltung von sich aus die Frage aufgreifen solle." Der Reichskanzler ebenso wie der Verkehrsminister bevorzugten "aus politischen Gründen" einen Initiativ-Antrag der Parteien. Das Kabinett schloß sich dieser Meinung an. Bundesarchiv, R 43 I/1443. Bl. 93-93'. Siehe S. 242.

⁶⁶) Friedrich Everling (1891—1958), MdR (DNVP) 1924—1933; Ernst Oberfohren (1881—1933), MdR (DNVP) 1919—1933; vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 440 Nr. 1717 v. 7. 3. 1930 "Entwurf eines Gesetzes über Straffreiheit"; die Amnestie sollte auch für die aus politischen Beweggründen begangenen Straftaten gelten, die durch das Gesetz v. 14. Juli 1928 (RGBl. 1928/I S. 195) von der Straffreiheit ausgeschlossen waren.

Treviranus, Döbrich und Fraktion⁶⁷), Stoecker, Alexander und Gen.⁶⁸) Die Fememörder und Separatistenkämpfer gehörten nur den Rechtsparteien an, und diesen war es nur um deren Begnadigung zu tun. Wenn man aber diese Personen begnadigte, konnte man unmöglich vorbeigehen an einigen Kommunisten, die bei politischen Unruhen Gegner getötet hatten. So kam es, daß die Bewegung von der äußersten Rechten und der äußersten Linken getragen war.

Ich glaubte von den Fememördern keinen zu kennen. Es stellte sich aber bald heraus, daß ich den hauptbeteiligten Oberleutnant Schulz⁶⁹) schon bei meinem Regimentskameraden von Wrochem kennengelernt hatte; es war mir nur nicht klar geworden, wen ich vor mir hatte. Sodann erfuhr ich, daß der Mitbeteiligte von Beulwitz der Schwiegersohn meines Regimentskameraden Ortloff war. Als ich die Aktion einleitete, glaubte ich jedenfalls, keinen zu kennen. Um so mehr kamen jetzt massenweise Briefe und Besuche von Leuten, die sich für die Fememörder verwendeten, unter ihnen zahlreiche höhere Offiziere. Es erschien sogar der Held von Brzeziny, General Litzmann⁷⁰), der sich zur Bekräftigung seiner Ansicht den Orden Pour le mérite über den Straßenanzug gebunden hatte. Ich konnte ihnen allen nur antworten, daß ich meinen Standpunkt schon bekanntgegeben hätte.

Mir persönlich lag am meisten an der Begnadigung der Separatistenkämpfer. Es war durchaus bekannt, wer jenen Heinz-Orbis⁷¹) in Speyer erschossen hatte. Es war ebenso bekannt, wer bei der sogenannten Schlacht im Siebengebirge⁷²) beteiligt gewesen war. Allen diesen konnte man unmöglich unlautere Beweggründe unterstellen. Es bestand aber die Gefahr, daß einmal irgendein Denunziant eine offizielle Anzeige machte, und daß wir in der Öffentlichkeit diese Geschehnisse verhandeln mußten. Auch eine persönliche Begnadigung — die nur durch Preußen möglich gewesen wäre! — hätte diesen politischen Schaden nicht ausgleichen können. Daher hielt ich diese Amnestie für dringend geboten.

⁶⁷) Friedrich Döbrich (1872—), MdR (DVP/Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-partei) 1920—1932; vgl. ebd. Nr. 1631 v. 10. 2. 1930, Amnestie für Straftaten, die in dem Zeitraum vom 9. November 1918 bis zum 1. September 1924 begangen sind. "Ausgenommen sind lediglich diejenigen Straftaten, die auf Roheit, Eigennutz oder sonstigen nicht politischen Beweggründen beruhen." Der Antrag forderte gleichzeitig die Aufnahme von Verhandlungen mit den Ländern "über den Erlaß gleichwertiger Amnestiegesetze".

Walter Stoecker (1891—1939), MdR (USPD/KPD) 1920—1932; Eduard Alexander (1881 bis 1945), MdR (KPD) 1928—1930; vgl. ebd. Bd. 438 Nr. 1376 v. 11. 10. 1929. Nach § 3 des Gesetzentwurfs sollten von der Straffreiheit ausgeschlossen bleiben: "Personen, die sich an den Mordtaten oder Verschwörungen der Schwarzen Reichswehr, der Organisation Consul, Roßbach und der Bayerischen Einwohnerwehr und anderer rechtsradikaler Verbände und Vereinigungen sowie der Neben- und Hilfsorganisationen [...] als Täter, Anstifter, Geldgeber oder Gehilfen beteiligt haben."

⁶⁹) Zur Person vgl. Carsten S. 170; Epstein S. 434.

⁷⁰) Karl Litzmann (1850—1936) schloß sich der NSDAP (MdR 1932, 1933—1936) an; für Brzeziny (23./24. 11. 1914) vgl. K. Litzmann, Lebenserinnerungen (Berlin 1927) Bd. 1 S. 295 ff.

⁷¹) Der Landwirt Heinz aus Orbis (Nordpfalz) bildete 1923 als "Chef der Regierung" der Autonomen Pfalz in Speyer ein "Kabinett"; er wurde am 9. 1. 1924 im Hotel Wittelsbacher Hof in Speyer erschossen; vgl. Mayer S. 34 u. 38.

⁷²) Bei der Schlacht im Siebengebirge handelt es sich um die Kämpfe bei Aegidienberg im Dezember 1923 zwischen Selbstschutzeinheiten der Bevölkerung und sog. "Rheinsoldaten", die von Koblenz plündernd vordrangen.

Was endlich die Mörder von Rathenau und Erzberger anging, so war hier das Zentrum unerbittlich. Zwar waren die Rathenau-Mörder schon tot, aber sowohl Zentrum wie Demokraten erklärten hier eine nachträgliche Begnadigung für ausgeschlossen. Bei den Erzberger-Mördern kannte das Zentrum schlechterdings keine Rücksichten, obwohl kaum eine Aussicht bestand, die Betreffenden einmal zu fassen. So war es von vornherein klar, daß diese von der Amnestie auszunehmen seien.

Im Interesse der Justiz schien es besser, keinen Regierungsentwurf vorzulegen, sondern die vorliegenden Anträge der Parteien als Grundlage zu nehmen. Da aber keiner von ihnen rechtlich einwandfrei war, wurde folgender Weg eingeschlagen. In meinem Arbeitszimmer 15b im Reichstag fand eine interfraktionelle Beratung statt, in welcher der Antrag Everling grundlegend geändert wurde nach einer Ausarbeitung im Ministerium. Im Rechtsausschuß wurde dann dieser Antrag am 24. Mai 1930 angenommen als abgeänderter Antrag Everling.⁷³)

Nun kam die entscheidende Frage an mich heran, woher die notwendige Mehrheit zu nehmen sei. Das Gesetz vom 14. Juli 1928 war angenommen worden mit verfassungsändernder Mehrheit, aber nur zur Vorsicht. Die grundsätzliche Frage, ob eine solche Reichsamnestie mit einfacher Mehrheit angenommen werden könne, war offengelassen worden. Meiner persönlichen Ansicht nach war eine verfassungsändernde Mehrheit nicht nötig, allerdings nicht wegen Artikel 49 Abs. 2, sondern wegen Artikel 7 Z. 2 der Reichsverfassung. (1) Ich hielt es aber für dringend geboten, das Gesetz mit verfassungsändernder Mehrheit annehmen zu lassen, weil anderenfalls die Gefahr bestand, daß einzelne Länder — vor allem Preußen! — das Gesetz in seiner Gültigkeit anzweifeln und nicht ausführen würden. Zur verfassungsändernden Mehrheit waren aber die Kommunisten schlechterdings notwendig, und hiermit mußte ich rechnen.

Die Sache wurde mir leicht gemacht dadurch, daß der Kommunistenführer Torgler⁷⁵) bei mir erschien. Die Kommunisten verlangten eine Amnestie bis zum Tage des Gesetzes, während nur geplant war, die vor dem 1. September 1924 — dem Ende des Separatismus — liegenden Taten zu amnestieren. Ich schlug daher das Verlangen der Kommunisten ab, ebenso alles weitere derart, was sie von mir verlangten. Als mir daraufhin Torgler sagte, die Kommunisten würden das Gesetz zu Fall bringen, erwiderte ich nur, ich hielte die Kommunisten nicht für so töricht, eine Reihe von Freunden von ihnen sitzenzulassen. Ich hatte die feste Überzeugung, daß ich durchkommen würde, wenn ich feste Nerven behielt und mich auf nichts einließ.

Am 2. Juli war die dritte Lesung im Plenum, und diese hatte ich ganz genau vorbereitet. Es war mir klar geworden, daß die bisherige Praxis des Reichsgerichts

⁷²⁾ Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 442 Nr. 2081, mündlicher Bericht des 13. Ausschusses (Rechtspflege) durch den Berichterstatter Abg. Wegmann (Ztr.) v. 24. Mai 1930. Der Entwurf billigte Straffreiheit für die aus politischen Beweggründen vor dem 1. 9. 1924 begangenen Straftaten zu, "wenn sie sich nicht gegen ein Mitglied oder früheres Mitglied der Reichsregierung gerichtet" hatten.

⁷⁴⁾ Art. 7, 2 reservierte das Strafrecht für die Reichsgesetzgebung; Art. 49, 2: "Reichsamnestien bedürfen eines Reichsgesetzes."

⁷⁵⁾ Ernst Torgler (1893—1963), MdR (KPD) 1924—1933.

und der Oberreichsanwaltschaft in Hochverratsprozessen nicht länger haltbar war. Es wurden gegen Nationalsozialisten und Kommunisten unzählige Anklagen erhoben auf Grund von Zeitungsartikeln, aus denen man eine Aufforderung zum Umsturz herauslesen konnte; die Prozesse schwollen ins Ungemessene an. Man konnte gegen die Kommunisten vorgehen nur mit ganz großen Schlägen, nicht mit einer Flut von kleinen Einzelprozessen. Im neuen Strafgesetzbuch war eine diesbezügliche Änderung geplant, insbesondere sollte der bloße "Literarische Hochverrat" nicht mehr solche Rolle spielen wie bisher. Als daher die Sozialdemokraten bei der Haushaltsberatung diese Dinge eingehend vorbrachten, hatte ich unter Zustimmung fast des ganzen Saales gesagt, hier müsse jetzt schon eine Art von Überleitung zum neuen Strafgesetzbuch stattfinden, und ich würde dies durch Fühlungnahme mit dem Oberreichsanwalt einleiten.⁷⁶) — Diese Ausführungen von mir fehlen im gedruckten Stenogramm, ich selbst hatte sie aber nicht herausgestrichen! Da ich es nun für richtig hielt, die heftige Opposition der Sozialdemokraten gegen die neue Amnestie etwas abzuschwächen, und da ich überhaupt nicht gesonnen war, mir meine Ausführungen im Stenogramm streichen zu lassen, setzte ich hier den Hebel an. Ich bat den deutschnationalen Abgeordneten von Lindeiner77), sofort im Plenum diese Fragen noch einmal anzuschneiden, da ich sie lieber als einen Wunsch von rechts her behandeln wollte. Dann bat ich den allverehrten Senior des Hauses, Geheimrat Kahl⁷⁸), nach meiner Antwort kurz das Wort zu nehmen und mir zuzustimmen. So geschah es denn auch, und die Worte von Kahl machten jeden Widerspruch aussichtslos. Im übrigen waren gerade die Nationalsozialisten mit meinen Ausführungen sehr einverstanden.

Nach Geheimrat Kahl ergriff der Kommunist Torgler das Wort, um die schwierige Aufgabe zu lösen, die Zustimmung seiner Fraktion zu einem Antrage von rechts zu begründen. Et at es unter so heftigen Angriffen auf die Sozialdemokraten, daß deren Vertreter Landsberg⁸⁰) sich veranlaßt sah, in nicht minder heftiger Weise zu antworten. Die Sozialdemokraten waren sehr empört über die ganze Vorlage und vertraten die Ansicht, ich hätte mit den Kommunisten irgendwelche Abmachungen getroffen. Namentlich Landsberg behauptete dies und beruhigte sich erst, als ich ihm unter vier Augen die Versicherung gab, es lägen keine Abmachungen vor. Die Abstimmung ergab 291 Ja, 135 Nein; die verfassungsändernde Mehrheit war erreicht.

Nun kam ein Rückschlag, auf den man nicht gefaßt sein konnte. Im Reichsrat beantragte die preußische Regierung, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben

⁷⁶) Sten. Berichte Bd. 428 S. 6083; vgl. Schulthess 1930 S. 160.

⁷⁷) Hans Erdmann von Lindeiner-Wildau (1883—1947), MdR (DNVP/Kons. Volkspartei) 1924 bis 1932; ebd. S. 6081—6083.

⁷⁸) Wilhelm Kahl (1849—1932), MdR (DVP) 1919—1923, 1924—1932 Vors. des Strafrechtsausschusses; vgl. ebd. S. 6084.

⁷⁹⁾ Ebd. S. 6084—6086.

⁸⁰⁾ Otto Landsberg (1869—1957), MdR (SPD) 1924—1933; vgl. ebd. S. 6086—6089: "Wir erklären wie im Ausschuß und wie in der zweiten Lesung, daß wir eine derartige Gesetzesmacherei nicht mitmachen können. Sie verstößt gegen unser Rechtsgefühl. Wir lieben die deutsche Republik zu sehr, als daß wir in ihrem Gesetzblatt ein solches Gesetz veröffentlicht sehen möchten." (6089). — Für die namentliche Abstimmung vgl. ebd. S. 6107 ff.

und gewann für diesen Antrag mehr als ein Drittel der Stimmen.⁸¹) Es tauchte jetzt die bis dahin bestrittene Frage auf, ob bei einem verfassungsändernden Gesetz zur Erhebung des Einspruchs mehr als die Hälfte oder nur mehr als ein Drittel der Stimmen notwendig sei. Nach eingehender Besprechung mit Staatssekretär Joël stellte ich mich auf den Standpunkt, daß mehr als ein Drittel genüge. Diese Anerkennung war der grundsätzliche Präzedenzfall für die Entscheidung der Frage und mußte deshalb sehr genau geprüft werden. Es war im übrigen auch der einzige Fall dieser Art, der sich während des Bestehens der Weimarer Verfassung ereignete. Zweifellos war meine Entscheidung richtig; ich konnte aber nicht wissen, wohin sie führen würde.⁸²)

Am 16. Juli war [im Reichstag] die Abstimmung über den Einspruch des Reichsrats, und zwar positiv: Soll dem Einspruch des Reichsrats stattgegeben werden? Es wurden abgegeben 453 Karten, davon 146 Ja, 295 Nein, 10 mit Enthaltung. Einige demokratische Abgeordnete hatten aus allgemeinen Gründen, einige bayerische Abgeordnete aus partikularistischen Gründen Enthaltung geübt. Dem Einspruch war demnach stattgegeben, da nicht zwei Drittel aller Stimmen auf Nein lauteten.⁸³) Das Gesetz war damit gefallen, zur großen Enttäuschung aller Beteiligten.

Ich will es gleich vorwegnehmen, daß nach den Neuwahlen der alte Antrag sofort noch einmal eingebracht wurde und unter der neuen Zusammensetzung des Reichstags — mit 107 Nationalsozialisten — ohne weitere Debatte glatt angenommen wurde. In der Nachtsitzung vom 18. auf den 19. Oktober 1930 stimmten 394 Abgeordnete mit Ja, 147 mit Nein; der Reichsrat erhob keinen Einspruch mehr.⁸⁴) Unter dem 24. Oktober 1930 wurde das Gesetz mit meiner Unterschrift verkündet.⁸⁵)

Vor den Wahlen kamen noch die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten meines Ressorts zur Verabschiedung. Es war zunächst das Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken. Zum 1. Januar 1932 wurden die aufgewerteten Hypotheken fällig⁸⁶), und es bestand die Gefahr, daß sie massenweise gekündigt würden und der ganze Hausbesitz in Gefahr käme. Zu dem Zweck sollte der Zinssatz von 5 v. H. auf einen angemessenen Zinssatz durch Verordnung der Regierung heraufgesetzt werden, um auf diese Weise die Gläubiger von Kündigungen abzuhalten. Das Gesetz hatte für den Hausbesitz

⁸¹⁾ Schulthess 1930 S. 167. Der Einspruch wurde mit 28 gegen 30 Stimmen "unter Hinweis auf die zunehmende Verrohung des politischen Kampfes" beschlossen.

⁸²⁾ Wahrscheinlich ist der Protest des Reichsrates v. 2. 8. 1932 gegen die Verordnung des Reichspräsidenten v. 20. 7. 1932 betr. Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Preußen gemeint, wodurch der Reichskanzler zum Reichskommissar für Preußen bestellt und ermächtigt wurde, die preuß. Regierungsmitglieder ihres Amtes zu entheben. Vgl. allgemein Gerd-Joachim Rose, Der Reichsrat der Weimarer Republik. Jur. Diss. Freiburg i. Br. 1964 S. 40. — Siehe auch S. 395.

⁸³⁾ Die Zweidrittelmehrheit hätte bei der Zahl der abgegebenen Stimmen aus 302 Nein-Stimmen bestehen müssen; Sten. Berichte Bd. 428 S. 6394 und S. 6435 für das endgültige Ergebnis.

⁸⁴⁾ Ein Abgeordneter (Dr. Köhler, Ztr.) enthielt sich der Stimme; vgl. ebd. Bd. 444 S. 217; nur die Sozialdemokraten stimmten geschlossen gegen den Antrag.

⁸⁵⁾ RGBl. 1930/I S. 467.

⁸⁶⁾ Horkenbach 1918-1930 S. 209.

die große Bedeutung, daß der Reinertrag des Hauses so weit erhöht werden mußte, als die Zinserhöhung bei normaler Belastung ausmachte. Dies konnte nur geschehen durch Erhöhung der gesetzlichen Miete oder Herabsetzung der Hauszinssteuern. Ich hatte das Gesetz mit Herrn Humar⁸⁷) eingehend besprochen, und es wird uns beiden immer eine schöne Erinnerung sein, wie wir hier zusammengearbeitet haben. Herr Humar vertrat das Gesetz im Reichswirtschaftsrat und ich im Kabinett.⁸⁸) Wir verstanden uns dabei ausgezeichnet und hatten obendrein das Bewußtsein, hier eine Regelung getroffen zu haben, die nicht nur dem Hausbesitz, sondern der ganzen Wirtschaft zugute kam.

Außerdem war vorgelegt ein Gesetz zur Bereinigung der Grundbücher, das diese von den Resten der Inflation reinigen und den öffentlichen Glauben der Grundbücher wieder herstellen sollte. Endlich kam hinzu ein Gesetz zur Änderung einiger Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das schiedsrichterliche Verfahren. Im Rechtsausschuß hatte ich diese Gesetze selbst vertreten zusammen mit Ministerialdirektor Schlegelberger, den ich dabei in seiner ganzen Vortrefflichkeit kennenlernte.

Am 11. Juli kamen die Gesetze im Plenum zur Verhandlung. ⁸⁹) Es gab eine ausgiebige Debatte mit sehr vielen Anträgen, aber es war glücklicherweise eine rein sachliche Debatte ohne politische Zwistigkeiten. Ich nahm selbst das Wort und verhandelte auch mit einzelnen Parteien über ihre Anträge. Bei allen drei Gesetzen bestand kaum eine Gefahr der Ablehnung, und doch hätte es leicht geschehen können, daß sie noch im Abgrunde parlamentarischer Unberechenbarkeiten verschwunden wären.

Wieder hatte an dem Tage Kardorff das Präsidium geführt; er hatte dabei wohl etwas voreilig den Deutschnationalen gesagt, an diesem Tage werde noch nicht abgestimmt werden. So waren viele Deutschnationale fortgegangen, was vielleicht einige deutschnationale Anträge gefährden konnte. Dann hatte Löbe das Präsidium wieder übernommen und wollte abstimmen lassen. Da beriefen sich nun die Deutschnationalen auf die Auskunft von Kardorff, und der Abgeordnete Rademacher⁹⁰) beantragte Aussetzung der Abstimmung.

Mir war sofort die ganze Gefahr klar. Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung war in greifbare Nähe gerückt, und es war sehr wenig wahrscheinlich, daß der Reichstag in den kommenden stürmischen Tagen noch die Ruhe finden würde, [über] ein solches Gesetz mit vielen Abänderungen abzustimmen. Es kam noch einmal jenes frische Draufgängertum über mich, mit dem ich meine politische

⁸⁷⁾ Josef Humar († 1940), Stadtrat in München, 1923—1933 Präs. des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine; Vertreter des Hausbesitzes im vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

⁸⁸⁾ Im Kabinett nahm Bredt an Beratungen über den noch von v. Guérard stammenden Gesetzentwurf (20. 3. 1930) über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken am 14. Mai (16.30 Uhr), 2. Juni (17.00 Uhr), 8. Juli (16.00 Uhr) und am 6. Oktober teil. Vgl. Bundesarchiv, R 43 I/1443 Bl. 142; ebd. R 43 I/1444 Bl. 2—7°; ebd. R 43 I/1445 Bl. 93; ebd. R 43 I/1447 Bl. 25—27.

⁸⁹⁾ Sten. Berichte Bd. 428 S. 6292 ff., für die Rede von Bredt vgl. ebd. S. 6307 ff.

⁹⁰) Walter Rademacher (1879—), MdR (DNVP) 1924—1930; ebd. S. 6319 ff., vgl. ebd. auch für das folgende längere Zitat und die Abstimmungen.

Laufbahn begonnen hatte, und so lautete der stenografische Bericht über das letzte Auftreten in meiner Ministerzeit folgendermaßen:

"Abgeordneter Dr. Rademacher (DNV): Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin auf Veranlassung einer Reihe von Fraktionskollegen Herrn Präsidenten von Kardorff gefragt, ob heute über diesen Gesetzentwurf abgestimmt würde oder nicht. Er hat mir gesagt, es würde nicht abgestimmt werden, sondern die Abstimmung würde an einem der nächsten Tage stattfinden. Daraufhin sind zahlreiche meiner Fraktionskollegen weggegangen. (Zurufe links.)

Nach den Gepflogenheiten dieses Hauses, in Fällen dieser Art die Abstimmung nicht vorzunehmen, muß ich daher bitten, die Verhandlungen jetzt abzubrechen.

Präsident Löbe: Das Wort hat der Herr Reichsjustizminister.

D. Dr. Bredt, Reichsminister der Justiz: Meine verehrten Damen und Herren! Es wäre sehr viel zweckmäßiger gewesen, wenn Herr Kollege Rademacher nicht Herrn Vizepräsidenten von Kardorff, sondern den zuständigen Minister gefragt hätte. (Große Heiterkeit und Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe: Ich bitte um Ruhe! Der Herr Minister hat es nicht so gemeint. (Erneute Heiterkeit.)

D. Dr. Bredt, Reichsminister der Justiz: Wenn er nämlich mich gefragt hätte, würde ich ihm gesagt haben, daß wir heute unter allen Umständen die zweite Lesung zu Ende bringen müssen. In der nächsten Woche werden wir bei den großen Fragen, die an uns herankommen, vermutlich keine Zeit haben, dieses Gesetz zu erledigen. Wir werden morgen, am Sonnabend, vielleicht noch die Rednergarnitur dritter Lesung erledigen können, aber die Abstimmung nicht vornehmen können, weil das Haus erfahrungsgemäß am Sonnabend nicht sehr besetzt ist. Deswegen muß heute die zweite Lesung unter allen Umständen zu Ende geführt werden, und ich bitte meinerseits den hochverehrten Herrn Präsidenten, heute abend noch abstimmen zu lassen.

Präsident Löbe: Meine Damen und Herren! Ich bitte meinerseits, daß das Haus diesem Vorschlag beitritt und werde zur Abstimmung darüber schreiten. Ich bitte also Platz zu nehmen.

Herr Abgeordneter Dr. Rademacher hatte beantragt, jetzt abzubrechen und damit die Abstimmung jetzt nicht vorzunehmen. Ich bitte aber, dabei zu berücksichtigen, daß dann nachher auch die Entscheidung wegen der morgigen Abstimmung gefällt werden muß. Sie wissen, welche Schwierigkeiten sich Sonnabend ergeben, und die dritte Lesung soll auch noch stattfinden. Ich bitte also die Damen und Herren, welche mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Rademacher heute nicht mehr abstimmen, sondern abbrechen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.)

Das ist die Minderheit, wir schreiten zur Abstimmung."

Die Gesetze wurden ohne Weiterungen angenommen. Die meisten Anträge wurden abgelehnt, und im Ganzen kam die Fassung der Regierungs-Vorlage zur Annahme. Die beiden ersteren Gesetze sind verkündet unter dem 18. Juli, das dritte unter dem 25. Juli 1930, alle mit meiner Unterschrift.⁹¹)

Meine parlamentarische Tätigkeit als Minister war damit zu Ende; denn nach den Neuwahlen bot sich mir keine Gelegenheit mehr zu einem Auftreten im Reichstage. Ich muß aber gestehen, daß mir diese Tätigkeit in außerordentlich

⁹¹) Gesetz über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken. Vom 18. Juli 1930. RGBl. 1930/I S. 300—305. Gesetz über die Bereinigung der Grundbücher. Vom 18. Juli 1930. RGBl. 1930/I S. 305—310. Gesetz zur Änderung einiger Vorschriften der Zivilprozeßordnung über das schiedsrichterliche Verfahren. Vom 25. Juli 1930. RGBl. 1930/I S. 361—363.

angenehmer Erinnerung ist. Die Welt sieht anders aus, wenn man sie nicht mehr vom Abgeordnetensitz, sondern von der Ministerbank aus betrachtet. Es kann gar nicht ausbleiben, daß man bei der Vertretung eines Parteiprogramms bis zu einem gewissen Grad einseitig wird und den Schwerpunkt legt auf die Bekämpfung des Gegners, sei es der Regierung, sei es einer anderen Partei. Als Minister kann man seinen Blick nur auf die Sache richten und darf diese nicht gefährden lassen durch parteiliche Kämpfe. Es ergibt sich auch von selbst, daß man plötzlich zu den bisher feindlichen Parteien in ein anderes Verhältnis kommt, denn diese verhandeln mit dem Minister ebenfalls sachlich und treten ihm nicht mehr so gegenüber wie bisher dem Parteimann. Ich habe es wie eine Erlösung empfunden, daß ich nunmehr selbst handeln konnte und nicht mehr meine Kräfte an einer mehr oder minder wirkungslosen Kritik erschöpfen mußte. Es war mir eine Wohltat, jetzt die ganzen Fragen vom Standpunkt des Staates aus betrachten zu können und den Standpunkt der Partei soweit zurücktreten zu lassen, wie es mit der sachlichen Überzeugung vereinbar war. Es war mir auch eine Überraschung, wie höflich und sachlich ich von den Vertretern der anderen Parteien behandelt wurde. Als Minister habe ich im Reichstag keine persönlichen Unannehmlichkeiten gehabt, bin vielmehr immer sachlich angehört worden.

Es kam hinzu, daß ich mich im Plenum wie in den Ausschüssen niemals so sicher gefühlt habe, wie in meiner Ministerzeit. Sogar im Strafrechtsausschuß konnte ich viel besser mitarbeiten, als es mir früher möglich gewesen war. Es mag daran gelegen haben, daß meine Partei bisda immer noch unter der Anfeindung der älteren Parteien zu leiden hatte und es deshalb schwer war, mit der eigenen Meinung zur Geltung zu kommen. Als Minister hatte ich stets das Ohr des Hauses mit allen Anwesenden, und dies gab mir größere Sicherheit, aber auch größere Bestimmtheit.

Auch mit einzelnen Persönlichkeiten machte ich gute Erfahrungen. Ganz abgesehen von Kardorff behandelten mich die Präsidenten immer sehr höflich, vor allen Löbe selbst, mit dem ich immer gut gestanden hatte, und der mir jetzt nach Möglichkeit gefällig war. Wem ich aber zu aufrichtigem Dank verpflichtet sein mußte, war mein beruflicher Fachkollege Geheimrat Kahl. Er war im Rechtsausschuß die maßgebende Persönlichkeit und genoß auch im Plenum das größte Ansehen. Als er mir daher in jeder Weise behilflich war, meine Aufgabe zu erfüllen, und als er es allen Beteiligten deutlich machte, daß er mich als Juristen voll gelten ließ, da war meine Stellung in dieser Hinsicht gemacht.

Im Reichstag fühlte ich mich deswegen wohl, weil ich den Boden kannte, auf dem ich stand. Im Ministerium war ich fremd und blieb es auch; es fehlte die innere Fühlung, ohne die man nicht arbeiten kann. In meiner Partei vollends hatte ich mit zu vielen Schwierigkeiten in Einzelfragen zu kämpfen, als daß mir die Fraktionssitzungen hätten angenehm sein können. Hier war es viel schwerer, als Minister seinen Standpunkt zu vertreten, wie als Abgeordneter.

Auch noch ein interessantes Erlebnis muß ich hier erwähnen. Deutschland hatte einen Richter für den Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zu benennen und es war die Frage, wem man diese sehr ehrenvolle, aber auch höchst einträgliche Stelle zuwenden wollte. Reichsaußenminister Curtius⁹²) und ich hatten hier das entscheidende Wort zu reden, und Curtius machte mir drei Vorschläge. Ich entschied mich ohne Bedenken für Schücking, der dann auch benannt und gewählt wurde. Mein alter Marburger [Kollege] hatte mich bei meiner Habilitation sehr freundlich behandelt und mir niemals Schwierigkeiten gemacht. Wir waren uns in offenen Wahlversammlungen gegenübergetreten, ohne irgendwelche persönlichen Mißhelligkeiten. Nur als meine Ernennung zum Ordinarius 1918 in Frage stand, hatte er alle kritischen Bosheiten gegen mich losgelassen, denen ein akademischer Fachkollege fähig ist. Ich hatte aber mehr sein früheres freundliches Verhalten in Erinnerung und seine juristischen Fähigkeiten standen für mich außer allem Zweifel.

Unterdessen ging die große Politik ihren Gang. Am 16. Juli erließ der Reichspräsident zwei Notverordnungen⁹³), die in langen Kabinettssitzungen vorberaten waren:

- 1. Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über Deckungsmaßnahmen für den Reichshaushalt 1930:
- I. Reichshilfe der Personen des öffentlichen Dienstes und einmalige außerordentliche Zuschläge zur Einkommenssteuer des Jahres 1930 (Ledigensteuer).
- II. Bürgersteuer.
- III. Tabaksteuer.
- 2. Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung über die Zulassung einer Gemeindegetränkesteuer.

Die Notverordnungen wurden sofort dem Reichstag zur Kenntnis gebracht und schon am 18. Juli kam ein Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung der Notverordnungen zur Verhandlung. Brüning hielt sich an dem Tag noch zurück; es sprachen aber der Reichsinnenminister Wirth über die Zulässigkeit von Notverordnungen und der Reichsfinanzminister Dietrich über die finanzielle Lage. Schließlich wurde die Aufhebung der Notverordnungen mit 236 gegen 221 Stimmen beschlossen. Von den Deutschnationalen waren schon viele zur Landvolkpartei übergetreten, und diese stimmte damals geschlossen für die Regierung. Der Rest der Deutschnationalen war gespalten, und unter dem Druck der

⁹²⁾ Julius Curtius (1877—1948), MdR (DVP) 1920—1932; Reichsaußenminister im 1. Kabinett Brüning; die Erinnerungen (Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik. Heidelberg 1948) von Curtius bieten dazu — und auch zu der Haltung der Deutschen Volkspartei beim Rücktrittsgesuch von Curtius am 3. Oktober 1931 (ebd. S. 207 f.) — nichts.

⁹³) RGBl. 1930/I S. 207—213. — Am 9. Juli referierte Brüning die Reaktion der Parteien im Kabinett (22.30 Uhr) "Die Wirtschaftspartei stimmt den Vorschlägen der Reichsregierung über die Bürgerabgabe und die Beschränkung der Darlehenspflicht über Arbeitslosenversicherung zu. Die Einführung einer Schanksteuer, wie sie von den Demokraten gefordert ist, lehnt die Wirtschaftspartei ab." Vgl. Bundesarchiv, R 43 I/1445 Bl. 147 f. Am 14. Juli teilte Brüning dem Kabinett mit: "Die Wirtschaftspartei fordere, daß der Reichskanzler den Reichstag unter Auflösungsdruck setze und daß er sich zu diesem Zwecke von dem Herrn Reichspräsidenten sofort die erforderlichen Vollmachten verschaffe, sobald die Deckungsvorlagen abgelehnt worden seien. Von einem derartigen Vorgehen verspreche er, Brüning, persönlich sich jedoch kaum einen Erfolg." In der gleichen Sitzung teilte jedoch der Sekretär der Fraktion der Wirtschaftspartei, Dr. Baeumer, mit, die Fraktion werde den Vorlagen zustimmen. Ebd. Bl. 166—172, 173. Ergänzend erklärte Bredt in der Sitzung am 18. Juli (18.30 Uhr), seine Fraktion habe die Absicht, "ihn für den Fall, daß die Schanksteuer durch Verordnung eingeführt werde, aus dem Kabinett zurückzuziehen." Ebd. Bl. 188 f.

Parteileitung ergab sich schließlich eine kleine Mehrheit gegen die Regierung.⁹⁴) Unmittelbar nach Bekanntwerden des Ergebnisses erhob sich *Brüning* und verlas folgende Verordnung des *Reichspräsidenten*:

"Nachdem der Reichstag heute beschlossen hat zu verlangen, daß meine auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassenen Verordnungen vom 16. Juli außer Kraft gesetzt werden, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung (lärmende Zurufe von den Kommunisten. Nieder mit dieser Hungerregierung!) den Reichstag auf."

Damit war die Möglichkeit eines Sturzes der Reichsregierung abgeschnitten, und es kam jetzt auf die Neuwahlen an, die auf den 14. September angesetzt wurden. Diese Neuwahlen bedeuteten einen Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und bereiteten das Ende der Weimarer Verfassung vor. Die Sozialdemokratie vollends versetzte sich mit dem Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen damals selbst den Todesstoß. 95)

Zunächst kam jetzt eine kurze Zeit der Ruhe. In den Ministerien war wenig zu tun, und zudem begann die übliche Urlaubszeit. So gönnte sich auch das Kabinett eine kurze Zeit der Erholung, die sehr angebracht war. Ich ging in die Schweiz.

Dann begann der Wahlkampf. Ich wurde wieder aufgestellt in meinem alten Wahlkreis Düsseldorf Ost, bekam aber außerdem den zweiten Platz auf der Reichsliste hinter *Drewitz*. Die Wahlbeteiligung war diesmal außerordentlich groß [82 v. H.], so daß die Zahl der Abgeordneten von 490 auf 577 stieg. Die große Überraschung aber bestand in der Verschiebung auf Seiten der Rechten. Die Nationalsozialisten erhielten 107 Sitze, die Deutschnationalen nur noch 41. Die Konservative Volkspartei aber, jene *Hindenburg*-Partei, auf die man alle Hoffnungen gesetzt hatte, kam mit ganzen vier Mann in den Reichstag! Die von *Schiele* und *Schlange*-Schöningen geführte Landvolkpartei stieg zwar von 9 auf 22 Sitze, aber auch dieses Ergebnis war wertlos. Meine eigene Partei hielt sich auf ihrer bisherigen Höhe, sie behielt genau ihre 23 Sitze. Sie hatte im Jahre 1928 im Ganzen 1395 599 Stimmen bekommen und bekam jetzt 1361 761 Stimmen. Ich selbst hatte 1928 in meinem Wahlkreis 64950 Stimmen gehabt und bekam jetzt 65655 Stimmen. Meine Minister-Eigenschaft war also von den Wählern gut aufgenommen worden. Wie 1928 nahm ich auch jetzt im Wahlkreis an.

Unmittelbar nach der Auflösung [am 18. Juli] hatte der Reichspräsident verfassungsmäßig die Notverordnungen außer Kraft gesetzt. Da aber die Finanzlage ein sofortiges Handeln notwendig machte, wurde schon unter dem 26. Juli eine neue umfassende Notverordnung erlassen, die im wesentlichen die aufgehobenen Bestimmungen in anderer Fassung wieder enthielt. 96) Diese neue Notverordnung

⁹⁴) Sten. Berichte Bd. 428 S. 6505—6508 (Wirth), S. 6513—6517 (Dietrich), S. 6523 (Brüning); mit Ja stimmten geschlossen SPD, KPD, NSDAP, einige Abgeordnete der DNVP und der Abg. Frölich, Leipzig, ebd. S. 6524 ff.

⁹⁵⁾ Otto Braun urteilt in seinen Memoiren: "War das Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion schon taktisch bedenklich, so war diese Auflösung ein großer politischer Fehler. Versagten schon die Parteien aus Verantwortungsscheu, dann durfte die Regierung nicht auch den Kopf verlieren." Braun S. 305 f.

⁹⁶⁾ RGBl. 1930/I S. 311—331: Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände. Vom 26. Juli 1930. Diese dekretierten Maßnahmen übertrafen die vom Reichstag abgelehnten Notverordnungen.

wurde vom gesamten Kabinett gegengezeichnet; sie trägt auch meine Unterschrift. Der Reichstag sollte am 14. Oktober wieder zusammentreten, und es kam nun die große Frage an uns heran, mit welcher Mehrheit wir eine neue Aufhebung der Notverordnung verhindern wollten. Brüning hüllte sich zunächst in Schweigen, ich selbst kam aber jetzt in die Lage, zu dieser entscheidenden Frage Stellung nehmen zu müssen.

Reichswehrminister Groener hatte drei junge Offiziere unter Anklage des Hochverrats stellen lassen, weil sie in der Reichswehr für die nationalsozialistische Partei geworben hatten. En schnelle disziplinarische Entscheidung sehr viel besser gewesen wäre, und daß der Minister mit seinem ganzen Verfahren nur Unruhe oder gar Unheil stiften würde. Da ich aber nicht die mindeste Veranlassung oder Neigung hatte, mich in die inneren Angelegenheiten der Reichswehr einzumengen, unternahm ich in der Sache nichts, obwohl der Oberreichsanwalt mir unterstand, bis ich plötzlich in die Sache hineingezogen wurde.

Am Nachmittag des 23. September teilte mir Staatssekretär Joël mit, soeben habe Staatssekretär Zweigert⁹⁸) vom Reichsministerium des Innern angerufen, ich möge den Oberreichsanwalt anweisen, nach der Vernehmung von Hitler die weitere Vernehmung eines Ministerialrats⁹⁹) aus dem Reichsministerium des Innern zu beantragen, der dann die hochverräterischen Ziele der Nationalsozialisten aus den Akten nachweisen werde. Joël hatte vorsichtigerweise gesagt, er müsse erst mit mir reden. Ich konnte ihm nur dafür danken und dann bitten lassen, die Herren möchten zur Besprechung der Sache zu mir kommen. Nach kürzester Frist erschienen Wirth, Zweigert und jener Ministerialrat. Wirth setzte mir auseinander, daß Hitler unbedingt vor dem Reichsgericht entlarvt werden müsse und daß dazu jener Ministerialrat am besten geeignet sei. Es sei aber notwendig, daß der Oberreichsanwalt die Anweisung bekomme, die Vernehmung zu beantragen, und um diese Anweisung bitte er mich.

Meine Antwort war folgende: Die Vernehmung von Hitler sei prozessualisch überhaupt unnötig, jetzt aber nicht mehr zu hindern. 100 Unter keinen Umständen dürfe man aber aus dem Ganzen einen Monstreprozeß gegen die Nationalsozialisten machen. Es komme im Gegenteil darauf an, Hitler mit aller Bestimmtheit vor die Frage zu stellen, ob er legal die Reichsverfassung innehalten wolle. Wenn er, wie anzunehmen, diese Frage bejahe, biete sich hier die Gelegenheit, den Führer der Nationalsozialisten in aller Form auf die Reichsverfassung zu vereidigen, und diese müsse benutzt werden. Man könne dieses Ziel aber unmöglich erreichen, wenn man den Versuch mache, Hitler von vornherein zum Hochverräter zu stempeln, was man bei seinem heutigen Verhalten auch gar nicht könne. Um nun zu einer Entscheidung zu kommen, bäte ich, daß der

⁹⁷) Zum Leipziger Hochverratsprozeß gegen drei junge Offiziere des Ulmer Artillerieregiments vgl. Bracher, Auflösung S. 282; Carsten S. 347 ff. und jetzt Bucher passim.

⁹⁸⁾ Erich Zweigert (1879-1947), Staatssekretär s. 1923.

⁹⁹⁾ Wirth schlug als Gegenzeugen den Min.Rat Kurt Emil Häntzschel, Sachbearbeiter für die Beobachtung politischer Bewegungen im Reichsinnenministerium, und aus dem preuß. Innenministerium den Min.Rat Schönner vor; Bucher S. 83.

¹⁰⁰⁾ Vgl. auch eine (undatierte) Erklärung des Oberreichsanwalts (?) im Nachlaß Bredt.

Ministerialrat jetzt hier am Tisch vortrüge, was er in Leipzig auszusagen gedenke. Wirth war einverstanden, und nun folgte ein Vortrag des Ministerialrats, auf den ich nur sagen konnte: "Wollen Sie im Ernst verlangen, Herr Kollege Wirth, daß ich das in Leipzig vortragen lasse?" Wirth konnte nicht viel darauf erwidern; Zweigert und Joël waren wohl ebenso betreten wie ich.

Schließlich sprach Wirth in seiner offenen und ehrlichen Weise das richtige Wort. Er meinte, ich wolle offenbar den Nationalsozialisten die Türe zur Reichsregierung offenhalten und darum Hitler Gelegenheit geben, seine legalen Absichten zu beschwören. Er dagegen halte ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten für unmöglich und wolle deswegen scharf gegen sie vorgehen. Ich erwiderte, daß man sich den Sozialdemokraten auf Gnade und Ungnade ausliefere, wenn man sich jeden Weg nach rechts hin abschneide. Man müsse unter allen Umständen die Nationalsozialisten als regierungsfähig anerkennen. Aber selbst, wenn man nicht sofort mit ihnen zusammengehen wolle, erscheine eine Vereidigung Hitlers auf die Reichsverfassung als ein Gebot der Stunde. Als Wirth schließlich seinem Temperament freien Lauf ließ und sich auf den Reichskanzler berief, erklärte ich ihm, daß ich sofort meinen Abschied nehmen würde 101, wenn mir in der Frage der Prozesse dreingeredet würde, denn der Oberreichsanwalt unterstände mir und keinem andern. Wirth erklärte darauf, daß er sofort zum Reichskanzler gehen und dessen Entscheidung anrufen werde.

Ich aß mit Staatssekretär Joël zu Abend und ging dann mit ihm in die Reichskanzlei. Bei Brüning im Zimmer befanden sich Wirth, aber auch Groener, dessen Anwesenheit die Lage für mich nicht gerade erleichterte. Im Vorzimmer wartete der Ministerialrat, den Brüning nicht mit hineingelassen hatte. Brüning empfing mich mit den Worten, daß keine Rede davon sein könne, den Ministerialrat nach Leipzig zu schicken; er mache den Vermittlungsvorschlag, daß Staatssekretär Zweigert hinfahre und das Material der Reichsregierung vortrage. Damit erklärte ich mich sofort einverstanden, denn von einem so vorsichtigen Beamten hatte ich keine Unliebsamkeiten zu befürchten. Der arme Mann mußte noch spät in der Nacht seine Koffer packen und nach Leipzig fahren. Der Ministerialrat mußte zu seinem Schmerz mit seinem Konzept nach Hause gehen. Am folgenden Morgen war Kabinettssitzung¹⁰²) und es wurde die B. Z. am Mittag hereingebracht, in der die Vernehmung von Hitler sensationell aufgemacht erschien. Brüning bat mich, sofort mit dem Oberreichsanwalt zu telefonieren und genaue Informationen einzuholen. Dies tat ich und werde nie vergessen, in welcher Kürze und Präzision Oberreichsanwalt Werner mir in ein paar Minuten

den Prozeß der Reichswehroffiziere in Leipzigenthalten habe. Er habe lediglich auf Ersuchen des Reichsministers des Innern in seiner Eigenschaft als Reichsjustizminister den Oberreichsanwalt angewiesen, die Vernehmung des Staatssekretärs Zweigert zu beantragen. Irgendwelche Anweisungen in diesem Prozeß habe dagegen die Reichsanwaltschaft von ihm nicht erhalten." Wirth ließ hinzufügen, "daß von der Behauptung des Berliner Tageblatts, Dr. Bredt habe mit Rücktrittsabsichten gedroht, keine Rede sei, da im Reichskabinett [!] über den Leipziger Prozeß überhaupt nicht gesprochen wurde." Berliner Lokal-Anzeiger Nr. 457 (Abendausgabe) v. 27. 9. 1930; vgl. auch Severing S. 257; siehe auch weiter unten.

¹⁰²) Bundesarchiv, R 43 I/1446 Bl. 312—314 (11.00 Uhr); siehe auch S. 358 Nr. 45.

den Inhalt der langen Rede *Hitlers* wiedergab. Damit war die Beruhigung innerhalb des Kabinetts im wesentlichen hergestellt.

Unmittelbar darauf erschien eine genaue Schilderung der ganzen Vorgänge zuerst im Berliner Tageblatt¹⁰³), dann in der ganzen Linkspresse. Die Unterredung mit Wirth in meinem eigenen Arbeitszimmer war richtig wiedergegeben, auch alles weitere im Endergebnis. Nur die Unterredung im Reichskanzlerzimmer, an der jener Ministerialrat nicht teilgenommen hatte, stimmte nicht. Es folgten nun am 27. und 28. September wilde Zeitungsartikel.¹⁰⁴)

Woher die Presse solche Informationen hatte, das konnte nicht zweifelhaft sein. Im parlamentarischen System sind solche Indiskretionen aber an der Tagesordnung, und *Brüning* war oft sehr erbost über das, was er in der Presse las über ganz geheime Verhandlungen in der Reichskanzlei. Ich selbst durfte mich aber nicht beklagen, denn jener Informator erwies mir einen großen Dienst mit diesen Veröffentlichungen, die ich selbst niemals hätte machen dürfen.

Brüning war derjenige, der in letzter Linie die Kosten des Ganzen zu tragen hatte. Die Verurteilung der drei Offiziere erregte die Öffentlichkeit außerordentlich. Die gesamten Kreise der nationalen Rechten nahmen mit Leidenschaft Partei für die Verurteilten — von denen einer alsbald Kommunist¹⁰⁵) wurde — und die ganze kommende Reichstagstagung stand in diesem Zeichen. Es kam hinzu, daß Groener kurz vorher durch den "Goldene-Uhren-Erlaß"¹⁰⁶) eine Prämie auf politisches Denunziantentum in der Reichswehr gesetzt hatte. Zwischen der Regierung Brüning und der Rechten hatte sich eine neue Kluft aufgetan, die sehr wohl hätte vermieden werden können, die aber unsere politische Lage sehr beeinflußte, Groener, der den ganzen Prozeß in Fluß gebracht hatte, hielt sich später im Reichstag weislich zurück, und Brüning mußte in einer glänzenden Rede die schweren Angriffe des wieder aufgetauchten Konservativen von Oldenburg-Januschau zurückweisen.¹⁰⁷)

Für mich hatte die Angelegenheit noch eine weitere Bedeutung, die auffällig erscheinen konnte. Nämlich gerade am 26. September trat in Berlin der Reichsausschuß unserer Partei zusammen und beschloß eine Erklärung, wonach unsere Partei sich nicht weiter an der Regierung beteiligen solle, wenn sie von den Sozialdemokraten unterstützt werde. Ich kam erst in die Sitzung, als die Ent-

¹⁰³⁾ Wahrscheinlich ist der Artikel "Hitler und Bredt" (siehe auch Anm. 104) im Berliner Tageblatt Nr. 456 (Morgenausgabe) v. 27. 9. 1930 gemeint. Vgl. Paucker S. 195.

¹⁰⁴⁾ Bredt nennt "Hitler und Bredt" (Berliner Tageblatt v. 27. 9. 1930), "Der Reichsjustizminister schützt die Hochverräter (Dresdner Volkszeitung v. 29. 3. 1930), "Der Skandal Bredt" (Dortmunder Generalanzeiger v. 29. 9. 1930).

¹⁰⁵⁾ Richard Scheringer (*1904); vgl. R. Scheringer, Das große Los unter Soldaten, Bauern und Rebellen. Hamburg 1959.

¹⁰⁶⁾ Der "Uhrenerlaß" vom 4. 3. 1930 sollte die "erfolgreiche Abwehr radikaler Zersetzungsangriffe [von außen!] gegen die Wehrmacht" belohnen, nicht aber, wie Groener in einem Brief an Oldenburg-Januschau betonte, eine Prämie für "Denunziation von Kameraden" sein. Vgl. Schüddekopf S. 288 f.

¹⁰⁷⁾ Sten. Berichte Bd. 444 S. 165—168 (18. Oktober, Oldenburg-Januschau); ebd. S. 174 f. (Brüning); vgl. auch das Kapitel "Mein letztes Auftreten" in E. v. Oldenburg-Januschau (1855—1937, MdR (DNVP) 1930—1932), Erinnerungen. Leipzig 1936 S. 224—230.

schließung¹⁰⁸) schon gefaßt war, konnte aber gleich hinzufügen, daß ich im Rahmen des Leipziger Prozesses eine Festlegung der Reichsregierung nach links verhindert hätte. Nun wurde diese Erklärung des Reichsausschusses in die Zeitung gesetzt und an demselben Tag, an dem die Artikel "Hitler und Bredt" und ähnliche erschienen. Man konnte also von außen her einen Zusammenhang der beiden Ereignisse annehmen. Dieser lag aber nicht vor; ich wollte nur in Leipzig nicht mehr Reichsporzellan zerschlagen lassen, als unbedingt notwendig war.

Am 13. Oktober trat der Reichstag [zur ersten Sitzung] zusammen. Am Morgen tagte schon unsere Fraktion, und es kamen zahllose Klagen und Wünsche aus den Kreisen unserer wirtschaftlich schwer ringenden Parteifreunde zur Erörterung. Drewitz hatte einen schweren Stand und gab schließlich dem Drängen derselben Kreise nach, die schon am 26. September jenen Beschluß gefaßt hatten. Es wurde plötzlich beschlossen, aus der Regierung auszutreten, und ich bekam in aller Form die Aufforderung, meinen Abschied einzureichen. Es war mir damals sofort klar, daß es sich nur um eine gewisse Nervenerregung in der Fraktion gehandelt hatte und sprach auf dem Korridor mit Drewitz, dem auch nicht wohl zumute war. Wir verständigten uns daher, daß Drewitz zunächst zum Reichskanzler ging und diesem vertraulich mitteilte, was bei uns im Gang war. 109) Brüning erwiderte sofort, von meinem Rücktritt könne keine Rede sein, er werde mich einfach als "Fachminister" ohne parteiliche Bindung im Kabinett behalten. Als Drewitz noch Bedenken äußerte, erklärte der Reichskanzler, der Reichspräsident werde sich persönlich an mich wenden. Brüning sprach dann sofort mit mir und forderte dringend, mich von der Partei nicht beeinflussen zu lassen und mich auf den Reichspräsidenten zu berufen. Drewitz war mit dieser Lösung durchaus einverstanden; es war der erste Gedanke an eine "Präsidialregierung", zu dem Brüning damals griff.

Es dauerte nicht lange, da bekam ich die Aufforderung, um sechs Uhr zum Reichspräsidenten zu kommen. Kurz vor sechs Uhr telefonierte aber Staatssekretär Meißner, der Reichspräsident sei verhindert, lasse mich aber dringend bitten, meinen Abschied nicht einzureichen. Ich teilte dies sofort der Fraktion mit, und es fand ein allgemeines Aufatmen statt. Jeder Einzelne war froh, daß die Übereilung keine Folgen hatte. Die Fraktion versuchte nur nach außen hin eine gewisse Deckung zu bekommen durch die Erklärung, ich sei von nun an Fachminister ohne parteiliche Bindung. Bedauerlich war es nur, daß die erste Meldung zu schnell an die Presse gegangen war und daß nun sehr unerfreuliche Kommentare an unser Verhalten geknüpft wurden. Im übrigen wurde der Fachminister sehr schnell vergessen, in der Öffentlichkeit und in der Partei. 110)

Ohne Zweifel wäre es mir von da an möglich gewesen, mich von der Partei überhaupt fernzuhalten und tatsächlich "Fachminister" zu werden. Als Jurist hätte ich mir überhaupt nichts besseres wünschen können und meine Position wäre bis zum Sturz des Kabinetts Brüning sicher gewesen. Es wäre aber nicht

¹⁰⁸⁾ Siehe S. 359 f. Nr. 46. Vgl. Paucker S. 196.

¹⁰⁹⁾ Siehe dazu ausführlich S. 361 f. Nr. 48.

¹¹⁰⁾ Siehe ergänzend Einleitung S. 45.

richtig gewesen, wenn ich solche Haltung eingenommen hätte. Wenn ich mich von der Fraktion zurückhielt, stand zu befürchten, daß bei nächster Gelegenheit einige nervöse Leute ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett zustandebrachten und womöglich Brünings Sturz herbeiführten. Dann stand ich da als der Mann, dem es in erster Linie um seine augenblickliche Stellung zu tun war; das war aber nichts für mich! Wenn man einmal parlamentarischer Minister war, mußte man auch die Folgerungen aus seiner Lage ziehen und entweder mit seiner Partei in der Regierung bleiben, oder mit seiner Partei aus der Regierung ausscheiden. Im Rückblick bin ich froh, daß ich mich damals nicht als "Fachminister" an mein Amt geklammert habe.

Brüning war in jenen Tagen seiner Sache noch keineswegs sicher, denn die Entscheidung der Sozialdemokraten sollte erst in einer Fraktionssitzung fallen. Es lagen Anträge vor, die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen [vom 26. Juli] dem Haushaltsausschuß zu überweisen, andere Anträge dem Auswärtigen Ausschuß. Der bedeutsamste Antrag¹¹¹) Nr. 135 besagte, daß der Reichstag die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis nehmen und über alle Mißtrauensanträge zur Tagesordnung übergehen solle. Bei Annahme dieses Antrages war die Regierung in jeder Weise gedeckt; es kam daher alles auf diesen Antrag an.

Am Morgen des 18. Oktober ging ich zu Fuß in den Reichstag, wurde aber in der Wilhelmstraße angerufen vom Preußischen Innenminister a. D. Severing¹¹²), der mich einlud, in seinem Auto mitzufahren. Es war ein offenes Auto und Severing sagte in seiner Weise: "Ich möchte einmal sehen, ob Sie den Mut haben, in einem offenen Auto mit mir zusammen vor dem Reichstag vorzufahren. Was soll aus Ihnen werden, wenn Fotografen da sind und das Bild in die Presse bringen?" Ich antwortete: "Ich werde mich so auffällig von Ihnen verabschieden, daß jeder Journalist und Fotograf aufmerksam wird." Als wir dann ankamen — übrigens ohne irgendwie beachtet zu werden —, sagte Severing: "Nun will ich Ihnen auch noch schnell sagen, daß Sie fest im Sattel sitzen. Wir stimmen heute für Brüning, und er kann mit einer Mehrheit von 70 Stimmen rechnen."

Sofort ging ich im Reichstag zu Brüning auf sein Zimmer und teilte ihm mit, was mir Severing gesagt hatte. Er war offensichtlich immer noch etwas in Sorge und atmete erleichtert auf. Tatsächlich wurde der Antrag 135 mit 318 gegen 237 Stimmen angenommen. Der Antrag auf Überweisung der Notverordnungen an den Haushaltsausschuß wurde mit 337 gegen 220 Stimmen angenommen. 113) Der Unterschied in den Stimmen erklärt sich daraus, daß die Fraktion des Landvolks für die Überweisung der Notverordnungen, aber gegen den Antrag 135 gestimmt hatte. Jedenfalls hatte die Regierung Brüning an dem Tag einen vollen Sieg zu verzeichnen. Es folgte noch jene Nachtsitzung vom 19. Oktober,

¹¹¹) Für den Antrag 135 der Abg. Esser (Euskirchen), Dauch (Hamburg), Leicht und Genossen vom 18. 10. 1930 vgl. Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 448.

¹¹²) Carl Severing (1875—1952), MdR (SPD) 1919—1933; wiederholt preuß. Innenminister; 1928/30 Reichsinnenminister, am 21. Oktober 1930 (—1932) von O. Braun erneut als preuß. Innenminister berufen.

¹¹³) Sten. Berichte Bd. 444 S. 213; Bredt fehlte bei der Abstimmung über den Antrag 135 (ebd. S. 210).

in der mein Amnestiegesetz angenommen wurde¹¹⁴), dann vertagte sich der Reichstag auf den 3. Dezember.

Im Kabinett, das seine neuen Arbeiten mit Hochdruck aufnahm, geriet ich jetzt in große sachliche Schwierigkeiten. Im Zusammenhang mit den geplanten Sparmaßnahmen, die auf Preußen übergriffen, verlangte der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff die Wiedereinbringung jener Vorlage, die mir in der Sitzung vom 15. Mai im Reichstag einstimmig abgelehnt worden war. 115) Er erschien selbst in der Kabinettssitzung, und der Reichskanzler entschied im Sinne seiner Wünsche. Da ich nun aber diese Pläne mit Überzeugung gar nicht vertreten konnte, war meine Lage schwierig. Sodann forderte der Reichsarbeitsminister Stegerwald als Voraussetzung für die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft¹¹⁶) die Schaffung eines "sozialen Mietrechts" im Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuchs: auch hier entschied der Reichskanzler in seinem Sinne. Wie sollte ich aber ein solches Verlangen vertreten, ohne das Vertrauen der Hausbesitzer restlos zu verlieren? Endlich verlangte der Reichswehrminister Groener die Vorlage eines Gesetzes [gegen Landesverrat], das überhaupt kein Reichsjustizminister hätte vertreten können. Hier hielt sich Brüning noch zurück, ich mußte aber befürchten, daß er auch hier nachgeben werde. 117)

Die schlimmsten Erfahrungen machte ich mit einem Gesetzentwurf, der gerade meine Partei besonders berührte. Der Einzelhandel führte schon länger Klage über das "Zugabewesen". Große Firmen mit zahlreichen Filialen lockten ihre Kunden an durch sogenannte Zugaben, die in gar keiner Verbindung mehr mit den Waren selbst standen. Natürlich mußten die Zugaben letzten Endes von den Kunden mitbezahlt werden, aber die großen Firmen kamen dennoch auf ihre Kosten und den kleinen Geschäftsleuten wurden die Kunden weggenommen. Da die Dinge so nicht weitergingen, hatte das Reichsjustizministerium einen Entwurf an den Reichswirtschaftsrat gelangen lassen, und dieser kam zu meiner Zeit zurück. An sich hatte der Reichswirtschaftsrat zugestimmt, er hatte aber auf Verlangen der betreffenden großen Firmen eine Ausnahmebestimmung eingefügt, die alles wieder zunichte machte, was in anderen Paragraphen stand. Ich berief die Interessenten zusammen, namentlich die Vertreter der "Edeka", und wir kamen zu der Überzeugung, daß der Gesetzentwurf nur Wert habe, wenn jene Ausnahmebestimmung entfernt würde. In meinem Ministerium waren sowohl der Staatssekretär wie der zuständige Ministerialdirektor Oegg Gegner des ganzen Gesetzes; allenfalls mit jener Ausnahmebestimmung sollte es tragbar sein. Ich brachte demgegenüber das Gesetz ohne jede Ausnahmebestimmung an das Kabinett und erlitt hier eine Niederlage. 118)

¹¹⁴) Abstimmung über den Antrag, von den Abgeordneten von Lindeiner-Wildau, Rippel u. Gen. (Nr. 47 d. Drucksachen, Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 448) vgl. Sten. Berichte Bd. 444 S. 214 ff. (394 Ja, 147 Nein, 1 Enthaltung); Bredt nahm an der Abstimmung nicht teil.

¹¹⁵⁾ Siehe S. 237.

¹¹⁶) Der Entwurf eines Gesetzes über den Abbau und die Beendigung der Wohnungszwangswirtschaft wurde mit den Unterschriften von Stegerwald und Joël [!] am 1. 11. 1930 an den Reichsrat weitergeleitet.

¹¹⁷) Siehe dazu auch die Abschrift eines Briefes von Bredt an Brüning vom November 1930; Nachlaß Bredt; siehe S. 256.

¹¹⁸⁾ Nicht ermittelt.

Stegerwald war Gegner des Gesetzes, weil er eine Stillegung jener Betriebe fürchtete, die solche Zugaben herstellten. Staatssekretär Trendelenburg, der Verwalter des Reichswirtschaftsministeriums, erklärte jene Ausnahmebestimmung für notwendig und wurde zu meiner Überraschung lebhaft unterstützt von meinem Vorgänger im Ministerium von Guérard. Es mußte sich hier der Eindruck aufdrängen, daß ein Zusammenhang mit meinem eigenen Ministerium bestand. Ich konnte demgegenüber einwenden, daß der Gesetzentwurf in meiner Fassung im Reichstag eine große Mehrheit finden werde, denn Zentrum und Sozialdemokraten seien dafür im Interesse der Konsumvereine, ebenso Deutschnationale im Interesse der kleinen Geschäftsleute. Es half aber nichts; der Entwurf¹¹⁹) wurde im Kabinett abgelehnt.

Es ergab sich somit die merkwürdige Lage, daß der zuständige Ressortminister einig war mit einer sicheren Reichstagsmehrheit, daß aber das Kabinett dazwischen trat. Damals war es ein Fehler von mir, daß ich den Kampf im Kabinett überhaupt aufnahm. Ich hätte den Entwurf mit jener Ausnahmebestimmung im Kabinett annehmen lassen und sofort an den Reichstag bringen sollen. Dort konnte ich sicher sein, daß die Ausnahmebestimmung im Ausschuß von den Parteien gestrichen wurde und daß ich so zu meinem Ziel kam. Statt dessen ging ich zu Brüning und setzte ihm meine Lage auseinander. Ich verlangte zunächst, den Entwurf auf meine alleinige Verantwortung im Reichstag vertreten zu können. Mit allem Ernst wies ich aber auch darauf hin, daß es mir kaum möglich sein würde, meine Partei in der Koalition zu halten, wenn mir derart meine Tätigkeit erschwert werde, daß sich aber sehr leicht eine Lage ergeben könne, in der die Regierung auf die Stimmen meiner Partei angewiesen sei. Brüning blieb auch jetzt noch unentschlossen und sagte nur zum Schluß: "Ich werde mir die Sache noch einmal vortragen lassen und mich dann entscheiden." Er scheute sich offenbar, seinem alten Lehrmeister¹²⁰) Stegerwald entgegenzutreten. Ich schrieb ihm noch einen ausführlichen Brief¹²¹), damit er sich in den Akten befand, und sah dann dem entgegen, was jetzt kommen mußte. In der Partei begann jetzt eine schwere Zeit. Zu Anfang hatten wir unseren Leuten den Vorteil einer Teilnahme an der Regierung sinnfällig vor Augen

erfuhr." Nachlaß Bredt.

¹¹⁹⁾ Bredt merkt hier an: "In der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz der Wirtschaft vom 9. März 1932 (RGBl. 1932 S. 121) wurde das Zugabeverbot erlassen, aber mit jener Ausnahmebestimmung, also im Erfolg unwirksam. Unter dem 12. Mai 1933 (RGBl. 1933 S. 264) erließ dann die nationalsozialistische Regierung ein neues Gesetz über das Zugabewesen, in welchem jene Ausnahmebestimmung (1. Teil, § 1 Abs. 2, unter 2 der früheren Verordnung) aufgehoben wurde. Schließlich ist also doch der von mir vorgelegte Entwurf Gesetz geworden!"

¹²⁰⁾ Brüning begann seine politische Laufbahn bei Carl Sonnenschein; Stegerwald holte 1919 Brüning in das preuß. Wohlfahrtsministerium. Vgl. Treviranus S. 34 ff.

¹²¹⁾ Resignierend faßt Bredt zusammen: "Betonen möchte ich auch, daß die Vorlagen, die ich selbst gerne bringen möchte, an denen ich aber gehindert werde, im Reichstage guten Boden finden würden, daß aber die Vorlagen, die ich gegen meinen Willen machen soll, im Reichstag mit Sicherheit zu Niederlagen führen werden. Meine Ministertätigkeit würde also nach außen den Stempel der Erfolglosigkeit bekommen, ohne daß ich schuld daran bin. Ich selbst habe mich mit einer großen Anzahl von Verordnungen einverstanden erklären müssen, die im Eiltempo durchgebracht wurden. Bei meinen eigenen Ressortangelegenheiten hat noch niemals irgendein Minister mich unterstützt, wenn ich von anderer Seite Widerspruch

führen können. Drewitz hatte zu Beginn seiner Verhandlungen über die Regierungsbildung verlangt, es solle die Umsatzsteuer für Betriebe mit einem Jahresumsatz von mehr als einer Million anstatt siebeneinhalb vom Tausend dreizehneinhalb [vom] Tausend betragen. Dies war zugestanden worden. Les war eine schwere Zumutung für die anderen Parteien gewesen, sich hiermit abzufinden, denn das Zentrum war stark interessiert an den Konsumvereinen, die großenteils unter die Bestimmung fielen; die Demokraten waren mindestens so stark interessiert an den Warenhäusern, die ebenfalls mit voller Absicht getroffen werden sollten. Es war also ein großes Opfer, was den anderen Parteien hier zugemutet wurde und das, mehr als alles andere, zeigte, was eine Regierungskoalition für unsere Partei und damit für den Mittelstand bedeutete. Drewitz war bei allen Verhandlungen darüber fest geblieben, und so wurde die geforderte Bestimmung glatt angenommen. Es war der einzige sichtbare Erfolg unserer Partei in der Zeit ihres Bestehens. Von unserer Oppositionsstellung aus hatten wir so gut wie nichts erreicht, nur zuweilen unliebsame Maßnahmen verhindert.

Von da an waren keine Erfolge mehr zu verzeichnen und Brüning blieb taub gegenüber meinen Hinweisen, er müsse meine Partei durch Entgegenkommen in einzelnen Forderungen, soweit sie tragbar seien, in der Koalition festhalten. Ich konnte es manchen Fraktionskollegen nicht verübeln, wenn sie verdrossen darüber waren, daß sie in ihren Fachverbänden schwer erträgliche Maßnahmen der Regierung verteidigen mußten, ohne selbst irgendwie gehört zu werden. Es zeigte sich jetzt der Kardinalfehler der Wirtschaftspolitik, durch welche die Preise aller Agrarprodukte tunlichst in die Höhe getrieben, die Kleinhandelspreise aber gewaltsam gesenkt werden sollten. Wie sollten die Bäcker es fertigbringen, bei steigenden Getreidepreisen die Brotpreise herabzusetzen? Solcher Schwierigkeiten gab es viele, und das Treiben von Schiele wurde für den Verbleib unserer Partei in der Koalition immer schwieriger. Die größten Schwierigkeiten hatte ich mit den Hausbesitzern. 123) Stegerwald sagte mir gleich bei Beginn meiner Ministerzeit, er werde mir in Fragen des Hausbesitzes nach aller Möglichkeit entgegenkommen, um mir meine Stellung zu erleichtern. Tatsächlich konnte ich aber im Kabinett nichts erreichen, weil Dietrich und Trendelenburg grundsätzliche Gegner von allem derartigen waren. 124) So kam es, daß die Hausbesitzer in steigendem Maße Sturm liefen gegen die ganze Regierung. Leider war mein alter Freund Ladendorff hier der schlimmste. Er war so eingeschworen auf seinen oppositionellen Standpunkt, daß er schließlich in offenen Versammlungen aufrief zum Sturz von Brüning und damit auch von mir. Das alles erschwerte mir meine Stellung natürlich sehr. Vielleicht wäre aber dennoch alles gut abgelaufen, wenn nicht ein weiterer Umstand hinzugekommen wäre: der unglückselige "Führerstreit" in unserer Partei.

Drewitz hatte sich viele Feinde gemacht durch sein selbstherrliches Ver-

¹²²) Gesetz vom 15. April 1930. RGBl. 1930/I S. 137. Neuer Absatz 2 zu § 12 des Umsatzsteuergesetzes vom 8. Mai 1926. Siehe auch S. 43.

¹²³) Bredt meint den preuß. Landesverband unter der Führung von C. Ladendorff, siehe weiter unten; für die Haltung des Zentralverbandes siehe dagegen S. 261, 362 f., 365.

¹²⁴⁾ Zur Aufwertungsfrage siehe oben S. 244 f.

halten. Es war ihm aber geradezu anerzogen worden, denn er war in der Partei derart verhimmelt worden, daß es mir manchmal zuviel wurde. Andererseits konnte er nur mit rücksichtslosem Durchgreifen die ständigen Quertreiber zur Ruhe bringen. So kam es, daß die politischen Gegner von Brüning eine Gefolgschaft fanden an den persönlichen Gegnern von Drewitz.

Den entscheidenden Angriff unternahm ein Berliner Abgeordneter. 125) Drewitz hatte ihn wegen seiner agitatorischen und organisatorischen Fähigkeiten zum zweiten Vorsitzenden der Partei wählen lassen, aber mit gerade diesen Fähigkeiten wendete er sich nunmehr gegen ihn. Colosser vertrat in der Fraktion den Standpunkt, wir müßten neben dem Reichsjustizministerium auch noch das eben erledigte Reichswirtschaftsministerium [26. Juni 1930] verlangen. Wem er es zuwenden wollte, sagte er allerdings nicht. Als nun niemand darauf einging, weil es aussichtslos war, ging Colosser über zu maßlosen Angriffen in der Öffentlichkeit. Er bezichtigte Drewitz bei der Staatsanwaltschaft aller möglichen Delikte auf finanziellem Gebiet, sogar auf rein persönlichem Gebiet. In langen Verhandlungen wurde alles untersucht und Drewitz außer Verfolgung gestellt, aber selbstverständlich griff die Presse derartiges gierig auf. Der Feind von Drewitz wurde aus der Partei ausgeschlossen, trat zu den Demokraten über und verschwand bei den nächsten Wahlen aus dem politischen Leben.

Nun hätte vielleicht ein Mann wie Colosser gar keine große Beachtung gefunden, wenn nicht der sächsische Finanzminister a. D. Weber 126, unser Parteivorsitzender in Sachsen, ihn unterstützt hätte. Weber ging nicht selbst gegen Drewitz vor, behauptete aber immer wieder in der Öffentlichkeit, daß ein Mann, gegen den solche Vorwürfe erhoben würden, nicht an der Spitze der Partei bleiben könne. So schuf Weber die Plattform, von der aus Colosser seine Pfeile schoß. In den eigentlichen Mittelstandskreisen, aus denen unsere Partei bestand, genoß Drewitz nach wie vor großes Ansehen. Mehr und mehr aber gingen diejenigen gegen ihn vor, die aus den Kreisen der Akademiker und ehemaligen Offiziere stammten. Sie waren Abgeordnete geworden, weil man die "Intellektuellen" hatte zur Mitarbeit heranziehen wollen, hatten dann aber in der Partei nicht das gefunden, was sie erhofften. Die Angriffe richteten sich äußerlich gegen Drewitz, wurden aber in der Öffentlichkeit dadurch unterbaut, daß man gleichzeitig gegen die Regierung Brüning auftrat und Drewitz aus deren Unterstützung einen Vorwurf machte.

Ich selbst blieb von persönlichen Angriffen völlig verschont, aber immer lauter wurde das Verlangen nach meinem Rücktritt. 127) Trotz aller Enttäuschungen

¹²⁵⁾ Otto Colosser (1878—1948), MdR (WP) 1928—1932, 1927—1928 MdL (Preußen). C. war seit 1920 für die Wirtschaftspartei tätig, seit 1924 ständig 2. Parteivorsitzender. Zum Führerstreit vgl. die Stellungnahme von Colosser "Zur Aufklärung!" in der Dt. Handwerks-Ztg. Nr. 2 v. Februar 1931 und die hektographierten Flugblätter Clossers im Bundesarchiv, ZSg 103/935 Bl. 58. — Am 1. 11. 1930 trat C. als 2. Vorsitzender zurück. Einen Tag bevor er aus der Partei ausgeschlossen wurde, erklärte er am 14. 1. 1931 seinen Austritt. Nach seinem Übertritt zur Staatspartei entfaltete C. dort eine rege Propagandatätigkeit gegen die Wirtschaftspartei.

¹²⁶⁾ Hugo Weber (1889—), Gewerbelehrer, Syndikus des Landesausschusses des sächs. Handwerks, Dresden; seit 1923 dessen geschäftsführendes Vorstandsmitglied; MdL (Sachsen) s. 1926; 13. 1. 1927 bis 18. 2. 1930 sächs. Finanzminister.

¹²⁷⁾ Siehe auch S. 257.

blieben auch hier die eigentlichen Mittelständler friedlich, und in der Fraktion ging noch alles gut. Nur der neu gewählte Abgeordnete Sachsenberg, Kapitänleutnant a. D. und Pour le mérite-Flieger, brachte ständig neue Unruhe. Er hatte wohl kaum ein eigenes Programm, verlangte aber eine "Umbildung des Kabinetts".¹²²) Die Fraktion wurde aber unter Druck gehalten durch die Provinzialmitglieder des Reichsausschusses der Partei, die in der Fraktion erschienen und dort Opposition machten. Sehr wirksam war dabei die Agitation des Gießener Universitätsprofessors Horneffer¹²²), der erst kurz vorher in die Partei hineingekommen war und sich nun berufen fühlte, gänzlich neue Wege zu weisen. Nur Stadtrat Humar behielt klaren Blick und wünschte mit aller Entschiedenheit mein Verbleiben im Amt.

Eines muß ich aber auch aussprechen: Wer mir in jenen Tagen am besten zur Seite stand und wer zweifellos die größte politische Einsicht besaß, war kein anderer als *Drewitz*. Ich war oft ärgerlich auf ihn gewesen, hatte auch seine schwachen Seiten nie verkannt, aber jetzt sah ich doch, daß er ein Politiker war, der die Sache übersah und sich nicht irremachen ließ. Alle diejenigen, die jetzt gegen ihn Sturm liefen, konnten sich in keiner Weise mit ihm messen. Tatsächlich kam der Zusammenbruch auch erst dann, als *Drewitz* einen Augenblick die Nerven verlor.

Im November ging es mir gesundheitlich nicht gut. Gewisse Beschwerden, die offenbar vom Herzen kamen und fast jeden Herbst auftraten, machten sich diesmal besonders stark geltend. Der Reichstag war noch auf einige Wochen vertagt, und es stand nichts im Weg, daß ich mich eine Zeitlang zurückzog. Ministerialdirektor Schlegelberger, der eben von den Balearen zurückkam, riet mir dringend, dort hinzugehen, und vermutlich war sein Rat der beste. Jedenfalls war es richtig, wenn er mir versicherte, in dieser ruhigen Zeit könne ich ohne Bedenken eine Zeitlang von Berlin fortgehen. Da ich nun aber jederzeit erreichbar sein wollte, ging ich nach Marburg in die Bequemlichkeit meines eigenen Hauses. Am 7. November reiste ich ab, ohne zu wissen, daß ich das Ministerium damit für alle Zeiten verließ.

Am 9. November war in Marburg Rektor-Einführung, an der ich diesmal als Reichsminister teilnahm. Ich saß nicht im Talar bei meiner Fakultät, sondern im Frack bei den Spitzen der Behörden. [...] Im Ministerium ereignete sich nichts — abgesehen von dem tödlichen Unfall des hochgeschätzten Ministerial-direktors Oegg —, und die wenigen wichtigen Sachen wurden mir zur Unterschrift geschickt. Um so mehr ereignete sich in der Partei. Es wurden öffentliche Versammlungen abgehalten, in denen dem Kabinett Brüning der schärfste Kampf angesagt wurde und in denen jene Feinde von Drewitz die Wortführer waren.

¹²⁸⁾ Vgl. seinen Aufsatz "Warum Umbildung des Kabinetts?" in der Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 577/578 v. 12. Dezember 1930 (Reichsausgabe).

¹²⁹⁾ Ernst Horneffer (1871—1954), 1920—1938 ordentlicher Prof. für Philosophie in Gießen; H. publizierte eine nicht im Buchhandel erschienene Broschüre "Die Krise der Wirtschaftspartei" (1930); wenig später rief er zur Bildung einer sozialliberalen Partei der (rechten) Mitte auf.

Am 13. November schrieb unser Thüringer Parteivorsitzender¹³⁰), daß die Partei in Thüringen dringend meinen Rücktritt verlange. Am 16. November schrieb mir der besonnenste Parteifreund in Sachsen, unser Minister a. D. Wilhelm¹³¹), daß die Partei in Sachsen nur noch zu halten sei, wenn ich schnellstens meinen Abschied nähme. Der Vorsitzende meines eigenen Wahlkreises, Dr. Stein in Düsseldorf, schrieb ähnlich. Da ich also geradezu verantwortlich gemacht wurde für den Weiterbestand der Partei, sah ich keinen Ausweg mehr und schrieb an Drewitz, daß ich mich nicht in einen Gegensatz zur ganzen Partei setzen wolle und bereit sei, meinen Abschied einzureichen. Drewitz antwortete, daß auch er kaum noch einen anderen Ausweg sehe, aber den Reichsausschuß befragen wolle. ¹³²)

- 181) Dr. Walther Wilhelm (1886—), seit 1918 Rechtsanwalt in Dresden; 13. 1.—30. 6. 1927 sächs. Wirtschaftsminister. "Privat und vertraulich" berichtete W.: "Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß in Ostsachsen die Parteibewegung unter Ihrem Nichtverbleiben [!] im Amt und unter den gesetzlichen und sonstigen Aktionen der Reichsregierung, die weitere Belastungen des Mittelstandes bringen, ungemein schwer leidet. Unsere Leute, die bisher an Ihnen und Ihrem Namen mit Verehrung gehangen haben, begreifen die Dinge nicht, und wir vermögen sie trotz aller unserer Bemühungen nicht mehr bei der Stange zu halten.
 - Wenn Ihnen die Bewegung lieb ist, müssen Sie handeln." Maschinenschrift, Nachlaß Bredt.
- 132) Im Nachlaß Bredt ist nur die Antwort von Drewitz (Berlin, 21. 11. 1930) überliefert: "Lieber Kollege Bredt! Ihr Schreiben vom 16. hat leider meine Auffassung, die ich von Brüning hatte, bestätigt. Ich habe Brüning vor 8 Tagen einen Brief (siehe S. 361 f. Nr. 48) geschrieben [...]. Die Aussprache, die nachher mit Mollath und Köster stattgefunden hatte, hat uns gezeigt, daß Herr Brüning keinen allzugroßen Wert darauf legt, auf Wünsche unserer Partei einzugehen. Ich bin daher genau der Auffassung, wie Sie in Ihrem Schreiben schon sagten, daß wohl jetzt der Moment gekommen sei, wo wir uns grundsätzlich anders einstellen müssen. Wir können natürlich nicht dies mit den kleinlichen Schmerzen, wie unsere Leute haben, sondern wir müssen das auf den Nenner bringen, daß das Reformprogramm der Reichsregierung Brüning zu lahm ist und dadurch keine Lösung der schwebenden Tagesfragen erreicht werden kann.

¹³⁰⁾ Krause (Weimar) an Drewitz: "Lieber Parteifreund! Ich sehe mich heute leider veranlaßt, an Dich in einer sehr ernsten Frage heranzutreten, und zwar dreht es sich um die gegenwärtige Koalitionsregierung im Reiche. Soweit man in der Öffentlichkeit Stellung nimmt, geht daraus hervor, daß man es im Augenblick nicht mehr versteht, daß die Reichspartei des deutschen Mittelstandes den Minister Bredt, wenn er auch als Fachminister gilt, noch in der Regierung beläßt. Es ist nach den neuesten Vorgängen besonders in der Frage des Preisabbaues für die Mittelstandsbetriebe untragbar, noch länger in dieser Regierung zu verbleiben. Ebenso erscheint uns wegen der Verlängerung der Wohnungszwangswirtschaft ein Verbleiben unmöglich. Ich halte es für den äußersten Zeitpunkt, daß unsere Fraktion im Reichstag eine scharfe Entscheidung herbeiführt, wenn wir für die Zukunft das retten wollen, was im Interesse des ganzen Mittelstandes liegt. Es ist unmöglich, daß wir das Programm der jetzigen Regierung, wenn es uns auch in den einzelnen Gesetzentwürfen noch nicht restlos bekannt ist, in seiner Grundtendenz billigen können. Ich bitte Dich als Parteifreund, doch diese Frage ganz erstlich zu prüfen und eine Entscheidung nach der von mir vorgeschlagenen Richtung vorzunehmen. Ich darf dabei bemerken, daß gestern in Halle die Führer des Mitteldeutschen Handwerkerbundes, etwa 80 Herren, zusammen waren und in diesen gebotenen Reden zum Ausdruck kam, daß sie mit dem Programm Brüning, insbesondere hinsichtlich der Stellungnahme des Preisabbaus für Handwerk und Gewerbe und den Wohnungsbau äußerste Unzufriedenheit herrscht. Gerade dieser Vorgang hat mich veranlaßt, heute an Dich zu schreiben. Ich bitte Dich daher dringend, eine dementsprechende Entscheidung herbeizuführen. Die ganze Fraktion im Thüringer Landtag vertritt die gleiche Auffassung." Fehlerhafte Abschrift. Nachlaß Bredt.

Am 22. November war in Marburg die Beerdigung der Mutter des Ministerialdirektors Schäfer. Das Ministerium hatte einen prächtigen Kranz geschickt, und es war ein merkwürdiger Zufall, daß ich als derzeitiger Minister mit zum Kirchhof gehen konnte. Zum ersten Male verließ ich an dem Tage mein Haus, fühlte mich aber noch ziemlich elend. Es war mein letztes Auftreten als Minister, seltsamerweise in Marburg.

Am 24. November war die Reichsausschußsitzung in Berlin. Ich hatte noch nicht reisen können und saß in meinem Haus zusammen mit dem Marburger Parteifreund Rittmeister a. D. Freiherr Schenck zu Schweinsberg.

Gegen sieben Uhr abends schellte das Telefon: Berlin! Es kamen nacheinander mehrere Parteifreunde ans Telefon, die sich überboten in dem Ruf, ich solle so schnell als möglich meinen Abschied einreichen. Dann rief jemand so erregt seinen Namen, daß ich erst allmählich heraushörte: Weber. Es war unser Finanzminister aus Sachsen. Auch er rief mehrmals, ich müsse sofort meinen Abschied einreichen. Ich antwortete, ich sei bereit dazu, möchte aber bei Beginn des Reichstags die Frage des Aufwertungszinses noch selbst zu Ende bringen, dann würde ich sofort abgehen. Ich hörte dann aber¹³³): "Es kommt alles darauf an, daß Sie heute abend noch Ihren Abschied einreichen — heute abend noch haben Sie verstanden? — heute abend noch!" Als ich wieder ins Zimmer kam, sagte ich: "Nach dem, was ich heraushören konnte, scheint sich der Reichsausschuß im Zustand totalen Nervenzusammenbruchs zu befinden." Ich setzte mich dann hin und schrieb mein Abschiedsgesuch an Brüning. Als ich es in den Umschlag steckte, kamen mir plötzlich Zweifel, ob die Mitteilungen aus Berlin vielleicht auf nervöser Überreizung einzelner beruhten. Ich schickte daher das Abschiedsgesuch an Drewitz mit dem Anheimstellen, es bei Brüning abzugeben, wenn die Mitteilungen auf Wahrheit beruhten. 134) So kommt es, daß mein Abschiedsgesuch erst vom 25. November datiert ist. Später sagte mir Drewitz, die Sache sei gar nicht so eilig gewesen, und von dem ganzen Telefonieren habe er als Vorsitzender nichts gewußt.

Am folgenden Tag rief mich Brüning ans Telefon. Ganz im Gegensatz zum Tag vorher hörte ich eine ruhige Stimme, die mich sehr herzlich begrüßte und dann sagte, ich möge mich freundlichst ein paar Tage ruhig verhalten; er werde sich die Lage selbst einmal ansehen. Es war mir wirklich wohltuend, mich wenigstens kurz mit diesem Mann unterhalten zu können, der mit ruhigem und klarem Verstand solche Dinge betrachten konnte.

Ich war heute zu einer Sitzung des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine, wo wir uns vertraulich über diese Frage unterhalten haben.

Ich halte es für unbedingt notwendig, daß Sie zur Reichsausschußsitzung am Montag, dem 24. d. Mts. (siehe oben) kommen, damit wir im engeren Einvernehmen unsere Maßnahmen treffen können, denn neben Thüringen kommen zwei sächsische Wahlkreise ebenfalls mit dem Antrage "Zurückziehung des Ministers". Bei der Einstellung der Preußischen Landtagsfraktion befürchte ich, daß man voreilige Beschlüsse faßt, durch die wir uns höchstens blamieren könnten, wenn sie nicht reiflich überlegt sind." (Maschinenschrift).

¹³³⁾ Handschriftlich verbessert aus: "Weber rief zurück".

¹³⁴⁾ Siehe S. 363 f. Nr. 50.

Am 2. Dezember kam ich in Berlin an und hatte sofort eine Unterredung mit Drewitz und Ladendorff im preußischen Landtag. Letzterer war seltsamerweise plötzlich anderen Sinnes geworden und schlug mir allen Ernstes vor, ich möge einfach im Amt bleiben ohne Rücksicht auf die Partei. Drewitz hielt dies auch für möglich. Ich konnte nur erwidern, daß es mir unter den gegebenen Umständen nicht einfiele, das Odium eines "Klebers" auf mich zu nehmen, nicht nur vor der Partei, sondern auch vor der ganzen Öffentlichkeit. Drewitz meinte schließlich auch, ich sei nicht mehr zu halten.

Am 3. Dezember trat der Reichstag zusammen, und ich hatte morgens ¹³⁵) eine Unterredung mit Brüning, der die Sache mit anderen Augen ansah. Er meinte, in ganz kurzer Zeit werde meine Partei ihre maßlose Torheit einsehen und dankbar sein, wenn noch alles gutgegangen sei, genau wie am 13. Oktober. Zum Schluß sagte er: "Ihr Abschiedsgesuch ist jetzt in meinen Händen; mehr kann die Partei von Ihnen nicht verlangen. Ich selbst verlange jetzt auch gar keine Tätigkeit von Ihnen. Machen Sie eine Reise dahin, wo niemand Sie finden und belästigen kann. In der Zeitung werden Sie das Nähere finden." Wenn ich diese Worte zusammenfaßte mit dem, was Drewitz und Ladendorff am Abend vorher gesagt hatten, dann konnte ich nur zu dem Entschluß kommen, Brüning unter solchen Umständen nicht in eine Zwangslage zu bringen. So schrieben denn die Zeitungen: "Dr. Bredt bleibt vorläufig"¹³⁶), natürlich mit sehr verschiedenen Kommentaren.

Am folgenden Tag wollte ich abreisen, es kam mir aber der Gedanke, noch in den Reichstag zu gehen und mit meiner Partei zu Mittag zu essen, um allen Gerüchten von Zerwürfnissen, die sich schon in der Presse fanden, die Spitze abzubrechen. In der Wandelhalle kamen aber meine Parteifreunde in großer Erregung auf mich zu und teilten mir mit, soeben habe die Fraktion einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Kabinett — also auch gegen mich! — eingebracht; ich müsse also meinen Abschied so schnell wie möglich herbeiführen. Tatsächlich hatte Drewitz gegenüber dem Drängen aus Parteikreisen die Fassung verloren und solchen Antrag mitunterschrieben. 137) Dann hatte der Abgeordnete Hermann des Verteilung des Antrages noch einmal aufzuhalten versucht und damit wieder bei einer Anzahl von Fraktionsmitgliedern Beifall gefunden. Der Antrag war dann aber doch verteilt worden, und nun war die Aufregung groß. Ich selbst kümmerte mich nicht viel um die Partei, sondern ging zu Brüning in sein Arbeitszimmer hinter dem Plenum. Er war sehr ärgerlich und sprach sich

¹³⁵⁾ Nach Pünder (Aufzeichnungen S. 78) fand die Unterredung bereits am 2. Dezember statt: "Heute morgen erschien der bisher erkrankte Justizminister Bredt wieder bei uns. Die Behandlung seines Rücktrittsgesuches ist aber noch zweifelhaft. Vielleicht gelingt es, noch die Fassade zu wahren."

¹³⁶⁾ OHZ Nr. 282 v. 3. 12. 1930.

¹³⁷⁾ Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 448: Nr. 366 "Drewitz und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen: Das Kabinett Dr. Brüning besitzt nicht mehr das Vertrauen des Reichstags." Vom 4. 12. 1930. Vgl. Kölnische Zeitung vom 4. 12. 1930: "Mißtrauensantrag der Wirtschaftspartei" und "Ein Umfall in letzter Stunde?" Nachlaß Bredt.

¹³⁸⁾ Carl Hermann (1866—1933), MdR 1919—1922 (DDP); 1930—1932 (WP); außer Hermann und Bredt unterschrieben diesen Antrag weiterhin nicht die Abgeordneten Biener, Colosser und Siller.

nicht sehr schmeichelhaft über unsere Partei aus. Auch jetzt aber behielt er seine Ruhe und sagte noch einmal: "Reisen Sie dahin ab, wo niemand Sie finden kann. Das Verhalten Ihrer Partei ist so unglaublich, daß ich auch jetzt noch annehme, die Vernunft wird wieder einkehren. Verlassen Sie den Reichstag aber durch die Reichsratshalle, damit Sie niemand mehr sieht." Damit nahmen wir herzlichen Abschied, ich verließ das Haus und fuhr mit dem FD-Zug nach Süden ab.

Am folgenden Morgen ging Brüning zum Reichsprüsidenten und teilte ihm mit, daß weitere Verhandlungen mit der Wirtschaftspartei sich als zwecklos herausgestellt hätten und meine Entlassung erfolgen müsse. Dies las ich auswärts in der Zeitung.¹³⁹) Bei meiner Rückkehr nach Marburg fand ich dann folgenden Brief¹⁴⁰):

"Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Mit Bedauern habe ich von Ihrem Entschluß, aus dem Amt des Reichsministers der Justiz zu scheiden, Kenntnis genommen. Ich habe Ihrem Antrag durch anliegenden Erlaß entsprochen.

Mit freundlichen Grüßen von Hindenburg"

Einige Tage später bekam ich folgenden Brief¹⁴¹):

"Sehr verehrter Herr Kollege!

Ich darf Sie inzwischen im Besitz des Erlasses wähnen, durch den der Herr Reichspräsident Sie auf Ihren Wunsch von Ihren Amtsgeschäften entbunden hat. Da es mir infolge Ihrer Abreise von Berlin nicht mehr möglich war, Ihnen in einer Ministerbesprechung Worte des Abschieds zu widmen, ist es mir ein Bedürfnis, dies wenigstens mit diesen Zeilen tun zu können.

Leider nahmen die Dinge im letzten Stadium eine schnellere Entwicklung, als ich gehofft hatte. Entsprechend der zwischen uns beiden in der letzten Aussprache getroffenen Verabredung würde ich es, wie Sie wissen, sehr begrüßt haben, wenn ich die Erledigung Ihres Abschiedsgesuchs noch hätte hinausschieben können. Nachdem aber Ihre Partei zu dem Mittel eines Mißtrauensantrages gegen die gesamte Reichsregierung gegriffen und in scharfer Form Ihre Oppositionsstellung angekündigt hatte, war eine längere Zurückhaltung zu meinem lebhaften Bedauern nicht mehr möglich.

In dieser Stunde des Abschieds drängt es mich, Ihnen für Ihre hingebungsvolle Mitarbeit in der Reichsregierung meinen besonderen Dank auszusprechen. Unbekümmert um Ihre, wie ich weiß, auch nicht geringen politischen Schwierigkeiten haben Sie sich dauernd und mit besonderer Frische den großen gemeinsamen Aufgaben der Reichsregierung gewidmet und alle Ihre Kräfte mit dafür eingesetzt, in dieser Notzeit von Volk und Wirtschaft unter Zurückstellung parteipolitischer Gesichtspunkte ein tragfähiges Gesamtprogramm aufzustellen.

Ich bedaure lebhaft, daß durch den Gang, den die politische Entwicklung genommen hat, Sie an dieser Arbeit des Reichskabinetts in der Zukunft nicht mehr teilnehmen werden, und es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen in diesem Augenblick meinen und der Herren Ministerkollegen Dank und die besten Wünsche für Ihr ferneres Wohlergehen auszusprechen.

¹³⁹⁾ Berliner Tageblatt v. 5. 12. 1930 (Abendausgabe): "Vortrag bei Hindenburg. Bredts Rücktritt genehmigt." Nachlaß Bredt.

¹⁴⁰⁾ Nachlaß Bredt (5. 12. 1930); Bundesarchiv, R 43 I/942 Bl. 163.

¹⁴¹⁾ Bundesarchiv, R 43 I/942 Bl. 165 f.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Verehrung bin ich, lieber Herr Kollege, Ihr sehr ergebener

Brüning"

Es war damals die schlimmste Belastung für jeden parlamentarischen Minister, daß er kaum zu wirklicher Arbeit kam, weil er ständig auf der Hut sein mußte vor seiner eigenen Partei. Er wußte nicht, ob der morgige Tag nicht den Austritt seiner Partei aus der Koalition und damit das Ende seiner Ministerzeit bringen werde. Wie sollte da ein gedeihliches Arbeiten an langfristigen Aufgaben herauskommen? Es war keine Besonderheit meiner Partei, die sich hier zeigte. Moldenhauer war auch nur durch seine eigene Partei zu Fall gekommen, und seinem Parteifreund Curtius ging es später ebenso. 142) Der deutschnationale Finanzminister von Schlieben, der mir als Reserveoffizier des 2. Garde-Regiments menschlich nahe stand, klagte mir einmal dasselbe Leid: seine Partei habe ihn in dem Augenblick fallen lassen, in dem er an die entscheidenden Punkte seines Finanzprogramms herankam. Und in "Stresemann-Vermächtnis"143) liest man: "Als Reichskanzler habe ich unter niemandem mehr gelitten, als unter meiner eigenen Fraktion, und daß sie im Sommer 1924 mich zu opfern bereit war, nachdem ich sie allein durch den Wahlkampf hindurchgerettet hatte, war wohl der Tiefpunkt unseres gegenseitigen Verhältnisses." Das Kabinett Brüning war das letzte wirklich parlamentarische Kabinett, in dem derartiges möglich war. Als er bald darauf die Regierungsumbildung [9, 10, 1931] vornahm, schuf er das erste "Präsidialkabinett" im Deutschen Reich. Was ich erlebte, war das Abendrot des parlamentarischen Regimentes in deutschen Landen.

In einem Punkte hatte ich obendrein Glück: ich bekam keine Pension! In einzelnen Fällen hatte die Pensionierung von parlamentarischen Ministern zu wahrhaft grotesken Folgen geführt, und es war die höchste Zeit gewesen, hiermit aufzuräumen. Ich hatte mich deshalb lebhaft beteiligt am Zustandekommen des sogenannten Reichsministergesetzes vom 27. März 1930, das die Pensionen abschaffte. 144) Dieses Gesetz trat am 28. März 1930 in Kraft und am 30. März 1930 wurde ich Minister! Brüning, Treviranus und ich waren die ersten Minister, die unter dieses Gesetz fielen; ich war der erste Minister, der nach diesem Gesetz abging. In der Partei gab ich sofort bekannt, daß mir keine Pensionsberechtigung zustände und daß auch das sogenannte Übergangsgeld gegenstandslos sei durch das wieder einsetzende Professorengehalt. Damit schnitt ich manche unliebsame Erörterung in der Partei ab. Aber noch nach meinem Abgange mußte ich in die Oberhessische Zeitung 145) eine Notiz setzen lassen, ich sei weder pensionsberechtigt, noch hätte ich eine Kapitalsabfindung bekommen. Nur so konnte ich den

¹⁴²⁾ Siehe S. 233, 248 Anm. 92.

¹⁴³) II S. 152 f.

¹⁴⁴⁾ RGBl. 1930/I S. 96—100; das Gesetz wurde am 28. März verkündet und trat mit diesem Tag in Kraft.

^{145) &}quot;Richtigstellung. Aus Berlin wird uns gemeldet: Wie wir erfahren, hat Professor Bredt bei seinem Abschied als Reichsjustizminister keine Kapitalabfindung irgendwelcher Art bekommen; er bezieht auch keine Minister-Pension. Er ist vielmehr in seine alte Professur zu den alten Bedingungen wieder eingerückt. Damit dürften die umlaufenden Gerüchte richtiggestellt sein, und es dürfte auch ein Anlaß zu den anonymen Briefen nicht mehr bestehen." (16. Juli 1931).

in der Stadt kursierenden Gerüchten und anonymen Briefen ein Ende machen. Vom gesellschaftlichen Leben in Berlin hielt ich mich in meiner Ministerzeit noch mehr zurück als früher. Sofort nach meiner Ernennung gab ich der Fraktion ein solennes Essen im Reichstags-Restaurant, das sehr angeregt verlief. Dann gab ich gerade am letzten Tage meines Minister-Daseins in Berlin der Kommission zur Vorbereitung der Zivilprozeß-Reform ein Frühstück im Kaiserhof. Das war meine ganze Repräsentation, aber mehr war auch nicht notwendig. Dafür nahm ich selbst aber ebenfalls nur sehr wenig Einladungen an. Es ist für einen Minister nichts leichter, als in das gesellschaftliche Leben der Berliner Finanzkreise hineinzukommen und zu den opulenten Diners eingeladen zu werden. Anläufe dazu fanden sich bei mir sofort; ich ging aber nicht darauf ein. In der diplomatischen Gesellschaft hatte ich schon als Abgeordneter verkehrt, weil ich Mitglied des Auswärtigen Ausschusses war. Zu Anfang hatte mich das Treiben interessiert, bald aber konnte ich der "Konversation", die dort gemacht wurde, keinen Geschmack mehr abgewinnen. So hielt ich mich als Minister dort völlig zurück unter der Begründung, daß es außerhalb meines Ressorts läge. Innerhalb der Regierung fand ein geselliger Verkehr überhaupt nicht statt. Ich machte auch gar keine Familienbesuche, weil ich ja meinen Haushalt nach wie vor in Marburg hatte. Eine angenehme Zugabe war es, daß Brüning die langen abendlichen Kabinettssitzungen gegen neun Uhr regelmäßig durch einen kulinarischen "Imbiß" mit Bier zu unterbrechen pflegte. Er war hier sehr großzügig und gab seine Repräsentationskosten restlos für solche Zwecke aus. Der Reichspräsident gab in dieser Zeit aus Sparsamkeitsgründen überhaupt keine Gesellschaften, wenigstens keine offiziellen. Brüning lud mich zu einem Diner mit König Feisal¹⁴⁶) von Irak, Löbe zu einem Diner mit einer Abordnung aus Estland. Sehr glanzvoll verlief auch ein Diner der ausländischen Presse im Hotel Adlon, desgleichen ein solches zu Ehren von Nicolas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität in New York, wobei ich neben dem Gefeierten saß. Endlich ist mir noch ein Abend in Erinnerung, der wehmütige Gedanken auslöste. Die Preußische Regierung gab einen Festabend im alten Schlosse bei der Einweihung des Pergamonmuseums. Empfang war im Weißen Saale, Diner in der Bildergalerie. Meine Tischdame war die englische Botschafterin Lady Rumbold¹⁴⁷), die mit ihrem Manne vor dem Kriege an der Botschaft in Berlin gewesen war. Wir machten nachher zusammen einen Rundgang durch die Räume und unterhielten uns von den Hofbällen unter dem Kaiserreiche. Tempora mutantur!

Das Ministerium war die dritte große Lehrzeit in meinem Leben, nur mit dem Unterschied, daß das Gelernte zu nichts mehr zu verwenden ist, wogegen das auf dem Barmer Rathaus und im Reichsamt des Innern Gelernte für mich von allergrößter Bedeutung wurde. Ich glaube, jeder Parteiführer unter dem parlamentarischen Regiment hätte zunächst einmal eine Zeitlang Minister sein sollen, um die Dinge von oben her sehen zu lernen. Viele Gegensätze würden sich ausgeglichen haben und manche unsinnigen Programmpunkte würden nicht mehr

¹⁴⁶) Schulthess 1930 S. 188 (8./9. August 1930).

¹⁴⁷⁾ Etheldred R., Gattin des engl. Botschafters Sir Horace George Montagu Rumbold (1869 bis 1941), 1913—1914 Botschaftsrat und Geschäftsträger und 1928—1933 brit. Botschafter in Berlin.

vertreten worden sein. Man brauchte nur zu sehen, wie die Sozialdemokratie sich innerlich wandelte, als ihre Führer zur Verantwortung kamen. Wie mir damals die ganze Welt ein anderes Aussehen bekam, als ich in Barmen zum erstenmal ganz selbständig mit eigener Verantwortung an die Dinge herangehen konnte, so ging es mir auch im Ministerium. Wer als Minister das Gelüst verspürt hat, nunmehr Parteiklüngel zu treiben, der ist niemals wert gewesen, auch nur Abgeordneter zu sein.

Daß ich aus meinem Amt mit großer Betrübnis geschieden wäre, kann ich nicht behaupten. Innerhalb der Partei hatte ich in dieser Zeit nur Verdruß und Anfeindung gehabt, allerdings kaum in der Fraktion und am wenigsten bei *Drewitz*. Im Ministerium selbst trat das viele Interessante zurück hinter dem Gefühl unpersönlicher Fremdheit, das nicht zu überwinden war. Im Reichstag aber, wo ich mich auf dem Ministersitz wirklich wohl gefühlt hatte, gab es in der letzten Zeit keine Betätigung mehr. So kam es, daß ich mein Abschiedsschreiben¹⁴⁸) an den Staatssekretär und die Beamten des Reichsjustizministeriums mit den Worten schloß: "Als Theologe, der ich nun einmal bin, nehme ich meinen Abgang mit dem Spruch: Apostelgeschichte 8, Vers 39 am Schluß." Es ist die Geschichte vom Kämmerer aus dem Mohrenlande, und wenn im Ministerium eine Bibel aufzutreiben gewesen ist, wird man den Spruch gefunden haben:

"Er aber zog seine Straße fröhlich!"

¹⁴⁸⁾ Bredt (Marburg, 25. 11. 1930) an Joël, Durchschlag im Nachlaß: "Sie werden wissen, was geschehen ist, während ich Ihnen schreibe. Diesmal handelt es sich aber nicht um bloße Quertreibereien, sondern es geht tatsächlich nicht anders. Ich wußte schon lange, daß es so kommen mußte und habe dem Reichskanzler noch vor ein paar Tagen einen Brief geschrieben, den er aber nicht beantwortet hat. Es wäre für das Kabinett außerordentlich leicht gewesen, meine Leute bei der Stange zu halten, aber es scheint kein Wert darauf gelegt worden zu sein.

Nun möchte ich mich vor allem sehr herzlich bedanken für alle Hilfe, die mir im Ministerium von Ihrer Seite zuteil geworden ist. Ein "parlamentarischer Minister" ist im Grunde eine contradictio in adjecto, denn ein wirklicher Minister kann nur derjenige sein, der dem inneren parlamentarischen Getriebe entrückt ist. Vollends im Reichsjustizministerium steht man unter dem Eindrucke, daß alles, was man werden sieht — Aktienrechtsreform, Zivilprozeßreform, besonders Strafrechtsreform —, auf viel zu lange Zeit abgelegt ist, als daß es in der eigenen Amtszeit fertig werden könnte. Ich habe nur den bleibenden Eindruck mitgenommen, daß im Reichsjustizministerium eine hervorragende Facharbeit geleistet wird. Daß das Ministerium diesen Charakter in allen Stürmen hat bewahren können, ist in erster Linie Ihr Verdienst."

Sechstes Kapitel

Ausklang

(1930—1933)

Ausklang

Es folgte nun für mich eine ruhige Zeit. Die Marburger Fakultätskollegen hatten meine Ernennung zum Minister sehr wohlwollend aufgenommen, trotzdem manche von ihnen politisch auf ganz anderem Boden standen. Nunmehr beantragte die Fakultät sofort, mich wieder in meine alte Stelle zu berufen, sogar unter besseren Bedingungen als zuvor. Das Kultusministerium ging bereitwilligst darauf ein, und ich erhielt jetzt ein etatmäßiges Ordinariat, während ich bisda nur ein persönliches hatte. Von der Fakultät wurde ich für das kommende Jahr zum Dekan gewählt.¹)

Im Frühjahr 1931 wird B. in Rom von Mussolini zu einer längeren Unterredung empfangen, "wobei der Duce mir mit größter Offenheit seine Ansichten über die politische Lage Europas offenbarte".

Im Sommer 1931 widmete ich mich ganz meiner akademischen Tätigkeit und übernahm zum ersten Male seit 1920 wieder das volle Vorlesungspensum meiner Stelle. Zum 12. Juli schickte mir Reichsverkehrsminister von Guérard eine Fahrkarte für die Zeppelinfahrt nach Österreich, die ich mit bestem Danke annahm. Mit meiner Frau und Tochter fuhr ich in meinem Auto zum Bodensee und sah dabei zum ersten Male mein altes Tübingen²) wieder. Dann ging es mit dem Zeppelin unter Führung von Dr. Eckener³) und Kapitän von Schiller von Friedrichshafen aus zunächst nach Wien, mit Landung auf dem alten Schlachtfelde von Aspern, dann über den Semmering bis Klagenfurt und Villach, über den Wörthersee und an den Karawanken entlang, zurück über Marburg an der Drau und Graz, nachts wieder nach Friedrichshafen zurück. Interessant waren auch die Gäste, die in Wien zustiegen: Bundeskanzler Buresch⁴) und die Minister Doll-fu β 5), Winkler6), Heinl.7) Mit ihnen wurde ich auf diese Weise bekannt. Insbesondere saß ich länger zusammen mit dem liebenswürdigen Dollfu β , dem späteren Bundeskanzler.

In der großen Politik geschah nichts von Bedeutung, um so mehr in der Partei. Der Führerstreit ging weiter und wurde jetzt zum Verhängnis. Colosser war schon ausgeschlossen⁸), aber seine Freunde gingen mit unverminderter Heftigkeit gegen Drewitz vor. Alle Angriffe und Beschuldigungen, die schon früher⁹) gegen

¹⁾ Siehe auch Einleitung S. 49.

²) In Tübingen studierte B. 1898 im ersten Semester.

³⁾ Dr. Hugo Eckener (1868—1954), Vorsitzender des Vorstandes der Zeppelinstiftung. — H. Eckener (Im Zeppelin über Länder und Meere. Erlebnisse und Erinnerungen. Flensburg 1949) berichtet über diese Reise nicht; auch die Darstellung von Thor Nielsen (Eckener. Ein Leben für den Zeppelin. München 1954) erwähnt die Fahrt nicht.

⁴) Karl Buresch (1878—1936), 20. 4. 1931 — 6. 5. 1932 öster. Bundeskanzler.

⁵⁾ Engelbert Dollfuβ (1892—1934), Min. f. Land- u. Forstwirtschaft im 1. u. 2. Kabinett Buresch; 1932/34 öster. Bundeskanzler.

⁶⁾ Franz Winkler (1890-), Min. d. Innern 1930-1933.

⁷⁾ Verbessert aus "Haindl"; Eduard Heinl (1880—1957), Min. f. Handel u. Verkehr in beiden Kabinetten Buresch.

⁸⁾ Siehe S. 258 Anm. 125.

⁹⁾ Ursprünglich: Colosser.

Drewitz in der Öffentlichkeit erhoben waren, wurden noch einmal aufgegriffen, und das Gericht arbeitete nicht schnell genug, um Drewitz die Möglichkeit der Widerlegung zu geben. Die große Auseinandersetzung kam auf dem Parteitag in Hannover am 25.—27. April [1931], wo auch die Wiederwahl des Vorsitzenden auf der Tagesordnung stand. 10) Die alten Feinde von Drewitz, die auch meinen Rücktritt als Minister herbeigeführt hatten, legten sich gar keine Schranken auf, und es begann ein Kampf, bei dem eine einheitliche Sachlage ebensowenig zu erkennen war wie eine einheitliche Front der Gegner. Wortführer war diesmal Professor Horneffer, dessen Beweggründe aber nicht klar waren. Die Reichstagsfraktion setzte sich fast einhellig für Drewitz ein; ich sprach auch zu seinen Gunsten. So kam es, daß Drewitz wiedergewählt wurde, aber diesmal nicht mehr einstimmig, sondern nur mit 731 gegen 258 Stimmen.¹¹) Zu meiner Überraschung wurde ich durch Zuruf zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Es sollte wohl eine Art von Anerkennung sein, daß ich durch meinen Rücktritt die Disziplin gewahrt hatte. Ich hatte mich immer fern davon gehalten, ein Amt in der äußeren Parteiorganisation zu bekleiden, nahm jetzt aber an, ohne zu wissen, was das neue Amt für mich bedeuten würde.

Der Parteitag in Hannover hatte die gewünschte Klärung nicht gebracht. Die Angriffe gegen Drewitz gingen weiter, aber jetzt mit dem Erfolg, daß die größten Gegner aus der Partei ausschieden; damit war wenigstens im Innern eine gewisse Erleichterung geschaffen. Es blieb aber ein Feind in einflußreicher Stellung: der Vorsitzende des sächsischen Landesverbandes, Minister a. D. Weber. Als der sächsische Landesverband — mit ca. 230000 Stimmen! — schließlich erklärte, aus der Partei auszuscheiden, wenn Drewitz nicht zurücktrete, entschloß ich mich zum Handeln.12) Ich sagte Drewitz offen, ich dächte nicht daran, ihn wirklich zu Fall bringen zu wollen, bestände aber darauf, daß er zunächst zurückträte, bis seine gerichtlichen Angelegenheiten geklärt seien. Drewitz lehnte entschieden ab, war aber bereit, sich einstweilen von der Ausübung seines Amtes zurückzuhalten. In einer stürmischen Vorstandssitzung am 1. September¹³) vertrat ich mit allem Nachdruck den Standpunkt, daß ein Zerfall der Partei durch den Rücktritt von Drewitz verhindert werden müßte, fand aber bei den Mitgliedern des Vorstandes keine Unterstützung. Nur dadurch, daß Drewitz freiwillig erklärte, sich einstweilen zurückziehen zu wollen, kam es zu diesem Ergebnis, und ich übernahm als zweiter Vorsitzender die Geschäfte. Auf den 8. September berief ich den Reichsausschuß ein, und da Weber namens der Sachsen ein Ultimatum

¹⁰) WTB Nr. 858 (Nachtausgabe) v. 26. 4. 1931.

¹¹) Horkenbach (1931 S. 146) berichtet, daß Drewitz mit 731 von 1001 abgegebenen Stimmen wiedergewählt wurde.

¹²) In der Vorlage 320000 Stimmen. — Bei den Reichstagswahlen 1928 erzielte die Wirtschaftspartei in den Wahlkreisen Dresden-Bautzen, Leipzig und Chemnitz-Zwickau 232052 und 1930 in den gleichen Wahlkreisen 227936 Stimmen. Bei den Landtagswahlen verringerte sich in Sachsen der Stimmenanteil der Wirtschaftspartei von 304884 (11,3 v.H.) im Juli 1929 auf 276674 (10,6 v.H.) Anfang Mai 1931. — Am 2. 8. 1931 erklärte der Landesverband Sachsen seinen Austritt aus der Wirtschaftspartei, schloß sich aber am 8. September wieder der Partei an. Wippermann 1931 Abt. A, S. 360 f.

¹³⁾ Drewitz legte die Führung der Wirtschaftspartei bereits am 18. August nieder, an seine Stelle trat Bredt; Schulthess 1931 S. 185.

wiederholte, verlangte ich nochmals den Rücktritt von *Drewitz*. Es waren schwierige Verhandlungen, denn die Sachsen saßen in einem anderen Zimmer des Reichstags und erklärten, erst nach vollzogenem Rücktritt von *Drewitz* unser Fraktionszimmer Nr. 23 wieder betreten zu wollen. Dann aber gab *Weber* plötzlich nach, ohne erkennbare Ursache, erklärte sich mit der nur einstweiligen Zurückhaltung von *Drewitz* einverstanden und verlangte nur, daß an die Spitze der Partei ein Direktorium von drei Personen treten solle. Hierzu wurden gewählt: ich als erster, *Weber* als zweiter, *Kockel*-Magdeburg als dritter Vorsitzender. Tatsächlich führte ich von da an die Geschäfte des Vorsitzes, indem mir das Parteibüro die ganze Korrespondenz zur Unterschrift oder Abänderung nach Marburg schickte. Vorstand im Rahmen des Vereinsregisters blieb *Drewitz*, und ich war zur vermögensrechtlichen Vertretung der Partei nicht legitimiert, was mir sehr recht war.

Es war für mich eine schwere Aufgabe, meinen alten Kampfgenossen *Drewitz* absetzen zu müssen, und es ging mir sehr nahe. Auf dem Wege zum Reichstage an jenem 8. September bekam ich Unter den Linden plötzlich Herzaffektionen, so daß ich nicht weitergehen konnte. [...]

Die Stellung meiner Partei in der großen Politik war unterdessen eine gänzlich andere geworden. Brüning hatte unser Ausscheiden aus der Koalition zwar sehr ungern, aber doch ohne Schaden hingenommen; es blieb ihm immerhin noch eine Mehrheit. 15) Nun brach aber plötzlich die Deutsche Volkspartei aus der Koalition aus und zog ihren Minister Curtius¹⁶) zurück. Es lag nicht, wie bei Moldenhauer, eine Gegnerschaft gegen seine Person vor, obwohl Curtius in keiner Weise ein gleichwertiger Nachfolger Stresemanns gewesen war. Es handelte sich vielmehr um einen völligen Stellungswechsel der Partei, dessen wirkliche Ursachen ganz woanders lagen als bei der Sorge vor Brünings Politik. Die Partei wollte sich wohl nur eine gute Plattform schaffen für künftige Wahlen und hielt dazu eine Oppositionsstellung für besser. Es war das letzte Mal, daß im Rahmen einer Koalitionsregierung ein Minister "zurückgezogen" wurde, denn jetzt begann die Zeit des eigentlichen "Präsidialkabinetts". Brüning selbst übernahm das Auswärtige: Staatssekretär Joël, bisda mit Wahrnehmung der Geschäfte des Ministers beauftragt, wurde formell zum Reichsjustizminister ernannt; von Guérard und Wirth wurden ausgeschifft; Treviranus, dessen Ministerium der Besetzten Gebiete nicht mehr bestand, wurde Reichsverkehrsminister. Die Wirtschaftspartei aber wurde jetzt die ausschlaggebende Partei, denn ohne sie war nach dem Ausscheiden der Volkspartei keine Mehrheit für Brüning mehr denk-

¹⁴) Vgl. Deutsche Mittelstands-Zeitung (Saar) Nr. 9 v. 1. Oktober 1931: "Geschlossene Front des Mittelstandes. Sachsen wieder bei der Wirtschaftspartei!" — Die Parteileitung übernahm ein Viererdirektorium: Bredt, Weber, Kockel (Hugo; Gastwirt in Magdeburg, Präs. d. Bundes der Saal- u. Konzertlokalinhaber, Stadtrat u. Mitglied des Provinziallandtages in Sachsen) und Mollath; Wippermann 1931 Abt. A, S. 361.

¹⁵⁾ Auch nach den Wahlen vom September 1930 blieb die Regierung Brüning eine Minderheitsregierung, die nur durch die Tolerierung der SPD (und wechselnde Mehrheiten mit Hilfe der bürgerlichen Parteien der Mitte) bestehen konnte.

¹⁶⁾ Für die Rechtsschwenkung der DVP, die mit dem Ausschluß von Curtius und v. Kardorff aus der Reichstagsfraktion verbunden war, vgl. Ende der Parteien S. 529 f. und (für Curtius) Groener-Geyer S. 278 u. 280; siehe auch S. 248 Anm. 92.

bar. Wenn ich jetzt noch Minister gewesen wäre, hätte ich eine große Machtstellung gehabt und die Geschehnisse sehr wesentlich beeinflussen können. Auf eine vorsichtige Anfrage von *Drewitz* erklärte *Brüning* aber bestimmt, daß er der Wirtschaftspartei keinen Ministersitz mehr geben könne, denn es gebe nur noch ein Präsidialkabinett. Auch auf irgendwelche besonderen Zugeständnisse ließ sich *Brüning* nicht mehr ein, wir hatten vielmehr auf allgemein-politischer Grundlage die Entscheidung, aber auch die Verantwortung dafür, ob *Brüning* im Amt blieb oder nicht. Mir selbst war es eine Erlösung, daß *Brüning* sich auf keine Verhandlung mehr einließ und unsere Fraktion zwang, nunmehr reine Staatspolitik zu treiben.

In den Zeitungen las ich von der Harzburger Front¹⁷), in der Hugenberg zusammen mit Hitler den großen Vorstoß machte. Ich war entschlossen, Brüning meine Treue zu halten, solange es irgend ging, sah mich aber außerstande, persönlich etwas unternehmen zu können, da ich ans Bett gefesselt war. Nur brieflich konnte ich wirken, und da war es mir eine Erleichterung, daß Drewitz sich sofort mit mir einverstanden erklärte und die Sache in Berlin so sicher führte, als wenn er noch Vorsitzender in seiner alten Stellung gewesen wäre. Vorsitzender der Reichstagsfraktion war Mollath geworden; er führte in dieser Eigenschaft am 15. Oktober im Kaiserhof die entscheidende Verhandlung mit Hitler über die Frage, ob wir bereit seien, mit unseren Stimmen den Ausschlag für einen Sturz von Brüning zu geben. Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Kaiserhof teilte mir Mollath telefonisch nach Marburg mit, daß die Fraktion an sich gegen den Sturz von Brüning sei, aber nur für ihn stimmen werde, wenn ich als derzeitiger Vorsitzender die volle Verantwortung vor der Öffentlichkeit übernähme. Ich sagte sofort zu, und damit war Brüning für die Reichstagssitzung am folgenden Tag gerettet. Gegen Abend erschien mein Arzt und wollte noch einmal nach mir sehen, weil ich mich sicher aufregen würde wegen des kommenden Tages. Ich konnte nur antworten, daß ich gut schlafen würde, weil ich soeben am Telefon die Entscheidung für Brüning gegeben hätte. Tatsächlich hielt sich Brüning an diesem Tag, wenn auch mit einer kleinen Mehrheit; unsere Wirtschaftspartei gab den Ausschlag. 18)

Es wäre mir als Treuebruch und Felonie erschienen, wenn ich meine Hand geboten hätte zu einem Sturz von Brüning. Ich hätte bestimmt mein ganzes Leben unter diesem Bewußtsein gelitten und bin dankbar, daß es mir erspart geblieben ist. Es gab außerdem aber auch sachliche Gründe für meine Entscheidung. Wir konnten Brüning stürzen im Verein mit der Harzburger Front und den Kommunisten. Die Harzburger Front konnte damals noch nicht darauf rechnen, bei Neuwahlen allein die Mehrheit zu bekommen. Sie konnte aber auch keine neue Regierung bilden zusammen mit den Kommunisten. Hierzu war nach den damaligen Zahlenverhältnissen das Hinzukommen des Zentrums notwendig, dieses

¹⁷) Kundgebung der Nationalen Opposition am 10. u. 11. 10. 1931, "die zum Symbol des Bündnisses zwischen den nationalbürgerlichen und den nationalsozialistischen Kräften geworden ist"; vgl. Ende der Parteien S. 558 f.; Bracher, Auflösung S. 407 ff.

¹⁸⁾ Sten. Berichte Bd. 446 S. 2231 ff.; der von NSDAP, DNVP und KPD eingebrachte Mißtrauensantrag wurde mit 295 (gegen 270) Stimmen abgelehnt; die Wirtschaftspartei stimmte geschlossen gegen den Antrag.

hätte sich aber sicher nicht dazu bereit gefunden, wenn sein Führer Brüning gestürzt worden wäre. Was sollte also werden?

Es kam mir auch in jenen Tagen eine oft zitierte Reichstagsrede von Bismarck¹⁹) am 29. November 1881 in Erinnerung, wo er sagt:

"Es sind stets die Girondins gewesen, die den Staatswagen bis an den Rand des Abgrundes schoben, sie haben überall die konstitutionelle Entwickelung fördern wollen [...], sind aber schließlich immer über ihr Ziel hinausgeraten. Es sind immer Leute gewesen, die sich beispielsweise auf einen Potsdamer Zug gesetzt haben, während sie nur bis Kohlhasenbrück wollten, und denen der Schaffner sagt: der Zug hält da niemals; so meinen sie: er hat bisher da zwar nie gehalten, wird aber vielleicht heute da halten. So werden sie nicht nach Kohlhasenbrück gelangen, sondern darüber hinaus nach Potsdam. So ist es auch in der Politik; der Liberalismus gerät immer weiter, als seine Träger wollen. Sie können die Wucht von 40 Millionen, einmal in Bewegung, nicht anhalten, wo Sie wollen."

Hugenberg und seine Freunde erschienen mir damals als die ausgesprochenen Girondisten, allerdings nicht nach der liberalen, sondern nach der nationalen Seite hin. Sie haben später auch das Schicksal der Girondisten erfahren. Der Nationalsozialismus konnte nur noch einheitlich zur Macht kommen oder gar nicht. Mich und meine Partei wollte ich nicht die Rolle von Girondisten spielen lassen, denn es war mir völlig klar, daß der Zug in Kohlhasenbrück nicht halten würde.

Mollath hatte mir am Telefon mitgeteilt, daß Geßler als Reichskanzler²⁰) in Aussicht genommen sei. Als ich nun später in meiner Rede vom 24. Februar 1932 ahnungslos davon sprach, daß man ausgerechnet einen früheren Demokraten als Reichskanzler habe bestellen wollen, erregte ich einen Sturm bei den Deutschnationalen, der mich überraschte. Es stellte sich dann die merkwürdige Tatsache heraus, daß die Deutschnationalen offenbar von diesem Plan nichts gewußt hatten.²¹) Hugenberg kam später in einer Rede in Hannover am 12. April nachdrücklich auf diesen Punkt zu sprechen.²²) Ich hatte an dem Tag geglaubt, eine allbekannte Tatsache zu erwähnen, mußte aber jetzt erkennen, daß ich der Harzburger Front einige Unannehmlichkeiten bereitet hatte.

In dieser Zeit, als die Wirtschaftspartei politisch die Entscheidung in der Hand hielt²³), gingen die Schläge nieder, von denen die Partei sich nicht wieder erholte. *Drewitz* hatte 1924 in Berlin eine "Mittelstandsbank" gegründet, die anfangs zu florieren schien, in der ich aber einen Aufsichtsratsposten vorsichtigerweise abgelehnt hatte. Während der allgemeinen Krise stellte diese Bank am 1. Oktober 1931 ihre Zahlungen ein, und Hunderte von kleinen Sparern verloren ihre

¹⁹⁾ Sten. Berichte Bd. 66 S. 88.

²⁰) Im Oktober 1931 hatte Brüning erwogen, Geßler (1875—1955, Reichswehrminister 1920/28) das Reichsministerium des Innern zu übertragen; vgl. Gessler S. 509; Vogelsang S. 132; Treviranus S. 291.

²¹) Sten. Berichte Bd. 446 S. 2291 ff.; vgl. auch Schmidt-Hannover S. 295. — Mit Hugenberg verhandelten am 14. 10. 1931 Mollath, Hermann und Sachsenberg; vgl. Germania v. 19. 11. 1931 u. weitere Zeitungsausschnitte im Bundesarchiv, R 43 I/2685.

²²⁾ Voss. Zeitung Nr. 176 (Abendausgabe) v. 12. 4. 1932: "Hugenberg flieht in die Öffentlichkeit"; vgl. auch Ende der Parteien S. 629.

²³) In der ersten Fassung heißt es statt "die Entscheidung . . . hielt" — "auf dem Höhepunkte ihres Einflusses war".

Einlagen. Die Empörung in Berlin war groß, und gegen Drewitz, als den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, wurden wiederum in der Presse die schwersten Vorwürfe erhoben, zumal die "Edekabank" in das Unglück mit hineingezogen war. Aber damit nicht genug; sechs Wochen später erfolgte der Zusammenbruch der "Berliner Bank für Handel und Grundbesitz", und diesmal kamen viele Tausende um ihre Einlagen. Auch jetzt ergoß sich der Zorn der Öffentlichkeit gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrats, keinen anderen als Ladendorff, den Vorsitzenden unserer Landtagsfraktion. Diesen Angriffen waren Drewitz und Ladendorff nicht gewachsen und die ganze Partei hatte den Schaden. Strafrechtlich hatte sich weder der eine noch der andere etwas zu Schulden kommen lassen, aber damit war uns wenig geholfen.²⁴)

Am 31. Januar [1932] war ich zum erstenmal wieder in Berlin in einer Vorstandssitzung. Die Vorwürfe gegen *Drewitz* waren unterdessen gerichtlich untersucht und zu seinen Gunsten entschieden worden. Mit meinem Einverständnis wurde aus der Versammlung heraus der Antrag gestellt, *Drewitz* die Ausübung des Vorsitzes wieder zu übertragen, und ich erklärte mich sofort einverstanden, da mir nichts ferner lag, als *Drewitz* verdrängen zu wollen. Fast einstimmig beschloß der Vorstand, *Drewitz* wieder einzusetzen.²⁵)

Am 22. Februar, vor der Wiedereröffnung des Reichstags, sah ich Brüning zum erstenmal wieder, diesmal in der neuerbauten Reichskanzlei. Wir begrüßten uns in alter Freundschaft und besprachen die politische Lage. 26) Ich empfahl ihm dringend, sich von Groener loszumachen, dessen Politik ihm außerordentlich schade. Darauf erklärte er aber, davon könne keine Rede sein, denn Groener strebe in keiner Weise nach der Kanzlerschaft, sondern wolle sich vermutlich qualifizieren zum Reichspräsidenten. Ich konnte nur erwidern, daß Groener nicht absichtlich, aber durch politische Fehler das ganze Kabinett gefährde. Brüning erwiderte, daß Hindenburg ihm in allen gefährlichen Lagen bestimmt beistehen werde; er wisse ganz genau, daß im Januar der Reichspräsident "in loyalster Weise" für ihn eingetreten sei. Hindenburg sei überhaupt heute nicht mehr zu entbehren und müsse unter allen Umständen wiedergewählt werden. Ich fragte

²⁴) Bundesarchiv, R 43 I/650: Berliner Bank für Handel und Grundbesitz. Gewerbebank Trier. Im Sommer 1931 hatte die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz bei der Akzept- und Garantiebank A.G. "einen Antrag auf Gewährung eines Diskontkredites" gestellt, in der Hoffnung "dank Ihrer [Bredt] gütigen Fürsprache damit Erfolg zu haben". Willy Seiffert, Bankdirektor und Vorstandsmitglied der Bank, zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Hausbesitzerbank (Berlin), der Deutschen Realkreditbank (Dessau), der HOVAD-Versicherungsgesellschaften (Berlin) und Mitglied des Aufsichtsrates der Berliner Stadtschaftsbank, schrieb in dieser Sache am 31. 7. 1931 an Bredt u. a.: "Wenn dann die schweren Gefahren, die augenblicklich -- ich kann wohl sagen ohne eigene Schuld -- die Berliner Bank und damit die ganze Mittelstandsbewegung bedrohen, überwunden werden, so wird der Dank hierfür nicht zuletzt Ihnen, sehr geehrter Herr Reichsminister, gebühren. Ich persönlich werde Ihre schnelle Hilfsbereitschaft nicht vergessen." Nachlaß Bredt. Nach dem endgültigen Zusammenbruch der Bank nahm sich Seiffert das Leben. - Für den Zusammenbruch der Deutschen Mittelstandsbank, die 1920 unter dem Namen Charlottenburger Mittelstandsbank gegründet und 1923 auf Aktien umgestellt worden war, vgl. Neue Zeit (Berlin) v. 2. 10. 1931, Zeitungsausschnitt im Nachlaß Bredt.

²⁵) Vgl. für die Sitzung Horkenbach 1932 S. 43.

²⁶) Pünder (Aufzeichnungen) erwähnt diese Besprechung nicht; zwei Anfragen bei Reichskanzler a. D. H. Brüning blieben ohne Erfolg. Siehe S. 388.

ihn dann, ob er nicht daran denke, sich selbst wählen zu lassen, weil er dann sieben Jahre lang seine eigene Politik betreiben könne mit einem Reichskanzler nach seiner Wahl. Da fuhr er aber erregt auf und sagte, in deutschen Landen könne niemals ein Katholik Reichspräsident sein, das habe man bei einer Kandidatur Marx gesehen. Ich gab ihm schließlich das Versprechen, mit für die Wahl von Hindenburg einzutreten und schied von ihm mit dem Empfinden, daß dieser lautere Charakter gar nicht sah, was um ihn herum vorging. Wenn man heute die Zahlen der Reichspräsidentenwahl betrachtet, kann man nur annehmen, daß Brüning durchgekommen wäre. Damals entschieden noch die offiziellen politischen Parteien; bei diesen aber hätte Brüning eine Mehrheit gehabt, wenn auch nur eine knappe.²⁷)

Am 23. [Februar] trat der Reichstag zusammen, um den Tag der Wahl des Reichspräsidenten zu bestimmen. Diesmal meldete ich mich selbst als Redner zur allgemeinen Aussprache, kam aber am folgenden Tag zu Wort. An diesem 24. Februar²⁸) tagte gleichzeitig unser Reichsausschuß, und wieder wurde von den Sachsen verlangt, wir sollten Brüning mit unseren Stimmen stürzen. Es gab erregte Debatten und ich sah, daß wieder die verschiedene Auffassung der Reichstagsfraktion und der auswärtigen Mitglieder des Reichsausschusses zutage trat. Ich ließ die Debatte gehen, als aber die Zeit herankam, wo ich zu Wort kommen mußte, ging ich einfach hinunter und hielt eine groß angelegte Rede zugunsten von Brüning, wobei ich aussprach, daß unsere Fraktion ihn mit ihren Stimmen halten werde.²⁹) Es kostete an dem Tag Mühe, mit der Stimme durchzukommen gegenüber dem großen Lärm der Gegner. Ich kann aber wohl sagen, daß ich mich durchsetzte, zumal das Zentrum sehr zu meinen Gunsten eingriff und lauten Beifall spendete. Nach der Rede kam der alte Konservative, jetzige Deutschnationale von Oldenburg-Januschau auf mich zu, gab mir die Hand und sagte: "Verehrter Herr Professor, ich bin zwar ganz anderer Ansicht als Sie, aber ich mache Ihnen mein Kompliment, es war famos." Ein ärgerliches Erlebnis hatte ich an dem Tag mit einem deutschnationalen Abgeordneten, der die allenthalben zu hörende Verleumdung der Deutschnationalen, unsere Partei habe sich von Brüning kaufen lassen, durch Zuwendungen an unsere Banken, auch im Plenum andeutete. [Der Reichstagsvizepräsident Esser] benahm sich bei diesem Zusammenstoß sehr vornehm. Er erteilte dem Deutschnationalen einen gehörigen Ordnungsruf, [Löbe] fügte dann aber hinzu, er müsse nach der Geschäftsordnung auch mir einen Ordnungsruf erteilen, weil ich "in Abwehr" den Deutschnationalen einen "Ehrabschneider" genannt hatte. Es war der erste Ordnungsruf, den ich in meinem Leben bekam — kurz vor Toresschluß.30) Im übrigen nahm

²⁷) Siehe unten S. 376 f., allgemein Holl, passim.

²⁸⁾ Verbessert aus "September".

²⁹) Sten. Berichte Bd. 446 S. 2291 ff.

Jöbe rief B. erst später zur Ordnung, weil der Reichstag von der Praxis abgekommen sei, "in Abwehr und berechtigter Erregung gegen Beschuldigungen vorgebrachte Ausdrücke nicht zu rügen" (ebd. S. 2314); der deutschnationale Abg. Stubbendorff wurde von dem amtierenden Vizepräsidenten Esser zur Ordnung gerufen (ebd. S. 2295); Bredt erklärte abschließend u. a.: "Ich bin jetzt seit 21 Jahren Abgeordneter. Ich stehe vielleicht vor dem Ende meiner parlamentarischen Laufbahn. Es ist der erste Ordnungsruf, den ich bekommen habe." (Ebd. S. 2314).

uns der Reichsfinanzminister *Dietrich* das weitere ab, indem er einen nichtimmunen deutschnationalen Verleumder verklagen und auf drei Monate ins Gefängnis bringen ließ.³¹)

Am folgenden Tage ließ ich Brüning heraus bitten und teilte ihm mit, wir seien bereit, Groener stürzen zu helfen, weil dies für ihn das Beste sei. Brüning sah mich scharf an und sagte: "Wenn Sie das tun, trete ich als Reichskanzler zurück!" Da mußte ich von solchen Plänen Abstand nehmen — aber wie hatte ich Recht gehabt! Brüning hatte an dem Tag³²) einen großen rednerischen Erfolg. Nach einigen längeren sachlichen Ausführungen, die er ablas, kam er gegenüber den Nationalsozialisten in Wärme. Als ihm dauernd zugerufen wurde, er vertrete das "System des 9. November", schrie er schließlich in den Saal hinein:

"Meine Herren, lassen Sie mich ausreden! Wo bin ich am 9. November gewesen? [...] Am 9. November war ich in der Truppe, die die Spitze der Gruppe Winterfeldt zur Niederwerfung der Revolution gebildet hat."

Bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum am 26. Februar erhielt Brüning 24 Stimmen Mehrheit; unsere 22 Stimmen hatten den Ausschlag gegeben.³³) Auch der Reichsausschuß hatte sich der von mir geschaffenen Lage gefügt. Die Wirtschaftspartei spielte in der Presse eine große Rolle, und sogar in ausländischen Zeitungen³⁴) erschien mein Bild als Freund von Brüning, der das entscheidende Wort gesprochen habe.

Unterdessen ereigneten sich in Sachsen schwere Dinge. Minister a. D. Weber als Landesvorsitzender und Bäckermeister Kaiser als Fraktionsvorsitzender im Landtag versuchten nicht mehr und nicht weniger, als die gesamte Wirtschaftspartei in Sachsen hinüberzuführen zu den Deutschnationalen — nicht etwa zu den Nationalsozialisten! Als sie damit keinen Anklang fanden, traten sie persönlich zu den Deutschnationalen über und bekämpften nun in schärfster Form die Partei, der allein sie ihren eigenen Aufstieg zu danken hatten. Minister a. D. Wilhelm, Rechtsanwalt in Dresden, übernahm den Vorsitz dessen, was von der Partei in Sachsen noch übrig blieb. 35)

Am 13. März war der erste Wahlgang für die Wahl des Reichspräsidenten. Ich sprach in Magdeburg, Leipzig und Mannheim in großen Versammlungen.³⁶) Es erhielten dann Stimmen: *Hindenburg* 18654244, *Hitler* 11341119, *Duesterberg*³⁷)

³¹) Siehe zu den Vorwürfen die Pressezusammenstellung im Bundesarchiv, R 43 I/2685.

³²⁾ Sten. Berichte Bd. 446 S. 2323—2333; Brüning sprach erst am folgenden Tag; vgl. auch Pünder, Aufzeichnungen S. 115.

³³⁾ Ebd. S. 2462; der Abg. Hermann war durch Krankheit verhindert; auch den Mißtrauensantrag gegen Groener lehnte die Wirtschaftspartei schließlich geschlossen ab. Vor den Abstimmungen empfing Brüning im Reichstag Bredt, Drewitz und Mollath. Bundesarchiv, R 43 I/2685 Bl. 53 f.

³⁴) De Telegraaf (Amsterdam) v. 25. 2. 1932, Ausschnitt im Nachlaß.

³⁵⁾ Am 5. 2. 1932 traten Kaiser und Weber zur DNVP über; Wippermann 1932, Abt. A, S. 58.

³⁶⁾ Auf Kundgebungen des überparteilichen Hindenburg-Ausschusses sprach Bredt am 10. März im Konzerthaus in Magdeburg (Magdeburgische Zeitung v. 11. 3. 1932), am 11. März in Leipzig (Leipziger Neueste Nachrichten v. 12. 3. 1932) und am 12. März neben Dietrich und v. Kardorff in Mannheim (Neue Mannheimer Zeitung Nr. 123 v. 14. 3. 1932).

³⁷) Theodor Duesterberg (1875—1950), Politiker und Stahlhelmführer.

2558813, Thälmann³⁸) 4982870. Vor dem zweiten Wahlgang am 10. April hielt ich Wahlreden in Nordhausen, Göttingen und Münster.³⁹) In der Heimatstadt von Brüning löste fast jeder Satz von mir so tosenden Beifall aus, daß ich eigentlich gar nicht zusammenhängend reden konnte. Diesmal bekamen Stimmen: Hindenburg 19359642, Hitler 13417460, Thälmann 3706388; Hindenburg hatte die absolute Mehrheit. [...]⁴⁰)

Am 24. April trat der Zusammenbruch der Wirtschaftspartei in die Erscheinung. Bei den Wahlen zum Preußischen Landtag bekam sie zwar 191021 Stimmen, aber kein Mandat wegen der Sperrbestimmung. Wir errangen in keinem Wahlkreisverband 40000 Stimmen, so daß die Stimmen auf der Landesliste nicht zählten.

Am 10. Mai war wieder Reichstag, und es erneuerten sich die alten Vorgänge. Wieder sollte Brüning gestürzt werden, und wiederum hielten wir ihn mit den Stimmen unserer Partei. Brüning hatte an dem Tag einen schweren Stand, aber nicht wegen seiner eigenen Politik, sondern wegen Groener. Dieser hatte als kommissarischer Reichsminister des Innern plötzlich die nationalsozialistischen Verbände verboten, und zwar offensichtlich auf Rat desselben Ministerialrats, der seinerzeit in Leipzig am Reichsgericht gegen Hitler auftreten wollte. ⁴¹) Groener wurde deshalb vom Abgeordneten Göring schwer angegriffen, verteidigte sich dann aber so matt und unglücklich, daß man nur von einer völligen Niederlage reden konnte. ⁴²) Es blieb Brüning nichts anderes übrig, als am folgenden Tag selbst das Wort zu nehmen und nicht nur seine Politik, sondern vor allem Groener zu verteidigen. ⁴³) Daß er dabei das Groenersche Verbot der SA und SS deckte, war gewiß sehr ehrenhaft, aber nicht klug.

Ich selbst machte diesmal einen Vorstoß in anderer Richtung. Es schien mir empörend, daß die Fraktion des Landvolks zwar die Agrarmaßnahmen seiner Minister Schiele und Schlange dankbar annahm, aber nichtsdestoweniger gegen das Kabinett Brüning nicht nur stimmte, sondern auch hetzte. Ich ließ daher meine Fraktion ein Mißtrauensvotum gegen die beiden Landvolkminister einbringen und begründete es in einer scharfen Rede mit dem untragbaren Verhalten

³⁸⁾ Ernst Thälmann (1886-1944), MdR (KPD) 1924-1933.

³⁹⁾ Am 8. April sprach Bredt in Göttingen auf einer von Prof. P. E. Schramm geleiteten Versammlung des Ausschusses; Bredts "Behauptung, daß man in 20 Jahren nicht das aufbauen könne, was der Nationalsozialismus, falls er einmal zur Herrschaft gelange, in 6 Monaten niederreißen werde, verursachte bei den Nationalsozialisten ein wahres Trommelfeuer von Zwischenrufen und ein Pfeifkonzert"; Göttinger Tageblatt v. 9./10. 4. 1932: Göttinger Zeitung v. 9. 4. 1932. In Münster sprach Bredt zusammen mit dem Vizepräsidenten des Preuß. Landtages Baumhoff auf einer Kundgebung des Hindenburg-Ausschusses in der Stadthalle; Aufrufe in der Münsterschen Zeitung und im Münsterischen Anzeiger v. 8. u. 9. April 1932. — Eine Anfrage im Stadtarchiv Nordhausen blieb leider ohne Erfolg.

⁴⁰) Zwischen den beiden Wahlgängen unternimmt B. in den Osterferien eine Mittelmeerreise.

⁴¹) Für das Verbot der nat.-soz. Kampfverbände vom 13. April vgl. Bracher, Auflösung S. 489. Zu der Beratung zwischen Brüning und Groener am 12. April wurden auch Braun und Severing hinzugezogen, vgl. Groener—Geyer S. 294 ff. u. 402 ff.; Severing S. 330 f.; Braun S. 382 f.; Carsten S. 376 ff.; Dorpalen S. 303 ff. Siehe auch S. 250.

⁴²) Vgl. für diese tumultuöse Sitzung Sten. Berichte Bd. 446 S. 2536—2545 (Göring), S. 2545 bis 2550 (Groener). — Zu Hermann Göring (1893—1946, MdR [NSDAP] 1928—1945) tilgte B. den Zusatz "dem späteren Reichstagspräsidenten" in der 2. Fassung.

⁴³⁾ Sten. Berichte Bd. 446 S. 2593-2602.

der Landvolkfraktion.⁴⁴) Diese ließ mir ebenso scharf antworten, aber hinter der Ministerbank sprach mir Schlange⁴⁵) eine Art von Dank aus; auch er erlebte mit seiner Fraktion, was schon mancher Minister erlebt hatte. Als ich nun auch mit Brüning über die Sache sprach, gewann ich den bestimmten Eindruck, daß er dankbar war, wenn Schiele gestürzt wurde, daß er aber Schlange halten und zum Nachfolger von Schiele machen wollte. Diesmal konnten unsere Stimmen nicht ausreichen, denn das Landvolk stimmte zwar gegen das gesamte Kabinett, nicht aber gegen seine eigenen Minister im besonderen. Es kamen aber die Demokraten mit der vertraulichen Mitteilung, sie würden uns gegen Schiele unterstützen, gegen Schlange nicht. So wäre Schiele eine Stunde später bestimmt zu Fall gekommen, wenn nicht andere Ereignisse dazwischen gekommen wären.

Am 12. Mai hatte ich bei einer namentlichen Abstimmung meine Karte schon abgegeben und nahm mir im Restaurant eine Zigarre. Da hörte ich hinter mir einen Lärm und sah aus nächster Nähe, wie der Schriftsteller Klotz vom Nationalsozialisten Heines und mehreren anderen zu Boden geschlagen wurde. (46) Es gab große Aufregung im Hause, es fanden Vernehmungen statt vor schnell herbeigeholter Kriminalpolizei, und über meiner eigenen Vernehmung versäumte ich die Abstimmung über den entscheidenden Mißtrauensantrag gegen Brüning. Es schadete ihm aber nichts, denn er ging mit 33 Stimmen Mehrheit daraus hervor. (47) Es folgten dann die Szenen mit der Polizei im Reichstag, dann wurde das Haus auf den 6. Juni vertagt, ohne daß die Tagesordnung — darunter unser Mißtrauensantrag gegen Schiele und Schlange — erledigt wurde.

Mit Sorge sah ich nun die weitere Entwicklung. Es war mir völlig klar, daß Groener nach seiner Niederlage am 10. Mai nicht mehr zu halten war, daß er aber Brüning in seinem Sturz mitreißen würde. So schrieb ich Brüning am 17. Mai einen Brief⁴⁸), in dem ich ihm offen meine Meinung sagte. Am 20. Mai rief mich Brüning abends in Marburg an das Telefon, von seinem Schreibtisch in der Reichskanzlei aus. Er dankte mir für den Brief und sagte dann, er wisse selbst alles, worauf ich ihn aufmerksam gemacht hätte und werde sich schon zu helfen wissen. Und dann kamen die Worte, die ich nie vergessen werde: seine Stütze in allen Schwierigkeiten sei ja doch der Reichsprüsident, der aber zur Zeit in Neudeck sei; wenn er wieder in Berlin sei, werde er ihm sofort Vortrag halten

⁴⁴) Ebd. S. 2655 ff.; für die Antwort von Dr. Gereke (Landvolk) ebd. S. 2669—2670; in die Debatte griffen für die Wirtschaftspartei noch Drewitz, Hermann und Mollath ein. Am 6. 5. 1932 hatte der vertrauliche, nur einem ausgewählten großbürgerlichen Leserkreis zugängliche Veltenbrief berichtet: "Nach unseren Informationen haben Angehörige der Fraktionen der Wirtschaftspartei und des Landvolks Verhandlungen geführt mit den Nationalsozialisten wegen einer etwaigen Abstimmung gegen die derzeitige Reichsregierung." Müller/Stockfisch S. 1582; an diesen Verhandlungen, wenn sie stattfanden, war Bredt offenbar nicht beteiligt.

⁴⁵⁾ Schlange erwähnt in seinen Erinnerungen (Am Tage danach S. 69) nur "den großen Lärm der letzten Reichstagssitzung", den das Kabinett überstanden habe.

⁴⁶⁾ Dr. Helmuth Klotz, Kapitänlt. a. D., ehem. Mitglied der NSDAP, dann der SPD nahestehend; Edmund Heines (1897—1934), MdR (NSADP) 1930—1934; vgl. Schulthess 1932 S. 88; Erwein von Aretin, Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes. Hrs. v. Karl Buchheim und Karl Otmar von Aretin. München 1955 S. 66 f.

⁴⁷) Sten. Berichte Bd. 446 S. 2695; vom Landvolk stimmte Schlange als einziger gegen den Mißtrauensantrag.

⁴⁸) Siehe S. 388 f. Nr. 68.

und dann werde sich alles zum Guten wenden! — Das sagte der Mann, der auf seinen Reichspräsidenten vertraute wie auf die Heilige Mutter Gottes!

Unmittelbar danach nahm das Schicksal seinen Lauf. Groener hatte bei dem Verbot der SA und SS als Reichsinnenminister gehandelt, hatte aber in seinem Reichswehrministerium damit großes Mißfallen erregt, insbesondere bei [dem] Chef des Ministeramtes, General v. Schleicher. In seinen beiden Ministerien hatte er verschiedene Ratgeber gänzlich verschiedener Richtung, und das wurde sein Verderben. Am Abend des 12. Mai saß ich in Berlin im Haus Vaterland zusammen mit einem General der Infanterie a. D., einem bekannten Führer aus dem Weltkriege. Es kamen Zeitungen herein mit der Sensationsnachricht, daß dem Reichspräsidenten mitgeteilt worden sei, Groener besitze nicht mehr das Vertrauen der Reichswehr. Der alte General [Dieffenbach] las diese Zeitung und legte sie dann weg mit Worten, die ich nie vergessen werde: es war ein Klang aus der Zeit des Königlich Preußischen Militärs. Es wurde allerdings später bestritten, daß die Nachricht in dieser Form zutreffend gewesen sei. In ihrem Kern war sie aber richtig; jedenfalls wurde Groener noch an demselben Tag entlassen. 49) Es war ein Schlag für Brüning, der kaum noch zu überwinden war, denn er hatte sich viel zu sehr für Groener eingesetzt. Ich fuhr nach Marburg zurück mit dem Empfinden, daß nunmehr eine schwere Zeit kommen werde.

Am Montag, den 30. Mai nachmittags zwei Uhr schellte bei mir das Telefon: "Hier Drewitz, Berlin. Soeben ist Brüning zurückgetreten. Der Reichspräsident hat ihm sein Vertrauen entzogen. Die adeligen Gutsbesitzer in Ostpreußen haben es geschafft. Das werden soll weiß noch kein Mensch." Ich war wie vor den Kopf geschlagen, denn an so etwas hatte ich nicht gedacht. Es kamen dann die Zeitungen mit den Namen der neuen Männer, die ich fast alle kannte. Reichskanzler von Papen⁵¹) hatte mit mir zusammen im preußischen Landtag gesessen, war aber nie hervorgetreten. Freiherr von Gayl hatte mich 1917 nach Kowno geholt zur Ausarbeitung der Verträge und Verfassungen. Freiherr von Braun⁵³) war mit mir zusammen Regierungsreferendar in Koblenz gewesen. Freiherr von Neurath⁵⁴) hatte mich als Botschafter in Rom 1926 sehr freundlich aufgenommen. Graf Schwerin von Krosigk⁵⁵) hatte als Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium auf mich immer einen guten Eindruck gemacht. General von Schleicher kannte ich leider zu Genüge und gab mich da keinen Illusionen hin. Freiherr

⁴⁹⁾ Schulthess 1932 S. 88 f. — Vgl. ausführlich Carsten S. 376—392.

⁵⁰⁾ Ursprünglich "ihr Ziel erreicht". Vgl. Werner Conze (Hrs.), Zum Sturz Brünings. In: VfZ 1 (1953) S. 261—288; Heinrich Muth, Zum Sturz Brünings. Der agrarpolitische Hintergrund. In: GWU 16 (1965) S. 739—759; ders., Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932. In: Staat, Wirtschaft und Politik S. 317—360.

⁵¹) Franz von Papen (1879—1969), MdL (Preußen) 1921—1928, 1930—1932 (Ztr.); 1. 6.—2. 12. 1932 Reichskanzler; 1933—1934 Vizekanzler.

⁵²) Siehe S. 23.

⁵³⁾ Magnus Frhr v. Braun (*1878), 1932/33 Ernährungsminister in den Regierungen v. Papen u. v. Schleicher.

⁵⁴⁾ Konstantin Frhr. v. Neurath (1873—1956), 1932—1938 Reichsaußenminister; für die Rolle Hindenburgs beim Sturz von Curtius und bei der Berufung Neuraths vgl. Groener—Geyer S. 280.

⁵⁵⁾ Johann Ludwig (Lutz) Graf Schwerin von Krosigk (*1877), 1932—1945 Reichsfinanzminister.

von Eltz-Rübenach⁵⁶) war mir völlig unbekannt; er war aber wohl der einzige adelige Oberpostdirektor. — Es war das "Kabinett der Barone", mit dem das deutsche Volk damals überrascht wurde.

Das entscheidende Moment für den Sturz von Brüning war die Bauernansiedlung im Osten gewesen, die er mit allen Kräften in Angriff nahm. Hier setzte die unerbittliche Feindschaft der Großagrarier ein.⁵⁷) Als ich in jener Zeit einmal in die Gesellschaft von ostpreußischen Gutsbesitzern geriet, da hörte ich allen Ernstes die Behauptung vertreten, daß Brüning auf den bisherigen großen Gütern grundsätzlich nur entlassene Verbrecher ansiedeln lasse. Es hatte keinen Zweck, hierauf sachlich zu erwidern. Ich stellte aber die Frage, ob die Herrschaften denn von den Nationalsozialisten eine Schonung des Großgrundbesitzes erwarteten? Da kam denn die Antwort, daß man gar nicht auf eine Herrschaft der Nationalsozialisten hinstrebe, sondern auf eine Herrschaft der Deutschnationalen, die für agrarische Fragen Verständnis hätten. Das neue Kabinett mit Männern wie Papen, Gayl, Braun, denen man ein "Verständnis" für östliche Agrarverhältnisse nicht absprechen konnte, war denn auch offensichtlich ganz nach dem Herzen dieser Kreise. Sie hatten schon oft in der preußischen Geschichte eine Rolle gespielt, und Bismarck hatte seine Gefühle über sie ausgegossen in dem berühmten Kapitel "Bruch mit den Conservativen".58) Auch ich hatte sie kennengelernt in der Freikonservativen Partei. Beim Sturz von Brüning waren sie aber gar nicht mehr Reaktionäre wie früher, sondern ausgesprochene Girondins, die dann um mit Bismarck zu reden — über Kohlhasenbrück hinaus bis Potsdam fuhren!

Am 31. Mai stellte unsere Partei im Reichstag ihren letzten Fraktionsantrag betr. Warenhaus- und Filialsteuer⁵⁹), dann war hier alles zu Ende. Als sofort nach der Ernennung des neuen Kabinetts, am 2. Juni, Sozialdemokraten und Kommunisten Mißtrauensanträge⁶⁰) einbrachten, löste der Reichspräsident am 4. Juni den Reichstag auf. Auch mein Mandat war damit erloschen und ich teilte der Partei mit, daß ich nicht vorhätte, noch einmal zu kandidieren. In Kassel fand am 1. Juli eine Reichsausschußsitzung statt, in der die kommende Wahl besprochen wurde und an der ich teilnahm. Da wir bei der Preußenwahl Schiffbruch gelitten hatten an jener Sperrbestimmung, hatte Drewitz diesmal Vorsorge getroffen. Durch Vermittlung von Brüning hatte sich die Bayerische Volkspartei bereit erklärt, uns Plätze auf ihrer Reichsliste einzuräumen, wenn wir dieser unsere Stimmen zuführten. Dieses Abkommen wurde in Kassel lebhaft angegriffen, aber ich setzte mich entschieden dafür ein, weil es das einzig mögliche war. Wir hatten die erste Wahl zusammen mit dem Bayerischen Bauernbund gemacht; wir konnten ebensogut mit der Bayerischen Volkspartei ein rein wahl-

⁵⁶) Paul Frhr. Eltz von Rübenach (1875—1943), 1932—1937 Reichspost- und Reichsverkehrsminister.

⁵⁷) Buchta passim. Alexander Gerschenkron, Bread and Democracy in Germany. New York 1966 (1. Aufl. 1943) S. 147 ff.; siehe ergänzend auch Anm. 50.

^{58) 14.} Kapitel des 2. Buches von "Erinnerung und Gedanke".

⁵⁹⁾ Anlagen zu den Sten. Berichten Bd. 453: Antrag 1585 Pallmann, Hömberg, Lauterbach, Borrmann, Mollath und Genossen.

⁶⁰) Ebd. Nr. 1587 (Torgler und Genossen) und Nr. 1588 (Dr. Breitscheid und Genossen). — Schulthess 1932 S. 97.

technisches Abkommen treffen. Irgendeine Bindung politischer Art wurde ausdrücklich ausgeschlossen.⁶¹)

So gingen wir in den neuen Wahlkampf hinein. Am 31. Juli 1932 erhielten wir 146876 Stimmen, die uns zwei Mandate einbrachten für Köster⁶²) und Mollath. Mit den restlichen Stimmen erzielte die Bayerische Volkspartei ein weiteres Mandat für sich; das Abkommen erwies sich also beiderseits als günstig. Es folgten nun die bekannten Ereignisse, die dahin führten, daß der Reichstag schon am ersten Sitzungstag, dem 10. September, aufgelöst wurde.⁶³)

Es war nun die Frage, was mit der Partei werden sollte. Mußten wir sie schon auflösen, oder konnten wir noch einen letzten Anlauf versuchen? An sich waren die Aussichten nicht schlecht. Unzweifelhaft machte sich damals ein Rückfluten des Bürgertums aus dem Nationalsozialismus bemerkbar, und sowohl die Deutschnationalen wie die Deutsche Volkspartei gingen mit aller Kraft an die Wiedergewinnung der Stimmen heran. Für uns lag die Schwierigkeit in dem völligen Mangel an Geld. Deutschnationale sowohl [wie] die Volkspartei wurden offensichtlich aus ergiebigen Quellen gespeist. Als aber Drewitz vorsichtige Fühlung nahm mit den betreffenden Stellen, da wurde allerdings auch uns eine finanzielle Hilfe in Aussicht gestellt, es kam aber heraus, daß damit als Bedingung eine Unterstützung des Kabinetts Papen verbunden war. Schließlich kam sogar heraus, daß ein einfaches Zuführen unserer Stimmen auf die Reichsliste der Deutschnationalen verlangt wurde, ohne daß wir auf dieser eigene Plätze bekamen. Wir hatten diese Verhandlungen überhaupt nur geführt, weil es aus der Partei heraus verlangt wurde, ohne innere Zustimmung. Als sich dann die Unmöglichkeit solchen Vorgehens herausstellte, fanden Drewitz und ich die Zustimmung der Partei, als wir wiederum dasselbe Abkommen mit der Bayerischen Volkspartei trafen, das sich schon einmal bewährt hatte.⁶⁴)

Es zeigte sich jetzt, daß ich in der Partei als der einzige galt, mit dem man den Wahlkampf noch einmal wagen konnte, und so wurde mir die erste Stelle angetragen. Ich nahm an, weil ich mich gesundheitlich wieder besser fühlte und weil es mich lockte, an den Verfassungsfragen mitzuarbeiten, die *Gayl* damals anschnitt. ⁶⁵) Am 9. Oktober 1932 fand noch einmal ein Parteitag statt im

⁶¹) Nachlaß Bredt; am 13. Juli dankte Dr. Böhmer (Reichspartei des deutschen Mittelstandes, Wahlkreis Düsseldorf Ost) B. "für die wertvolle Arbeit und Unterstützung, die Sie uns allezeit in den verflossenen Jahren haben zuteil werden lassen". Der Wahlkreis bedauerte den Entschluß Bredts, "sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen". Vgl. Tormin S. 191.

⁶²⁾ Emil Köster (1871-1945), MdR (WP) 1928-1932.

⁶³⁾ Schulthess 1932 S. 158.

⁶⁴⁾ Nachlaß Bredt.

⁶⁵⁾ Zur Frage der Reichsreform im Zusammenhang mit dem Papenschen Staatsstreich v. 20. Juli 1932 siehe auch S. 395; nachdem Bredt erfahren hatte, daß er auf der Reichsliste der Bayerischen Volkspartei gewählt worden war, schrieb er am 10. 11. 1932 aus Marburg an Staatsrat Schäffer: "Im kommenden Reichstage interessiert mich natürlich vor allem die Frage der eventuellen Änderung der Reichsverfassung, zu der ich als Professor des Staatsrechts Stellung nehmen möchte." Ende November stimmte die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei einem "näheren Anschluß" Bredts als Hospitant grundsätzlich zu. Prälat Leicht am 23. November an Bredt. Ende Dezember bemühte sich Bredt jedoch um einen Anschluß an das Zentrum. Nachlaß Bredt; siehe auch S. 396 ff.

Festsaal des Schillertheaters in Charlottenburg, wo auch die Gründung der Wirtschaftspartei seiner Zeit stattgefunden hatte. ⁶⁶ Ich hielt das Hauptreferat, und alles verlief in bester Harmonie. Aus dem ganzen Reich waren die alten Getreuen noch einmal erschienen und die Quertreiber fehlten. Wir fühlten uns noch einmal zurückversetzt in die ersten Zeiten, und namentlich *Drewitz* war offensichtlich in glücklichster Stimmung. Ich dachte nachher an diesen Parteitag zurück im Sinne meines Lieblingsromans Waverley⁶⁷), mit der Schilderung des letzten Festes, das der *Prinz Karl Eduard* mit seinen Anhängern feiert in den Hallen seines Ahnenschlosses von Holyrood. Und für meine letzten Worte kann ich das Zitat des *Barons von Bradwardine* für die letzten Worte des *Chevaliers Stuart* anwenden:

"Audiit, et voti Phoebus succedere partem mente dedit; partem volucres dispersit in auras."

An eine Wahlpropaganda konnten wir nicht denken wegen Mangel an Geld. Weder Plakate noch Inserate konnten verwendet werden. Selbst Wahlversammlungen waren unmöglich, weil uns die Mittel fehlten, den nötigen Schutz vor den damals üblichen Angriffen politischer Gegner aufzubringen. So mußten wir uns darauf beschränken, in allen Wahlkreisen Listen einzureichen und den Erfolg abzuwarten. Es war kein Wunder, daß unsere Stimmen noch weiter zurückgingen und wir am 6. November nur noch 110117 Stimmen erhielten. Das bedeutete ein Mandat, allerdings mit erheblichen Reststimmen für die Bayerische Volkspartei.

Am 6. Dezember zog ich wieder in den Reichstag ein, und es waren eigentümliche Gefühle, die mich beherrschten. Die Freikonservative Partei und die Wirtschaftspartei waren rechtsstehende Mittelparteien, die nacheinander im Reichstag fast auf denselben Bänken saßen. Über solche Parteien aber sagte Bismarck am 29. November 1881 im Reichstag⁶⁸) folgendes:

"Die deutsche Reichspartei (d. i. die Freikonservative) hat in der Wahl von 1878 gehabt 785 000 Stimmen und in der Wahl vom 27. Oktober (1881) 347 000, sie ist also von 14 Prozent der Wählerschaft von 1878 auf 7 Prozent der Wählerschaft von 1881 zurückgegangen. Ja, meine Herren, das zeigt Ihnen nur, daß im parlamentarischen Leben die Mittelparteien auf der Defensive stehen und deshalb im Nachteil sind. Ja, im Festungskrieg — denn was ist das parlamentarische Leben anders als die Belagerung dieser Festung hier? — (Heiterkeit.)

Sind die defensiven Parteien immer zuletzt im Verlust, wie bei jeder Festung von dem Ingenieur berechnet wird, wann sie kapitulieren wird müssen; — daß wir werden kapitulieren müssen, das ist nun glücklicherweise nicht der Fall, wegen der Fehler in der Belagerung; (Heiterkeit)

aber die Mittelparteien verlieren und die extremen gewinnen, lehrt die Geschichte überall."

⁶⁶⁾ Die neue Front Nr. 19, 3. Oktober-Ausgabe 1932. Siehe auch S. 391 ff. Nr. 71.

⁶⁷⁾ Titelfigur des ersten, (1814) anonym erschienenen Romans von Sir Walter Scott, nach dem auch die übrigen anonym veröffentlichten Romane als The Waverley Novels bezeichnet wurden; vgl. Waverley or 'tis sixty years since. London 1895 S. 277. — Das Zitat stammt aus Vergils Äneis (XI 794): "Phoebus vernahm das Gebet und gewährte die Hälfte der Bitte, / Aber die andere ließ im Wehen der Luft er verfliegen." (A. Vezin).

⁶⁸⁾ Sten. Berichte Bd. 66 S. 81.

Der große Lehrmeister aller Politik hat auch hier Recht behalten!

Zwei Parteien hatte ich angehört und von beiden war ich nun der allerletzte. Von den Freikonservativen hatten sich nach dem Krieg noch vier in die neue Zeit hinübergerettet: Schultz-Bromberg bei den Deutschnationalen im Reichstag, Lüdicke bei den Deutschnationalen im Landtag, Kardorff bei der Deutschen Volkspartei im Reichstag, endlich ich selbst. Schultz war längst ausgeschieden, Lüdicke gestorben, Kardorff schon bei den vorigen Wahlen nicht wieder aufgestellt [worden]. Nun war ich der letzte von der alten Freikonservativen Partei, aber auch der letzte Reichstagsabgeordnete der Wirtschaftspartei.

Mit der Bayerischen Volkspartei hatte ich abgemacht, daß ich mich ihr würde "zuzählen" lassen. Dies war die loseste Form der Verbindung, und ich konnte nach wie vor im Reichstag auftreten als Abgeordneter der "Reichspartei des deutschen Mittelstandes". Es machte auch keine Schwierigkeiten, zu Wort zu kommen. Am 7. Dezember wurde das Gesetz betr. die Stellvertretung des Reichspräsidenten verhandelt, und ich meldete mich zu Wort, um den Reichsgerichtspräsidenten Bumke in Schutz zu nehmen gegenüber Angriffen, die sich auf das Staatsgerichtshofsurteil in Sachen Preußen gegen Reichsregierung bezogen. Vor allem aber betonte ich noch einmal, daß der Gedanke des Rechtsstaates niemals verlassen werden dürfe. Es war mein letztes Auftreten im Reichstag! ⁷⁰)

In meiner akademischen Tätigkeit wurde ich durch den Reichstag ebensowenig behindert, wie es im Sommer 1932 der Fall gewesen war. Ich konnte viel in Marburg sein und mich in meiner Häuslichkeit wohlfühlen. [...]

Die Zeit der Reichskanzlerschaft von Papen und Schleicher war für das deutsche Volk eine Zeit der Unruhe wie nie zuvor. Der Reichspräsident versuchte sich in jener Zeit mit dem Gedanken eines Präsidialkabinetts, das seine Befugnisse nicht aus dem Vertrauen des Reichstags, sondern nur aus dem Vertrauen des Reichspräsidenten herleiten sollte. Allerdings entzog er dann dem Reichskanzler Schleicher sein Vertrauen ebenso plötzlich wie seinerzeit Brüning. Eine Ernennung von Hitler lehnte er in jener Zeit entschieden ab.⁷¹)

Es kam mir damals der Gedanke, einmal in meinem "Geist der deutschen Reichsverfassung" nachzusehen, was sich dort über solche Fragen fände. Auf Seite 182 ist dargelegt, daß die Stärke des Reichspräsidenten sich bei den Gelegenheiten zeige, in denen er eine eigene freie Entschließung habe, wo er besonders eine vom Reichskanzler verlangte Unterschrift ablehnen könne. Und dann kommen folgende Sätze:

"Vollends in Zeiten politischer Verwirrung kann er in dieser Beziehung eine eigene Politik treiben. Wenn er denjenigen Führer der Opposition, der die Regierung in die Hand bekommen möchte, nicht mit der Kabinettsbildung betraut, kann er einem uneinigen Reichstage gegenüber wohl seinen Willen durchsetzen. Ein großer und starker Charakter würde mit diesem Mittel wohl in der Lage sein, sich erfolgreich gegenzustemmen, wenn er sieht, daß Volk und Land auf einem falschen Wege sind und dem Unglück zusteuern. Und wenn dann der Reichstag nicht geschlossen genug ist, sich mit der Festigkeit durchzusetzen, dann

⁶⁹) Siehe S. 271 Anm. 16.

⁷⁰) Siehe S. 394 f. Nr. 73.

⁷¹) Dorpalen S. 426.

bietet der Artikel 48 obendrein dem Reichspräsidenten die Möglichkeit, auch positiv mit eigenen Taten vorzugehen. Diese Möglichkeiten ergeben sich nicht eigentlich aus dem Geiste der Reichsverfassung, wie er in Weimar gedacht war, — aber sie sind tatsächlich vorhanden. Für einen Mann wie Bismarck würden sie längst ausgereicht haben, um das deutsche Volk wieder bergan zu führen, trotz aller Parteien und aller Politiker!"

Diese Zeilen waren gedruckt 1924, zu einer Zeit, als die Weimarer Koalition auf dem Höhepunkte ihrer Macht war, als an einen Reichspräsidenten von Hindenburg noch niemand dachte, als Hitler noch in den Anfängen seiner Bewegung stand. Im Winter 1932/33 trafen sie zu.

Bei näherem Zusehen kann man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß der Zusammenbruch des parlamentarischen Systems in Deutschland zurückzuführen ist nur auf das Vorhandensein und das Anwachsen der Kommunisten.72) Die Weimarer Verfassung ist aufgebaut auf der Voraussetzung, daß alle Parteien begrifflich regierungsfähig sind, daß also entweder eine Mehrheit von Rechts oder eine Mehrheit von Links die Regierung bilden werde. Weiter beruht sie auf der Annahme, daß bei einem Sturz der Regierung die bisherige Opposition sofort in der Lage sein werde, die Regierung zu übernehmen. So ist es in England seit zweieinhalb Jahrhunderten, so sollte es auch in Deutschland werden. Nun erschienen bei den Wahlen von 1920 die Kommunisten im Reichstag und nahmen ständig zu. Es war von da an des öfteren möglich, die Regierung zu stürzen mit den Kommunisten, es war aber nicht ohne weiteres möglich, eine neue Regierungsmehrheit zu bilden, ohne die Kommunisten. Schließlich verschob sich die parlamentarische Lage so weit, daß überhaupt keine Regierungs-Mehrheit mehr denkbar war, die stärker war als Opposition und Kommunisten zusammen. Bei Brüning war es gerade noch möglich gewesen, durch die Stellungnahme meiner Partei. Unter Papen und Schleicher war es völlig ausgeschlossen. Das ist die wirkliche Ursache für den Zusammenbruch des Parlamentarismus in deutschen Landen. Ein Regierungssystem, mit dem die Engländer und Franzosen nicht nur den Weltkrieg durchgehalten, sondern auch die schweren Fragen der Nachkriegszeit gemeistert haben, kann nicht gut in sich verwerflich und unbrauchbar sein. Ich halte es für die schwerste Versündigung am deutschen Vaterland, daß Hugenberg auf den Sturz der Regierung hinarbeitete im Bund mit den Kommunisten, mit denen zusammen er doch niemals eine neue Regierung bilden konnte, daß er aber selbst nicht bereit war, in einer rechtsgerichteten Regierung mitzumachen.73) Der Reichspräsident erkannte sehr richtig, daß eine Reichstagsauflösung kein geeignetes Mittel war, den Reichskanzler Schleicher am Ruder zu erhalten. Es bleibt nur noch eine Frage der Geschichte, wie er überhaupt auf diesen Mann verfallen konnte.74) So tat er am 30. Januar den entscheidenden Schritt: er betraute Hitler mit der Regierungsbildung. Dieser hatte sich zunächst zusammengefunden mit den Deutschnationalen unter Hugenberg, dessen Harzburger Front

⁷²⁾ Für die Rolle der DNVP unter der Führung Hugenbergs siehe weiter unten.

⁷³⁾ Siehe auch S. 47.

⁷⁴⁾ Dorpalen S. 397 ff. — Obgleich am 28. 1. 1933 Schäffer nach einer Rücksprache mit Kaas und Brüning die Mitarbeit des Zentrums und der BVP in einer Regierung v. Papen anbot, übermittelte Papen diese Mitteilung nicht mehr dem Reichspräsidenten, "da sie nicht (mehr) in sein Konzept paßte" (Ende der Parteien S. 338).

nun einen kurzen Aufstieg erlebte. Als er dann auch an das Zentrum herantrat, das allein ihm in diesem Reichstage eine Mehrheit verschaffen konnte, geschah es in einer Weise, die dem Zentrum keine Möglichkeit zur Mitarbeit gab. ⁷⁵) So war der alte Zustand wieder hergestellt: die neue Regierung war wiederum nicht mehr als eine Minderheits-Regierung. Am 3. Februar [1933] erfolgte die Auflösung des Reichstages und damit war meine politische Laufbahn beendet, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich.

Am Montag, den 27. Februar brannte der große Sitzungssaal des Reichstags, mit dem mich so unendlich viele Erinnerungen verbanden, in einer großen Feuersbrunst aus. ⁷⁶) Ich fuhr sofort nach Berlin, wurde ausnahmsweise durch die polizeiliche Sperre gelassen, bekam auch von den freundlichen altbekannten Hausangestellten des Reichstags die Brandstätte gezeigt. Es war ein gewaltiges Trümmerfeld, noch unberührt von aufräumenden Händen. Es war für mich aber mehr als ein äußerliches Trümmerfeld. Es war für mich ein Symbol dessen, was alles zusammengestürzt war in der Welt, in der ich gelebt und gelitten, gearbeitet und gekämpft hatte!

Wenn man die Bilanz eines vergangenen Lebens zieht, dann wird es zunächst auf die Frage ankommen, ob man am Schluß das gefunden hat, was man suchte, ob es so gekommen ist, wie man es sich wünschte, oder vielleicht ganz anders, ob man sich Vorwürfe zu machen hat oder nicht. Schiller sagt in seinem Distichon "Erwartung und Erfüllung":

"In den Ozean schifft mit tausend Masten der Jüngling; Still, auf gerettetem Boot, treibt in den Hafen der Greis."

Von mir kann ich nicht sagen, daß Erwartung und Erfüllung derart weit auseinandergegangen wären. Ich bin mir über meine eigenen Fähigkeiten immer ziemlich im klaren gewesen und habe mich niemals mit uferlosen Plänen getragen. Daher liegt mir auch nichts ferner, als andere Menschen verantwortlich zu machen für das, was nicht aus mir geworden ist. Was ich auf Erden erwartete und erwarten konnte, das ist mir so ziemlich zuteil geworden. Das Leben hat mir viele Enttäuschungen gebracht im einzelnen, aber nicht im ganzen. Und eines ist mir vor allem ein Trost: ich bin mir nicht bewußt, irgend etwas großes verfehlt oder verpaßt zu haben durch mangelnden Fleiß oder mangelnden Eifer. Daß ich mehr hätte leisten können, als ich geleistet habe, das glaube ich nicht. Unendlich viele Arbeit habe ich aufgewendet für Dinge, aus denen nachher nichts wurde, auf die ich aber in jugendlichem Idealismus losging. Dies gilt besonders von der Tätigkeit im Parlament und in der Kirche. Auch solche Arbeit war aber für mich selbst und meine Fortbildung von Wert. Mein Streben und Arbeiten ist dazu immer einheitlich gewesen und, ich kann nicht sagen, daß ich mich mit Liebhabereien zersplittert hätte.

⁷⁵⁾ Am 31. Januar 1933 notierte Goebbels: "Von Verhandlungen mit dem Zentrum kann gar keine Rede mehr sein. Wir sprechen uns nach der Wahl wieder." J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. München 1934 S. 254; R. Morsey, Hitlers Verhandlungen mit der Zentrumsführung am 31. Januar 1933. In: VfZ 9 (1961) S. 182—194.

⁷⁶) In der Vorlage heißt es irrtümlich: "Am Sonntag, den 5. Februar". — Zeitungsausschnitte im Nachlaß; aus der umfangreichen und teils noch immer kontroversen Literatur vgl. u. a. H. Mommsen, Der Reichstagsbrand und seine politischen Folgen. In: VfZ 12 (1964) S. 351 bis 413.

Es war ein großes Glück für mich, daß meine Jugend in die Zeit fiel, in der meine Familie ihr Vermögen verloren hatte. Ich stand deshalb unter dem Eindruck, daß ich mir die alte Lebensstellung nur selbst wieder erringen könne. Aber auch ein großes Vermögen würde mich bestimmt nicht von Streben und Arbeit abgehalten haben. Es erscheint mir ganz ausgeschlossen, daß ich ein ererbtes Vermögen benutzt hätte, um es mit Nichtstun zu genießen. Sehr wohl wäre es mir dann aber möglich gewesen, solches Vermögen meinen Zwecken dienstbar zu machen. Als Politiker habe ich es zur Genüge gesehen, welchen großen Vorsprung derjenige hat, der genügend Geld besitzt, um in der Öffentlichkeit, besonders in der Presse zu wirken. Ohne wirkliche Arbeit hätte ich mich im Leben niemals glücklich gefühlt, und ich muß es als die größte Gunst ansehen, daß ich immer Gelegenheit gehabt habe, da zu arbeiten, wo ich innere Befriedigung fand.

Mein Beruf hat mir ganze Erfüllung gebracht. Es ist das aus mir geworden, was nach meinen natürlichen Anlagen aus mir werden mußte und allein werden konnte. Ich bin nicht in einen Beruf hinein gezwungen worden, sondern habe ihn mir aus freien Stücken aussuchen können. Allerdings wählte ich das juristische Studium zunächst als eine Art von Notbehelf und erst später wuchs mein Beruf sich dahin aus, daß er mir volle Befriedigung gewährte. In erster Linie war ich Professor, dazu aber Verwaltungsbeamter und Politiker. Auf dem Katheder konnte ich das vortragen, was ich in der Praxis erlebte; in der Praxis konnte ich das anwenden, was ich studierte und dozierte. In der Praxis allein wäre ich nicht glücklich geworden; dazu war mein wissenschaftliches Interesse zu groß. Die Lehrtätigkeit allein hätte mich aber auch nicht befriedigt; das wurde mir alsbald klar, als ich aus dem politischen Leben ausgeschieden war. Ich habe nicht das geringste Zeug zum Pädagogen in mir, und meine Fähigkeit, in Übung und Repetitorien den Studenten Examenskenntnisse einzutrichtern, war niemals groß. Unter Wissenschaft verstand ich immer nur die Forschung; ich hätte wohl niemals ein für den Lehrbetrieb brauchbares Lehrbuch hervorgebracht. Eine große Freude war es für mich, wenn ich im Reichstag oder Landtag sitzen und Originalakten studieren konnte, um sie dann in meinen Büchern zu verarbeiten. Ebenso wohl fühlte ich mich, wenn ich in den Ausschüssen mitarbeiten konnte. an neuen Dingen, völkerrechtlichen Verträgen und ähnlichem. Und nirgends habe ich so gern gearbeitet wie im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Übrig geblieben ist von meinen Büchern sehr wenig. Die "Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit" [1912] wurde mit einem Schlag hinfällig durch die Neuordnung des Steuerwesens im Anschluß an die Revolution 1918. Es bleibt nur die Tatsache bestehen, daß es das erste akademisch-steuerrechtliche Buch in Deutschland war!77) Mein "Neues Evangelisches Kirchenrecht für Preußen" [1921—1927] wurde durch die Umstellung von 1933 zum großen Teil hinfällig; nur die historischen Teile können noch gelten. Mein "Geist der deutschen Reichsverfassung" [1924] kann auch nur noch historische Bedeutung beanspruchen. Wie die kommende Generation meine Arbeiten für den Parlamentarischen

⁷⁷⁾ Der Nationalökonom Adolf Held (1844—1880) habilitierte sich bereits 1867 in Bonn mit einer Arbeit "Zur Lehre der Überwälzung der Steuern" für Nationalökonomie und publizierte 1872 die Abhandlung "Die Einkommensteuer". Vgl. G. Stavenhagen. In: NDB 8 (1969) S. 461 f.

Untersuchungsausschuß bewerten wird, das ist noch sehr die Frage. Die Arbeiten haben mir aber Freude gemacht und auch in ihrer Art Früchte getragen. Mit diesem Bewußtsein muß ich mich begnügen.

Mein politisches Empfinden war und blieb orientiert an der Familie. Das sozialistische Programm war immer dasjenige, gegen das ich ankämpfte. Der selbständige erwerbstätige Mann auf eigener Scholle war für mich immer derjenige, der den Staat als Bürger aufbauen, als Soldat verteidigen mußte. Mit den liberalen Parteien konnte ich mich nicht befreunden, wegen meiner Stellung zum Königshaus und zur Kirche. So kam ich folgerichtig zu den Freikonservativen. Unter freikonservativ verstand ich die Richtung, welche das Alte erhält, aber das notwendige Neue erkennt. Das war auch die Politik Bismarcks; seine Taten und Reden waren für mich immer die Richtlinie, an die ich mich hielt. Deshalb schien es mir auch in jenen schlimmen Tagen von 1918 geboten, die notwendig gewordene Neuordnung lieber selbst mit in die Hand zu nehmen, anstatt sie den revolutionären Kräften zu überlassen. Es ist heute noch meine Überzeugung, daß man durch rechtzeitiges Handeln die Monarchie hätte retten können. Deshalb war ich immer ein Gegner der Altkonservativen ostelbischer Färbung; deshalb konnte ich mich später mit den Deutschnationalen nicht befreunden, weil hier der rechte Entschluß zum Handeln niemals erkennbar war.

Die Wirtschaftspartei war in ihrer Grundlage völlig auf dem freikonservativen Fundament aufgebaut. Sie griff nur weiter in die Stände hinunter, was bei den neuen Verhältnissen selbstverständlich war. Wenn aber jemals eine Partei bestanden hat, die den Sozialismus grundsätzlich ablehnte, dann war es diese. Ohne unser Zutun wurde die Partei bei ihrem ersten Eintreten in den Landtag so gesetzt, daß sie auf der Höhe der Freikonservativen saß. Meine Parlamentsreden vor dem Krieg und nach dem Krieg weisen einen inneren Unterschied nirgends auf. Weil mir aber das Treiben der damaligen politischen Parteien im tiefsten Innern mißfiel, gerade deshalb beteiligte ich mich an der Gründung einer rein ständischen Partei, mit der ich ganz andere Gedanken in die Politik hineintragen wollte. Wenn ich damit schließlich Schiffbruch erlitt, dann lag es in erster Linie daran, daß sich bei uns zu viele "Politiker" im damaligen Sinne eingefunden hatten, die enttäuscht waren, daß die erhofften Posten nicht zur Verfügung standen und die dann ihren Groll an der Partei ausließen. Das war bei allen Parteien so und insofern ist es gut, daß das Parteigetriebe ein Ende gefunden hat.

Die Tätigkeit im Landtag der Vorkriegszeit lief im wesentlichen hinaus auf eine Mitarbeit an den großen Aufgaben der Regierung. Die Enttäuschungen für mich bestanden eigentlich nur darin, daß alle wohlgemeinte Arbeit schließlich zunichte gemacht wurde durch die Konservativen, die doch eigentlich die besten Stützen der Regierung hätten sein sollen. Im Parlament der Nachkriegszeit lagen die Dinge völlig anders. Hier konnte mein ganzes Streben nur darin bestehen, die neuen Machthaber von ihrer Bahn abzubringen und auf eine gesunde Staatstätigkeit hinzuführen. Wenn ich heute meine Reden aus dieser Zeit lese, dann kann ich nur sagen, daß der Kern meiner Ausführungen durchaus richtig war. Als dann aber unter dem Kabinett Brüning die grundsätzliche Abkehr vom bisherigen System erfolgen sollte, und als ich das selbstverständlich mitmachte, da kam der Zusammenbruch des ganzen Parlamentarismus. Viel

weniger das "System" als die Psychologie der Menschen war schuld daran, daß dieses Gericht hereinbrach. Es war ein Hexenkessel von ehrgeizigen Strebern, die alle im Nebenmann ihren Feind sahen und weniger an das Vaterland als an sich selbst dachten. Die einzige Befriedigung im parlamentarischen Leben konnte bestehen in dem Bewußtsein, seine ganze Kraft eingesetzt zu haben für das, was man als richtig erkannt hatte. Der Parlamentarismus als solcher war weiß Gott nicht geeignet, irgendwelche Ideale zu verwirklichen. Im übrigen hätte sich der Parlamentarismus vermutlich noch lange erhalten, wenn nicht schließlich das Anwachsen der Kommunisten gekommen wäre und wenn die Deutschnationalen zu wirklicher Mitarbeit bereit gewesen wären. ⁷⁸)

Wenn ich mich im Wandel der Zeiten auch manchem Neuen anpassen mußte. habe ich mich doch innerlich nicht gewandelt. Im alten Staat der Hohenzollern hatte ich mich restlos wohl gefühlt. Die von Bismarck geschaffene Staatsidee schien mir die ideale. Ich war ein überzeugter und fester Anhänger des Herrscherhauses in guten und in schlimmen Tagen. Der Sturz der Monarchie am 9. November 1918 war für mich das schmerzlichste Ereignis, das es gab. Eine Wiederherstellung des Kaisertums schien mir die selbstverständliche Aufgabe jeder nationalen Politik zu sein. Als wir die Wirtschaftspartei gründeten, machte ich guten Freunden gegenüber kein Hehl daraus, daß mir die Wiedereinsetzung der Hohenzollern als letztes Ziel vorschwebte. Im Jahre 1920 benutzte ich die Gelegenheit einer Fahnenweihe im Marburger Kreiskriegerverband, um in einer Rede den Kaiser zu erwähnen, was allerdings nur Verlegenheit auslöste. Bei der ersten Wahl von Hindenburg im Jahre 1925 begann ich meine Wahlreden mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß wir nunmehr überhaupt einen Reichspräsidenten wählen müßten. Und als ich dann sah, daß im deutschen Volk gar keine Neigung bestand für eine Wiederaufrichtung der Monarchie, da stellte ich dem Königshaus wenigstens meine Dienste bei der Vermögensauseinandersetzung zur Verfügung.79)

Mit der neuen Republik konnte ich mich innerlich nicht abfinden. An meinem Marburger Haus wehte niemals eine andere Fahne als die schwarz-weiß-rote. In meinem "Geist der deutschen Reichsverfassung" findet sich ein eindeutiges Bekenntnis zu diesen Farben⁸⁰), wie sich am Schluß ein eindeutiges Bekenntnis zu Bismarck⁸¹) findet. Als ich 1923 in Frankfurt bei der 75-Jahrfeier der Paulskirchenversammlung⁸²) anwesend war, ging ich abseits, als die schwarz-rot-

⁷⁸⁾ In der 1. Fassung lautet der Nebensatz: "wenn nicht schließlich das Anwachsen der Kommunisten jeden Sturz einer Regierung möglich, jede Neubildung einer Regierung unmöglich gemacht hätte". Siehe auch S. 284.

⁷⁹) Siehe S. 199 ff.

^{80) &}quot;Wenn man aber die Frage aufwirft, welche Farben denn nun die richtigen sind, dann mag man sich nur im Auslande erkundigen. Zunächst wird man lange suchen können, bis man einen Auslands-Deutschen findet, der andere Farben hißte als schwarz-weiß-rot. Fragt man aber vollends die fremden Völker draußen in aller Welt, Nord- und Südamerikaner, Türken und Inder, Chinesen und Malayen, so werden sie es jedem bestätigen, der sie fragt: die Farben des deutschen Reiches sind schwarz-weiß-rot!" (S. 442).

^{81) &}quot;Mit Bismarcks Erbe steht und fällt das Deutsche Reich!" Schlußsatz des Buches.

⁸²⁾ Am 18. Mai 1923 versammelten sich in Frankfurt Vertreter aller deutschen Länder — außer Bayern; die Festansprache hielt Prof. Alfred Weber-Heidelberg; vgl. Schulthess 1932 S. 103 f.

goldne Fahne auf dem Römerberg gehißt wurde, um nicht mit grüßen zu müssen. Ich hielt es nur für völlig falsch, tatenlos abseits zu stehen. Es schien mir vielmehr die Pflicht jedes guten Deutschen zu sein, an einem guten Neubau des Reichs mitzuarbeiten, soweit es die eigenen Kräfte zuließen. So bin ich schließlich hineingeraten in den Strudel des parlamentarischen Lebens.

Eine Wiedereinsetzung der Hohenzollern ist heute noch dasjenige, was ich erstreben würde. Dabei bin ich mir völlig klar darüber, daß ein Zustand wie früher nicht wieder hergestellt werden kann. Die 20 anderen Dynastien können schlechterdings nicht wieder eingesetzt werden, weil wir heute nur noch in einem einheitlichen Deutschen Reiche leben können. Ein solches könnte aber nicht besser gedeihen als unter der alten Tradition des Hohenzollernhauses. Was bliebe mir da aber anderes übrig als der gute Wunsch?

Große Enttäuschungen erlebte ich auf kirchlichem Gebiet. Ich war niemals intolerant, weder gegen den Katholizismus noch gegen das Luthertum. Ich war aber allezeit überzeugter Calvinist und hielt mein von den Vätern überkommenes Bekenntnis für den einzig festen Grund und Trost im Leben und im Sterben. Bei näherem Zusehen fand ich aber, daß ein festes kirchliches Fundament fast nirgends mehr vorhanden war, und daß in der Kirche mehr und mehr eine allgemeine Ethik die echte Religion abgelöst hatte. Auch die Union hatte hier vielfach verheerend gewirkt, und ich verstand mich mit ausgesprochenen Lutheranern immer viel besser als mit unierten Ethikern. Nach der Revolution von 1918 schien die Bahn frei für eine einheitliche reformierte Kirche von Deutschland, und es erschien mir als Selbstverständlichkeit, daß diese Arbeit in Angriff genommen werde. Die erste Enttäuschung bestand in der Gleichgültigkeit des reformierten "Kirchenvolkes", das sich ebensowenig rührte wie die Lutheraner und Unierten. Die zweite noch viel größere Enttäuschung bestand im Verhalten der "Kirchenregierungen". Als ich sah, daß hier die Begriffe Kirche und Bekenntnis eine sehr geringe Rolle spielten, und daß alles ankam auf den reinen Verwaltungsapparat, da verlor ich jeden Idealismus. Eine Deutsche Reformierte Kirche konnte ich mir nur vorstellen als Teil einer Evangelischen Deutschen Reichskirche. Aber selbst das war ja unmöglich zu erreichen, weil die 28 Kirchenregierungen nicht bereit waren, ihre "selbständige" Stellung aufzugeben zugunsten eines einheitlichen Ganzen. Die Selbstherrlichkeit der Kirchenregierungen, gepaart mit der Gleichgültigkeit des Kirchenvolkes, machte damals alles zunichte. Vom Geiste der reformierten Freikirche meiner Bergischen Vorfahren war nichts mehr zu verspüren, und ich entfernte mich innerlich immer mehr von dem, was man offiziell "Kirche" nannte. Und doch kann ich eines nicht verhehlen: die Gründung einer reformierten Kirche von Deutschland wäre das Lebenswerk gewesen, auf das ich am allerliebsten zurückblicken möchte, mehr als auf alles andere denkbare.

An meiner Vaterstadt Barmen habe ich gehangen mit ganzer Seele; es war aber im Grunde eine unglückliche Liebe, die mir viele Enttäuschungen bereitete. In Marburg habe ich schließlich eine neue Heimat gefunden, und es war im ganzen eine glückliche Liebe. In Barmen fühlte ich mich mächtig angezogen durch das kräftig pulsierende Leben. Die erste Tätigkeit auf dem Rathause 1907 war für mich geradezu eine Offenbarung. Aber auch in den späteren Zeiten als Abgeordneter für Düsseldorf Ost (einschließlich Barmen) empfand ich immer wieder

diesen starken Strom von Energie, der von der dortigen Erde ausging. In Marburg war alles anders. Hier war äußerlich alles friedlich und still, aber auch ohne großes Leben. Hier konnte man ruhig arbeiten an wissenschaftlichen Fragen und dabei die wundervolle Umgebung genießen. Daß ich mich aber in Marburg so wohl fühlte, das lag im Grunde gar nicht daran, daß die Stadt selbst mir genügend geboten hätte, sondern daran, daß sie mir immer als ein Eldorado erschien gegenüber dem eigentlichen Feld meiner Tätigkeit: Berlin. Wenn ich müde und verärgert von dort zurückkam, und dann morgens in meinem Garten saß, dann empfand ich den ganzen Reiz von Marburg. Als ich später nicht mehr nach Berlin fuhr, da vermißte ich in Marburg doch manches, was mir Barmen hätte bieten können. Man kann nicht sagen, daß in Marburg die Universität der Kleinstadt ein großes Gepräge gäbe. Die Sache liegt vielmehr umgekehrt: die Kleinstadt drückt erheblich auf die Universität und ihr inneres Leben.

Meine großen Erlebnisse beziehen sich fast alle auf Berlin. Hier gibt es so vieles, was heute meine Erinnerungen ausmacht: Der preußische Landtag, der Reichstag, das alte Schloß mit dem Weißen Saal⁸³), die Reichskanzlei, das Reichsjustizministerium, das alte Reichsamt des Innern, die alte Akademie am Schinkelplatz (Staatswissenschaftliche Fortbildung, Hochschule für Politik), die Kaserne des 2. Garde-Regiments zu Fuß, der Übungsplatz auf der Jungfernheide, die französisch-reformierte Kirche, das Niederländische Palais mit der Generalverwaltung des Königshauses, die Räume des Schutzverbandes für Deutschen Grundbesitz in der Taubenstraße, der Stammtisch bei Siechen in der Behrenstraße, nicht zuletzt das Haus Vaterland (früher Café Piccadilly). Das sind Stätten, an denen ich noch unzählige Male gestanden habe, um meinen Erinnerungen zu leben. Hier ist ein gut Teil meines ganzen Selbst gewachsen, aber auch geblieben. Mein größtes Erlebnis war der Krieg, den ich um keinen Preis in meinem Leben missen möchte. Ich war Soldat mit Leib und Seele und zog im Gefühl größter innerer Erhebung hinaus gegen den Feind. Kein Mensch hörte jemals von mir eine Klage über meine Verwundung, obwohl ich wahrhaftig genug darunter zu leiden hatte. Selbst in den schwersten Tagen war ich mir immer klar darüber, daß ich nicht zu denjenigen gehören mochte, die unverwundet die ganzen Kriegsjahre überstanden. Daß ich vollends Offizier wurde in einem so stolzen Regimente, das hat mich mit einem Glück erfüllt, wie vielleicht nichts anderes in meinem Leben.

Niemals recht wohl gefühlt habe ich mich in der "Gesellschaft", das heißt dem Kreise von Menschen, die auf Diners, Tees und Empfängen "Konversation machen". In Barmen gab es so etwas nicht; da gab es nur den Verkehr in der Familie. Erst als Student kam ich in Bonn, Honnef und Unkel in größere Geselligkeit hinein und muß allerdings sagen, daß ich dort außerordentlich entzückt war von dem ebenso vornehmen wie frischen Ton, der auf rheinische Art gestimmt war. In der Referendar- und Assessor-Zeit betrachtete ich die Teilnahme an der Geselligkeit als eine Art von Dienst, mehr bestimmt nicht. Als Professor in Marburg hielt ich mich von der dortigen offiziellen Gesellschaft nach Möglichkeit fern, obwohl ich mehrfach in das Getriebe hineingeriet, zuletzt

⁸³⁾ Im Weißen Saal des Berliner Schlosses, in dem regelmäßig die Eröffnung des preußischen Landtages stattfand, verkündete der Kaiser am 4. August 1914 den Burgfrieden.

als Dekan der Fakultät.⁸⁴) In Berlin gehörten vor dem Kriege zur ersten Gesellschaft nur die Kreise, die Verbindung mit dem Hofe hatten. Wenn ich daher auch gelegentlich bei Hofe oder an anderen Stellen eingeladen wurde, kam doch eine wirkliche Zugehörigkeit zu diesen Kreisen nicht in Frage. Die anderen Gesellschaftskreise aber hatten wenig Reiz für mich; ich verkehrte nur in wenigen, aber wirklich befreundeten Familien. Nach dem Kriege wäre es eine Leichtigkeit gewesen, in die Kreise hineinzukommen, die nunmehr die neue Gesellschaft⁸⁵) darstellten. Es ist mir aber nicht eingefallen, meine politische Stellung dahin auszunutzen. Ich kann jedoch nicht leugnen, daß es mir nicht nur wertvoll, sondern auch angenehm war, bei offiziellen Gelegenheiten mit den führenden Persönlichkeiten Berlins auch gesellschaftlich zusammenzukommen. Man sah und hörte dort bedeutend mehr als in den engen Mauern des Reichstags. Daß ein Verkehr mit der weiteren Familie außerhalb Barmens nicht mehr möglich war, habe ich immer als großen Mangel empfunden.

Worunter ich mein ganzes Leben hindurch am meisten zu leiden hatte, das war mein körperlicher Zustand. Ich war niemals stark und niemals ein Turner oder Sportler. Fast immer hatte ich mit Zuständen von Müdigkeit zu kämpfen und wurde dadurch in meiner Leistungsfähigkeit mehr beeinträchtigt, als Fernerstehende, auch Vorgesetzte und Kollegen, ahnen konnten. Wirklich wohl gefühlt habe ich mich merkwürdigerweise nur in der Zeit nach meiner Verwundung, als die äußeren Erscheinungen überwunden waren. Daß ich in der ersten Zeit des Krieges die großen Strapazen aushalten konnte, erschien mir immer als ein Wunder, für das ich nicht dankbar genug sein konnte. Ich muß es auch sehr bezweifeln, daß ich ohne die Verwundung den ganzen Krieg hätte durchhalten können. In meiner Jugend litt ich unter Asthma mehr als ich sagen kann, und nur mit ständigen Medikamenten konnte ich mir ein erträgliches Dasein verschaffen. In den letzten Jahren meines vierten Lebens-Jahrzehnts verschwand das Asthma, statt seiner setzten aber andere Beschwerden ein, die mir in meiner Ministerzeit sehr zu schaffen machten. Sie verdichteten sich schließlich zu Herzaffektionen. Durch sie bin ich in das Stadium gekommen, in dem ich mit vollem Rechte meine Lebensgeschichte glaube abschließen zu können.

Was mir als eigentliches Lebensziel vorschwebte, das habe ich nicht erreicht. Gearbeitet und gestrebt habe ich im Grunde nur für die Familie. Sie wollte ich mit Ehren fortsetzen und für die kommenden Generationen sicherstellen. Ich wollte nur ein festes und würdiges Glied sein in der Kette der Namensträger. Statt dessen bin ich das Ende geworden. Aber selbst wenn ich Söhne und Enkel meines Namens hätte: wie will man heute eine Familie für die kommenden Generationen sicherstellen? So muß ich mich damit begnügen, nicht in die Zukunft, sondern nur in die Vergangenheit zu sehen, und deshalb habe ich mir auf diesen Blättern Rechenschaft gegeben über mein vergangenes Leben. Es war ein schönes, leuchtendes Abendrot, das nun bald am Horizont verschwindet. In der Nacht, die dann kommt, werde ich Ruhe haben!

⁸⁴⁾ Im akademischen Jahr 1931/32.

⁸⁵⁾ Vgl. allgemein Helmut Weidmüller, Die Berliner Gesellschaft während der Weimarer Republik. Phil. Diss. Berlin 1956.



ZWEITER TEIL

Dokumente aus dem Nachlaß ergänzt durch andere Überlieferungen



Zur Innenpolitik: Berichte von Bredt an Staatsminister Bossart (1916—1917)

		٠

1.

25. 11. 1916: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Die innerpolitische Lage steht unter dem Zeichen der Polendebatte [20. November], die einen sehr niedergeschlagenen Eindruck machte. Man war auf diese glatte Ablehnung¹) durch die Polen nicht gefaßt gewesen, obgleich genug gewarnt worden war. Nun haben die Polen sich festgelegt und auf Seiten der Rechten herrscht darüber so große Erbitterung, daß der Burgfriede arg gestört ist. Zentrum und Freisinn stehen natürlich auf Seiten der Polen.²)

Auch draußen haben sich die erteilten Warnungen als richtig erwiesen, denn die Zahl der Warschauer Freiwilligen betrug vorige Woche erst 32! (Korfanty³)). Damit offenbar hängt es zusammen, daß jetzt die Parole ausgegeben wird, polnische Arbeiter seien ebenso wichtig wie Soldaten und hierauf solle der Schwerpunkt gelegt werden. Auch die Arbeiteranwerbung hat aber mäßige Ergebnisse (v. d. Bussche, Direktor der Arbeitsnachweise-Zentrale⁴)).

In Ungarn werden nach glaubwürdigen Mitteilungen keine Schwierigkeiten aus Anlaß des Thronwechsels⁵) befürchtet. Dagegen sind in Graz und anderen Städten bösartige Nahrungsmittelkrawalle gewesen, über die aber die Presse nichts bringen darf.

Der Sturz von Jagow⁶) löst allgemeine Befriedigung aus. Er scheint zurückzuführen auf die Affaire Eckardstein⁷), in der Generaloberst von Kessel⁸) die Schuld von seinen Organen ab und dem Auswärtigen Amt zugeschoben hat. (Martin, Freund von Eckardstein). Hiermit kann es zusammenhängen, daß

Der von den Konservativen, Nationalliberalen und Freikonservativen gemeinsam eingebrachte Antrag Nr. 285 v. 17. November sprach die Erwartung aus, daß bei der Ausgestaltung des neuen polnischen Staatswesens dauernd "wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemeine politische Sicherungen" geschaffen werden; Drucksachen Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 4 S. 2336 f.; Conze, Poln. Nation S. 236 f.

²⁾ Mit 180 gegen 104 Stimmen wurde der Antrag gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der D\u00e4nen angenommen, drei Mitglieder des Abgeordnetenhauses enthielten sich der Stimme.

³) Wojciech Korfanty (1873—1939), seit 1904 MdA; in den Klammern deutet B. offensichtlich seine Informationsquelle an.

⁴) Gemeint ist wohl die unmittelbar nach Kriegsausbruch geschaffene "Reichszentrale für Arbeitsnachweise"; vgl. Helfferich II S. 229 ff.

⁵⁾ Nach dem Tode von Kaiser Franz Joseph am 21. 11. 1916 wurde Kaiser Karl am 30. 12. 1916 in Budapest als König Karl IV. von Ungarn und Kroatien und Slavonien und Dalmatien gekrönt. Schulthess 1916/II S. 54 u. 63.

⁶⁾ Gottlieb von Jagow, Staatssekretär des Äußeren 1913—25. 11. 1916; Schulthess 1916/I S. 557; Frankfurter Zeitung Nr. 324 (2. Morgenblatt) v. 22. 11. 1916. — Für die Hintergründe vgl. Valentini S. 141.

⁷) Siehe S. 116.

⁸⁾ Gustav von Kessel (1846-1918), Generaloberst, Oberbefehlshaber in den Marken.

2. 2. 12. 1916 Bredt an Bossart

Kessel⁹), der mit Bethmann verschwägert ist, neulich in einer Gesellschaft diesem keine lange Dauer mehr prophezeite. (Kardorff).

Als Nachfolger-Kandidat tritt immer mehr Beseler auf, der bei allen Parteien nicht ohne Erfolg sich zu empfehlen scheint.

Reichstagsabgeordneter Südekum äußerte sich neulich in meiner Gegenwart sehr günstig über Bethmann, äußerst abfällig über Helfferich, nicht gerade ablehnend über Beseler.

Zedlitz ist von Beseler völlig eingefangen, man muß nur abwarten, welche Folgen für diesen das polnische Fiasko noch hat.

2.

2. 12. 1916: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Die Woche stand im Zeichen der Ernährungsfragen, die im Abgeordnetenhause eingehend verhandelt wurden. ¹⁰) Ein Bericht liegt bei. Natürlich kann manches nicht gedruckt werden, so namentlich die Angaben über die Kartoffeln. Es steht sehr knapp damit. Der Leiter der Kartoffelstelle gab aber die bestimmte Erklärung ab, daß mit Hilfe einer weitgehenden Streckung mit Kohlrüben ein ausreichender Vorrat herauskommen würde.

In Rumänien scheint das Brotgetreide allerdings meist schon fortgeschafft zu sein. Dagegen wird mit einer starken Beute von Mais gerechnet. Diese soll verfüttert werden, und so erklärt sich die Angabe der Regierung, daß man mit dem Fleisch auskommen werde.

Im Auswärtigen Amte ist man etwas traurig über einen Bericht unseres Gesandten in Stockholm, der ausführt, daß die polnische Sache in Schweden einen sehr bedauerlichen Eindruck gemacht habe. Man faßt die Sache dort als groben Völkerrechtsbruch auf und fürchtet deswegen auch für andere Verpflichtungen, die Deutschland eingegangen ist. Auch hält man den Schritt mit Rücksicht auf Rußland, auf das Schweden angewiesen ist, für verfehlt.¹¹)

In Polen selbst geht die Sache denkbar schlecht. Der Einzug der Legotruppen¹²),

⁹⁾ Kurt v. Kessel (1862—), Rittmeister a. D., MdA (kons.) s. 1898; vgl. Westarp II S. 312 ff. Vgl. für die "Kanzlerhetze" seit Anfang Oktober auch v. Müller S. 227 ff. u. S. 245: "Einmal habe als Kanzlerkandidat Beseler gegolten, aber seit dem Fiasko mit der polnischen Regierung gelte er als reif fürs Irrenhaus." Siehe auch S. 304.

¹⁰) Vgl. die "Leitsätze für die Volksernährung" der verstärkten Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses, Frankfurter Zeitung Nr. 334 (Abendblatt) v. 2. 12. 1916. — Der Bericht fehlt im Nachlaß.

¹¹) Hellmuth Frhr. Lucius v. Ballhausen (v. Stoedten) (1869—1935), s. März 1915 dt. Gesandter in Stockholm; wahrscheinlich handelt es sich um den Bericht vom 1. Oktober an Jagow; vgl. Conze, Poln. Nation S. 208 f. u. S. 235.

¹²) Am 1. Dezember 1916 zog die 2. Brigade der Polnischen Legion in Warschau ein; Conze, a.a.O. S. 242 f.

Bredt an Bossart 9. 12. 1916 3.

die sich dazu bereit fanden, und andere Sachen verfangen nicht. Man kann wohl mit immer größerer Bestimmtheit darauf rechnen, daß man die Sache einfach im Sande verlaufen läßt.

Herr $Hammann^{13}$) leitet die Presse ruhig weiter. Herr $Deutelmoser^{14}$) ist nur sein Adjutant, und mit irgendeiner Änderung des Systems ist nicht zu rechnen.

3.

9. 12. 1916: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

In der Politik ist eine zunehmende Abneigung gegen Helfferich unverkennbar. Bei den Rechtsstehenden hatte er nie Sympathie, die Sozialdemokraten trauen ihm nicht. Jetzt rückt auch der Freisinn offensichtlich ab. Die gleichzeitigen Angriffe des Berliner Tageblatts und der Vossischen Zeitung waren ein Zeichen dafür. 15) Von oben wird er gehalten, und die Regierung vertritt mit Recht den Standpunkt, daß lediglich der Kaiser bzw. König über das Verbleiben der Minister zu befinden hat.

Sorge bereitet das stete Sinken unserer Valuta.¹⁶) In Bankkreisen wird offen gesagt, daß unsere amtlichen Berichte gefärbt seien und das Ausland ganz anders notiere. In New York steht der Dollar auf rund 6 M. In der Schweiz gilt die Mark heute 86, der Franz. Franc 77 Schweizer Centimes. In letzterem liegt wieder eine Beruhigung.

Die polnische Sache sieht böse aus. In Warschau mußte eine Revolte der Studenten militärisch niedergeschlagen werden. Die Aushebung steht bei Nr. 71! Beseler steht stark blamiert da, versucht aber unentwegt weiterzukommen, obwohl die Absage, namentlich von Seiten der sog. Realistenpartei¹⁷), an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Kries ist nervös fertig und in einem Badeort, wird aber auch gehalten.

In Rumänien wird nur eine Militär- (nicht Zivil-) Verwaltung eingerichtet. Gouverneur: General d. Inf. v. Tülff; Chef des wirtschaftlichen Stabes: Major v. Kessler. Das Land soll einfach ausgebeutet werden; nur muß sehr viel an Österreich und Bulgarien, die mit einigem am Ende sind, abgegeben werden. 18) Einige Städte haben im neutralen Ausland, Amerika, Holland, Dänemark, jetzt

¹³) Dr. Otto Hammann († 1928), Min. Dir., Leiter des Pressedezernates im Auswärtigen Amt, trat am 1. 1. 1917 in den Ruhestand; vgl. Schulthess 1917/I S. 3.

¹⁴⁾ Erhard Eduard Deutelmoser, Oberstleutnant, Nachfolger Hammanns, Leiter des Kriegspresseamtes (bis 31. 10. 1916); Schulthess 1916/I S. 505.

¹⁵⁾ Anlaß für die Kritik Georg Bernhards war das wenig glückliche Auftreten Helfferichs vor dem Reichstag; Voss. Zeitung Nr. 620 (Montagsausgabe) v. 4. 12. 1916.

¹⁶) Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 340 (1. Morgenblatt) v. 8. 12. 1916: "Valuta-Sorgen".

¹⁷) Conze, a.a.O. S. 249.

¹⁸⁾ Am 6. Dezember wurde Bukarest erobert. — Für die Kriegsziele der Verbündeten in Rumänien vgl. Fischer S. 400 f.

Lombardkredit-Anleihen bekommen, was bisher nie möglich war. Diese kommen indirekt natürlich dem Reiche zugute. Man bewertet diese Tatsachen wirtschaftlich und politisch hoch.

4.

16. 12. 1916: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Im Mittelpunkt alles Interesses steht natürlich das Friedensangebot.¹⁹) Es wird von den Konservativen nur zu neuem Sturmlauf gegen den Reichskanzler benutzt mit dem Schlagwort: Olmütz²⁰) sei übertroffen. Von den Nationalliberalen sprach ich Bassermann, der meinte, dieser Schritt bedeute einfach ein Jahr Krieg mehr als ohnehin. Das Zentrum ist natürlich entzückt, weil der Papst²¹) beteiligt worden ist, Freisinn und Sozialdemokratie²²) sehen ihre Forderungen verwirklicht. Die Freikonservativen sehen in ihrer Mehrzahl den Schritt als sehr vernünftig an. Wir mußten zweifellos einem von Amerika drohenden und uns natürlich ungünstigen Friedensangebot zuvorkommen. Außerdem gewinnen wir nun im Innern eine bessere Grundlage für weitere Anforderungen an die Bevölkerung und machen für Jedermann den Übergang zum U-Boot-Krieg verständlich. Bethmanns eigene Position ist zweifellos gestärkt. Er hat sich ja wohl im Bundesrate²³) in etwa über seine Absichten, namentlich einen eventuellen U-Boot-Krieg im Falle der Ablehnung geäußert.

Im Anschluß hieran verlautet (aber aus nicht authentischer Quelle), daß zwischen Preußen und Bayern Mißstimmigkeiten geherrscht haben, deren Ausgangspunkt noch auf die bekannten Elsaß-Lothringischen Verhandlungen²⁴) zurückzuführen sind, jetzt aber Bayern veranlaßt haben, für den Fall der Ablehnung des Friedensangebotes den U-Boot-Krieg zu verlangen. Diese Unstimmigkeiten scheinen durch den Besuch des Kaisers in München²⁵) erledigt.

¹⁹) Zum Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember (Schulthess 1916/I S. 618—625) vgl. Steglich, passim; Mommsen S. 155.

²⁰) Anspielung auf die Olmützer Punktation vom 19. 11. 1850 zwischen Preußen und Österreich; unter dem Druck Österreichs und Rußlands verzichtete Preußen auf seine Unionspolitik und die Vollstreckung der Bundesexekution in Kurhessen und Holstein. — Für die Haltung der Deutschkonservativen vgl. Westarp II S. 151 f.

²¹) Papst Benedikt XV. erhielt eine Abschrift der Note.

²²) Vgl. die Aufzeichnung E. Davids v. 12. Dezember: "Triumph unserer Politik" (Quellen 4 S. 214).

²³) Die Frage eines dt. Friedensangebotes wurde auf der Sitzung des Bundesratsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten am 30./31. Oktober 1916 besprochen; die Verquickung von Ablehnung des Angebots und schrankenlosem U-Boot-Krieg am 16. 1. 1917 erörtert; vgl. Ernst Deuerlein, Der Bundesratsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten, Regensburg 1955 S. 198 f. u. 292 f.

²⁴) Janßen, Macht und Verblendung S. 115 f.

²⁵) Der Kaiser besuchte König Ludwig III. am 12. Dezember in München.

Bredt an Bossart 22. 12. 1916 5.

Glaubhaft scheint dabei, daß Ludendorff sich auf die Seite Bayerns gegen Bethmann geschlagen habe, während Hindenburg Bethmann bekanntlich stützt.²⁶) In Rumänien herrschen mancherlei Unliebsamkeiten mit den Bulgaren, die sehr hochfahrend auftreten und stellenweise unzuverlässig sind.

In Mesopotamien ist eine neue englische Armee aufgetreten, die sehr energisch gegen die Türken vorgeht und schon einige Vorteile errungen hat.²⁷) Beiliegende Verfügungen²⁸) bekam ich von einem Pressevertreter.

5.

22. 12. 1916: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Das Friedensangebot hat dahin geführt, daß der U-Boot-Krieg in eine greifbare Nähe gerückt ist und auch die linken Parteien kaum noch etwas dagegen einwenden können. Mit entscheidend fällt dabei ins Gewicht, daß uns die rumänischen Ölquellen jetzt unbegrenztes Feuerungsmaterial geben. Der Krieg mit Amerika ist dann so gut wie sicher. Gerard²⁹) wartet in Kopenhagen und ist noch nicht wieder in Berlin. Die hiesige Kommandantur hat ihre Offiziere dienstlich unterrichtet, daß Amerika fieberhaft rüste und bereits militärische Spione in Deutschland habe, die unschädlich gemacht werden müßten. Die amerikanischen Banken ziehen jetzt planmäßig ihre Guthaben aus Deutschland zurück.

Wie ich von Siemens³⁰) höre, geht die Kanonenfabrikation sehr gut weiter. Siemens, AEG, Schichau und Henschel sind voll beschäftigt damit.

Die Rumänische Beute ist so verteilt worden, daß wir $^{7}/_{12}$, die Bundesgenossen zusammen $^{5}/_{12}$ bekommen (v. Oppen³¹)).

Radoslawow ist zur Zeit hier.32)

Im Reichsschatzamt bearbeitet Unterstaatssekretär Jahn bereits die Pläne zur endgültigen Kriegskostendeckung. Abgesehen von zahllosen Steuern und auch Monopolen, denkt er auch an eine direkte Vermögenseinziehung bis zu einem Drittel, zahlbar zum Teil in Kriegsanleihe, zum Teil in bar.

- ²⁶) Steglich S. 157; Fischer S. 414 f. Die OHL (v. Hindenburg) nahm auf Anforderung von Bethmann Hollweg am 23. Dezember zu den Kriegszielen Stellung. Ziel der bayerischen Politik mußte es sein, noch vor möglichen Friedensverhandlungen das Elsaß für Bayern zu sichern; vgl. Janßen, Macht und Verblendung S. 120.
- ²⁷) In den "Amtl. Kriegsberichten der Gegner" der Frankfurter Zeitung wurde die Mesopotamische Front zuletzt in Nr. 351 (Abendblatt) v. 19. 12. 1916 erwähnt.
- ²⁸) Fehlen im Nachlaß.
- ²⁹) James Watson Gerard, 1913—1917 amerik. Botschafter in Berlin; G. hatte am 26. September Berlin verlassen und kehrte erst Ende Dezember nach Berlin zurück; Schulthess 1917/I S. 439.
- 30) Carl Friedrich von Siemens (1872—1941) übernahm 1912 den Vorsitz im Direktorium der Siemens-Schuckertwerke G. m. b. H.
- 31) Polizeipräsident in Berlin s. 23. 5. 1916.
- ³²) Fischer S. 407. Für das Folgende vgl. K. Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. Berlin 1967.

6.

Ende Dezember 1916: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Als Fraktionsreferent für den Etat, bzw. Mitglied der Budgetkommission hatte ich heute eine Privatunterredung mit dem *Finanzminister*³³), in der er mir folgendes mitteilte, aber bis zu seiner Etatrede streng vertraulich, das meiste grundsätzlich vertraulich.

Die preußischen Finanzen leiden zur Zeit daran, daß es infolge der Kriegsanleihen nicht möglich ist, dauernde, normal verzinste Anleihen auszugeben. Man hilft sich mit Schatzanweisungen, zur Zeit schon 3 Milliarden, nach dem kommenden Etat 5 Milliarden³⁴), meist 5 v. H. Sie werden teils durch die Seehandlung bei Geldgebern untergebracht, teils bei der Darlehenskasse lombardiert. Letzteres geschieht auch zuweilen im Interesse des Reichs, indem Preußen Schatzanweisungen dem Reiche leiht. Diese werden dann lombardiert und die dafür erhaltenen Darlehenskassenscheine der Reichsbank gegeben. Bei letzterer nämlich — dies ist nach außen kaum bekannt — ersetzen Darlehenskassenscheine das Gold. Das Reich kann also neue Reichsbanknoten bekommen mit Deckung ¹/₃ Darlehnskassenscheine, ²/₃ Wechsel. Die veröffentlichten Goldausweise der Reichsbank stimmen. Die ungeheure Menge der Banknoten erklärt sich aus der angegebenen Tatsache, und der Finanzminister legt großen Wert darauf, daß sie geheim bleibt. Meine Frage, ob auch ungegebene Konsols³⁵) lombardiert würden, verneinte er.

Im Etat sind natürlich alle nicht unbedingt nötigen Ausgaben, vor allem Bauten, gestrichen. Einen außerordentlichen Etat im Sinne des Reichs hat Preußen ja nicht.

Einige Einnahmen aus Friedenszeiten, die doch nicht eingehen, werden jetzt auch formell gestrichen, z. B. die Vergütungen aus Zöllen.³⁶)

Die Einkommensteuer, welche der diesjährige Etat mit 10 Millionen weniger einsetzte, wird jetzt mit 60 Millionen³⁷) höher eingesetzt. Die Summen stammen durchweg aus Kriegsgewinnen in den hohen Stufen.

Auf diese Weise ist der Preußische Etat wieder einmal balanziert. Der Finanzminister sieht aber ziemlich schwarz mit Rücksicht auf die großen Anforderungen, die das Reich nicht nur an die Steuerzahler direkt, sondern auch an die Einzelstaaten stellen würde.

³³⁾ Der preuß. Finanzminister August Lentze sprach am 16. Januar 1917 bei der Einbringung des Staatshaushaltsplans; die Unterredung fand aber wohl noch 1916 statt ("diesjähriger Etat"), wahrscheinlich zwischen dem 23. und 29. Dezember.

³⁴⁾ Schulthess 1917/I S. 39.

³⁵⁾ Staatsanleihe, entstanden aus der Vereinheitlichung mehrerer alter Anleihen zu unterschiedlichen Bedingungen.

³⁶) Schulthess 1917/I S. 39.

³⁷) Gegen 1916 56,8 Mill.

7.

29. 12. 1916: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

(Letzte Informationen vor der Abreise nach Konstantinopel.)³⁸) Mein letzter Bericht ist richtig gewesen. Die ganze Lage wird beherrscht von der Möglichkeit, bald mit dem U-Boot-Krieg zu beginnen.

Bethmann hat Zedlitz gebeten, in diesen Tagen den U-Boot-Krieg überhaupt nicht zu erwähnen. In zwei Wochen würde er wissen warum.

Valentini³⁹) hat Zedlitz gesagt, man rechne ernstlich mit der Möglichkeit, daß Amerika einem U-Boot-Krieg untätig zuschaue. Die Schwierigkeiten für eine Kriegserklärung Amerikas seien offenbar größer als angenommen, und Wilson⁴⁰) sei es ernstlich darum zu tun, an ihnen vorbei zu kommen.

Trotzdem zweifelt man hier an einer Erhaltung des Friedens. Daß Truppen an der holländischen Grenze zusammengezogen werden, scheint außer Zweifel. Man will im entscheidenden Momente offenbar den bei Rumänien begangenen Fehler des Abwartens nicht noch einmal begehen.⁴¹)

Helfferich hat Stresemann⁴²) gesagt, unsere Kriegskosten bis heute, einschließlich Entschädigungen an Verwundete etc. beliefen sich auf 100 Milliarden, so daß heute schon zu decken seien jährlich 5 Milliarden.

Aus Polen lauten die Nachrichten immer böser. In meiner Gegend scheint es noch wenigstens auszuhalten. Im Norden dagegen erklären die Kreischefs den Anmaßungen der Polen nicht mehr standhalten zu können. Sie werden wohl meinem Beispiel⁴³) bald folgen, aber weniger freiwillig.

8.

27. 1. 1917: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Die politische Lage spitzt sich außerordentlich zu. Der Befehl zum unbeschränkten U-Boot-Krieg ist tatsächlich bereits gegeben und müßte ausgeführt werden.⁴⁴)

³⁸⁾ Siehe S. 116.

³⁹) Rudolf von Valentini (1855—1925), 1908 bis 16. 1. 1918 Chef des Kaiserl. Geh. Zivilkabinetts.

Woodrow Wilson (1856—1924), 1913—1921 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.
 Dies entsprach auch der Ansicht des dt. Botschafters in den USA; vgl. Helfferich II S. 421 ff.

⁴¹) Vgl. Scheidemann I S. 390; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 245, 247. — Siehe auch weiter unter S. 305.

⁴²⁾ Von B. verbessert aus "Zedlitz".

⁴³) Für die Tätigkeit Bredts in der Zivilverwaltung siehe S. 101 ff.

⁴⁴⁾ Die Entscheidung fiel am 9. Januar im Gr. Hauptquartier in Pleß; vgl. v. Müller S. 248 f.

9. 3. 2. 1917 Bredt an Bossart

Die Ausführung wird aber aufgehalten durch den Reichskanzler, der hier von Scheidemann⁴⁵) und Genossen stark bedrängt wird. Urheber des Befehls ist Ludendorff. Hindenburg ist einverstanden und Helfferich⁴⁶) hat sich plötzlich zur gleichen Ansicht bekehrt. Wenn die Sache so bleibt, ist der Bruch unvermeidlich, und man rechnet dann natürlich mit einer Niederlage Bethmanns. Ein ausgesprochener Kanzlerkandidat steht nicht hinter der Sache. Helfferichs Schwenkung mag damit zusammenhängen; seine Chancen werden aber nicht hoch eingeschätzt. Beseler hat sich in der polnischen Sache doch wohl zu sehr engagiert. Im Westen steht alles im Zeichen der gewaltigen, ansetzenden Offensive im Elsaß. Mülhausen ist glaubwürdigen Nachrichten zufolge evakuiert, zum mindesten für eine Räumung vorbereitet. Es herrscht Transportsperre auf der Bahn, und große Verschiebungen vom Osten in den Westen finden statt.⁴⁷)

Das Hauptquartier scheint sich noch in Pleß zu befinden. In Kreuznach bzw. Münster am Stein ist aber alles für seine Aufnahme eingerichtet.⁴⁸)

Botschafter Gerard rechnet bestimmt mit einem Erfolg der Friedensaktion und hält die ganzen jetzigen Anstrengungen beiderseits nur für einen Versuch zur Verbesserung der Bedingungen. Damit scheint allerdings der Versuch zur Rückgewinnung des Elsaß zu stimmen.⁴⁹)

Herr Rippler, Chefredakteur und Inhaber der Täglichen Rundschau, hat durch eine Indiskretion Kenntnis von unseren Bedingungen, die wir Wilson mitgeteilt haben, bekommen. Sie seien vollkommen auf das Scheidemannsche Programm abgestimmt und enthielten ein Minimum.⁵⁰)

Die Anlage ist ein Bericht eines amerikanischen Deutschen an Siemens und Halske. Er ist gedruckt, um ihn Interessenten zugänglich zu machen. Die Überschrift bedeutet nichts.

9.

3. 2. 1917: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

In der U-Boot-Frage hat der *Reichskanzler* nachgegeben — nicht mehr. Daß er überzeugt handelt, glaubt man kaum. Ich war an dem Tag im Reichstage⁵¹) und

⁴⁵) Scheidemann I S 385 ff., bes. S. 388; vgl. auch die Aufzeichnungen E. Davids vor dem 31. 1. 1917 (Quellen 4 S. 217 ff.).

⁴⁶) Helfferich II S. 383 ff. u. S. 412: "Es war für mich die schwerste Entscheidung meines Lebens."

⁴⁷) Die Frankfurter Zeitung Nr. 27 (1. Morgenblatt) v. 28. 1. 1917 sprach in einem Artikel "Zur Kriegslage" von einem "Gewitter, das sich an unserer Westfront zusammenballt".

⁴⁸) Im Februar siedelte das Gr. Hauptquartier nach Bad Kreuznach über; vgl. Görlitz, Hindenburg S. 130 f.; v. Müller S. 248.

⁴⁹) Siehe oben S. 300.

⁵⁰⁾ Heinrich Rippler (1866—1934). Philipp Scheidemann, Es lebe der Frieden. Berlin 1916. — Die Anlage zu diesem Bericht fehlt im Nachlaß.

⁵¹⁾ Am 31. 1. 1917 erläuterte Bethmann Hollweg im Hauptausschuß seine Haltung; vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 31 (2. Morgenblatt) v. 1. 2. 1917. Der Reichstag wurde am 12. 12. 1916 vertagt und trat erst am 22. 2. 1917 erneut zusammen.

Bredt an Bossart 10. 2. 1917 10.

habe ihn noch nie so ernst, um nicht zu sagen bedrückt gesehen. Seine Popularität jedenfalls hat nicht die Spur gewonnen. Die Alldeutschen sind weit davon entfernt, seinen Entschluß anzuerkennen. Sie sagen vielmehr, er klebe eben derartig an seinem Amte, daß er lieber gegen seine Überzeugung handele als abgehe. ⁵²) Bethmann selbst erklärte, einen Krieg mit Amerika bestimmt zu erwarten, und man ist allenthalben derselben Auffassung. Nur wird wohl ein langwieriger Notenwechsel vorhergehen. Von Holland und Dänemark meinte Bethmann, man könne annehmen, daß sie aus Rumänien Lehren gezogen hätten. Demgegenüber lauten die ersten privaten Nachrichten aus Holland sehr wenig freundlich, und es scheinen schon größere Vorbereitungen im Gange.

Admiral von Capelle⁵³) gab seinen Erwartungen über den U-Boot-Krieg Ausdruck in einer Weise, die enttäuschte. Er sprach von 600000 t im Monat. Man nimmt aber an, daß er nur allzugroßen Erwartungen entgegentreten wollte.

Mülhausen scheint ziemlich geräumt, und selbst in Straßburg und Metz werden weitgehende Maßnahmen getroffen. Man erwartet also eine Offensive größten Stils.

Der türkische Kammerpräsident Hadji Adil Bey⁵⁴) war gestern mein Gast hier im Kasino [des 2. Garde-Regiments z. F.], und wir hatten einen sehr netten Abend. Er äußerte sich mehr als zufrieden über seine Aufnahme in Deutschland und wird dies hoffentlich wahr halten.

Herzlichen Dank für den freundlichen Brief!55)

10.

10. 2. 1917: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Es ist hier kaum etwas bekannt, was nicht auch in den Zeitungen stände.

Die Kanzlerkrise beginnt chronisch und damit langweilig zu werden. Sie ist aber doch insofern zu einer Art Entscheidung gekommen, als der U-Boot-Krieg das Verhältnis, Bethmann — Ludendorff geklärt hat. Man faßt dies allgemein dahin auf, daß Bethmann sich hier ganz einfach fügen mußte und damit die Machtfrage zugunsten von Ludendorff entschieden ist. 56) Mit dieser Maßgabe kann Bethmann jetzt ruhig bleiben. Man kann ja wohl sagen, daß er wirkliche Fehler bisher nicht gemacht hat und daß er in der U-Boot-Frage warten wollte bis genügend Boote gebaut waren, wird ihm von den ruhigen Politikern eigentlich allenthalben als Verdienst angerechnet. Sein Fehler ist nur, daß er sich im entscheidenden Augen-

⁵²⁾ Alfred Kruck, Geschichte des Alldeutschen Verbandes (1890—1930). Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte (Mainz) Bd. 3. Wiesbaden 1954, S. 100; ergänzend v. Müller S. 255 f.

⁵³⁾ Eduard von Capelle (1855—1931), Staatssekretär des Reichsmarineamtes 1916 bis 7. 10. 1918, sprach nach Bethmann Hollweg im Ausschuß (siehe Anm. 51).

⁵⁴) Siehe S. 116.

⁵⁵⁾ Den letzten Satz fügte B. handschriftlich hinzu.

⁵⁶) Bethmann Hollweg S. 135 ff.; Ludendorff, Kriegserinnerungen S. 250 f.; Valentini S. 146.

11. 24. 2. 1917 Bredt an Bossart

blicke noch drängen läßt, anstatt die Führung zu übernehmen. Da eben hat *Ludendorff* eingesetzt, und nach der jetzt gemachten Probe scheint die Lage geklärt.

Militärisch ist man sehr zuversichtlich. Die große gegen Holland zusammengezogene Armee hat ja offenbar durch ihr bloßes Vorhandensein schon ihre Aufgabe erfüllt und steht jetzt zur Verfügung gegen die Franzosen.

Beiliegende hochoffiziöse Zeitung aus Sofia⁵⁷) zeigt, daß die Bulgaren auch gegen Amerika vollkommen mitmachen und unsere Schritte billigen.

Eine Unterredung mit dem Führer der Polenfraktion v. Trampczinski⁵⁸), die ich gestern privatim hatte, übertraf alles bisher gehörte. Den Warschauer Staatsrat⁵⁹) bezeichnete er als Fatzken, der von dem offiziellen Polentum nach Kräften desavouiert werden müßte.

11.

24. 2. 1917: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

In der vorigen Woche war schlechterdings nichts zu berichten, was nicht auch in den Zeitungen stand. Auch jetzt gibt es kaum wirkliche Neuigkeiten. Man kann aber wohl sagen, daß die Kanzlerkrise ihre endgültige Lösung gefunden hat. Bethmann bleibt am Ruder, aber ohne eigene Selbständigkeit. Hindenburg und Ludendorff haben vollkommen die Oberhand, lassen Bethmann aber als eine Art Organ von ihnen am Ruder, weil ein Kanzlerwechsel nach außen zu schlecht wirken würde. 60 Helfferich vollends ist kein schwerwiegender Faktor mehr, sondern muß sich ganz einfach fügen.

Im übrigen ist der Optimismus hinsichtlich der U-Boote trotz der Erklärung im Ausschuß⁶¹) nicht allzu groß. England scheint viel besser verproviantiert als angenommen, und die noch herüber kommenden Nachrichten in dieser Beziehung lauten nicht sehr vielverheißend.

Amerika scheint seine ganze Hoffnung auf Österreich zu setzen.⁶²) Man suchte dort überhaupt auch eine Quelle des Widerstandes gegen den U-Boot-Krieg und

⁵⁷) Fehlt im Nachlaß; wahrscheinlich handelt es sich um die von Kurt Aram (Hans Fischer) herausgegebene Deutsche Balkanzeitung; vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 52 (1. Morgenblatt) v. 22. 2. 1917.

⁵⁸⁾ Adalbert von Trampczinski (1860—), MdA (Polenfraktion) 1910—1918, MdR 1912—1918.
— Vgl. auch Conze, Poln. Nation S. 266.

⁵⁹⁾ Die 25 Mitglieder des Staatsrats wurden von den beiden Generalgouverneuren berufen; vgl. Conze, Poln. Nation S. 242 u. 249 ff.

⁶⁰) Vgl. Valentini S. 147; Mommsen S. 156.

⁶¹⁾ Siehe oben S. 305; vgl. Helfferich III S. 35 f.

⁶²⁾ Am 3. Februar brachen die USA die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland ab; während der dt. Botschafter die USA verlassen mußte, blieb der österr. Botschafter Graf Tarnowski bis zum Kriegsausbruch zwischen den USA und Deutschland; vgl. auch für das Folgende Singer S. 90 ff.

11. 3. 1917 12.

hat auch jetzt noch gewisse Sorgen. Jedenfalls nutzt Österreich unsere Lage ganz kollossal zu wirtschaftlichen Zugeständnissen aus.

Aus allererster Quelle hörte ich, daß jene Zugeständnisse zu dänischer Ausfuhr nach England sich nur deswegen zerschlagen haben, weil England nicht wollte. Es waren wöchentlich zwei Dampfer angeboten.⁶³)

Ein Mitredakteur von Hardens Zukunft erzählte mir, daß Gerard Harden noch einen Abschiedsbesuch gemacht hat und dabei gesagt, er habe von Wilson den Auftrag gehabt, zu sagen, Wilson würde durch immer stärkeren Druck auf die Entente einen Frieden erzwingen, wenn wir nur vom U-Boot-Kriege Abstand nähmen. Jedenfalls hatte der Herr den Eindruck, daß Amerika unsere Sache sehr ernst nimmt und nicht so leicht gegen uns gehen wird.

Im Westen werden alle Dinge ganz außerordentlich geheim gehalten, und es ist zu gefährlich, darüber zu schreiben.

12.

11. 3. 1917: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Zwischen Bethmann und Ludendorff hat eine starke Meinungsverschiedenheit sich geltend gemacht, weil Ludendorff Bethmann die Schuld für die polnische Sache zuschiebt, was Bethmann nicht zugeben will.⁶⁴)

In dem Streite Schorlemer—Michaelis hat Schorlemer eine starke Stütze an der Kaiserin.⁶⁵)

Beide Nachrichten stammen aus guter Quelle und erscheinen mir glaubwürdig, seit ich einen Abend bei der Hofstaatsdame Gräfin Keller⁶⁶) zu Besuche war, die auch darüber sprach, allerdings sehr vorsichtig. Im übrigen ist die ganze Sache etwas persönlicher Art, und die Wünsche von Herrn Michaelis sind offenbar die letzte Triebfeder. Herr v. Schorlemer ließ mich vor einigen Tagen zu sich kommen und sprach eingehend mit mir, worauf mein Freund Kardorff beim Landwirtschaftsetat und ich beim Forstetat ja auch sehr für ihn eingetreten sind.⁶⁷) Das Abgeordnetenhaus jedenfalls steht mit $\frac{3}{4}$ zu Schorlemer.

Die Ablehnung des Diätengesetzes durch das Herrenhaus kann zu weiten Folgen führen und war jedenfalls in heutiger Zeit eine große Unklugheit.⁶⁸)

Für die kleinen Staaten muß das Fideikommißgesetz von großem Interesse sein. Wenn es möglich ist — nach dem fortschrittlichen und sozialdemokratischen

⁶³⁾ England verbot "die Einfuhr aller irgendwie entbehrlichen Dinge", um die Zufuhr der wichtigsten Güter für Ernährung und Kriegswirtschaft zu sichern; Helfferich III S. 38.

⁶⁴⁾ Für die sich verschärfenden Spannungen zwischen Bethmann Hollweg und Ludendorff in der poln. Frage vgl. Conze, Poln. Nation S. 259 ff.

⁶⁵⁾ Siehe S. 123.

⁶⁶⁾ Mathilde Gräfin Keller (1881-1921).

⁶⁷⁾ Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17 Bd. 5 Sp. 4957 ff.

⁶⁸) Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 69 (2. Morgenblatt) v. 11. 3. 1917: "Die Ablehnung der Diätenvorlage. Freiherr von Zedlitz für eine Reform des Herrenhauses."

13. 17. 3. 1917 Bredt an Bossart

Antrage — auf dem Wege des Reichsgesetzes in solche einzelstaatlichen Gebiete einzugreifen, kommen wir auf eine Bahn, die sehr gefährlich werden kann. Die Regierung hat unsere Partei gebeten, den Antrag einzubringen, auf drei Jahre keine neuen Fideikommisse zuzulassen. Es ist auch geschehen, und die Regierung hofft damit, den Reichstagsparteien gegenüber sagen zu können, ihr Antrag sei bereits in Preußen gestellt. Damit wird die Sache aber nicht getan, und wir sehen mit Spannung auf diese weitere Entwicklung, die unser ganzes Preußisches Staatswesen grundsätzlich berührt.⁶⁹)

13.

17. 3. 1917: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Im Mittelpunkt des innerpolitischen Interesses steht zur Zeit die Herrenhausdebatte. Die Verhandlung des Diätengesetzes ist ohne Zweifel ein schwerer Fehler von allen Seiten gewesen. Die Begründung von rechts war insofern unzutreffend, als die Abgeordneten ja gar nicht mehr bekommen sollen, sondern im Gegenteil Abzüge, wenn sie nicht da sind. Die Rede des Grafen York⁷⁰) hat dann natürlich großen Anstoß erregt. Nicht minder aber sind ziemlich alle einig in der Verurteilung der zahlreichen Oberbürgermeister, Professoren, Industriellen, die im Lande die Liberalen spielen, aber im Hause auf die unglaubliche Yorcksche Rede geschwiegen haben. Im Abgeordnetenhause war denn auch Heydebrands Erwiderung⁷¹) das schwächste, was man lange von ihm gehört hat, und seine Verlegenheit war peinlich offenkundig. Jedenfalls wird die Sache für das Herrenhaus noch vieles nach sich ziehen.⁷²)

Bethmanns Erscheinen war ganz überraschend.73) Heute sind wir uns klar dar-

- 69) Vgl. Bethmann II S. 171 f.; Bergstraeßer S. 108 ff.; Patemann S. 45 ff. Die Wiedervorlage (Entwurf eines Gesetzes über Familienfideikommisse, Stammgüter und Familienstiftungen v. 15. 1. 1917; Drucksachen Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 5 S. 2750 ff.) des schon vor dem Kriegsausbruch beratenen Entwurfs eines Fideikommißgesetzes wirkte auf die gesamte Linke mit Einschluß der Nationalliberalen als eine Provokation.
- 70) Heinrich Graf Yorck von Wartenburg (1861—), s. 1898 im Herrenhaus; vgl. für die Rede vom 3. März den Bericht der Frankfurter Zeitung Nr. 68 (2. Morgenblatt) v. 10. 3. 1917; die Rede gipfelte in einer Verketzerung des Parlamentarismus; für Deutschland sei "Militarismus nötiger als Parlamentarismus".
- ⁷¹) Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 73 (2. Morgenblatt) v. 15. 3. 1917; Sten. Berichte Pr. Abg.-Hs. 1916/17 Bd. 5 Sp. 5269 ff.
- ⁷²) So forderte Kardorff bei der Etatberatung am 14. März nach der Ablehnung der Diätenvorlage eine durchgreifende Reform des Herrenhauses; Frankfurter Zeitung Nr. 73 (2. Morgenblatt) v. 15. 3. 1917.
- 73) Bethmann nahm am 14. März im Abgeordnetenhaus das Wort; für das Echo der Rede in konservativen Kreisen vgl. Westarp II S. 261 f.; v. Müller S. 265 ff. Anfang März (Ende Februar nach dem alten russ. Kalender) begannen in Petersburg Streiks und Unruhen; am 12. März wurde eine provisorische Regierung gebildet, drei Tage später dankte Zar Nikolaus II. ab. In wenigen Tagen setzte sich die Revolution in den Zentren des russ. Reiches durch; vgl. für das Bekanntwerden der Revolution die Aufzeichnung des Chefs des Marine-Kabinetts v. 14. 3. 1917: v. Müller S. 265. Bethmann Hollweg erhielt am Nachmittag nach der Sitzung Nachricht von der Revolution in Petersburg; Bethmann Hollweg II S. 173 f.

über, daß er die Nachrichten aus Petersburg bereits hatte und die Gelegenheit benutzen wollte, eine Rede an die Adresse von links zu halten. So gute Formen die Rede zeigt, so wenig machte er selbst an dem Tage Eindruck. Er schien stark überarbeitet, nervös und jedenfalls nicht mehr der Alte. Große Kraft konnte man ihm nach der Art seines Auftretens nicht mehr zutrauen.

Das Fideikommißgesetz befindet sich nach Ablehnung des Preußischen Antrages in einem kritischen Stadium, und wir rechnen mit einem Reichstagsbeschluß.

Über Rußland wird man dort besser unterrichtet sein als hier. Das Einzige, was ich selbst außerhalb der Zeitungen hörte, stammt von der *Prinzessin Reu\beta^{74}*), Herzogin von Mecklenburg, die noch direkte Nachrichten hatte, die für uns gut zu sein schienen. Ich traf sie auf einer kleinen Gesellschaft.

14.

24. 3. 1917: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Aus der großen Politik ist nichts zu melden, was nicht auch in den Zeitungen steht. Die Russische Revolution wird allgemein nur als günstig angesehen⁷⁵), namentlich deshalb, weil man mit dem passiven Widerstand der Bauern rechnet. Damit wird eine Zufuhr von Nahrungsmitteln unmöglich.

In der inneren Politik bot sich viel Interessantes. Der Lastenausgleich von Groß-Berlin, der viel Aufsehen macht, beruhte auf einem Antrage "Dr. Dr. Bredt (Marburg) und Genossen", allerdings angestiftet von den Oberbürgermeistern von Neukölln und Lichtenberg.⁷⁶)

Anliegender Antrag⁷⁷) ist die weitere Verfolgung des in dem übersandten Schriftchen betretenen Weges. *Maltzahn* (konservativ) und *Spee* (Zentrum) sind mit im Vorstand des Schutzverbandes. Die Unterschriften zur Unterstützung sind Konservative, Freikonservative und Zentrum. Nationalliberale wollten nicht mitmachen.

⁷⁴) Victoria Prinzessin Reuβ j. L. (1889—1918), heiratete am 24. 4. 1917 Adolf Friedrich Herzog zu Mecklenburg.

⁷⁵) Im Abgeordnetenhaus wies am 15. März Minister v. Schorlemer die Ansicht des sozialdemokratischen Abgeordneten Hoffmann zurück, der die Revolution in Petersburg als ein Menetekel für Preußen-Deutschland gedeutet hatte; Frankfurter Zeitung Nr. 74 (2. Morgenblatt) v. 16. 3. 1917; vgl. dagegen die Aufzeichnung vom 24. März bei v. Müller S. 268.

⁷⁶) Antrag Nr. 516 v. 20. 3. 1917 (Bredt, Hausmann (Lauenstein), Linz, Preuβ) forderte einen Lastenausgleich, um "die durch den Krieg überaus verschärfte Notlage der östlichen Vororte Groß-Berlins zu erleichtern". Drucksachen Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 6 S. 3530.

⁷⁷) Antrag Nr. 524 v. 22. 3. 1917 (Bredt, Frhr. v. Maltzahn, Graf v. Spee) forderte, die Besteuerung von Einkommen und Besitz in jeder Form den Bundesstaaten zu überlassen, soweit zur Deckung des Finanzbedarfs des Reichs andere Steuerarten nicht ausreichen, [solle] die Deckung durch veredelte Matrikularbeiträge" erfolgen. Drucksachen Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 6 S. 3557 f.; Bredt bezieht sich auf die Broschüre "Unsere Steuerpolitik" (1917).

15. Mai 1917 Bredt an Bossart

Der Antrag wird für die kleinstaatlichen Regierungen von Interesse sein. Durch die veredelten Matrikularbeiträge — d. h. veranlagt nach dem Wehrbeitrag, nicht Kopfzahl — wird u. a. auch erreicht, daß die Elektrifizierung des Landes Staatssache sein kann.

Das Reich soll dies nicht selber machen, sondern seinen Anteil durch Matrikularbeiträge bekommen. Nur so kann man auch die Eisenbahnen den Reichsfinanzen zugute kommen lassen. Die Sache wird im Abgeordnetenhause natürlich durchgehen, sie wird aber auch im Reiche kaum anders kommen, da Bayern durch die Novemberverträge⁷⁸) so verbriefte Widerspruchsrechte gegen die verschiedensten Sachen hat (Eisenbahnen!), daß doch kaum etwas anderes zu machen ist. Der Antrag soll nur unseren viel zu zaghaften Finanzminister veranlassen, mit den Dingen nun auch vorzugehen.

15.

Mai 1917: Bredt (Berlin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Der Zweck meiner Reise⁷⁹) war der, einige Mißverständnisse in bezug auf unsere Partei zu beseitigen. In der *Post* hatten einige Artikel gestanden über die Sprachenfrage in Ungarn, die dort stark verstimmt hatten und unseren Plan einer zollpolitischen Einigung beeinträchtigen konnten. Ich wollte daher im Rahmen eines Vortrages den Verdacht, als wollten wir uns in innere ungarische Verhältnisse einmengen, beseitigen. Dies ist auch gelungen und sehr gut aufgenommen worden.

Im übrigen war meine Reise sehr interessant. Da ich zu Gaste war bei einem Abgeordneten der Tisza-Partei konnte ich aus Gründen des Taktes mit anderen nicht verkehren. Den Grafen Andrássy habe ich gar nicht gesehen, und auch von der Partei kaum Jemanden gesprochen. Den Grafen Apponyi hatte man mir zu Gefallen auch zum Diner gebeten; er sagte aber ab, und ich machte ihm einen Besuch. Die Tisza-Partei ist ihrer Sache nicht mehr ganz sicher und fühlt sich Andrássy gegenüber schon etwas bedrängt. Man merkte das an allem. Der Staatssekretär Graf Klebelsberg war beim Diner sehr bemüht, mir klar zu machen, ihre Politik sei die einzig gegebene. Er bat mich auch am folgenden Tage zu sich und hielt mir an Hand von ethnographischen Karten und anderem Material einen mehr als einstündigen Vortrag über ihre Politik, bat mich auch, das Gesagte in Deutschland in geeigneter Form einmal zu verbreiten und es ihn dann wissen zu lassen. Ich konnte dies auch ruhig zusagen, da die jetzige Politik vom ungarischen Standpunkte aus die tatsächlich richtige ist und Andrássy sie auch keine

⁷⁸) König Ludwig II. von Bayern schloß am 20./23. November 1870 in Versailles den Vertrag über den Eintritt Bayerns ins Reich; nach der Reichsverfassung (1871) standen Bayern als Reservatrechte eigene Diplomatie, Post und Eisenbahn, Bier- und Branntweinsteuer sowie Wehrhoheit zu.

⁷⁹) Siehe S. 118 f. Der Bericht ist nicht datiert.

Bredt an Bossart Mai 1917 15.

Spur anders machen würde, wenn er zur Regierung käme. Graf Tisza war krank, ließ mich aber trotzdem zu sich kommen und empfing mich, aus dem Bette aufstehend, im Nachthemde mit einigen übergeworfenen Kleidungsstücken. Er sprach dann in seiner kräftigen Art über die Frage der Zollvereinigung in durchaus zustimmendem Sinne. Als ich dann erzählte, über Wien zurückreisen zu wollen, gab er mir ein Empfehlungsschreiben mit an den Grafen Czernin. [...]80) Graf Czernin machte einen sehr klugen und überlegenen Eindruck, gab aber unverhohlen zu erkennen, daß die Österreicher Frieden um jeden Preis wollen. Er meinte, es sei durchaus möglich, daß die Amerikaner ein Millionenheer herüberschickten, ebenso wie die Engländer, denen man es auch nicht geglaubt habe. Man müsse unter allen Umständen die russische Revolution benutzen, und unsere Alldeutschen seien eine große Gefahr für die ganze Sache. Alles dies klang sehr wenig zuversichtlich und löste bei mir sehr geringe Begeisterung aus. Als ich dann am Abend den Abgeordneten $Friedmann^{81}$) sprach und offen aussprechen hörte, daß es auf Ostgalizien, Bukowina und das Trentino ja doch nicht ankomme, wenn man nur Frieden habe, gewannen die Worte des Grafen Czernin noch eine tiefere Bedeutung, Jedenfalls ist mein Gesamteindruck bei allen maßgebenden Leuten, die ich sprach, der gewesen, daß wir auf eine tatkräftige Bundesgenossenschaft nicht mehr zu rechnen haben, wenn auch die innere Sympathie so groß ist, daß wir auf keinerlei Abwegigkeiten gefaßt zu sein brauchen.

⁸⁰⁾ Siehe S. 119.

⁸¹⁾ Max Friedmann, Präs. des Österreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbandes (Wien), Vizepräs. des Bundes Österreichischer Industrieller, Maschinenfbr. in Wien.

II

${\bf Die\ mecklenburgische\ Verfassungsfrage}$

(1917—1918)

Bossart an Bredt 29. 8. 1917 16.

16.

29. 8. 1917: Staatsminister Bossart (Warnemünde) an Bredt (Berlin)

Nachlaß Bredt, eigenhändig, Auszug.

Sehr geehrter lieber Herr Professor!

Besten Dank für Ihren Brief, der mir hierher nachgesandt wurde. Wir sind hier seit 14 Tagen zur Erholung und kehren gegen Mitte September heim. Daß Sie dort mit dem Landrat Graf Schwerin-Mildenitz zusammengekommen sind, ist mir sehr interessant.1) Eine höchst liebenswürdige Persönlichkeit, aber ein absolut unfähiger Politiker. Er ist die Hauptursache der intransigenten Haltung der Strelitzer Stände und von seiner vorgefaßten Meinung absolut nicht abzubringen. Mit ihm eine Verfassung auszuarbeiten, die dem Geist der Zeit auch nur einigermaßen Rechnung trägt, halte ich nach meinen jahrelangen Erfahrungen für ausgeschlossen. Auf die Frage der Union hatte ich bei den Verhandlungen in Schwerin2) besonders Gewicht gelegt und fand bei der Ritterschaft, wie ich erwartet hatte, den schärfsten Widerstand. Die Frage ist für Strelitz von der allergrößten Bedeutung. Ich sende Ihnen, sobald ich wieder zu Hause bin, das Verhandlungsprotokoll zur vertraulichen Kenntnisnahme. Vielleicht haben Sie Zeit es durchzulesen. Daß die Besprechungen keinen politischen praktischen Erfolg haben würden, war mir von vornherein klar, ich habe mich daher wenig an der Debatte beteiligt, um der Strelitzer Regierung nach jeder Richtung hin den Rücken frei zu halten. Nach meiner Meinung kommen wir nur zu einer Verfassung, wenn der Druck von außen so stark wird, daß die Stände gezwungen sind, auf die Regierungsvorlage als das kleinere Übel einzugehen. Gerade Leute, wie Graf Schwerin, bilden das stärkste Hindernis für eine Verständigung. Übrigens schadet es nicht, wenn Sie Graf Schwerin gegenüber auf das Verhandlungsprotokoll Bezug nehmen und ihm sagen, daß ich es Ihnen zur vertraulichen Kenntnis mitgeteilt hätte. Vielleicht gelingt es Ihnen, ihn in einigen Punkten eines besseren zu belehren. $[\ldots]$

17.

10. 10. 1917: Staatsminister Bossart (Neustrelitz) an Bredt (Berlin)

Nachlaß Bredt, eigenhändig, Auszug.

Sehr verehrter Herr Professor,

Beiliegend sende ich Ihnen eine mir vom Grafen Schwerin übersandte Abschrift seines Briefes an Herrn v. Barner auf Klein-Trebbow. Mich interessiert zunächst

¹⁾ Am 10. Januar 1917 hatte Ludwig Graf v. Schwerin-Mildenitz aus Berlin Bredt über die Verfassungsberatungen des Landtages in Sternberg vom Dezember 1916 berichtet und um eine Unterredung vor weiteren Verhandlungen gebeten; Graf Schwerin hoffte, "daß sich ein Weg finden läßt, auf dem wir mit den Regierungen gemeinsam vorwärts kommen"; Brief im Nachlaß Bredt.

²⁾ Vorberatungen der Verfassungsreform vom 14.—16. 6. 1917; vgl. Pol. Archiv, I. A. A. f. (Mecklenburg) 21 Bd. 3 (1912—1918).

18. 23. 10. 1917 Bossart an Langfeld

nur der erste Satz desselben. Ich glaube nicht, daß ich durch meine Äußerungen den Grafen Schwerin zu dem Glauben veranlaßt haben kann, daß beide Regierungen alles annehmen werden, was die Stände ihnen bringen. Ich weiß aus Erfahrung, daß man mit Schwerin sehr vorsichtig sein muß, man kann nicht wissen, wie er diesen ihm angeblich von mir eingegebenen Glauben in einem späteren Stadium der Verfassungsverhandlungen gegen mich verwendet. Es ist mir daher doppelt angenehm, daß Sie an der Unterredung teilgenommen haben.³) Graf Schwerin hat schon früher den Inhalt einer ganz vertraulichen Besprechung mit mir in durchaus entstellter Form den Ständen zur Kenntnis gebracht, und ich habe mich bisher nicht wieder in eine Unterhaltung über politische Dinge mit ihm eingelassen. [...]

18.

23. 10. 1917: Staatsminister Bossart (Neustrelitz) an Staatsminister Langfeld (Schwerin)

Staatsarchiv Schwerin, Verfassungsakten des Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministeriums, eigenhändig, Auszug.

 $[\ldots]$

Sehr interessant waren mir die Mitteilungen über die Besprechung Ew. Exzellenz mit den Grafen Schwerin-Mildenitz und Graf Schwanenfeld-Schwerin sowie der Entwurf des Herrn Bock-Groß Welzin.⁴) — Die Begeisterung des Mildenitzers rührt von Besprechungen her, die er mit dem mit mecklenburgischen Verhältnissen sehr vertrauten Professor Dr. Bredt-Marburg im Schützengraben geführt hat. Ich war von ersterem, mit dem ich seit Jahren befreundet bin, orientiert und habe auf Wunsch beider Herren kürzlich in Berlin mit ihnen ganz allgemein über die Verfassungsfrage mich unterhalten.⁵) Auch Prof. Bredt ist, wie die meisten preußischen Konservativen, ein Anhänger allgemeiner berufsständischer Wahlen.⁶) Bei dem großen Einfluß, den Graf Schwerin-Mildenitz und Herr

³⁾ Die Unterredung zwischen Bredt, Bossart und Graf Schwerin fand am 9. Oktober in Berlin statt; Bossart an Bredt v. 4. Oktober und Graf Schwerin an Bredt v. 7. Oktober; Briefe im Nachlaß Bredt.

⁴⁾ Gutsbesitzer Heinrich Bock auf Groß Welzin.

⁵⁾ Siehe oben Anm. 3.

⁶⁾ Am 20. Oktober, einen Tag vor einer Besprechung in Berlin mit Bredt, Bock-Welzin, Major Wilhelm von Schwanenfeld Graf von Schwerin auf Göhren und Landrat Altwig von Arenstorff-Zahren, erläuterte Graf Schwerin-Mildenitz seine Ansicht über das Wahlrecht Staatsminister Langfeld: "Je länger ich darüber nachdenke, um so zweifelhafter wird es mir, ob es richtig wäre, außer den nach Berufsständen zu erfolgenden Wahlen noch Vertreter von Berufsorganisationen in den neuen Landtag aufzunehmen. Für den Augenblick würde allerdings eine "Verbesserung", vom konservativen Stand aus betrachtet, dadurch erzielt werden. Demgegenüber wird von vornherein Agitationsstoff gegeben, denn die organisierten Berufe sind dann doppelt vertreten, einmal durch berufliche Wahlen, dann durch Berufsorganisation[en]. Die Forderung der Arbeiter-Organiserung wird sofort erhoben werden, die glückliche Trennung zwischen Stadt und Land würde durchbrochen werden müssen. Ein einfaches System ist notwendig, — ein einheitlich durchgeführtes Prinzip (wenngleich das Wort ja leider als nicht zeitgemäß verpönt ist). Das Prinzip wird ja allerdings durch-

Bredt an Langfeld 24. 10. 1917 19.

v. Barner-Trebbow auf die Stände haben, glaube ich, daß sie schließlich diese für ihren Standpunkt gewinnen werden. Ich selber kann mir zur Zeit noch kein Urteil über die praktische Durchführbarkeit der allgemeinen Wahlen innerhalb bestimmt abzugrenzender Berufsstände bilden. Mit einiger Besorgnis hat mich die Bemerkung Ew. Exzellenz in § 5 der Niederschrift vom 20. Oktober d. J. erfüllt, wonach die Zahl der ständischen Abgeordneten weniger als die der berufsständischen Abgeordneten betragen müsse. Meines Erachtens kann sie unter keinen Umständen die Hälfte, sondern muß erheblich weniger betragen, eine andere Meinung glaube ich auch bei der letzten Besprechung in Schwerin von keiner Seite gehört zu haben

Am Sonntag kommt Professor *Bredt* zu mir, er wird das Diktamen für die Herren *Grafen Schwerin* pp. entwerfen.

Sollte die Wahrscheinlichkeit bestehen, daß es zu Verhandlungen über Verfassungsfragen auf dem bevorstehenden Landtage kommen sollte, würde ich diesmal vielleicht selber als Kommissionär dorthin kommen, würde dazu aber auch gerne bereit sein, wenn Euer Exzellenz es für zweckmäßig oder erwünscht halten sollten. [...]

19.

24. 10. 1917: Bredt (Berlin) an Staatsminister Langfeld (Schwerin)

Staatsarchiv Schwerin, Verfassungsakten des Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministeriums, Maschinenschrift.

Euer Exzellenz

werden, wie ich glaube annehmen zu dürfen, darüber unterrichtet sein, daß Herr Graf Schwerin-Mildenitz, Herr Graf Schwanenfeld-Schwerin und Herr Bock-Welzin bei mir waren, um über die Verfassungssache zu sprechen.⁷) Wir haben nun nach eingehenden Besprechungen einige Punkte festgelegt, die ich dann im Einverständnis mit den Herren in eine Art von Entwurf zusammengefaßt habe. Dieser Entwurf, den ich mir erlaube anbei zu überreichen, darf natürlich nicht etwa als eigentlicher Verfassungsentwurf angesehen werden. Er soll vielmehr nur zeigen, auf welcher Grundlage wir uns eine Weiterarbeit dachten. Die Herren

brochen durch die Vertretung der alten Stände, das Durchbrechen ist aber gerechtfertigt und leicht zu begründen durch historische Entwicklung, — durch Anknüpfen auf das Jahrhunderte bestehende Alte. Bei der Berufsvertretung neben der berufsständischen Wahl wird etwas Neues geschaffen und die Ansichten über die Notwendigkeit hierfür werden auseinandergehen. Ich schätze den praktischen Nutzen ni[cht] hoch genug ein, um mit dieser Agitationswahrscheinlichkeit die neue Verfassung zu belasten. Wird der Gedanke erst einmal angeregt sein, so wird er viele Anhänger finden: z. B. [Landrat Fritz von] Böhl-Rubow, [Helmuth von] Oertzen-Leppin [Vizelandmarschall] und die große Majorität der Ritterschaft. Ich werde also wahrscheinlich in einem Diktamen, falls ich überhaupt ein solches abgebe, diese Punkte fortlassen." Staatsarchiv Schwerin, Verfassungsakten des Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministeriums; eigenhändig, Auszug.

⁷⁾ Siehe oben Anm. 6.

wollen nun nächstens noch einmal herkommen, um Weiteres zu besprechen, meinten aber, es sei gut, wenn ich vorher einmal mit den beiden Herren Ministern sprechen könnte. Bei Exzellenz Bossart bin ich übermorgen. Dann muß ich eine kleine Reise an die Front unternehmen und dann wenigstens die ersten Tage der Wahlrechtsdebatte⁸) vorübergehen lassen. Wenn nun Euer Exzellenz überhaupt geneigt sein sollten, mir eine Unterredung zu gewähren, würde ich bitten, mir gütigst etwa am 8.—10. November einen Zeitpunkt zu bestimmen. Ich komme gern deswegen nach Schwerin. Sollten aber Euer Exzellenz aus irgendwelchen Gründen in Berlin zu tun haben, wäre es natürlich noch besser.

In ausgezeichneter Hochachtung

Bredt
Professor an der Universität Marburg, M.d.A.

20.

24. 10. 1917 Bredt: Verfassungsentwurf für Mecklenburg-Strelitz

Staatsarchiv Schwerin, Verfassungsakten des Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministeriums, Maschinenschrift.

Titel I

Vom Staatswesen

Art. 1

Das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz bildet einen unteilbaren Staat, dessen Gebietsgrenzen nur durch Gesetz verändert werden können.

Art. 2

Das Gesetz bestimmt, in welcher Weise die Eigenschaft eines Mecklenburgischen Staatsbürgers und die staatsbürgerlichen Rechte erworben und verloren gehen.

Art. 3

Die vollziehende Gewalt steht dem Großherzog zu.

Art. 4

Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinsam durch den Großherzog und den Landtag ausgeübt.

Art. 5

Die richterliche Gewalt wird im Namen des Großherzogs durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfene Richter ausgeübt.

⁸⁾ Siehe S. 125 f.

Art. 6

Der Staat besitzt eigenes Vermögen und eigene Einnahmen, welche von denen des Großherzoglichen Hauses getrennt sind.

Art. 7

Die Verbindung der beiden Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz regelt sich nach den diesbezüglichen übereinstimmenden Bestimmungen beider Verfassungen, welche nur mit Zustimmung des anderen Teiles abgeändert werden können.

Titel II

Vom Staatsgebiete

Art. 8

Sämtliche Gebietsteile des Großherzogtums stehen in rechtlicher Beziehung einander gleich. Ein rechtlicher Unterschied zwischen Staatsland, Land in anderem Eigentume und städtischen Grundstücken findet nicht statt.

Art. 9

Die Einteilung des Landes in Verwaltungsbezirke und deren Abgrenzung erfolgt durch Gesetz.

Titel III

Von den Rechten des Staatsbürgers

Titel IV

Vom Landesherrn

Art. 10

Die Krone ist erblich im Mannesstamme des Großherzoglichen Hauses den Großherzoglichen Hausgesetzen gemäß nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge.

Art. 11

Die zum Großherzoglichen Hausgute gehörenden Vermögensstücke und Einkünfte unterliegen allein der Verfügung des Großherzogs, welcher in dieser Beziehung nur an die Hausgesetze, nicht aber an eine Mitwirkung des Landtages gebunden ist.

Art. 12

Die Person des Großherzogs ist unverletzlich. Die von ihm zu ernennenden und entlassenden Minister tragen die Verantwortung für seine Regierungshandlungen.

Art. 13

Der Großherzog ernennt und entläßt die Staatsbeamten, deren Amtsbefugnisse das Gesetz bestimmt.

Art. 14

Der Großherzog hat das Recht der Begnadigung und Strafmilderung.

Art. 15

Im Falle der Minderjährigkeit oder Regierungsunfähigkeit des Großherzogs übernimmt der nächste volljährige Agnat die Regierung als Regent, den Großherzoglichen Hausgesetzen gemäß.

Art. 16

Der Großherzog vertritt den Mecklenburgischen Staat nach außen.

Art. 17

Der Großherzog veröffentlicht die Gesetze, welche vom Landtage angenommen sind.

Titel V

Vom Landtage

Art. 18

Der Landtag des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz geht hervor aus Wahlen, welche alle 3 Jahre zu erneuern sind.

Art. 19

Die Kurie der Stände wird gewählt von den Wahlversammlungen der Ritterschaft und der Landschaft mit der Maßgabe, daß die ständische Wahlversammlung der Ritterschaft ... Abgeordnete, die ständische Wahlversammlung der Landschaft ... Abgeordnete wählt.

Art. 20

Für jeden Abgeordneten aus der Kurie der Stände wird ein Stellvertreter gewählt, welcher den Verhandlungen des Landtages beiwohnt, ein Stimmrecht aber nur dann hat, wenn der Abgeordnete nicht anwesend ist.

Art. 21

Die Kurie der Berufsstände geht aus allgemeinen direkten Wahlen des Volkes hervor.

24. 10. 1917 20.

Art. 22

Die berufsständische Wahlversammlung der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei wählt ... Abgeordnete, deren Wahlbezirke durch Gesetz abgegrenzt werden.

In dieser Wahlversammlung hat

: 1 - D f l : i	1 Stimme,
jeder Berufsangehörige	
jeder selbständige Grundbesitzer	2 Stimmen,
jeder Besitzer einer spannfähigen Ackernahrung	3 Stimmen,
Jeder Eigentümer eines Gutes von mehr als Morgen	
oder Mark Reinertrag	4 Stimmen.

Art. 23

Die berufsständische Wahlversammlung der Industrie und des Handels wählt ... Abgeordnete, deren Bezirke durch Gesetz abgegrenzt werden.

In der Wahlversammlung hat

jeder Berufsangehörige	1 Stimme,
jeder selbständige Unternehmer	2 Stimmen,
jeder Inhaber eines Betriebes, welcher mehr als 10 Gehilfen	
dauernd beschäftigt	3 Stimmen,
jeder Inhaber eines Unternehmens, welches mehr als	
Mark Gewerbesteuer zahlt	4 Stimmen.

Art. 24

Die berufsständische Wahlversammlung des Handwerks wählt . . . Abgeordnete, deren Bezirke durch Gesetz abgegrenzt werden.

In der Wahlversammlung hat

jeder Berufsangehörige	1 Stimme,
jeder selbständige Unternehmer	2 Stimmen,
jeder Inhaber eines Unternehmens, welches dauernd mehr als	
10 Gehilfen beschäftigt	3 Stimmen.

Art. 25

Die berufsständische Wahlversammlung der Staats- und Gemeindebeamten, der Angehörigen freier Berufe und der Rentner wählt ... Abgeordnete, deren Bezirke durch Gesetz abgegrenzt werden.

In dieser Wahlversammlung hat

jeder Angehörige	1 Stimme,
jeder Angehörige mit Hochschulbildung	1 weitere Stimme,
jeder Angehörige, welcher ein eigenes Haus besitzt oder	
ein Einkommen von mehr als Mark versteuert	1 weitere Stimme.

Art. 26

Wählbar als Abgeordneter ist jeder Mecklenburg-Strelitzer Staatsbürger, welcher diese Eigenschaft seit mindestens 3 Jahren besitzt und selbst der betreffenden Wahlversammlung angehört.

Art. 27

Wer an den Wahlen zur Ständekurie teilzunehmen berechtigt ist, nimmt an den Wahlen seiner berufsständischen Wahlversammlung nicht teil, es sei denn, daß er auf die Teilnahme an den Wahlen zur Ständekurie verzichtet. Die Wählbarkeit in der betreffenden berufsständischen Wahlversammlung bleibt auf jeden Fall erhalten.

Art. 28

Wer in zwei berufsständischen Wahlversammlungen zur Wahl berechtigt sein würde, hat sich vor jeder Wahl zu erklären, zu welcher Wahlversammlung er gerechnet werden will. Eine Teilnahme an verschiedenen Wahlen findet nicht statt.

Art. 29

Die Zuteilung zu den einzelnen Wahlversammlungen und die Zuteilung der Stimmen erfolgt durch das Staatsministerium oder eine andere von ihm zu bestimmende Behörde. Glaubt sich der Betreffende in seinen Rechten verletzt, so entscheidet auf seinen Antrag der Oberste Gerichtshof.

Art. 30

Die Abgeordneten der Kurien der Stände und der Berufsstände tagen und stimmen stets gemeinschaftlich, so daß die Mehrheit sämtlicher abgegebener Stimmen entscheidet. Eine getrennte Abstimmung findet niemals statt.

Art. 31

Der Großherzog eröffnet, schließt und vertagt den Landtag. Er muß ihn jedes Jahr im Laufe des Monats Januar berufen und kann ihn gegen seinen Willen nicht auf längere Zeit als 3 Monate vertagen.

Art. 32

Der Landtag regelt seinen Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung.

Art. 33

Die Abgeordneten erhalten Tagegelder und Entschädigungen nach Maßgabe des Gesetzes.

Art. 34

Neben den Abgeordneten können die vom Großherzog ernannten Mitglieder des Staatsrates den Verhandlungen des Landtages mit beratender Stimme beiwohnen. Es sollen hierzu vornehmlich solche Personen berufen werden, deren besondere Erfahrungen und Kenntnisse die Verhandlungen des Landtages fördern können.

Titel VI

Von der richterlichen Gewalt

Art. 35

Die richterlichen Beamten werden gemäß den Vorschriften der Reichsgesetze vom Großherzog ernannt.

Art. 36

Die Abgrenzung der Gerichtsbezirke erfolgt durch das Gesetz.

Titel VII

Von den Finanzen

Art. 37

Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen jedes Jahr im voraus auf den Staatshaushaltsvoranschlag gebracht werden. Dieser wird jedes Jahr dem Landtage im Januar vorgelegt zur Genehmigung wie ein Gesetz.

Art. 38

Sämtliche Vermögensstücke und Einkünfte des Staates unterliegen der Kontrolle des Landtages im Rahmen des Staatshaushaltsvoranschlages und können nur mit seiner Zustimmung verändert oder fortgegeben werden.

Art. 39

Anleihen zu Lasten des Staates können nur mit Genehmigung des Landtages aufgenommen werden.

Art. 40

Alle stattgehabten Einnahmen und Ausgaben werden jedes Jahr auf die Staatshaushaltsrechnung gebracht. Diese wird vom Rechnungshofe geprüft und mit seinen Bemerkungen dem Landtag vorgelegt, damit dieser über die Entlastung der Staatsregierung beschließen kann.

Titel VIII

Von der Verbindung mit dem Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin

Art. 41

Die auf den Großherzoglichen Hausgesetzen beruhende erbrechtliche Verbindung der beiden Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz bleibt unberührt.

20. 24. 10. 1917 Verfassungsentwurf

Art. 42

Die Gesetzgebung der beiden Großherzogtümer ist soweit als möglich eine gemeinsame. Die Vorlagen werden von den beiden Regierungen gemeinsam dem Landtag unterbreitet und in gemeinsamer Tagung der Abgeordneten beider Großherzogtümer durch einheitliche Abstimmung erledigt.

Art. 43

In folgenden Punkten findet eine getrennte Tagung und besondere Abstimmung der Abgeordneten des betreffenden Großherzogtums statt.

- 1. Beim Staatshaushaltsvoranschlag.
- 2. Bei Anleihen und anderen finanziellen Angelegenheiten, welche nur das betreffende Großherzogtum berühren.
- 3. Bei anderen Angelegenheiten, welche nach Ansicht der beiden Regierungen nur eines der Großherzogtümer betreffen können.

Art. 44

Die Schaffung und Unterhaltung gemeinsamer Anstalten und Einrichtungen beider Großherzogtümer erfolgt durch Staatsverträge, welche der Genehmigung beider Landtage in getrennter Abstimmung unterliegen.

Erläuterung

Vorstehender Entwurf ist noch ebenso unvollkommen wie unvollständig. Er soll nur einen Ausdruck der Grundgedanken für einen eventuellen endgültigen Entwurf darstellen.

Hinsichtlich des äußeren Aufbaues ist dabei folgendes zu bemerken: Der Titel I soll nur zum Ausdruck bringen, daß Mecklenburg nunmehr ein "Staat" wird. Der Titel enthält aber zugleich die Dispositionen der ganzen Verfassung, so daß jedem Artikel ein folgender Titel entspricht. Die heutige Wissenschaft versteht unter einem Staat ein begrenztes Gebiet, besiedelt vom Volke, zur Einheit erhoben durch eine gemeinsame Staatsgewalt. Dem entsprechen die ersten Artikel. Bei der Staatsgewalt ist dann wieder die heute noch allgemein übliche Teilung der Gewalten zugrunde gelegt. Artikel 6 hat gerade bei Mecklenburg besondere Bedeutung, Artikel 7 ebenso. Diesen sieben Artikeln entsprechen nun die folgenden sieben Titel.

Titel III ist einstweilen unausgefüllt und auch bei Bezifferung der Artikel einfach übergangen. Er würde bei dem heutigen Stande kaum eine praktische Bedeutung haben, da die meisten diesbezüglichen Punkte schon durch das Reichsrecht geregelt sind. Da aber die Linke erfahrungsgemäß Wert auf diese Dinge legt, empfiehlt es sich, hier wenigstens einige Grundsätze über das Wesen der staatsbürgerlichen Rechte aufzunehmen.

28. 10. 1917: Staatsminister Langfeld (Schwerin) an Bredt (Berlin)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für das gefällige Schreiben vom 24. des Monats mit der Skizze eines Verfassungsentwurfs, der mich außerordentlich interessiert hat.

Da aber unser neuer Entwurf sich wesentlich an unsere früheren Entwürfe eines Landesgrundgesetzes und eines Wahlgesetzes9) anschließen muß, über welche im allgemeinen Einverständnis mit den Ständen erzielt ist, so empfiehlt es sich meines Erachtens, das Diktamen des Landrats Grafen von Schwerin, für welches Sie gütigst Ihre Hilfe in Aussicht gestellt hatten, auf die Bestimmungen über die Zusammensetzung des Landtags zu beschränken und auch hierbei nur die Grundlinien wiederzugeben. Herr Bock-Groß Welzin hatte mit einigen anderen Herren schon einen Entwurf aufgestellt, zu dem ich nur einige Bemerkungen zu machen hatte. Es dürfte sich nun darum handeln, diesen Entwurf in die richtige Form zu bringen, um ihn als Grundlage des Diktamens verwenden zu können. Dieses Diktamen soll ja nicht in der Form eines Initiativantrags einen vollständigen Gesetzentwurf bringen, sondern lediglich weiteren Verhandlungen zwischen Ständen und den Regierungen den Weg öffnen. Zur Förderung dieses Zwecks empfahl ich den Herren, in das Diktamen den Antrag an die Regierungen aufzunehmen, Kommissare zu bestellen zur Verhandlung mit von den Ständen zu wählenden Deputierten über die nähere Ausgestaltung der von den Verfassern des Diktamens gemachten Vorschläge über die Zusammensetzung des neuen Landtags.

Hiernach glaube ich, Ihnen zur Zeit die Umstände einer Reise nach hier ersparen zu können. Sollte ich nach dem 8ten November nach Berlin kommen, so werde ich versuchen, dort mit Ihnen Fühlung zu nehmen.

In ausgezeichneter Hochachtung
Euer Hochwohlgeboren
ergebenster
Langfeld
Staatsminister

⁹) Der Entwurf eines Landesgrundgesetzes (Schwerin 1908) stammte in erster Linie von Langfeld; Pol. Archiv, I. A. A. f. (Mecklenburg) 21: Mecklenburgische Verfassungsreform. Bd. 1; Langfeld S. 257 ff.

28. 10. 1917: Staatsminister Langfeld (Schwerin) an Staatsminister Bossart (Neustrelitz)

Staatsarchiv Schwerin, Verfassungsakten des Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministeriums, eigenhändig.

Euer Exzellenz

bestätige ich mit bestem Danke den Empfang des gefälligen Schreibens vom 23. des Monats.¹⁰)

Meine Bemerkungen über das Verhältnis zwischen den ständischen und nichtständischen Abgeordneten im neuen Landtage beruhte auf der Erwägung, daß eine Vereinbarung mit den Ständen über den Verfassungsentwurf nur unter der Voraussetzung zu erreichen sein wird, daß man ihnen eine erhebliche Vertreterzahl in dem neuen Landtage zugesteht, wenn auch nicht ganz die Hälfte. Eine zu oktroyierende Verfassung würde dagegen, wie dies auch bei der Junibesprechung¹¹) zutage trat, die ständischen Vertreter auf etwa ein Drittel des Plenums beschränken können.

Herr Professor Bredt hat mir nun auch die Skizze eines Verfassungsentwurfs zugesandt, welche mich sehr interessiert hat, die aber über das praktisch unbedingt Notwendige — und darauf haben wir uns ja bisher beschränkt, um nicht die Reibungsflächen noch zu vermehren — meines Erachtens weit hinausgeht. Ich habe ihm deshalb empfohlen, das von ihm etwa auszuarbeitende Diktamen auf die Zusammensetzung des Landtages zu beschränken.

Ich nehme nun an, daß der Mildenitzer das Diktamen erst bringt, nachdem er auf dem Landtag dafür noch tunlichst Anhänger geworben hat. Hieran können sich leicht Besprechungen auch mit den Kommissarien schließen.¹²) Schon aus diesem Grunde würde ich es für sehr erwünscht halten, wenn Euer Exzellenz sich entschließen könnten, selbst zum Landtag zu kommen. Ich würde dies aber auch deshalb begrüßen, weil ich dadurch Gelegenheit fände, mit Ihnen alle die neue Verfassungsvorlage betreffenden Fragen in Ruhe zu erörtern. Ich bringe dazu alles Material mit. Zum Sonntag werden Sie, ebenso wie wir dies beabsichtigen, wohl stets nach Hause reisen können.

Der Landrat, *Graf Schwerin*, scheint darauf zu rechnen, daß er von Ihnen für den Landtag vom Militärdienst reklamiert wird.¹³)

In vorzüglicher Hochachtung Euer Exzellenz ergebenster Langfeld

¹⁰⁾ Siehe S. 316 f. Nr. 18.

¹¹⁾ Siehe S. 315 Anm. 2.

¹²) Der in Sternberg vom 18.—19. 12. 1917 versammelte Landtag wählte gemäß einer Aufforderung der beiden mecklenburgischen Regierungen am 18. Dezember Kommissionsmitglieder zur "kommissarisch-deputatischen" Beratung der Verfassungsreform; Schulthess 1917/I S. 1038.

¹³) Graf Schwerin schrieb abschließend am 20. Oktober an Langfeld: "Ob ich zum Landtag kommen werde, hängt davon ab, welchen Wert meine Landesregierung darauf legt und ob sie mich bei meinem Generalkommando 66 anfordert." Siehe S. 316 f. Anm. 6.

11. 11. 1917: Staatsminister Bossart (Neustrelitz) an Staatsminister Langfeld (Schwerin)

Staatsarchiv Schwerin, Verfassungsakten des Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministeriums, eigenhändig, Auszug.

[...]

Die von Professor Bredt entworfene Skizze eines Verfassungsentwurfs anlangend, so habe ich ihm mündlich ungefähr dasselbe gesagt, was Ew. Exzellenz mir schrieben. Er sagte mir, daß er bishin keinen unserer Verfassungsentwürfe gekannt und nur das einigermaßen in eine ihm angemessen erscheinende Form gebracht hat, was Graf Schwerin-Mildenitz und die beiden anderen Herren¹⁴) ihm vorgetragen hätten. Das übrige sei nur eine Art Rahmen gewesen, der natürlich in Fortfall kommen müsse. Ich habe ihm darauf ein Exemplar des Verfassungsentwurfs von 1913¹⁵) eingehändigt, und hat er mir darauf verheißen, die Sache nochmals mit Graf Schwerin eingehend zu besprechen und sich bei Ausarbeitung des Diktamens auf die notwendigsten Punkte zu beschränken. Leider schrieb mir Graf Schwerin vor einigen Tagen, daß er, da ihm sein Divisionskommandeur Urlaub für den Landtag verweigert habe, sich zur Verwendung an die Westfront gemeldet und anderenfalls seinen Abschied erbeten habe. Damals war unser offizielles Gesuch um Urlaubserteilung für Graf Schwerin noch unterwegs. Ich hoffe, daß er doch noch Erfolg hat, zumal auch Prof. Bredt sich wieder für kurze Zeit an die Ostfront begeben hat, um Schwerin frei zu machen. 16) Ich habe mich entschlossen, diesmal selber zum Landtag zu kommen, wünschte nur, daß es möglich wäre über Sonntag hierher zurückzukommen, worauf der Großherzog Wert zu legen scheint. Ich nehme an, daß auch die übrigen Strelitzer Herren wegen der besonderen Zeitverhältnisse denselben Wunsch hegen. Vielleicht kann die Schweriner Regierung uns zur Erfüllung des Wunsches behilflich sein. [...]

24.

12. 12. 1917: Graf Schwerin-Mildenitz (Sternberg) an Bredt

Nachlaß Bredt, eigenhändig, Auszug.

[...]

Wie schade, daß Sie den diesjährigen Landtag nicht mehr besuchen konnten, — es wird sich nicht nachholen lassen, denn es wird wohl der letzte in Sternberg

¹⁴) Bock-Welzin und v. Arenstorff-Zahren, siehe S. 316 Anm. 6.

¹⁵⁾ Langfeld S. 272 ff.

¹⁶⁾ Am 30. Oktober teilte Graf Schwerin Bredt mit, daß er nicht zu einem Treffen nach Lida kommen könne. Bei einer "Verwendung in der Kampffront" werde er sich "natürlich um die Verfassung nicht mehr kümmern, ich hoffe aber, daß ich verschiedene Parteien so zusammengebracht habe, daß wir vielleicht doch zum Vergleichsfrieden kommen werden"; Nachlaß Bredt, eigenhändig.

25. 30. 12. 1917 Bossart an Bredt

sein, und künftig in Schwerin wird es nüchtern und prosaisch werden. Die Verfassungsbehandlung verläuft, wie ich erwartet. In den ersten 14 Tagen war offiziell nichts zu hören, nur verstohlen wurde getuschelt, aber schließlich haben sich die Minister zu einer vertraulichen Besprechung mit Vertrauensleuten begeistert, und im Anschluß daran fand gestern ein Ritterschaftliches Plenum statt, in dem einige präzise Fragen des Ministers Langfeld beantwortet wurden: "Wenn es einmal unmöglich wäre, die alte Verfassung auf berufsständischer Basis auszubauen, gäbe man den Wahlen nach beruflicher Einstellung den Vorzug vor anderen." So ungefähr der Sinn. Veröffentlicht ist der Beschluß noch nicht, da die Landschaft heute die gleichen Fragen beantworten soll und uns daran liegt, daß sie das unbeeinflußt durch das Votum der Ritterschaft tut. (Sie käme sonst vielleicht absichtlich zum entgegengesetzten Resultat.) Seit gestern tauchen neue Vorschläge auf: Ein ähnlicher wie unserer von einigen Mitgliedern beider Stände, ein pedantisch ausgearbeiteter von A. v. Graefe¹⁷), beruflich, aber ohne Pluralsystem, Arbeitgeber und -nehmer gesondert vertreten. Dann ein Vorschlag Barner-Trebbow, der aber den Ministern noch nicht vorliegt (Hinzuziehung von Vertretern der organisierten Berufsstände). Hoffentlich rede ich es Barner aus, denn ich fürchte Zersplitterung. Mit mehreren Bürgermeistern bin ich einig, in der Ritterschaft zählen einige einflußreiche Leute zu unseren Gegnern. Den Regierungen scheint es nur darauf anzukommen, daß wir etwas Gemeinsames, von vornherein Gesichertes, bringen. Was es ist, kommt erst in zweiter Linie.

Sie wollen nicht noch einmal hervortreten und sich eine Ablehnung holen. Natürlich ist derjenige Vorschlag, der ihnen die wenigste Arbeit macht, der liebste.

Da Langfeld uns seinerzeit erklärte, er habe ein Dutzend Entwürfe zur Auswahl, wird ihn kein Vorschlag überraschen können.

Bossart muß sich ja, durch die Verhältnisse gezwungen, den Schweriner Gewaltigen anschließen, wenn er es auch ungern tut. Für mich hat die Verfassungsfrage jedenfalls schon ein positives Resultat, nämlich, daß ich um mein E. K. I. gekommen bin. Aber das ist ja nur äußerlich. [...]

25.

30. 12. 1917: Staatsminister Bossart (Neustrelitz) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, eigenhändig, Auszug.

 $[\ldots]$

Ich bin etwa 8 Tage vor Weihnachten vom Landtag zurückgekehrt und habe sehr bedauert, Sie dort nicht gesehen zu haben. Wahrscheinlich hätte Ihre Anwesenheit auf die Ritterschaft günstig gewirkt. Leider können wir keine großen Erfolge in der Verfassungsfrage verzeichnen, denn die Ansichten beider

¹⁷⁾ MdL (Mecklenburg-Schwerin) 1899—1919.

Schwerin-Mildenitz an Bredt 6. 1. 1918 26.

Stände gehen wieder mal auseinander, und die Ritterschaft möchte offenbar die Sache so lange als möglich verschleppen in der Hoffnung, daß nach dem Kriege auch im Reich der Wind wieder aus einer andern Ecke weht. Die Leute sind unbelehrbar. Allerdings nehme ich die wenigen Gescheiten aus, zu denen ich natürlich auch den Grafen Schwerin rechne. Er ist recht enttäuscht¹⁸) — ebenso wie auch der Graf Schwerin-Göhren¹⁹) —, daß so wenig zu erreichen war. Nach seiner Ansicht kann nur die Furcht vor dem allerschlimmsten die Ritterschaft zum Einlenken bewegen, und die ist noch nicht da. Ich fürchte, daß, wenn sie kommt, es zu spät ist. — Ende Februar sollen wieder kommissarischdeputatische Verhandlungen in Rostock stattfinden, um die Sache bis zu einem außerordentlichen Landtage in Fluß zu halten. —

Mir selber ist der Landtag recht gut bekommen, die Verpflegung war ausgezeichnet und das Ärgern habe ich mir allmählich abgewöhnt. Auch meiner Frau, die Ihnen beste Wünsche und Grüße sendet, geht es gut. — Was sagen Sie zu den Verhandlungen mit Rußland? Zum Frieden werden wir ja wohl kommen, aber wie wird er aussehen! [...]

26.

6. 1. 1918: Graf Schwerin-Mildenitz (Berlin) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, eigenhändig, Auszug.

 $[\ldots]$

Zu Neujahr war ich in Neustrelitz, sprach mit dem Großherzog, — wie es in den Verhältnissen leider liegt, aber flüchtig, — mit dem Minister Bossart und dem Staatsrat Selmer²⁰) dagegen gründlicher über die Verfassung. Ende des Monats Januar werden kommissarisch-deputatische Besprechungen, nicht in Schwerin, sondern in Rostock (was mir sehr viel besser gefällt) stattfinden. Zu Deputierten hat man in Schwerin die extremsten Rechts-Leute gewählt, während aus Strelitz eigentlich alles, was überhaupt etwas zu sagen hat, beteiligt sein wird. Ich finde es gut, daß die schärfsten Gegner einer Verständigung dann zum Wort kommen werden, sonst würden sie später auf dem entscheidenden

¹⁸⁾ Graf Schwerin berichtete Bredt am 28. Dezember nach Marburg über die Verhandlungen; Langfeld habe die Vorschläge als "Berliner" Vorschläge" bezeichnet. "Dies eine Wort schadet ihnen natürlich, und ich freute mich, daß die Namen der Beteiligten vorangesetzt waren. Landrat v. Böhl erklärte, daß er sich nicht gebunden habe und eigentlich auf anderem Boden stehe, Barner wünschte auch einige Einschränkungen, trat aber warm für unsere Gedanken ein. Ebenfalls im Allgemeinen Graefe, der etwas weiter nach links drückt (ist nicht für Pluralwahlen), während Barner am liebsten keine Wahlen, sondern korporative Vertretungen haben will, und wenn es ohne Wahlen nicht zu machen ist, nebenher korporative Vertretungen wünscht, was den Wünschen des Ministers Langfeld entspricht. [...] Im Februar sollen in Schwerin weitere Besprechungen mit ge wählten ständischen Vertretern stattfinden. Die Wahlen sind erfolgt, zeigen aber, daß die Stände auf dem früheren Standpunkt stehen blieben." Nachlaß Bredt.

¹⁹⁾ Schrieb Bredt zuletzt am 14. 11. 1917; Nachlaß Bredt, eigenhändig, nicht abgedruckt.

²⁰) Staatsrat Martin Selmer leitete die Ministerial-Abteilung für das Innere.

Landtag nur noch rabiater werden und auf noch mehr Erfolg rechnen können. Die Zeitungen bringen, wie die Anlagen zeigen, falsche Nachrichten, und ich glaube nicht in böser Absicht, sondern weil sie schlecht orientiert sind, ich mag aber die Presse noch nicht in Bewegung setzen. Die Kölnische Zeitung²¹) schreibt: Die Regierung verfügte in besonderer Note, außer den Gewählten noch Graefe und Becker-Rostock²²) hinzuzuwählen. Ein Wunsch wegen Bürgermeister Becker kam zum Ausdruck, dagegen, meines Wissens, nicht wegen Graefe. Dessen Vorschläge wurden übrigens nicht vor, sondern wohl während der Besprechungen gemacht, bedeuten also nicht seine Wünsche, sondern das, was er während der Verhandlungen als erreich bar erkannt zu haben glaubte. Ich habe mich nicht schroff ablehnend gestellt wie z. B. Barner, um nicht von vornherein alles zum Scheitern zu bringen. — Eine "Itio in partes", wie die Kölnische Zeitung schreibt, fand nicht statt, konnte überhaupt gar nicht in Frage kommen. Wer den Artikel schrieb, kann die Verhältnisse überhaupt nicht kennen.

Die Verlegung des Landtages hatte mit der Verfassung gar nichts zu tun. Es handelte sich um den normalen Schluß des Landtages, — er vertagte sich überhaupt nicht.

Aber soll man so etwas berichtigen?

Bossart rechnet damit, daß die Rostocker Besprechungen ergebnislos bleiben werden. Dann wird er Besprechungen mit frei gewählten Leuten aus der Bevölkerung anregen und ohne Rücksicht auf die Stände mit diesen eine neue Verfassung verabreden, die dann von den Regierungen durchgeführt werden soll. Den Ständen würde die Beschwerde beim Bundesrat angeraten werden, denn die Kompromißinstanz würde die Regierungen für unzuständig erklären, und man müßte dann abwarten, was der Bundesrat tun werde. Dies sei ihm, Bossart, nicht zweifelhaft, und nach Lage der Verhältnisse können die Stände auch kaum Unterstützung durch den Bundesrat erwarten. Ob man diesen Weg in Schwerin wählen wird, — worauf es ankommt, wußte Bossart nicht. Überhaupt fehlt das Zusammenhalten der beiden Regierungen.

Ich fürchte, der Verlauf kann folgender sein: In Rostock erfolgt keine Einigung. Auch beide Regierungen einigen sich nicht. Die Strelitzer Regierung sagt sich von der Union los und oktroyiert eigenmächtig, — die Schweriner Stände stehen den Stargardern (Strelitzern) nicht bei, — die Schweriner Regierung arbeitet unabhängig von Strelitz, und es kommt zu 2 verschiedenen Verfassungen. Welche die liberalere sein wird, kann man noch nicht wissen, — aber Strelitz hat jedenfalls das schlechteste Geschäft gemacht, denn Schwerin kann gut ohne Strelitz auskommen, dagegen sind die Strelitzer künftig im Land selbst gegen uns hülflos, und unsere Stellung im Reich und in Berlin hat ohne den engeren Anschluß an Schwerin sehr an Bedeutung verloren. Alles drängt darauf hin, uns zu verständigen, — ob es aber glücken wird, ist mir zweifelhaft, ich halte die Aussichten aber immerhin für etwas besser, wie Bossart die Lage einschätzt. Wie weit wir in Rostock kommen werden, will ich noch abwarten, wahrscheinlich werde ich dann aber einsehen, daß ich hier nicht mehr helfen kann und werde

²¹) Nicht ermittelt.

²²) Rudolf Becker, Bürgermeister der Stadt Rostock.

Bossart an Bredt 15. 9. 1918 27.

mich wieder als Soldat melden. Dann hört man wenigstens von den unerfreulichen Zuständen in der Heimat vorläufig nichts mehr. Ich fürchte übrigens, daß Bossart sich eine kleine freisinnige Interpellation im Reichstag bestellen wird, obgleich er selbst das Gefühl hat, daß er damit die Ritterschaft nur noch bockiger machen wird. Aber er ist ratlos und macht darum vielleicht auch noch diesen Versuch.

Nun wissen Sie alles und werden keine Freude daran haben, denn wir sind weit davon entfernt, eine für Preußen nachahmenswerte Verfassung aufzubauen! [...]

27.

15. 9. 1918: Staatsminister Bossart (Neustrelitz) an Bredt

Nachlaß Bredt, eigenhändig, Auszug.

 $[\ldots]$

Ich komme aber soeben von einer Reise nach Schlesien zurück, die ich in der Absicht unternommen hatte, mir ein Ruheplätzchen für meine alten Tage zu suchen. Ich habe ein solches auch in Hermsdorf am Kynast gefunden und habe mir dort eine hübsche Villa gekauft. Es war nicht ganz leicht, denn die Nachfrage nach Wohn- und Villengrundstücken ist eine ganz enorme. Ich hatte gleich nach dem Tode des Großherzogs den Schweriner Großherzog um meine Entlassung gebeten, da ich unter den so völlig veränderten Verhältnissen keine Neigung mehr verspürte, noch einem vierten Großherzog zu dienen. Er bat mich zu bleiben, wenigstens so lange bis die Verhältnisse geklärt und die Thronfolgefrage erledigt sei. Das konnte ich nicht abschlagen. Aber meine Freudigkeit für mein Amt ist dahin, und ich sehne mich täglich aus den unerquicklichen Verhältnissen heraus zu kommen. Zunächst muß ja der Verzicht des Herzogs Carl Michael²³) abgewartet werden. Er scheint jetzt im Kaukasus aufgefunden zu sein und hat wahrscheinlich die Anfrage erhalten. Wir erwarten täglich seine Antwort. Verzichtet er, was ich als sicher ansehe, so werden wir nach meiner festen Überzeugung mit Schwerin vereinigt. Sie werden erfahren haben, wie sehr die Strelitzer um ihre Selbständigkeit kämpfen. Mir sind die Hände völlig gebunden, da der Schweriner Großherzog die Regentschaft übernommen hat und da bei unseren unglücklichen staatsrechtlichen Verhältnissen sein Wille allein entscheidend ist. Selbst die Stände scheinen sich damit abgefunden zu haben, in dieser Frage nicht gehört zu werden. Andererseits verlangen die Strelitzer manchen Schweriner Maßnahmen gegenüber offene Opposition des

²³⁾ Carl Michael Herzog zu Mecklenburg (1863—1934), letzter lebender Großonkel des verstorbenen Großherzogs Adolph Friedrich VI., lebte bei Kriegsausbruch in Rußland und fürchtete bei einer Flucht den Verlust seiner Güter; nach der Revolution wurde er von den Bolschewisten zeitweise verhaftet; vgl. einen Bericht des Grafen Schulenburg v. 15. 7. 1918 aus Tiflis. Pol. Archiv, Mecklenburg-Strelitz 1: Allgemeine Angelegenheit (—1919); am 27. 2. 1918 hatte Friedrich Franz IV. v. Mecklenburg-Schwerin die Regierung als Verweser übernommen. Nach der Novemberrevolution brach der Freistaat Mecklenburg-Strelitz seine Verbindungen zu Schwerin ab; vgl. Hamann S. 36 f.

27. 15. 9. 1918 Bossart an Bredt

Staatsministeriums, die natürlich unmöglich ist, teilweise auch auf völlig falschen Voraussetzungen beruht. Man kann schließlich den Schwerinern auch nicht verdenken, wenn sie auf der Erfüllung des Hamburger Vergleichs²⁴) bestehen. — Sie sehen, wenig erfreuliche Zustände! Der verstorbene *Großherzog* hat mich zum Testamentsvollstrecker ernannt, auch eine ungeheure Bürde bei der Gegensätzlichkeit der Interessen und den rechtlich teilweise völlig unklaren Verhältnissen. [...]

²⁴) Der Hamburger Vergleich von 1701 (und der ergänzende landesgrundgesetzliche Erbvergleich von 1755) begründete nach dem Tode des Güstrower Herzogs Gustav Adolf (1695) das Herzogtum Mecklenburg-Strelitz und regelte im Falle des Aussterbens einer Linie die Erbfolge; vgl. Hamann S. 33 f.

III

Zur preußischen Wahlrechtsfrage

(1917—1918)

14. 7. 1917: von Dewitz¹) (Berlin) an Bredt

Nachlaß Bredt, eigenhändig.

Sehr geehrter Herr Kollege

In dem Wirbel des Tages und der Stunden will ich versuchen, Ihren Brief²) vom 12. cts. zu beantworten. Heute Morgen sah ich [im] Generalstabsgebäude Hindenburg, Ludendorff, Michaelis und Wahnschaffe zusammenstehen, also die Männer, in deren Kopf und Hand das Schicksal Deutschlands ruht. Ich bedaure es sehr, daß Ludendorff3) nicht Reichskanzler wurde trotz politischer Fehler, die auf seinem Konto stehen. Die Psyche Deutschlands bedarf unbedingt eines Motors, der sie in Schwung setzt. Das geht Michaelis ab. Er ist zweifellos ein energischer Mann. Ob er aber nicht mehr Beamter als Politiker ist, bleibt unsicher. Nur einen Kanzler letzterer Art können wir aber brauchen. Seine Maiestät fürchtet sich offenbar vor der erdrückenden Willenskraft von Ludendorff. Letzterer hat mit Hindenburg zusammen die Parteiführer, darunter auch Mertin⁴) empfangen. Er [Ludendorff] wünscht, daß die Resolution5) mit einem Verzichtfrieden unterbleibt, hat aber den Grund, der sie unmöglich machte und der lauten mußte, daß sie den Siegeswillen der Armee schwäche, nicht hervorgehoben. Nun wird das Zentrum⁶) ersucht, einen Rückzug anzutreten. Statt dessen soll der neue Reichskanzler eine passende Erklärung abgeben, an der gedoktert wird. Ludendorff hat die militärische Lage als eine gute bezeichnet. An Munition und Rohstoffen sei kein Mangel. Ein Winterfeldzug stehe bevor. Die Wirkung der Tauchboote ist nicht berührt worden. Mir erzählte ein Offizier, der von einer Unterhaltung mit einem aus London kommenden Holländer kam, daß dieser die Lebensmittelzustände in London für schlimmer als die in Berlin bezeichnet habe.

Der Kronprinz hat überall gut gefallen.⁷) Er hat offenbar den Sturz Bethmanns beschleunigt.

¹) Otto von Dewitz (1850—), Landrat a. D., MdA (freik.) s. 1903. — Der Brief trägt den handschriftlichen Vermerk v. Kardorffs: "Mit größtem Interesse gelesen."

²⁾ Im Nachlaß Bredt nicht überliefert.

³⁾ Graf Hertling hatte die Kanzlerschaft zu diesem Zeitpunkt abgelehnt; vgl. v. Müller S. 304 f.

⁴) Erich Mertin (1872—), MdA (freik.) s. 1907, MdR 1912—1918. Die Unterredung fand am 13. Juli statt; vgl. WUA 8 S. 83 f. — Mertin zählte zu den Gegnern Bethmann Hollwegs in der Fraktion; vgl. Quellen 1/I S. 56.

⁵⁾ Die Friedensresolution erschien am 14. Juli im Vorwärts; vgl. WUA 8 S. 86.

^{6) &}quot;Das Zentrum steht sowohl gegen die Oberste Heeresleitung wie gegen den Reichskanzler; es ist für die Friedensresolution. Das Zentrum gibt den Ausschlag dahin, daß der Reichskanzler gestürzt werden kann von rechts, und daß die Friedensresolution angenommen wird von links." (Bredt) WUA 8 S. 83; vgl. Epstein S. 204 ff.; Morsey S. 63.

⁷⁾ Am Vormittag des 12. Juli empfing der Kronprinz im Palais Unter den Linden nacheinander führende Vertreter der Fraktionen; für seine Rolle beim Sturz Bethmann Hollwegs vgl. Quellen 1/I S. 56; Quellen 4 S. 243 f.; v. Müller S. 305; Jonas, Kronprinz S. 140 f.

Was nun die Partei betrifft, so haben Sie in vielem Recht. Aber für die Verhältnisse in der Reichspartei können Sie Zedlitz nicht verantwortlich machen. Schultz mit seiner geschrobenen [?] Passivität und Gamp mit seiner Aktivität am falschen Platz, dazu der Mangel an einer überragenden oder auch nur schöpferischen Persönlichkeit in der Reichspartei sind hier verhängnisvoll geworden. Ich habe mit Kardorff verabredet, daß er im September in Halle spricht. Die Rede wird sicher die Öffentlichkeit stark beschäftigen. Dann sollen an verschiedenen Orten größere Versammlungen folgen. Auch Sie dachte ich zur Übernahme einer Rede am geeigneten Platz zu bitten, aber auch ganz neue Personen von Bedeutung in die Arena zu schleppen. Meines Erachtens muß eine Namensänderung das erste sein. — Reichs- und freikonservative Partei haben abgewirtschaftet. "Konservative Fortschrittspartei" ist die für heute passende Bezeichnung, die ich schon vor 6 Jahren zu wählen vorschlug.

Das gleiche Wahlrecht des Reiches zu akzeptieren werde ich mich weigern. Seine Übertragung auf Preußen hat [nach] den Berechnungen des Statistischen Amtes die Wirkung, daß allerdings im ungünstigsten Fall 125 Sozialdemokraten, 43 Polen und 57 Freisinnige gewählt werden. Etwa 20 neue Abgeordnete bringen der Sozialdemokratie noch eine Stärkung von 18 Mann.

Vorläufig besteht der Plan, daß das Abgeordnetenhaus in die Wahlrechtsvorlage das schon mit dem Minister und den Parteien verabredete Pluralwahlrecht⁸) hineinarbeitet, das unter meiner Mitwirkung außerordentlich demokratisch gestaltet worden ist. Ich glaube nicht, daß ein großer Teil der Nationalliberalen unter Friedbergs Führung das gleiche Wahlrecht annimmt, es sei denn, daß für das allgemeine Wahlrecht die Zahlung einer Staatssteuer als Voraussetzung gilt. Gelte als solche nur die Einkommensteuer, so würden von den 8 Millionen Wähler 3 Millionen ausfallen. Ich bitte Sie jedenfalls, sich auf das gleiche Wahlrecht nicht festzulegen.

Mit bestem Gruß Ihr sehr ergebener v. Dewitz

29.

1. 9. 1917: Bredt: Freikonservatives Programm

Das neue Deutschland (Berlin) S. 625 f.

Eine bestimmte Stellungnahme der Freikonservativen Partei zu den schwebenden politischen Fragen ist noch nicht erfolgt, und man liest in den Zeitungen anderer Parteien nur Vermutungen darüber, wie die Partei sich verhalten werde. Nun kann aber schon mit Rücksicht auf die späteren Wahlen nicht darauf verzichtet werden, hier ein klares Bekenntnis abzulegen, und in diesem Sinne sind die folgenden Zeilen gemeint. Sie sind nur das Programm eines einzelnen, der auf diesem Wege nur zeigen möchte, daß der alte freikonservative Gedanke noch lebt. Die freikonservative Partei geht vom Bestehenden aus und will weder in der

⁸⁾ Vgl. Patemann S. 65 ff.

Regierungsform noch in der Rechts- und Wirtschaftsordnung eine grundsätzliche Änderung. Sie will aber denjenigen Neuerungen und Veränderungen Rechnung tragen, welche sich aus dem Fortschritte der Zeit und aus der Gewalt der Tatsachen heraus ergeben. Sie hält es für besser, in solchen Fällen die Neuerungen in die Hand zu nehmen und in konservativem Sinne einzuführen, anstatt durch bloße Ablehnung des Neuen den Einfluß darauf zu verlieren. Aus diesem Grunde ist es zu bedauern, daß die unabwendbare Änderung des preußischen Wahlrechts nicht frühzeitig durch ein Zusammenwirken der Regierung und der rechten Parteien des Landtages zustande gekommen ist. Es wäre dann möglich gewesen, ein für Preußen geeignetes Wahlrecht zu schaffen und die Frage damit zu erledigen. Heute ist die Sache schon zu spät. Es ist bedauerlich, daß Herr von Bethmann diese Karte in seinen letzten Tagen noch ausspielte und obendrein in dieser Form.9) Das gleiche Wahlrecht hat für Preußen seine großen Bedenken und paßt viel eher für das Reich als für Bundesstaaten, deren Finanzen auf direkten Steuern beruhen. Man kann aber heute nichts mehr ändern, denn der Zeitpunkt ist verpaßt. Man kann das gleiche Wahlrecht im Landtage noch zunächst ablehnen, doch nicht mehr aufhalten. Zu solchen Kraftproben aber eignet sich die heutige Zeit nicht, und darum kann man selbstverständlich seine Bedenken äußern, aber man muß dem Könige entschlossen folgen und für das gleiche Wahlrecht stimmen.

Die Folgen sind für Preußen nicht einfach. Wir können nicht verzichten auf unsere Polenpolitik, und hier müssen uns irgendwelche Garantien gegeben werden, daß unsere deutschen Brüder in der Ostmark nicht den Polen ausgeliefert werden. Weiter muß die Partei sich zum entschlossenen Verteidiger unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung machen und allen sozialisierenden Tendenzen entgegentreten. Sie muß verteidigen den Gedanken des privaten Eigentums, namentlich am Grund und Boden, und der privaten Unternehmung. Der von anderer Seite genügend vertretene Gedanke des Schutzes der Landwirtschaft ist zu unterstützen. Außerdem aber müssen Handel, Industrie und Handwerk an der Partei eine feste Stütze haben, nicht minder auch der Haus- und Grundbesitz.

Die Regelung der Steuerfragen, die Abgrenzung von Reich und Bundesstaaten und der Ausbau der einzelnen Systeme sind baldigst in die Hand zu nehmen.¹⁰) Eine weitere Ausdehnung der Erbschaftssteuer ist in den heutigen Zeiten nicht zu vermeiden. Sie muß aber von den rechten Parteien frühzeitig in die Hand genommen werden, denn anderenfalls kann eine von links kommende Mehrheit Mißbrauch mit dieser Möglichkeit treiben.¹¹)

Schulunterricht ist ein weltlich Geschäft und Sache des Staates. Daher muß die Schulaufsicht nach Möglichkeit beruflichen Inspektoren übertragen werden. Die Behauptung, die Geistlichen hätten sich in dieser Hinsicht nicht bewährt, trifft nicht zu. Sie sind aber nur eine Aushilfe, und die Einführung beruflicher Schulaufsicht muß weiter betrieben werden.

Die Selbstverwaltung ist als beste Frucht des staatsbürgerlichen Gedankens zu

⁹⁾ Für den Erlaß vom 12. Juli vgl. Patemann S. 93.

¹⁰⁾ Siehe S. 339.

¹¹⁾ Vgl. die Rezension von Bredt über Georg Bamberger (Erbrecht des Reichs und Erbschaftssteuer. Leipzig 1917. In: Um Grund und Boden V 1917/18 S. 70—72).

30. 22. 9. 1917 Zedlitz an Bredt

pflegen und die Staatsaufsicht im einzelnen auf ein Mindestmaß zu beschränken. Allerdings müssen auch die Aufgaben der Selbstverwaltung fest umgrenzt werden, denn sozialisierende Angriffe auf das Eigentum stammen heute meist aus übereifrigen Kommunalverwaltungen, welche sich von bodenreformerischen Anschauungen leiten lassen.

Am weiteren Ausbau der Sozialpolitik muß entschlossen mitgearbeitet werden. Wir erkennen das Streben der Arbeiterschaft auf Verbesserung ihrer Lage durchaus als berechtigt an und wollen namentlich mit den christlichen Gewerkschaften in gutem Einvernehmen zusammenarbeiten. Andererseits müssen gerade bei solchen Arbeiten die Unternehmer in der freikonservativen Partei eine entschlossene Vertreterin ihrer berechtigten Interessen finden.

In der Gesetzgebung ist auf gutdurchgebildete und ganze Arbeit zu dringen. Flickwerke, wie der Entwurf zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Kommunalabgabengesetzes sind sofort als ungenügend zu bekämpfen.¹²) Das gesetzestechnisch unhaltbare Wohnungsgesetz muß durch eine gute Arbeit ersetzt werden, und die Partei muß dann dazu übergehen, an der Bearbeitung dieses Stoffes tätigen Anteil zu nehmen.¹³)

In diesem Sinne müssen auch die ganzen anderen unzähligen Dinge behandelt werden, und bei allem muß festgehalten werden an dem Grundsatze: keine Neuerungen einführen, für welche die Zeit nicht reif ist, aber die notwendigen Neuerungen sich nicht von der Linken gewaltsam entwinden lassen, sondern selbst in die Hand nehmen!

Was dann endlich die Politik im ganzen angeht, so kommt alles darauf an, eine starke Staatsgewalt zu haben nach innen und nach außen. Kommt einmal eine Zeit parlamentarischen Regimentes, so darf die Partei sich nicht grollend beiseite setzen, sondern muß sofort entschlossen mitmachen, um in solcher Regierung einen möglichst guten Platz sich zu sichern und dann ihren Einfluß geltend zu machen. An sich aber wollen wir kein parlamentarisches Regiment, ebenso wenig wie das Regiment einer bestimmten Kaste. Freie Bahn dem Tüchtigen! Über dem Ganzen aber muß das Wort stehen, mit dem seinerzeit Friedrich Wilhelm IV. seinen Eid auf die Verfassung schloß:

"Denn in Preußen muß der König regieren!"

30.

22. 9. 1917: von Zedlitz (Berlin) an Bredt (Berlin)

Nachlaß Bredt, eigenhändig.14)

Verehrter Herr Kollege!

Ich bitte Sie geneigtest zu erwägen, ob Sie nicht mit Unterstützung der Fraktion

¹²) Siehe S. 339. — B. war Mitglied der Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes.

¹³⁾ Vgl. Bredt, Preuß. Wohnungsgesetz (1917).

¹⁴⁾ Abschrift ursprünglich im Manuskript der Erinnerungen (S. 241) als charakteristisches Beispiel "für die ganze Art seiner (v. Zedlitz) Fraktionsführung". Siehe auch S. 124.

Bredt an Kardorff 11. 2. 1918 31.

einen Dringlichkeitsantrag auf Vorlegung eines Einkommen- und Ergänzungssteuergesetzes noch in dieser Tagung einbringen wollen. ¹⁵) Der definitive Ausbau unseres Steuersystems ist dringlich als Schutzwehr gegen Übergriffe des Reichs anläßlich des großen Finanzzaubers, es ist aber auch dringlich, daß er von dem jetzigen Abgeordnetenhause durchgeführt wird. Der Sache wegen und weil dadurch der Wahlreform die Wege geebnet werden. Ich habe dem verflossenen Lentze seine Bedenken in einer längeren Unterredung auszureden versucht, kurz ehe er in der Versenkung verschwand. Wie Hergt darüber denkt, weiß ich noch nicht, werde es aber zu ermitteln versuchen. Auf keinen Fall aber kann ein kräftiger Druck von unserer Seite schaden.

An Friedenspräliminarien wird erst zu denken sein, wenn auch die jetzige Offensive der Engländer in Flandern gescheitert ist.

Mit besten Grüßen Ihr ergebenster

Zedlitz

31.

11. 2. 1918: Bredt (Berlin) an v. Kardorff

Bundesarchiv, Nachlaß Kardorff Nr. 8, eigenhändig.

Lieber Kardorff,

als ich vorgestern gerade angesetzt hatte, Ihnen meine Ansicht über Ihren Entwurf¹⁶) zu sagen, pöbelte *Arendt* dazwischen in der bei uns üblichen, anderswo undenkbaren Form. Ehe ich allein stand, wollte ich Ihnen folgendes sagen:

- 1) Kann man den Proporz einführen nur in den Wahlkreisen, wo es zu unseren Gunsten ist? Ich meine, dann verlangen die Sozialdemokraten [dies] auch da, wo eine starke sozialdemokratische Minderheit vorhanden, d. h. Hannover und vor allem Rheinland und Westfalen.
- 2) Wie wollen Sie die Wahlkreiseinteilung in der Verfassung¹⁷) verankern? Man kann eine Verfassungsänderung an erschwerte Bedingungen knüpfen. Man kann aber doch nicht die Wahlkreiseinteilung in die Verfassung aufnehmen. Habe ich das nicht verstanden, oder wie wollen Sie mit den Bedenken fertig werden?

Gruß Bredt

[Randnotiz von Kardorff:

Ego, Bredt, Vorster, Arendt, Wagner, Oertzen, Eckert, Peters (?)]

¹⁵⁾ Erfolgte nicht.

¹⁶) Vorschlag Kardorffs für die allgemeine Besprechung der Gesetzentwürfe betr. Wahlen zum Abgeordnetenhaus in der 23. Kommission, die am 11. 1. 1918 zur ersten Sitzung zusammengetreten war. — Drucksachen Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 9 S. 5329 ff. Patemann S. 134.

¹⁷⁾ Siehe auch S. 133.

22. 2. 1918: Bredt (Berlin) an v. Kardorff

Bundesarchiv, Nachlaß Kardorff Nr. 8, eigenhändig.

Lieber Kardorff.

Ihre Ansicht über den Antrag betreffend Gemeindewahlrecht¹⁸) teile ich vollkommen. Im Schutzverband für Deutschen Grundbesitz war man schon aus den Zeitungen darauf aufmerksam geworden und will nun versuchen, auch weitere Kreise gegen dies gemeingefährliche Treiben auf die Schanzen zu rufen. Namentlich aus konservativen Äußerungen habe ich dabei entnommen, daß unsere Partei dort ziemlich den letzten Rest von Vertrauen eingebüßt hat. In liberalen Kreisen faßt man die Sache offenbar anders auf, und ich kann es mir nur so erklären, daß die Vossische Zeitung in den letzten Tagen mehrfach offen ausgesprochen hat, wir ständen vor dem Umfallen.¹⁹)

In der Fraktion werden Sie nichts erreichen, denn dort kommt ja eine bestimmte Stellungnahme nach keiner Richtung mehr zustande. Im übrigen würde es auch nichts mehr nützen, wenn nun der Antrag zurückgenommen würde, denn der Schaden ist nun einmal angerichtet und das Vertrauen in allen beteiligten Kreisen verloren.

Besten Gruß

Bredt.

33.

4. 3. 1918: Bredt (Berlin) an Geheimrat Delbrück (Berlin)

Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Nachlaß Delbrück, eigenhändig.

Sehr geehrter Herr Geheimrat.

Für einige Tage hierher zurückgekehrt — ich bin im Stabe Oberost — finde ich Ihren freundlichen Brief, für den ich Ihnen herzlich danke.²⁰)

Die Sache²¹) ist mir sehr wichtig und ich möchte gern auch weiteren Kreisen diese Gedanken nahe bringen. Am liebsten wäre mir ein Verkauf von Sonder-Abzügen. Geht das noch zu machen? Anderenfalls könnte man vielleicht einige Zeitungen, vor allem die *Vossische*, bitten, etwas darüber zu schreiben.

¹⁸) Bredt lehnte entschieden das gleiche Kommunalwahlrecht ab, da in den Gemeinden im Gegensatz zu Preußen die königl. Gewalt als "Regulator gegenüber zu weitgehenden Beschlüssen des Parlaments" fehle. Verhandlungen Pr. Abg.-Hs. 1916/18 Bd. 9 Sp. 9754 (6.5.1918)

¹⁹) Vossische Zeitung Nr. 98 (Abendausgabe) v. 20. 2. 1918 "Die Aussichten des gleichen Wahlrechts".

²⁰) Nicht überliefert.

²¹) Differenzierung zwischen Landtags- und Kommunalwahlrecht.

Zur Wahlrechtsfrage 1. 6. 1918 34.

Mein Gedanke ist der, dem Fortschritt eine goldene Brücke zu bauen und ihm in aller Freundschaft zu sagen, kein Mensch fände eine Inkonsequenz darin, wenn er das gleiche Gemeindewahlrecht ablehne. Durch die heutige Taktik in der [23.] Kommission²²) treibt man den Fortschritt zum Gegenteil — und gegen seinen Willen. Ich meine, aus diesen Gründen müßte man mit meinem Aufsatz²³) noch etwas hausieren gehen.

Eine freundliche Antwort erreicht mich am besten via Abgeordnetenhaus.

Mit hochachtungsvoller Empfehlung ganz ergebenst Bredt

34.

1. 6. 1918: Bredt (Hauptquartier Oberost): Zur Abstimmung in der preußischen Wahlrechtsfrage

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Landtagsabgeordneter Professor Dr. Bredt (Marburg) hat der Marburger Oberhessischen Zeitung folgende Erklärung²⁴) übersandt:

Aus Marburg geht mir die Nachricht zu, daß eine Versammlung der Konservativen und des Bundes der Landwirte den Beschluß gefaßt habe, sie bedauere, daß ich für das "die Rechte der Krone untergrabende und die Herrschaft der Straße in Aussicht stellende" gleiche Wahlrecht gestimmt habe und erwarte, daß ich mich rechtfertige.²⁵) Ich kann darauf nur erklären, daß mir gar keine andere Möglichkeit mehr vorhanden schien. Das von den Rechts-Parteien vorgeschlagene Pluralwahlrecht war erledigt, als auch der wahlrechtsfeindliche Flügel der Nationalliberalen seine Verbindung mit den Konservativen löste. An diesem Tage war die Sache des gleichen Wahlrechts entschieden, und man konnte nur noch daran denken, die Entscheidung hinauszuschieben oder weitere Schwierigkeiten zu bereiten. Dazu sind aber die heutigen Zeiten weiß Gott nicht angetan. Wir müssen alle Kraft und alles Sinnen daran setzen, den äußeren Feind zu schlagen und haben keine Zeit dafür, innere Kämpfe für eine verlorene Sache zu führen nur um des Kampfes willen. Da wollen wir lieber freiwillig das gewähren, was doch nicht mehr aufzuhalten ist.

²²) Vgl. WUA 8 S. 186 f.

²³) Am 11. März antwortete Delbrück (Deutsche Staatsbibliothek Berlin, Nachlaß Delbrück, Briefkonzept, Durchschlag), daß er den Aufsatz gern unter der Voraussetzung drucken wolle, "daß Sie den Aufsatz selbst mit Ihrem vollen Namen als Abgeordneter zeichnen". Der Aufsatz erschien unter dem von Delbrück gewählten Titel "Landtags- und Kommunalwahlrecht" in den Preuß. Jahrbüchern (1918).

²⁴) Wurde in Nr. 128 der Oberhessischen Zeitung v. 4. 6. 1918 ungekürzt veröffentlicht: "Hauptquartier Ober-Ost, den 1. Juni 1918".

²⁵) Siehe S. 136.

Daß ich damit gegen die Ansicht meiner Wähler gehandelt habe, glaube ich nun und nimmer. Bei meinem letzten Aufenthalt in Marburg ist von allen Seiten — und namentlich guten Konservativen — derart auf mich eingeredet worden, in der Wahlrechtssache nachzugeben, daß bei mir über die wahre Stimmung der Marburger Konservativen gar kein Zweifel herrschen kann. Jene Marburger Versammlung war nach meiner Kenntnis von einem auswärtigen Geschäftsführer des Bundes der Landwirte veranlaßt und kann mich nicht beeinflussen. Meine Ansicht deckt sich mit dem, was mir in Marburg von allen Seiten, mit verschwindenden Ausnahmen, nachdrücklichst gesagt worden ist.

Jedenfalls glaube ich der konservativen Sache, zu der ich mich nach wie vor bekenne, besser gedient zu haben, indem ich um des inneren Friedens willen frühzeitig nachgab, als wenn ich mich auf das Parteiprogramm versteift hätte in einer gänzlich aussichtslosen Sache.

Im übrigen werde ich, sobald es mir möglich ist, nach Marburg kommen und mich auch öffentlich rechtfertigen.

IV

Die Wirtschaftspartei (Reichspartei des deutschen Mittelstandes)
(1921—1930)

13. 1. 1921: Zur Preußenwahl

Deutsche Hausbesitzer-Zeitung (Berlin) Nr. 2, S. 5.

Der Wahlausschuß des Preußischen Landesverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine hat festgestellt, daß die politischen Parteien dem Verlangen unseres Verbandes, uns geeignet erscheinende Vertreter des Hausbesitzes an sicherer Stelle der Landes- bzw. Wahlkreislisten aufzustellen, entweder überhaupt nicht oder nur in ganz unzureichender Weise entsprochen haben. Der Preußische Landesverband hat dies den ihm angeschlossenen Einzelverbänden und Einzelvereinen mitgeteilt, mit dem Ersuchen, bei den bevorstehenden Landtagswahlen in die Wahlbewegung selbständig einzutreten und etwaigenfalls mit der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes zusammenzugehen.

In Übereinstimmung mit diesem Vorgehen hat die Delegiertenversammlung des Berliner Bundes der Haus- und Grundbesitzer am 10. d. Mts. nach einem mit großer Begeisterung aufgenommenen Vortrage des Universitätsprofessors Dr. Bredt aus Marburg folgende Entschließung angenommen:

"Der Bund der Berliner Grundbesitzervereine ist nicht gewillt, die von der Preußischen Zwangswirtschaft dem Hausbesitz aufgezwungene Knechtschaft länger zu tragen. Den Weg zur Freiheit werden wir nur wiederfinden, wenn wir das Wirtschaftsleben von den Fesseln der Parteipolitik befreien und uns auf uns selbst besinnen. Für die Preußischen Landtagswahlen kann es deshalb nur eine Parole geben: Los von der Parteipolitik! Vereinigen wir uns zur selbständigen Wahrung unserer Lebensinteressen."

36.

30. 6. 1924: Bredt (Marburg) an Graf Westarp (Berlin)

Nachlaß Westarp, Maschinenschrift.1)

Sehr geehrter Herr Graf!

Gestatten Sie mir, mich schriftlich an Sie zu wenden, weil ich Ihnen eine Sache unterbreiten möchte, die vielleicht reifliche Erwägung verdient.

Ich habe schon öfter mit Herren von Ihnen²) über eine Erscheinung gesprochen, die ich auch in meinem Kirchenrecht erwähnt habe, nämlich die, daß die herrschende Koalition der Mitte im Reichstage und im Landtage sofort auseinanderfällt, wenn es sich um Kulturfragen, insbesondere solche der Kirche handelt.³) In solchen Fällen bildet sich ad hoc eine Mehrheit von rechts herüber, die bis hinter das Zentrum, ohne Demokraten, reicht. Daher habe ich immer gesagt,

Von Herrn Dr. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen freundlicherweise zur Verfügung gestellt; eine Antwort Graf Westarps ist nicht überliefert.

²⁾ Gemeint ist die Deutschnationale Volkspartei.

³⁾ Neues ev. Kirchenrecht für Preußen II (1922) S. 86.

37. 29. 12. 1924 Loebell an Bredt

wenn einmal eine solche Frage in den Mittelpunkt des Interesses träte, würde vermutlich die ganze innere Politik danach umgestaltet werden. Nun kam jetzt Herr Mumm⁴) zu mir, um zu fragen, ob wir es mitmachen würden, wenn jetzt die Frage des Reichsschulgesetzes auf streng christlicher Grundlage aufgerollt würde. Ich konnte nur erwidern, daß wir selbstverständlich in diesem Sinne mitarbeiten würden. Ich möchte Ihnen aber zu erwägen geben, ob die Sache nicht noch eine viel weiterreichende Bedeutung hat.

Herr Mumm sagte mit Recht, es sei jetzt eine Mehrheit für solches Gesetz vorhanden. Das bedeutet aber, daß damit auch die Möglichkeit für eine Regierung auf dieser Grundlage, ohne Demokraten, gegeben ist. Ich meine also, man sollte das Reichsschulgesetz nicht nur einbringen, sondern die Frage mit aller Energie aufrollen. Damit würde man gleichzeitig noch etwas weiteres erreichen. Die Regierung spielt stark mit dem Gedanken einer Auflösung mit der Parole des Sachverständigen-Gutachtens.⁵) Sie wird sich aber schwer hüten, solchen Gedanken noch auszusprechen, wenn es sich gleichzeitig um die Frage der christlichen Schule handelt. Diese Parole wirkt so stark nach der bürgerlichen Rechten, daß man es darauf nicht wird ankommen lassen. Ich meine also, man setzt die Regierung gewissermaßen matt, wenn man den Gedanken des Reichschulgesetzes in die Waagschale wirft. Kein Mensch kann auch einen Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Politik daraus konstruieren, obwohl er sich tatsächlich ergibt. Der Erfolg ist ganz einfach der, daß die Regierung sich notgedrungen nach rechts halten muß.

Bitte überlegen Sie sich den Gedanken, der, wie gesagt, alten Gedankengängen von mir entsprechen würde.

 $\begin{array}{c} \text{Mit ausgezeichneter Hochachtung} \\ \text{Ihr ergebenster} \\ Bredt \end{array}$

37.

29. 12. 1924: Staatsminister von Loebell (Berlin) an Bredt

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Sehr geehrter Herr Professor Bredt!

Die einzelnen Organisationen, die im Reichsbürgerrat⁶) zusammengeschlossen sind, erstreben seit Monaten in Fortsetzung ihrer früheren Politik einen möglichst engen Zusammenschluß derjenigen bürgerlichen Parteien, die auf nationalem Boden stehen. Ich bin aus diesem Gedankengang heraus mehrfach gedrängt

⁴⁾ Reinhard Mumm (1873-1932), MdR (DNVP/CSVD) 1919-1932.

⁵⁾ Die am 30. November 1923 von der Reparations-Kommission berufenen Sachverständigenausschüsse überreichten am 9. 4. 1924 der Reparationskommission ihre Berichte; gemeint ist wohl der von *Dawes* gezeichnete Bericht des 1. Sachverständigenausschusses; vgl. Schulthess 1924 S. 402—406.

⁶) Siehe S. 178.

Rheinbaben an Bredt 25. 3. 1925 38.

worden, die Vorbereitungen für die Präsidentenwahl im kommenden Jahre anzuregen, da nur bei gemeinschaftlichem Vorgehen und bei einer Zurückstellung alles Trennenden überhaupt Aussichten sind, einen Reichspräsidentenkandidaten durchzubringen, der von der Sozialdemokratie unabhängig ist. Ich habe daraufhin zunächst im Deutschen-Spiegel den Ihnen vermutlich bekannten Artikel "Die Reichspräsidentenwahl"?) veröffentlicht. Dieser Artikel ist von zahlreichen Zeitungen übernommen worden, und es ging mir eine große Zahl von Briefen zu, die ohne jede Ausnahme mich auffordern, in der von mir angedeuteten Weise die Präsidentenwahlvorbereitungen in Fluß zu bringen und durchzuführen. Ich bin grundsätzlich bereit, diesen Aufforderungen zu folgen, will jedoch nicht eigenbrödlerisch mit der von mir geleiteten Organisation der Reichsbürgerräte vorgehen, sondern wende mich zunächst an Sie, da mir daran gelegen ist, gerade in dieser Frage im engsten Einvernehmen mit den führenden wirtschaftlichen und in Frage kommenden politischen Organisationen sowie mit einflußreichen Persönlichkeiten vorzugehen. Da dank der Organisationen Schwarz-Rot-Gold⁸) die Linke bereits über eine geschlossene Wahlorganisation für die Reichspräsidentenwahl verfügt, halte ich es für dringend notwendig, daß auch die nationalen Parteien und Organisationen der Frage der Wahlvorbereitungen ohne Zögern nahetreten.

Falls Sie meinen Anregungen zustimmen, möchte ich Sie bitten, mir mitzuteilen, ob in den ersten Tagen des neuen Jahres eine persönliche Unterredung möglich ist und wo und wann dieselbe am besten stattfinden könnte. Ich beabsichtige zunächst unverbindlich mit den vorhin erwähnten in Frage kommenden Faktoren in Beziehung zu treten, um dann durch Besprechungen mit diesen bestimmte Vorschläge für die Wahlvorbereitungen ausarbeiten zu können. Mit bester Empfehlung in besonderer Hochschätzung

Ihr aufrichtig ergebener von Loebell

38.

25. 3. 1925: Frhr. v. Rheinbaben (Berlin) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift, Auszug.

 $[\ldots]$

Eins steht allerdings jetzt außerhalb jeden Zweifels: das ist die Stellung des Loebell-Ausschusses.⁹) Aufgrund Ihres Auftrages ging ich am Montag nachmittag um 6 Uhr zu Exzellenz von Loebell. Er steht einer Kandidatur Geßlers, wie er mir

⁷⁾ Der Deutschen-Spiegel (Berlin) Jg. 1, 1924 S. 13-19. Vgl. Dorpalen S. 66.

⁸⁾ Der 1924 gegründete republikanische Wehrverband war nicht in Hinsicht auf die kommenden Wahlen gegründet worden; vgl. Rohe passim.

⁹) Siehe S. 178 f.; vgl. v. Loebell, Die Verhandlungen des Loebell-Ausschusses. In: Der Deutschen-Spiegel v. 27. 3. 1925 S. 581—587.

erklärte, ganz ablehnend gegenüber und motivierte dieses damit, daß er eine Sammelkandidatur der Weimaraner Koalition für einen Kinderschreck hielte. Dagegen glaubte er für Herrn Jarres mit 12–14 Millionen an Stimmenzahl bereits im ersten Wahlgang rechnen zu dürfen, die sich im zweiten Wahlgang erhöhen würde. Keine andere Partei könnte nach Ansicht von Herrn von Loebell eine solche Menge Stimmen auf sich vereinigen, so daß Herrn Jarres im zweiten Wahlgang die relative Mehrheit sicher sei. Ich hatte schon bei der Unterredung den Eindruck, daß die Ablehnung einer Kandidatur Geßlers kein taktisches Manöver mir gegenüber sei, sondern eine auf innerer Überzeugung Exzellenz von Loebells beruhende Äußerung. Mittlerweile ist die Ihnen zweifellos schon bekannte Erklärung des Loebell-Ausschusses¹0) herausgekommen, nach welcher er auch im zweiten Wahlgang unbedingt an einer Kandidatur Jarres festzuhalten gedenkt. Auf meine ausdrückliche Frage, was ich Ihnen, Herr Professor, zu antworten hätte, sagte Herr von Loebell: "Bitten Sie Herrn Professor Bredt, daß er sich ganz ruhig hält und nichts unternimmt."

Über die Stellungnahme des Reichslandbundes hatte ich schon die Ehre, Ihnen zu berichten. Die betreffende Persönlichkeit, mit der ich neulich gesprochen hatte und die gestern bei uns zu Gast war, sieht jedoch die Situation insofern als verändert an, als durch die Kandidatur Ludendorffs etwa eine Million Stimmen gesondert zu betrachten sind und man diese 1 Million wahrscheinlich auf Hindenburg (?!), vielleicht Jarres, keinesfalls auf Geßler ablenken könnte. Demgegenüber stehen zuverlässige Äußerungen aus dem Reichswehrministerium, die eine teilweise Ablenkung der Ludendorffschen Stimmen auf Geßler für möglich halten. Für diese Kreise würde jedoch eine Kandidatur Geßlers nur dann in Frage kommen, wenn ein Sieg nach menschlichem Ermessen gesichert wäre, denn unterliegen möchten die militärischen Verbände lieber mit Jarres als mit Geßler.

Bei Demokraten und Zentrum scheinen immer noch wesentliche Kreise für eine Kandidatur Geßlers zu haben zu sein. Jedenfalls spielte das Berliner Tageblatt neulich darauf an, und auch die heutige Berliner Zeitung, welche mit gleicher Post an Sie abgeht.¹²)

Der Schlüssel liegt bei diesen beiden Parteien. Die Gruppe Stegerwald dürfte nach Ermittlungen ohne weiteres einer Kandidatur Geßlers zustimmen. Mit zweckentsprechenden Persönlichkeiten der Demokraten wollte unser neulicher Gastgeber Fühlung nehmen, jedoch habe ich nicht den Eindruck, daß diese Fühlungnahme sehr nachhaltig betrieben werden wird.

Voraussetzung wäre ferner die Umstellung des Loebell-Ausschusses, die nach der gestrigen Proklamation einer Ausschaltung gleichkommen müßte.

An sich wäre es wünschenswert, schon jetzt die Vorarbeiten vorzunehmen, um im entsprechenden Augenblick nach dem ersten Wahlgang nicht zu viel Zeit zu verlieren. Andererseits steht im gegenwärtigen Moment alles "Gewehr bei Fuß", und keiner wagt es, aus taktischen und psychologischen Gründen auch nur

¹⁰⁾ Dorpalen S. 68; Nachlaß Jarres Nr. 59.

¹¹⁾ Fehlt im Nachlaß.

¹²⁾ Vgl. allgemein Horkenbach 1918—1930 S. 209 f.; Gessler S. 333 ff.

Loebell-Ausschuß 31. 3.—7. 5. 1925 39.

Patrouillen vorzutreiben. Mir selbst will es scheinen, als sei jetzt große Vorsicht des Manövrierens geboten. Es wird gut sein, den Gedanken der Kandidatur Geßlers wachzuhalten, wenn es möglich sein sollte, ihn auch zu propagieren; aber eine gewaltsame Erkundung — um im militärischen Bilde zu bleiben — könnte für die ganze Sache gefahrbringend werden. [...]

39.

31. 3.—7. 5. 1925: Bericht über Sitzungen des Loebell-Ausschusses, Verzeichnis der Teilnehmer

Nachlaß Bredt, 29. 12. 1931: Haeuber (Berlin) an Bredt, Maschinenschrift, Auszug. [...]

Protokolle wurden bei den Sitzungen auf ausdrücklichen Wunsch der Mitglieder des Loebell-Ausschusses nicht geführt, weil die Gefahr bestand, daß sie durch Indiskretionen in die Presse gelangen könnten. Statt der erbetenen Protokolle habe ich Ihnen aber aus den gesammelten Zeitungsausschnitten die aus der ersten Woche nach dem ersten Wahlgang stammenden Ausschnitte aussuchen lassen und lasse sie Ihnen gleichzeitig zuschicken. Ich wäre erfreut, wenn Sie sich daraus die gestellten Fragen beantworten könnten. Ich möchte Sie bitten, mir die Ausschnitte nach Durchsicht und Benutzung wieder zurückzusenden, damit unser Archiv wenigstens in dieser Beziehung vollständig bleibt.

Aus meiner Erinnerung kann ich über die Vorgänge nur folgendes mitteilen: Die erste Sitzung des Ausschusses nach der ersten Wahl fand am Dienstag, dem 31. März, vormittags statt. In ihr wurde zunächst nur beschlossen, daß der Reichsblock auch für den zweiten Wahlgang in seiner organisatorischen Form bestehen bleiben müßte und daß eine neue Sitzung einberufen werden sollte, sobald Herr Dr. Jarres in der Lage sei, an den Verhandlungen teilzunehmen. Bereits in dieser Sitzung wurde aber nicht nur seitens der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei, sondern beispielsweise vom Vertreter des Herrn Generaldirektors Dr. Vögler¹³) darauf hingewiesen, daß die Aussichten, Herrn Dr. Jarres im zweiten Wahlgang durchzubringen, sehr gering seien, auch die Wirtschaftspartei äußerte sich ähnlich. Bei den Verhandlungen vor dem ersten Wahlgang hatte stets Herr Graf Westarp, der damalige Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei an den Verhandlungen teilgenommen. Er war aber unmittelbar nach dem ersten Wahlgang auf ärztliche Anordnung hin zur Kur nach dem Weißen Hirsch bei Dresden gefahren. An seine Stelle war als offizieller Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei nunmehr Herr Dr. Winckler¹⁴) getreten. Eine Kandidatur Hindenburgs wurde in der ersten Sitzung noch nicht erwähnt. Dagegen tauchte im Reichstag und angeblich auch in der Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei diese Kandidatur bereits auf. Vertreter der

¹³) Albert Vögler (1877—1945), Vorsitzender des Vorstandes der Vereinigten Stahlwerke.

¹⁴) Friedrich Winckler (1856—) MdL (Preußen) s. 1921, Nachfolger Hergts im Parteivorsitz, zählte zur gemäßigt konservativen Gruppe der Partei; Graf Westarp übernahm erst im Frühjahr 1926 den Parteivorsitz; vgl. Thimme S. 126.

Deutschnationalen Volkspartei, wenn ich richtig unterrichtet bin, vor allem Herr Admiral v. Tirpitz, sollen schon zu dieser Zeit, zunächst allerdings inoffiziell und nur persönlich, mit Hindenburg die Fühlung genommen haben, um festzustellen, ob er bereit wäre, eine Kandidatur anzunehmen, wenn sie ihm vom Loebell-Ausschuß offiziell angeboten würde. 15) Die Zeitungsausschnitte berichteten über die Besprechung und suchten, die Einigung des Reichsblocks zu zerstören. Die Sitzung, die über die Kandidatur für den zweiten Wahlgang entscheiden sollte, wurde am Donnerstag, dem 2. April, nachmittags abgehalten, nachdem Herr Dr. Jarres am Vormittag in Berlin eingetroffen war und mit Exzellenz von Loebell Rücksprache genommen hatte. Von Loebell verteidigte die Kandidatur Jarres auch für den zweiten Wahlgang. In der Nachmittagssitzung gab lediglich die Deutsche Volkspartei ihren Beschluß bekannt, an Jarres festzuhalten. Der Ausschuß nahm aber trotz dem Vorschlag von Loebell, die Kandidatur Jarres auch für den zweiten Wahlgang endgültig zu proklamieren, noch keine positive Stellung. In dieser Sitzung erklärte m. W. Herr Dr. Winckler, daß die Deutschnationale Volkspartei diese Kandidatur für aussichtslos halte und nach einer Kandidatur suche, die die restlose Zustimmung auch der Bayerischen Volkspartei finde und die zahlreichen Nichtwähler im Lande mobilisiere. Herr Dr. Jarres verließ die Sitzung vor ihrer Beendigung. Er gab die Erklärung ab, daß er seine Person hinter die Sache zurückstellen würde und eine neue Kandidatur nur dann anzunehmen gedenke, wenn er von allen am Reichsblock beteiligten Parteien nominiert würde. Nach dieser Sitzung fand im Hotel Continental im engeren Kreise um Herrn Jarres ein gemeinschaftliches Abendessen statt, an dem eine große Zahl Führer der rheinisch-westfälischen Wirtschaft teilnahmen, die sich ihrerseits einmütig stark für die Kandidatur Jarres einsetzten. Aus dem Lande waren zahllose Telegramme beim Reichsblock eingetroffen, die durchweg unter gemeinschaftlicher Zeichnung der jeweiligen lokal zum Reichsblock zusammengefaßten Parteien, auch der Deutschnationalen, ein Festhalten an der Kandidatur Jarres verlangten.

In der Öffentlichkeit wurde auf der Reichsblockseite, meines Erinnerns zuerst in der Berliner Börsen-Zeitung in großer Aufmachung die Kandidatur Hindenburgs verlangt. 16) Der weitere Verlauf der Verhandlungen ist mir nicht mehr ganz gegenwärtig. Es fand am Sonnabend, den 4. April nochmals eine Sitzung statt, in der für Herrn Dr. Jarres nur noch die Deutsche Volkspartei und Herr von Graefe eintraten, während die Wirtschaftspartei und die Deutschnationale Volkspartei bereits offen für eine Kandidatur Hindenburgs sich einsetzten. Von Loebell wurde beauftragt, mit Hindenburg zu sprechen. Es begann eine Reihe von Gesprächen. Die Verhandlungen wurden in Hannover größtenteils durch den damaligen Major [Oskar] von Hindenburg geführt, von Berlin aus zum Teil durch mich persönlich. Es ergab sich schließlich, daß Hindenburg bereit sein würde, die Kandidatur anzunehmen, wenn er offiziell von Loebell namens des Reichsblocks aufgefordert würde. In der Zwischenzeit hatte die Bayerische Volkspartei erklärt, daß sie eine Kandidatur Hindenburgs ihrerseits unterstützen würde. 17)

¹⁵) Vgl. auch für das Folgende Thimme S. 126 ff.

¹⁶) Vgl. ergänzend Dorpalen S. 69; Schmidt-Hannover S. 193 ff.

¹⁷⁾ Hauss S. 97.

Darauf fand am Mittwoch, dem 8. April, mittags, die entscheidende Sitzung des Reichsblock-Ausschusses statt. Die Kandidatur Hindenburgs wurde einstimmig proklamiert, nachdem vorher Herr Dr. Jarres auf telefonische Anfrage Loebells sich selbst in einem Telegramm an Hindenburg gewandt und ihn um Übernahme der Kandidatur gebeten hatte. 18) Die Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärten, daß auch diese sich einem Mehrheitsbeschluß des Reichsblocks fügen würde.

Anwesenheitsliste¹⁹) vom 31. März 1925

v. Schwabach, Frhr. v. Gayl, Dr. Freundt, Dannenberg, Wulle, Otto Colosser, Kempkes, Hepp, v. Zengen, Kriegsheim, Bredt, Drewitz, Winckler, Dr. Oestreich, Schultz-Bromberg.

Anwesenheitsliste vom 2. April 1925

Dr. Oestreich, Winckler, Dr. Freundt, Wallraf, Zapf, Bredt, Dr. von Campe, Hampe, Kempkes, Fehr, Drewitz, Hepp, Weidenhofr [Weidenhöfer?], Schlange-Schöningen, v. Graefe, Frhr. v. Gayl, Schultz-Bromberg, Fabian.

Anwesenheitsliste vom 4. April 1925

Dr. Oestreich, Otto Colosser, Dr. von Campe, Kempkes, Hepp, Graf Kalckreuth, Bredt, Graf Reventlow, v. Graefe, Frhr. von Gayl, Schlange-Schöningen, Wallraf, Winckler.

Anwesenheitsliste vom 8. April 1925

Dr. Oestreich, Baltrusch, Dr. Freundt, Wallraf, v. Richter, Winckler, Brüninghaus, v. Goldacker, Kempkes, Schneider, Curtius, Kriegsheim, Drewitz, Hepp, Reventlow, Kalckreuth, v. Graefe, Hampe, Braunschweig, Frhr. v. Gayl, Otto Colosser, Schlange-Schöningen, Carl Ladendorff, v. Dommes, Mayer, Halle a. S., v. Borsig, v. Westerberg, Halle a. S., v. Keudell, Franz Behrens, Schiele, Reichsmin. d. I.

Anwesenheitsliste vom 7. Mai 1925

Dr. Freundt, Wulle, F. Seldte, Magdeburg, A. v. Graefe, A. Zapf, v. Knoblauch, Kempkes, Stauß, Otto Colosser, Graf Westarp. H. Drewitz.

¹⁸) Thimme S. 132.

¹⁹) Abschrift (auch die folgenden Listen), Vermerk von Dr. E. Haeuber.

8. 4. 1925: Aufruf der Wirtschaftspartei zur Kandidatur Hindenburgs

Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 16 v. 18. 4. 1925.

Der Parteivorstand der Wirtschaftspartei veröffentlicht nachstehenden Aufruf:²⁰)

"Parteifreunde! Unseren heißen Bemühungen, im Sinne des einmütig gefaßten Beschlusses der am 7. April aus dem ganzen Reiche nach Berlin geeilten Parteifreunde und Vertrauensleute, eine Kandidatur *Hindenburgs* im Reiche durchzusetzen, ist ein voller Erfolg beschieden. Der Marschall ist aufgestellt und hat die Kandidatur angenommen. Das deutsche Volk wird dem Feldmarschall Dank wissen, daß er trotz seines hohen Alters in dieser schweren Schicksalsstunde das Vaterland nicht im Stiche gelassen. Nun dürfen aber auch wir dem Heros unseres Volkes die Gefolgschaft nicht versagen.

Parteifreunde! Die Parole lautet jetzt: Mit ganzer Kraft, mit ganzem Herzen ans Werk! Der Sieg muß unser sein. Es lebe unser Feldmarschall v. Hindenburg!"

41.

7. 11. 1925: Kronprinz Wilhelm (Schloß Oels i. Schl.) an Bredt

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Lieber, verehrter Professor Bredt!

Heute möchte ich mich in einer Angelegenheit an Sie wenden, die mir sehr am Herzen liegt und bei der ich gern Ihre Unterstützung erlangen möchte. Es handelt sich um folgendes:

Ihnen wird sicher nicht entgangen sein, daß seit einiger Zeit wieder eine ganz gemeine und systematische Hetze gegen die Mitglieder unseres Hauses in der Presse im Schwunge ist.²¹) Die Gründe für die Hetze liegen auf der Hand. In gewissen Kreisen besteht wohl die Befürchtung, daß die Republik doch nicht den Erwartungen vieler Deutscher entsprochen hat, und daß die Gefahr einer Wiederkehr der Monarchie eine latente ist. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten hat auch in gewissen Kreisen die Ansicht verstärkt, daß diese Reichspräsidentenschaft eine allmähliche Überleitung zur monarchischen Staatsform ist; eine Ansicht, die natürlich völlig irrig ist, denn für jeden denkenden Menschen

²⁰) Mit einer geringen Abweichung ("auch in dieser schweren Schicksalsstunde") zunächst in: Mitteilungsblatt des Reichsblocks zur Durchführung der Reichspräsidentenwahl Nr. 9 (Berlin) v. 9. 4. 1925 S. 2.

²¹) Die durch Gerichtsurteile anerkannten Aufwertungsansprüche von Fürstenhäusern, die über die gesetzlichen Aufwertungsansprüche weit hinausgingen, führten zu einer heftigen publizistischen Reaktion; im Februar 1926 brachten schließlich die Koalitionsparteien ein Initiativgesetz über die Abfindung der Fürstenhäuser ein.

ist gerade durch die Vertretung der deutschen Regierung in der Person Hindenburgs - um den volkstümlichen Ausdruck zu gebrauchen - der neue Staat "salonfähig" geworden. Wie dem auch sei, so geht doch aus all den neuerlichen Presseangriffen gegen die Mitglieder des Hohenzollernhauses deutlich hervor, daß von gewisser Seite systematisch daran gearbeitet wird, dem deutschen Volke sein früheres Herrscherhaus zu verekeln. Meine Freunde und ich haben uns selbstverständlich überlegt, was gegen derartige Zeitungsangriffe zu tun ist. Wir sind zu der Überzeugung gelangt, daß der Weg der gerichtlichen Klage zu nichts führt. Selbst bei einer Verurteilung eines Redakteurs in einem Einzelfall würde es sich nur um eine geringe Geldstrafe handeln, so wie heutzutage die Verhältnisse einmal liegen. Auf der anderen Seite aber würden Mitglieder unseres Hauses gezwungen sein, vor den Schranken des Gerichts als Zeuge zu erscheinen, und die Linkskreise hätten gerade das erreicht, was sie erreichen wollten, nämlich: Sensationsprozeß. Ich erinnere an den Fall, als mein Bruder Eitel-Friedrich wegen Kapitalverschiebung in Berlin vor Gericht erscheinen mußte.22)

Ich wollte Sie nun bitten, ob Sie nicht einen Weg wüßten, daß man irgendwie die Regierung veranlassen könnte, gegen diese Angriffe des ehemaligen Königshauses in irgendeiner Form vorzugehen, z. B. gelegentliche rücksichtslose Verbote derartiger Schmutzblätter.

Ich weiß, daß Sie, Herr Professor, einen großen Einfluß auch hinter den Kulissen im Parlament bei allen Parteien besitzen und wäre Ihnen unendlich dankbar, wenn Sie diesen Einfluß in der skizzierten Richtung geltend machen könnten. Deutschland ist eine Republik, und kein verständiger Mensch denkt heute daran, auf gewaltsamem Wege diese Staatsform umzustoßen; umsoweniger aber ist es berechtigt, daß gewisse Elemente dauernd die deutsche Vergangenheit und Mitglieder des ehemaligen Königshauses verunglimpfen dürfen.

Ich würde mich sehr freuen, von Ihnen bald eine kurze Antwort zu erhalten.

Mit den allerherzlichsten Grüßen verbleibe ich Ihr getreuer

Milhelm

42.

23. 12. 1925: Kronprinz Wilhelm (Schloß Oels i. Schl.) an Bredt

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Sehr verehrter Herr Professor!

Zu meinem lebhaften Bedauern höre ich, daß gewisse Verdrießlichkeiten persönlicher wie sachlicher Art Ihre uns so wertvolle Mitarbeit an den Aufgaben der Generalverwaltung des Königlichen Hauses getrübt haben.²³) Ich würde es auf-

²²) Heinig S. 157 ff.

²³) Siehe S. 206 f.

richtig bedauern, wenn hierdurch Ihre wertvolle Unterstützung beeinträchtigt würde. Und gerade in der augenblicklichen Zeit, wo die für die Auseinandersetzung zwischen Krone und Staat bestehenden Schwierigkeiten doppelte Anstrengung erfordern. Ich persönlich schätze Ihren Rat und Ihren Einfluß sehr hoch und hoffe, daß derselbe den Interessen meines Hauses auch weiter geliehen wird. Meinem persönlichen Dank möchte ich jedenfalls zum bevorstehenden Weihnachtsfest, zu dem ich Ihnen ebenso wie zum neuen Jahr alles Gute wünsche, Ausdruck geben und hoffe, Ihnen mit dem beifolgenden Zigarettenetui eine kleine Weihnachtsfreude machen zu können.

Mit besten Grüßen Ihr Wilhelm

43.

26. 5. 1926 : Lodgman-Auen (Teplitz-Schönau) an Bredt (Berlin)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 22. Mai.²⁴) In der Angelegenheit B. werde ich Ihnen das Ergebnis der Rücksprache der beiderseitigen Vertreter seinerzeit mitteilen. Jedenfalls danke ich Ihnen für Ihre wiederholten Bemühungen in dieser Angelegenheit.

Was die übrigen Ausführungen Ihres Schreibens anbelangt, so möchte ich auf sie ebenso offen antworten, wie sie vorgebracht worden sind, und da muß ich für meine Person allerdings sagen, daß ich für die Propagierung der von Ihnen geschriebenen Ideen nicht in Frage komme. Abgesehen davon, daß ich bis auf weiteres keine öffentliche politische Tätigkeit zu entfalten gedenke, stehe ich auch zu dem Gedanken der Gründung von politischen Standesparteien (und um eine solche handelt es sich hier) im schärfsten Widerspruch. Ich halte im Gegenteil die Zerteilung der Volksgemeinschaft auf verschiedene Klassen- oder Standesparteien für ein Unglück, gleichgiltig, ob sich solche Gründungen in den geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten oder aber innerhalb der fremden Staaten vollziehen sollen. Der ganze Gegensatz zwischen der Deutschen Nationalpartei der Tschechoslowakei und den anderen Parteien ist ja geradezu auf diese einander widersprechenden Ansichten zurückzuführen:

Sozialdemokratie — Klassenpartei der Arbeiter,

²⁴) Fehlt im Nachlaß Bredt. Bei der Angelegenheit B. handelt es sich um ein Ehrengerichtsverfahren zwischen Lodgman-Auen und Dr. Baeran; Nachlaß Bredt. — Zur Person von R. Lodgman (von) Auen (1877—1962), vorübergehend Mitglied des tschech. Abgeordnetenhauses (Deutsche Nationalpartei), vgl. Albert Karl Simon, Rudolf Lodgman v. Auen und das deutsch-tschechische Verhältnis. In: Beiträge zum dt.-tsch. Verhältnis im 19. u. 20 Jahrhundert. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum Bd. 19. München 1967 S. 47—77 und Viktor Aschenbrenner, in: Neue Österreichische Biographie ab 1855, Bd. 17 (1968) S. 93—105.

Bund der Landwirte - Klassenpartei der Bauern,

Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei — Klassenpartei der wirtschaftlich Abhängigen,

Deutsche Gewerbepartei - Klassenpartei des Gewerbe- und Handelsstandes.

Diese Aufteilung des Volkes liegt zweifellos im Zuge unserer materialistischen Zeit. Sie führt aber praktisch dazu, daß die wirtschaftlichen Interessen dieser Standes- und Klassenparteien in den Mittelpunkt des Programmes gestellt und die nationalen Forderungen vernachlässigt werden. Bei der Sozialdemokratie braucht es diesbezüglich keines Beweises; bei der Klassenpartei des bäuerlichen Mittelstandes, die sich bei uns [Deutscher] Bund der Landwirte nennt, haben wir in der jüngsten Zeit den schlagensten Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung erlebt. Der Bund der Landwirte hat nämlich für die Einführung der landwirtschaftlichen Zölle im Prager Parlamente gestimmt und damit die größte Schwierigkeit für die Zusammenarbeit der alltschechischen Koalition beseitigen geholfen. Da nämlich die tschechischen Sozialdemokraten für die landwirtschaftlichen Zölle aus begreiflichen Gründen nicht zu haben waren, so hat sich die derzeitige Beamtenregierung einen entsprechenden Initiativantrag bei den tschechischen Agrariern bestellt und dabei richtig so spekuliert, daß der Bund der Landwirte, als Gefangener seiner eigenen Schlagworte von der Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Zölle, unmöglich gegen diesen Antrag stimmen werde. 25) Nach Einführung der landwirtschaftlichen Zölle aber wird sich die frühere alltschechische Koalition wiederum in Eintracht zusammenfinden, was für den Herbst sicher zu gewärtigen ist. Es hat sich hier also der Fall ergeben, daß eine angeblich auf nationaler Grundlage stehende mittelständische Klassenpartei ihre Aufgabe nicht darin erblickt hat, der tschechischen Regierung und dem tschechischen Staate unter allen Umständen und selbst mit Hintansetzung sonst begreiflicher wirtschaftlicher Forderungen Schwierigkeiten zu bereiten, sondern sie hat diese wirtschaftlichen Forderungen vor die nationalen Erwägungen gestellt und ist ihren wirtschaftlichen Schlagworten erlegen.

Ähnliche Beispiele ließen sich darüber hinaus anführen, es dürfte aber das Angeführte genügen, um Ihnen verständlich zu machen, warum ich als Mitglied der Deutschen Nationalpartei und Verfechter des Gedankens der deutschen Volksgemeinschaft nicht dazu beitragen kann, die Ideen der Standesforderungen im politischen Leben zu vertiefen. Mag dies nun schon in Deutschland oder Österreich erträglich sein (obzwar ich auch dies bestreite), so wäre es innerhalb der Tschechoslowakei vom nationalen Standpunkte aus geradezu verwerflich, und ich freue mich, in dieser Beziehung mit Ihnen übereinzustimmen, da Sie schreiben, daß Sie nicht daran dächten, die "Partei des deutschen Mittelstandes" auch in der Tschechoslowakei und in Polen aufzumachen, weil dies eine Zersplitterung der Kräfte bedeutete. Sie wünschen daher lediglich eine gewisse Verbindung mit parlamentarischen Gruppen, welche ihre Ideen innerhalb ihrer Partei vertreten könnten.

Auch hiezu eignet sich die Deutsche Nationalpartei nicht. Diese muß im Gegenteil innerhalb ihrer Kreise derartige Ideen bekämpfen, denn sie bekämpft ja

²⁵) Schulthess 1926 S. 206.

auch den Standesgedanken außerhalb ihrer Kreise, und sie ist eine entschiedene Gegnerin des Gedankens, die Interessen des "deutschen mittleren Bürgertums" in gleicher Weise zu vertreten, wie die Interessen der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie vertreten werden. Wir bestreiten, daß derartige Gedanken Mittelpunkt eines politischen Programms sein dürfen und behaupten, daß das deutsche Volk Mitteleuropas zunächst einmal die Aufgabe hätte, seiner völkischen staatlichen Einigung zu leben; diesem Gedanken hätten sich alle anderen politischen Programmspunkte bedingungslos unterzuordnen, dies kann aber niemals von einer Standespartei erwartet werden, welche genötigt ist, ihren Anhängern zu verkünden, daß sie in erster Reihe für ihre Standesinteressen eintreten werde; solange diese mit den völkischen Interessen nicht in Widerstreit geraten, solange mag dies gehen, in dem Augenblick aber, in welchem ein solcher Widerstreit eintritt, entscheidet sich die Standespartei notgedrungen für das wirtschaftliche Moment und läßt das nationale Moment fallen.

Was die Arbeit unter der akademischen Jugend anbelangt, so soll sie nach ihren Ausführungen darin bestehen, "daß der nationale Zusammenschluß des deutschen Bürgertums in kultureller Beziehung vertreten wird". Auch mit diesem Programme kann ich mich nicht einverstanden erklären. Wir haben nicht den Zusammenschluß des deutschen "Bürgertums" in kultureller Beziehung zu vertreten, sondern die kulturelle Volksgemeinschaft, gleichgiltig, ob "Bürger" oder "Arbeiter", wobei ich auf die Vieldeutigkeit des Begriffes "Bürgertum" gar nicht eingehen will, sondern diesen Ausdruck als Gegensatz zum "Handarbeitertum" nehme, wie er sich in der politischen Terminologie (in gänzlich verfehlter Weise) entwickelt hat. Ganz gefährlich schiene mir eine Agitation innerhalb der Studentenschaft, welche letzten Endes dahin führen müßte, den Standesdünkel und die Klassengegensätze recht hervorzukehren, denn die Aufgabe der Studentenschaft ist nach meiner Auffassung die Aufgabe des Führertums im nationalen Kampfe (und von diesem schließe ich Deutschland und Österreich nicht aus), nicht aber Führertum für Standesinteressen.

Daß meiner Partei aus der Zusammenarbeit mit der "Partei des deutschen Mittelstandes" keine politischen Schwierigkeiten erwüchsen, könnte für sie in keiner Weise ausschlaggebend sein. Das Programm, welches die Deutsche Nationalpartei urbi et orbi vertritt, bietet schon an sich die Gewähr, daß sie als staatsgefährlich betrachtet und demgemäß behandelt wird. Darin aber erblickt eben die Deutsche Nationalpartei ihre geschichtliche Aufgabe, sie sucht den alldeutschen Volksgedanken bis zu jenem Tage lebendig zu erhalten, in welchem er sich auch politisch wird auswirken können. Daher ist es auch in den Augen der deutschnational Gesinnten durchaus keine Empfehlung für eine reichsdeutsche Partei, wenn sie die Frage des Bestandes der Tschechoslowakei überhaupt nicht zu streifen gedenkt, wie Sie schreiben. Im Gegenteil: Nach Auffassung der Deutschen Nationalpartei in der Tschechoslowakei ist es die vornehmste Pflicht der nationalen reichsdeutschen Parteien, das Unsittliche in dem Bestande eines Staates zu betonen, welcher unter Vergewaltigung von mehr als 3 Millionen Deutschen zustande gekommen ist. Nur dadurch, daß auch die reichsdeutschen Parteien bei jeder Gelegenheit ihren Anhängern vor Augen führen, daß auch die Auslandsdeutschen vom Deutschen Reiche staatspolitisch erfaßt werden müssen, nur dadurch kann meines Erachtens das allenthalben notwendige Gefühl der einheitlichen Volksgemeinschaft erwachsen. Selbstverständlich beschränke ich mich dabei nicht auf das Sudetendeutschtum, was von diesem gilt, muß genau so vom südtiroler oder polnischen Deutschtum gelten.

Alles in allem muß ich also zu meinem Bedauern sagen, daß ich mit den politischen Programmspunkten Ihrer Partei, soweit ich diese bis jetzt aus Ihrem Schreiben überblicken kann, übereinzustimmen leider nicht in der Lage bin und daß ich für meine Person zweifle, daß die Deutsche Nationalpartei in der Tschechoslowakei in der Lage wäre, die von Ihnen gewünschte Tätigkeit, sei es auch nur in Form von Sympathiebezeugungen für das politische Programm der "Partei des deutschen Mittelstandes" aufzunehmen, weil dieses dem eigenen Programme durchaus widerspricht.

Die Kreise, welche eine solche Tätigkeit entwickeln könnten, wären die hierzulande ständisch, also in diesem Falle "mittelständisch" orientierten Kreise, um bei diesem eigentlich recht wenig besagenden Ausdruck zu bleiben. Er zerfällt schon bei uns in die Kreise um die Deutsche Gewerbepartei und den Bund der Landwirte, wobei aber auch ein großer Teil der Nationalsozialisten in diese Gruppe gehört, nämlich die zahlreichen Beamten und Angestellten. Ich bin selbstverständlich sehr gerne bereit, Ihre Fühlungnahme zu diesen Gruppen zu vermitteln, falls Ihre Partei darauf Wert legt. Denn ich kenne begreiflicherweise auch die maßgebenden Persönlichkeiten dieser Gruppen. Nur habe ich es für meine Pflicht gehalten, Sie über meine Auffassung und darüber nicht im Unklaren zu lassen, daß die Deutsche Nationalpartei die Errichtung dieser Standesparteien für verfehlt hält und diese daher politisch bekämpft. Da Sie, geehrter Herr Abgeordneter, in Ihrem Schreiben einen besonderen Wert auf die Heranziehung der Intelligenzkreise zu legen scheinen, so halte ich mich auch für verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß der größte Teil der Intelligenz allerdings im Lager der Deutschen Nationalpartei zu finden sein dürfte und daß insbesondere die akademischen Berufe dieser Partei zum größten Teil anhängen.

Ich würde mich freuen, mit Ihnen gelegentlich über diese ganze Sache sprechen zu können und bitte nur noch zum Schlusse, meine offenen Ausführungen nicht mißzuverstehen, zumal sie nur zu dem Zweck erfolgt sind, Ihnen ein klares Bild über die hiesigen Verhältnisse zu vermitteln.

Ich zeichne in vorzüglicher Hochachtung mit deutschem Gruße

ergebenst Lodgman

Soeben erhalte ich die beiliegende Zeitung (Parteiblatt der Deutschen Nationalpartei)²⁶), welche die Auffassung der Partei wiedergibt. Der Schlußsatz bezieht sich auf die Deutsche Gewerbepartei, welche mit dem Bunde der Landwirte einen einheitlichen parlamentarischen Klub bildet.

²⁶) Fehlt im Nachlaß Bredt.

31. 3. 1930: Staatsminister Weber (Dresden) an Bredt (Berlin)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Hochverehrter Herr Kollege Bredt!

Zu Ihrer Ernennung zum Reichsjustizminister spreche ich Ihnen hiermit meine herzlichsten Glückwünsche aus. Mich freut es außerordentlich, daß unsere Partei nunmehr sich auch an der verantwortlichen Regierungsarbeit im Reiche beteiligt. Ich habe es bisher als außerordentlichen Mangel empfunden, daß ich bei der Vertretung der Belange des Freistaates Sachsen und insbesondere bei der Verfechtung von Zielen im Interesse der Erhaltung und Stärkung des Mittelstandes niemals eine Verbindung zu Mitgliedern der Reichsregierung besaß. Durch Ihre Ernennung zum Mitglied des Reichskabinetts wird dieser Mangel beseitigt, und ich darf daher wohl die Bitte und die Hoffnung aussprechen, daß die Verbindung durch weitere persönliche Fühlungnahme hergestellt wird.

Ich wünsche Ihnen zu dem verantwortungsvollen Amte volle Gesundheit und bin mir gewiß, daß Ihre Arbeit dem Ansehen der Partei dienen und dem deutschen Volke, insbesondere dem Mittelstande, zum Segen gereichen wird.

 $\begin{array}{c} \text{Mit vorzüglicher Hochachtung} \\ \text{Ihr} \\ \text{Weber} \end{array}$

45.

25. 9. 1930: Aussage Hitlers vor dem Reichsgericht

Bundesarchiv, R 43 I/1446 Bl. 252—253, Maschinenschrift. Auszug aus dem Protokoll der Kabinettssitzung vom 25. 9. 1930 (11.00 Uhr).
[...]

Der Reichsminister der Justiz [Bredt] gab an Hand der B.Z. am Mittag und weiterer Nachrichten, die ihm zugegangen waren, eine Darstellung der Aussage Hitlers vor dem Reichsgericht am Vormittage des 25. September 1930, soweit sie vorlag.²⁷) Nach seiner Auffassung habe die Aussage den Angeklagten mehr geschadet als genützt. Auch in dem Hochverratsprozeß gegen Hitler selbst dürfte die Aussage gegen Hitler und Goebbels zu verwerten sein.

Auf Wunsch des Reichskanzlers wurde mit dem Oberreichsanwalt [Werner] telefonische Verbindung aufgenommen.

Inzwischen erklärte der Reichsbankpräsident [Luther], daß nach Mitteilungen, die er am Vormittage erhalten habe, die Börse zwar ungünstiger sei als am Tage vorher, aber nicht so schlecht wie etwa nach einer gefährlichen Rede Hitlers zu erwarten wäre. Die Rede scheine demnach also nicht ernst genommen worden zu sein. Immerhin sei es ihm unverständlich, wie eine Zeitung sie in

²⁷) Vgl. für den 3. Verhandlungstag ausführlich Bucher S. 235 ff.; siehe auch S. 251 f.

Pressenotiz 26. 9. 1930 46.

großer Form tendenziös aufmachen könne ohne Rücksicht auf die Folgen im Inland und draußen.

Nachdem der Reichsminister der Justiz mit dem Oberreichsanwalt Werner in Leipzig gesprochen hatte, teilte er über diese Unterredung folgendes mit:

Die Rede Hitlers habe zwei Stunden gedauert. Er sei davon ausgegangen, daß zwischen Volk und Staat zu unterscheiden sei und daß der Staat das Wohl des Volkes erstreben müsse. Da der moderne Staat dies nicht tue, müsse er umgestellt werden, jedoch nur auf legalem Wege, mit den Mitteln, die von der Verfassung selbst hierzu zur Verfügung gestellt würden. Er rechne damit, daß seine Partei in 3 Jahren 300 Abgeordnete zählen würde und daß dann die Umstellung in diesem Sinne erfolgen könne.

Auf eine Frage des Vorsitzenden, was die Bemerkung zu bedeuten habe, daß Köpfe in den Sand rollen würden, habe er erklärt, auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung solle ein Staatsgerichtshof geschaffen werden, der die Schuldigen am Zusammenbruch vom November 1918 aburteilen solle. Auch ihre Hinrichtung müsse auf gesetzlicher Grundlage erfolgen.

Die Vernehmung des Staatssekretärs Zweigert als Zeugen finde gegenwärtig statt und sei noch nicht abgeschlossen.

Die Verteidigung habe in Aussicht gestellt, daß sie eine große Anzahl von Gegenzeugen dafür benennen würde, daß tatsächlich die Nationalsozialistische Partei den Umsturz nicht wolle. Die Reichsanwaltschaft werde diesen Versuch bekämpfen, der die ganze Parteifrage ins Rollen brächte. Gelänge es nicht, dies zu vermeiden, so werde sie die Vertagung beantragen, um inzwischen selbst Material sammeln zu können.

Der Reichsminister der Justiz erklärte, daß er hierzu die Zustimmung gegeben habe.

Nach Ansicht des Reichsministers der Finanzen [Dietrich] müsse dafür gesorgt werden, daß die Pressenotizen richtig gestellt würden.

Demgegenüber wurde insbesondere vom Reichsarbeitsminister [Stegerwald] der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Presse aus parteipolitischen Gründen diesem Ersuchen nicht entsprechen werde, selbst wenn durch ihr Vorgehen außenpolitisch und für den Reichskredit Schaden entstände.

46.

26.9.1930: Pressenotiz zur weiteren Regierungsbeteiligung der Wirtschaftspartei

Bundesarchiv, Nachlaß Solf Nr. 82 Bl. 91, Maschinenschrift.

Der am 26. September 1930 in Berlin einberufene Reichsausschuß der Wirtschaftspartei, an welchem Vertreter aller Teile Deutschlands teilgenommen haben, beschäftigte sich mit den sich aus dem Wahlausgang ergebenden Folgerungen für die Neubildung der Reichsregierung und der zu führenden Politik.

Die Auffassung der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei, sich an keiner Regierung, auf welche die Sozialdemokraten direkten oder indirekten Einfluß nimmt, weder aktiv noch duldend zu beteiligen, fand die einmütige Billigung und Zustimmung des Reichsausschusses.

[Das] Verbleiben der Wirtschaftspartei in der bestehenden oder ihre Mitwirkung an einer neu zu bildenden Regierung wird die Partei ausschließlich davon abhängig machen, ob die von ihr im Interesse der Wiedergesundung von Wirtschaft und Volk zu stellenden Forderungen berücksichtigt werden.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die endgültige Entscheidung der Wirtschaftspartei wird die Tatsache sein, ob sich dann aus dem Gesamtprogramm der Regierung insbesondere der unerschütterliche Wille erkennen läßt, daß radikal mit der sozialistischen Wirtschafts-, Finanz- und Kulturpolitik Schluß gemacht wird. In den der Regierung zu überreichenden Forderungen wird auch eine Änderung der Außenpolitik mit dem Ziel der Revision des Young-Planes und Versailler Vertrages verlangt.

47.

2. 10. 1930: Erklärung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)

Bundesarchiv, R 43 I/1308, Maschinenschrift.

Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) stellt in Ausführung ihres Reichsausschußbeschlusses vom 26. September 1930²⁸) im Hinblick auf das von der Reichsregierung am 1. Oktober 1930 veröffentlichte Programm²⁹) folgende Richtlinien auf, von deren grundsätzlicher Billigung und künftiger Berücksichtigung in Gesetzgebung und Verwaltung sie ihre fernere Beteiligung an einer Reichsregierung abhängig macht.

1. Die Wirtschaftspartei erkennt an, daß das Regierungsprogramm in folgenden Punkten:

Senkung der Reichsausgaben,

Einflußnahme des Reiches auf Senkung der Ausgaben in Ländern und Gemeinden, Vereinfachung des Steuersystems, der Steuereinziehung und der öffentlichen Verwaltung überhaupt,

steuerliche Schonung der kleinen Vermögen, Einkommen und Umsätze, Abbau der noch bestehenden Zwangswirtschaft, Senkung der Realsteuern,

einen beachtenswerten Versuch zur Ausbalancierung des Reichshaushaltes und zur Entlastung der schwer leidenden Wirtschaft darstellt. Sie erkennt ferner an,

²⁸) Siehe Nr. 46 S. 359 f.

²⁹⁾ Am 30. September empfing der Reichspräsident den Reichskanzler zu einer Vorbesprechung über das Sanierungsprogramm, das Finanzminister Dietrich noch am gleichen Tag der Öffentlichkeit unterbreitete. Am folgenden Tag empfing Brüning die Parteiführer zu einer Besprechung über das Programm, als ersten den Abg. Bredt; vgl. Schulthess 1930 S. 198.

daß die Regierungsvorschläge den allgemeinen Forderungen der Wirtschaftspartei wenigstens teilweise Rechnung tragen.

- 2. Die Wirtschaftspartei wird keinerlei neuen steuerlichen Belastungen der Wirtschaft zustimmen.
- 3. Sie stellt noch über das Regierungsprogramm hinaus folgende Forderungen an die Reichsregierung:
- 1. Einleitung von Verhandlungen zur Herbeiführung eines sofortigen Moratoriums für Reparationszahlungen mit dem Ziel der Revision des Young-Planes.
- 2. Durchgreifende Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden mit dem Ziel der Beseitigung aller Parteibuchbeamten und überflüssigen Dienststellen. Freiwerdende Amtsstellen bleiben ausschließlich dem berufsmäßig vorgebildeten Beamten vorbehalten.
- 3. Sofortige Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht mit dem Ziel der Behebung der Arbeitslosigkeit und weitere entschiedene Reform des sozialen Versicherungswesens.
- 4. Weiterer planmäßiger Abbau der Ausgaben der öffentlichen Hand, Beseitigung der öffentlichen Regiebetriebe, Überführung des öffentlichen Wohnungsbauwesens in die freie Wirtschaft, weiteren Abbau der Realsteuern, Reform des Schlichtungswesens und Maßnahmen der Reichsregierung zwecks Senkung der kartellierten Preise und der überspannten Zinssätze.

48.

13. 10. 1930: Drewitz (Berlin) an Reichskanzler Brüning (Berlin)

Bundesarchiv, R 43 I/1308, Maschinenschrift.

Hochverehrter Herr Reichskanzler,

im Verfolg der Beschlüsse des Reichsausschusses meiner Partei hat die neugewählte Reichstagsfraktion bei ihrem heutigen Zusammentritt Stellung zur derzeitigen politischen Lage genommen. Ich habe die Ehre, Ihnen das Ergebnis dieser Besprechungen zur Kenntnis zu bringen.

Meine Fraktion ist einerseits der Auffassung, daß dem Ergebnis der Wahl vom 14. September durch Umbildung oder Neubildung des Kabinetts politisch Rechnung getragen werden muß, andererseits scheint es uns dringend notwendig, die Zahl der Ministerien zu verringern und die Vollmachten der im besonderen die Wirtschaft beeinflussenden Ministerien in der Hand von Fachleuten zu vergrößern. Um ihnen die Durchführung dieser unseres Erachtens notwendigen Maßnahmen zu erleichtern, hat die Fraktion beschlossen, den Herrn Reichsjustizminister Professor Dr. Bredt zu ersuchen, sein Portefeuille zur Verfügung zu stellen.

Der Beschluß meiner Fraktion hat den Sinn, den Weg freizumachen für die notwendige Neubildung eines Kabinetts, das, auf Fachleute gestützt, dem Mehrheits-

willen des deutschen Volkes in höherem Maße entspricht, als das bei der heutigen Zusammensetzung der Reichsregierung der Fall ist.

Sollte bei der Neubildung des Kabinetts die Mitwirkung von Herrn Professor Dr. Bredt unabhängig von reinen Parteigesichtspunkten erwünscht oder notwendig erscheinen, so glaube ich versichern zu dürfen, daß meine Fraktion etwaige Bedenken gegen eine solche Beteiligung an der heute ganz besonders schwerwiegenden Verantwortung zurückstellen würde, wenn die Gewähr dafür geboten ist, daß den grundlegenden Gesichtspunkten für Gesundung von Staat, Volk und Wirtschaft, die in unseren Erklärungen vom 26. 9. und 2. 10 1930³0) niedergelegt sind (in der Anlage beigefügt), bei allen Maßnahmen einer künftigen Regierung Rechnung getragen wird. Zu mündlicher Besprechung über die durch diese Erklärung meiner Fraktion geschaffene neue politische Lage stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich

Ihr ganz ergebener Hermann Drewitz

49.

16. 10. 1930: Minister Bredt bleibt im Amt!

Deutsche Hausbesitzer-Zeitung (Berlin), Nr. 42 S. 681 f., Auszug.

Zur Eröffnungssitzung des neuen Reichstags am Montag, dem 13. Oktober d. J., hatte die Wirtschaftspartei den außerordentlich wichtigen Beschluß gefaßt, ihren Minister, den Reichsjustizminister Dr. Bredt, zum Austritt aus der Regierung Brüning aufzufordern. Der Parteivorsitzende der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Drewitz, hat an den Reichskanzler Brüning folgendes Schreiben gerichtet: [...].³¹)

Welche Beweggründe die Wirtschaftspartei zu einem solchen Schritt bewogen haben, entzieht sich unserer Kenntnis, und die politischen Gründe hierfür müssen wir der Wirtschaftspartei überlassen.

Vom Standpunkt der Wirtschaft und des Hausbesitzes aus betrachtet müssen wir jedoch erklären, daß Minister Dr. Bredt während seiner Tätigkeit als Reichsjustizminister, soweit es ihm irgend möglich war, die Belange der Wirtschaft und des Hausbesitzes stets mit Nachdruck vertreten hat, und es ist ohne Zweifel anzuerkennen, daß Minister Bredt in Sachen des Hausbesitzes Erfolge zu verzeichnen hat.

Wir müssen den Tatsachen entsprechend anerkennen, daß ohne die Energie des Ministers *Bredt* das Aufwertungsschlußgesetz³²) im letzten Reichstag nicht mehr zur Verabschiedung gekommen wäre. Aber auch in den übrigen Belangen von Wirtschaft und Hausbesitz wären diese Wirtschaftsgruppen schlimmer daran, wenn

³⁰⁾ Siehe oben S. 359 f.

³¹⁾ Siehe S. 361 f.

³²⁾ Siehe S. 244 f.

ncht Minister Bredt den Posten des Reichsjustizministers innegehabt hätte. Wir würden es jedenfalls außerordentlich bedauert haben, wenn durch den Schritt der Wirtschaftspartei Reichsjustizminister Dr. Bredt gerade in diesem kritischen Augenblick aus der Reichsregierung ausscheiden würde, wo doch in Durchführung des Wirtschafts- und Finanzprogramms der Reichsregierung vom 30. September 1930³³) außerordentlich wichtige Belange der Wirtschaft und des Hausbesitzes auf dem Spiele stehen, zumal die einzelnen Gesetze zu dem Regierungsprogramm jetzt ausgearbeitet und vorgelegt werden sollen. Die Schwierigkeit für die Reichsregierung, in dem jetzigen Augenblick Minister Dr. Bredt aus der Reichsregierung auszuscheiden, hat der Reichskanzler Dr. Brüning auch sofort erkannt und dem Herrn Reichspräsidenten darüber unverzüglich Bericht erstattet. Reichspräsident v. Hindenburg hat dann auch daraufhin in voller Übereinstimmung mit dem Vorschlage des Reichskanzlers den Reichsjustizminister Dr. Bredt ersucht, weiterhin im Ministeramt zu bleiben. Der Herr Reichspräsident hat hierbei insbesondere darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Reichsregierung nicht auf Grund von Fraktionsbeschlüssen von Reichstagsparteien zustandegekommen sei und daß er daher auch nicht in der Lage sei, in der Zusammensetzung dieses Reichskabinetts auf Grund solcher Beschlüsse Änderungen eintreten zu lassen.

Auf Grund der Stellungnahme des Herrn Reichspräsidenten und des Reichskanzlers Dr. Brüning hat sich daraufhin Minister Dr. Bredt bereit erklärt, dem Appell des Herrn Reichspräsidenten Folge zu leisten und von der Einreichung eines Austrittsgesuches abzusehen. Auch die Wirtschaftspartei hat gegen das weitere Verbleiben von Minister Dr. Bredt als Fachminister ohne parteipolitische Bindung keine Einwendungen mehr erhoben, wenngleich sie sich auch gegenüber der Regierung völlig freie Hand vorbehalten hat.

In völliger Würdigung der augenblicklich besonders schwierigen und kritischen politischen und wirtschaftlichen Lage begrüßt der deutsche Hausbesitz die Intervention des Herrn Reichspräsidenten und die Erklärung des Ministers Dr. Bredt³⁴), weiterhin in der Reichsregierung zu bleiben. Es steht für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Hausbesitz im jetzigen Augenblick zu viel auf dem Spiel, so daß wir vom Standpunkt der Wirtschaft und des Hausbesitzes aus es begrüßen, daß Minister Dr. Bredt den Posten des Reichsjustizministers auch weiterhin bekleidet.

50.

24. 11. 1930: Bredt (Marburg) an die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Berlin)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift, Durchschlag.

Soeben kam das erste Telefongespräch³⁵), und es wurde gesagt, ich würde noch ein-

³³⁾ Siehe Anm. 29.

³⁴⁾ Siehe S. 253.

³⁵⁾ Siehe S. 261.

51. 25. 11. 1930 Bredt an Brüning

mal angerufen. Ich will das nicht abwarten, sondern anbei mein Abschiedsgesuch³⁶) an den Reichskanzler Ihnen einsenden. Es kann dann dem Reichskanzler in irgendeiner Form überbracht werden, vielleicht im Reichstag selbst. Sollte nachher noch ein Telefongespräch kommen, dann schreibe ich unter Umständen noch einmal, denke aber einstweilen, daß hiermit alles in Ordnung ist.

Gesundheitlich geht es mir noch schlecht, vermutlich steckt mir die ganze politische Lage unbewußt in den Knochen.

Mit besten Grüßen

51.

25. 11. 1930: Bredt (Marburg) an Reichskanzler Brüning (Berlin)

Bundesarchiv, R 43 I/1308 Bl. 629 f., Maschinenschrift.

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Die Entwicklung der politischen Lage läßt mir keine andere Möglichkeit mehr, als Sie hiermit zu bitten, gemäß Artikel 53 der Reichsverfassung meine Entlassung als Reichsminister der Justiz herbeiführen zu wollen. Es ist mir dabei ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, wie gern ich in Ihrem Kabinett und ganz besonders mit Ihnen persönlich zusammengearbeitet habe. Gesundheitlich geht es mir noch so schlecht, daß ich es nur hiermit zu entschuldigen bitte, wenn ich nicht persönlich nach Berlin komme, um Ihnen mein Gesuch vorzutragen. Ich hoffe aber immer noch, nächste Woche reisen zu können und Ihnen dann meinen Abschiedsbesuch machen zu können.³⁷)

In ausgezeichneter Hochachtung
Ihr ganz ergebener
Bredt

52.

25. 11. 1930: Vermerk von Staatssekretär Pünder (Berlin)

Bundesarchiv, R 43 I/1308 Bl. 633, Maschinenschrift.

Der anliegende Brief³⁸) des Herrn Reichsministers Dr. Bredt ist heute gegen ½12 Uhr in der Reichskanzlei eingelaufen, und zwar bemerkenswerter Weise nicht vom Briefschreiber unmittelbar, sondern über den Parteiführer der Wirtschaftspartei, Abgeordneten Drewitz, der dies heute morgen in einer an sich schon angesetzten politischen Besprechung dem Herrn Reichskanzler und mir

³⁶) Siehe Dok. Nr. 51; der Brief an Brüning wurde erst in Berlin datiert.

³⁷) Siehe S. 262.

³⁸⁾ Dok. Nr. 51.

Zum Rücktritt 11. 12. 1930 53.

gegenüber ganz offen zugestanden hat. Über die Behandlung des Briefes hat der Herr Reichskanzler heute gegen 5 Uhr nachmittags mit Herrn Minister Dr. Bredt, der noch krank in Marburg liegt, telefoniert. Beide Herren wurden sofort einig auf den Vorschlag des Herrn Reichskanzlers, dem Brief zunächst keinerlei Folgen zu geben, sondern ihn bis nach Sonntag unerledigt liegen zu lassen, zu welchem Zeitpunkt Herr Minister Bredt wieder in Berlin zu sein hofft. Minister Bredt fügte hinzu, wenn es dem Herrn Reichskanzler gelinge, die Leute der Wirtschaftspartei wieder zu einer etwas ruhigen und maßvolleren Haltung zu bringen, so würde er das sehr begrüßen. Unter dem Druck seiner Leute hätte er im Augenblick nicht anders handeln können. Er sagte bezeichnenderweise, der Herr Reichskanzler habe wohl zwischen den Zeilen schon das Entsprechende gelesen.

Pünder

53.

11. 12. 1930: Zum Rücktritt von Minister Bredt

Deutsche Hausbesitzer-Zeitung (Berlin) Nr. 5 S. 811.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers am 5. Dezember 1930 den Reichsminister Dr. Bredt seinem Antrag entsprechend vom Amt des Reichsministers der Justiz entbunden und den Staatssekretär im Reichsjustizministerum Joël bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt.

Vom Standpunkt der Wirtschaft und des Hausbesitzes bedauern wir die getroffene Entscheidung. Es war für Wirtschaft, Mittelstand und Hausbesitz wertvoll, daß in dieser kritischen Zeit Professor Bredt Justizminister war, hat er sich doch in seiner Tätigkeit voll und ganz für die Belange der Privatwirtschaft, des Privateigentums und des Hausbesitzes eingesetzt. Wir erinnern besonders an das Aufwertungsschlußgesetz vom 18. Juli 1930, welches unter Bredt entstand und verabschiedet wurde. Daß es Minister Bredt nicht in allem gelungen ist, die Forderungen der Privatwirtschaft und des Hausbesitzes durchzusetzen, ist sehr wohl zu verstehen in Anbetracht der allgemeinen politischen Lage und der parteipolitischen Konstellation.

Ein vergeblicher Sammlungsversuch der bürgerlichen Mitte (1930—1932)

10. 2. 1930: Bredt: Berufsgedanke und Parteireform

Kölnische Zeitung Nr. 81a (Abendausgabe).

Die¹) Frage einer Reform des Parteiwesens ist mit einem Male in den Mittelpunkt des politischen Interesses bei den bürgerlichen Parteien getreten. Von den verschiedensten Seiten aus werden Anläufe genommen und Vorschläge ausgearbeitet. Es soll eine große staatspolitische Partei der Mitte geschaffen werden, sei es im Weg der Behandlung zwischen den Parteien, sei es mit dem äußersten Mittel des Volksentscheids. Daß die Kölnische Zeitung diese Frage zur Aussprache stellt, ist sehr dankenswert, und es sei gestattet, hier in aller Offenheit Stellung zu nehmen. Es muß dabei in den Kauf genommen werden, daß sicherlich nicht alle Leser mit dem Folgenden einverstanden sind.

Es scheint, daß bei dem Bestreben nach Parteireform in starkem Maß Ursache und Wirkung verwechselt wird. Die Sache liegt nicht so, daß jetzt die Reform von den Parteien der Mitte in Fluß gebracht wird; sie liegt vielmehr so, daß die Frage längst in Fluß ist und daß jetzt die Parteien der Mitte sehen müssen, wie sie sich mit den in der Entwicklung begriffenen Dingen abfinden können. Die letzte Ursache für den heutigen Stand des Parteiwesens liegt darin, daß im Jahre 1919 die ersten Wahlen getätigt wurden im wesentlichen auf Grund der alten Parteiprogramme. Die Parteien bekamen zwar neue Namen, es waren aber doch im Grunde noch die alten Parteien. Deren Anfänge reichen zurück bis 1848, als sich Konservative und Liberale gegenübertraten. Dann kam im Jahre 1867 auf beiden Seiten eine Absonderung der gemäßigten Elemente, welche die Freikonservative und die Nationalliberale Partei begründeten. Wesentlich auf diesen Parteiprogrammen stehen die Parteien noch heute.

Die Gegensätze von konservativ und liberal betrafen die Staatsform. Um diese wurde gefochten bis zum Jahre 1918; die Frage ist aber heute praktisch nicht mehr sehr von Belang. Der katastrophale Rückgang der Demokratischen Partei ist darauf zurückzuführen, daß ihr altes Programm heute so gut wie restlos erfüllt ist. Die Partei hat keine Werbekraft mehr, kaum noch ein wirklich eigenes Programm; sie hat sich daher mehr und mehr in die Gefolgschaft der Sozialdemokratie begeben. Der Begriff des Liberalismus ist heute überhaupt nicht mehr geeignet zur Parteibildung; auch nicht für die zur Erörterung stehende neu zu gründende Partei. Auf staatspolitischem Gebiet ist hier so gut wie alles erfüllt. Nur auf kulturpolitischem Gebiet kann man noch von liberalen Ansichten reden, beim Reichsschulgesetz, beim Konkordat und ähnlichen Angelegenheiten. Hiermit kann man aber kein Parteiprogramm ausfüllen. Ganz ähnlich steht es mit dem konservativen Gedanken, nur ist er nicht erfüllt, sondern im Gegenteil praktisch erledigt. Man kann die alten Zustände nicht mehr konservieren, man kann höchstens etwas Neues, im alten Sinne Besseres, an ihre Stelle setzen. Das Wort konservativ ist daher im wesentlichen ersetzt

¹⁾ Der Artikel gehört zu einer Serie der Kölnischen Zeitung "über Reform und Zusammenschluß der Mittelparteien". Vgl. auch Paucker S. 184.

worden durch das Wort national, das sich keineswegs mit ihm deckt, aber in der Parteibildung heute an seine Stelle getreten ist. Auch dieser Begriff kann kein Parteiprogramm ausfüllen, wie sich deutlich gezeigt hat. Die nur auf nationalem Boden stehende Deutschvölkische Partei²) ist verschwunden; die Nationalsozialistische Partei, welche ein bestimmtes inneres Programm vertritt, ist in großem Aufschwung begriffen.

Jene alten Parteien von 1848 und 1867 treffen heute nicht mehr den Kern der politischen Fragen, und hier liegt die letzte Ursache zur jetzigen Krise. Das Jahr 1918 hat eben doch so entscheidende Neuerungen gebracht, daß sich das Parteiwesen notgedrungen einstellen muß auf 1918! Zunächst brachte die neue Einstellung der Sozialdemokratie zum jetzigen Staat die selbstverständliche Folge einer Absonderung aller derjenigen, welche die ursprünglichen Forderungen der Sozialdemokratie beibehalten wollen: so entstand die Kommunistische Partei. Und als die Deutschnationalen auch begannen, sich staatserhaltend einzustellen, als sie in die Regierung gingen und sich dort einfügten, da entstand ebenso folgerichtig eine noch weiter rechts stehende Partei, die den heutigen Staatsgedanken ablehnt wie die Kommunistische: die Nationalsozialistische Partei. Aber auch im Lager der Mitte kamen Neuerungen. Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) war keine künstliche Gründung, sondern der überall von selbst entstehende Ausdruck des Willens, im neuen Staat dem bedrohten Mittelstand eine eigne parlamentarische Vertretung zu schaffen. Es ist damals trotz aller Bemühungen nicht gelungen, die Bauern zu einer parallelen Aktion zu veranlassen, bis mit einem Male die Christlichnationale Bauernpartei³) auf dem Plan erschien. Es sei gestattet, hier der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß diese beiden Parteien ihren Höhepunkt noch längst nicht erreicht haben und es in der kommenden Zeit zu großer Stärke bringen werden. Und der Grund dafür ist einfach darin zu suchen, daß sie die Frage der Staatsform einstweilen zurückstellen, daß sie nicht Fragen von 1848 und 1867 behandeln, sondern Fragen von 1918. Diese neue Parteigruppierung auf berufsständischer Grundlage ist das eigentliche Problem von heute. Im Denken des einzelnen wiegt der Berufsstand schwerer als die jeweilige Staatsform, daher wenden sich die Wähler mehr und mehr ihren eignen berufsständischen Vertretungen zu. Und diesen Prozeß kann man nicht aufhalten mit Änderungen des Wahlrechts und auch nicht durch Schaffung neuer Parteien. Es geht auch nicht an, hier einen Unterschied zu machen zwischen sogenannten weltanschaulichen Parteien und berufsständischen. Jede wirkliche Partei muß eine bestimmte Weltanschauung vertreten, sonst kann sie sich nicht behaupten. Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes änderte den alten — von den ersten Stadtverordnetenwahlen in Berlin stammenden - Namen "Wirtschaftspartei" um in "Reichspartei", sobald sie in den Reichstag eingezogen war. Sie bekannte sich auf dem ersten Parteitag nach ihrer Gründung sofort zur christlichen Weltanschauung, aber auf paritätischer Grundlage. Ihre Zustimmung zum Konkordat war nur eine selbstverständliche Folge dieser Einstellung, wurde ihr aber gerade von den Parteien

²) Bergsträsser, Geschichte S. 257 f.

³⁾ Die Christlich-nationale Bauern- u. Landvolkpartei gewann bei den Reichstagswahlen 1928 auf Anhieb 10 Mandate.

zum Vorwurf gemacht, die sich als weltanschaulich bezeichnen. Die Christlichnationale Bauernpartei hat schon in ihrem Namen alles gesagt. Es wird daher nicht möglich sein, allein mit einem sogenannten weltanschaulichen Gedanken eine neue Partei ins Leben zu rufen. Es wird weder gelingen, eine neue — wie geplant —, allein "christliche" Partei zu schaffen, noch eine allein "liberale". Diese Gesichtspunkte können einer Partei ihr kulturelles Gepräge geben, aber kein Programm ausfüllen.

Nun soll jetzt die geplante Neugründung der Mitte ein sehr reales Programm erfüllen, nämlich die Sanierung der Reichsfinanzen. Das ist sehr begrüßenswert, aber es sei hier ein offenes Wort gestattet. Seit mehreren Jahren hat die Reichspartei des deutschen Mittelstandes — ich war meist selber der Redner — im Reichstag darauf hingewiesen, daß der Zustand unserer Reichsfinanzen unhaltbar sei. Der Erfolg war lediglich der, daß die Partei eben wegen dieser Stellung im Wahlkampf auß schwerste angegriffen wurde von denselben Parteien, die heute mit einem Male dieselbe Forderung in den Vordergrund stellen. Man wird daher kaum annehmen können, daß dieses Programm heute noch große Werbekraft hat bei den Wählern, die bisher immer hörten, unsere Reichsfinanzen seien in guten Händen.

Eine Ausnahmestellung nimmt in dem Ganzen das Zentrum ein. Die Geschichte dieser Partei ist deswegen so interessant, weil sie zeigt, daß eine Parteibildung auch nach anderen Gesichtspunkten als denen der Staatsform vor sich gehen kann. Das Zentrum wollte bei seiner Gründung einen Schutz der katholischen Kirche und stellte die Gegensätze konservativ und liberal bewußt zurück, ebenso die Frage der Staatsform — genau wie heute die berufsständischen Parteien. Als dann der Schutz der katholischen Kirche im wesentlichen erreicht war, wandelte das Zentrum seinen Grundgedanken um zu einem Ausgleich der einzelnen Interessen auf der Grundlage der katholischen Weltanschauung. Man kann deshalb das Zentrum mit vollem Recht als eine weltanschauliche Partei bezeichnen. Ob das Zentrum seinen heutigen Bestand behaupten wird, steht noch dahin. Jedenfalls aber wird sich die Zentrumspartei als solche halten, auch unter allen kommunalen Veränderungen im Parteiwesen.

Aus allen diesen Gründen ist kaum anzunehmen, daß eine neue staatspolitische Partei große Zukunft haben wird. Die Volkskonservative Vereinigung ist eine Gründung der Not, die nur diejenigen umfaßt, die Herr Hugenberg aus der Partei herausdrängt; ob Wähler hinter ihr stehen, muß sich erst zeigen. Das Programm des Jungdeutschen Ordens⁴) ist noch kaum klar erkennbar. Es bleibt daher nur ein gewisser Zusammenschluß und Ausbau der bisherigen Parteien. Herr Dingeldey hat mit erfreulicher Offenheit gesagt, daß ein Zusammenschluß im wesentlichen den Anschluß an die Deutsche Volkspartei bedeuten solle. Diese Ansicht scheint durchaus richtig. Es wird sehr wohl möglich sein, die Deutsche Volkspartei nach rechts und links zu erweitern durch Anschluß andrer Parteien und Parteigruppen. Das ist aber keine Reform des Parteiwesens! Wir wollen der Deutschen Volkspartei alles Gute wünschen, aber wir wollen ihrem Bestreben nur die Bedeutung zumessen, die ihr innerparteilich zukommt und

⁴) Vgl. Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 14. Düsseldorf 1958.

55. 4. 2. 1932 Bredt an Dingeldey

darin keine grundsätzliche Neuerung auf dem Gebiet des Parteiwesens erblicken.

Im ganzen bleibt nur übrig, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die Neugründung einer staatspolitischen Partei im wesentlichen diejenigen als Anhänger bekommen wird, die parteipolitisch ohnehin zu ihr gehören. Es sei auch gestattet, die Warnung hinzuzufügen, daß erfahrungsmäßig der Zusammenschluß mehrerer Parteien - auch sogenannter Einheitslisten bei Wahlen - regelmäßig nicht so viele Stimmen bringt wie die früher selbständigen Gruppen zusammen. Daß aus den neuen Parteien seit 1918, nämlich der Reichspartei des deutschen Mittelstandes, der Christlichnationalen Bauernpartei, der Nationalsozialistischen Partei, Wähler in nennenswerter Zahl zu einer neuen Partei der Mitte übergehen, ist nicht anzunehmen. Es bleibt aber dennoch begrüßenswert, wenn sich eine starke neue Mittelpartei zusammenfindet mit dem Programm einer Sanierung der Reichsfinanzen. Eine solche Partei wird im Reichstag viel Sympathie und viel Mitarbeit finden. Wir brauchen tatsächlich eine parlamentarische Stärkung des bürgerlichen Gedankens, im Staat, in der Wirtschaft, in der Kirche und in der Schule! Wenn wir daher auch selbst dem Gedanken dieser Gründung fernstehen, wollen wir doch dem geplanten Zusammenschluß, der geplanten Neugründung, das Beste auf den Weg wünschen!

55.

4. 2. 1932: Bredt (Marburg) an Dingeldey (Berlin)

Bundesarchiv, Nachlaß Dingeldey/51, Maschinenschrift, Abschrift.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Nachdem wir neulich am Telefon gesprochen haben, möchte ich heute den Anfang machen mit der in Aussicht genommenen Korrespondenz und Ihnen schreiben mit der Bitte, mir meinen Brief wieder zurückzusenden und auch gegenüber meinen eigenen Freunden nicht davon zu sprechen.

Je mehr ich über die Lage nachdenke, um so mehr scheint es mir geboten, ein Zusammenwirken ins Auge zu fassen, um vor allem die Sperrbestimmung im Preußischen Wahlgesetz zu überwinden.⁵) Es kommt auch weiter darauf an, bei einem gewissen Umschwung der Stimmung a conto der *Hindenburg*-Wahl eine Aufnahmestellung für das besonnene Bürgertum zu schaffen. Dazu muß man die Plattform möglichst breit nehmen. Nun möchte ich dabei von Ihnen gern eine Äußerung haben, wie Sie über folgendes denken:

Soll man bei den Wahlen eine einzige gemeinsame Liste — etwa Bürgerpartei oder ähnlich — aufstellen oder mit getrennten, aber verbundenen Listen vorgehen? Die Landesliste müßte ja auf alle Fälle gemeinsam sein.

An welche Parteien soll man herangehen! Das Landvolk kommt in erster Linie in Frage. Der evangelische Volksdienst⁶) käme ebenso in Frage, wenn er nicht

⁵) Siehe S. 277.

⁶⁾ Opitz passim.

Dingeldey an Bredt 8. 2. 1932 56.

konfessionelle Bindungen hätte. Wir haben sehr viele katholische Wähler, die man nicht verlieren dürfte. Die Demokraten kommen meines Erachtens nicht in Frage, da sie dem ganzen Zusammenschluß einen falschen Stempel geben würden! Die Volkskonservativen möchte ich auch nicht empfehlen. Zahlenmäßig haben sie nichts zu bedeuten, und die Postenjägerei ist für meine Begriffe dort zu stark betrieben worden. Wir würden uns in dieser Beziehung nur Schwierigkeiten bereiten.

Bei meiner Partei wird der Gedanke eines Zusammenschlusses vermutlich auf guten Boden fallen, aber es muß bald gehandelt werden. Es wäre mir daher sehr lieb, wenn Sie mir bald vertraulich mitteilen wollten, was Sie sich denken. Am besten verständigen wir uns zuerst unter der Hand und gehen dann parallel vor.

Mit den besten Grüßen und Empfehlungen Ihr ergebenster gez. Bredt

56.

8. 2. 1932: Dingeldey (Berlin) an Bredt (Marburg)

Bundesarchiv, Nachlaß Dingeldey/51, Maschinenschrift.

Sehr verehrter Herr Kollege!

Haben Sie verbindlichen Dank für Ihr Schreiben vom 4. Februar. Ich bin gern bereit, mich ganz offen über die Situation und meine Auffassung dazu zu äußern. Ich darf es vielleicht der Einfachheit halber in einzelne Absätze gliedern:

- 1. Die politische Gesamtlage entscheidet sich für die nächste Etappe an der Präsidentenfrage. Bleibt der alte Herr auf dem Standpunkt, die jetzt gebotene Basis für die Kandidatur als ungenügend zu bezeichnen, so kann möglicherweise daraus eine Kanzlerkrise entstehen, an deren Ende das Einschwenken Hugenbergs und die Sprengung der Harzburger Front stünde. Diese Möglichkeit (ich sage nicht Wahrscheinlichkeit) würde natürlich auch alle besonderen Überlegungen über Parteineubildungen entscheidend beeinflussen, denn dann verschwindet der Graben, der z. B. Sie und uns heute politisch im Reich trennt.
- 2. Ich ziehe eine wirklich entschlossene Neubildung jeder Halbheit vor. Gemeinsame Listen ohne gemeinsame Parteien führen natürlich zu unendlichen Streitigkeiten in den einzelnen Bezirken über die Kandidaturen usw. Wirkliche Werbekraft kann, wenn überhaupt, wohl nur von etwas tatsächlichen Neuem ausgehen.
- 3. Für dieses Neue denke ich an die Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, an die bereitstehenden Kräfte des Landvolks, an die Volkskonservativen und an diejenigen Staatsparteiler, die ohne offizielle Verhandlungen in der Partei bereit wären, sich persönlich einer solchen Bildung anzuschließen. Dabei darf man wohl nicht im einzelnen untersuchen, wie viel lebendige Macht noch hinter der Fassade der einzelnen Gruppen steht. Die Konservativen bringen immerhin

57. 10. 2. 1932 Bredt an Dingeldey

eine gewisse intellektuelle Schicht und Gedankengut mit. Der evangelische Volksdienst ist eine Sekte geworden und wird sich wohl von selbst ausschließen.

- 4. Nur wenn etwas Neues nicht gelingen sollte, würde ich in zweiter Linie dann auf die Verbindung der Listen bei gemeinschaftlicher Landesliste in der Preußenwahl kommen. Das würde wenigstens bewirken, daß nicht all zu viele Stimmen unter den Tisch fallen.
- 5. In meiner Partei sind allerdings starke Kräfte für absolutes Alleinbleiben mit Rücksicht auf die bekannten Vorgänge in der Wirtschaftspartei.⁷) Die Entwicklung in Sachsen ist ja auch nicht sehr günstig und zeigt ein weiteres Auseinanderfallen Ihrer Freunde. Wie denken Sie darüber?
- 6. Wer ist nun eigentlich der verantwortliche Führer bei Ihnen? Herr *Drewitz* sagte mir, er sei nun neuerdings wieder Parteiführer und Sie seien Stellvertreter geworden. Ich bitte um vertrauliche Mitteilung, damit ich nicht durch einen Taktfehler Sachliches verderbe.

Ihrem Wunsche entsprechend sende ich einliegend Ihr Schreiben wieder zurück. Ich bitte aber um möglichst umgehende und beschleunigte Stellungnahme und auch um Mitteilung, wie wir die weiteren Verhandlungen führen wollen.

Mit den besten Grüßen bin ich Ihr ergebener Dingeldey M. d. R.

57.

10. 2. 1932: Bredt (Marburg) an Dingeldey (Berlin)

Bundesarchiv, Nachlaß Dingeldey/51, Maschinenschrift.

Sehr geehrter Herr Kollege Dingeldey!

Haben Sie besten Dank für Ihren Brief, den ich Punkt für Punkt beantworte.

- 1. An eine Ablehnung des alten Herrn glaube ich nicht recht. Es ist mir aber nicht recht klar, was Sie mit einem Einschwenken Hugenbergs sagen wollen. Ist denn eine Möglichkeit vorhanden, daß die Deutschnationalen einmal mit der Mitte gehen? Ich selbst kann mir allerdings die Zukunft nur vorstellen unter einem gemeinsamen Kampfe des gesamten Bürgertums gegen den Kommunismus und den entsprechenden Radikalismus von rechts. Es scheint mir aber unwahrscheinlich, daß Hugenberg schon so weit ist, das zu begreifen.
- 2. Über eine völlig neue Partei läßt sich sehr wohl diskutieren. Sie würde vor allem den Vorteil haben, daß wir eine Aufnahmestellung bieten für alle diejenigen, die schließlich von den Nationalsozialisten wieder abkommen.
- 3. Ihre Auffassung deckt sich mit der meinigen bis auf die Volkskonservativen. Daß diese "Intellektuelle" haben, bestreite ich nicht. Es sind aber zu viele Postenjäger unter ihnen, wie die Erfahrung zeigt, und dieses "Parteibuchbeamtentum"

⁷⁾ Siehe S. 274 u. ö.

10. 2. 1932 57.

können wir nicht mitmachen. Ideen kann ich bei den Volkskonservativen schlechterdings nicht entdecken, und Wähler haben sie auch keine; jetzt bestimmt nicht mehr.

- 4. Einverstanden.
- 5. Bei unserer Partei fallen jetzt alle diejenigen ab, die über meinem Ministerposten die Nerven verloren und nicht selbst zu demjenigen gekommen sind, was sie
 erstrebten. Die beiden sächsischen Abgeordneten⁸) sind ausgetreten aus Gründen, die sich von denen *Colossers* nicht sehr unterscheiden. Jedenfalls sind es
 keine sachlichen Gründe. Ich kann das aber nicht zu Papier bringen. Vielleicht
 kommt es aber einmal an die Öffentlichkeit.
- 6. Die Sache liegt bei uns so, daß *Drewitz* nach wie vor erster ist, ich zweiter. Ich habe den Vorsitz nach außen so lange geführt, bis *Drewitz* seine Prozesse gewonnen hatte, kann auch selbst die Stelle gar nicht ausfüllen, weil ich nicht in Berlin wohne und nicht so viel reisen kann. Mit *Drewitz* bin ich in vollem Einvernehmen. Er weiß von meinen Verhandlungen mit Ihnen aber nur er allein! und Sie können ruhig mit ihm reden. Allerdings bliebe ich auch gern in Briefwechsel mit Ihnen.

Bei uns wird es genau so schwierig sein, die Leute zu einem Zusammenwirken zu bekommen, wie bei Ihnen. Es liegt aber bei Ihnen genau so, daß Sie auch die Sperrbestimmung allein nicht überwinden werden. Wir müssen nur mit einem fertigen Plane herauskommen.

Ich würde es für sehr falsch halten, wenn die Preußenwahlen vor der Wahl des Reichspräsidenten kämen. Der Name *Hindenburg* wird eine große Verschiebung der Fronten mit sich bringen. Zunächst nur ad hoc, aber es wird doch viel davon bleiben und manche Unentschlossenen werden nach der Wahl von *Hindenburg* auch weiter in solchem Sinne wählen.⁹)

Den "Graben" zwischen uns halte ich nicht für so schlimm. Auch wir sind für eine Rechtsregierung und würden mitmachen, wenn wir eine Möglichkeit dazu sähen. Solange aber *Hitler* und *Hugenberg* sich nicht einig sind und solange das Zentrum erklärt, nicht mitzumachen, weiß ich nicht, wie Sie oder wir eine Rechtsregierung herstellen wollen. Man kann wohl mit Hilfe der Kommunisten eine Regierung stürzen, aber keine Rechtsregierung bilden.

Am besten sprechen Sie jetzt einmal mit *Drewitz* und schreiben mir dann sofort auch Ihrerseits. Die Korrespondenz der Partei zeichne ich nach wie vor, und nach außen bleibe ich einstweilen der Exponent. Ich möchte daher auch diese Fäden nach Möglichkeit in der Hand halten.

Mit besten Grüßen Ihr ergebenster Bredt

⁸⁾ Für den Übertritt der beiden sächsischen Landtagsabgeordneten Kaiser und Weber siehe S. 276.

⁹⁾ Der erste Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl war am 13. März; am 14. März setzte der Ständige Ausschuß des Landtages den Wahltermin für den 24. April fest; Schulthess 1932 S. 59.

23. 4. 1932: Bredt: Bürgertum und Länderwahlen

Kölnische Zeitung Nr. 212 (Abendausgabe).

Die10) Reichspräsidentenwahl hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Mehrzahl des deutschen Volks heute sozialistisch eingestellt ist. Die stärkste Partei ist heute die Nationalsozialistische, es folgt als zweitstärkste die Sozialdemokratische, als drittstärkste die Kommunistische. Allerdings ist dieser Sozialismus sehr verschiedener Art, und es besteht keinerlei Aussicht dafür, daß sich etwa die drei sozialistischen Parteien oder auch nur zwei von ihnen zu einer gemeinsamen parlamentarischen Arbeit zusammenfinden. Der Kommunismus steht der ganzen heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung feindlich gegenüber und erstrebt den gewaltsamen Umsturz. Der Nationalsozialismus ist in seinen Grundtendenzen noch völlig unübersichtlich; er gebärdet sich teils als Hüter der Legalität, teils als Agitator des Umsturzes. Die Sozialdemokratie steht voll auf dem Boden des heutigen Staats, will aber eine systematische Überleitung in sozialistische Ordnung. Im Preußischen Landtag werden die Kommunisten immer in ihrer grundsätzlichen Opposition verharren. Mag im übrigen eine Rechtsregierung sich ergeben oder eine Linksregierung; unter allen Umständen wird die Regierungskoalition im Zeichen von einer der beiden großen sozialistischen Parteien stehen, der Nationalsozialisten oder der Sozialdemokraten. Das ist es, was das Bürgertum sich vor allen Dingen klarmachen muß.

Es ist gar kein Zweifel, daß die gewaltige Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen zum großen Teil auf ein panikartiges Umschwenken gerade des Bürgertums zurückzuführen ist. Die wirtschaftliche Bedrängnis des Mittelstandes, die Gehaltskürzungen bei den Beamten, die Kündigungen bei den Angestellten haben viele Tausende dazu gebracht, sich einem Sozialismus in die Arme zu werfen, der mit Betonung des nationalen Charakters das Odium des bisherigen Sozialismus vermeidet und einem jeden kurzerhand das verspricht, worum es ihm geht. Bei diesen Teilen des Bürgertums liegt die Entscheidung über Deutschlands Zukunft, und es ist die Existenzfrage des Deutschen Reichs, wie und wann sie wieder zur Besinnung kommen.

Im kommenden Landtag wird jede Regierung, rechts oder links, unter allen Umständen angewiesen sein auf die Unterstützung bürgerlicher Parteien. Die Sozialdemokraten werden nicht regieren können ohne das Zentrum, die Nationalsozialisten nicht ohne die Deutschnationalen. Hiervon wird man sich aber noch nicht allzu viel versprechen dürfen. Es hat sich bisher immer noch gezeigt, daß Sozialdemokratie und Zentrum sich leicht auf gemeinsamer Plattform zusammenfinden konnten. Und von den Deutschnationalen unter Hugenbergs Führung wird man bestimmt nicht erwarten können, daß sie den National-

¹⁰⁾ In der gleichen Zeitung folgten die Artikel von Graf Westarp "Was erwartet das Bürgertum?" (Nr. 217, Morgenausgabe, v. 21. April) und von E. Dingeldey "Der Sinn der Preußenwahl" (Nr. 221, Morgenausgabe, v. 23. April).

sozialisten einen wirksamen Widerstand entgegensetzen können. Es kommt daher alles darauf an, daß das in den Mittelparteien vertretene Bürgertum stark genug wird, im kommenden Landtag wirklich entscheidend aufzutreten und Übergriffe des Sozialismus von rechts und von links zu verhüten.

In Preußen muß die bisherige Parteiregierung durchgreifend umgestaltet werden zu einer wirklichen Staatsregierung. Die Parteibuchbeamten müssen ersetzt werden durch Beamte im altpreußischen Sinne, die sich lediglich als Diener des Staates fühlen.

Das ist die Hauptaufgabe, denn die eigentliche Verwaltung in den unteren Instanzen liegt völlig bei Preußen, und die Reichspräsidentenwahl hatte für diese Frage nur sehr geringe Bedeutung. Unter keinen Umständen darf es vollends dahin kommen, daß jetzt etwa die Beamten der Weimarer Koalition ersetzt werden durch neue Parteibuchbeamten der Nationalsozialisten. Darauf haben wir uns aber wohl gefaßt zu machen, wenn es nicht gelingt, dem wirklichen Staatsgedanken bei den kommenden Wahlen zum Durchbruch zu verhelfen. So kämpft das Bürgertum heute in letzter Linie für den Staat als solchen, der seines heutigen Parteicharakters entkleidet werden muß. Das ist das eigentliche Ziel für das Bürgertum bei den kommenden Wahlen.

Nun sei aber in aller Offenheit noch eines hinzugefügt, was vielleicht manchen Widerspruch findet: der Zeitpunkt nach den Preußenwahlen muß benutzt werden zu einer durchgreifenden Reichsreform.

Es ist bisher gelungen, den Dualismus zwischen dem Reich und Preußen immer wieder zu überkleistern; nach den Wahlen wird es nicht mehr möglich sein. Wir können aber in der Weltgeschichte den Weg nicht zurückgehen, sondern nur vorwärts. Wir können das Reich nicht wieder auflösen in Einzelstaaten, sondern wir können nur den Schwerpunkt entschlossen verlegen auf das Reich. Hierzu sind vor allem zwei Dinge alsbald notwendig.

Es muß zunächst die Aufsicht über die großen Städte auf das Reich übergehen. Die heute völlig politisierten Bezirksausschüsse und die parteilich gebundenen Regierungspräsidenten sind zu einer wirksamen Aufsicht gar nicht mehr imstande. Die Fragen ausländischer Anleihen und ähnliches haben längst eine gewisse Reichsaufsicht tatsächlicher Art entstehen lassen. Hier muß jetzt ganze Arbeit gemacht werden; denn nach den Wahlen wird man sich in Preußen keinen großen Hoffnungen gerade auf dem Gebiet der Kommunalaufsicht hingeben dürfen.

Weiter ist es unvermeidlich, den Oberbefehl über die gesamte Polizei im Deutschen Reich dem Reichspräsidenten zu übertragen. Die Polizei darf weder von einer ausgesprochenen Rechtsregierung noch von einer Linksregierung die grundsätzlichen Weisungen bekommen, sondern es muß in höchster Instanz eine überparteiliche Stelle mit dem Oberbefehl betraut werden. Das kann nur der Reichspräsident sein. Eine Zwischenstellung für den Reichsminister des Innern nach dem Vorbild des Reichswehrministers kann dabei vermieden werden. Solange wir die vielen Einzelstaaten haben mit ihren zerstreuten Enklaven, ist in Zeiten der Verwirrung wie heute nur ein einheitliches Handeln der Polizei

59. 24. 5. 1932 Kardorff an Bredt

unter einheitlichem Oberbefehl denkbar, wenn wirklich Ruhe gehalten werden soll.

Diese beiden Punkte sind natürlich nur die ersten Schritte auf dem Weg zur endgültigen Reichsreform, an der gerade das Bürgertum das größte Interesse hat. Das Bürgertum will vor allem den inneren Frieden erhalten und braucht deswegen eine starke Staatsgewalt. Daß diese aber den Händen der Parteibuchbeamten entrissen und wirklichen Staatsbeamten übertragen wird, das ist eben die Frage, um die es bei den kommenden Wahlen geht. An sich ist das Bürgertum völlig stark genug, dieses Ziel zu erreichen. Wenn es bei den kommenden Wahlen so stark im Landtag wird, daß es allen Übergriffen einer Parteikoalition von rechts oder links entgegentreten kann, wenn es den eigentlichen Staatsgedanken in der Weise verteidigen kann, daß es alles erfolgreich ablehnt, was wieder in das Parteigetriebe hineinführt, dann rettet das Bürgertum sich selbst, aber auch den Staat und das Reich.

Natürlich werden viele Fragen kommen, die auch innerhalb des Bürgertums zu Schwierigkeiten führen werden, nicht nur solche wirtschaftlicher, sondern auch solche kultureller Art. Aber alles dies muß in einer Zeit wie der heutigen zurücktreten hinter dem einen großen Ziel: den bürgerlichen Staat als solchen durch die Klippen hindurchzubringen. Daß dies gelingt, das erwartet das Bürgertum von den kommenden Länderwahlen und damit in letzter Linie von sich selbst.

59.

24. 5. 1932: v. Kardorff (Karlsbad) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, eigenhändig.

Lieber Bredt!

Ich sitze hier in Karlsbad und muß eine ernste Kur durchmachen. Wie denken Sie sich nun eigentlich unsere politische Zukunft? Ihre und meine Partei sind erledigt. Die maßgebenden Herren wissen es nur noch nicht.

Was soll werden? Haben Sie sich hierbei irgendwelche Gedanken gemacht?

Die alten Firmen ziehen nicht mehr. Wie wäre es mit einer ganz neuen Firma? Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihre Ansichten und die Ansichten Ihrer Freunde vertraulich mitteilen würden.

Wird der Reichstag aufgelöst, dann ist es zu spät. Wird er aber überhaupt noch zusammenzuhalten sein?

Also: lassen Sie von sich hören.

Viele Grüße stets Ihr Kardorff

28. 5. 1932: v. Kardorff (Karlsbad) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, eigenhändig.

Lieber Bredt!

Ich schrieb Ihnen vor einigen Tagen, ohne bis jetzt eine Antwort zu erhalten.

Nun lese ich heute in den Zeitungen den Sammlungs-Aufruf der Wirtschaftspartei.¹¹) Ist es Ihrer Partei ernst damit? Wenn ja — dann möchte ich mit Ihnen in einen Gedanken-Austausch eintreten, wie die Sache zu finanzieren ist.

Meines Erachtens ist die Zeit reif für eine Sammlungspartei.

Ich denke mir die Sache wie folgt: aus Staatspartei, Wirtschaftspartei und Volkskonservativen treten je 2 vernünftige Männer zusammen und beraten Aufruf und Organisationsfragen. Daß dann, wenn diese Parteien in toto mitmachen, die Deutsche Volkspartei, unter Abgabe einiger Elemente an *Hugenberg*, mitmachen muß, ist klar.

Ich wäre Ihnen für eine baldige Äußerung sehr dankbar und verbleibe mit vielen Grüßen

> stets Ihr Kardorff

61.

28. 5. 1932: v. Kardorff (Karlsbad) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, eigenhändig.

Lieber Bredt!

Ich erhielt Ihren ausführlichen Brief¹²), als ich Ihnen eben geschrieben hatte. Ich stimme Ihnen in Allem zu, was sie über *Drewitz*, *Dingeldey* und *Hugenberg* sagen.

Ich glaube darin sind wir mehr oder weniger einig, daß zwischen Ihrer Partei, der Staatspartei und meiner Partei — ihr rechter Flügel ausgenommen — es keine wesentlichen Unterschiede mehr gibt. Jedenfalls sind die Unterschiede nicht größer, als sie in jeder dieser Parteien sind. Daß wir bei einer Zusammenfassung der Mitte auf die Großindustrie, d. h. Schwerindustrie, verzichten müssen, ist klar. Wir brauchen: die Beamten, Bauern, freien Berufe und die vernünftig eingestellten Gewerkschaftler und den selbständigen Mittelstand, mit anderen Worten: Alles, was zwischen Hugenberg und den Sozi herumschwirrt

¹¹⁾ Die neue Front (Berlin) Nr. 3, Erste Juni-Ausgabe 1932: "Appell an Alle!"

¹²⁾ Im Nachlaß Kardorff (Bundesarchiv Koblenz) nicht überliefert.

61. 28. 5. 1932 Kardorff an Bredt

und nicht zum Zentrum gehört. Dieser Partei würden alle evangelischen und jüdischen Elemente zufließen, die heute Zentrum gewählt haben (ca. 300000 Stimmen). Auch die Volkskonservativen möchte ich mitnehmen und vom Landvolk Schlange-Schöningen, der eine Potenz ist. Parole: Kampf gegen den Radikalismus von rechts und links. Selbstverständlich müßte sich die Partei die Möglichkeit offen halten, mit Sozi und mit Nazi zusammenzugehen. Das würde aber zunächst zu verschweigen sein.

Meines Erachtens ist die Sache, wie Sie schreiben, am besten von einer überparteilichen Seite zu inspirieren. Aber sie muß vorher in den Parteien vorbereitet sein.

Da ich selbst weder Führer- noch Minister-Ehrgeiz besitze und eigentlich mit allen Leuten gut stehe, möchte ich mit einigen Herren der Staatspartei, Ihrer Partei und Volkskonservativen Fühlung nehmen. Ergeht ein Aufruf zur Gründung einer deutschen Mittelpartei, müßten dann diese Parteien einspringen und die D.V.P. würde folgen. Ihr bleibt dann gar nichts anderes übrig, denn wenn Dingeldey auch noch mich, Curtius, Glatzel¹³), Thiel¹⁴), Cremer¹⁵) verliert, dann ist er erledigt. Das ist er zwar schon heute, aber er weiß es noch nicht.

Nun frage ich Sie in aller Offenheit, mit wem von ihnen könnte man verhandeln? Wer ist anständig, zuverlässig und verschwiegen zugleich? Darauf kommt es an. Weber¹⁶) von der Staatspartei ist sehr anständig. Ebenso kann man sich auf Schlange und Treviranus verlassen. Die Partei müßte bäurische Siedlungspolitik betreiben und auf den Großgrundbesitz verzichten, der sich ja doch Hugenberg verschrieben hat.

Glauben Sie, daß die Christlich-Sozialen mitmachen würden? Sie hielten sich für unangreifbar, haben aber bei den Landtagswahlen schwere Einbußen erlitten.¹⁷) Würden Ihre Leute an den christlichen Gewerkschaften und den Angestellten schweren Anstoß nehmen?

Würde *Drewitz* sich quer vorlegen? Oder würde er bereit sein, sich wieder seiner Bäckerei zu widmen?

Könnte man O. Geßler als Führer nehmen, oder wäre es nicht aufrichtiger, einem Direktorium von 3 oder 5 mit einem geschäftsführenden Mitglied die Leitung zu übergeben. Würden Sie eventuell zu einer Besprechung nach Berlin kommen? Die Sache eilt. Ist erst der Reichstag aufgelöst, dann ist es zu spät.

 $\begin{array}{c} \text{In alter Freundschaft} \\ \text{stets} \\ \text{Ihr} \\ \textit{Kardorff} \end{array}$

¹³⁾ Frank Glatzel (1892-1958), MdR (DVP) 1930 bis Juli 1932.

¹⁴⁾ Otto Thiel (1884—1959), MdR (DVP) 1920 bis Juli 1932.

¹⁵⁾ Carl Cremer (1876-1953), MdR (DVP) 1920 bis Juli 1932.

¹⁶) August Weber (1871—1953), MdR (Staatspartei) 1930 bis Juli 1932.

¹⁷⁾ Opitz S. 272 f.

31. 5. 1932: v. Kardorff (Karlsbad) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, eigenhändig.

Lieber Bredt!

Die Ereignisse überschlagen sich. Papen als Kanzler ist das Lächerlichste, was die Erde je gesehen hat. Er ist ein politischerNarr. Ich kenne ihn sehr gut vom Union-Club.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie *Drewitz* vertraulich informieren würden. Ich hoffe, daß er verschwiegen ist. *Dingeldey* wird nie zu einem Entschluß kommen, da die halbe Fraktion zu *Hugenberg* tendiert. Ihr abfälliges Urteil über die Volkskonservativen teile ich nicht ganz. Sie haben in der Oberschicht (Professoren, hohe Beamte) doch einen gewissen Anhang. *Westarp* ist allerdings kaum tragbar. *Treviranus* als Trommler zu gebrauchen.

Die Wahlen in Oldenburg zeigen, daß die Demokraten mit einer klaren Linie besser abschneiden als Ihre und meine Partei. 18) Ich habe an *Petersen* 19) geschrieben. Im übrigen denke ich an I.G.-Farben als finanziellen Rückhalt. 20) Ihr Urteil über die Christlich-Sozialen ist mir sehr wertvoll.

Ich bin mit meiner Kur erst am 12. fertig und muß dann nach Frankfurt a. M. zur Aufsichtsratssitzung.

Die ganze Sache hat nur einen Sinn, wenn man eine klare Frontstellung gegen die Nazi will und nicht wie *Dingeldey* fortgesetzt von dem edlen Kern der Bewegung in nationaler Hinsicht redet.

Für das Deutschland von heute ist jeder Chauvinismus viel gefährlicher als ein Pazifismus. Ich bin, weiß Gott, kein Pazifist, aber wenn man, wie Seeckt²¹), von der Aufrüstung anstatt von der Abrüstung redet, so soll man sich sein politisches Lehrgeld wiedergeben lassen.

Etwaige Briefe bitte ich Sie vom 9. Juni ab an den Reichstag zu richten.

In allen Fällen bitte ich Sie, mit mir auch weiterhin Verbindung zu halten.

In alter Freundschaft stets Ihr Kardorff

Wie denken Sie über Schlange?

¹⁸⁾ Bei den Wahlen am 29. Mai konnten weder die DVP noch die Wirtschaftspartei ein Mandat erringen, während die Staatspartei ein Mandat gewann; die Nationalsozialisten erlangten mit 24 (vorher 19) Sitzen die absolute Mehrheit.

¹⁹⁾ Carl Petersen (1868—1933), MdR (DDP) 1919—1924, Vorstandsmitglied der Staatspartei.

²⁰) Siehe auch Dok. Nr. 63 S. 382.

²¹) Hans von Seeckt (1866—1936), Generaloberst a. D., MdR (DVP) 1930 bis Juli 1932; vgl. für die Ausführungen Seeckts am 24. Mai im Auswärtigen Ausschuß Meier-Welcker S. 621 f.

4. 6. 1932: v. Kardorff (Karlsbad) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, eigenhändig.

Lieber Bredt!

Die Ereignisse sind über uns hinweggegangen.²²) Jetzt bleibt besten Falls nur die Listenverbindung übrig. Die paar Leutchen, die dann in den Reichstag einziehen werden und auf den hintersten Bänken Platz nehmen müssen, sind in allen Fällen ohne Bedeutung. Die alten Parteien sind alle völlig pleite. Sie haben und bekommen kein Geld, und ohne Geld ist ein Wahlkampf nicht zu führen. Eine neue deutsche Mittelpartei hätte z. B. von I.G.-Farben und der verarbeitenden Industrie, soweit sie nicht schon bankrott ist, Mittel bekommen und hätte bei Aufnahme des Schlangeschen Siedlungs-Programms auch Chancen gehabt. Trop tard, madame, trop tard! kann man nur sagen.

Herzlichst stets
Ihr
Kardorff

Briefe bis 9. Karlsbad, dann Reichstag.

64.

6. 6. 1932: v. Kardorff (Karlsbad) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, eigenhändig.

Lieber Bredt!

Ich sitze hier in Karlsbad und möchte die Kur nicht abbrechen. Über dies bin ich aus der Partei so gut wie ausgeschaltet, da ich nicht zur Fraktion gehöre.²³) Ich bitte Sie nun um Folgendes: geben Sie doch bitte *Drewitz* den Rat, darauf zu dringen, daß ich an den Fusionsverhandlungen beteiligt werde. Führer- oder Minister-Ehrgeiz treibt mich nicht dazu. Sie wissen am besten, daß Hang zum Wohlleben und zur Bequemlichkeit mich davor bewahrt. Ich stehe aber mit allen Gruppen persönlich gut und könnte von Nutzen sein.

Ich schreibe wörtlich denselben Brief nach Berlin für den Fall, daß Sie sich dort aufhalten sollten.

In alter Freundschaft stets
Ihr Kardorff

Den Rat müssen Sie natürlich von sich aus geben. Würde natürlich — wenn zitiert — sofort [nach] Berlin fahren.

²²⁾ Reichstagsauflösung am 4. 6. 1932.

²³) Siehe S. 271 Anm. 16.

VI

Zerfall und Auflösung der Wirtschaftspartei (1932—1933)

15. 2. 1932: Drewitz (Berlin) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift, Auszug.

 $[\ldots]$

Heute fand eine Unterredung in der Reichskanzlei statt, an der die Kollegen Mollath, Köster und ich teilgenommen haben wegen dem Bierstreik in Hamburg.¹) Ich habe an dieser Sitzung teilgenommen, weil Herr Kollege Mollath in der vergangenen Woche schon wieder einmal das Bedürfnis hatte, "scharf zu schießen".²) Kollege Mollath steht auf dem Standpunkt, wir müßten unsere Haltung zum Kabinett Brüning ändern. Ich selbst hatte ja den Eindruck, daß der Reichskanzler bereit ist, Herrn Köster entgegenzukommen, da das, was der Reichskommissar für Preisüberwachung gemacht hat, mit dem besten Willen nicht zu decken ist. Die endgültige Entscheidung soll heute abend fallen. Ich werde Ihnen dann von unterwegs Nachricht zugehen lassen, wie die Sitzung ausgegangen ist.

Ich habe gelegentlich einer Unterredung, die zwischen Herrn Dingeldey und mir stattfand, das Gefühl gehabt, daß Herr Kollege Mollath, ebenso wie Herr Dingeldey, die Hoffnung auf Hindenburg setzten, daß er nicht annehmen würde, also auf deutsch gesagt, erst soll Brüning zurücktreten, ehe Hindenburg sich wieder bereit erklärt, den Reichspräsidentenposten wieder zu übernehmen.3) Diese Ansicht äußerte Mollath auch am Freitag. Er war empört darüber, daß Sie bei dem Reichskanzler die Erklärung abgegeben haben, daß wir unter allen Umständen den Reichskanzler stützen würden. Infolgedessen hatte Mollath das Bedürfnis, allein zum Reichskanzler zu gehen, und als ich im Auftrage von Herrn Kollegen Köster bat, mitgehen zu dürfen, bekam ich zur Antwort, "die politische Leitung hätte er, das ginge den Parteivorsitzenden nichts an". Ich mußte überhaupt in den 14 Tagen, in denen ich mich um die Organisation wieder bemühe, dauernd feststellen, daß Herr Mollath immer bei Herrn Dr. Baeumer anruft, daß er zu all den Dingen sein Einverständnis geben müsse. Es läßt sich brieflich nicht sagen, welcher Nadelstichpolitik man ausgesetzt ist. Ich verliere alle Lust, den verfahrenen Karren wieder flott zu machen. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir in der geschäftsführenden Vorstandssitzung, die ich für Dienstag, den 23. d. Mts. angesetzt habe, die Aufgabenkreise feststellen, die jeder einzelne zu erfüllen hat. Vielleicht ist es möglich, daß wir uns vor der Fraktionssitzung noch kurz sprechen können, damit wir in der Fraktionssitzung einen einheitlichen Weg einschlagen. [...]

¹⁾ Pünder (Politik) erwähnt die Unterredung nicht. Vgl. L. Grebler und L. Miksch, Wie kann dem Mittelstand geholfen werden? Frankfurt 1932 S. 5.

^{2) &}quot;Wir sind bereit, jederzeit einer sich zum Staat bekennenden legal zur Macht ringenden Bewegung zu ihrem Platz zu verhelfen"; Mollath auf einer Versammlung der Ortsgruppe Düsseldorf, vgl. Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 6 v. 6. 2. 1932.

³) Staatssekretär Pünder notierte am 15. 2. 1932, daß Hindenburg sich erneut zur Kandidatur stellen werde: "Ein Tag schicksalhafter Bedeutung für Deutschland." Pünder, Aufzeichnungen S. 114.

14. 4. 1932: Stein (Düsseldorf) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift, Auszug.
[...]

Nachdem die Reichspräsidentenwahl nunmehr befriedigend verlaufen ist, stehen wir mitten im Kampf für die Preußenwahlen. Hinsichtlich des hiesigen Wahlkreises bin ich der Ansicht, daß die Sache gutgehen wird. Was die Herren dann nachher in dem Landtag machen, müssen wir sehen. Es war meiner Ansicht nach eine richtige Dummheit, noch im letzten Augenblick die Geschäftsordnung des Landtages zu ändern, um den Nazis die Sache zu erschweren.⁴) Das hätte man sich doch früher überlegen können, ohne daß viel Aufhebens darum gemacht wurde. Das treibt den Nazis nur Wasser auf die Mühlen. Auch bei Severing und Braun sehe ich, daß Preußen eigentlich mit wenig Verstand regiert wird. Der Kampf ist für uns deswegen schwer, weil wir nach beiden Seiten Front machen müssen. Der Wähler will aber im allgemeinen nur eine Entscheidung zwischen zwei Richtungen.

Es ist mir auch schon klar geworden, daß die Hitlerbewegung schließlich darauf hinauskommen wird, daß die Schulden nicht mehr bezahlt werden. Es liegt aber nicht nur bei der Landwirtschaft so und bei den Gewerbetreibenden, sondern vor allen Dingen auch bei dem Neuhausbesitz, der bei den andauernd sinkenden Mieten nicht mehr aus noch ein weiß. Ich neige dazu, daß Brüning mit den 6 v. H. noch nicht die letzte Konzession gemacht hat.⁵)

Die Listenverbindung mit den Jung-Konservativen und dem Landvolk ist nun im letzten Augenblick auch noch für den hiesigen Wahlkreis zustandegekommen. Örtlich haben wir den Vorteil davon, weil diese Stimmen uns zufallen werden. Mit den Sparern ist hier nicht viel zu wollen, wegen des Gegensatzes zum Hausbesitz. Da kommen wir mit unserem Eintreten für das Privateigentum etwas in die Brüche.

Aus einem an Herrn Böhmer gerichteten Brief ersehe ich, daß Sie nicht in der Lage sind, in dem Wahlkreis für die Preußenwahlen als Redner aufzutreten. Es ist wenig Nachfrage nach Rednern, da die Leute alle versammlungsmüde sind. Man muß dieses Mal mehr mit Flugblättern, Plakaten usw. arbeiten. [...]

⁴⁾ Am 12. April wurde im Landtag der Antrag auf Änderung des § 20 der Geschäftsordnung des Landtages vom 24. 11. 1921 angenommen; in Zukunft konnte der Ministerpräsident nur mit absoluter Mehrheit gewählt werden; Schulthess 1932 S. 66.

⁵⁾ Am 9. März setzte die Reichsbank den Diskont von 7 v.H. auf 6 v.H. herab und am 8. April auf 5 ½ v.H. und den Lohmbardsatz von 7 v.H. auf 6 ½ v.H., am 28. April den Diskont von 5 ½ v.H. auf 5 v.H. und den Lombardsatz von 6 ½ v.H. auf 6 v.H.

67.

4. 5. 1932: Drewitz (Berlin) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Sehr geehrter Herr Kollege Bredt!

Ihre Mitteilung, daß Sie am 9. d. Mts. nicht gleich nach Berlin kommen wollen, kann ich eigentlich nicht recht verstehen. Wir haben doch allerhöchstens vier Tage Reichstagssitzungen, und da müßte es Ihnen doch möglich sein, sich für die Tage frei zu machen.⁶) Kollege Mollath hat für Montag eine Fraktionssitzung angesetzt. Bei seiner Einstellung wissen Sie ja, was bei der jetzigen Situation zu befürchten ist. Heute rief er bei mir an, daß er es sich nicht länger gefallen lassen will, daß Herr Goerdeler Reichswirtschaftsminister werden soll.⁷) Ich sollte unbedingt mit ihm zum Reichskanzler gehen und gegen die Ernennung des Herrn Goerdeler zum Reichswirtschaftsminister Protest einlegen. Das heißt auf gut deutsch, daß nur Kollege Mollath für diesen Posten in Frage kommt. Ich halte es für dringend notwendig, daß wir uns am Montag vor der Fraktionssitzung über all die schwebenden Fragen unterhalten.

Ich habe in diesen Tagen gelegentlich der Reichshaushaltssitzung mit verschiedenen Persönlichkeiten gesprochen, um über das Vorhaben Brünings ins rechte Bild zu kommen. Brieflich kann man das ja nicht mitteilen, und ich richte deshalb nochmals die dringende Bitte an Sie, halten Sie sich die vier Tage für den Reichstag frei.

Nun noch eine rein persönliche Sache. Gelegentlich der Vertrauensmänner-Sitzung in Berlin wurde behauptet, daß bei Ihrem letzten Hiersein sich Ihre Gattin im Warenhaus Wertheim einen Hut bestellt habe. Die Berliner sind natürlich wieder einmal empört, daß die Vertreter des Mittelstandes das Gegenteil von dem machen, was wir unseren Anhängern zur Pflicht auferlegen. Sie sehen daraus, mit welch kleinlichen Mitteln wieder einmal gearbeitet wird.

Gestern war auch Herr Dr. Stein in Berlin und vertrat natürlich wieder seine Haltung, die Ihnen ja bekannt ist.⁸)

Ihre Ansicht über *Groener* teile ich. Ich halte aber für das Hauptkarnickel Herrn *Schleicher*, der ja schon mehr als einmal derartige Entgleisungen sich geleistet hat.⁹)

⁶⁾ Der Reichstag tagte vom 9. -12. Mai.

⁷⁾ Carl Friedrich Goerdeler (1882—1945), wurde im Dez. 1931 zum Reichskommissar für Preisüberwachung ernannt; die Verhandlungen über eine mögliche Erweiterung des Kabinetts nach dem Rücktritt von Warmbold am 6. Mai beendete abrupt der Rücktritt Brünings am 30. Mai; auch v. Papen verhandelte zunächst mit Goerdeler über die Übernahme des Arbeitsministeriums; vgl. Schulthess 1932, S. 92 und 94.

⁸⁾ O. Stein setzte sich bereits vor der Preußenwahl dafür ein, nach der Wahl den Nationalsozialisten die Regierungsgeschäfte in Preußen zu übertragen; vgl. Otto Stein, Der Hausbesitz zur Reichspräsidenten- und Preußenwahl. Haus und Grund (Düsseldorf) Nr. 15. v. 9. 4. 1932.

⁹⁾ Siehe auch S. 274, 388 Anm. 10.

68. 17. 5. 1932

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir baldmöglichst mitteilen würden, ob wir uns am Montag sprechen können.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr H. Drewitz

68.

17. 5. 1932: Bredt (Marburg) an Reichskanzler Brüning (Berlin)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift, Entwurf.

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Da ich nicht vorhabe, in kommender Zeit viel in Berlin zu sein, erlaube ich mir, Ihnen zu schreiben. Als ich vor längeren Wochen zuletzt bei Ihnen in der Reichskanzlei war, setzte ich Ihnen auseinander, daß die größte Gefahr für Sie gar nicht beim Reichstage, sondern bei der Persönlichkeit von Herrn Groener liege. (10) Sie setzten mich damals matt durch die Erklärung, daß Sie einen Sturz von Herrn Groener mit Ihrem eigenen Rücktritt beantworten würden. Sie erwähnten weiter, daß Herr Groener offenbar vorhabe, sich später um den Posten des Reichspräsidenten zu bewerben. Darauf konnte ich Ihnen nur antworten, daß derartigen Versuchen sofort mit allen Mitteln entgegen getreten werden müsse. Nun ist die Krise ausgebrochen, und Sie müssen entschlossen Stellung nehmen.

Sie haben seinerzeit den Wehrminister Groener herausgehauen gegen Herrn v. Oldenburg.¹¹) Sie haben jetzt den Innenminister Groener herausgehauen gegen Herrn Göring.¹²) Sie werden es ein drittes Mal nicht mehr fertig bekommen, denn Herr Groener hat nach seiner letzten Reichstagsrede ausgespielt. Sie haben bisher alle Veränderungen im Kabinett ohne große Schwierigkeiten überstanden. Der Sturz des Wehrministers ist schon gefährlicher wegen der Begleitumstände. Der Sturz des Innenministers wird Sie mitreißen. Sie müssen im Interesse der deutschen Sache offen erklären, daß es sich gar nicht um eine wirkliche Regierungskrise, sondern nur um die Persönlichkeit von Herrn Groener handele. Das Innenministerium wird in kommender Zeit von ausschlaggebender Bedeutung sein. Das bisherige unerfreuliche Verhältnis von Reich und Preußen

^{10) &}quot;Mollath und ich am 22. [Februar] bei Brüning.

Eingehende Besprechung über Groener. Brüning erzählt, daß Meißner und Schleicher im Januar auf seinen Sturz hinarbeite [te]n, aber daß Reichspräsident in loyalster Weise Abhülfe geschaffen habe.

Dringender Rat an *Brüning, Groener* abzustoßen. *Brüning* erwidert, davon könne keine Rede sein. Dann Frage Reichspräsident *Groener*. Vor S.A. Verbot.

Donnerstag, den 25. Februar. Unterredung mit *Brüning* hinter der Ministerbank. Frage, was geschehen würde, wenn wir mit unseren Stimmen *Groener* stürzten. *Brüning* erwidert, daß dann *Hindenburg* nicht weiter kandidieren würde, und auch er zurücktreten würde." Handschriftliche Aufzeichnungen von *Bredt* im Nachlaß; siehe auch S. 276.

¹¹) Siehe S. 252.

¹²⁾ Siehe S. 277.

Stein an Bredt 20. 9. 1932 69.

ist unter den heutigen Umständen nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die einzige Lösung liegt in einer entschlossenen Inangriffnahme der Reichsreform. Dazu bedarf es aber nicht nur großer Vorkenntnisse, sondern auch eines sehr großen politischen Feingefühls. Herr *Groener* steht den Aufgaben seines Ressorts völlig fremd gegenüber. Er wird es sehr bald zum Bruch mit Preußen bringen, und dann ist das Unglück da.

Sie, hochverehrter Herr Reichskanzler, genießen bei Ihren Anhängern ganz außerordentliche Sympathie. Sie genießen auch bei Ihren Gegnern mehr Achtung, als Sie vielleicht wissen. Ihre Persönlichkeit allein hält die ganze Lage, vor allem im Reichstage. Es wird Ihnen nur verdacht, daß Sie als Außenminister zu oft abwesend sind, wo doch Ihre Anwesenheit in Berlin dringend erforderlich ist. Es schadet Ihnen auch, wenn Sie persönlich an ausländischen Konferenzen teilnehmen, die ohne einen Erfolg für Deutschland abschließen. Geben Sie das Außenministerium und das Innenministerium an Vertrauensleute, die unbedingt nach Ihren Instruktionen handeln. Sie bestimmen als Reichskanzler doch die Richtlinien der Politik und können in ganz großen Augenblicken immer noch hervortreten.

Ich weiß es leider, daß die Personen, die Ihnen aufrichtig ergeben sind, es schwer haben, Ihnen Ratschläge zu geben. Ich gehöre auch nicht zu dem kleinen Kreis derer, die Zutritt zum Herrn Reichspräsidenten haben. Kurz ehe meine Partei aus der Regierungskoalition ausbrach, schrieb ich Ihnen ganz ähnlich wie heute. 14) Sie haben den Brief gar nicht beantwortet und hätten es doch so einfach gehabt, meine Partei zu halten. Jetzt handelt es sich aber um viel Größeres. Am Morgen vor der Reichstagsrede von Herrn Groener bat ich Herrn Joël zu einer längeren Unterredung heraus und war aufrichtig erschrocken über die Ahnungslosigkeit, die offenbar im Kabinett herrscht. Ich habe dann einen schweren Vorstoß gemacht, die Landvolkpartei in die Regierungskoalition hineinzuzwingen, weil ich das Unglück mit Herrn Groener kommen sah. Jetzt bleibt mir nur noch ein offenes Wort an Sie selbst übrig. Sie werden vielleicht auch diesen Brief nicht beantworten. Ich halte mich aber für verpflichtet, ihn zu schreiben angesichts der Katastrophe, die ich jetzt für Sie befürchte.

In aufrichtiger alter Verehrung Ihr ganz ergebener

69.

20. 9. 1932: Stein (Düsseldorf) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift, Auszug.

Sehr geehrter Herr Professor!

Es freut mich sehr, von Ihnen etwas zu hören, wenn ich auch über die Sache

¹³) Im Februar und April hatte Brüning an der Abrüstungskonferenz in Genf teilgenommen, Schulthess 1932 S. 23; Treviranus S. 264 ff. u. ö.

¹⁴) Siehe oben S. 256 Anm. 121.

der Partei daraus wenig Trost schöpfen kann. 15) Es ist sehr bedauerlich, daß trotz der Katastrophe der Führerstreit unentwegt weiter geht. Ich nehme an, daß der Führerstreit noch weiter gehen wird, wenn überhaupt nichts mehr da ist, was noch geführt werden kann.

Im hiesigen Wahlkreis liegt die Sache trostlos. Es ist noch ein kleiner Kreis da, der den Gedanken der Partei retten möchte, aber von den bisherigen Führern will kein Mensch etwas wissen. Herr Feldmeyer hatte mit einigen Essener Freunden die Absicht, die Sache auf eine etwas andere Basis zu stellen, um die vorhandenen kommunalen Vertreter noch zusammenzuhalten. Er wollte anstelle der Wahlkreise Gauverbände setzen unter einem neutralen Namen (Deutscher Mittelstandsbund). Nach meinen letzten Informationen scheint er aber auch den Mut verloren zu haben.

Daß wir bei den Wahlen am 6. November nochmals in Aktion treten, halte ich für ganz ausgeschlossen, wenigstens sehe ich hier keine Möglichkeit dafür. Ich persönlich bin der Auffassung, daß man bei der Wahl deutschnational stimmen sollte, da es noch die einzigste Partei ist, die für Privatwirtschaft und Privateigentum eintritt. Es ist hier auch in den Kreisen des Mittelstandes sehr viel Stimmung für von Papen. Ich glaube aber, daß sich die Sache zahlenmäßig bei den Wahlen nur schwach auswirken wird. [...]

70.

22. 9. 1932: Entschließung des Gesamtvorstandes der Wirtschaftspartei (Berlin)

Nachlaß Bredt, Durchschlag.

Der Gesamtvorstand der Wirtschaftspartei trat heute zu einer Sitzung in Berlin zusammen. Eine politische Einigung des Bürgertums wurde als erstrebenswertes Ziel hingestellt, gleichzeitig aber betont, daß kein Zweifel daran bestehe, daß unter der Führung Hugenbergs eine solche Einigung im Volke nicht durchzusetzen sei. Der Parteivorstand beschloß einstimmig für den Wahlkampf die folgenden Programmpunkte aufzustellen:

- 1. Schutz der freien Privatwirtschaft,
- 2. Schutz der bürgerlichen Freiheiten,
- 3. Unterstützung jeder christlichen und nationalen Politik,
- 4. Abwehr jeder Inflation.

¹⁶⁾ Der vertrauliche Brief wurde von Stein "Ihrem Wunsch gemäß vernichtet".

71.

9. 10. 1932: Bredt (Berlin): Freiheit und Leben für den Mittelstand! Vortrag auf dem Außerordentlichen Parteitag der Wirtschaftspartei

Die neue Front Nr. 19, 3. Oktoberausgabe, Auszug.

 $[\ldots]$

Hitlers Versagen

Die nationalsozialistische Bewegung hat sich bisher unaufhaltsam vergrößert durch die feste Zuversicht, daß Hitler bald an die Macht kommen und damit das goldene Zeitalter des "Dritten Reiches" herbeiführen werde. Nun hat sich aber herausgestellt, daß es jedenfalls so nicht geht wie man erwartet hat. Hitler ist in seinem ersten Anlauf sehr traurig zu Fall gekommen, aber lediglich durch eigene Schuld. Er war nicht zufrieden mit dem, was ihm angeboten wurde, obwohl es ganz außerordentlich viel war. Er sollte Vizekanzler des Reiches, dazu Ministerpräsident von Preußen werden. 16) Er hat dabei vielleicht gar nicht verstanden, daß ihm damit die ganze Macht in Preußen übergeben werden sollte, also die gesamte Exekutive im weitaus größten deutschen Lande. Es ist ganz rätselhaft, warum das nicht genügen sollte. Wenn Hitler wirklich ein Mann vom Schlage Mussolinis ist, dann mußte es ihm ganz gleichgültig sein, ob er Reichskanzler wurde oder nur Vizekanzler, denn dann mußte er das Vertrauen zu sich haben, daß er in jeder Stellung im Kabinett sich durchsetzen würde. Die Dinge haben noch niemals so gelegen und sie liegen auch heute nicht so, daß der Titel das Entscheidende ist; es ist vielmehr die Person. Stresemann war auch nur Außenminister und beherrschte doch das ganze Kabinett. Und heute ist die eigentlich führende Persönlichkeit im Kabinett doch bestimmt nicht der Reichskanzler v. Papen, sondern der Wehrminister v. Schleicher. So hätte doch auch Hitler das Kabinett beherrschen können auch als Vizekanzler - vorausgesetzt, daß er die Persönlichkeit danach war. Er hat nun aber alles ausgeschlagen und damit die Hoffnungen von Millionen seiner Anhänger auf das "Dritte Reich" zuschanden werden lassen. Das wird in seine Reihen mächtige Lücken reißen, darüber ist sich wohl kein Mensch im Zweifel. Zunächst werden einmal alle diejenigen, die einen radikalen Umsturz erstreben, zu den Kommunisten übergehen. Wir werden daher aller Voraussicht nach mit einem Anwachsen der Kommunisten zu rechnen haben.

Und Hugenberg?

Und nun kommen wir zu einer ganz entscheidenden Frage: Wie stellen sich denn nun unsere Kreise ein? Wen wählt jetzt eigentlich der Mittelstand bei der kommenden Wahl? Diese Frage läßt sich heute schlechterdings nicht beantworten. Eines nur ist sicher: Sehr, sehr viele von denen, die in ihrer Not und Verzweiflung Herrn Hitler nachgelaufen waren, haben erkannt, daß sie dort ihr Heil bestimmt nicht finden. Sie haben sich bisher geklammert an das Wort "national" und haben das Beiwort "sozialistisch" in Kauf genommen, ohne sich allzuviel dabei zu denken. Seitdem aber die Hitlerpartei den sozialistischen Ge-

¹⁶) Vgl. Bracher, Auflösung S. 613 ff.; Mayer S. 136.

danken derart in den Vordergrund stellt, wie es jetzt geschieht, ist einem großen Teile der Mittelständler ein Licht aufgegangen, und heute kann es für sie alle nur eine Erkenntnis geben: Sozialismus ist Sozialismus, und es kann ziemlich gleichgültig sein, ob er rechts- oder linksorientiert ist. Es mag sein, daß ein Teil der Mittelständler zu Hugenberg hinüberwechselt und dort sein Glück versucht. Auch diesen aber wird manche Enttäuschung nicht erspart bleiben. Wenn vollends Herr Hugenberg jetzt erklärt hat, das Endziel seiner Partei sei die Wiedereinsetzung der Hohenzollern, so kann man heute, im Jahre 1932, nur sagen: Damit gewinnt man die Massen ganz bestimmt nicht!

Der Mittelstand und das Kabinett v. Papen

Wir sind immer eine rein bürgerliche Partei gewesen und wollen das auch bleiben. Es war damals eine Selbstverständlichkeit, daß wir Brüning unterstützten, als er an die Stelle Hermann Müllers trat. Es war ebenso selbstverständlich, daß wir Brüning weiter unterstützten, als er abgelöst werden sollte durch ein Kabinett unter Hitler. Jetzt stehen wir nur vor der Frage, ob wir das Kabinett v. Papen unterstützen sollen, und da kann die Antwort einstweilen nur ein glattes Ja sein. Das Kabinett Papen stellt sich auf den Standpunkt, daß die private Wirtschaft und die private Initiative wieder in den Vordergrund gestellt werden müssen, daß sie der Treibstoff sein sollen, mit dem unsere Wirtschaft wieder anzukurbeln ist. Nun gut! Das sagen wir in unserer Partei seit mehr als zehn Jahren, und wenn das Kabinett Papen wirklich damit einen Anfang und Ernst machen will, dann kann es unserer Unterstützung sicher sein. Allerdings darf sich diese ganze Fürsorge nicht allein auf die Landwirtschaft erstrecken. In der Zinsen- und Vollstreckungsfrage hören wir einstweilen gerade zur Genüge von der östlichen Landwirtschaft, aber vom städtischen Hausbesitz und vom Gewerbe hören wir nichts. Wenn man z. B. heute die Zeitungen der Hausbesitzerorganisationen liest, dann findet man dieselben Sorgen und dieselben Nöte wie unter dem Kabinett Brüning, und es hat nicht den Anschein, als habe sich da viel geändert. Es liegt ganz einfach daran, daß heute dem Hausbesitz die politische Vertretung fehlt, sowohl in den Parlamenten wie vollends auch im Kabinett. In Thüringen hat unser Minister Dr. Kästner¹⁷) jene Erleichterungen der Wohnungszwangswirtschaft geschaffen, durch die jene unglückselige Einrichtung so gut wie verschwindet. Die neue Rechtsregierung unter Führung der Nationalsozialisten¹⁸) hat jene Erleichterung sofort wieder beseitigt. Was sagen nun die thüringischen Hausbesitzer zu solchen Geschehnissen?

Kommt die bürgerliche Sammlung?

Es besteht die große Befürchtung, daß ein sehr großer Teil des Bürgertums diesmal überhaupt nicht wählt, weil er nicht weiß, was er wählen soll. Die Zeit ist durchaus gekommen, in der eine allgemeine Partei der bürgerlichen Mitte in Erscheinung treten muß. Diese Partei kann aber nicht aufgebaut werden auf den Resten der jetzt zusammengeschmolzenen Parteien, sondern sie muß urwüchsig aus dem Boden heraus entstehen mit ganz neuen Grundsätzen.

¹⁷) Dr. Wilhelm Kästner (1888—), (WP) 13. 1. 1930 bis 7. 7. 1932 Justiz- u. Wirtschafts-minister und vom 22. 4. 1931 bis 7. 7. 1932 Minister für Volksbildung.

¹⁸⁾ Am 26. Juli 1932 bildete der Nationalsozialist Fritz Sauckel (1894—1945) eine neue Regierung.

Bredt an Radbruch 28. 11. 1932 72.

Einstweilen sehen wir nichts, aber auch rein gar nichts davon, daß so etwas im Werden ist. Die zahlreichen Konventikel von früheren Politikern, die gern in einer neuen Sache die Führer abgeben wollen, können nicht gerechnet werden. Wir wollen daher zunächst unser Pulver trocken halten für den Tag, an dem eine solche neue Partei auf dem Plan erscheint, denn dann kommt es darauf an, daß der deutsche Mittelstand in Erscheinung treten kann und daß nicht eine Partei die nur aus Beamten und Syndizi besteht, die Führung an sich nimmt. Diese Notwendigkeit ist es, die es uns heute gebietet, unsere Partei nicht aufzugeben, sondern zu erhalten, solange sie überhaupt noch erhalten werden kann. [...]

72.

28. 11. 1932: Bredt (Marburg) an Radbruch (Heidelberg)

Nachlaß Bredt, Entwurf. 19)

Sehr geehrter Herr Kollege Radbruch!

Der Bericht über Ihren Vortrag in der Frankfurter Zeitung²⁰) veranlaßt mich, Ihnen in einer grundsätzlichen Sache zu schreiben. Ich weiß nicht, ob Sie sich entsinnen, daß wir ganz kurze Zeit zusammen Heidelberger Privatdozenten waren und uns 1909 bei Eberhard Gothein kennen lernten. Jedenfalls haben wir später an demselben Schreibtisch Voßstraße 5 gesessen, und gerade dies legt es mir nahe, mich an Sie zu wenden.

Die politische Lage ist heute so, daß der ganze Rechtsbegriff ins Wanken gekommen ist, vor allem der des Verfassungsrechtes. Was Schmitt²¹) und Jellinek²²) dem deutschen Volke vorsetzen, kann doch nicht ohne Widerspruch hingenommen werden. Rein akademische Entgegnungen haben wenig Wert, denn sie werden nicht beachtet, wogegen alle Ausführungen der Genannten mit großer Reklame von interessierter Seite aus verbreitet werden. Man muß schon von einer Seite aus vorgehen, die auch politisch fundiert ist, und da kommt mir der Gedanke, ob Sie vielleicht geneigt wären, da in gewisser Weise mit mir zusammenzuarbeiten. Wenn wir als zwei ehemalige Justizminister hier zusammen wirken für den Schutz der Verfassung, werden wir vielleicht Resonanz finden gerade deshalb, weil wir politisch aus ganz verschiedenen Lagern kommen. Es ist eine seltsame Sache, daß heute gerade die Hindenburg-Wähler von 1932

¹⁹) Nach einem eigenhändigen Vermerk schickte Bredt den Brief nicht ab.

²⁰) Unter der Überschrift "Die Idee des "geborenen Untermenschen". Radbruchs Auseinandersetzungen mit der nationalsozialistischen Strafrechtstheorie" berichtete die Frankfurter Zeitung Nr. 889 (Morgenausgabe) v. 28. Nov. über ein Referat Gustav Radbruchs, 1878—1949, MdR (SPD) 1920—1924, im 2. Kabinett Wirth und unter Stresemann (1923) Reichsjustizminister; s. 1926 Professor in Heidelberg.

²¹) Carl Schmitt (*1888), Staatsrechtler (1932 Köln, 1933—1945 Berlin); vgl. Conze, Krise S. 50.

²²) Walter Jellinek (1885—1955), 1929—1935 u. s. 1945 Staatsrechtler in Heidelberg.

in eine gemeinsame Front gedrängt werden, um²³) diejenigen, die er heute zur Regierung beruft, vor allen verfassungsmäßigen Entgleisungen zu warnen.

Es liegt nicht nur im politischen, sondern vor allem im akademischen Interesse, daß dem deutschen Volke gezeigt wird, daß die Rechtswissenschaft sich nicht dazu hergibt, die jeweiligen politischen Bestrebungen "wissenschaftlich" zu begründen, sondern daß sie vor allem dazu da ist, das wirklich geltende Recht so darzustellen, wie es nun einmal ist.

Sollten Sie sich von solcher Fühlungnahme zwischen uns einen Erfolg versprechen, so käme ich gern einmal zu Ihnen nach Heidelberg herüber und würde Ihnen vorschlagen, daß ich am kommenden Samstag, den 3. Dezember nachmittags einhalb drei Uhr bei Ihnen vor[bei]komme. Wenn es sich einrichten läßt, würde ich gern auch Herrn Geheimrat Anschütz²⁴) sprechen, weil ich annehme, daß auch er im Ganzen so denken wird wie ich.

73.

7. 12. 1932: Bredt: Letzte Reichstagsrede

Sten. Berichte Bd. 445 S. 29.

Meine Damen und Herren!

(Zuruf: Sprechen Sie als Bayer oder als Wirtschaftsparteiler?)
— Für die Wirtschaftspartei.

(Heiterkeit).

Nachdem Herr von Freytagh-Loringhoven²⁵) sich soeben auf das staatsrechtliche Gebiet begeben hat, habe ich vom Präsidenten fünf Minuten Redezeit bekommen, um ganz kurz darauf zu antworten. Ich kann nur sagen, ich habe mich über den Antrag²⁶) der Herren Nationalsozialisten außerordentlich gefreut; denn er füllt eine Lücke der Reichsverfassung in sehr guter Weise aus. Es liegt das ganz in der Linie, die der verehrte Herr Präsident Göring gestern bei seiner Antrittsrede²⁷) angegeben hat: Schutz der Verfassung.

Ich glaube, mit Herrn von Freytagh-Loringhoven kann man sagen: es gibt ganz gewiß zwei autoritäre Stellen in der Reichsverfassung, den Reichspräsidenten und den Reichstag. Die beiden halten sich nach der Reichsverfassung die Waage, und wir stehen heute vor der ganz großen Frage, wohin sich der

²³) Ursprünglich folgte: "die Verfassung zu schützen".

²⁴) Gerhard Anschütz (1867—1948), s. 1916 Staatsrechtler liberaler und demokratischer Überzeugung, Autor im Verlag v. G. Stilke.

²⁵) Axel Frhr. v. Freytagh-Loringhoven (1878—1942), MdR (DNVP) s. 1924; Sten. Berichte Bd. 445 S. 25—27.

²⁶) Ebd. Antrag Nr. 11 v. 6. 12. 1932 (Dr. Frick u. Gen.) u. ebd. Antrag Nr. 128 v. 7. 12. 1932 (Leicht u. Gen.).

²⁷) Am 6. Dezember wurde Göring mit 279 von 545 Stimmen gewählt; Löbe erhielt 120, Torgler 92, Graef-Thüringen 51 Stimmen; 13 Stimmen waren ungültig, 3 zersplittert. — Für die Antrittsrede ("Das Recht des deutschen Volkes allzeit zu wahren und für dieses Recht einzutreten, wird meine vornehmste Pflicht sein.") vgl. ebd. S. 8 f.

Reichstagsrede 7. 12. 1932 73.

Schwerpunkt verschiebt, vom Reichstage auf den Reichspräsidenten oder umgekehrt. Aber das eine muß man sagen: In der Zeit, wo kein Reichspräsident da ist, wo der Reichspräsident verstorben oder verhindert ist, oder wo aus einem anderen Grunde der Posten erledigt ist, kommt es doch in allererster Linie auf eines an, auf den Schutz des Gedankens des Verfassungsstaates und des Rechtsstaates. In dieser Zeit wollen wir keine Persönlichkeit von ausgesprochen politischem Charakter, die in diesen paar Wochen, wo sie die Vertretung des Reichspräsidenten übt, irgendeine neue Politik inaugurieren will. Was könnte ein Mann in wenigen Wochen Reichspräsidentschaft für eine Verwirrung stiften, wenn er sein Amt zu diesem Zwecke mißbrauchen wollte! Aus diesem Grunde wollen wir eben eine Persönlichkeit an die Stelle gesetzt haben, die nur die eine Aufgabe kennt: den Schutz des Rechts und den Schutz der Verfassung, und dazu wissen wir keinen besseren als den Reichsgerichtspräsidenten.²⁸)

Und nun noch ein Wort zu dem, was mich vor allen Dingen veranlaßt hat, hier das Wort zu nehmen. Es sind hier eben sehr harte Urteile über das Urteil des Staatsgerichtshofs gefällt worden²⁹), und es wurde daran wenigstens in etwa die Frage geknüpft, ob man den Präsidenten des Reichsgerichts mit solcher Stellung betrauen könnte. Meine Damen und Herren! Wohin wären wir gekommen, wenn wir in diesem großen Konflikt zwischen Reichsregierung und Preußenregierung nicht wenigstens eine Stelle im Deutschen Reiche gehabt hätten, die den Mut besessen hat, die Sache wirklich anzufassen. Mit einem Urteil ist selten eine Partei zufrieden, wenn sie nicht hundertprozentig recht bekommen hat. Wenn hier die Preußenregierung hundertprozentig recht bekommen hätte, wohin wären wir gekommen? Und wenn die Reichsregierung hundertprozentig recht bekommen hätte, wohin wären wir da erst gekommen? Es hat selten ein Gerichtshof vor einer so außerordentlich schweren Frage gestanden wie diesmal der Staatsgerichtshof, und alle Urteile, die das Reichsgericht bisher gesprochen hat, sind doch kinderleicht gewesen gegenüber diesem Urteil, das, wie ich Herrn Breitscheid ruhig zugeben kann, auch zum großen Teil politischen Charakter getragen hat. Ich glaube nicht, daß es dem Ansehen unserer höchsten Gerichtsbarkeit entspricht, wenn in solcher Weise über ein Urteil des Staatsgerichtshofs von dieser Stelle Kritik geübt wird. Aber ich kann nur noch einmal sagen: Nach dem, was wir gesehen haben und vor allen Dingen vom Präsidenten des Staatsgerichtshofs gesehen haben, wird hier eine Lücke der Verfassung so ausgefüllt, wie sie meines Erachtens allein ausgefüllt werden kann.

(Bravo! in der Mitte.)

²⁸⁾ Über die Stellvertretung des Reichspräsidenten geriet Bredt 1933 in der Deutschen Juristen-Zeitung in einen Streit mit Carl Schmitt, der unter Hinweis auf die "antiparlamentarische Tendenz" dieser Lösung gegen Bredt ausführte: "Er begnügte sich mit einem Hinweis auf den "Gedanken" des Rechtsstaates, entsprechend der populären Meinung, alle politischen Probleme seien durch "Entpolitisierung" gelöst, sobald sich ein richterlicher Beamter mit ihnen befasse." (Sp. 29). Dagegen betonte Bredt: "Der Reichsgerichtspräsident soll gerade das bleiben, was er ist: der oberste Richter, der darüber zu wachen hat, daß der Reichskanzler sich im Rahmen der Verfassung hält." (Sp. 170).

²⁹) Ebd. S. 27—29 (Breitscheid), bes. S. 28 f. — Schulthess 1932 S. 184 ff. (Urteil in dem Streit Preußen — Reich v. 25. 10. 1932).

74.

19. 12. 1932: v. Kardorff (Berlin) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, eigenhändig, Auszug.

Lieber Bredt!

Zunächst sende ich Ihnen nachträglich, darum aber nicht minder herzlich, meine besten Wünsche zu Ihrer Wahl. Daß ich noch einmal wieder in den Wallot-Bau einziehen werde, glaube ich nicht. Dingeldey und Dietrich kommen nicht zusammen und können sich nicht entschließen, ihre Läden zu liquidieren. An sich ist der Raum zwischen Hugenberg und den Sozi sehr groß und müßte ausgefüllt werden. Die organisierten Wähler jeder Partei, die höchstens 10 v. H. ausmachen sind dagegen. Die 90 v. H. nicht organisierter Wähler würden eine neue Partei mit Jubel begrüßen. [...]

75.

26. 12. 1932: Bredt (Marburg) an Prälat Kaas (Berlin)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift, Entwurf.

Sehr geehrter Herr Prälat!30)

Herr Brüning wird Ihnen vermutlich mitgeteilt haben, was ich neulich mit ihm besprochen habe. Im Anschluß daran erlaube ich mir, Ihnen heute zu schreiben, um möglichst klar zum Ausdruck zu bringen, worum es mir geht. Die Frage lautet für mich keineswegs: wie komme ich zu einem neuen Mandat. Diese Frage kann ganz ausscheiden, und das ominöse Wort Reichsliste braucht überhaupt nicht zu fallen. Es geht für mich ganz einfach um die Frage, wo ich politisch bleibe. Meine eigene Partei ist zu Ende, und von einer neuen Sammelpartei der Mitte verspreche ich mir inhaltlich sehr wenig. Wenn ich mich jetzt an das Zentrum wende, geschieht es hauptsächlich deswegen, weil ich in meiner Ministerzeit doch eine große innere Wandlung durchgemacht habe. Wenn man Jahre lang in der Opposition gestanden hat, dann weiß man im Grunde gar nicht, wie es im Vaterlande eigentlich aussieht. Die zurückhaltende, vielleicht sogar abweisende Art, mit der alles von der Regierung hingenommen wurde, was man auch in bester Absicht sagte, ließ ein Gefühl der wirklichen Mitarbeit gar nicht aufkommen. Für den Minister sieht alles völlig anders aus, und man hat die Empfindung, sich nunmehr wirklich betätigen zu können. Als Führer einer langjährigen Regierungspartei werden Sie sich hierin kaum hineindenken können. Durch Brüning bin ich damals derart in die andere Gedankenwelt hinein gekommen, daß ich keine Neigung habe, noch einmal Opposition grundsätzlicher Art zu treiben. Aus dem Grunde möchte ich gern einen Anschluß an das Zentrum gewinnen.

³⁰⁾ Ludwig Kaas (1881—1952), MdR (Zentrum) 1919—1933; Parteivorsitzender 1928—1933.

Es kommt noch etwas weiteres hinzu. Nach dem Kriege bin ich immer ausgefüllt gewesen mit großen Arbeiten. Zuerst schrieb ich mein Kirchenrecht, nahm aber auch großen Anteil am Zustandekommen der Kirchenverfassung.

Übrigens habe ich durch Einflußnahme auf meine Landtagsfraktion auch entscheidenden Anteil genommen am Zustandekommen des Konkordats.³¹)

Dann führte ich für das Haus Hohenzollern die Prozesse mit dem Staate; rein ehrenamtlich, aber mit gutem Erfolge. Dann machte ich die großen Arbeiten für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Dann wurde ich Minister. Jetzt möchte ich gern auch noch Anteil haben an großen Arbeiten, aber dazu brauche ich Anschluß an eine Partei. Ich denke etwa an Prozesse vor dem Staatsgerichtshof, am meisten aber an völkerrechtliches Mitarbeiten in der auswärtigen Politik. In allen konfessionellen Fragen würde sich wohl kaum irgendeine Schwierigkeit bei Ihnen und mir ergeben können. Alles das wird aber im Grund wieder getragen von der Überzeugung, daß eine Politik des sozialen Ausgleichs, wie ich sie im Kabinett miterlebt habe, mir das einzig Mögliche zu sein scheint, wenn wir die heutigen Schwierigkeiten bewältigen wollen. Nur zur Sicherheit füge ich hinzu, daß ich nicht daran denke, mir eine andere berufliche Stellung zu wünschen als meine Marburger Professur.

Meine Frage lautet daher dahin, ob ich zu Ihrer Partei in nähere Fühlung treten kann, ohne irgendwelche Zusagen Ihrerseits, die sich auf ein Mandat oder ähnliche Äußerlichkeiten beziehen. Es braucht auch nach außen hin keine sensationelle Mitteilung gemacht zu werden. Am liebsten wäre es mir, wenn sich einmal nach außen hin zeigte, daß ich in Ihrer Partei staatsrechtlich oder ähnlich mitarbeite. Ich bin auch gern bereit, gelegentlich Wahlreden zu halten, obwohl das nicht zu meinen Leidenschaften gehört. Es könnte in der Form geschehen, daß ich für die persönliche Wahl von Brüning rede. Das muß verständlich erscheinen, und alles weitere kann sich daraus ergeben.

Herr Brüning meinte skeptisch, daß die meisten Evangelischen die Zentrumspartei wieder verlassen hätten, wenn sie nicht zum gewünschten Ziele gekommen wären. Bei mir würde ich vorschlagen, das abzuwarten.

Sollten Sie meinem Wunsche, so wie ich ihn oben geäußert habe, freundlich gegenüber stehen, so wäre ich für eine Antwort sehr dankbar.

Mit allen guten Wünschen für das neue Jahr

Ihr ganz ergebener

76.

19. 1. 1933: Prälat Kaas (Berlin) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Sehr verehrter Herr Kollege!

Ihr gefälliges Schreiben vom 26. Dezember 1932 ist leider in meiner Abwesenheit eingelaufen, so daß ich erst jetzt zu seiner Beantwortung komme.

³¹⁾ Eigenhändiger Zusatz Bredts; siehe auch S. 188 f.

77. 2. 2. 1933 Drewitz an Bredt

Von mir aus bestehen selbstverständlich keinerlei Bedenken gegen die von Ihnen dargelegten Absichten. Da ich selbst infolge meiner starken Überlastung und meines Gesundheitszustandes mein Arbeitsgebiet sehr stark habe einschränken müssen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mit Herrn Kollegen Joos³²), meinem Stellvertreter, den ich vertraulich informiert habe, die Angelegenheit mündlich besprechen wollten.

Inzwischen sende ich Ihnen aufrichtige Grüße als

Ihr ganz ergebener Kaas

77.

2. 2. 1933: Drewitz (Berlin) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift, Auszug.

Die Sitzung am kommenden Sonntag werden wir wohl erst um ein Uhr beginnen können³³), da wir eine Einladung zu einer Sitzung des "National-Vereins"³⁴) erhalten haben, zu der alle Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zum Christlich-Nationalen [!] Volksdienst eingeladen worden sind. In der Sitzung soll wieder einmal zur Frage einer Einheitsfront Stellung genommen werden. Ich halte es für zweckmäßig, daß wir an der Sitzung, die leider auch für 11 Uhr angesetzt worden ist, teilnehmen, um wenigstens zu hören, wohin der Weg geht. Gleichzeitig versuche ich auch mit Gereke³⁵) Fühlung zu nehmen, um auch hier eine Anschlußmöglichkeit zu bekommen. Die Bayerische Volkspartei hat heute telefonisch bei uns angefragt, ob wir wieder Listenverbindung mit ihnen machen wollen. So sehr man es auch begrüßen kann, daß die Nationalsozialisten nunmehr die Verantwortung haben, so hat man doch das unheimliche Gefühl, daß wir in die Katastrophe hineintreiben. Der beiliegende Zeitungsausschnitt³⁶) zeigt so richtig, wohin heute die Reise geht. Vernunft ist heute Unsinn, die Leute sind mit der Zeit alle verrückt geworden. Die Sitzung am Sonntag wird meiner Ansicht nach ganz gut besucht werden.

Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, wie Sie über die angeschnittenen Fragen denken. Der Bayerischen Volkspartei habe ich zunächst nur sagen lassen, daß unsere Entscheidung erst am Sonntag getroffen werden könne. [...]

³²⁾ Joseph Joos (1878—1965), MdR (Zentrum) 1919—1933.

³³⁾ Am 24. Januar hatte Drewitz zu einer Sitzung über "die weitere Entwicklung des politischen Lebens und damit unserer Partei" in das Parteibüro für den 5. Februar eingeladen; am 6. Februar teilte B. Staatsrat Schäffer mit, daß die WP mit der BVP "abschließen möchte wie das vorige Mal". Nachlaß Bredt.

³⁴) Bürgerlicher Sammlungsversuch um Eberhard Wildermuth, Gründungsversammlung am 18. 9. 1932; vgl. W. Kohlhaas, E. W. Ein aufrechter Bürger. Ein Lebensbild. Bonn 1960 S. 79.

³⁵⁾ Günther Gereke (1893—1970), MdR (Landvolk) 1930—1932, 1932—1933 Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

³⁶⁾ Fehlt im Nachlaß.

Wilhelm an Bredt 3. 2. 1933 78.

78.

3. 2. 1933: Wilhelm (Dresden) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Ho chverehrter Herr Kollege!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben. Die politischen Ereignisse haben sich ja inzwischen überstürzt.

Wir haben uns als Sächsischer Mittelstand konstituiert und wollen auf diese Weise versuchen, wenigstens hier in Sachsen und dort, wo der Mittelstand politisch noch steht, die Idee seiner politischen Vertretung in ruhigere Zeiten hinüber zu retten.

Bei uns gehen Gerüchte, als ob die Harzburger Front unter einem gemeinschaftlichen Namen blockartig in den Wahlkampf eintreten wird.³⁷) Mag dies der Fall sein oder nicht, jedenfalls bleibt der Mitte, wenn sie nicht niedergewalzt werden will, nichts anderes übrig, als sich nun endlich zusammenzuschließen. Zeit genug hat das Schicksal der zersplitterten und eigenbrödlerischen Mitte ja gewährt. Es dürften deshalb dieser Tage in Berlin entsprechende Blockbildungsverhandlungen stattfinden. Ich bitte Sie höflichst, an diesen Verhandlungen möglichst teilzunehmen und mich ständig auf dem Laufenden zu halten.

Auch wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir kurz Ihre Meinung über die kommende Entwicklung der Dinge übermitteln würden.

Inzwischen begrüße ich Sie als Ihr ganz ergebener Dr. Wilhelm

79.

7. 2. 1933: Eder (Berlin) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Sehr geehrter Herr Minister,

entsprechend unserer heutigen telefonischen Abrede will ich Ihnen für heute das Wichtigste berichten³⁸):

Regierungskreise wollen die Notverordnung betr. die Verschärfung der Wahlrechtsbestimmungen³⁹) auch auf die Wirtschaftspartei anwenden, angeblich,

³⁷) Am 10. Februar bildet sich der "Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot", der mit einem selbständigen Wahlvorschlag Papen-Hugenberg-Seldte in den Wahlkampf ging; Schulthess 1933 S. 44.

³⁸⁾ Langjähriger Schriftleiter der Deutschen Mittelstands-Zeitung und des Nachfolgeblattes Die neue Front.

³⁹⁾ Abänderung des Reichswahlgesetzes v. 2. 2. 1933; zur Bekämpfung der Splitterparteien mußten alle Wählergruppen, die in den letzten Reichstag keinen Vertreter entsandt hatten, für mindestens einen ihrer Kreiswahlvorschläge statt bisher 500 nun 60 000 Unterschriften aufbringen; Schulthess 1933 S. 38.

80. 8. 2. 1933 Wilhelm an Bredt

weil sie selbst keinen Abgeordneten in den Reichstag "entsandt" habe. Wie dem aber auch sei, das Bündnis Bayerische Volkspartei — Wirtschaftspartei — Staatspartei scheint perfekt zu sein, wenn heute abend die Bayerische Volkspartei auf ihrer Sitzung in München zustimmt, woran nach einer Unterredung mit dem Generalsekretariat nicht mehr zu zweifeln ist. Wirtschaftspartei und Staatspartei bilden dann also eine gemeinsame Liste unter neutralem Namen, diese Liste wird dem Reichswahlvorschlag Bayerische Volkspartei angeschlossen. Für uns ist diese Regelung, abgesehen von politischen Bedenken hinsichtlich der Staatspartei, die aber zurücktreten müssen, besonders bequem und vorteilhaft, weil wir dann nicht selbst Listen einzureichen brauchen, sondern lediglich die Kandidaten angeben müssen. Dazu kommen gewisse finanzielle Vorteile, die wahrscheinlich herausgeholt werden können, ferner die Möglichkeit der Benutzung der demokratischen Presse. Zwei Mandate sind uns jedenfalls auf der Reichsliste garantiert.

Mit der Staatspartei ist die Sache, wie mir Herr *Drewitz* heute sagte, perfekt, es fehlt lediglich noch die Zustimmung der Bayerischen Volkspartei, wir erhalten aus München noch heute abend telegrafische Nachricht.⁴⁰) Ohne mehr für heute bin ich mit den ergebensten Grüßen Ihr

Gustavadolf Eder

80.

8. 2. 1933: Wilhelm (Dresden) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.

Hochverehrter Herr Professor!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 7. Februar 1933.⁴¹) Ich habe bereits heute durch das Sächsische Ministerium des Innern gehört, daß in einem Rundschreiben des Reichsinnenministers Frick⁴²) ausdrücklich gesagt worden sei, daß die ersten 13 Parteien des amtlichen Wahlzettels von der neu verordneten Verpflichtung, 60 000 Unterschriften beizubringen, nicht betroffen werden, wohl aber die Partei Nummer 14, die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei).

Uns ist das ganz unbegreiflich. Wir halten überhaupt die diesbezügliche Wahlgesetzes-Ergänzung für verfassungswidrig, zumal durch ein Urteil des Staatsgerichtshofes vom Jahre 1926 eine sächsische Landtagswahl für nichtig erklärt worden ist, weil die bis dahin regierenden Parteien versucht hatten, durch eine ähnliche, aber viel gemäßigtere Vorschrift neu auftretenden Parteien das Auftreten zu erschweren.⁴³) Aber eine Verfassungsverletzung mehr oder weniger,

⁴⁰) Diese Einigungsversuche schlugen letztlich fehl; Ende der Parteien S. 66 u. 90.

⁴¹⁾ Durchschlag fehlt im Nachlaß Bredt.

⁴²) Dr. Wilhelm *Frick* (1877—1946), Reichsminister des Innern 1933—1943.

⁴³) Für das Urteil des Staatsgerichtshofes v. 17. 12. 1927 vgl. Schulthess 1927 S. 193.

darauf kommt es ja gegenwärtig nicht mehr an, da wir uns, meiner Ansicht nach, mitten in einer Revolution befinden, die möglicherweise bald ihren wahren Charakter offenbaren muß.

Sie haben recht, unsere Partei könnte, wenn sie ihren hoffnungsvollen Weg weitergeschritten wäre, die entscheidende Rolle in Deutschland spielen.

Dabei kann uns der Vorwurf, keine Weltanschauung gehabt zu haben, weiß Gott, nicht treffen. Ich hatte weltanschaulich in meiner "Mission des Mittelstandes" [1925] alles Grundlegende erörtert und Sie in Ihrem Verfassungswerk und Ihren sonstigen Büchern alles Staatsrechtliche.

Zudem lagen wir mit unseren praktischen Ideen — Arbeitsdienstpflicht usw. — ja sogar mit dem von mir 1930 entworfenen 7 Jahr-Plan vollständig im Zuge der Zeit. Es ist geradezu eine Tragödie, daß alle diese Möglichkeiten verspielt und vergeudet worden sind durch persönliche Reibereien und Zwietracht. Aber darüber nachzudenken, ist gegenwärtig nicht am Platze.

Hier in Sachsen wird der Versuch gemacht, die Gruppen zwischen Staatspartei und Mittelstandspartei zusammenzuschließen, aber wie man das angesichts der neuen wahlgesetzlichen Vorschriften machen soll, ist uns schleierhaft.

In Thüringen scheint man diese Gruppierung für untragbar zu halten.

In Hamburg ist man eher für ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen. In Bayern glaubt man, mit der Bayerischen Volkspartei kein Bündnis mehr ertragen zu können.

Sie sehen also, überall chaotische Zustände.

Wir in Sachsen würden nach Lage der Dinge jede Entschließung, von der Proklamierung der Neutralität bis zu einem Wahlbündnis mit der Mitte oder der Rechten ertragen.

Aber ob von Berlin aus nicht auch der Sächsische Landtag, und damit die letzte Position des Mittelstandes, zerstoßen wird, steht noch dahin. Vor dem 5. März werden sie es wahrscheinlich nicht tun. Nach dem 5. März nach den Vorgängen in Preußen schon eher, wenn sie sich daraus Vorteile ersehen.⁴⁵)

Jedenfalls bitte ich Sie, mich unbedingt über etwaige Zusammenschlüsse oder sonstige grandiose Einfälle oder Zufälle auf dem Laufenden zu halten, da die Zeit zur Einreichung der Listen drängt.

Wir sehen hier in Sachsen dem Gang der Ereignisse kaltblütig zu.

Ich erwarte Ihre umgehenden weiteren Nachrichten.

Mit Standesgruß ganz ergebenst Dr. Wilhelm

⁴⁴) Volk im Dienst (1931).

⁴⁵⁾ Am 10. März bildete der Nationalsozialist Manfred Frhr. v. Killinger (1886—1944) in Sachsen eine neue Regierung.

81.

Februar 1933: Keine Auflösung der Wirtschaftspartei

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift.46)

Pd. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Auflösung der Wirtschaftspartei bestätigen sich nicht. Auf Anfrage teilt der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter D. Dr. Dr. Bredt-Marburg in der Wandelhalle mit, daß an eine Auflösung der Wirtschaftspartei nicht gedacht wird. Es schweben allerdings, wie er erklärt, Pläne zu einer gewissen Neu- und Umorganisation, aber auf der bisherigen Grundlage. Er selbst sei im Reichstage Vertreter der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) und habe sich der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nur zuzählen lassen, um in einige Ausschüsse kommen zu können. An den Sitzungen der Bayerischen Volkspartei nehme er entgegen anderen Behauptungen nicht teil.

82.

13. 2. 1933: Wilhelm (Dresden) an Bredt (Marburg)

Nachlaß Bredt, Maschinenschrift, Auszug.

Hochverehrter Herr Professor!

Ich danke Ihnen für Ihr letztes Schreiben.⁴⁷) Ich beurteile die Lage ebenso ernst wie Sie.

Die meiner Ansicht nach verfassungswidrige Änderung des Reichswahlgesetzes, die auch die Reichspartei des deutschen Mittelstandes, trotzdem sie durch Sie in dem aufgelösten Reichstag vertreten ist, zu der selbstverständlich schon technisch unmöglichen Beibringung von 60000 Unterschriften zu einem Kreiswahlvorschlag zwingt, bedeutet de facto die Ausschaltung der Partei aus dem Wahlkampf. [...]

83.

Februar 1933: Zur Reichstagswahl am 5. März

Die neue Front (Berlin) Nr. 4, Zweite Februar-Ausgabe.

Der Vorstand der Wirtschaftspartei hielt am letzten Sonntag eine Sitzung in Berlin ab, die sich mit der durch die Auflösung des Reichstages, des preußischen

⁴⁶⁾ Hektographiertes Blatt, angeheftet an den Brief von Dr. Wilhelm v. 8. 2. 1933. Die Sigel "Pd. (Pressedienst?) und "Wandelhalle" konnten nicht aufgelöst werden.

⁴⁷) Im Nachlaß nicht überliefert.

Landtages und der Kommunalparlamente geschaffenen Lage befaßte und nach eingehender Beratung zu folgenden einmütigen Feststellungen kam:

- 1. Die Wirtschaftspartei betrachtet die Auslegung der Wahlrechts-Notverordnung durch das Reichsinnenministerium als mit der Verfassung nicht in Einklang stehend. Diese Auslegung durchbricht in entscheidender Weise das durch die Reichsverfassung garantierte Prinzip der geheimen Wahl. Die Aufbringung von 60 000 Unterschriften vor der Wahl ist keine geheime Wahl mehr.
 2. Die Wirtschaftspartei wird daher die Reichstagswahl vom 5. März anfechten und eine Entscheidung über die Zulässigkeit der Auffassung des Reichsinnenministeriums herbeiführen.
- 3. Die Wirtschaftspartei wird sich trotz dieser Umgehung der Verfassung mit eigenen Listen an der Reichstags- und preußischen Landtagswahl⁴⁸) beteiligen. Wir erfahren ergänzend zu dieser parteiamtlichen Mitteilung noch, daß die Wirtschaftspartei nach dem Scheitern der bürgerlichen Sammlungsbestrebungen bereits an ihre Wahlkreise die zur Durchführung der Wahlen erforderlichen Weisungen ergehen ließ.

Danach werden in allen Wahlkreisen zur Reichstagswahl eigene Listen unter dem Kennwort Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) eingereicht werden, und zwar mit der gesetzlich vorgesehenen Zahl von 20 Unterschriften. Werden diese Listen auf Grund der Anweisung des Reichsinnenminsteriums zurückgewiesen, erfolgt sofort die Einreichung der Klage beim Staatsgerichtshof, durch die die Ungültigkeit der Reichstagswahl vom 5. März herbeigeführt werden wird.

In Preußen hat sich die Wirtschaftspartei mit anderen mittelständischen Gruppen zusammengeschlossen und wird die Wahlparole für den Wahlvorschlag Preußischer Mittelstand ausgeben.

Für die Kommunalwahlen hat die Wirtschaftspartei ihren Wahlkreisen bzw. Ortsgruppen usw. freie Hand für die Durchführung der Wahl gegeben.

84.

13. 4. 1933: Auflösung der Wirtschaftspartei in Preußen

Wippermann Abt. A 1933 S. 187 f.

Der 1. Vorsitzende der Wirtschaftspartei in Preußen Regierungsrat Dr. Großke⁴⁹) erläßt einen Aufruf an die Parteimitglieder, worin er ausführt, nach dem Erfolge der nationalen Erhebung sei für alle national eingestellten Parteien und Stände die Hintanstellung von Sonderinteressen und Sonderwünschen Ehrenpflicht. Er fordere daher die Landesverbände der 23 preußischen Wahlkreise und sämtliche Ortsgruppen der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)

⁴⁸) Vgl. den Anruf in der gleichen Nummer der Zeitung.

⁴⁹⁾ Hermann Großke (1878—), MdL (Preußen) 1928—1932.

auf, sich unverzüglich aufzulösen und ihre Mitglieder der in der nationalsozialistischen Partei verkörperten Kampforganisation⁵⁰) zuzuführen.

Die Organisationen der Partei in den übrigen Ländern folgen diesem Beispiel.⁵¹)

⁵⁰⁾ Der am 15. 12. 1932 gegründete und Adrian von Renteln unterstellte "Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes" wurde im Mai 1933 in NS-Hago (Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) umbenannt und im August 1933 in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert. Vgl. Friedrich Facius, Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jh. bis 1945. Schriften des Bundesarchivs Bd. 6. Boppard a. Rh. 1959 S. 142 ff. Kuno Bludau, Nationalsozialismus und Genossenschaften. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Hannover 1968 S. 151 f.

^{51) &}quot;Gern und freudig" begrüßte Gustavadolf Eder die Gleichschaltung, "wenn es die Überwindung des verderblichen Klassenstaates gilt". Die neue Front Nr. 9, 1. Mai-Ausgabe 1933.

Register

d'Abernon, Edgar Vincent 186

Adolf Friedrich, Herzog zu Mecklenburg-Schwerin 129 f.

Adolph Friedrich V., Großherzog von Mecklenburg-Strelitz 117

Adolph Friedrich VI., Großherzog von Mecklenburg-Strelitz 19, 117, 130, 327, 329, 331, 332

Alexander, Eduard 239, 241

Alldeutscher Verband 110, 111, 305, 311

Alpers, Ludwig 38, 177, 178

Alter, Junius (Pseudonym) s. u. Sontag, Franz

Amanullah, König von Afghanistan 184

Andrássy, Julius Graf 109, 110, 310

André, Fritz 158

Andrian-Werburg, Leopold Baron 103

Annexionen, Annexionsfrage 107, 111, 136

polnische Gebietserweiterungen, 17, 102, 103
 s. a. Belgische Frage; Kurland; Litauen;
 Polen

Anschütz, Gerhard 394

Apelt, Willibalt 137

Apponyi, Albert Georg Graf 109, 310

Aram, Kurt (Pseudonym) s. u. Fischer, Hans

Arbeiter- und Soldatenräte 142, 143

- Kongreß 148

Arendt, Otto 15, 110, 171

- preuß. Wahlrechtsfrage 20, 133, 135, 339

Arenstorff, Altwig v. 316, 327

August, Prinz von Preußen 202

Auguste Victoria, Kaiserin 307

- Beisetzung 48, 174

Augustow-Suwalki 137

Auswärtiger Ausschuß 183, 184 f.

Auswärtiges Amt 23, 40, 185, 213, 214, 217, 297, 298, 299

Baade, Fritz 232

Baden, Wirtschaftspartei 175

Baeran, Dr. 354

Baerecke, Max 12

Baeumer, Wilhelm 248, 385

Baltrusch, Friedrich 351

Bamberg, Tagung der Gewerbegerichte (1920)

Bamberger, Georg 337

Bandkie-Stencinski, v. 114

Barmen 6, 7, 14, 49, 51, 177, 189, 265, 289 f.

Barner-Trebbow, Ulrich v. 117, 315, 317, 328, 329, 330

Bartenwerffer, Konrad v. 10

Bassermann, Ernst 100 f., 300

Bassewitz, Adolf Graf v. 18

Bauer (Bürgermeister) 105

Baumert, Georg Ferd. 15, 149, 161, 163

Baumhoff, Josef 277

Bayern 35, 310

Elsaß-Lothringen 300

- Wirtschaftspartei 175, 177, 401

Bayerischer Bauernbund 29, 174, 175, 176, 177, 189, 236, 280

- Wahl Hindenburgs 179

Bayerische Volkspartei 33, 46, 204, 227, 280 f., 282, 283, 284, 350, 398, 400, 401, 402

Beamtentum, Fachbeamtentum 48, 169, 170, 361, 377, 378

- Besoldung 159, 160 f., 169, 191, 231, 232 f. s. a. Fachminister

Becker, C. H. 141, 144

Becker, Rudolf 330

Behrens, Franz 351

Behring, Emil v. 10

Beier, Oskar 5, 177

Belgische Frage 25, 41, 42, 129, 131, 212, 213, 214 f., 216—218

- Abtretung des Kongo 136

- Arbeiterdeportationen 16

Bell, Johannes 211

Benedikt XV., Papst 300

- Friedensaktion 1917 212—216

Berg, Friedrich v. 199, 200, 201, 202, 203, 206, 207

Bergen, Diego v. 198

Bergischer Geschichtsverein 6

Berlepsch, Karl Graf v. 121

Berlin 8, 101, 140, 181, 335

- Gesellschaft 123, 183 f., 265, 290 f.

- Lastenausgleich der Vororte 117, 309

- Einzug der Gardetruppen 148 f.

- Einzug Hindenburgs 180 f.

Wirtschaftspartei 165, 166
Parteitag 1922 175
1932 281 f., 391—393

- Haus- und Grundbesitz 163, 164, 345

Berliner Lokal-Anzeiger 16, 142

Berliner Neueste Nachrichten 22

Berliner Tageblatt 21, 223, 251, 252, 299, 348

B.Z. am Mittag 111, 251, 358

Bernhard, Georg 299

Bernstorff, Albrecht-Percy Graf 10, 115

Bernstorff, Johann Heinrich Graf 10

Berzeviczy, Albert v. 109

Beseler, Hans Hartwig v. 106, 112, 115, 298, 299, 304

Bethlen, Stefan Graf 109

Bethmann Hollweg, Theobald v. 18, 23, 108, 116, 129, 208, 307, 308 f.

- Belgische Frage 216

- Denkschrift Kapps 110

- U-Boot-Krieg 116, 300, 303, 304 f.

- Wahlrechtsfrage 112, 337

- päpstl. Friedensaktion 1917 212

- Kanzlerkrise 111, 298, 300, 301, 305, 306

- Rücktritt 123, 335

Bethusy-Huc, Graf 15

Beulwitz, v. 241

Bialowieza 136, 137

Biener, Franz 262

Bismarck, Otto Fürst v. 14, 47, 48, 135, 141, 150, 164, 186, 224, 235, 238, 239, 284, 287, 288

- Verfassung 49, 138

- Bruch mit den Conservativen 110, 280

- Liberalismus 273

Mittelparteien 282

Blank, Martin 46

Bodenreformer 5, 8, 108

Bock, Heinrich 316, 317, 325, 327

Boeckel, Otto 10, 11

Böhl, Fritz v. 317, 329

Böhme, Karl 9, 10

Böhmer, Dr. 281, 386

Böß, Gustav 183

Bolschewismus 47, 142, 143, 144, 187

Bonn, Universität 6, 9, 49, 197, 216

Borght, Richard van der 15, 147

Bornaer Tageblatt 212, 214

Born-Fallois, Wilhelm v. 115, 141

Borrmann, Fritz 30, 169, 176, 177, 280

Borsig, Ernst v. 351

Bossart, Heinrich 19, 117, 118, 130, 137, 315 bis 317, 318, 326, 327, 328 f., 330, 331 f.

Brandenstein, Hans v. 23, 104, 120, 126, 127

Brandenstein, Hans Frhr. v. 101

Braun, Magnus Frhr. v. 279, 280

Braun, Otto, 189, 230, 249, 254, 277, 386

Brecht, Arnold 47, 227

Bredt, Henriette 6, 99, 102, 113, 140

Bredt, Olga 269

Bredt, Victor 6

Bredt, Victor Richard 6

Breitscheid, Rudolf, 3 15, 42, 181, 280, 395

Breitstadt-Hassenhausen, Johannes 158

Bremen, Wirtschaftspartei 28

Breslau 11, 175

Wirtschaftspartei 165
 Parteitag 1921 169, 174

Brest-Litowsk 23, 26, 120, 121, 210

Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf 202

Brückner, Oberleutnant 39

Brüning, Heinrich 44, 48, 50, 175, 192, 221, 255, 257, 260, 266, 273, 284, 385, 386, 396

- Persönlichkeit 226, 235, 272, 275, 277, 389, 397
- Sturz des Kabinetts H. Müller 42 f., 222
- Kabinett Brüning 3, 4, 42—46, 222 f., 226 f., 235, 265
- Kabinettssitzungen 229

3. 4. 235 f.; 4. 4. 236; 1. 5. 234; 3. 5. 240; 14. 5. 245; 15. 5. 234; 2. 6. 245; 18. 6. 233; 8. 7. 245; 9. 7. 248; 14. 7. 248; 16. 7. 233; 6. 10. 245; 30. 10. 233

- Rechtsregierung 228, 229, 230, 234, 251, 287
- Präsidialregierung 234, 253, 264, 271, 272, 363
- Agrarier 228, 229, 232, 234, 257, 277 f., 279, 280
- Bedingungen der Wirtschaftspartei 43, 44, 257, 306 f.
- Wirtschafts- und Finanzpolitik 231—234, 236, 248 f., 360 f., 363, 386
 Biersteuergesetz 236
 Aufwertungshypotheken 244 f., 246, 261
 Reichsministergesetz 264
 Umsatzsteuergesetz 255—257
- Justizreform 237
- Amnestiegesetz 240—244, 255
- Reichswehrprozeß 250-252, 358 f.
- Reichstagsauflösung und Neuwahlen 1930 228 f., 249, 361
- Rücktritt Bredts 253, 261, 262 f., 271, 272, 359—365
- Notverordnungen 230, 234, 248, 249
- Hindenburg 274 f., 278 f.
- Groener 274 f., 276, 388
- Sturz 31, 47, 279, 280, 283, 387

Brüninghaus, Franz Willi 351

Brütt, Klaus Henning Friedrich 133

Brunner, Karl 159

Buchrucker-Putsch 240

Budapest 17, 52, 141

 Tagung der Waffenbrüderlichen Vereinigung (1916) 109 f.
 Presbyterianischen Allianz (1927) 198

Bülow, Bernhard Fürst v. 116, 191

Büsing, Otto 18

Bulgarien 17, 36, 141, 299, 301, 306

Bumke, Erwin 226, 283

Bund der Landwirte 15 s. a. Marburg

Bundesrat 137, 138, 300

Bürgertum, bürgerliche Gesellschaft 5, 8, 31, 33, 205, 356

- Nationalsozialismus 281, 376
- Sammlung 46, 372, 374, 390, 392 f., 398
- Wahlen 1932 376-378

Burchard, Rittmeister d. R. 128

Buresch, Dr. 104, 105

Buresch, Karl 269

Busch, Paul 183

Busch, Wilhelm 157

Bussche, v. d. 297

Butler, Nicolas Murray 265

Calles, Plutarco Elías 181, 185

Campe, Rudolf v. 351

Capelle, Eduard v. 305

Caprivi, Leo Graf v. 174

Carl Michael, Herzog zu Mecklenburg 331

Castell-Rüdenhausen, Paul Graf 52, 115, 128, 142

Centralverein, C.V.-Zeitung 36

Chamberlain, Houston Stewart 198

Christensen, Leutnant d. R. 142

Christlich-sozialer Volksdienst 372, 374, 380, 381, 398

Colosser, Otto 29, 34, 39, 46, 179, 262, 351

- Führerstreit 258, 269, 375

Conze, Peter Diederich 8, 9, 147

Cosack, Konrad 6

Cremer, Carl 380

Crome, Carl 6

Curtius, Julius 47, 248, 264, 271, 279, 351, 380

Czernin von und zu Chudenitz, Ottokar Graf 16, 119 f., 121, 123, 311

Dänemark 305, 307

Damaschke, Adolf 8, 15

Danaillow, G. Th. 116

Dannenberg, Georg v. 172, 351

Dauch, Walther 194, 254

David, Eduard 122, 211, 300, 304

Dawes-Plan 40, 186, 193 f., 346

Delbrück, Clemens v. 140, 148

Delbrück, Hans 41, 42, 209, 215

Dernburg, Bernhard 194

Deutelmoser, Erhard Eduard 299

Deutsche Bergwerks-Zeitung 31

Deutsche Demokratische Partei / Staatspartei 36, 46, 169, 194, 204, 207, 257, 258, 278, 348, 369, 373, 379, 381, 400, 401

- Amnestie 242

Deutsche Gesellschaft von 1914 123, 164, 198

Deutsche Hausbesitzer-Zeitung 30, 164

Deutsche Juristen-Zeitung 16, 395

Deutsche Mittelstands-Zeitung 31, 34, 399

- Kabinett Brüning 43

Der Deutschen-Spiegel 39, 178 f., 198, 347

Deutsch-Hannoversche Partei 29, 171, 176, 178, 189, 229

- Wahl Hindenburgs 179

Deutscher Bauernbund 9

Deutsche Volkspartei 46, 169, 171, 173, 204, 281, 283, 371, 373, 374, 379, 380, 398

- Wahl Hindenburgs 1925 180, 350, 351
- Reichsschulgesetz 188
- Bruch der großen Koalition (1930) 222, 226, 231
- Kabinett Brüning 227, 233, 248, 271

Deutsch-Konservative Partei 4, 9, 10, 12, 14, 15, 27, 169, 297, 298, 309

preuß. Wahlrechtsfrage 20, 21, 23, 121, 122, 132, 133, 134, 341

Deutschlands Erneuerung 197

Deutschnationale Volkspartei 5, 15, 29, 37, 38, 47, 52, 127, 147, 159, 161, 163, 170, 171, 172, 173, 185, 256, 276, 280, 281, 283, 284 f., 287, 288, 370, 401

- Gründung 27 f., 146 f.
- Wahlen zur Nationalversammlung 149 f.
- Kapp-Putsch 157, 158, 171
- Hausbesitz 164, 165
- Wahl Hindenburgs 180, 349 f.
- Dawes-Plan 186
- Reichsschulgesetz 188
- Kabinett Brüning 44, 227 f., 230, 234, 235, 236, 247, 248, 249, 272, 275, 374
- Wahl 1930 229, 249
- Harzburger Front 272 f.

Deutsch-Österreichisch-Ungarischer Wirtschaftsverband 17, 118

Dewitz, Friedrich v. 117

Dewitz, Otto v. 112, 171, 335 f.

Dieffenbach, Karl 279

Diehl, Karl 12

Dietrich, Hermann 232, 233 f., 248, 257, 276, 359, 360, 396

Dingeldey, Eduard 46, 238, 385, 396

 Sammlungsversuch der Mitte 371, 372—375, 376, 379, 380, 381

Dittmann, Wilhelm 239

Döbrich, Friedrich 241

Dollfuß, Engelbert 119, 269

Dombrowski, Erich 4, 107, 144

Dommes, Wilhelm v. 351

Dove, Heinrich 109

Dresden 141

- 1. Ev. Kirchentag 154

Drewitz, Hermann 30, 34, 37, 38, 39, 42, 45, 46, 47, 164, 166, 169, 171, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 189, 190, 222, 223, 249, 253, 266, 278, 279, 280, 281, 282, 351, 374, 375, 379, 380, 381, 382, 385, 386 f., 398 f., 400

- Bedingung für Koalition mit Brüning 257, 360 f.
- Führerstreit 257 f., 269-271, 274
- Rücktritt Bredts 258, 260, 261, 262, 361 f., 364 f.
- Zusammenbruch der Mittelstandsbank 273 f.

Duderstadt, Hennig 157

Düsseldorf 35, 163, 385

- Ost und West (Wahlkreise) 164, 177, 189, 249, 260, 281, 289, 386

Duesterberg, Theodor 276

Dunkel, Johannes 176, 177

Ebert, Friedrich 27, 145 f., 149, 178, 213

Eckardstein, Hermann Frhr. v. 116, 297

Eckener, Hugo 269

Eckert, Otto 339

Edeka 176, 255

- Edeka-Rundschau 30
- Edekabank 274

Eder, Gustavadolf 399, 404

Eichhorn, Emil 145, 146

Eichhorn, Karl Friedrich 202

Eisenberger, Georg 174, 236

Eisner, Kurt 141

Eitel-Friedrich, Prinz von Preußen 353

Elberfeld 6, 14

Elsaß-Lothringen 36, 131, 300

- Offensive 1917 304, 305

Eltz-Rübenach, Paul Frhr. v. 280

Engels, Friedrich 47

England 7 f., 12 f., 16, 99, 113, 131

- Ernährungsfrage im Weltkrieg 306, 307, 335
- Völkerbund 40, 186

Enver Pascha 116

Erkelenz, Anton 227

Ernst, Eugen 145

Erythropel, Hermann 203

Erzberger, Matthias 119, 129, 213, 240, 242

Esch, Max von der 101, 103

Escherich, Georg 136

Estland 137

Evangelische Kirche 48 f.

- Neuordnung nach 1918 35, 53, 144—146, 153—155, 172, 289, 397
- Reformierter Bund für Deutschland 49, 155
- "Reichskirche" 48 f., 154
- Ablösung der Staatsleistungen 173
- Preußenkonkordat 189, 397

Everling, Friedrich 240, 242

Esser, Thomas 254, 275

Evlau, Johannes 226

Eynern, Walter v. 223

Fabian, Julius 351

Fachminister 37, 41, 44, 48, 170, 172, 253 f., 361, 363

Falkenhausen, Friedrich Frhr. v. 127, 138, 139, 147

- Reichskommissar 137

Faschismus 48

Fehr, Anton 38, 176 f., 178, 351

Fehrenbach, Constantin 39, 213

Feisal, König von Irak 265

Feldmeyer (Essen) 390

Ferdinand I., König von Rumänien 114

Fianzwirtschaft 40 f., 159, 169, 178, 184, 221 f.

- Aufwertung 29, 197 f.
- Aufwertungshypotheken 244 f., 246
- Sicherung der Reichsfinanzen 189—192, 231—234, 236, 360 f., 363, 371
- Kommunen 193
 - s. a. Inflation; Fürstenenteignung

Fischart, Johannes (Pseudonym) s. u. Dombrowski, Erich

Fischer, Eugen 42, 208, 214

Fischer, Hans 306

Flaggenfrage 170, 171, 205 f., 288 f.

Flügge, Wilhelm v. 147, 148

Foerster, Wolfgang 217

Fortschrittliche Volkspartei 297, 299, 307, 336

- Friedensangebot v. 12. 12. 1916 300

Frank, Felix 183

Frankfurt 288

- Plan einer Stiftungsuniversität 11

Mittelstands-Vereinigung 165

Franke, Kaufmann 114

Frankfurter Zeitung 393

Frankreich 100

Verständigung 40

Franz Ferdinand, Erzherzog 99

Franz Joseph I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn 297

Franz Joseph, Fürst s. u. Isenburg-Birstein

Fredrich, Stadtrat 104

Freikonservative Partei 9 f., 11 f., 14 f., 27, 47, 171, 181, 280, 282 f., 287, 309, 335, 369

- Parteitag 1915 107
- Kriegsziele 107, 120
- Friedensangebot v. 12. 12. 1916 300
- gegen Kanzlerwechsel 111
- preuß. Wahlrechtsfrage 21 f., 122, 123—126, 336—338

Freundt, Dr. 351

Freybe, Carl

Roggenstützungsaktion 232

Freytagh-Loringhoven, Axel Frhr. v. 24, 394

Frick, Wilhelm 394, 400

Friedberg, Robert 141

preuß. Wahlrechtsfrage 22, 126, 132, 336

Friedensfrage 22, 339

- Siegfrieden 101, 116, 139, 212
- Friedensbedingungen im Osten 24
- Separatfrieden im Osten 120
- Friedensangebot v. 12. 12. 1916 300, 301, 304
- Frieden ohne alle Annexionen 131, 311
- Friedensresolution 1917 110, 119, 120, 213, 215, 335
- päpstl. Friedensaktion 1917 212-216

Friedmann, Max 311

Friedrich II., König von Preußen 113, 149

Friedrich August III., König von Sachsen 130

Friedrich Christian, Prinz von Sachsen 130

Friedrich Franz, Herzog zu Mecklenburg-Schwerin 20, 331

Friedrich Leopold, Prinz von Preußen 199

Friedrich Wilhelm I., König von Preußen 201

Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen 202, 338

Frölich, Paul, 249

Fuad, König von Ägypten 184

Fürstenenteignung 199-207, 288, 352 f., 397

Fulman, Kanonikus 114

Gamp-Massaunen, Karl Friedrich Frhr. v. 107, 336

Gardetruppen 142, 148

- Revolution 142 f.
- 2. Garde-Regiment z. F. 48, 49, 105, 115 f., 135 f., 290, 305

Gaspari, Pietro 213

Gayl, Wilhelm Frhr. v. 23, 126, 127, 279, 280, 281, 351

Gehren, Reinhard v. 158

Gemeinwohl. Zeitschrift des Bergischen Vereins für Gemeinwohl 8

Generalkommando XI 52, 99 f.

Genf

- Weltwirtschaftskonferenz 40
- Abrüstungskonferenz 389

Gerard, James Watson 301, 304, 307

Gereke, Günther 278, 398

Gerlach, Hellmut v. 10, 11

Geßler, Otto 39, 273, 347, 348, 349, 380

Giese, F. 197

Gilbert, Parker Seymour 192 f.,

Glasenapp, Otto v. 138

Glatzel, Frank 380

Goebbels, Joseph 285, 358

Goerdeler, Carl Friedrich 385, 387

Göring, Hermann 277, 394

Göttingen 6, 277

Goldacker, Hans v. 351

Goldschmidt, Jakob 45

Golina 102

Goßler, Alfred v. 7, 127, 129, 137, 139

Gothein, Eberhard 7, 8, 9, 51, 153, 393

Grabowsky, Adolf 21, 23

Graef, Walther 394

Graefe auf Goldebee, Albrecht v. 180, 328, 329, 330, 350, 351

Gramsch (Posen) 12

Gravina, Manfredo Graf 198

Graz, Nahrungsmittelkrawalle 297

Greber, Johannes 189

Groener, Wilhelm 216, 217, 274, 276, 278, 387, 389

- Reichswehrprozeß 250, 251
- Verbot der SA und SS 45, 277, 279, 388
- Uhrenerlaß 252
- Gesetz gegen Landesverrat 255

Großke, Hermann 403 f.

Das Grundeigentum 30

Grzesinski, Albert 44

Günther, Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt 207

Guérard, Karl Theodor v. 222, 224, 240, 245, 256, 269, 271

Haberland, Georg 15, 34, 164

Hadji Adil Bey 116, 305

Haeften, Hans v. 216, 217

Haenisch, Konrad 139, 143, 144, 145

Häntzschel, Kurt Emil 250, 251, 252, 277

Haeuber, Erich 39, 178, 198, 349-351

Hahndorff, Viktor 128

Hahnke, Wilhelm 217 f.

Hamburg 401

- Bierstreik 385

Hammann, Otto 299

Hampe, August 351

Harden, Maximilian 307

Hartmann, Felix v. 144

Hartmann, Paul 49

Harzburger Front 272, 284 f., 373, 399

Hassenpflug, Hans Daniel 136

Hassenpflug, Walther 136

Hatzfeld, Hermann Fürst v. 11

Hausbesitz, organisierter 15, 30, 43, 45 f., 117, 150, 337, 345, 387

- Wirtschaftspartei 162-166, 176
- Hauszinssteuer 197
- Wohnungszwangswirtschaft 255, 260, 345, 360, 361, 392
- Regierung Brüning 257, 362 f., 365, 386, 392
- Aufwertungsschlußgesetz 197 f., 362, 365
- s. a. Schutzverband; Zentralverband

Hausen, Max Frhr. v. 100

Haushaltsausschuß 40, 44, 185, 187

Hausmann, Fritz 309

Havenstein, Rudolf 138

Heimstättengesetz 5

Heinemann, Gustav W. 157

Heines, Edmund 278

Heinl, Eduard 269

Heinrich XXVII., Fürst Reuß 100

Frage von Kurland und Litauen 129 f.

Heinrichs, Adolf 132

Heinz-Orbis 241

Held, Heinrich 235

Helfferich, Karl 111 f., 115, 208, 298, 299, 303, 304, 306

Hellpach, Willy 27

Hemmerle, Eduard 46

Henckel von Donnersmarck, Guidotto Fürst 123, 148

Hepp, Karl 351

Hergt, Oscar 147, 158, 339, 349

Herlemann, Rittergutsbesitzer 103

Hermann, Carl 273, 276, 278

– gegen Rücktritt Bredts 262

Hermelink, Heinrich 157

Herold, Carl 45, 126

Herrenhaus, preußisches 307, 308

Hertling, Georg Graf v. 126, 130, 139, 335 - preuß. Wahlrechtsfrage 23, 133

Heß, Joseph 230

Hessen, Wirtschaftspartei 181 f.

Hetzel, Hans Johann 176

Heuss, Theodor 4

Heydebrand und der Lasa, Ernst v. 140, 308

- für uneingeschränkten U-Boot-Krieg 113
- preuß. Wahlrechtsfrage 133, 134

Heymann, Ernst 9, 10, 19, 21, 102, 184, 226

Die Hilfe 227

Hilferding, Rudolf 192, 221, 226

Hindenburg, Oskar v. 350

Hindenburg, Paul v. 38, 39, 45, 46, 48, 100, 104, 129, 139, 181, 184, 208, 244, 253, 256, 263, 265, 279, 280, 284, 301, 304, 306, 335, 389

- Annexion von Lüttich 212
- Wahl 1925 178—181, 346—352, 353
- Treviranus 227, 228 f.
- Kabinett Brüning 224, 227, 228, 231, 232, 234, 235, 236, 248, 249, 274 f., 278 f., 360, 363, 385, 388
- Präsidialkabinett 43, 44, 283, 386
- Wahl 1932 276 f., 372, 373, 374, 375, 376, 377, 393 f.

Hirsch, Paul 134, 140, 145

Hitler, Adolf 33, 45, 49, 229, 276, 277, 283, 284, 375, 391, 392

- Reichswehrprozeß 250-252, 358 f.
- Harzburger Front 272

Höllein, Emil 211

Hömberg, Heinrich Albert 280

Höpker-Aschoff, Hermann 205, 237, 255

Hoetzsch, Otto 147, 148

Hövel, Hans v. 7

Hoffmann, Adolph 139 f., 143, 144, 145, 172, 309

Hoffmann, Max 26, 120, 123, 129

- Tscherwonzen-Affäre 187

Holland 303, 305, 306

Holstein, Friedrich v. 191

Holzamer, Franz 35, 166, 174, 176, 210

Hopf, Paul Emil Rudolf 128

Horneffer, Ernst 31, 33, 259, 270

Hüttmann, Heinrich 12

Hugenberg, Alfred 46, 147, 227, 375, 379, 380, 381, 390, 391 f., 396, 399

- Kabinett Brüning 44, 228, 230, 284, 371, 373, 374
- Harzburger Front 272, 273, 284 f., 373

Humar, Josef 46, 245, 258

Humboldt, Wilhelm v. 33

I. G.-Farben 381, 382

Immobiliarkreditkommission 15, 52, 106

Inflation 169, 186, 390

- Bereinigung der Grundbücher 245, 246

Isenburg-Birstein, Franz Joseph Fürst ₹ zu 7, 102, 103, 121, 127, 129

Italien 99, 141, 198

- Isonzofront 114, 141

Jagow, Gottlieb v. 297

Jahn, Gustav R. 301

Jarres, Karl 39, 179, 180, 348, 349, 350, 351

Jellinek, Walter 393

Jena, Wilhelm v. 140

Joachim, Prinz von Preußen 100

Joël, Curt 204, 224, 225, 240, 244, 250, 251, 255, 266, 271, 389

Jörissen, Franz 30, 174, 177

– Reichsschulgesetz 35, 188

Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg 129

Joos, Joseph 398

Jungdeutscher Orden 371

Juristen-Ausbildung 238 f.

Kaas, Ludwig 284, 396-398

Kabisch, Ernst 121

Kästner, Wilhelm 392

Kahl, Wilhelm 243, 247

Kaiser (Dresden) 276, 375

Kaiserliches Automobil-Corps 12, 52

Kalkreuth, Eberhard Graf v. 351

Kant, Immanuel 33

Kánya, Koloman v. 183

Kanzow, Karl 132

Kapler, Hermann 189

Kapp, Wolfgang 15, 110

- Putsch 27, 140, 156 f., 159, 171

Kardorff, Siegfried v. 3, 11, 27, 46, 115, 123, 124, 132, 171, 184, 237, 238, 245, 246, 247, 276, 283, 298, 307, 308

- preuß. Wahlrechtsfrage 20, 22, 133, 135, 336, 339 f.
- für Status quo ante 107, 110
- Gründung der DNVP 146
- Sammlungsversuch der Mitte 378-382, 396

Kardorff, Wilhelm v. 14

Karl I., Kaiser von Österreich 297

Karl Eduard, Prinz 282

Kassel

- Generalkommando 99

- Kapp-Putsch 156 f.

- Kommunallandtag 158—160

Kattowitz 103, 108

Kaufmann, Franz Alexander 6

Keller, Mathilde Gräfin 307

Kempkes, Adolf 180, 351

Kessel, Gustav v. 297

Kessel, Kurt v. 298

Kessler, v. 299

Keudell, Walter v. 182, 351

- Reichsschulgesetz 188

Killinger, Manfred Frhr. v. 401

Kirschenbaum, Mozek 108

Kirchner, Martin 109

Klebelsberg, Kuno Graf v. 109, 310

Klemperer, Klemens v. 4

Klingelhöfer, J. 158

Klotz, Helmuth 278

Knoblauch, v. 351

Knochenhauer, Bruno 108

Koch-Weser, Erich 39, 203

Kockel, Hugo 271

Köhler, Heinrich 3, 244

- Reparationsausschuß 193

Köhler, Oskar 34

Köln 35

- Mittelstands-Vereinigung 174

- Finanzen 193

Kölnische Zeitung 217, 223, 330, 369-372

König, Christoph 173

Königshaus 206, 207, 288, 352

- Generalverwaltung 200, 201 f., 203, 205, 206, 290, 353
- s. a. Fürstenenteignung; Monarchischer Gedanke

Köster, Emil 44, 260, 281, 385

Kolonisation, innere 107 f.

Kommunistische Partei Deutschlands 5, 47, 179, 185, 188, 243, 280, 284, 288, 370, 374, 375, 376

- Fürstenenteignung 204
- Kabinett Brüning 228, 235 f., 272
 Amnestie 242, 243, 249

Konin 52, 101, 102

Konservative Volkspartei, Volkskonservative Vereinigung 46, 227, 228, 371, 373 f., 379, 380, 381, 386

- Wahlen 1930 228 f., 249

Konservativismus 4 f., 14 f., 21, 23, 27, 134, 287, 369

Konstantinopel 52, 116

Korfanty, Wojciech (Albert) 297

Kowno 127, 131, 136

Kraft, Paul 165

Krause, Louis 260

Krestinskij, N. N. 186

Kriegk, Otto 178

Kriegsheim, Arno 351

Kries, Wolfgang v. 101, 103, 106, 107, 114, 115, 299

Krüger, Karl 12

Krüger, Paul 6

Kühlmann, Richard v. 42, 116, 214, 215, 216

Kuhl, Hermann v. 209

Kurland, Herzogtum

- Angliederung 17, 23—26, 126—130, 136—139
- Staatsverfassung 139
- Militärverwaltung der baltischen Lande 137
- Genossenschaftswesen 7

Ladendorff, Carl 30, 34, 149, 163, 166, 171, 174, 176

- Regierung Brüning 257, 262, 351
- Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz 274

Landsberg, Otto 243

Landvolkpartei 227, 228, 229, 249, 254, 277 f., 370, 371, 372, 373, 380, 386, 389

Langfeld, Adolf 19, 20, 316, 317 f., 325, 326, 328, 329

Lattmann, Wilhelm 149, 150

Lauer, Johannes 10

Lauterbach, Karl 280

Lehmann, Rudolf 226

Leicht, Johann 254, 281, 394

Leinert, Robert 172, 173

Lemmer, Ernst 3, 157

Lentze, August 10, 302, 310, 339

Leopold, Prinz von Bayern 120, 129

Leopold II., König von Belgien 216

Lewald, Theodor 103, 138

Liberalismus 273, 369

Lichnowsky, Karl Max Fürst 12 f., 131 f.

Lida 120, 121, 123, 127

Liebermann, Else 147, 148

Liebermann, Karl 8, 147

Liebermann, Tony 117, 147

Liebig, Hans Frhr. v. 111

Liebknecht, Karl 144, 149

Lieven, Fürst und Fürstin 128

Limbourg, Joseph Christ. 36

Lindeiner-Wildau, Hans Erdmann v. 243, 255

Linz, Wilhelm 309

Litauen, Großfürstentum

- Angliederung 17, 23—26, 126—130, 136—139
- Militärgouvernement Litauen 137
- Genossenschaftswesen 7

Litzmann, Karl 241

Livland 137

Locarno-Pakt 39, 40, 186

Lodgman v. Auen, Rudolf 36, 354-357

Löbe, Paul 184, 246, 247, 265, 275, 394

Loebell, Friedrich Wilhelm v. 39, 124

- Loebell-Ausschuß 38 f., 178—180, 198, 346 f., 348, 349—351

Loewenfeld, Theodor 15

Loewenstein zu Loewenstein, Max v. 156, 157

Lohmann, Walter 16, 108

Lohmann, Walter 187

Lorenz, Ottomar 143, 225

Louis Ferdinand, Prinz von Preußen 207

Lucius von Stoedten, Hellmuth Frhr. 298

Lucke, Ernst 30, 37, 176, 177, 191

Ludendorff, Erich 112, 129, 139, 140, 208, 210, 217, 301, 304, 305, 306, 307, 335, 348

Ludwig II., König von Bayern 310

Ludwig III., König von Bayern 300

Lüder, Dr. 15

Lüdicke, Paul 132, 133, 134 f., 136, 283

Luther, Hans 37, 190, 197, 358

Luther, Martin 153

Luxemburger Zollvertrag (1842) 25, 138

MacDonald, James Ramsey 185

Mackensen, August v. 114

MacMahon, Patrice Maurice Marquis de 227

Madrassy-Beck, Julius 118

Mädel, Max 176

Maltzahn, Hans Jaspar Frhr. v. 15, *132*, 140, 309

Maltzan, v. 129

Marburg 9, 14 f., 48 f., 99, 101, 175, 181, 261, 288, 289

- Landratsamt 8, 51
- Stadtverordnetenversammlung 10, 52, 155, 160 f.
- Universität 11, 49, 51, 99, 162, 259, 269, 283, 289, 291

- Streik der Bauarbeiter (1913) 12
- Gewerbegericht 12, 162
- Konservativer Verein 136, 341
- Bund der Landwirte 9, 10, 12, 15, 136, 341 f.
- DNVP 155 f.
- Kapp-Putsch 156 f., 158
- Wirtschaftspartei 165, 166
- Volkskirchenbund 153
- Marburger Convent 155

Martin, Rudolf 116, 223, 297

Martitz, Ferdinand v. 6

Marum, Ludwig 237

Marx, Wilhelm 37, 38, 179, 180, 190, 193, 197 205, 275

Matthias, Erich 42

Max, Prinz von Baden 139, 142

Mayer (Halle) 351

Mayer, Gustav 48

Mechterstädt, Affäre von 157

Mecklenburg-Schwerin/-Strelitz

 Verfassungsfrage 18—20, 52, 53, 117 f., 130, 315—332

Widerstand der Ritterschaft 18, 315, 317, 328 f.

Bredtscher Verfassungsentwurf 19, 20, 318 bis 324, 326, 327

- Revolution 20, 130, 331
- Landtagswahlen 1920 (Schwerin) 165

Meinecke, Friedrich 4, 48, 215

Meißner, Otto 234, 236, 253, 388

Mertin, Erich 11, 335

Meyer, Hugo v. 6

Meyer, Paul Rottmann 12

Michaelis, Georg 11, 41, 198, 307

- Kanzler 123, 335
- Friedensaktion 1917 212—216

Mietervereinigungen 43

Mikulla, Schulrat 106

Miletitsch, Ljubomir 116

Mirbach-Sorquitten, Graf 15

Mitteldeutsche Boden-Credit-Anstalt 43, 53

Mitteldeutscher Handwerkerbund 260

Mittelstand 28, 161, 171, 379

- Begriff 33
- Kartell 31, 43
- Zusammenschluß 36, 182 f., 354-357
- Wirtschaftspartei 169, 370, 401
- Regierung Brüning 257, 260, 358, 365
- Hugenberg 392
- v. Papen 392
- Wirtschaftskrise 29, 31, 273 f.

Mittwochsgesellschaft 131

Moeller, Reinhard 154

Mohrbotter, Wilhelm 172

Moldenhauer, Paul 221, 236

- Rücktritt 232, 264, 271

Mollath, Jacob Ludwig 45, 177, 260, 278, 280, 281, 385, 387, 388

- Verhandlung mit Hitler 272, 273

Moltke, Hellmuth Graf 216

Moltke, Otto Graf 107

Monarchischer Gedanke 27, 33, 48, 52, 122, 207, 227, 287, 288

 Wiedereinsetzung der Hohenzollern 170, 181, 289, 392

Montag Morgen 43

Moses, Julius 210, 211

Motte, Firma 105, 114

Müller, Hermann 38, 222

 Sturz der Regierung H. Müller (1930) 42 f., 221, 222, 226, 392

Müller, Otto 34

Mumm, Reinhard 346

Mussolini, Benito 198, 269, 391

Nationalliberale Partei 22, 169, 297, 309, 369

- preuß. Wahlrechtsfrage 20, 23, 122, 126, 336, 341

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Nationalsozialismus) 5, 33, 35, 179, 182, 188, 243, 276, 280, 281, 370, 372, 374, 376, 380, 381, 386, 392, 393, 394

- Kabinett Brüning 44, 45, 228, 229, 235, 236, 251, 272, 276, 278
- Wahlen 1930 229, 249
- Reichswehrprozeß 250-252, 359
- "Machtergreifung" 48, 273, 284 f.
- NS-Hago 404

National-Verein 398

Nationalversammlung 28

- Wahlen 149 f.
- Untersuchungsausschuß 41, 208

Naumann, Friedrich 4, 118

Negelein, Max v. 8, 10

Das neue Deutschland 14, 21, 27, 123

- "Neuorientierung" 122
- "Freikonservative Gedanken" 122
- "Freikonservatives Programm" 122 f., 336 bis 338

Die neue Front 31, 399

Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung 147

Neues Wiener Journal 183

Neumann, Johann 128

Neurath, Konstantin Frhr. v. 279

Nikolaus II., Zar von Rußland 128

Novemberrevolution (Zusammenbruch, Umsturz) 4, 5, 7, 18, 25, 27, 42, 47 f., 52, 122, 141—143, 209, 276, 286, 287, 288, 331, 359

- Spartakusaufstand 146

Oberfohren, Ernst 240

Oberhessische Zeitung 16, 264, 341 f.

Oberost 23, 52, 126, 127, 137, 340

Oberste Heeresleitung (OHL) 23, 42, 112, 212, 335

Oberschlesien 16, 175

- poln. Arbeiter 108
- Oberschl. Berg- und Hüttenmännischer Verein 103, 108

Oegg, Friedrich 225, 255, 259

Oertzen, Hellmuth v. 317

Oertzen, Ulrich v. 116, 339

Österreich-Ungarn 17, 119, 299, 306 f., 310 f.

 Mittelstand in Österreich (Republik) 36, 182 f.

Oestreich, Dr. 351

Oheimb, Katharina v. 28, 184

Oldenburg, Wahlen 1932 381

Oldenburg-Januschau, Elard v. 252, 275, 388

Oppen, Günther v. 301

Oppen, Joachim v. 103

Ortloff 241

Osthilfe 234

Ostpreußen, Wirtschaftspartei 165

Pacelli, Eugenio 212, 213

Pachnicke, Hermann 16, 108, 123

Pallmann, Karl 280

Papen, Franz v. 127, 187, 191, 279, 280, 281, 283, 284, 381, 387, 390, 391, 392, 399

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß 3, 13, 18, 25, 26, 41 f., 50, 286 f.

- Entstehung 208 f.

- Reichstag im Weltkrieg 210-216

- Belgische Neutralität 216-218

Parlamentarismus 44

- Parlamentarisierung 121, 122, 139 f.

 Zusammenbruch in Deutschland 47 f., 284 f., 287 f.

Paver, Friedrich v. 213

Peltzer, Firma 105

Pentz, Friedrich v. 10

Pester Lloyd 118

Peters, Fachgruppenleiter 49

Peters, Johannes 339

Petersen, Carl 381

Petzold, Artur 33, 177

Philipp, Albrecht 212, 214

Phoebus-Skandal 187

Pistor, Felix 183

Plannet, Wilhelm 99

Plüskow, Otto v. 15, 48, 52, 100, 101, 102, 105, 111, 113

Poincaré, Raymond 218

Polnische Frage 12, 23, 102, 104 f., 106, 109, 129, 297, 303, 306, 307

- Arbeiter 16, 108, 297, 298

- Ernährungslage 106 f., 112 f., 114 f.

- Zivilverwaltung 16, 101 f., 104, 106, 114, 127

Königreich Polen 17, 112, 115
 Armee 112, 297, 298 f., 299

- Fraktion im Abgeordnetenhaus 135, 297, 306, 336

Popitz, Johannes 191, 193, 221

Popoff, Methodi 183

Porsch, Felix 126, 134

Die Post 14, 21, 22, 125, 126, 132, 310 – "Freikonservative Partei" 124

Potocki, Graf 114

Preuß. Fritz 309

Preuß, Hugo 4, 7, 27, 147, 148, 173

Preußen 377

Abgeordnetenhaus 11, 12, 140

Kriegsziele 101, 113 Polendebatte 297

Ernährungsfrage 298

Etat 1917 302

Diätengesetz 307, 308 Fideikommißgesetz 307 f., 309

- Revolution 143 f.

- Hauszinssteuer 197

- Konkordat 35, 188 f., 369

- Preußenwahl 1932 33, 46, 277, 280, 386, 387

- Papenscher Staatsstreich 281, 283, 395

s. a. Wahlrecht; Fürstenenteignung

Preußische Jahrbücher 13, 41, 198

,,Parker Gilbert und wir" 194

- Streit mit Michaelis 213 f.

Pünder, Hermann 47, 230, 274, 364 f., 385

Rabbethge, Erich 39

Radbruch, Gustav 3, 393 f.

Rademacher, Walter 245, 246

Radoslawow, Wasil 116, 301

Radowitz, Wilhelm v. 129

Rahden, Baron 128

Rambeau, Ada 50, 54, 269

Rang, Florens Christian 7, 9, 27, 147, 148

Rantzau, Ernst Graf zu 202, 207

Rassegna Italiana 198

Rathenau, Walther 5, 240, 242

Raymond, Fabrikant 102

Rechberg, Arnold 187

Rehren, Hermann 117, 135, 136

Reichenheim, Ferdinand 8, 36, 147

Reichsbürgerrat 178, 198, 346 f.

Reichsgericht 226, 237, 395

Reichsjustizministerium 224 f., 265 f.

- Geschäftsbereiche 225 f.

- Haushalt 236 f., 239

Reichslandbund 348

Reichspräsident, politischer Einfluß 283 f., 377 f., 394 f.

Reichsrat 244 f.

- Preuß. Provinzialvertreter 173

Reichsreform 337, 378, 388 f.

- Länderkonferenz 1930 234 f.

Reichsschulgesetz 35, 188, 345 f., 369

Reichstagsbrand 285

Reichsverfassung 7, 156 f.

- Bredtscher Entwurf 27 f., 147 f.

 "Geist der deutschen Reichsverfassung" 41, 283 f., 286

- Schutz 5, 394 f.

Reichswehr

- Schwarze 240

- Prozeß 45, 250-252, 253, 358 f.

- Uhrenerlaß 252

Reichswirtschaftsrat 255

Reinhard, Wilhelm 173

Reinhold, Peter 190

Renteln, Adrian v. 404

Reusch, Paul 46

Reventlow, Ernst Graf zu 351

Rewoldt, Max 132

Rheinbaben, Rochus Frhr. v. 347-349

Rheinisch-Westfälische Wirtschaftspartei 164

Rheinland 175

- Räumung 40, 170

Rhode, Werner 165, 176

Richter, Ernst v. 199, 351

Rieker, K. 197

Rippel, Otto 255

Rippler, Heinrich 304

Röder, Adam 27

Rohde, August 161

Rosenberg, Arthur 42

Rosenfeld, Kurt 237

Rumänien 298, 299, 301, 303, 305

Rumbold, Etheldred 265

Rumbold, Sir Horace 265

Rump, Georg 172

Rupp, Johann Heinrich 10, 11

Rußland 17, 112, 298, 329

- Revolution 120, 308 f., 311, 331

Völkerbund 186

Berliner Vertrag 186 f.

Tscherwonzen-Affäre 187

Saargebiet, Wiedergewinnung 170

Sachsen, Wirtschaftspartei 174 f., 176, 260, 261, 270 f., 275, 276, 358, 399, 400 f.

Sachsenberg, Gotthard 35, 46, 223, 273

- Umbildung des Kabinetts Brüning 259

Salm-Horstmar, Fürst zu 15

Sauberzweig, v. 104

Savigny, Friedrich Carl v. 202

Schacht, Hjalmar 193, 194

Schäfer, Ernst 226, 261

Schaefer, J. Conrad 136

Schäffer, Fritz 281, 284

Schauff, Johannes 35

Scheffer-Boyadel, Reinhard Frhr. v. 12, 52, 120, 121, 123

Scheidemann, Philipp 42, 122, 148, 211, 213, 214, 304

Schenck zu Schweinsberg, Eduard Frhr. v. 157, 261

Scheringer, Richard 252

Scheüch, Heinrich 111

Schiele, Martin 44, 229, 232, 249, 351

- Kabinett Brüning 228, 257, 277

Schiffer, Eugen 3

Schiller, Friedrich v. 285

Schiller, v. 269

Schirdewahn, Assessor 200, 202, 207

Schlange-Schöningen, Hans 180, 249, 277, 278, 351, 380, 382

Schlegelberger, Franz 225 f., 245, 259

Schleicher, Kurt v. 187, 191, 279, 283, 284, 387, 388, 391

Schlieben, Otto v. 190, 264

Schlieffen, Alfred Graf v. 131 - Schlieffen-Plan 216—218

Schlüter, Willy 33

Schmidt-Hoepke, Alfred 30, 35

Schmitt, Carl 393, 395

Schneider, Bruno 351

Schneider, Carl Wernhard 165

Schönner, Ministerialrat 250

Schorlemer-Lieser, Clemens Frhr. v. 7, 9, 309
- Streit mit Michaelis 123, 307

Schotte, Walter 118

Schramm, Percy Ernst 277

Schreiber, Georg 28

Schubert, Carl v. 184

Schücking, Walther 9, 10, 208, 248

Schüler, Richard 10

Schümichen, Carl 15

Schulenburg, Friedrich Werner Graf v. d. 331

Schultz-Bromberg, Georg 101, 102, 283, 336, 351

Schulz, Georg 241

Schumacher, Hermann 8

Schutzverband für Deutschen Grundbesitz 15, 27, 108, 132, 141, 147, 164, 290, 309, 340

Schwabach, Felix 143, 184, 351

Schwander, Rudolf 156, 159

Schwarz, Julius 15

Schweckendiek, Ernst 117

Schweden 298

Schwerin-Mildenitz, Ludwig Graf 19, 117, 130, 315, 316, 317, 325, 326, 327 f., 329—331

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 279

Schwerin von Schwanenfeld, Wilhelm Graf v. 117, 143, 316, 317, 329

Schwertfeger, Bernhard 42, 209

Scott, Sir Walter 282

Seeckt, Hans v. 381

Seiffert, Willy 274

Seldte, Franz 351, 399

Selmer, Martin 329

Sender, Toni 184

Separatismus 36, 240, 241

Seuffart, Hermann 6

Severing, Carl 45, 254, 277, 386

Seydlitz-Habendorf, Adolf v. 102

Siebenerausschuß 213, 214 f.

Siegfried, Wilhelm 36

Siemens, Carl Friedrich v. 301

Siller, Friedrich 262

Simons, Walter 179

Sonnenschein, August 158

Sonnenschein, Carl 256

Sontag, Franz 111

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Sozialdemokratie 14, 169, 170, 185, 194, 207, 226 f., 256, 265 f., 280, 299, 307, 347, 354, 360, 370, 376, 379, 380, 396

- preuß. Wahlrechtsfrage 16, 336, 339
- Friedensangebot v. 12. 12. 1916 300
- Fürstenenteignung 204 f.
- Kabinett Brüning 228, 229 f., 235 f., 248
 Amnestie 243, 244, 249, 251, 254

Sozialismus 6, 8, 287, 392

Sozialisierungspläne 149, 161 f.

Spahn, Martin 126, 212

Spee, Antonius Graf v. 15, 132 f., 309

Springorum, Gustav 157

Stauß, Adolf 351

Stegerwald, Adam 172, 231, 255, 256, 257, 348, 359

Stein, Ludwig 131

Stein, Otto 163, 260, 386, 387, 389 f.

Stenzl, Alois 182

Steuern 117, 190, 221 f., 360

- Steuerkommission 11, 123
- Einkommensteuer 11, 117, 302, 309 f., 338, 339
- Kommunalabgabengesetz 12, 173, 338
- Schätzungsamtsgesetz 108
- Erbschaftssteuer 337
- Kriegskostendeckung 301
- Steuereinnahmen 190—192
- Kabinett Brüning 43, 44, 248 f.

Stilke, Hermann 50, 184, 197, 198, 201, 216, 217

Stöcker, Walter 239, 241

Strauß, Otto 176, 177

Stresemann, Gustav 39, 183, 197, 211, 213, 226, 271, 303, 391, 393

- Vertragspolitik 38, 39 f., 170, 185 f.
- Wirtschaft 179, 186
- Fraktion 264

Stubbendorff, Walter 275

Stumm, Carl Ferdinand Frhr. v. 14

Stumm, Wilhelm v. 116

Stuttgart, 2. Ev. Kirchentag 154 f.

Sudermann, Hermann 109

Südekum, Albert 131, 145, 298

Tägliche Rundschau 304

Taft, William Howard 10

Tarnowski, Adam Graf 119, 306

Tempo 45

Thälmann, Ernst 180, 277

Thaer, v. 105

Thiel, Otto 380

Thimme, Friedrich 46

Thinius, Geheimrat 15

Thüringen 45, 175

- Wirtschaftspartei 260, 261, 401

Tiesler, Franz 24, 127, 136

Tirpitz, Alfred v. 111, 208, 210, 211, 350

Tisza, István Graf 16, 118 f., 311

Torgler, Ernst 242, 243, 280, 394

Trampczinski, Adalbert v. 306

Trendelenburg, Ernst 232, 256, 257

Treviranus, Gottfried Reinhold 44, 187, 241, 264, 380, 381

- Verhältnis zu Hindenburg 227
- Kabinett Brüning 223, 224, 227, 228 f., 271

Triepel, Heinrich 24

Troeltsch, Ernst 4

Troeltsch, Walter 9

Troje, Paul 160

Trotzkij, L. D. 186

Tschechoslowakei 36, 141, 182, 354-357

Tschenstochau 12, 16, 52, 103, 135

- Zivilverwaltung 105—107, 108 f., 111—115

Tscherwonzen-Affäre 187

Tschitscherin, G. W. 187

Tülff von Tschepe und Weidenbach 101, 299

Türkei 52, 117

Tummeley, Hauptmann d. R. 142

U-Boot-Krieg 116

uneingeschränkter 113, 119, 120, 300, 301, 303 f., 304 f., 305 f., 307

Ueberschaer, Oberregierungsrat 102

Vahlkamp, v. 104

Valentini, Rudolf v. 303

Vandervelde, Emile 216, 217

Vázsonyi, Wilhelm 109

Vaterländischer Unterricht 120 f.

Veidt, Karl Daniel 149, 150

Veltenbriefe 44

Vereinigte Staaten von Amerika 40, 131, 311

- U-Boot-Krieg 119, 300, 301, 303, 305, 306, 307

Versailler Vertrag 44, 155, 360

Victoria, Prinzessin Reuß 129, 309

Vögler, Albert 349

Völkerbund 39, 40, 186

Voigts, Bodo 144, 145, 154

Volksrechtpartei 29

Vorster, Julius 339

Vorwärts 21, 48, 335

Vossische Zeitung 130, 299, 340

Wach, Adolf 130

Die Wacht im Osten 121

Waffenbrüderliche Vereinigung 109 f.

Wagner, Cosima 198

Wagner, Ernst 11, 110

- preuß. Wahlrechtsfrage 20, 133, 339

Wahlrecht

 Verhältniswahl und Zersplitterungseffekt 28, 47 f.

Wahlrechtsfrage, preußische 3, 14, 20—23, 121, 122, 123—126, 132—136, 140, 146, 318, 336—342

- Stimmrecht der jugendlichen Personen und Frauen 21
- Gemeindewahlrecht 21, 340 f.
- Wahlerlaß v. 11. Juli 1917 22, 122, 125
- Pluralwahlrecht 122, 124, 125 f., 132, 133 f., 336, 341

Wahnschaffe, Arnold 112, 335

Waldersee, Georg Friedrich Graf v. 127, 211

Wallbaum, Wilhelm 133

Wallerstein, Kaufmann 112, 113

Wallraf, Max 138, 179, 351

Wangenheim, Walrab Frhr. v. 171, 172

Wanzenberg, Bursche Bredts 130, 135, 143

Warmbold, Hermann 387

Warmuth, Fritz 109

Warschau 12, 105, 106, 112

Weber, Alfred 9, 288

Weber, August 380

Weber, Hugo 258, 261, 270 f., 276, 358, 375

Weber, Max 4, 153

Weerth, Wilhelm de 49, 53

Wegmann, August 242

Wegscheider, Hildegard 172

Weidenhöfer, Georg 351

Weimar

- Mittelstandstagung 174

Welt am Montag 10

Die Weltbühne 4

Weltkrieg 16, 50, 99—141, 290

- Kriegsziele 16 f., 101, 107, 111, 300 f.
- Kriegswirtschaft 301
 Valutafragen 299 f., 301
 Kriegskosten 302, 303
- Ernährungsfrage 297, 298
- Zusammenbruch 17 f., 122, 139, 141
- s. a. Annexionen; Friedensfrage; U-Boot Krieg; Vaterländischer Unterricht

Werner, Karl August 45, 226, 250, 251, 358, 359

Wessel, Ludwig 145

Westarp, Kuno Graf v. 44, 146 f., 211, 213, 228, 345, 349, 351, 376, 381

Westerberg, v. 351

Wielun 52, 102 f.

Wien 17, 141, 269

- Mittelstand 182 f.

Wienholtz, Johann 172

Wilamowitz-Moellendorff, Wichard Graf v. 104

Wildermuth, Eberhard 398

Wilhelm, Walther 33, 260, 276, 399, 400 f., 402 f.

Wilhelm I., Deutscher Kaiser, König von Preußen 216

Wilhelm II., Deutscher Kaiser, König von Preußen 99, 128, 130, 139, 140, 142, 144, 149, 199, 200, 201, 206, 207, 212, 215, 300, 335, 337

Wilhelm, Herzog v. Urach 129, 130

Wilhelm, Kronprinz von Preußen 206, 207, 227, 335, 352—354

Wilhelm Ernst, Großherzog von Sachsen-Weimar 100

Wilson, Woodrow 303, 304, 307

Winckler, Friedrich 349, 350, 351

Winkler, Franz 269

Winterfeldt, Gruppe 276

Wirth, Joseph 45, 176, 223, 240, 248, 249, 271, 393

- Reichswehrprozeß 250—252

Wirtschaftliche Vereinigung 28 f., 30, 35 f., 38, 178, 188, 204

- Gründung 176 f.
- s. a. Wirtschaftspartei

Wirtschaftsbund Hessen-Nassau 165

Wirtschaftspartei (Reichspartei des deutschen Mittelstandes) 3, 4, 10, 15, 28—38, 160, 165 f., 169—194, 218, 223, 400

- Gründung 28, 345, 370
- Reichsausschuß 30, 181, 252 f., 260, 261, 270, 275, 276, 280, 359 f., 361
- Parteitage: Breslau (1921) 169, 174; Berlin (1922) 175; Köln (1925) 31, 181; Görlitz (1926) 30; Hannover (1931) 270; Berlin (1932) 281 f.
- Programm, Satzung 29 f., 35 f., 37, 161, 169—171, 174, 175, 178, 287, 288, 370
- Arbeitsdienst 361, 401
- Warenhausfrage 31, 43, 255-257, 280, 387
- Verbandsfärbung 30, 55
 Hausbesitz 30, 31, 34, 36, 163—165
- Separatismus 36
- Finanzierung 34 f., 166, 281, 282
- Konfessionen 35 f., 170, 370 f.
- Rechtspartei 282 f., 287, 360
 keine Obstruktion 37 f., 170, 171, 173, 257, 345 f.
 für Rechtsregierung 171, 360 f., 375
- Sammlung der Mitte 373, 374, 375, 379
- Landtagswahlen (1921) 34, 165 f.;
 Reichstagswahlen (1924) 175 f., 177; (1928) 36, 189; (1930) 38, 44, 249; (Juli 1932) 46, 281; (November 1932) 46, 281 f., 390; (1933) 399 f., 401, 402 f.;
 Preußenwahl (1932) 33, 46, 277, 280, 386, 387
- Republikschutz 5
- Kandidatur Hindenburgs 39, 180, 351 f., 352
- Stresemannsche Vertragspolitik 39 f., 186
- Dawes-Plan 40, 186
- Young-Plan 41, 221 f., 360, 361
- Reichsschulgesetz 188
- Preußenkonkordat 188 f.
- Kabinett Brüning 44, 223, 231, 252 f., 254, 256, 257, 259—263, 266, 270, 271 f., 275, 276, 277, 278, 284, 358, 359 f., 360 f., 362 f., 385, 388, 389, 392
 Koalitionsbedingungen 43, 257, 360 f. Steuerprogramm 236, 248, 360 f.
- Wirtschaftskrise 31, 33, 34
- "Führerstreit" 34, 38, 257 f., 269—271, 274, 374, 390
- Zusammenbruch 273 f., 275, 277, 280 f., 396, 401, 402 f., 403 f.
- s. a. Baden; Bayern; Bremen; Breslau; Düsseldorf; Hausbesitz; Hessen; Marburg; Mecklenburg-Schwerin; Mittelstand; Oldenburg; Ostpreußen; Rhein. Westf. Wirtschaftspartei; Sachsen; Thüringen; Wirtschaftliche Vereinigung

Wlozlawek Zweigert

Wlozlawek 52, 104 f.

Wrochem, Alfred v. 241

Wulle, Reinhold 351

Yorck von Wartenburg, Heinrich Graf 308

Young-Plan 41, 44, 192, 194, 221 f., 227, 360, 361

Zapf, Albert 351

Zedlitz-Neukirch, Octavio Frhr. v. 9, 12, 14, 21, 22, 27, 107, 110, 116, 117, 133, 238, 298, 303, 307, 335, 338 f.

- Wahlrechtsfrage 123-126, 132

Zengen, v. 351

Zentraleinkaufsgesellschaft (Z.E.G.) 112 f.

Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine 161 f., 197

- Kabinett Brüning 257, 261

s. a. Hausbesitz; Schutzverband

Zentrum 10, 11, 33, 47, 165, 169, 171, 172, 174, 185, 194, 256, 257, 284 f., 297, 300, 309, 335, 348, 371, 380, 396, 397

- preuß. Wahlrechtsfrage 20, 23, 122, 126, 133 f., 135
- Reichsschulgesetz 188
- Regierung Brüning 227, 230, 272 f., 275
 Amnestie 242

Zimmermann, Arthur 112

Ziersch, Georg 202, 207

Zitelmann, Ernst 6

Zorn, Philipp 7, 197

Die Zukunft 307

Der Zusammenschluß 46

Zweigert, Erich 204, 250, 251, 359